

Universitätsgeschichte und Zeitzeugen
Die Verwaltung der Universität Rostock und Nachträge

Herausgegeben von
Kersten Krüger

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 15
Teilband 2

Universität Rostock 2011

Inhalt

Mathias Neukirchen	Seite
Geleitwort des Kanzlers	7
Kersten Krüger	
Vorwort des Herausgebers	9
Rektorat	
Wolfgang Peters	
Kurzbiografie, Lebenslauf	11
Zeitzeugengespräch am 16. April 2010	13
Anlagen	53
Verzeichnis der Anlagen	77
Verzeichnis der Abbildungen	78
Kanzlerin	
Dagmar Börner	
Kurzbiografie	80
Zeitzeugengespräch am 17. Dezember 2010	81
Presse und Kommunikation	
Karl-Heinz Kutz	
Kurzbiografie, Lebenslauf	98
Zeitzeugengespräch am 23. April 2010	100
Verzeichnis der Abbildungen	130
Steffen Eggebrecht	
Wandel der Rostocker Universitätszeitung von 1990 bis 2006	131
Ulrich Vetter	
Kurzbiografie, Lebenslauf	144
Zeitzeugengespräch am 14. Mai 2010	
Akademisches Auslandsamt	
Dagmar Ronnecker	
Kurzbiografie, Lebenslauf	172
Zeitzeugengespräch am 29. Oktober 2010	173
Verzeichnis der Abbildungen	194

Inhalt

Steffen Eggebrecht	
Wissenschaft im Dienst der Außenpolitik. Die internationalen Beziehungen der Universität Rostock zwischen 1946 und 1969	197
Universitätsbibliothek	
Karl-Heinz-Jügelt	
Auszug aus dem Catalogus Professorum Rostochiensium	228
Zeitzeugengespräch am 18. Juni 2010	231
Verzeichnis der Anlagen	255
Anlagen	257
Peter Hoffmann	
Kurzbiografie, Lebenslauf	285
Zeitzeugengespräch am 25. Juni 2010	287
Verzeichnis der Abbildungen	332
Renate Bähker	
Kurzbiografie, Lebenslauf	335
Zeitzeugengespräch am 2. Juli 2010	337
Verzeichnis der Abbildungen	364
Robert Zepf	
Kurzbiografie, Lebenslauf	365
Zeitzeugengespräch am 10. Dezember 2010	367
IT- und Medienzentrum	
Christa Radloff	
Kurzbiografie, Lebenslauf	386
Zeitzeugengespräch am 9. Juli 2010	387
Verzeichnis der Abbildungen	421
Dezernat 1: Akademische Angelegenheiten	
Peter Volle	
Kurzbiografie, Lebenslauf	423
Zeitzeugengespräch am 30. April 2010	425
Margitta Grimmel	
Kurzbiografie, Lebenslauf	451
Zeitzeugengespräch am 28. Mai 2010	452
Verzeichnis der Abbildungen	487

Inhalt

Anne-Katrin Nörenberg	
Kurzbiografie, Lebenslauf	488
Zeitzeugengespräch am 12. November 2010	489
Verzeichnis der Abbildungen	514
Dezernat 2: Haushaltsangelegenheiten	
Ursula Keßler	
Kurzbiografie, Lebenslauf	515
Zeitzeugengespräch am 4. Juni 2010	516
Verzeichnis der Anlagen	539
Dezernat 3: Technik, Bau, Liegenschaften	
Knut Böttcher	
Kurzbiografie, Lebenslauf	549
Zeitzeugengespräch am 11. Juni 2010	551
Verzeichnis der Abbildungen	586
Dezernat 4: Personal und Personalentwicklung	
Andreas Tesche	
Kurzbiografie, Lebenslauf	587
Zeitzeugengespräch am 21. Mai 2010	589
Nachträge	
Franz Spychala	
Kurzbiografie, Lebenslauf	617
Zeitzeugengespräch am 5. November 2010	619
Verzeichnis der Anlagen	650
Anlagen	651
Korrektur zu Band 3	679
Register der Zeitzeuginnen, Zeitzeugen, Protokollantinnen und Protokollanten	681

Bähler, Renate

Lebenslauf



<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1981-1992	Leiterin der Fachbibliothek Mathematik an der Universitätsbibliothek Rostock, Fachreferentin für Mathematik und Informatik
	1994-2004	Stellvertretende Direktorin der Universitätsbibliothek Rostock, Hauptabteilungsleiterin Informationszentrum (Abteilung Kataloge, Informationsvermittlung, Stelle und Patent-Informationszentrum); Fachreferentin für Mathematik, Informatik und Physik
	2004-2009	Stellvertretende Direktorin der UB Rostock, Leiterin der Bereichsbibliothek Südstadt, Abteilungsleiterin Informations- und Kommunikationstechnik, Fachreferentin für Mathematik und Physik
	2009-2010	amtierende Direktorin der UB Rostock, Abteilungsleiterin Informations- und Kommunikationstechnik, Fachreferentin für Mathematik
	Seit 2010	Stellvertretende Direktorin der UB Rostock, Leiterin der Bereichsbibliothek Südstadt, Abteilungsleiterin Informations- und Kommunikationstechnik, Fachreferentin für Mathematik

Lebensdaten: geboren 13. Juni 1958 in Kavelstorf
verheiratet, 3 Kinder (geboren 1985, 1987 und 1988)

Kurzbiografie:

1964-1970	Polytechnische Oberschule Kavelstorf
1970-1977	Kinder- und Jugendsportschule Rostock, Abitur
1977-1981	Lehrerstudium mit der Fachrichtung Mathematik/Physik an der Universität Rostock
1983-1985	Postgraduales Studium Bibliothekswissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin

	2002-2003	Berufsbegleitendes Qualifizierungsprogramm „Management in Bibliotheken“ an der Freien Universität Berlin
<i>Akademische Abschlüsse:</i>	1981	Lehrerexamen der Fachrichtungen Mathematik/Physik an der Universität Rostock
<hr/>		
<i>Funktionen:</i>	1995-1997	Mitglied in der Arbeitsgruppe „Lokale Bibliothekssysteme“ des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes
	1997-2000	DFG-Projekt: Aufbau nutzerorientierter verteilter Informationsstrukturen in Kooperation von Bibliotheken und Fachbereichen am Beispiel des Faches Mathematik
	1998-2004 und 2009-2010	Mitarbeit im Vorstand des Deutschen Bibliotheksverbandes, Landesverbandes M-V
	1999	Mitarbeit in der Expertengruppe „Inhaltliche Überarbeitung der Deutschen Bibliotheksstatistik“
	Seit 2000	Gründung und Mitarbeit im Arbeitskreis „Wissenschaftliche Bibliotheken Rostocks“ Zusammenarbeit und Unterstützung der Bibliotheken der Leibniz-Institute und der HMT
	2004-2005	Mitarbeit in der Steuerungsgruppe „Deutschen Bibliotheksstatistik: Wissenschaftliche Bibliotheken“
<hr/>		

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugengespräch mit Renate Bähker am 2. Juli 2010

Transkription und Protokoll: Christian Ebert, Anika Henning-Kiehn, Andreas Juch, Paul Knackert, Nele Rieken

Kersten Krüger:

Meine Damen und Herren, wir eröffnen die Sitzung und begrüßen unseren Gast, Frau Renate Bähker, die Direktorin der Universitätsbibliothek, ebenso die früheren Bibliotheksdirektoren, Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Jügelt und Herrn Dr. Peter Hoffmann. Liebe Frau Bähker, Sie haben das Wort.

Renate Bähker:

Es freut mich, dass ich hier die Möglichkeit habe ihnen ein bisschen aus meinem Leben und aus dem Leben der Universitätsbibliothek zu erzählen. Ich bin Zeitzeugin zum Thema der UB und werde etwas zu meiner Person sagen, zu meiner Berufspraxis bis zum heutigen Tage, dann etwas zu den Aufgaben der UB mit einem kleinen Ausblick auf die Zukunft. Schließlich möchte ich auf die Finanzen und das Personal eingehen, wie sie sich seit den neunziger Jahren entwickelt haben.

Zu meiner Person: ich bin hier in der Nähe von Rostock auf dem Dorf in Kavelstorf geboren, ging dort in die Grundschule und besuchte ab 1970 die Kinder- und Jugendsportschule in Rostock, wo ich mein Abitur ablegte. Mit dem Leistungssport hörte ich auf und entschied mich für ein Studium. Meinem Studienwunsch Medizin konnte ich nicht folgen, weil ich zum Studium nur eine Bescheinigung *Teils tauglich* bekam. Früher musste man ein Gesundheitszeugnis vorlegen und aufgrund meiner Verletzung hatte ich nur ein *Teils tauglich*. Also fiel Medizin damit aus. Es war dann ein bisschen schwierig mich zu entscheiden. Das kennen Sie selber, was studiert man? Letztendlich wollte ich auch in Rostock bleiben – man ist Mecklenburger mit Leib und Seele – und ich habe mich dann für den Studienort Rostock entschieden, für ein Lehrerstudium mit den Fächern Mathematik und Physik. Bereits während meines Studiums arbeitete ich als studentische Hilfskraft.

An die UB kam ich eher zufällig, und zwar zur Strafe. Meine gesamte Seminargruppe musste damals ins ZV-Lager, ins Zivilverteidigungslager gehen. Der Dienst dauerte einen Monat. Dort musste man arbeiten und einen Wehrdienst absolvieren. Davor habe ich mich erfolgreich gedrückt. Zur Strafe, so hieß es, sollte ich dann zu Hause bleiben – damit hatte ich gar kein Problem – und Vorlesungen zur Zivilverteidigung, zum Atomschutz und ähnlichen Themen besuchen. Diese fanden vormittags statt, nachmittags musste ich in die Bibliothek. Dort habe

ich mit dem Einstellen der Bücher angefangen. Wenn Bücher benutzt werden, müssen sie wieder eingestellt werden. Das waren so meine ersten Tätigkeiten als studentische Hilfskraft. Natürlich durfte ich sie nicht sofort ganz ins Regal stellen, sondern sie mussten zwei Zentimeter vorgucken. Dann wurde kontrolliert, ob das alles richtig steht. Eine zweite Arbeit betraf die Katalogkarten, die Sie vielleicht gar nicht mehr kennen. Ich war in der Fachbibliothek Mathematik eingesetzt. Dort gab es einen alphabetischen Katalog, und hier habe ich ihnen einige Katalogkarten mitgebracht zu dem Buch von Schulze: „Methoden der Potentialtheorie für elliptische Differenzialgleichungen“ (Abbildung 1).¹ Die Katalogkarte wurde vier Mal geschrieben. Die erste wurde im alphabetischen Katalog unter Schulze eingeordnet. Die zweite, da es eine Zweiverfasserschrift ist, kam unter Wildenhain in den Katalog. Weil das Buch gleichzeitig in einer Reihe erschien, nämlich in der Reihe „Mathematische Lehrbücher und Monographien“, wurde die dritte Karte an der Stelle der *Mathematische Lehrbücher und Monographien* im alphabetischen Katalog eingeordnet. Daneben gab es den systematischen Katalog. Die Systematikstellen vergab eine wissenschaftliche Kraft aus dem Institut für Mathematik. Also die vierte Karte bekam die Sachstelle 5.3.2. für Elliptische Differenzialgleichung.

Vergleichen Sie die Katalogkarten einmal mit dem heutigen elektronischen Katalog. Heute haben Sie eine vielfache Möglichkeit einzusteigen um dieses Buch zu finden. Früher wären Sie mit dem Schlagwort elliptische Differenzialgleichung über den alphabetischen Katalog nicht weitergekommen. Da hätten Sie sich schon mit der Fachsystematik auseinandersetzen müssen. Sie können heute alle Wörter eingeben und der Katalog findet relativ viel.

Es war eine meiner Aufgaben, diese Katalogkarten in den Katalog zu stellen. Natürlich musste ich sie hochstellen, damit auch wieder kontrolliert werden konnte. Die Karten hatten ein Loch, denn sie wurden in den Katalogschubladen mit Stangen gesichert. Man durfte die Karten nicht herausziehen, dann hätte man den Katalog durcheinander gebracht. Der Katalog war ein Heiligtum! Das war eine meiner Aufgaben in der UB bis zum Studienende.

Eine andere Aufgabe betraf die Ortsleihe, die ich im vierten Studienjahr handhaben durfte. Damals wurde auf Leihschein (Abbildungen 2,1 und 2,2) ausgeliehen, der in mehreren Spalten ausgefüllt werden musste. In der Fachbibliothek Mathematik hatten wir eine alphabetische Aufstellung, das heißt ein Abschnitt des Leihscheins landete im Nutzerkonto bei der Person, die das Buch ausgeliehen hatte und der zweite Abschnitt ging in die Registrante und wurde dort

¹ Schulze, Bert-Wolfgang; Wildenhain, Günther: Methoden der Potentialtheorie für elliptische Differentialgleichungen beliebiger Ordnung. Berlin 1977 (Mathematische Lehrbücher und Monographien: Abt. 2. 46). BB Südstadt, Signatur: SK 560 S391.

77 A 2942

Schulze, Bert-Wolfgang:
 Methoden der Potentialtheorie für elliptische Differentialgleichungen beliebiger Ordnung / von Bert-Wolfgang Schulze ; Günther Wildenhain. – Berlin : Akademie-Verlag, 1977. – XV, 408 S. ; 25 cm (Mathematische Lehrbücher und Monographien : Abt. 2 ; 46) Literaturverz. S. 387–402.
 NE: Wildenhain, Günther ; GT
 1977, 77B, Gr. 3
 Best.-Nr. 761-997-8 geb. : 68.00

Mathematische Lehrbücher und Monographien *Einzelsign.*

- Abt. 2, Mathematische Monographien
- 46. Schulze, Bert-Wolfgang: Methoden der Potentialtheorie für elliptische Differentialgleichungen beliebiger Ordnung. – 1977
 - 47. Theorie und Anwendung der optimalen Versuchsplanung ; 1. – 1977
 - 49. Barlow, Richard Eugene: Statistische Theorie der Zuverlässigkeit. – 1978

Wildenhain, Günther:

77 A 2942

Schulze, Bert-Wolfgang:
 Methoden der Potentialtheorie für elliptische Differentialgleichungen beliebiger Ordnung / von Bert-Wolfgang Schulze ; Günther Wildenhain. – Berlin : Akademie-Verlag, 1977. – XV, 408 S. ; 25 cm (Mathematische Lehrbücher und Monographien : Abt. 2 ; 46) Literaturverz. S. 387–402.
 NE: Wildenhain, Günther ; GT
 1977, 77B, Gr. 3
 Best.-Nr. 761-997-8 geb. : 68.00

77 A 2942

Schulze, Bert-Wolfgang:
 Methoden der Potentialtheorie für elliptische Differentialgleichungen beliebiger Ordnung / von Bert-Wolfgang Schulze ; Günther Wildenhain. – Berlin : Akademie-Verlag, 1977. – XV, 408 S. ; 25 cm (Mathematische Lehrbücher und Monographien : Abt. 2 ; 46) Literaturverz. S. 387–402.
 NE: Wildenhain, Günther ; GT
 1977, 77B, Gr. 3
 Best.-Nr. 761-997-8 geb. : 68.00

5.3.2 Elliptische Differentialgleichungen

REGIONAL KATALOG ROSTOCK

suchen [und] | alle Wörter [ALL] | sortiert nach Erscheinungsjahr | Unscharfe Suche

schulze differentialgleichungen

Suchgeschichte | Kurzliste | Titeldaten

■ Ihre Aktion suchen [und] (alle Wörter [ALL]) schulze differentialgleichungen

Titel: [Methoden der Potentialtheorie für elliptische Differentialgleichungen beliebiger Ordnung / von Bert-Wolfgang Schulze und Günther Wildenhain](#)

Verfasser: [Schulze, Bert-Wolfgang ; Wildenhain, Günther](#)

Erschienen: [Berlin : Akademie-Verl., 1977](#)

Umfang: XV, 408 S. : Ill.

Schriftenreihe: Mathematische Lehrbücher und Monographien : Abt. 2 ; 46

Anmerkung: Literaturverz. S. 387 - 402

Schlagwörter: *Potentialtheorie
 *Differential equations, Elliptic / Potential theory (Mathematics)

Sachgebiete: [31.45 ; Partielle Differentialgleichungen](#)
[31.40 ; Analysis: Allgemeines](#)

Mehr zum Thema: Klassifikation der Library of Congress: [QA377](#)
 Dewey Dezimal-Klassifikation: [515.35](#)

Standort: [BB Südstadt: Magazin](#)

Signatur: **77 A 4907**

Ausleihstatus: Ausleihbestand
 verfügbar [Bestellen](#)

Standort: [BB Südstadt](#) [Standort des Titels anzeigen](#)

Signatur: **SK 560 S391**

Ausleihstatus: Ausleihbestand

Abbildungen 1,1-1,5: Katalogisate
 Oben: Alter Zettelkatalog, unten: neuer elektronischer Katalog

ich scherzhaft immer gesagt, von einer Woche bis unendlich sei alles möglich. Es gab die Fälle, da kam das Buch gar nicht, weil der Leihschein leider verloren ging. Die Zustände haben wir heute nicht mehr. In der Regel kommt Aufsatzliteratur innerhalb einer Woche. Bücher, sofern sie vor Ort nicht ausgeliehen sind, kommen im Durchschnitt innerhalb von 14 Tagen.

Als das vierte Studienjahr anging, ging es um die Vermittlung von Arbeitsplätzen. Bei uns war damals der Schwerpunkt die Vermittlung der Lehrer nach Halle/Leipzig. Da sagte ich mir: „Bloß nicht nach Halle/Leipzig“. Dann hatte ich das Glück, dass sowohl die Bibliothekarin der Fachbibliothek Mathematik bei dem damaligen Sektionsdirektor, Prof. Engel,² und wiederum Prof. Engel bei dem damaligen Bibliotheksdirektor, Prof. Jügelt,³ meinetwegen vorstellig wurden. Sie erreichten, dass ich aus der Lehrerbildung herauskam und 1981 in der Universitätsbibliothek zu arbeiten anfangen konnte. Es ist ein Verdienst dieser beiden Herren, dass ich in Rostock bleiben und meinen Werdegang in Rostock in der Bibliothekslaufbahn beginnen konnte, die so nie geplant war.

Eingestellt wurde ich 1981 als Fachreferentin für Mathematik und Informatik, zugleich war ich Leiterin der Fachbibliothek Mathematik und somit auch zuständig für die Erwerbung und Erschließung der gesamten Literatur in der Fachbibliothek, bei Anschaffungen natürlich in Abstimmung mit den Wissenschaftlern. Hinzu kam die fachliche Beratung, die ein Fachreferent auch heute leistet, das heißt ich gab Unterstützung beim Finden von Literatur.

Dann erarbeiteten wir – das hatte ich schon während meiner studentischen Hilfszeit begonnen – ein Zeitschriftenbestandsverzeichnis Mathematik für die DDR. Das war ein Nachweis aller Fachzeitschriften, welche die Grundlage für einen internen Fachnetz-Leihverkehr innerhalb des Leihverkehrs der DDR bildete.

Ein weiteres Anliegen unseres Direktors galt der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Selber kam ich fachfremd in die Bibliothek und hatte nach zwei berufspraktischen Arbeitsjahren von 1983 an ein zweijähriges fachwissenschaftliches Fernstudium der Bibliothekswissenschaft an der Humboldt-Universität zu absolvieren, das ich 1985 mit Erfolg abschloss. In jüngerer Zeit habe ich erneut eine Weiterbildung durchlaufen. Das war im Jahr 2002 ein Qualifizierungsprogramm zum Management in Bibliotheken: Dabei ging es um Personalentwicklung, um Controlling für Bibliotheken und um Verwaltungsangelegenheiten.

Neben der alltäglichen Arbeit in der Bibliothek hatte ich 1987 die Möglichkeit zusammen mit Wissenschaftlern aus der Sektion Geschichte und der Sektion

² Prof. Dr. Wolfgang Engel: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/138277052>

³ Prof. Dr. Karl-Heinz Jügelt: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/133880702>

Mathematik eine Ausstellung im Kulturhistorischen Museum zu konzipieren. Es ging um *Joachim Jungius*⁴ – *in seiner Zeit – für unsere Zeit*. Das war etwas ganz Tolles, etwas Einmaliges neben der normalen Bibliotheksarbeit.

Seit 1991 – da kommen wir in die Wendezeit – bin ich verantwortlich für die Statistik. Sie hören am Ende von mir auch noch einige statistische Zahlen. Über die Wendezeit haben Ihnen bereits sowohl Dr. Peter Hoffmann als auch Prof. Dr. Karl-Heinz Jügelt viel erzählt. Damals war ich in der Übernahmekommission. Sie kennen sicher das Verfahren. Das gesamte Personal musste sich neu bewerben. Man hatte die Möglichkeit sich auf drei Stellen zu bewerben. Das habe ich auch gemacht: ich bewarb mich auf meine frühere Stelle als Fachreferentin und war dann noch so vermessen und kühn, mich auch auf die Stelle der Erwerbungsleiterin und sogar auf die Stelle der stellvertretenden Direktorin zu bewerben. Bedingt durch die personellen Veränderungen wurde ich dann gefragt, ob ich den Posten der stellvertretenden Direktorin übernehmen möchte. Mit Anfang Dreißig zweifelt man etwas wegen der großen Verantwortung. Einen Tag musste ich nachdenken, habe mich dann aber dafür entschieden und bin seitdem stellvertretende Direktorin der Universitätsbibliothek.

Mit dieser Aufgabe übernahm ich gleichzeitig bei uns im Hause die Hauptabteilung III, das ist das Informationszentrum, bestehend aus der Abteilung *Kataloge*, aus der *Informationsvermittlungsstelle* und aus der Abteilung *Patent- und Normenzentrum*.

Nach der Wende war mein erster Besuch einer westdeutschen Universitätsbibliothek die UB Regensburg. Da war ich erstaunt über die Räumlichkeiten. In Rostock hatten wir wirklich Platzprobleme. Die Bücher lagen in den Gängen gestapelt. In Regensburg sah ich eine Bibliothek mit Hauptgängen von drei Metern Breite und 1,20 Metern Breite zwischen den Regalen. Als der Direktor erzählt, er habe Platzprobleme, war ich völlig fassungslos. Aus heutiger Sicht weiß ich, dass er Platzprobleme hatte, aber nach unseren damaligen Maßstäben war das überhaupt nicht der Fall. Das wichtigste Ergebnis dieser Reise war, dass wir uns – zusammen mit anderen ostdeutschen Bibliotheken – für die Übernahme der Systematik der Regensburger Verbundklassifikation (RVK) entschieden, die auch heute unsere Aufstellungssystematik ist, gültig in allen unseren Bibliotheken.

Dieses hatte natürlich zur Folge, dass alle Bestände, die in Freihand stehen sollten, rückwirkend auf RVK umgearbeitet werden mussten. Das hat uns die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre beschäftigt. Einige wenige stehen noch aus. Zugleich befassten wir uns, auch im Hinblick auf den Neubau, mit der Planung für die Standorte der Fachbibliotheken. Wir wussten zwar nicht, welcher Standort zuerst an die Reihe kommen würde, wollten aber gut gewappnet sein. Jede Fach-

⁴ Joachim Jungius (1587-1657): *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/118558838>

bibliothek war an der Kapazitätsgrenze, keine hatte Platz. Aber wir mussten und wollten irgendwo anfangen, damit uns die Zeit nicht davonläuft. Weil ich für die Mathematik zuständig war, begannen wir 1996 dort. Zunächst ging es ums Zusammenrücken, um Platz zu schaffen. Wir bekamen drei Regale frei und konnten dort Bücher nach der neuen Klassifikation aufstellen. Es war über Jahre ein Räumen und Rücken. Auf der einen Seite wurde der Bestand neu klassifiziert und neu aufgestellt, auf der anderen Seite kamen neue Bücher mit Signaturen der Regensburger Systematik gleich an die richtige Stelle. In der August-Bebel-Straße 28 merken Sie es teilweise immer noch, wenn wir wegen Räum- und Rückaktionen manchmal schließen müssen. Immerhin hatten wir 57, später noch 48 Fachbibliotheken, die es einheitlich zu präsentieren galt.

In der Wendezeit fingen wir auch mit der elektronischen Katalogisierung an, deren Ergebnis 1993 der erste elektronische Katalog auf zwei PC's war. Sie standen im früheren Katalograum, dort wo sich heute der Rostocker Hof befindet. Danach stellten wir 1994 einen Antrag für unser lokales Bibliothekssystem und bekamen nach der Bewilligung 1996 Rechner dafür. Daneben förderte die DFG ein Programm zur Retro-Katalogisierung unserer alten Bestände von 1500 bis 1850, so dass wir, als wir 1998 mit unserem Katalog im Internet standen, dort eine beachtliche Menge präsentieren konnten. Die Retro-Katalogisierung zog sich übrigens bis ins Jahr 2000 hin.

Als wir zusätzliche Mittel erhielten, konnten wir sie gar nicht in Bücherbeschaffungen umsetzen. Die rettende Idee war die weitere Retro-Katalogisierung des Bücherbestandes der Jahre 1960 bis 1990. Nun gab es noch die Lücke der Jahre 1851 bis 1960, das ist unser Altbestand. Das ist jetzt auch geschafft. Ende des letzten Jahres sind wir mit unserem alphabetischen Katalog 1, das ist ein handgeschriebener Zettelkatalog, ins Internet gegangen. Die digitalisierten Katalogzettel bilden den elektronischen Zettelkatalog. Auf der Suche nach Büchern müssen Sie daher immer in zwei Kataloge gucken. Gerade für Studierende der Fächer Geschichte oder Altertumswissenschaften ist das angezeigt.

Trotz der vielfältigen neuen Aufgaben mussten wir Personal einsparen. Es ging um den Abbau von 18,5 Personalstellen bis 2008. Wir haben ein Personal-konzept erstellt, bei dem wir ganz viele Stellen wegfallen ließen, wohl wissend, dass der Verlust richtig weh tut. Immer wieder merken wir heute an der einen oder anderen Ecke, dass diese Person uns als Person und auch als Stelle fehlt.

Als neue Aufgaben übernahm ich ab Anfang der neunziger Jahre die Mitwirkung an der Konzeption zum Aufbau der digitalen Bibliothek sowie an den Bauplanungen für die Bibliothek. Da hatte ich zum Beispiel alle Raumprogramme neu zu berechnen. Seit 2002, verstärkt seit 2004, lag mein Arbeitsschwerpunkt beim Zusammenzug der Bibliotheken. Umzüge von Bibliotheken sind nicht leicht. In der Südstadt haben wir acht Fachbibliotheken zusammengelegt und wir sind mit Beständen aus der Zentralbibliothek dorthin umgezogen.

Damals wurde entschieden, dass Bestände der Zentralbibliothek in die Südstadt ziehen. Daraus ergibt sich der heutige Bibliothekstourismus. Als Beispiel nenne ich die Dissertationen, die wir in die Südstadt umgelagert haben. Wir brauchten Platz im Bücherspeicher, wo eine Million Bände standen, der aber nur für 600.000 ausgelegt ist. Mein Vorschlag, Altbestände – etwa der Fächer Mathematik, Physik, Chemie, Technik, Medizin, Wirtschaft und Jura – abzutrennen, ließ sich nicht durchsetzen. Ebenso ist der Zeitschriftenbestand umgezogen.

Die Fachbibliotheken waren auf wenige Standorte zu konzentrieren. Da zogen wir mit 18 Regalkilometern Bücher und Zeitschriften um, das ist eine Strecke von hier bis Warnemünde oder von dort ein Stück über die Ostsee. Für die Universitätsbibliothek und ihre Fachbibliotheken bildeten wir 2004 eine neue Struktur mit drei Standorten. Soweit sie noch nicht verwirklicht sind, handelt es sich um virtuelle Fachbibliotheken. Standorte sind: 1. Bereichsbibliothek Südstadt, 2. Standort Innenstadt mit den Fachbibliotheken der geisteswissenschaftlichen Fächer, 3. Standort Wirtschaft und Jura in der Ulmenstraße. Die beiden Letztgenannten existieren als virtuelle Bereichsbibliotheken.

Bauliche Entwicklung zu künftig 3 Standorten und Universitätsarchiv

Bereichsbibliotheken

Südstadt – Agrar- u. Umweltwiss., Math.-Nat., Informatik, Technik und Medizin (seit 2004)

2010 Einzug Monographien d. Fachbibl. Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften

Ulmenstraße – Wirtschaft-, Sozial- u. Rechtswiss. (2015)

Innenstadt – Geisteswissenschaften (202X???)

2013ff. Erweiterung Fachbibliothek Geisteswissenschaften auf 9(10?) Etagen

Einzug weiterer Fachbibliotheken und Zeitschriften der Fächer

Universitätsarchiv 2013

wieder im Hauptgebäude der Universität

In den Bereichsbibliotheken haben wir jeweils einen Leiter eingesetzt und haben als Fachaufsicht zwei Dezernenten beauftragt, zum einen den Dezernenten für Bestandsaufbau und Bestandserschließung und zum anderen den Dezernenten für Information und Benutzung. Selber habe ich die Leitung der Bereichsbibliothek Südstadt übernommen und bin zugleich zuständig für die Informations- und Kommunikationstechnik. Somit bin ich Dienst- und Fachvorgesetzte für 62 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für die Medizin fiel 2005 eine grundlegende Entscheidung. In unserer Planung war vorgesehen, dass wir auf dem Standort Schillingallee eine Bereichsbibliothek in Containerbauweise für die Medizin bekommen. Da die Mittel in Mecklenburg-Vorpommern immer knapp sind, musste sich die medizinische Fakultät zwischen einem Forschungsbau oder der Bibliothek entscheiden. Die Entscheidung fiel für den Forschungsbau und gegen die Bibliothek.

In der Medizin gab es 18 Fachbibliotheken. Dieser Zustand war mit sechs Personalstellen nicht haltbar. Daher berechneten wir, ob die medizinischen Fachbibliotheken in der Südstadtbibliothek Platz finden würden. Da es möglich war, zogen 2006/2007 17 medizinischen Fachbibliotheken dort ein. Alle Bücher, die bereits nach der Regensburger Verbundsystematik klassifiziert waren, wurden in den Freihandbestand gestellt, alles andere ins Magazin. Nach der Systematik gehört die Medizin in die dritte Etage. Dort aber stand die Biologie, die in die zweite Etage musste. Aus der zweiten Etage rückte die Informatik in die erste. So ergab sich der Platz für die Medizin. Wir mussten also noch einmal komplett unseren Freihandbereich umräumen. Das hat übrigens eine Firma gemacht, wir trafen die Vorbereitungen dazu. Im Jahr 2008 zog dann die letzte medizinische Fachbibliothek, die Nervenheilkunde, ein.

Ein weiteres Problem haben wir in der Parkstraße 6, im so genannten „Grünen Ungeheuer“, mit der Fachbibliothek Wirtschaft- und Sozialwissenschaften. Das ehemalige Berufsschulgebäude ist für eine Bibliothek – von der Statik her – nicht geeignet. Maximal fünf Böden pro Regal durften belegt werden, es wurden dann sechs bis sieben. Da bekamen wir die Auflage zu räumen. Ähnlich wie in der Innenstadt trennten wir die Bestände Zeitschriften und Monographien, so dass wir in der Südstadt ca. 800 Meter Zeitschriften im Zeitschriftenmagazin im 1. Obergeschoss aufnehmen. Die laufenden Zeitschriften kamen in die Zeitschriftenauslage.

Im Jahr 2009 fielen Entscheidungen für die Fachbibliotheken der Altertumswissenschaften und der Sportwissenschaft. Weil das Hauptgebäude geräumt wurde, musste dort die Bibliothek der Altertumswissenschaften ausziehen. Sie hat Räumlichkeiten in der Ulmenstraße 69 bekommen. Dort wollten wir – im Interesse der Konzentration von Fachbibliotheken – die Sport- und Altertumsbibliothek zusammen ziehen; erstere befand sich bereits dort im Haus 2. Aber der Platz reichte nicht. Da die Fachbibliothek der Sportwissenschaft ohnehin spätestens 2013, wenn der Campus Ulmenstraße umgebaut wird, in die Südstadt ziehen sollte, haben wir im Einvernehmen mit dem Institut, den Umzug vorverlegt. So befindet sich jetzt die Fachbibliothek Sport in der Bereichsbibliothek Südstadt, und die Altertumswissenschaften haben hinreichend Platz.

Laufende Aufgaben haben wir genug. Im letzten Jahr wechselte meine Funktion, weil der Bibliotheksdirektor, Dr. Jürgen Heeg – er war von 2004 bis 2009 Direktor – unser Haus wieder verlassen hat. Daher bin ich seit 2009 als

amtierende Direktorin eingesetzt. Insbesondere hatte ich mit Sparauflagen der Universitätsleitung zu tun. Die Auflagen beinhalten, bis 2017 604.000 Euro an Personalmitteln einzusparen. Die Summe haben wir erbracht. Es geht um circa 13 Stellen, und nun müssen wir sehen, ob es dabei bleibt oder ob man gegebenenfalls andere Stellen anbietet. Am 1. August wird ein neuer Direktor kommen, und vielleicht wird alles noch einmal erörtert. Es wird so aussehen, dass die Stellen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bis 2017 das Haus verlassen, in der Regel nicht mehr besetzt werden. Davor graust mir, darf ich sagen. Doch hoffe ich auf die Technik und neue Technologien. Aber Bücher müssen immer ins Regal, es sei denn, dass alle zukünftigen Studierenden nur noch elektronisch arbeiten wollen, was ich aber arg zu bezweifeln wage.

Aufgaben der Universitätsbibliothek (1)

- Universitätsweite Versorgung von Forschung, Lehre und Studium mit wissenschaftlicher Literatur und Information



Abbildung 3: Aufgaben der Universitätsbibliothek

Immer bleibt es unsere Aufgabe, die Universität in Forschung, Lehre und Studium mit wissenschaftlicher Literatur und Information zu versorgen. Wir erwerben alle haushaltsfinanzierte Literatur, alle Informationsmittel sowie Lizenzen für den Zugang zu elektronischen Medien. Wir haben 2005 mit dem Erwerb elektronischer Bücher angefangen, auch mit dem Erwerb elektronischer Zeitschriften. Wir tragen Verantwortung für einen sehr wertvollen historischen Altbestand, den einige von ihnen bestimmt schon kennen gelernt haben. Wir sind weltweit vernetzt, haben ein Netzwerk von leistungsfähigen Bibliotheken. Wir

sorgen für systematischen Bestandsaufbau. Das ist Aufgabe der Fachreferenten in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern, damit alles für Lehre und Forschung Benötigte auch wirklich vorhanden ist. Aber auch Sie können als Studierende etwas für den Bestandsaufbau tun, indem Sie Bücher, die sie für ihr Studium brauchen, aber vermissen, uns zur Anschaffung empfehlen.

Bei den zukünftigen Aufgaben wird die bauliche Entwicklung ein großer Schwerpunkt sein. Eine erste Grobplanung liegt für die Ulmenstraße vor. Dort sollen bis 2015 die Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften in einer großen Bereichsbibliothek vereint werden. Die Innenstadt ist unser Sorgenkind, da hier die Bereichsbibliothek der Geisteswissenschaften als erste hätte gebaut werden müssen. Das ging nicht, weil dieser Standort in der Innenstadt zum großen Teil unter Denkmalschutz steht und das Gebiet relativ beengt ist. Zurzeit entsteht in Zusammenarbeit mit einem Architektenbüro eine Machbarkeitsstudie, ob man an diesem Standort die von uns benötigten Quadratmeter Hauptnutzfläche erreichen kann. Mein Wunsch ist, wenn man einen Wunsch äußern darf, dass es zum Universitätsjubiläum 2019 eine Bereichsbibliothek in der Innenstadt für die Geisteswissenschaften geben wird. Das wäre das Größte und absolute Spitze. Wir werden sehen, denn manchmal passieren ja noch Zeichen und Wunder.

In der Innenstadt werden noch mehrere Umzüge stattfinden. Die Fachbibliothek der Altertumswissenschaften wird die Ulmenstraße wieder verlassen. Die Physik wird in die Südstadt umziehen, und in das alte Gebäude der Physik ziehen die Philosophen ein. Dadurch bekämen wir alle neun Etagen in der August-Bebel-Straße 28 frei, vielleicht auch noch die zehnte. Wir können uns dort auf maximal zehn Etagen erweitern. Das hätte den Vorteil, dass es keine Einzelstandorte mehr gäbe, etwa keine Fachbibliothek Theologie mehr, die nur von 10 bis 18 Uhr geöffnet hat. Alles würde in einer Bibliothek vereint, die bessere Öffnungszeiten anbieten könnte.

In der Schwaanschen Straße muss der Zeitschriftencontainer aufgelöst werden. Die Zeitschriften kommen dann alle in die August-Bebel-Straße 28. Für die Studierenden verringert sich damit der Bibliothekstourismus zwischen Ulmenstraße, Schwaanscher Straße und August-Bebel-Straße.

Wenn das Hauptgebäude wirklich 2013 fertig wird, zieht das Universitätsarchiv, das zurzeit Flächen des Bücherspeichers belegt, wieder ins Hauptgebäude. Dann haben wir dort mehr Platz.

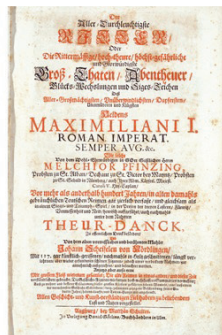
Zu unseren Aufgaben gehört auch die Digitalisierung von Beständen. Diese steckt noch in den Anfängen. Wir möchten sie auf Dauer einrichten, personell verankern und dafür einen Geschäftsgang aufbauen, so dass – wenn Anforderungen von Wissenschaftlern vorliegen – wir Literatur für die Forschung aus dem alten Bestand in kürzester Zeit digitalisieren können. Wir sehen unsere Nachbaruniversität in Greifswald als Vorbild, da funktioniert das. Wir sind gerade dabei,

uns die Software zu beschaffen. Dann werden wir auch Personal dafür einsetzen. Ich hoffe, dass der neue Direktor dem auch folgt.

(zukünftige) Aufgaben der Universitätsbibliothek

● Wir sichern

im Rahmen unserer Möglichkeiten,
dass die umfangreichen und wertvollen Bestände
(Handschriften, alte und seltene Drucke, Musikalien,
historische Karten, Ansichten, Portraits, Nachlässe, ...)



- restauratorisch gesichert
- für die wissenschaftliche Arbeit erschlossen
- für die Lehre und Forschung bereitgestellt werden



Abbildung 4: Zukünftige Aufgaben

Eine digitale Bibliothek haben wir ja schon, wir haben einen Dokumentenserver die Plattform RosDok, da weisen wir schon einiges nach, zum Beispiel Dissertationen und die Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte. Aber vieles, was an der Universität publiziert wird fehlt in RosDok. Auch hier müssen wir in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern besser vorankommen.

Rostocker Dokumentenserver



Navigation: RosDok > Suchen > nach Dokumenten einfach > Suchen > Dokumenten-Details

Titel:	Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte
Beteiligte Person (en)/Einrichtung (en):	Herausgeber Der Rektor der Universität Rostock
Beschreibung:	Die Veröffentlichungsreihe „Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte“ soll für universitätshistorische Arbeiten – vornehmlich für Rostock, aber auch für andere Universitäten – zur Verfügung stehen. Die Herausgeberschaft der



Abbildung 5: Rostocker Dokumentenserver RosDok

Als weitere zukünftige Aufgaben betrachte ich auch die Durchführung von Schulungen und Lehrveranstaltungen. Ich stelle immer wieder im Dienst fest, dass es – nicht nur aber besonders – bei Studierenden an Informationskompetenz mangelt. Ein Schlüsselerlebnis war, dass ein Student der Wirtschaftswissenschaften in seiner Diplomarbeit einen Zeitschriftenaufsatz verwendet hatte und nun die Seitenzahlen suchte. Wirtschaft ist nicht mein Fachgebiet, aber ich fand heraus, dass diese Zeitschrift zwar nicht im Verbund erhältlich war, aber dass es eine Datenbank gibt, in der wir nachschauen konnten. Da bekam der Student einen Schreck, weil er sah, was der Autor noch alles veröffentlicht hatte. Die Datenbank kannte er nicht. Da habe ich mir gedacht: „Aber hallo, wie hat der denn seine Arbeit geschrieben?“ Aber das wollte ich gar nicht wissen. Nur wurde mir deutlich, dass unsere Ressourcen nicht hinreichend bekannt sind. Für unsere an der Universität vertretenden Fächer haben wir ein gutes bis sehr gutes Spektrum an Literatur, Zeitschriften und elektronischen Medien. Das müssen wir noch besser vermitteln und Informationsveranstaltungen durchführen. Das ist nützlich für alle, die ihre Abschlussarbeit schreiben oder einen Vortrag erstellen. Als ersten Schritt haben wir eine Webseite Fachinformation eingerichtet.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Zitier- und Literaturverwaltungsprogramm Citavi. Zwar ist dafür niemand hauptamtlich zuständig, weil Stellen weggefallen sind, aber jetzt ordnen wir es neu und werden ab September Schulungen für Studierende anbieten können.

citavi Version 2.5.2

Lösungen

Funktionen

- Literaturverwaltung
- Wissensorganisation
- Aufgabenplanung
- Online-Recherche
- Publikationsassistent
- Zusatzprogramm Picker
- Optionen
- Hilfen
- ISBN-Strichcode-Scanner
- Zitate-(Zeilen-)Scanner
- Datenblatt

Downloads und Updates

Preise und Lizenzen

Funktionen

So einfach wie möglich, aber nicht einfacher

Citavi wird allen wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht und ist auch für den außerwissenschaftlichen Einsatz hervorragend geeignet. Seine Funktionen passen sich pragmatisch und flexibel Ihren Zielsetzungen an. Und trotz der erstaunlichen Zahl sinnvoller Funktionen bleibt Citavi intuitiv und leicht zu bedienen.

Literaturverwaltung

Wissensorganisation

Aufgabenplanung

Online-Recherche

Abbildung 6: Citavi Version 2.5.2

Nun komme ich zu statistischen Daten. Das Diagramm (Abbildung 7) zeigt die Erwerbungs Ausgaben insgesamt, sie sind von DM in Euro umgerechnet. Sie sehen den Spitzenwert 1996 und dann das Absacken bis 2004. Das hängt damit zusammen, dass die HBF-G-Mittel⁵ ausliefen. In Zusammenarbeit mit dem Haushaltsdezernat und der Universitätsleitung haben wir eine bessere finanzielle Ausstattung erreicht, denn durch die Preissteigerungen bei den Zeitschriften musste bei stagnierendem Haushalt abbestellt werden. Seit Anfang der neunziger Jahre ist unser Bestand von 1,4 Millionen. auf heute rund 2,2 Millionen Bände gewachsen. Bei den Büchern und Zeitschriften liegen wir so bei 2.050.000 Bänden. Wir haben daneben Noten, Karten, Einzeldrucke usw.

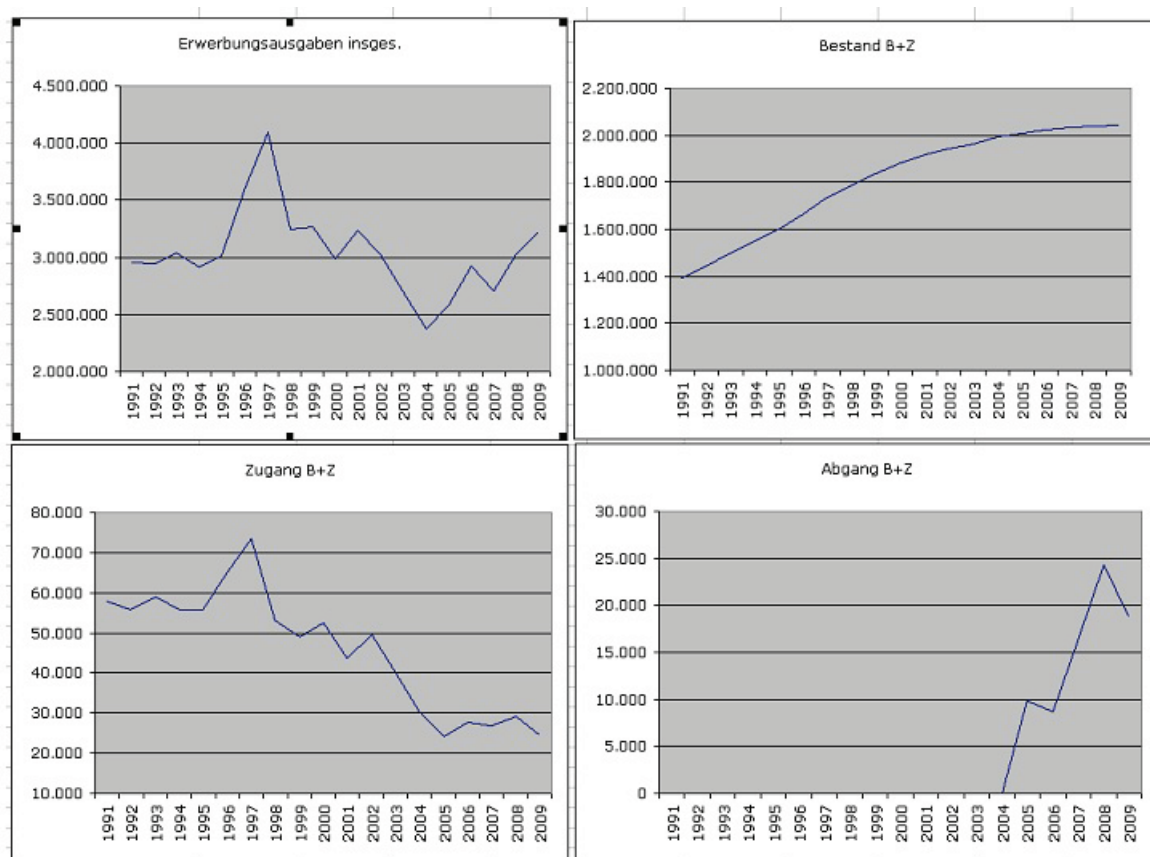


Abbildung 7: Erwerbsausgaben, Bestand, Zugang und Abgang

Auf den Diagrammen des Zugangs und des Abgangs ragt der Spitzenwert von 1996 heraus, danach flacht die Kurve deutlich ab. Der Abgang steigt, das heißt, wir haben vieles ausgesondert, sowohl bei Zeitschriften als auch bei Büchern was doppelt vorhanden war und nicht mehr benötigt wurde. Das bringt Platz. Sie können sich sicher vorstellen, dass etwa in der Informatik ein Buch über

⁵ Hochschulbau-Förderungsmittel, gemeinsam finanziert von Bund und Land.

Windows 3.1. nicht mehr gebraucht wird. Auch eine veraltete Programmiersprache in Version 1 – beispielsweise ist in SPSS heute die Version 17 gültig – brauchen Sie nicht mehr. Solche Bücher werden ausgesondert.

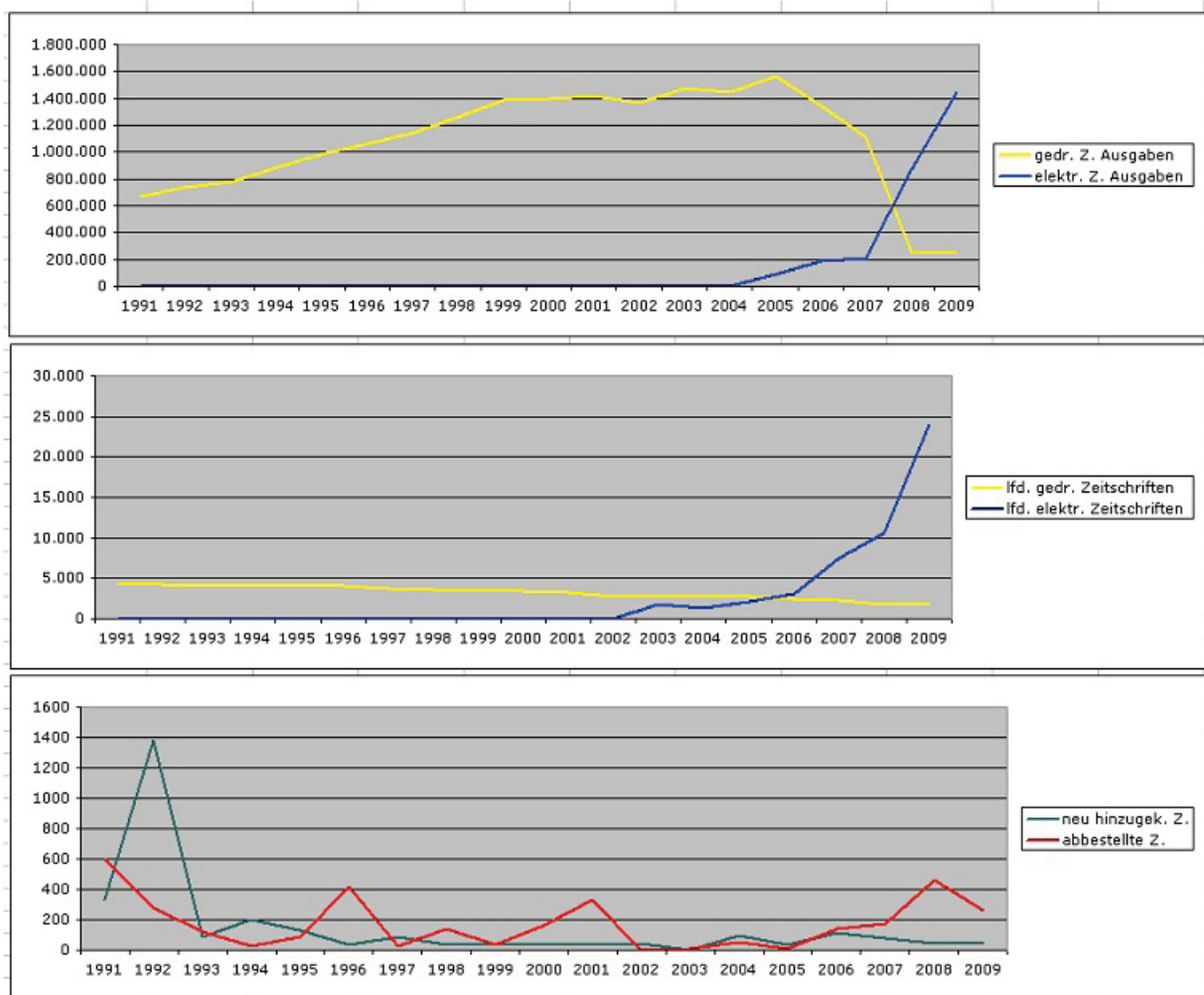


Abbildung 8: Zeitschriften: gedruckte und elektronische, Bestellungen und Abbestellungen

Bei den Zeitschriften (Abbildung 8) sind die Ausgaben für die gedruckten und die elektronischen Zeitschriften dargestellt. Die Kurven sind gegenläufig. Wir haben, soweit möglich, in der Medizin, den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern, gedruckte Zeitschriften auf elektronische umgestellt. Wir hatten ursprünglich rund 5.000 gedruckte Zeitschriften, jetzt noch 1.700. Bei den elektronischen Zeitschriften sind wir inzwischen bei 25.000, in diesem Jahr sogar bei 30.000 angelangt.

Bestellungen und Abbestellungen von Zeitschriften finden sich im unteren Teil der Abbildung 8. Im Jahr 1992 konnten wir viele Zeitschriften bestellen, die früher nur durch Fernleihe erreichbar waren. Aber wie bereits gesagt, wenn die

Mittel dann knapp wurden, mussten wir teure und/oder nicht bzw. wenig genutzte Zeitschriften abbestellen.

Das Personal, dargestellt in der Abbildung 9, hat bis zum Jahr 2000 zugenommen, seitdem schrumpft es. Die Zunahme beruhte auf zeitlich begrenzter Beschäftigung außerhalb des Stellenplans, das geschah mit ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen), die es inzwischen nicht mehr gibt. Die genauen Zahlen sind in der Tabelle oberhalb und unterhalb der Grafik ausgewiesen. In der oberen Zeile stehen die Zahlen der Beschäftigten des Stellenplans, in der unteren die der außerhalb des Stellenplans vorübergehend Beschäftigten. Ich hoffe, dass die Zahlen des Personals nicht noch kleiner werden, damit wir die Leistungen, die von uns erwartet werden, auch wirklich erbringen können.

Erst einmal vielen Dank.

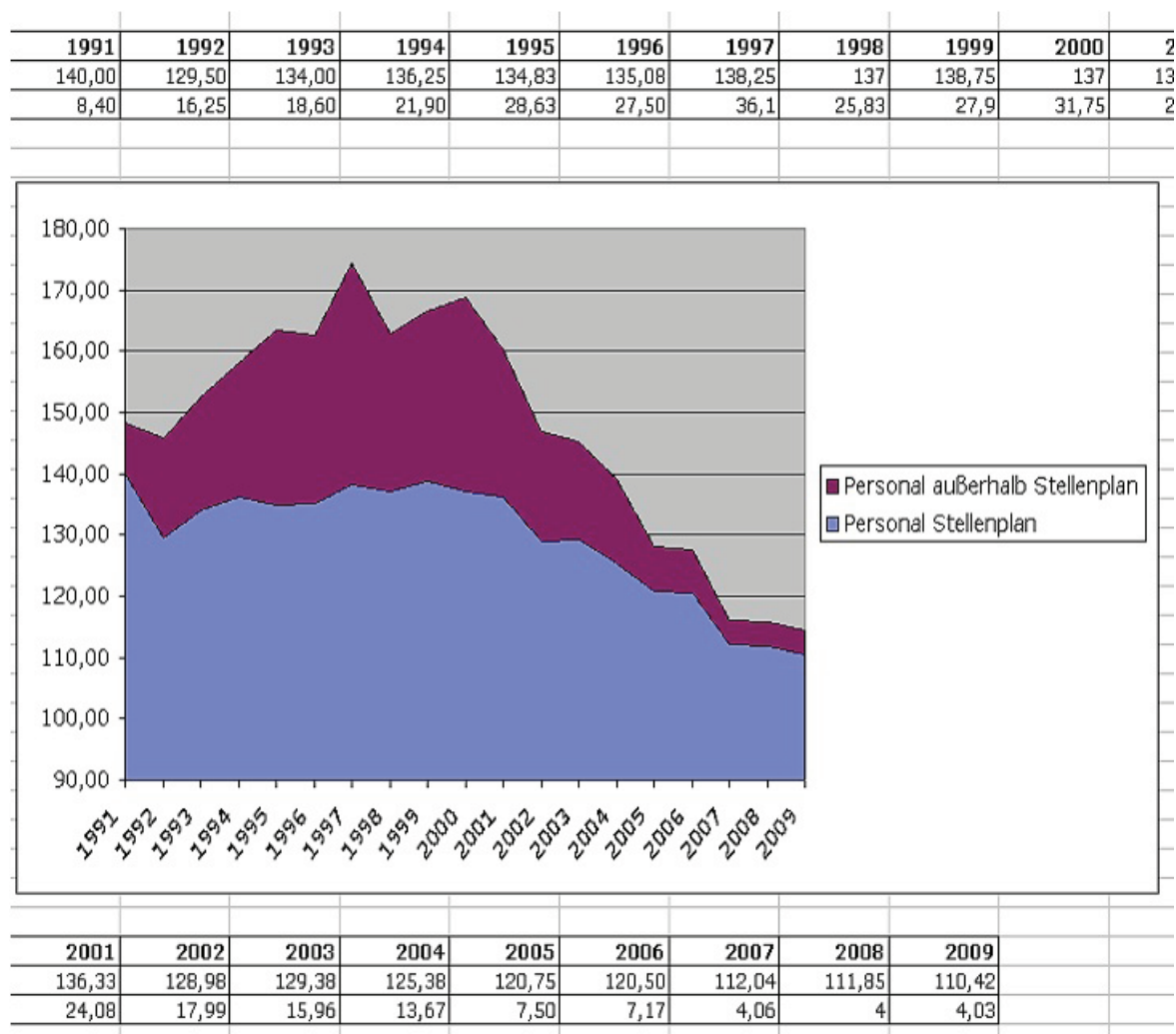


Abbildung 9: Personalentwicklung 1991-2009

Diskussion

Hilde Michael:

Die Frage geht in die Richtung: Die Bibliotheken wachsen, Gott sei Dank! Wie wird das Bibliothekenwachstum – zum Beispiel als die Südstadtbibliothek gebaut wurde – oder insgesamt bei der Planung und Erneuerung anderer Bibliotheken, an Bänden berechnet? Denn man baut eine Bibliothek ja nicht nur für die nächsten 30 Jahre, sondern hoffentlich für einen längeren Zeitraum.

Renate Bähker:

Man plant für die nächsten 20 Jahre. Mehr bekommt man leider nicht bewilligt. Es gibt ein Gutachten vom HIS, dem Hochschul-Informations-System mit Sitz in Hannover. Dort wurde festgelegt, mit welcher zeitlicher Tiefe – sofern man nicht einen besonderen Sammelauftrag hat – man rückwirkende Literatur vorhalten soll. Darüber kann man bestimmt streiten, aber der Zeitraum beträgt für bestimmte Fächer in der Technik 20 Jahre und bei den Geisteswissenschaften 40 Jahre. Nach meiner Meinung muss die Literatur länger gehalten werden. Aber entscheidend ist, dass wir die verfügbaren Mittel zugrunde legen. Wir haben ein Etatverteilungsmodell, aufgrund dessen ich genau für jedes Fach sagen kann, wie viele Mittel aus heutiger Sicht, mit dem heutigen Profil zur Verfügung stehen. Das kann ich dann hochrechnen, so dass ich weiß, für dieses Geld kann ich so und so viele Bücher oder so und so viele Zeitschriften kaufen. Das wird dann in Bände umgerechnet. Das haben wir für die Südstadt gemacht und so ist der grundsätzliche Ansatz. Man rechnet die Zahlen hoch.

Axel Büssem:

Ich habe zwei Fragen. Die erste ist zum Thema Zeitschriften. Es passiert ja immer wieder, dass Zeitschriften abbestellt werden, wenn Geld fehlt. Möge es die Fügung ergeben, dass irgendwann mal wieder Geld da ist. Gibt es ein System, das es ermöglicht, die in diesem Zeitraum nicht angeschafften Zeitschriften nachzubestellen?

Renate Bähker:

Das ist eine ganz schwierige Sache, zu der ich vor zehn Jahren noch eine ganz andere Meinung gehabt habe als heute. Inzwischen hat die DFG, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, das Programm Nationallizenzen aufgelegt. Die DFG hat von einigen Verlagen bestimmte Zeitschriftenpakete elektronisch eingekauft. Das heißt, wir haben zum Beispiel beim Elsevier-Verlag Zeitschriften von den Anfängen bis 2002 elektronisch verfügbar. Es handelt sich dabei um einen der wichtigsten Verlage bei den STM-Fächern, Science, Technologie, Medicine. Wir haben die Zeitschriften also gar nicht wirklich da. Wir haben zwar einen Teil an

Elsevier-Zeitschriften, aber natürlich nur das, was wir uns leisten konnten. Wie wir an der Kurve gesehen haben, wurde das Geld weniger, und Zeitschriften sind teilweise gestiegen. Wir hatten Jahre mit 8% und 12% durchschnittliche Preissteigerungen. Das hängt auch immer wieder mit Kursentwicklung der Währungen zusammen. 1996 haben wir schon ganz massiv im SMT-Bereich abbestellen müssen. Wir haben 2000 und 2002 abbestellen müssen. 2005 war, meine ich, die letzte Abbestellung. Im Moment sind wir, dadurch, dass wir jedes Jahr etwas Geld dazu bekommen, von Zeitschriftenabbestellungen verschont. Aber letztes Jahr haben wir die Zeitschriften zum Dollarkurs von 1,47 Euro bezahlt. Zurzeit dümpeln wir irgendwo bei 1,22 Euro bis 1,23 Euro herum. Das sind schon 20-25% Mehrkosten, die auf uns zukommen. Wir müssen sehen, wie dann die Kursentwicklungen sind. Davon wird abhängig sein, was wir machen werden. Die Zeitschriften bezahlen wir immer im Oktober/November für das folgende Jahr.

Im geisteswissenschaftlichen Bereich versuchen wir Zeitschriften zu ergänzen. Das geschieht dann, wenn ein neuer Professor mit einem neuen Gebiet oder mit einer etwas anderen Ausrichtung auf diesem Gebiet kommt und die entsprechenden Zeitschriften in seinen Berufungsverhandlungen fordert. Das Berufungsprotokoll kommt in die Bibliothek, wird von uns geprüft und es wird abgeschätzt, was machbar ist. Für den mathematisch naturwissenschaftlichen Bereich mache ich jedoch keine Rückergänzungen mehr. Da werden eher elektronische Zeitschriften eingekauft. Hier hat sich bei der Zeitschriftenliteratur die elektronische Veröffentlichung von Aufsätzen durchgesetzt.

Axel Büssem:

Ist es aber grundsätzlich immer möglich solche Rückergänzungen zu machen?

Renate Bähler:

Es ist nur eine Frage des Geldes.

Axel Büssem:

Technisch ist es also möglich?

Renate Bähler:

Ja, Rückergänzungen sind immer möglich. Es ist nur die Frage, ob wir uns das leisten können. Man kann inzwischen ganze Buchreihen in digitaler Form beim Elsevier-Verlag oder bei anderen Verlagen kaufen. Gerade auf dem Gebiet der Geschichte gibt es Verlage, die vollständige Sammlungen anbieten. Die Lizenzen dafür sind aber exorbitant teuer. Man muss immer überlegen, ob man eine befristete Lizenz kauft. Das heißt, ich habe ein Jahr Zugang, und wenn ich im darauf folgenden Jahr nicht mehr zahlen kann ist der Zugang weg. Der Kaufpreis ist immer ein Vielfaches höher; er kann ein Fünffaches der Jahreslizenz sein. Da ist

jeder Fachreferent für seinen Bereich zuständig und muss entscheiden, ob es geht oder nicht. Bei Berufungsverhandlungen können wir den Erwerb nur zusagen, wenn wir zusätzlich Mittel bekommen. Hier müssen Kanzler und Rektor entscheiden, ob sie im Interesse der Berufung das Geld zur Verfügung stellen. Aus eigenen Mitteln können wir die Rückergänzung von Zeitschriften nicht mehr leisten.

Gregor Dehmel:

Ich habe zwei Fragen. Erstens, wie viele Regale, oder laufende Kilometer, haben sie jetzt in der Universitätsbibliothek in Rostock?

Renate Bähker:

Wie haben jetzt ca. 2,05 Millionen Bücher und Zeitschriften im Bestand, und im Durchschnitt sagt man, es sind 30 Bände auf einem Meter, das sind somit etwa 70 Kilometer.

Gregor Dehmel:

Die zweite Frage hängt mit der Entwicklung der Digitalisierung, auch in den nächsten Jahren zusammen. Was halten Sie von externen Dienstleistern, die große Lagerhallen anbieten, um zum Beispiel die Bestände bis 1850 einzulagern, die bereits schon digitalisiert sind, um erstens Platz und zweitens Kosten zu sparen? Ist das ratsam? Denn Lagerhaltung, beziehungsweise Bibliothekshaltung, verursacht natürlich Kosten für Pflege, weil die Bücher unter bestimmten Temperaturbedingungen gelagert werden müssen.

Renate Bähker:

Das ist ganz schwierig. Als Bibliothekar hängt das Herz immer an dem alten Buch. Alle Bibliotheken in Deutschland oder weltweit, haben alte Bestände. Diese einzigartigen Bestände würde ich nie aus dem Haus geben. Bis 1850 ist genau der Zeitraum, in dem noch keine industrielle Buchproduktion stattfand. In Rostock haben wir den Bücherspeicher und in der Südstadtbibliothek haben wir gut klimatisierte Magazine. Die Räumlichkeiten sind für diese Bestände da. An der späteren Literatur aus den achtziger, neunziger Jahren hängt mein Herz nicht. Das ist keine Literatur, die ich aus heutiger Sicht besonders wertvoll finde. Aber ich weiß nicht, wie das in 500 Jahren ist.

Digitalisierung ja, aber deswegen keine Bestände weg! Unser vorhergehender Rektor hatte einmal die Idee das Universitätsarchiv zu digitalisieren und die Originale zu entsorgen. Wie gesagt, wir haben Platzsorgen. Jeder möchte gerne ins Universitätshauptgebäude einziehen und, wenn es geht, das Universitätsarchiv woanders hin verlegen. Archivakten sind aber noch einzigartiger als Bücher, die

gibt es ja wirklich nur ein Mal. Bei unseren Büchern habe ich nur selten diese Einzigartigkeit. Auf so etwas muss man immer sorgsam achten.

Kersten Krüger:

Denken Sie auch daran, das sage ich an der Stelle immer, wenn wir digitalisieren, setzen wir voraus, dass wir in 500 Jahren noch Elektrizität haben und die Hard- und Software um Digitalisate zu benutzen. Katalogkarten, wie gezeigt, können Sie bei Dämmerung und zur Not auch bei Kerzenlicht benutzen. Kerzen gibt es schon Jahrtausende.

Gregor Dehmel:

Meine Frage zielte auch darauf ab, ob die Bücher wirklich so eingelagert werden, dass sie erhalten bleiben. Wenn man ein 500 Jahre altes Buch in den Händen hält und noch ein bisschen blättert, bekommt man Respekt.

Renate Bähker:

Ein Problem ist, dass diese Lagerfläche erst einmal gebaut werden muss. Das kennen wir in Deutschland. Es gab schon einmal ein Archivkonzept für die Bibliotheken Deutschlands. Da wurde zum Beispiel in Bayern ein zentraler Bücherspeicher gebaut. Passau stellte Altbestände ins Magazin, Bayreuth, Erlangen, alle. Keiner hat gesagt, dass sie nur ein Exemplar ins Magazin stellen. Aber der Aufwand, Bücher wieder heraus zu holen ist um ein Vielfaches größer als der Spareffekt eines gemeinsamen Kompaktmagazins. Man wird bei Neubauten konsequenter darauf schauen, dass man nicht mehr die großen Zuwachsflächen benötigt. Wir haben diesen Schritt gemacht. Ich hoffe nur, dass die Langzeitarchivierung funktionieren wird.

Isabel Zeidler:

Wie war es mit der Fernleihe? Waren damit nur die umliegenden Bibliotheken erreichbar oder gab es Fernleihe für ganz Deutschland?

Renate Bähker:

Nein, es gab Leihverkehrsregionen. Hier hinten auf einem roten Leihschein waren Leihverkehrsregionen ausgewiesen. Für Rostock gab es zum Beispiel zu DDR-Zeiten einen Zentralkatalog, an den alle Bibliotheken des Bezirkes Rostock ihre Katalogkarten hinschicken mussten. Ähnlich war es für Berlin und Brandenburg.

Karl-Heinz Jügelt:

Rostock war die regionale Stelle, welche einen Zentralkatalog hatte. Eine Stufe höher ging es von dem deutschen Gesamtkatalog aus. Den hat es immer schon gegeben, nämlich auf der nationalen Ebene. Es gab das Ausführungsbüro der

deutschen Bibliotheken, von dort ist ein Zentralkatalog aller deutschen Bücher und Zeitschriften ausgegangen. Diesen gab es für die Bibliotheken der DDR und für die Bundesrepublik. Die Trennung entstand nach dem Krieg, aber die Informationen wurden immer ausgetauscht. Es gab daneben immer regionale Zentralkataloge. Diese Zettelkataloge wurden übrigens erst im Jahr 1905 in der internationalen Form von vier mal drei Inches eingeführt. In Rostock hatten wir unseren alten Strumpfbandkatalog bis zum Jahre 1959. In Rostock sind diese internationalen Formate erst 1960 eingeführt worden.

Kersten Krüger:

Denken Sie daran, dass das alles Papierzettel waren, die Sie auch zehnfach, zwanzigfach herstellen und verschicken mussten. Die waren dann an zwanzig Stellen auch wieder einzusortieren, wie Frau Bähker aus ihrem Studium erzählte. Da ist die elektronische Verarbeitung von heute natürlich ein riesiger Fortschritt an Produktivität. Die alten Kataloge, in denen man blätterte, sollten wir aber nicht wegwerfen.

Ralf Orthmann:

Ich weiß, dass es außer dem Regensburger System noch andere Einstellungs-, beziehungsweise Aufstellungssysteme gibt. Warum hat man sich für das Regensburger System entschieden? Die zweite Frage: Warum spart man zukünftig Mitarbeiter ein, wenn diese dann vermisst werden? Die dritte Frage betrifft den Umzug der Fachbibliothek der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in der Parkstraße. Beginnt das im September?

Renate Bähker:

Wir machen den Umzug bei laufendem Betrieb. Sie brauchen also keine Angst zu haben, dass das nicht funktioniert. Das funktioniert schon.

Die Regensburger Systematik hängt damit zusammen, dass die bayrischen Hochschulen in den sechziger Jahren viele Bibliotheken neu gebaut haben. Dabei wurde auch diese Aufstellungssystematik entwickelt und ausgebaut. Dass jede Systematik ihre Probleme hat – etwa dass die eine Gruppe besser passt als die andere – das steht völlig außer Frage. Wir haben uns für Regensburg entschieden, weil wir eine solche Systematik nicht alleine pflegen können. Das geht gemeinsam im Verbund leichter. Das war letztendlich ausschlaggebend, auch im Hinblick darauf, dass Greifswald, Stralsund, die Humboldt-Universität Berlin, Jena und Ilmenau auch dabei sind. Davon profitiert man in der laufenden Arbeit. Jeder Fachreferent muss ein Buch systematisieren und ihm eine Signatur zuweisen. Nach dem Vorbild anderer Bibliotheken kann er beides von dort übernehmen, wenn es passt, fertig. Das geht um ein Vielfaches schneller. Der Verbund bringt kooperativ Nutzen.

Zum Personal: Ich vermisse jeden einzelnen Mitarbeiter, der uns verlässt. Es geht aber nicht nach meinem Willen, sondern man bekommt eine Auflage und muss es tun, weil die Universität nicht das Geld hat, diese Mitarbeiter eines Tages noch zu bezahlen. Der Rektor hat uns die Auflage erteilt, dass wir dieses Personal einzusparen haben, weil wir sonst keinen soliden Haushalt an der Universität führen. Wir bekommen nicht mehr Geld vom Land. Wir bekommen eine Summe, mit der wir wirtschaften müssen. Wir können dann nur umorganisieren und rationalisieren. Durch Umräumen und Konzentration der Standorte haben wir schon eine ganze Menge geschafft. Frei gewordene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können jetzt etwas anderes machen, sich dem nächsten Projekt widmen. Wenn wir alles umgearbeitet und aufgeräumt und nur noch das Laufende zu erledigen haben, sollten wir das eigentlich packen.

Steffen Eggebrecht:

Sie haben vorhin von den Anschaffungsvorschlägen gesprochen. Mich würde interessieren, wie das von den Studierenden genutzt wird und wie dann entschieden wird, ob der Vorschlag letztendlich zur Anschaffung führt.

Renate Bähker:

Genutzt wird es wenig. Ich kann das nur für mein Fach sagen. Das Anschaffungsformular befindet sich auf unserer Homepage rechts oben. Dort steht ein Text, dass sie das auch als Student machen können. Die Vorschläge, die zu mir kommen, habe ich bisher immer berücksichtigt. Da hatte ich noch nie ein Problem. Ich musste noch nie etwas ablehnen. Anschaffungsvorschläge gehen zu den einzelnen Fachreferenten und diese entscheiden darüber – sei es Mathematik, sei es Geschichte. Wir weisen immer wieder in unseren Einführungsveranstaltungen darauf hin. Machen sie davon Gebrauch – umso besser ist die Literatur vor Ort, die Sie für das Studium brauchen.

Ein anderes Indiz für die Nachfrage ist für uns die elektronische Ausleihe, die wir seit 2000 haben. Alle Bücher sind mit Barcodes versehen, so dass wir elektronisch ausleihen und somit Ausleihstatistiken haben. Dabei ist es wichtig, dass Sie benötigte Literatur vormerken, wenn sie ausgeliehen ist. Gibt es keine Vormerkungen – zum Beispiel in der Lehrbuchsammlung – erscheint die Anzahl der Exemplare ausreichend. Stimmt das? Da sind Sie als Studierende gefragt. Wenn Sie nicht durch Vormerkungen signalisieren, welche Bücher Sie benötigen, kann der Fachreferent keine nachbestellen und wenn Sie keinen Anschaffungsvorschlag machen, sowieso nicht.

Kersten Krüger:

Ich widerhole die Zusatzfrage nach der Digitalisierung. Wie schnell geht es, bestimmte Bücher digitalisieren zu lassen und – aus Ihrer Sicht – welchen Sinn hat

das, welche Kosten verursacht es und in welchem zeitlichen Rahmen kann sich das bewegen? Wenn ich ein altes Buch auszuleihen auf mich nehme, habe ich drei, vier Tage damit zu tun. Wird hingegen ein relativ seltenes Buch digitalisiert, ist es viel leichter am heimischen Bildschirm zu benutzen.

Renate Bähker:

Kosten verursacht es, das steht außer Frage. Wir würden zunächst prüfen, ob das gewünschte Buch weltweit schon es irgendwo digitalisiert ist und ob kein Copyright mehr besteht. Dann ist die nächste Frage, ob es ein Buch aus unserem Bestand ist. Wir müssen in der Lage sein, wenn ein Nutzerwunsch an uns herangetragen wird, eine Digitalisierung zu zusagen. Technisch können wir das, dabei könnten wir auch den Scanroboter der UB Greifswald mitnutzen, was aber nicht für jedes alte Buch geht.

Doch ist die Metadatenerschließung das Problem. Metadatenerschließung heißt ja bei einem digitalen Buch, dass Sie Einstiegspunkte haben wollen – entsprechend der Gliederung oder dem Inhaltsverzeichnis, wenn das Buch zum damaligen Zeitpunkt eins hatte. Das muss alles abgebildet werden, damit ich dann im Text auch dorthin springen kann. Sie können ja nicht wie beim Buch einfach durchblättern. Das geht digital schlecht. Es müssen Sprungmarken gesetzt sein, so dass man alle zehn oder vierzig Seiten überspringen kann. Das ist eigentlich der große Zeitaufwand. Da sind gerade die Greifswalder in einer Testphase mit einem speziellen Programm. Wenn es funktioniert, müssen wir nur die Gelder bereitstellen, dass wir das dann auch kaufen.

Zurzeit geben wir die Sachen außer Haus und prüfen, ob wir die Kosten übernehmen oder der Nutzer. In Greifswald gilt: der Nutzer übernimmt die Kosten und allen anderen steht das Digitalisat dann zur Verfügung. Da gibt es verschiedene Modelle der Finanzierung. Wenn viele aber, das gleiche alte Buch benutzen wollen, was dadurch natürlich sehr leidet, dann wäre es schon günstiger, es wäre digitalisiert beziehungsweise man tut es. Was man aber in jedem Fall nicht leisten kann, ist eine OCR-Schrifterkennung. Das funktioniert erst bei den neueren Büchern, nicht bei den alten, die in Fraktur gedruckt sind.

Anne Lüder:

Mich würde interessieren wie Sie das Modell der erweiterten Öffnungszeiten in der Südstadt beurteilen und ob es vielleicht auch eine Option für die anderen Bereichsbibliotheken ist, gerade wenn vielleicht auch das Personal knapper wird, die Öffnungszeiten bis zehn Uhr abends zu erhalten?

Renate Bähker:

Die Südstadtbibliothek werden wir auf gar keinen Fall früher schließen. Wir haben ja in der Südstadt nicht nur Nutzer unserer Fächer sitzen, sondern viele

Juristen, Germanisten und andere. Wir haben auch schon eine Umfrage gemacht. Die meisten kamen aus den Fächern Wirtschaft und Medizin. Die Öffnungszeiten möchte ich auf gar keinen Fall zurückfahren. Nach Ihrem Studienalltag sollen Sie dorthin gehen können, um in Ruhe zu arbeiten und nicht abgelenkt zu werden. Bibliothek ist Bibliothek, da gibt es keine Ablenkung. Wenn das Geld da wäre, würde ich auch für die August-Bebel-Straße 28 die Öffnung bis 24 Uhr einrichten. Aber das bekommen wir noch nicht hin.

Probleme gibt es in Ein-Mann-Bibliotheken in der Innenstadt. Wenn die Bibliothekarin krank ist, dann heißt das schließen, weil wir aus den anderen Bibliotheken niemanden zur Vertretung wegnehmen können. Deswegen sind wir ja darauf aus, möglichst wenige Standorte zu haben. Das Ziel sind drei.

Hilde Michael:

Meine Frage betrifft die Fernleihe in Verbindung mit dem so genannten Vormerken. Ich hatte ein Buch vorgemerkt, aber der Nutzer, der es schon weit über den Termin ausgeliehen hat, gab es nicht zurück. Dennoch wurde es mir nicht gestattet eine Fernleihe zu machen. Wie geht man damit um?

Renate Bähker:

Bei uns läuft automatisch die Mahnroutine. Wenn jemand ein Buch vorgemerkt hat, geht es automatisch in die Routine. Dann gibt es eine Erinnerung, schon das erste Mal, dass das Buch vorgemerkt ist. Dann weiß der Nutzer das. Wird es ignoriert, gibt es die erste Mahnung, zweite Mahnung, dritte Mahnung und dann geht es ins Zwangsgeld. Das ist das, was wir rein formal machen. Was wir nicht machen können, ist dass wir ein Buch, das am Standort ist, aus einer anderen Bibliothek bestellen. Das verbietet der Fernleihverkehr.

Zusätzlich wäre zu prüfen, ob man das Buch nicht ein zweites Mal anschafft, wenn es so wichtig ist und der andere Nutzer es dringend auch braucht. Also ich kenne das von den Medizinstudenten. Die Lehrbücher sind dort sehr, sehr teuer, 80 Euro im Schnitt aufwärts. Dann sitzen säumige Nutzer auch die Mahngebühren aus. Sie sagen sich: „Wenn ich das Buch vier Wochen überzogen habe, dann bezahle ich lieber die Mahngebühren, das ist immer noch preiswerter als das Buch zu kaufen.“ Aus unserer Sicht geht das nicht. Aber wir können immer nur appellieren und versuchen mit einem Mahngeld zu erziehen. Irgendwann kommt hoffentlich der Tag, an dem auch der Säumige sich ärgert, dass ein anderer ein Buch, das er benötigt, nicht zurückbringt.

Tina Hufner:

Bei meiner Frage geht es um die Umzugspraxis. Das ist ja sehr aufwändig. Haben Sie da externe Firmen, die darauf spezialisiert sind. Oder wie müssen wir uns das

vorstellen, dass innerhalb von einem Tag zum Beispiel oder zwei Wochen ganze Bibliotheken umziehen?

Renate Bähker:

Ja, es gibt Umzugsfirmen, die sind darauf spezialisiert. Die haben die Erfahrung, und das erforderliche Know-How. Bücher sollen beim Aufstellen nach der Regensburger Systematik in den am Umzugsort vorhandenen Bestand sortiert werden. Dieses Einsortieren erfordert eine unwahrscheinliche Konzentration, wenn man das den ganzen Tag macht, und das kann nicht jeder. Fehler dürfen nicht vorkommen, denn wenn ein Buch verstellt ist, finden wir es nicht mehr. Zwar machen wir auch eine Feinsortierung im Bestand, aber das geht nur, wenn freie Kapazitäten sind. Da geht man ans Regal und sieht nach, ob alles ordentlich steht, aber auch dann findet man nicht jedes verstellte Buch wieder.

Änne Harms:

Ich möchte gern noch einmal auf das Ausleihen und Überziehen zurückkommen. Warum ist es denn so, dass man drei Mahnungen kriegt und dann erst ab der dritten Woche 1,50 Euro für die Woche zahlt. Das tut ja keinem weh. Ist vielleicht eine Ausleihsperrre sinnvoller?

Renate Bähker:

Die gibt es.

Änne Harms: Gilt diese dann für immer?

Renate Bähker:

Nein, da brauchen Sie keine Angst zu haben. Als ich noch zu DDR-Zeiten Ausleihe machte, bekamen Nutzer, die mich geärgert hatten, da sie Bücher nach Aufforderung nicht zurück brachten, eine rote Büroklammer an ihr Lesekonto. Das kann man heute nicht mehr machen. Hat man mit säumigen Nutzern Ärger und schon mit ihnen ohne Erfolg gesprochen, bekommen sie eine Ausleihsperrre. Dann müssen sie die Literatur in der Bibliothek benutzen. Es ist eine Gratwanderung, weil wir niemanden in Studium und Lehre behindern dürfen. Die Mahnfristen werden wir verkürzen. Also wundern Sie sich nicht, wenn sie demnächst gleich bezahlen dürfen. Kulanz lasse ich immer walten, wenn das Buch keiner braucht. Dann können Sie es von mir aus vierzehn Tage später bringen. Aber wenn jemand es benötigt, dann finde ich es einfach nur frech und dreist, wenn es nicht zurückgegeben wird. Doch können wir da nur an die Ehre jedes Einzelnen appellieren.

Gregor Dehmel:

Die Kernliteratur zu Seminaren ist häufig auf wenige Bücher beschränkt. Gerade in den Semesterferien, wenn alle mit ihren Hausarbeiten beginnen, geht die Chance da heranzukommen gegen null. Manchmal steht auch nichts mehr im Semesterapparat. Gibt es da Abhilfe?

Renate Bähker:

Ja, die eine Möglichkeit gibt es durch die Semesterapparate, deren Bücher nicht ausgeliehen werden dürfen. In einem Buch kann immer nur einer lesen. Für häufig benötigte Bücher sind Anschaffungsvorschläge für Mehrfachexemplare angebracht. Was mehrfach gebraucht wird, muss uns mitgeteilt werden.

Karl-Heinz Jügelt:

Gibt es denn diese Semesterbibliotheken nicht mehr?

Renate Bähker:

Die gibt es noch.

Karl-Heinz Jügelt:

Das war doch ein ganz altes System. Bei dem Mangel, den wir zu verwalten hatten, war das gar nicht anders denkbar. Da wurden in den Lesesaal die offiziellen Bücher hingestellt und dann mussten die Studierenden in den Lesesaal kommen und untereinander ausmachen, wer es gerade liest. Also mitnehmen konnte es niemand.

Renate Bähker:

Wir haben nach wie vor Semesterapparate.

Henning Rohrmann:

Andere Bereiche haben Newsletter. Wäre es eine Möglichkeit, wenn die Bibliothek solche Newsletter hätte, um darin solche Probleme oder solche Fragen zu erörtern?

Renate Bähker:

Wir haben RSS-Feeds, Neuerwerbungslisten und jeder Fachreferent bei uns hat eine E-Mail-Adresse für Wissenschaftler und Studenten der Institute, er entscheidet darüber, worüber er die Bereiche informieren möchten. Also ich schreibe zum Beispiel meinen Professoren zweimal im Jahr: „Das neue Semester steht vor der Tür, bitte teilen sie mir mit, was Sie an neuen Büchern haben möchten oder schicken Sie mir einfach die Liste der Literatur, die sie im neuen Semester verwenden.“ Ich möchte ihnen jetzt nicht sagen, wie viele Antworten ich zurückbe-

komme. Eine Liste der Fachreferenten ist im Internet, sie können ihnen eine E-Mail schreiben.

Kersten Krüger:

Die Zeit ist abgelaufen. In diesen Detailproblemen haben wir uns jetzt reichlich ergangen. Das ist ja der Alltag. Wonach ich noch fragen wollte, das gebe ich mehr als die Vision mit: wann haben wir die neue geisteswissenschaftliche Bibliothek? Im Jahr 2019 sehe ich sie noch nicht, vielleicht später. Doch darf ich sagen, dass ich die Zwischenlösung in der August-Bebel-Straße 28 nicht schlecht finde. Das werden Sie mir nicht verdenken, da Herr Hoffmann und ich sie am Anfang der neunziger Jahre einrichteten.

In diesem Sinne danken wir Frau Bähler, den anwesenden UB-Direktoren, allen Teilnehmenden, allen Diskutanten. Wir müssen die Sitzung schließen, selbst wenn wir sie noch lange fortsetzen könnten. Vielen Dank.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildungen 1,1-1,5, S. 339

Katalogisate

Oben: Alter Zettelkatalog, unten: neuer elektronischer Katalog

Abbildung 2,1, S. 340

Leihschein der Ortsleihe

Abbildung 2,2, S. 340

Fernleihschein

Abbildung 3, S. 346

Aufgaben der Universitätsbibliothek

Abbildung 4, S. 348

Zukünftige Aufgaben

Abbildung 5, S. 348

Rostocker Dokumentenserver RosDok

Abbildung 6, S. 349

Citavi Version 2.5.2

Abbildung 7, S. 350

Erwerbsausgaben, Bestand, Zugang und Abgang

Abbildung 8, S. 351

Zeitschriften: gedruckte und elektronische, Bestellungen und Abbestellungen

Abbildung 9, S. 352

Personalentwicklung 1991-2009

Zepf, Robert



Lebenslauf

akademischer Titel: M. St. (Oxon.)

Tätigkeit in Rostock: 2010 Direktor der Universitätsbibliothek

Zentrale Einrichtung: Universitätsbibliothek

Forschungsgebiete: Bildungsgeschichte, Buch- und Bibliotheksgeschichte

Lebensdaten: geboren am 28. Mai 1968 in Stuttgart-Degerloch

Konfession: anglikanisch

Vater: Manfred Zepf, Gymnasiallehrer

Mutter: Katherine Merryl Zepf, geb. Brown, Lehrerin

Kurzbiografie:

1974-1978	Albschule, Stuttgart-Degerloch
1977/1978	Alfred Almond Elementary School, NY
1978-1987	Karls-gymnasium, Stuttgart
1987/1988	Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr
1988-1997	Studium der Geschichte, Anglistik und Erziehungswissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
1990/1991	Studium an der Universität Oxford (St. Antony's College)
1997-1999	Wiss. Mitarbeiter Historisches Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
1999-2001	Bibliotheksreferendariat an der Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz
2000/2001	Fachhochschule Köln – Fachbereich Bibliotheks- und Informationswissenschaft

2001-2005	Fachreferent für Geschichte an der Staatsbibliothek zu Berlin
2005-2010	Leiter der Wissenschaftlichen Dienste und Stellv. Hauptabteilungsleiter an der Staatsbibliothek zu Berlin

Akademische Abschlüsse:

1991	Master of Studies (Oxford) in British History
1995/1996	1. Staatsexamen Lehramt in den Hauptfächern Geschichte, Anglistik, Erziehungswissenschaft
2001	2. Staatsexamen Höherer Bibliotheksdienst, Bibliotheksassessor

Funktionen:

2002-2007	Beirat für das Postgraduale Fernstudium Bibliotheks- und Informationswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin
2002-2010	Vertreter der Staatsbibliothek zu Berlin in der Kommission für die Jahresberichte für Deutsche Geschichte bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
2011-	Gewähltes Mitglied in der Verbundleitung des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugengespräch mit Robert Zepf am 10. Dezember 2010

Protokollantinnen:

Claudia Boelter, Sarah Hausdorf, Paulina Sablowski und Pauline Wiebeking

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Gast, Herrn Robert Zepf. Er ist der neue Direktor der Universitätsbibliothek. Die Geschichte der Universitätsbibliothek haben Sie, wenn Sie als Zeitzeuge die ganze Zeit dabei waren, jetzt nun schon in mehreren Generationen erlebt. Es begann mit Herrn Jügelt,¹ dann kamen Herr Hoffmann² und Frau Bähker.³ Wir haben jetzt den vierten Direktor der Universitätsbibliothek zu Gast, der vermutlich mehr über die Zukunft als über die Vergangenheit sprechen wird. Lieber Herr Zepf, Sie haben das Wort.

Robert Zepf:

Lieber Herr Krüger, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, herzlichen Dank für die Einladung. Ich gestehe, dass ich dem Termin mit einer gewissen Spannung entgegen sehe, weil man bei Zeitzeugengesprächen immer nie genau weiß, wo es hingehet und ich gestehe auch, dass ich einen Moment gezögert habe, als Herr Krüger mich unter der Rubrik der Universitäts-Geschichte – 600 Jahre Universität Rostock – gebeten hat hierher zu kommen, weil ich ja nur etwas mehr als 100 Tage hier bin und eigentlich noch keinen messbaren Einfluss auf die lange Universitätsgeschichte haben können.

Auf der anderen Seite bin ich zu kurz hier, um viel über die Zukunft zu sagen, denn ich bin noch in einem Kennenlern-Prozess. Ich habe gerade damit begonnen, nachdem ich mit den Leitungsgremien, mit dem Senat und der Universitätsverwaltung gesprochen habe, Kontakt in die Fakultäten aufzunehmen, um zu erfragen, wie die Sicht der Fakultäten auf die Universitätsbibliothek ist. In diesem Kontext nehme ich auch Kontakt zu den Studierenden auf. Sie sind sich sicher bewusst, dass Sie als Studierende bei weitem die größte Nutzergruppe der Universitätsbibliothek sind und deswegen ist es für mich auch ein besonderes

¹ Prof. Dr. Karl-Heinz Jügelt: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/133880702>

Siehe auch seinen Bericht in diesem Band, S. 228-284.

² Dr. Peter Hoffmann. Siehe seinen Bericht in diesem Band, S. 285-334.

³ Renate Bähker. Siehe ihren Bericht in diesem Band, S. 335-364.

Anliegen, mit Ihnen in Kontakt zu treten, um zu schauen, ob das, was wir als Universitätsbibliothek an Dienstleistungen anbieten, dem entspricht, was Sie brauchen.

Nach 100 Tagen hier in Rostock kann ich sagen, dass sich das Studium, die Studienbedingungen, seit der Zeit als ich aktiver Student und Dozent in Heidelberg war, doch erheblich gewandelt haben. Ich war die letzten zehn Jahre wissenschaftlicher Bibliothekar an der Staatsbibliothek zu Berlin, der größten Bibliothek in Deutschland, die einen anderen Versorgungsauftrag hat als eine Universitätsbibliothek. Insofern ist für mich der Start in Rostock auch mit einer Rückkehr an die Universität verbunden. Zunächst sage ich etwas zu meinem persönlichen und beruflichen Werdegang, dann etwas zu dem, was ich für die Zukunft der Universitätsbibliothek beitragen kann. Insbesondere möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen, wo Sie die Zukunft der Universitätsbibliothek sehen, was Sie künftig von uns erwarten. Damit können wir den Ausblick auf das nächste Jahrzehnt der Entwicklung der Universitätsbibliothek werfen.

Ich bin 1968 in Stuttgart geboren und komme aus einem Familienhintergrund, den man heute als Migrationshintergrund bezeichnet, denn meine Mutter kommt aus England. Mein Vater hatte sie kennengelernt, als er im Rahmen seines Lehramtsstudiengangs als *Assistant Teacher* in Birmingham arbeitete. Meine Mutter gab ihre eigene Karriere, ihren eigenen Beruf auf, um nach Deutschland zu kommen. Sie ist auch Lehrerin von Beruf, aber in den 60er Jahren war es auch aufgrund des Beamtenstatus von Lehrern in Baden-Württemberg nicht möglich, dass sie hier in ihrem Beruf hätte arbeiten können

Ich bin in Stuttgart aufgewachsen und zur Schule gegangen, und zwar auf das humanistische Karls-Gymnasium, eines der alten Gymnasien der Stadt, mit der Sprachkombination Englisch, Latein ab der 5. Klasse. Das war damals ein Modellversuch, der heute mit verbreitetem Früh-Englisch eine Fortsetzung erfahren hat. Der Hintergrund ist einfach der, dass wir zu Hause zweisprachig aufgewachsen sind und insofern Englisch meine zweite Muttersprache ist, wobei zu Hause Englisch die vorherrschende Sprache war. Wenn man mich nach meinen Sprachen fragte, habe ich geantwortet, dass wir zu Hause über alles auf Englisch sprechen, außer über Politik und Fußball, und das beschreibt das soziolinguistisch auch ganz gut.

Das Karls-Gymnasium war eine für mich prägende Erfahrung, weil die Lehrer dort einen sehr breiten fachlichen Hintergrund hatten. Eine ganze Reihe von Lehrern war noch, wenn nicht klassische Gymnasial-Professoren, aber doch Gymnasiallehrer, die über den alltäglichen Unterricht hinaus auch Perspektiven in die Wissenschaft hatten. Einige von ihnen arbeiteten historisch und haben im Rahmen ihrer Zeit an der Schule durch AG's, durch Projekte historisches Bewusstsein geweckt. Das ist sicher einer der Gründe, warum ich mich schon zu Schulzeiten für Geschichte interessiert habe. An unserem Gymnasium war ich einer der

Redakteure der Schülerzeitung, und eines der großen Ereignisse meiner Schulzeit war, dass wir einen bundesweiten Preis für Schülerzeitungen gewonnen haben und dann zum Jugendempfang des Bundespräsidenten, Richard von Weizsäcker, nach Bonn eingeladen wurden.

Im Jahr 1988 machte ich Abitur, im Anschluss daran leistete ich meinen Wehrdienst, zunächst in Saarlouis und dann im Korpsstab des II. Korps der Bundeswehr in Ulm. Das war die Zeit unmittelbar vor der Wende. Im Herbst 1988 begann ich das Studium an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg, und zwar der Fächer Geschichte und Anglistik mit dem Ziel des Staatsexamens für das Lehramt. Insofern merken Sie, dass die Prägung durch mein Elternhaus durchaus ein Stück weit durchgeschlagen hat. Beide Eltern Lehrer, zwei von vier Großeltern Lehrer, das prägt, und so war das Lehramt durchaus der Berufswunsch, der im Vordergrund stand. Bis heute macht es mir Spaß, geschichtliche Inhalte zu vermitteln. Wenn Sie Bibliothekare nach ihrem Berufsweg fragen, ist es eine der häufigen Konstellationen, dass sie als Lehramtsstudenten begannen, aber dann den Weg in die Bibliothek einschlugen.

Meine bibliothekarische Karriere hat aber, wenn man so will, bereits zu Schulzeiten begonnen, denn ich war ein ziemlich aktiver Leser der Stadtbücherei in Stuttgart. Da gab es die „Bücherkinder“, letztlich freiwillige Helfer, die Bücher sortierten und sich auf diese Weise den Bibliothekarinnen nützlich machten. Das war einer der Gründe, warum ich relativ schnell auch wissenschaftliche Bibliotheken für mich entdeckte. Es gab in Stuttgart die Württembergische Landesbibliothek, die man erst ab 14 Jahren benutzen durfte. Ich entdeckte sie mit 13 und benutzte sie „halblegal“ mit dem Ausweis meines Vaters. Sie war in jeder Beziehung anders als es die UB in Rostock ist, nämlich eine klassische Magazinbibliothek. Nur wenige Bücher waren frei zugänglich, die meisten musste man sich über Zettelkataloge erschließen.

In den frühen 80er Jahren war von Online-Katalogen noch nichts zu spüren. Meine bibliothekarische Sozialisation begann mithin relativ früh mit Zettelkatalogen. Es ist sicher kein großer Zufall, dass einer meiner ersten Ferienjobs eine Hilfskraftstelle an der Württembergischen Landesbibliothek war. Bibliothek habe ich somit von der Pike auf gelernt, habe in der Leihstelle angefangen und bekam Einsicht in fast alle Aufgabenbereiche einer wissenschaftlichen Bibliothek. Das kommt mir auch heute hier in Rostock zu Gute, dass ich einen längeren Blick für das habe, was sich an rasanten und radikalen Veränderungen in den letzten 30 Jahren im Bibliothekswesen ergeben hat.

Man muss es sich vorstellen, alle Kolleginnen, die über 50 sind, haben im Zettelkatalogzeitalter begonnen und innerhalb weniger Jahre mehrere radikale Umbrüche erlebt. Hier in Rostock kam der politisch-organisatorische Umbruch der Wende von 1989/90 hinzu, die Neustrukturierung der Universität, wie auch der Universitätsbibliothek. Sie haben eine Reihe von organisatorischen Reformen

durchlebt, so dass man wirklich sagen kann, dass der Bibliothekarsberuf einer der Berufe mit den am radikalsten spürbaren Veränderung ist. Ich habe eine große Hochachtung vor den heute aktiven älteren Kolleginnen, denn sie haben fast ohne Ausnahme diese grundlegenden Veränderungen, die ich auch selbst miterlebt habe, erfolgreich gemeistert.

Nach dem Wehrdienst habe ich mein Studium in Heidelberg begonnen. Das war damals die Zeit von Glasnost und Perestroika. Den Russisch-Kurs, den ich damals voller Begeisterung begann, konnte ich nur ein Jahr lang durchhalten, musste ihn dann zugunsten anderer Lehrveranstaltungen beenden. Aber dass ich Russisch, obwohl es mit meinen Fächern eigentlich nichts zu tun hatte, angefangen habe, kann Ihnen einen Eindruck der Atmosphäre der damaligen Zeit geben. In der Zeit, als ich begann zu studieren – ich will jetzt nicht nostalgisch klingen –, war in der Studienorganisation anders. Man musste in Geschichte im Grundstudium innerhalb von vier Semestern drei Vorlesungsprüfungen bestehen und drei Proseminare – alte, mittlere und neuere Geschichte – besuchen. Das waren die einzigen Leistungsnachweise, die man erbringen musste. Ansonsten hatte man eine große Freiheit, sehr viel anderes zu machen. Das habe ich sehr genossen und geschätzt. Für mich war das eine willkommene Chance an einer Universität mit einem breiten Angebot von Fächern, dass man nicht nur Spezialisierung, Spezialwissen erwirbt, sondern auch die Gelegenheit nutzt, Professoren und Lehrveranstaltungen anderer Fächer zu hören. Ich habe mein altes Studienbuch mitgebracht, in dem ich Protokoll über die besuchten Lehrveranstaltungen geführt habe. Somit habe ich gut dokumentiert und bin positiv überrascht, über wie viele Fächergrenzen hinaus ich geblickt habe.

Von meinem persönlichen Hintergrund her hatte ich ein starkes Interesse auch für Philosophie und Religionsgeschichte. So hörte ich kirchenhistorische Vorlesungen, auch sprachwissenschaftliche Vorlesungen zur Indogermanistik und zu keltischen Sprachen. Zudem besuchte ich die Hochschule für jüdische Studien. Das ist eine theologische Hochschule in der Trägerschaft des Zentralrats der Juden, die zunächst jüdische Studien, später auch Rabbinerausbildung betrieb. Das war eine Neugründung der ausgehenden 80er Jahre. Schon damals musste diese Hochschule mitten in Heidelberg ganz stark gesichert werden. Was ich mit Beklemmung wahrnahm, war der Zugang zu Vorlesungen dieser Hochschule durch schwere Sicherheitsbarrieren. Weitere Fächer meines Interesse waren Politikwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte. Es war eine ganz spannende Zeit. Als beeindruckendste Erinnerung aus dieser Zeit ist mir geblieben, dass Historiker zu desto größerer Form auflaufen, je weniger Quellen es zu einem Thema gibt. Althistoriker wie Fritz Gschnitzer oder Géza Alföldy, die aus wenigen Inschriften und korrupten Überlieferungen und ein paar ethnologischen Beobachtungen eine gesamte Gesellschaft rekonstruieren konnten, fesselten mich in ihren Vorlesungen. Heidelberg war in dieser Zeit vielleicht nicht die herausragende deutsche

Universität für die Geschichtswissenschaft. Meine Entscheidung für die Universität Heidelberg war wohl nicht besonders rational. Als Stuttgarter ging man damals nach Tübingen, das war die alte württembergische Landesuniversität. Heidelberg liegt in der Kurpfalz. Das galt fast als Ausland. Somit war es schon exotisch nach Heidelberg zu gehen. Ich hatte als Studienorte Passau oder Heidelberg in Augenschein genommen. Passau wäre die Option Jura gewesen und Heidelberg war die Option Geschichte und Anglistik.

Mir ist in Heidelberg der Wert der klassischen Seminarbibliothek bewusst geworden; und ich weiß, dass das aus dem Munde des Bibliotheksdirektors eine gefährliche Aussage ist, weil wir hier in Rostock ein klassisch einschichtiges Modell haben. Das heißt, es gibt eine Universitätsbibliothek, die die Funktion Institutsbibliothek und Zentralbibliothek vereinigt. In Bezug auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis, also nach betriebswirtschaftlichen Überlegungen, ist das die rationellste und effizienteste Form. Aber für mich ist die Bibliothek nicht nur eine Frage der Betriebswirtschaft, sondern eine Bibliothek ist der Ort, wo man Themen begegnet und mit Menschen ins Gespräch kommen kann. Das ist eigentlich der Wert der klassischen Institutsbibliothek in der deutschen Wissenschaftsgeschichte. Es beeindruckt, wenn in einem Seminar die Bücher, die zum Seminar passen, griffbereit sind. Diese Erfahrung habe ich in meinem Studium mehrfach gemacht, am deutlichsten im Seminar für mittellateinische Philologie in Heidelberg. Da hatten wir Lektürekurse, in dem sich unter den höheren Semestern eine Diskussion über bestimmte Lesarten und obskure Seitenbedeutungen von Wörtern im Text entspann. Dann sprang jemand auf, rannte zum Regal und zog ohne Katalog den entsprechenden Band mit der Vergleichsstelle aus dem Regal. An solchen Erfahrungen kann man den Ort Bibliothek als Ort der Begegnungen, der wissenschaftlichen Arbeit erfahren.

Wenn man Argumente für Bibliotheken in den Geisteswissenschaften vertritt, muss man Verwaltungsleuten – im Bildungs- wie im Finanzministerium – erklären, warum Bibliotheken für Geisteswissenschaften wichtig sind. In den letzten Wochen habe ich das Bild der „Bibliothek als Labor“ für die Geisteswissenschaften öfter gebraucht. Wenn ich von „Labor“ rede, dann meine ich solche Situationen wie im Seminar für mittellateinische Philologie, wo das Wissen in Form von Büchern und heute mit elektronischen Ressourcen direkt vor Ort präsent ist, konsultiert und besprochen werden kann.

Eine weitere für mich wichtige Erfahrung war die Bedeutung der klassischen Universitätsbuchhandlung. Heidelberg hatte damals eine wirklich gute Versorgung mit klassischen Universitätsbuchhandlungen und klassischen Universitätsbuchhändlern, die ihr Handwerk verstanden und dieses auch als Mission begriffen. Auch für Rostock ist das ein wichtiges Thema. Rostock war in der Frühen Neuzeit eine wichtige Verlagsstadt für akademisches Wissen. Gute Literaturversorgung, sowohl durch Bibliotheken wie durch Buchhandel – früher noch durch Buchdruck

– gehört zu einer Universität. In Rostock, wie mir die Buchhändler sagen, haben wir eigentlich eine Überversorgung mit Buchhandlungen und Buchhandelsfläche. Meine Wahrnehmung ist das nicht, aber das mag eine betriebswirtschaftliche Überlegung sein. Es ist eine gute Tradition deutscher Universitätsbibliotheken, durch gezieltes Kaufen bei ortsansässigen Buchhandlungen dazu beizutragen, dass es eine lebendige Kultur in der Stadt gibt.

Mein Grundstudium in Heidelberg dauerte genau vier Semester. Ich hatte danach keinen Bachelor-Abschluss, sondern die damals übliche Zwischenprüfung. Damit bewarb ich mich an der Universität Oxford für ein postgraduales Studium. Oxford hat sich immer die Freiheit genommen, die Studierenden in Augenschein zu nehmen, nach Falllage zu entscheiden und nicht nach bürokratischen Bedingungen. Meine Zwischenprüfung aus Heidelberg und mein Lebenslauf waren überzeugend genug für die Anerkennung eines BA der Universität Oxford. Daher konnte ich dann im Jahr 1990/91 am St. Antony's College ein Studium der britischen Geschichte aufnehmen. Es war ein einjähriger Studienkurs mit dem Ziel „Master of Studies“, und das ist der einzige akademische Titel, den ich bis heute führe. Ein MA in Oxford wird jedem Bachelor verliehen, der fünf Jahre im akademischen Beruf tätig war, das ist also ein reiner Ehrentitel.

Das Studium in Oxford umfasste drei Trimester. In jedem Trimester hatte man einen eigenen Tutor, der in individueller Absprache ein eigenes Lehrprogramm entwickelte. Das heißt, die einzige Pflichtveranstaltung bestand aus einem wöchentlichen Termin in der Sprechstunde des Professors, ein „Tutorial“, das tatsächlich in einem zugigen alten College-Gebäude vor einem befeuerten offenen Kamin stattfand. Das hört sich sehr gut an, doch musste man jede Woche ein Referat halten, das dann vom Professor hinterfragt und manchmal auseinander genommen wurde. Ganz anders als in Deutschland, wo man im Seminar vielleicht ein oder zweimal einen Auftritt hatte, aber ansonsten mehr oder weniger vorbereitet hingehen konnte. In Oxford hingegen musste ich jedes Mal voll vorbereitet sein. Da gab es bisweilen die „essay-crisis“, nämlich wenn man so um zwei Uhr morgens wusste, dass man das Referat noch nicht fertig hatte, aber zehn den Termin beim Professor erscheinen musste. Dann hieß es: die Nacht durcharbeiten. Das ist mir ein oder zweimal so gegangen. Bei diesen Lehrveranstaltungen mit intensiver Betreuung lernte ich zugleich einiges über Kommunikation und Menschenführung gelernt.

Das Studium in Oxford war auch deswegen spannend, weil es nicht nur wissenschaftlich-fachlich eine andere Studienorganisation war, sondern auch weil das Umfeld der Colleges in Oxford ein ganz anderes Leben bedeutete. Man lebte auf dem College, hatte gemeinsame Mahlzeiten und auch festliche Veranstaltungen zusammen. Das College, an dem ich in Oxford war, hatte eine besondere Atmosphäre, weil es ein klassisches internationales College war, das heißt, nur etwa 15 Prozent der Studierenden kamen aus Großbritannien, die restlichen 85

Prozent aus anderen Teilen der Welt, selbst Söhne von kolumbianischen Drogenbossen waren dabei. Der heutige EU-Kommissar Olli Rehn⁴ war ein Kommilitone der damaligen Zeit. Viele Leute, die sich auf diplomatische Tätigkeiten vorbereitet haben und internationale Beziehungen studiert haben, waren dort. Wir waren geprägt durch den Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte und in der damaligen Zeit für die Demokratiebewegungen in Ost-Europa und Birma.

Das ist mit zwei Namen verbunden. Einmal mit Ralf Dahrendorf,⁵ der damals der Präsident des Colleges war und mit Timothy Garton Ash,⁶ einem Historiker und Politikwissenschaftler, der viele Jahre schon Beziehungen zu der Opposition in der Tschechoslowakei und auch in der DDR gepflegt hatte. Das Jahr 1990/91 bot Gelegenheiten, viele der Dissidenten aus den osteuropäischen Ländern live vor Ort in Oxford zu erleben, als sie die Reisefreiheit nutzen konnte.

Mit der DDR bin ich persönlich zuerst 1987 in Kontakt gekommen, also noch während meiner Schulzeit. In Baden-Württemberg sollte seit den frühen achtziger Jahren jede zehnte Klasse entweder eine Reise nach Berlin machen oder eine Studienfahrt in die DDR unternehmen. Für uns war es die Studienreise. Die DDR erlaubte diese Studienreisen gewiss nicht mit dem Ziel, die Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten zu fördern, sondern vor allem um Devisen einzunehmen. Bei der Gestaltung des Programms gab es immer ein Hin und Her. Das Reisebüro der DDR wollte möglichst viele touristische Komponenten einfügen – also Weimar aber auch Buchenwald als Konzentrationslager –, während die baden-württembergische Seite Wert darauf legte, dass möglichst viele direkte Kontakte mit „normalen“ Menschen in der DDR zustande kamen.

Vermutlich durch eine Panne bekamen wir kurzfristig ein Programm zugewiesen, das für eine Gruppe von Kindergärtnerinnen entwickelt war. Das heißt, wir besuchten Kindergärten, beispielsweise in Wernigerode – für Abiturienten ein wenig seltsam – und hatten dann Treffen mit Kindergärtnerinnen, gingen mit ihnen sogar in die Disco. Dort ging es nicht um Pädagogik für Kleinkinder, sondern um das Alltagsleben in der DDR. Für mich war es eindrucksvoll zu erfahren, wie viel wir uns zu sagen hatten, wie sehr die Jugendkultur in beiden deutschen Staaten doch aufeinander bezogen war und wie gut die Kommunikation auf Anhieb klappte.

Das war in Heidelberg ein Anstoß, mich an der Partnerschaft der Studentengemeinde in Heidelberg mit der Studentengemeinde in Leipzig zu beteiligen. Zur Zeit der deutschen Teilung hatten eigentlich alle Studentengemeinden an ostdeut-

⁴ Olli Rehn: http://de.wikipedia.org/wiki/Olli_Rehn (27.02.2011).

⁵ Ralf Gustav Dahrendorf, Baron Dahrendorf of Clare Market in the City of Westminster: http://de.wikipedia.org/wiki/Ralf_Dahrendorf (27.02.2011).

⁶ Timothy Garton Ash: http://de.wikipedia.org/wiki/Timothy_Garton_Ash (27.02.2011).

schen Universitäten Partnergemeinden in Westdeutschland. Man traf sich regelmäßig. In der Regel waren Treffen nur in Ost-Berlin leicht möglich, weil man dort mit einem Tagesvisum relativ unbemerkt einreisen konnte. Wir hatten das Glück, dass zweimal im Jahr zur Leipziger Messe ein relativ unkomplizierter Gang nach Leipzig möglich war. Wir besorgten uns als Studenten ein Messevisum mit der Begründung, die Leipziger zu Buchmesse besuchen und konnten uns dann mit der Partnergemeinde treffen.

Daher hatte ich bereits im Herbst 1988 und im Sommer 1989 enge Kontakte nach Leipzig und erlebte, wie sich die Stimmung im Verlauf des Jahres 1989 veränderte. Sie war zunächst optimistisch in der Hoffnung, dass die Lockerungen in der Sowjetunion irgendwann auf die DDR durchgreifen würden. Dann kam die Ernüchterung – dass weiß ich noch sehr genau – durch die Niederschlagung der Demokratiebewegung in Peking. Damals war ich gerade in Ost-Berlin und die Frage war, wie würde sich die DDR offiziell positionieren. Würde sie das Vorgehen kritisieren oder würde sie die Seite der chinesischen Regierung ergreifen? Bekanntlich hat die DDR eine harte Linie gegen die Demonstranten verfolgt und sich für die chinesische Regierung erklärt. Das war für unsere Freunde in der DDR wirklich eine große Enttäuschung und führte dazu dass viele im Sommer 1989 es versuchten und auch schafften, über Ungarn und über die Tschechoslowakei in den Westen auszureisen – mit der Folge, dass die in Leipzig Zurückbleibenden immer pessimistischer und deprimierter in die Zukunft blickten. Selber erwartete ich nicht, dass der Herbst 1989 sich so dramatisch entwickeln würde. So war es eine der spannendsten Zeiten meine Lebens, als die Mauer aufging und die deutsche Einheit Realität wurde.

Im Frühjahr 1990 fand mein erster Besuch hier in Rostock statt. Das hing damit zusammen, dass ich als studentische Hilfskraft bei Eike Wolgast,⁷ dem Inhaber der Professur für Frühe Neuzeit an der Universität Heidelberg, tätig war. Er ist in Ludwigslust geboren und in Parchim aufgewachsen. Er sagte mir: „Fahren Sie mal nach Mecklenburg und schauen Sie sich dort um.“ So kam ich im Sommer 1990 das erste Mal hierher nach Rostock. Obwohl ich mich für Bibliotheken interessiere, ist mir die UB, das muss ich gestehen, nicht wirklich aufgefallen. Das war aber auch nicht verwunderlich, denn die Universitätsbibliothek hatte damals kein repräsentatives Gebäude und war äußerst provisorisch auf ganz viele verschiedene Gebäude aufgeteilt. Das haben sie ja von Herrn Jügel, Herrn Hoffmann und Frau Bähker gehört.⁸ Wenn ich heute mit den älteren Kollegen durch Rostock gehe, habe ich den Eindruck es gibt keinen Altbau hier, der nicht

⁷ Prof. Dr. Eike Wolgast:

<http://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegk/histsem/mitglieder/wolgast.html>
http://de.wikipedia.org/wiki/Eike_Wolgast (27.02.2011).

⁸ Siehe ihre Berichte in diesem Band, S. 228-364.

zu irgendeiner Zeit irgendwelche Bücher oder Einrichtungen der UB beherbergt hat. Wenn Sie die heute relativ konsolidierten Bibliotheksverhältnisse betrachten, dann zeigt das die Aufbauleistungen der letzten zwanzig Jahre.

Nach Oxford kehrte ich 1991 nach Heidelberg zurück. Eigentlich hatte ich zu dem Zeitpunkt gedacht, ein Wechsel an eine größere Universität, Berlin oder München, sei vielleicht ganz gut. Andererseits hatte ich da schon in Heidelberg Fuß gefasst. Ich hatte die Hilfskraftstelle erwähnt und hatte auch spannende Themen gefunden, an denen ich weiterarbeiten wollte, ebenso einen Freundeskreis natürlich, sodass ich bis 1997 als Student in Heidelberg geblieben bin. Ergänzend zu dem Hauptfachstudium Geschichte und Anglistik nahm ich als drittes Hauptfach Erziehungswissenschaften hinzu, was meine längere Studienzeit erklären mag.

Daneben unternahm ich eine ganze Reihe anderer Aktivitäten. Zum Beispiel habe ich eine Zeit lang an Forschungsarbeiten im Universitätsarchiv mitgemacht und an verschiedenen Projekten des Historischen Seminars mitgearbeitet. Im Jahr 1997 ergab sich die Möglichkeit einer Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar, die ich gern annahm, und zwar als Vertretung für Armin Kohnle, der ein Habilitationsstipendium bekommen hatte. Er ist heute Professor an der Universität Leipzig.

Nun hatte ich die Seiten gewechselt, und das war spannend. Ich war vorher Student und Hilfskraft und hatte als Tutor auch unterrichtet. Jetzt war ich aber in der Situation selbst Seminare und Exkursionen zu gestalten, und hatte an mich auch den Anspruch, es didaktisch besser zu machen, als in manchen der Seminare, an denen ich selbst teilgenommen habe. Ob es mir gelungen ist, will ich jetzt nicht bewerten, aber es war eine sehr intensive Zeit. Es gibt bei fast allen Wissenschaftlern den Spagat zwischen Forschung und Lehre. Der Forschungsaspekt war, dass ich eigentlich ein Dissertationsprojekt hätte vorantreiben sollen. Ich habe allerdings mein ganzes Engagement in die Lehre gesteckt. Das war das, was mir am meisten Spaß gemacht hat. Aus diesem Grund ist das Dissertationsprojekt, das schon sehr fortgeschritten war, in den zwei Jahren nicht zum Abschluss gekommen.

Im Jahr 1999 hätte ich eine Verlängerung bekommen können, allerdings nur auf einer halben Stelle, weil die Mittel gekürzt worden waren. Da überlegte ich, ob die Forschung wirklich das ist, was ich ein Leben lang machen will, und ob die Geschichtswissenschaft mir eine beruflich adäquate Perspektive bietet. Überhaupt war es eine Zeit, in der auf Historikertagen über Berufsperspektiven gesprochen wurde. Damals stand das Verhältnis von Habilitierten zu freiwerdenden Professuren 13:1, das heißt auf dreizehn Habilitierte kam eine freie Stelle.

Obgleich ich mir einiges zutraue, sah ich meine berufliche Erfüllung nicht in einem so scharfen Verdrängungswettbewerb. Es war mir auch klar, dass die Forschungsleistung dann viel stärker als die Lehrleistung ins Gewicht fallen

würde. Insofern habe ich mich nach anderen Berufsoptionen umgesehen. Da ich am Anfang meines Studiums eine Hilfskrafttätigkeit an der Württembergischen Landesbibliothek ausgeübt hatte, sprach ich mit den Ausbildungsleitern und fragte, ob die Bibliothek für einen Historiker eine adäquate Perspektive bilden würde. Sie machten mir wenig Hoffnung, da alles digitalisiert würde und es längst keine Bibliotheken mehr geben werde, bis ich mit dem Studium fertig sei. Lieber sollte ich den Bibliothekarsberuf vergessen und mich anders orientieren. So strich ich den Gedanken an die Bibliothek dem Sinn. Als ich mich 1998/99 dann wieder stärker für Bibliotheken als Berufsweg interessierte, traf ich engagierte Kolleginnen, die mich motivierten, selbst diesen Weg zu gehen – darunter Elke Wawers, Fachreferentin für Anglistik an der SUB Hamburg. Im Frühjahr 2000 habe ich mir gute Chancen ausgerechnet, eine Stelle an der Universitätsbibliothek in Heidelberg zu bekommen, wo die nächste Referendarstelle ausgeschrieben werden sollte. Ich dachte, es sei gut, wenn man sich in ein Bewerbungsverfahren begeben, um Erfahrungen mit Bewerbungssituationen zu erhalten.

Aus diesem Grund hatte ich mich bereits 1998 in Berlin an der Staatsbibliothek und auch am Hauptstaatsarchiv in Stuttgart beworben, da das die beiden bevorzugten Perspektiven – Archiv und Bibliothek – waren. Die Chancen, auf eine Referendarstelle zu kommen, waren in beiden Bereichen sehr gering. Da kamen nämlich vierzig bis fünfzig Bewerbungen auf eine Stelle. Doch wollte ich es versuchen und Ablehnungen sportlich nehmen. Das war rückblickend betrachtet genau die richtige Einstellung, da man vieles im Leben nicht verbissen angehen sollte, sondern durchaus mit Ehrgeiz, aber ohne sich davon innerlich abhängig zu machen.

Offensichtlich hatte ich eine gute Woche, denn es gelang mir, innerhalb weniger Tage zwei Auswahlverfahren erfolgreich zu absolvieren. Im Januar 1999 war ich mit der schönen, aber schwierigen Situation konfrontiert, eine Referendarstelle im Hauptstaatsarchiv in Stuttgart und eine Referendarstelle in Berlin an der Staatsbibliothek zu haben. Damit hatte ich gerechnet, musste mich nun unter hohem Zeitdruck alternativ mit dem Berufsbild des Bibliothekars und des Archivars befassen.

Ich telefonierte daher mit Archivaren vom *Verband deutscher Archivarinnen und Archivare* (VdA) telefoniert und Vertretern des *Vereins Deutscher Bibliothekare* (VdB). Die Bibliothekare waren eher optimistisch und engagiert, während sich die Archivare eher pessimistisch und abwartend gaben. Die Bibliothekare meinten, die Stellenaussichten im Bibliothekswesen seien schlecht; ich solle lieber die Archivstelle nehmen, da dort die Berufschancen besser seien. Else Wischemann, die heutige Direktorin der UB Kiel, fragte, welche Fächer ich studiert hätte. Meine Antwort lautete: Geschichte und Anglistik. Darauf gab sie mir zu bedenken, dass sie die Arbeitslosenkartei des Vereins Deutscher Bibliothekare verwalte und darin 30 arbeitslose Historiker und Anglisten mit schlech-

ten Chancen habe. Kurz vor dem Auflegen fragte sie aber nach, wo ich denn die Referendarstelle hätte. Als ich die Staatsbibliothek Berlin nannte, lebte sie auf: „Ach, die Staatsbibliothek, eine tolle Bibliothek, die Stelle müssen sie auf jeden Fall annehmen.“ Mir war die Staatsbibliothek damals noch gar kein fester Begriff, aber ich folgte dem Rat und schlug den Weg in die Bibliothek ein. Das habe ich nie bereut.

Doch habe ich nie verstanden, warum Bibliothekare und Archivare einen solchen Kult um die Unterschiede machen, denn es gibt viele Berührungspunkte zwischen Bibliothek und Archiv. Bei mir war es eine zufällige Gabelung auf meinem Berufsweg, und ich glaube nicht, dass ich ein anderer Mensch geworden bin, weil ich an die Bibliothek ging. Deshalb empfinde ich es als eine besonders schöne Seite meines Starts hier in Rostock, dass wir hier eine sehr enge Verbindung zwischen Archiv und Bibliothek haben. Das nehme ich als Ausdruck der Tatsache, dass in der Praxis diese Trennung der beiden Sparten – gerade im digitalen Zeitalter – immer weniger Bedeutung hat, in der Sache wie in der Außenwirkung. Dennoch bleibt die institutionelle Differenzierung aufgrund der Verschiedenheit der Bestände und der Erkenntnisinteressen sinnvoll. Auf die Zusammenarbeit kommt es an. Diese Ansätze gibt es auch in einer Reihe von Ländern, in denen Nationalarchiv und Nationalbibliothek zu einer Institution vereint worden sind. Dabei ergeben sich in bestimmten Bereichen Synergien, die man nutzen muss, zum Beispiel im Bereich der Bestandserhaltung. Aus diesem Grund denke ich, dass die Rostocker Lösung eine ziemlich gute Lösung ist.

An der Staatsbibliothek zu Berlin habe ich zunächst zwei Jahre im Referendariat verbracht. Das erste Jahr war ich in der praktischen Ausbildung in Berlin, das zweite Jahr in Köln an der Fachhochschule, wo damals die theoretische Ausbildung stattfand. Das Bibliotheksreferendariat ist ein klassisches Ausbildungsmodell mit einem so genannten zweijährigen Vorbereitungsdienst, wie es bei Beamtenlaufbahnen üblich ist. Das gibt es bei Lehrern, bei Juristen, bei Feuerwehrleuten und eben auch bei Bibliothekaren und Archivaren.

In Ostdeutschland, auch in Mecklenburg-Vorpommern, hat sich nach der Wende das in der Zeit der DDR entwickelte Modell einer nicht auf der Grundlage des Beamtentums stehenden Ausbildung behauptet. Es gibt an der Humboldt-Universität zu Berlin das Institut für Bibliothekswissenschaft und Information. Dorthin werden Volontäre geschickt, die sich in einer zweijährigen Vorbereitungszeit ohne Beamtenstatus befinden, oder Bibliothekare, die sich berufsbegleitend und postgradual qualifizieren. Ein ähnliches Modell gibt es für Archivare.

Für mich liegt der Wert dieses Ausbildungsmodells – also dass man zuerst ein wissenschaftliches Fachstudium und danach eine zweijährige Berufsvorbereitung macht – darin, dass es nicht an den Beamtenstatus gebunden ist. Das Modell einer generalistischen Ausbildung, die für verschiedene Aufgaben qualifiziert, halte ich für gut. Mir hat es sehr viel genutzt, denn es gab mir die Gelegen-

heit, die Bibliothek in allen Bereichen kennen zu lernen und dann zu entscheiden, welche berufliche Spezialisierung mir am ehesten zusagte. Sowohl das Archivreferendariat als auch das Bibliotheksreferendariat eröffnen vielfältige Perspektiven. Man kann ins Management gehen, wissenschaftliche Projekte bearbeiten, sich der Erwerbungs- oder der Katalogisierung zuzuwenden oder sich auf Sonderbestände spezialisieren. Damit verbinde ich ein Plädoyer für ein breites Ausbildungsmodell.

Nach 2001 war ich selbst Ausbildungsleiter in Berlin und damit an der Weiterentwicklung von Ausbildungscurricula beteiligt. Es gibt daneben die Ausbildung der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste. Das ist eine Berufsausbildung, die verschiedene Fachrichtungen beinhaltet, und zwar für die Bibliotheken und Archive, sowie für Dokumentationszentren. Für mich war eines der wichtigsten Anliegen dafür zu sorgen, dass Bibliotheken und Archive qualifizierte Mitarbeiter gewinnen.

Das Referendariat endete mit der zweiten Staatsexamensprüfung in Köln. Der Referendar hat keine Übernahmegarantie, das heißt, er ist frei auf dem Markt und muss sich um eine Stelle bewerben. Die Einstellung von Referendaren – anders als beim Lehramt – ist bedarfsbezogen, so dass es kein großes Überangebot an ausgebildeten Bibliothekaren und Archivaren gibt. Für mich entstand plötzlich eine günstige Gelegenheit, denn gerade als ich mein Examen in Köln gemacht hatte, ging der Fachreferent für Geschichte ungeplant aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Um seine Stelle bewarb ich mich und bekam sie auch, so dass ich dort, wo ich meine Ausbildung gemacht hatte, in den Beruf einsteigen konnte.

Die Staatsbibliothek zu Berlin ist, wie ich schon gesagt hatte, die größte wissenschaftliche Bibliothek Deutschlands und aus vielen Gründen eine besonders spannende Einrichtung. Einer der Gründe ist, dass sie eine klassische Ost-West-Einrichtung ist, wie sie eigentlich nur in Berlin existierte. Es gab bis 1947 die Preußische Staatsbibliothek, die man dann mit einem Teil ihrer Bestände in Westdeutschland wiederfinden konnte, während der andere Teil in Ostdeutschland blieb. Nachdem die Bücher aus Westdeutschland 1960 nach Westberlin zurückgekommen waren, gab es zwei Staatsbibliotheken: eine am Potsdamer Platz in einem neuen Gebäude von Hans Scharoun gegenüber der Philharmonie und eine im alten Stammhaus Unter den Linden. Im Abstand von zwei Kilometern – seit 1961 getrennt durch die Mauer – gab es zwei parallele Bibliotheken, die im Prinzip dieselbe Aufgabe und Geschichte hatten. Insofern gab es 1992 die spannende Frage: Wie kommen diese beiden Doppeleinrichtungen zusammen? Auf der institutionellen Ebene ist das gut gelungen, da die beiden zu einer Staatsbibliothek vereinigt wurden. Die Probleme lagen anderswo, da es praktisch für jeden Job zwei Amtsinhaber gab. In Berlin wurde eine Vereinigung auf Augenhöhe gemacht, was ich vom Ansatz her geglückt finde. Bei den Sonderabteilungen wurde immer geschaut, wer der dienstältere Abteilungsleiter war, dieser blieb dann Abteilungsleiter und der dienstjüngere wurde der Stellvertreter, auch wenn er

schon 25 Jahre Abteilungsleiter gewesen war. Damit gab es in jeder Abteilung eine doppelte Leitung, in der jeweils ein leitender Mitarbeiter aus der Osthälfte und einer aus der Westhälfte arbeitete.

Ein Problem war es, sich dem Unterhaltsträger gegenüber zu rechtfertigen, warum man diese Doppelstrukturen brauchte. In der Verlegenheit, diese Doppelstrukturen zu erklären und möglichst wenig Personal abbauen zu müssen, ist den damaligen Direktoren ein toller Schachzug gelungen. Sie argumentierten, dass sie alle Mitarbeiter und beide Gebäude benötigten, um die eine Bibliothek zum Haus für die historischen Bestände und die andere zum Haus für die modernen Bestände zu bestimmen. Für die Unterhaltsträger, also die Politiker, hörte sich das sehr plausibel an. Man hat dann beschlossen, dass das alte Gebäude Unter den Linden für die historischen Bestände und dass neue Gebäude an der Potsdamer Straße für die neuen Bestände zuständig sein sollte.

Das hörte sich plausibel an, war aber in der Wirkung nicht ohne Probleme, da die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz im Westen sich vor allem durch die historischen Bestände, also den Altbestand, definierte. Ihren Mitarbeitern lagen die alten Bestände am Herzen, aber diese wurden ihnen weggenommen. Die Deutsche Staatsbibliothek im Osten hingegen war die zentrale wissenschaftliche Bibliothek der DDR, die vor allem für die Beschaffung von ausländischer Literatur zuständig war. Weitere Aufgaben waren die Versorgung der Wissenschaft in der DDR mit den dort gesetzten Schwerpunkten Naturwissenschaft, Technik, Medizin. Dort ging es vor allem um die aktuelle Literaturversorgung. Diese Aufgaben fielen nun völlig weg, denn die Staatsbibliothek wurde Teil der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Mit Gründung der neuen Bundesländer fiel diese zentrale Versorgungsfunktion fort, da sie fortan Sache der Länder war. Die östliche Staatsbibliothek wandelte sich zu einer Institution mit historischer und geisteswissenschaftlicher Ausrichtung. Dieser Transformationsprozess kam für die Mitarbeiter eigentlich viel zu schnell. Man hatte jeder der beiden Hälften die Aufgaben genommen, mit denen sie sich identifiziert hatten.

Das war für die letzten zwanzig Jahre der Entwicklung der Staatsbibliothek eine Belastung. Als ich dort 1999 anfang, war das noch ziemlich virulent. Heute ist es weitgehend überwunden, aber es zeigt, dass solche Vereinigungs-, Integrations- und Reorganisationsprozesse großes Fingerspitzengefühl erfordern. Es zeigt auch, dass Entscheidungen, die am grünen Tisch gut aussehen, in der Umsetzung Probleme bergen, die man nicht absehen konnte – es sei denn, man hätte mit den Mitarbeitern gesprochen.

Die Schwerpunkte meiner Tätigkeit an der Staatsbibliothek lagen zum einen auf der Tätigkeit als Ausbildungsleiter, zum anderen auf dem Fachreferat Geschichte. Das war eine tolle Aufgabe, da ich in guten Jahren 800.000 und 900.000 Euro nur für Literatur im Fach Geschichte ausgeben konnte. Das ist ein mehr als ein Viertel des Gesamtetats der UB Rostock! Das war damals wirklich ein Schöp-

fen aus dem Vollen. Auch ist an der Staatsbibliothek in den letzten Jahren der Etat nicht gesenkt worden, aber durch die Kostenentwicklung bei den elektronischen und gedruckten Zeitschriften sind 100 Euro von 1990 heute – gefühlt – nur 30-40 Euro wert. Ein gleichbleibender Etat bedeutet in der Realität Jahr für Jahr deutlich geringere Beschaffungsmöglichkeiten.

Einer der innovativsten Aspekte meiner Tätigkeit war die Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Gründung von Internet-Portalen. Die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG)⁹ förderte in den neunziger Jahren virtuelle Fachbibliotheken für alle Fächer. In der Geschichte gab es mit „Clio-online“¹⁰ und „H-Soz-u-Kult“¹¹ schon ziemlich gut entwickelte Plattformen. Da aber die Bayerische Staatsbibliothek in München, die als Sondersammelgebiet die Geschichtswissenschaft inne hatte, eine Münchner Lösung bevorzugte, baute sie konkurrierend ein eigenes Portal auf, die „sehepunkte“.¹² So bestehen in Berlin und München zwei Zentren für virtuelle Plattformen im Fach Geschichte. Eine weitere virtuelle Fachbibliothek, an deren Entstehen ich beteiligt war, ist die für Recht.¹³

Sondersammelgebiet bedeutet, dass es in Deutschland immer eine Bibliothek gibt, die mit Geldern der DFG gefördert wird, um möglichst vollständig die ausländische Literatur auf einem bestimmten Gebiet zu beschaffen. Die DFG ging aus der 1920 gegründeten „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“¹⁴ nach dem zweiten Weltkrieg hervor. Es bestand die Einsicht, dass man die ausländische Literatur nicht an allen Universitäten in der Breite beschaffen könne, wie es notwendig wäre. Deshalb sollte es für jedes Wissensgebiet zumindest eine Bibliothek in Deutschland geben, die diese Literatur möglichst vollständig sammelt und dann per Fernleihe zur Verfügung stellt. Ein regelrechter Sondersammelgebietsplan entstand 1949. Es wurde entschieden, dass Bibliotheken mit geringen Kriegsverlusten Sondersammelgebiete bewilligt bekamen. Aus diesem Grund hatte

⁹ Deutsche Forschungsgemeinschaft

http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Forschungsgemeinschaft (02.03.2011).

¹⁰ Fachportal für die Geschichtswissenschaften

<http://www.clio-online.de/> (02.03.2011).

¹¹ Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/> (02.03.2011).

¹² sehepunkte. Rezensionen-Journal für die Geschichtswissenschaften

<http://www.sehepunkte.de/> (02.03.2011).

¹³ Virtuelle Fachbibliothek Recht

<http://www.vifa-recht.de/> (02.03.2011).

¹⁴ Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft

http://de.wikipedia.org/wiki/Notgemeinschaft_der_deutschen_Wissenschaft (02.03.2011).

Göttingen eine besonders zentrale Rolle, da die Stadt am wenigsten von Kriegsfolgen betroffen war. Andere große Universitätsstädte mit stärkeren Kriegsverlusten, wie zum Beispiel Hamburg oder Köln, wurden erst später einbezogen. Ostdeutschland gehörte bis 1990 nicht dazu. Dann gab es nominelle Korrekturen zugunsten Ostdeutschlands. Dresden bekam die Kunst nach 1945, Greifswald die Baltistik. Die UB Rostock hat kein Sondersammelgebiet. Ich weiß nicht, warum das der Fall ist. Das ist ein kleiner Wermutstropfen. Sondersammelgebiete bringen aber Verpflichtungen für die Universität mit sich, bestimmte Fächer entsprechend auszubauen. Das können wenig nachgefragte, so genannte Orchideenfächer sein. Damit würden Schwerpunkte gesetzt, die nicht mit dem Bedarf übereinstimmen. Insofern hat es für Rostock den Vorteil, dass wir hier ausschließlich auf den Bedarf der Uni ausgerichtet arbeiten können.

Ein weiterer Aspekt meiner Arbeit in Berlin war die Digitalisierung. Nach 1999 wurden in Deutschland zunächst zwei Digitalisierungszentren aufgebaut: eines in München an der Bayerischen Staatsbibliothek und ein zweites in Göttingen an der Staats- und Universitätsbibliothek. Eigentlich hätten diese Digitalisierungszentren die Aufgabe gehabt, als Piloten ein Verfahren zu entwickeln und dieses dann an andere Bibliotheken zu vermitteln. Ich habe es persönlich immer für einen Fehler gehalten, dass die Berliner Staatsbibliothek sich nicht früher um das Thema Digitalisierung bemüht hat. Erst 2006 wurde es damit Ernst. Dann war ich selbst daran beteiligt, die Strategien und technischen Voraussetzungen für ein Digitalisierungszentrum zu schaffen. Dieses ist jetzt vor vier Monaten, also kurz nach meinem Weggang, im Haus Unter den Linden eingeweiht worden und ist jetzt auch massiv in die Produktion gegangen. Ziel war es, möglichst viel Mittel zur Förderung der Digitalisierungsvorhaben einzuwerben und dort Schwerpunkte zu setzen, wo die Bestände der Staatsbibliothek sehr gut sind.

Als Pilotvorhaben setzten wir auf DDR-Zeitungen, auf Bestände aus den Sonderabteilungen – zum Beispiel ostasiatische Materialien –, auf historische Drucke, zum Beispiel juristische Altbestände.

Mein letztes Vorhaben in Berlin – da bin ich ein bisschen stolz, dass es mir gelungen ist – war die Einwerbung von EU-Förderung für ein Projekt von acht europäischen Nationalbibliotheken zur Digitalisierung von Quellen zum Ersten Weltkrieg. Diese acht Nationalbibliotheken werden zusammen in den Jahren von 2010 bis 2013 eine umfassende Sammlung an Beständen – also nicht nur Bücher, sondern auch Zeitschriften, Bilder, Plakate, Tondokumente und Fotos – zum Ersten Weltkrieg zusammentragen. Diese sollen dann gemeinsam in die „Europeana“, die europäische digitale Nationalbibliothek, eingebracht werden. Die „Europeana“ ist die Sammlung von digitalen Beständen aus allen Teilen Europas. In Rostock betrachte ich es als meine Aufgabe, Bestände aus unseren Sammlungen ebenfalls dort hinein zu bekommen. Zusammen mit den Sammlungen in Schwerin und Greifswald ist unsere Universitätsbibliothek von herausragender Bedeutung

für die Kulturgeschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ihre bedeutenden Bestände gehören in die „Europeana“.

Perspektiven für die Universitätsbibliothek Rostock, die über die Digitalisierung hinausgehen, sind im Entstehen. Es ist noch zu früh, um ein Zehn-Punkte-Programm vorzulegen. Ich bin noch in der Kennenlernphase, und mir ist es zunächst wichtig, mit den Nutzern zu diskutieren, wo sie ihren aktuellen Bedarf und Defizite sehen, wo Perspektiven für die inhaltliche Entwicklung der Universitätsbibliothek aufscheinen. Daher ist ein ständiger Dialog, auch ein institutionalisierter Dialog mit den Nutzern die Hauptsache. Die UB ist Dienstleister, das heißt, sie muss verstehen, was die Nutzer brauchen und dann ihre Dienstleistungen, ihre Prioritäten daraufhin ausrichten. Das ist gewiss eine besondere Herausforderung an einer Universität mit neun Fakultäten, das heißt einer klassischen Volluniversität mit einer großen Universitätsmedizin, zwei großen ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten und einer agrarwissenschaftlichen Fakultät, denn ich bin mir bewusst, dass die Bedürfnisse in unterschiedlichen Fächern, auch die Bedeutung elektronischer Ressourcen, sehr differenziert sind. Insofern wird es kein Einheitsprogramm geben können, sondern wir müssen für verschiedene Fakultäten unterschiedliche Strategien entwickeln.

Da kommen wir zu einem wesentlichen Punkt, der Sie vielleicht alltäglich betrifft: wir haben einen Neubau in der Südstadt, der für die Naturwissenschaften, die Technik, die Medizin vorgesehen ist. Wir haben aber keine Neubauten für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, die Juristische Fakultät, die Philosophische und die Theologische Fakultät. Zugespitzt kann ich sagen, dass wir die widersprüchliche Situation haben, dass die Nichtbuchwissenschaften eine deutlich bessere Bibliotheksversorgung genießen als die Buchwissenschaften. In der Südstadt haben wir Öffnungszeiten von 8.00 bis 24.00 Uhr und hier in der Innenstadt von 9.00 bis 18.00 Uhr. Es muss unser Ziel sein, für alle Bereiche der Universität eine gleich gute Versorgung mit Bibliotheksleistungen zu erreichen. Nur ist das nicht im Rahmen der bestehenden Gebäude möglich. Der Zehngeschosser in der August-Bebel-Straße war ein Verwaltungsbau der Stasi. Da kann man natürlich Bücher trocken aufstellen, man kann auch Arbeitsplätze einrichten, aber es ist keine funktionale Bibliothek, das heißt es ist eine Übergangslösung, bis wir einen Neubau für die Geisteswissenschaften bekommen. Dasselbe gilt für die Unterbringung der Juristischen Fakultät in Lichtenhagen, die auch zeitlich befristet sein soll. Es wird erforderlich sein, in der Ulmenstraße ein dem Zweck angemessenes Bibliotheksgebäude zu bekommen. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe für mich. In vielen Gesprächen der vergangenen Wochen, unter anderem mit Vertretern des Bau- und des Finanzministeriums, konnte ich anschaulich darlegen, wie unbefriedigend es ist, wenn man einen Bücherspeicher hat, aber keine Arbeitsplätze dazu. Das ist in Deutschland eine einmalige Situation, die hier in Rostock seit 1938 besteht. Es muss unser Ziel sein, diesen unfertigen Zustand

schnell zu beseitigen. Allerdings müssen wir die Realitäten anerkennen, die sich mit der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes verbinden. Wir müssen die Politik, den Unterhaltsträger überzeugen, dass diese Bibliothek eine Priorität hat und wir müssen dafür sorgen, dass in den Haushaltsplänen – neben anderen wichtigen Projekten der Universität die Bibliothek eine entsprechende Bedeutung und finanzielle Mittel bewilligt bekommt. Das ist eigentlich das größte Thema, das ich ansprechen wollte und vielleicht ergeben sich weitere Aspekte in der Diskussion.

Diskussion

Kersten Krüger:

Vielen Dank! Wir haben einen sehr tiefen Einblick in den Werdegang unseres Bibliotheksdirektors bekommen. Wir widmen uns nun den Rückfragen.

Hilde Michael:

Sie schlossen den Vortrag mit der Einstiegsphase in Rostock und zeigten Notwendigkeiten auf. Wie ist der Einstieg in das Kollektiv der hier arbeitenden Bibliothekare gelungen und wie wurden Sie hier aufgenommen?

Robert Zepf:

Sehr, sehr gut. Ich bin von verschiedenen Pressevertretern gefragt worden, wie ich die Mentalität der Norddeutschen einschätze. Ich habe gesagt: freundlich, offen und pragmatisch. Das empfinde ich so. Die Reaktionen haben mir gezeigt, dass sich viele Norddeutsche nicht unbedingt als offen und pragmatisch empfinden, das ist insofern eine Diskrepanz. Ich habe hier eine sehr engagierte Mannschaft, vielleicht muss man eher „Frauschaft“ sagen, also Mitarbeiterinnen, die ihr Handwerk verstehen, die sehr motiviert sind und die wirklich auch unter schwierigen Bedingungen eine gute Arbeit leisten und insofern war es für mich ein Einstieg, wie ich ihn mir besser hätte kaum vorstellen können.

Natürlich gibt es hier auch gewisse Schwierigkeiten. Es hat eine längere Vakanzphase gegeben, während der Frau Bähler als amtierende Direktorin die ganze Last hat tragen müssen. Darum sind manche Dinge nicht so schnell vorgekommen. Insofern spüre ich auch einen ziemlichen Erwartungsdruck der Mitarbeiter. Ich kenne das selbst aus meiner Zeit in Berlin. Immer, wenn ein neuer Vorgesetzter kam, hatte man die Vorstellung, dass jetzt alles anders wird und über Nacht sich all die Probleme auflösen, an denen man erfolglos gearbeitet hatte. Das ist natürlich eine unrealistische Erwartung und so muss ich auch Kollegen um Geduld bitten und vermitteln, dass es eine gemeinsame Aufgabe ist, Probleme zu identifizieren und Lösungen zu entwickeln. Es kann nicht alles ganz schnell

gehen, aber ich verstehe, wo die entscheidenden Probleme liegen und ich sehe gute Ansätze, diese Probleme zu lösen. Zunächst kann ich sagen, dass die Staatsbibliothek Berlin ist eine gute Schule war. Bis jetzt habe ich noch nichts vorgefunden, wo ich mich völlig überfragt fühle. Es ein guter Einstieg, und wir werden auch alle Probleme erfolgreich bewältigen.

Thomas Wiesner:

Wie sieht es auf dem digitalen Sektor mit einem Katalog aus? Soll der e-Book-Katalog erweitert werden?

Robert Zepf:

Wir sind gerade dabei, uns intensiv e-Book-Pakete anzuschauen. Dabei sind wir auf leistungsfähige Angebote von Verlagen angewiesen. Bei elektronischen Zeitschriften ist der Markt anders als bei Monographien. Monographien der Geschichtswissenschaften werden in Deutschland überwiegend von mittelständischen Unternehmen produziert, die nicht die Marktmacht haben, eine eigene Plattform aufzubauen. Insofern ist das Angebot von e-Books in den Geisteswissenschaften, gerade im deutschsprachigen Bereich, deutlich schlechter als in den Naturwissenschaften und bei der englischsprachigen Literatur. Wenn wir also in den Geschichtswissenschaften nur wenige e-Books haben, liegt das nicht nur daran, dass wir sie nicht kaufen oder nicht kaufen können, sondern weil einfach das Angebot nicht da ist. Das wird sich in den nächsten Jahren ändern. Es entstehen auch neue Geschäftsmodelle, etwa „Patron Driven Acquisition“. Die Verleger verkaufen uns nicht ihre Bücher, sondern leihen sie uns zunächst. Die Bibliothek kauft das Buch erst, wenn fünf Leser darauf geklickt haben, das heißt, die ersten vier Nutzungen bekommt man umsonst und erst mit dem fünften Klick kauft man das Buch. Eine Vorentscheidung trifft der Bibliothekar. Aber die Forscher einer Universität entscheiden über ihre Onlinezugriffe, wohin das Geld fließt und welches Profil die Bibliothek gewinnt.

Das sind Steuerungselemente in der Entwicklung. Probleme mit zu wenigen Exemplaren eines Lehrbuches wird es dann aber nicht geben. Unabhängig davon versuchen wir in engem Kontakt zwischen UB und Professoren die benötigte Literatur zu ermitteln. Freilich kommen solche Meldungen häufig nicht schnell und frühzeitig genug von den Dozenten, so dass wir nicht immer vorbereitet sind, wenn ein Buch häufig gebraucht wird. Wir können es allenfalls an den Ausleihstatistiken ablesen. Wir haben vor, unseren finanziellen Ansatz für Lehrbücher und elektronische Ressourcen in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen, um diese Nachfrage zu bedienen. Sie als Studierende sollten versuchen, durch Gespräche mit Dozenten und Mails an Fachreferenten darauf hinzuweisen, wenn bestimmte Literatur in zu wenigen Exemplaren verfügbar ist. Dann reagieren wir auch schnell darauf.

Kersten Krüger:

Es wird, vielleicht können wir das so resümieren, schon die Entwicklung in Richtung der digitalen Bibliothek gehen, aber die Bibliothek als solche, als eine Ansammlung gelehrter Bücher wird nicht abgeschafft, oder?

Robert Zepf:

Nein. Sie wird ihre Bedeutung verändern, wird wieder mehr ein Begegnungsraum werden. Ich habe ja das Idealbild meiner Institutsbibliothek in Heidelberg geschildert, und mein Wunsch für die Zukunft ist, dass die Bereichsbibliotheken der UB Rostock für Sie wie große Institutsbibliotheken werden, das heißt, dass Sie sich dort zu Hause fühlen, in Umgebung Ihrer Literatur optimale Arbeitsbedingungen finden, dass Sie miteinander als Gruppen zusammen arbeiten können. Hinzu soll eine angenehme Aufenthaltsqualität mit bequemen Sitzgelegenheiten kommen. Letztlich sollen größere Bibliotheken das Ambiente einer Seminarbibliothek bieten. Das ist mein Idealbild für die nächsten Jahre und ich hoffe, dass im Dialog mit Ihnen diese Vision realisiert werden kann. In der Bibliothekskommission unserer Universität, welche die Arbeit der Bibliothek begleitet, sind bisher Fakultätsvertreter Mitglieder, aber ich habe dem Rektor die Beteiligung von Studierenden vorgeschlagen. Das ist auf sehr positive Resonanz gestoßen und ich freue mich darauf, in dieser Kommission mit Vertretern der Studierenden ins Gespräch zu kommen.

Kersten Krüger:

Dann können ihre Interessen stärker berücksichtigt werden. Mit diesem Ausblick bedanken wir uns bei unserem Referenten, allen Anwesenden und Mitwirkenden. Die Sitzung ist geschlossen.

Radloff, Christa



Lebenslauf

akademischer Titel: Dr. Ing.

Tätigkeit in Rostock: 1978-1984 Wiss. Assistentin
 1985-2001 Mitarbeiterin im Rechenzentrum
 2001- Leiterin Rechenzentrum/IT- und Medienzentrum

Zentrale Einrichtung: IT- und Medienzentrum

Lebensdaten: geboren am 16.10.1954 in Warin

Kurzbiografie: 1973 Abitur EOS Brüel
 1973-1978 Studium an der Universität Rostock, Mathematik-Diplom
 1978-1984 Wiss. Assistent Fachbereich Informationsverarbeitung
 Universität Rostock
 1984-2001 Mitarbeiterin FB Informationsverarbeitung und Rechen-
 zentrum Universität Rostock
 2001-2010 Leiterin Rechenzentrum Univ. Rostock
 2011- Leiterin IT- und Medienzentrum Universität Rostock

Akademische Abschlüsse:

1978 Diplom-Mathematik
 1984 Promotion in der Informatik (Dr.-Ing.)

Akademische Selbstverwaltung:

2002-2007 Konzil Universität Rostock
 2002-2006 Akademischer Senat Universität Rostock

Funktionen:

2004-2010 DFG, UA Informationsmanagement
 2003- DFN, Betriebsausschuss
 2005- DFN, Verwaltungsrat

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugengespräch mit Dr. Christa Radloff am 9. Juli 2010

Transkription und Protokoll: Änne Harms, Kersten Krüger, Nico Leschinski, Juliane Schlösser, Arlett Volgmann, Magdalena Weinreich, Henrike Weiß

Kersten Krüger:

Wir eröffnen die Sitzung und begrüßen unseren Gast, Frau Dr. Christa Radloff, die Leiterin des Rechenzentrums unserer Universität. Wie Sie vermutlich wissen, ist Wissenschaft ohne Computer für mich undenkbar, von daher hat das Rechenzentrum meine uneingeschränkte Sympathie. Liebe Frau Radloff, jetzt haben Sie das Wort.

Christa Radloff:

Es freut mich, dass ich heute einiges zur Entwicklung des Rechenzentrums vorstellen kann. Denn meistens ist eigentlich alles gut, wenn man vom Rechenzentrum nichts hört. Dann läuft die Informations- und Datenverarbeitung, kurz IT für Informations-Technik, richtig. Dass das Rechenzentrum gebraucht wird und dass es existiert, wird häufig erst bewusst, wenn irgendwas nicht geht oder kaputt ist oder wenn man nicht weiß, wie man mit IT umgehen kann. Insofern haben wir selten Gelegenheit darzustellen, was sich in einem gewissen Zeitraum an der Universität in der IT ereignet.

Für mich selber war es gewinnbringend einmal zu überlegen, was alles in der vergangenen Zeit passiert ist. Da war ich sehr überrascht, was sich alles in den letzten 20, 30 oder 40 Jahren IT getan hat und wie rasant diese Entwicklung in jüngster Zeit war. Es zeichnet unsere Branche ja aus, dass es ständig weitergeht. Hat man gerade irgendeine Lösung installiert, dann ist schon das nächste Problem da. Man sieht eigentlich immer nur neue Aufgaben.

Das Rechenzentrum ist bei uns erstmal ganz grob einzuordnen als eine sogenannte zentrale Organisationseinheit, und wir sind eine Serviceeinrichtung für die gesamte Universität, also für Aufgaben in Studium, Forschung, Aus- und Weiterbildung, für die Verwaltung und für die Lehre.

Das ist nicht immer so gewesen. Es gab Abschnitte in der Entwicklung des Rechenzentrums, in der das Rechenzentrum eigenständig war und für die gesamte Universität zuständig. Zeitweise war das Rechenzentrum ein Teilbereich der Informatik. Nach der Wende wurde es wieder als selbstständige Einheit ausgegliedert. Das war im Rückblick auch die richtige Entscheidung. Denn wenn man eine

solche zentrale Serviceeinrichtung einer anderen zuordnet, dann wird sie doch eher für deren Aufgaben gebraucht. Selbstständigkeit ist für zentrale Aufgaben angemessen.

Wir sind mittlerweile knapp 40 Mitarbeiter im Rechenzentrum. Es sind in der letzten Zeit noch einige Aufgaben und entsprechend Personal dazu gekommen, darauf werde ich später noch mal eingehen. Wir haben Bereiche aus dem Dezernat Technik und aus der Verwaltungsdatenverarbeitung übernommen. Die Abbildung 1 zeigt das Organigramm des heutigen Rechenzentrums.

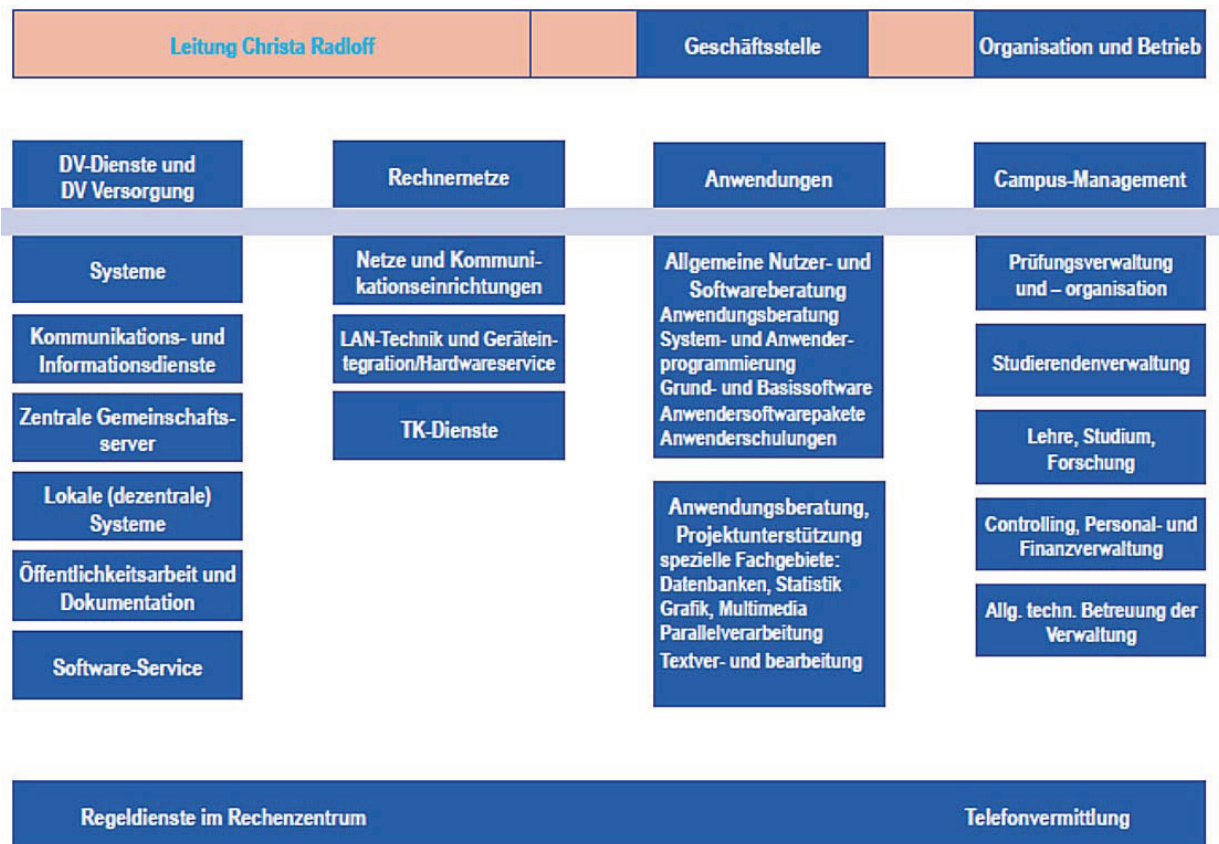


Abbildung 1
Organigramm des Rechenzentrums 2010

Ganz kurz zu meiner Person: Ich bin 1954 geboren und habe mein Abitur 1973 gemacht. Witzigerweise, wie Herr Hoffmann,¹ der hier vor zwei Wochen war, bin ich auch in Warin geboren und in Brül zur Schule gegangen. Das ist zwar ein paar Jahre auseinander, aber wir haben das hier dann festgestellt. Nach der Schule ging ich gleich an die Universität Rostock, habe hier Mathematik stu-

¹ Siehe seinen Zeitzeugenbericht in diesem Band, S. 285-334.

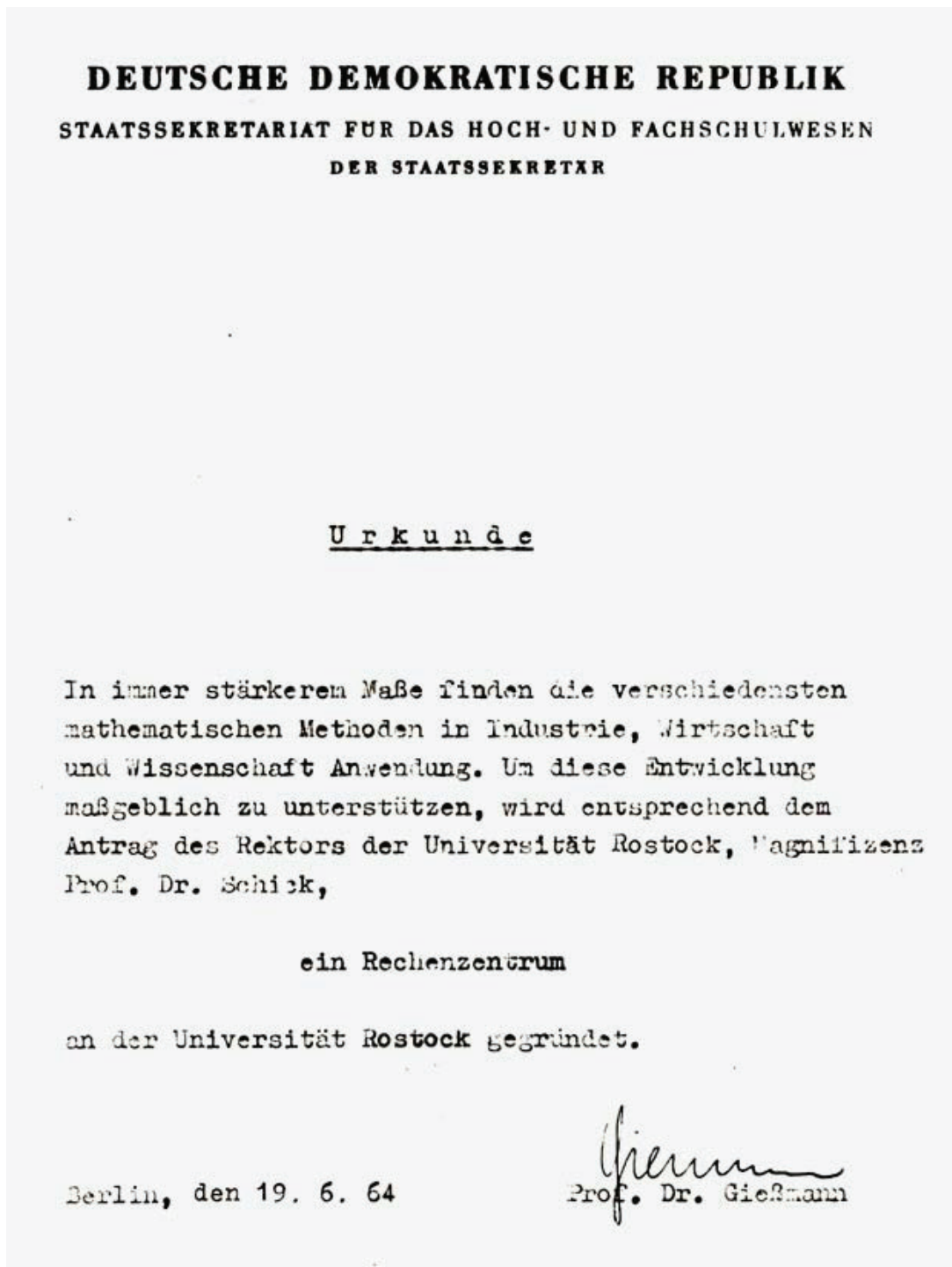


Abbildung 2 Gründung des Rechenzentrums 1964
Urkunde

In immer stärkerem Maße finden die verschiedenen mathematischen Methoden in Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft Anwendung. Um diese Entwicklung maßgeblich zu unterstützen, wird entsprechend dem Antrag des Rektors der Universität Rostock, Magnifizenz Prof. Dr. Schick, ein Rechenzentrum an der Universität Rostock gegründet.

Berlin, den 19. 6. 64

Prof. Dr. Gießmann

diert und dann als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Aspirantin gearbeitet. Im Jahr 1984 erreichte ich meine Promotion, und zwar im Bereich Informatik. Ein Informatikstudium gab es zwar damals noch nicht, sondern als Ergänzung zur Mathematik die Informationsverarbeitung. So konnte ich in der Informatik promovieren. In dieser Zeit sind auch meine beiden Kinder geboren. Dann begann ich in der Informatik und im Rechenzentrum zu arbeiten. Seit 1998 war ich dann geschäftsführende Leiterin des Rechenzentrums und seit 2001 Leiterin. Sie sehen also, ich bin hier wirklich schon eine alte Pflanze an der Universität, bin also schon seit dem Studium hier aber so ganz provinziell sind wir ja deshalb nicht.

Ich denke, man muss sich schon sehr umtun, um technologisch immer mit auf dem höchsten Stand zu sein. Ich arbeite auch deutschlandweit in einigen Gremien mit, zum Beispiel im bundesweiten Arbeitskreis Netzdienste. Vor sechs Jahren wurde ich von der DFG als Mitglied des Unterausschusses Information-Management berufen. Was mir auch sehr viel Spaß macht, da es auch für uns sehr viel bringt, ist die Mitarbeit im Verwaltungsrat und Betriebsausschuss vom DFN. DFN heißt deutsches Forschungsnetz. Das ist ein Verein der wissenschaftlichen Einrichtungen Deutschlands, die das deutsche Forschungsnetz gemeinsam betreiben.

Ich bin verheiratet und habe zwei, mittlerweile erwachsene Kinder. Meine Tochter hat Mediendesign studiert und steht schon im Arbeitsleben. Mein Sohn hat auch Informatik studiert und macht jetzt sein Promotionsstudium.

Ich habe überlegt, ob ich eigentlich über die Zeit sprechen sollte, die ich auch unmittelbar miterlebt habe, aber da das Rechenzentrum ja in unserer 600 jährigen Universität eine vergleichsweise junge Einrichtung ist, werde ich auch über die Anfänge berichten, damit man auch die Entwicklung der Rechentechnik an der Universität insgesamt im Blick hat. Ich werde deshalb über die Zeit von 1964 bis 2010 sprechen, zumal ich als Zeitzeugin der früheren Zeit gar nicht fern stehe. Die alten Rechner standen teilweise noch da, als ich anfang zu arbeiten.

Das Rechenzentrum wurde 1964 gegründet. Damals gab es sogar einen Erlass des Staatssekretärs für Hoch- und Fachschulwesen, eine richtige Urkunde, dass das Rechenzentrum gegründet werden durfte (Abbildung 2). Damit hingen natürlich auch Mittel zusammen, die in der DDR bereitgestellt werden mussten, zum Beispiel das Geld für die Rechenanlage ZRA1. Um diese Zeit sind sehr viele Rechenzentren gegründet worden, also nicht nur hier im Osten, sondern auch im Westen, weil einfach die Zeit reif war. Der Rechner war da und es wurde immer mehr danach gerufen, da mathematische Methoden in die Wissenschaft Einzug hielten und diese die Rechentechnik brauchten.

Das Rechenzentrum hat im Hauptgebäude der Universität angefangen. Um die Technik unterzubringen – damals noch recht große Rechner –, waren bauliche Maßnahmen nötig. Im Hauptgebäude wurde ganz wild gebaut, um die ZRA1 unterbringen zu können. Ich werde ihnen jetzt einige Bilder zeigen, wie das früher aussah.

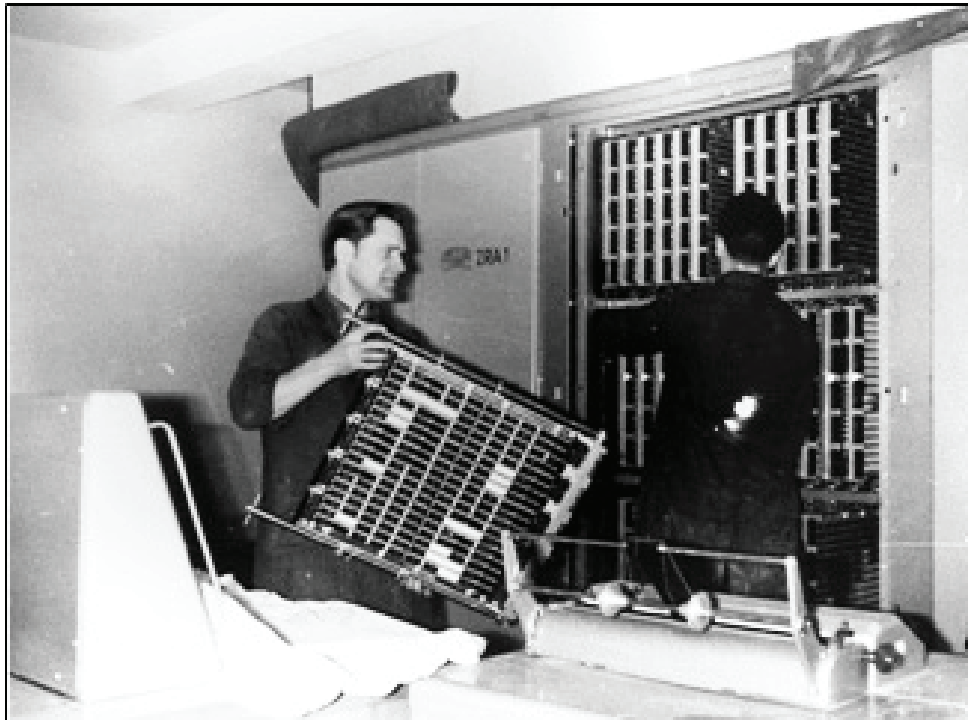


Abbildung 3
Umfangreiche Baumaßnahmen im Hauptgebäude für die zentrale Rechenanlage ZRA1
Oktober 1964



Abbildung 4
ZRA1 im Hauptgebäude 1964



Abbildung 5
Locherraum mit Lochkartenstanzern

										RR	EP	1	2	3	4	5	6	7	
Nr	RAB	KB	GKS	R-Op	R-2	5	Test	Tra	Q10	*I	Datum								
3732A							n→				3737			0	6°	17°	4°		
3								ZD	4		6								
4						6S2					2								
5A							j→				3730								
6A											3744								
7A	F	+				5	SZ	4			39								
8								Z1	1										
9						3S2					1								
3740A							n→				3737								
1						6S2					2								
2								AD	1		0								
3A							j→				3730								
4	S					7		AD	2		6				6°				
5A						L					4077								
6	S					1		AD	3		3					3°			
7A	S					6		L	*		4021								
8A								L	*		4080								
9A								L	*		3611								
8750A							n→				3754								
1								ZD	4		3								
2A								SQ1			3996								
3A											3759								
4A						7		S			0								
5								AD	2		0								
6A	F	+				5	SZ	2			3980								

0002	000000000 01	300000000 23
0003	480000000 22	000000000 01
0002	000000000 01	100000000 21
-000000000 30	480000000 22	000000000 01
****	100000000 21	480000000 22
0548		000000000 01
0002		192000000 22
0004		100000000 21
0004	000000018#	
0005		
		000000018#
100000000 21		
100000000 21	-2-02-2-	
250000000 21		
lc =		
0002	122500000 20	-2-02-2-
0001	112500000 20	
	953333333 19	122499999 20
-2-01-2-	133333333 20	112499999 20
		238333333 20
		333333333 20
00000003188#	-*-01-#-	
-----		-*-01-#-
0001		
200000000 21	----	
100000000 21	0001	
200000000 21	----	
28000000001		0001
000000000 01		----
000000000 01	0001	
100000000 21		
100000000 21	200000000 21	200000000 21

Abbildung 6
Links: Programmier-Formular, Ausschnitt aus einem längeren Programm
Rechts: Ausschnitt aus dem Ausdruck der Ergebnisse einer statistischen Berechnung

Die Abbildungen 4 und 5 zeigen den Einbau und die fertige ZRA1. In den Schränken befinden sich die Recheneinheiten, zu denen es ein Bedienpult gab. Es musste eine Möglichkeit geben, die Daten hinein und herauszubekommen. Die Übertragung geschah mit Lochkarten und Lochstreifen. Es gab eigens Mitarbeiterinnen, die die Erfassung dieser Lochkarten und Lochstreifen erledigten.

Die Abbildung 6 gibt einen Blick in den Locherraum. Dort saßen die Mitarbeiterinnen und tippten das ein, was die Wissenschaftler per Hand in die Formulare geschrieben hatten, Programme oder auch Daten, beispielsweise irgendwelche Versuchsdaten. Die wurden dann alle gelocht, und dann kamen Kisten voll Lochkarten heraus. Ein Programm bestand dann vielleicht aus zwei solcher Kisten mit Lochkarten, die man dann unter den Arm nehmen musste. Das waren dann die Programme und Daten. Eine andere Möglichkeit waren die Lochstreifen. Die waren zwar nicht so schwer, dafür aber sehr anfällig und zerrissen sehr schnell. Das heißt, man brauchte also ständig Leute am Rechner, die die Daten eingaben und ausgaben – die Ausgabe geschah ja über Papier.

Die Abbildung 6 stellt links den Ausschnitt aus einem Formular dar, wie ein Programm geschrieben wurde, rechts den Ausdruck der Ergebnisse einer statistischen Berechnung. Wenn sie das jetzt machen, drücken sie auf einen Knopf und haben ein Balkendiagramm oder Tortendiagramm oder ähnliches. Früher bekam man solche Ausdrücke, und die musste man dann auch erst einmal auswerten und auch lesen können. Das war schon alles ein bisschen problematischer als heute.

Die Möglichkeiten des Rechenzentrums wurden von erstaunlich vielen Bereichen in der Universität genutzt. Später kam ein Analogrechner hinzu, und da setzt auch die Zeit ein, in der ich mitreden kann und in der ich die Technik auch kenne (Abbildung 7). Der MEDA 80 T war ein Analogrechner, da musste man das praktisch einstöpseln. Das wurde nicht digital eingegeben, sondern über Impulse und das wurde hauptsächlich in der Studentenausbildung eingesetzt. Ich selber habe da dran auch noch einen Kurs gemacht und fand es ganz schrecklich.



Abbildung 7
Analogrechner MEDA 80 T aus Prag 1967
Ostsee-Zeitung vom 16.12.1967

Die räumliche Situation war damals angespannt, wie ein Bericht aus dem Jahr 1965 dokumentiert (Abbildung 8). Das könnten wir fast immer noch schreiben, das ist immer noch aktuell. Es ist immer zu eng. Damals war übrigens die Arbeitsweise eine andere, man arbeitete viel mit Papier.

Ausstattung unserer Arbeitsräume

Geborgte Schreibtische, Stühle und ausrangierte Schränke bildeten das erste Mobilar unseres Rechenzentrums. Nach und nach kamen durch Neuanschaffung oder Umsetzung weitere Möbel hinzu.

Als einmal eine Sendung von 14 neuen Schreibtischen eintraf, konnte jeder der damaligen Mitarbeiter gleichzeitig an 3 Schreibtischen arbeiten.

Die Ausstattung der Lochkartenstation mit Drehstühlen und Lochertischen erfolgte im Sommer 1964. Der Mangel an Schränken war gegen Ende des Jahres 1964 behoben, kurz darauf erhielten wir 25 neue Stühle und konnten endlich die schon recht unansehnlichen geborgten Stühle zurückgeben. Schreibtischlampen, Gardinen, Rollos vervollständigten die Einrichtung der Arbeitsräume.

Die Ausstattung unserer Werkstatt mit Werkbank, Arbeitstischen, Schränken ist als gut anzusehen.

Insgesamt können wir in bezug auf die Entwicklung der Ausstattung eine erfreuliche Bilanz ziehen, doch muß man heute, ein Jahr nach der Eröffnung des Rechenzentrums, feststellen, bedingt durch die Einstellung neuer Kollegen fehlt es an Räumen, Schreibtischen und Schränken. Schreibtische und Schränke werden wir noch bekommen, doch der Tag ist dann nicht mehr fern, wo kein Quadratmeter Bodenfläche mehr frei ist.

Abbildung 8

Bericht über die Ausstattung des Rechenzentrum 1965

Da nun kein Platz mehr war, musste irgendwie gebaut werden, und zwar in der Südstadt mit Beginn 1971. Der Bau geschah fast in Eigenregie. Der Bauleiter, Dr. Rossa, war Mitarbeiter des Rechenzentrums. Es wurde eine Leichtbauhalle in Eigenleistung gebaut. Diese steht heute noch in der Albert-Einstein-Straße hinter dem Gebäude der Informatik. Da sitzen wir derzeit auch noch drin. Auf der Abbildung 9 sehen Sie, wie die Mitarbeiter selber gebaut haben, einfach damit sie die Rechentechnik irgendwo anders unterbringen und weiterarbeiten konnten. Das wäre heute, glaube ich, undenkbar.

Als die Leichtbauhalle fertig war, konnten wir die nächste Anlage installieren, das war damals ein R 300. Es mussten immer Leute da sein, die den Rechner „fütterten“. Dass jemand, wie wir es jetzt kennen, von anderswo her einen Rechner bedient, das gab es ja noch nicht. Es wurde also in drei Schichten gearbeitet und man brauchte viele Leute, um diese Rechenanlage zu betreiben.



Abbildung 9
Bau einer Leichtbauhalle in Eigenleistung 1971



Abbildung 10
Installation der EDVA R300
Ostsee-Zeitung 1972:

Symbolisch übergibt Genosse Dipl.-Ing.-Ök. S. Hellwig, Direktor für Planung und Ökonomie (rechts), im Beisein von Parteisekretär Gen. Dr. G. Rademacher und UGL-Vorsitzenden Gen. Dr. J. Kallisch, den Schlüssel an Magnifizenz Gen. Prof. Dr. G. Heidorn (links).

Was hat man damals eigentlich alles schon machen können? Statistik wurde gerechnet, aber auch lineare Algebra und Differentialgleichungen. Man hat aber auch Simulationsmodelle erstellt und in der Medizin eingesetzt. Es wurden sogar schon Bestrahlungspläne ausgerechnet. Heute kann man sich das wahrscheinlich gar nicht mehr vorstellen, wie das überhaupt funktioniert hat. Es gab ja nur ganz begrenzte Programmiersprachen. Wenn man jetzt die Fülle der Systeme sieht, kann man nur staunen.

Aufgaben für die Verwaltung wurden auch übernommen. Es gab bereits eine Datenfernübertragung über eine Standleitung nach Berlin. Was wirklich dorthin ging, kann ich nicht sagen. Das durften nur bestimmte Leute wissen. Wer in der Schicht arbeitete, musste sicher dementsprechend genau durchleuchtet werden. In der Woche kam das einmal eine Stunde lang vor, daran kann ich mich noch erinnern.



Abbildung 11
Rechnerraum mit R 300 um 1975

Nachdem man dann sein Programm erarbeitet und auf Lochkarten übertragen hatte, sollten sie in den Rechner eingelesen werden, damit man Ergebnisse bekam. Dafür gab es eine Datenannahme. Dort ging man hin und stellte seine Kisten voller Lochkarten ab. Diese wurden dort angenommen und eingelesen. Man konnte auch eine Regieanweisung dazuschreiben, die dann dort so berücksichtigt wurde. Das macht man jetzt, indem man bei einem Programm *Start* drückt. Ich kann mich auch erinnern, dass wir oft über die Lochkarten noch quer einen roten

In den 70er Jahren war die Rechenkapazität dann wieder total überfordert. Man sagt: „Stellt man einen Rechner hin, ist er voll und es dauert nicht lange, stellt man einen größeren Rechner hin, ist er wieder voll“. Das ist einfach so. Der Bedarf ist dafür da und es gab damals diese ESER-Anlagen in der DDR, die wir aber aus brandschutztechnischen Gründen nicht installieren konnten. Wir haben dann für die Universität auswärts im Datenverarbeitungszentrum in Rostock die leistungsfähige ESER-Anlage nutzen können, was aber sehr beschwerlich war. Dort wurden hauptsächlich Lohnrechnung und Ähnliches gemacht, während wir eher wissenschaftliche Anwendungen benötigten. Da war es sehr schwer, überhaupt Rechenzeiten zu bekommen.

Da wir auf höhere Rechenkapazität angewiesen waren, wurde dann wieder in Selbsthilfe gebaut. Das heißt, die Mitarbeiter haben wirklich unsere Baracken selbst ummauert und feuersichere Deckenelemente eingebaut, so dass der Brandschutz gewährleistet war. Nachdem dies erledigt war, konnten wir dann einen ESER-Rechner bekommen. ESER hieß *Einheitliches System der elektronischen Rechentechnik*. Das war das leistungsfähigste Modell der sozialistischen Staatengemeinschaft. Es war ein Rechnersystem, das die sozialistischen Staaten zusammen entwickelt hatten. Einige Teile wurden in der DDR hergestellt, andere in Bulgarien, die Platten kamen aus der Sowjetunion und die Laufwerke aus der Tschechoslowakei. Die Plattenstapel hatten 100 Megabyte Speicherplatz. Die Geräte waren ungefähr so groß wie eine Waschmaschine. Vorher gab es noch Speicherplatten mit 29 Megabyte, die mit 100 brachten einen Riesenfortschritt. Ähnlich war es mit den Bandgeräten. Da sie die Daten sequentiell speicherten, waren sie sehr, sehr langsam. Aber damals war das alles schon ein ganz großer Fortschritt. Man konnte in derselben Zeit viel mehr schaffen.

Seit 1985 kamen neben der zentralen Rechentechnik Terminals als dezentrale Rechenstationen auf. Ebenso wurden die ersten Kleinrechner hergestellt. Die ersten Bürocomputer in der Universität konnte man allerdings noch an zwei Händen abzählen. Sie waren dann meistens in Laboren untergebracht und damit schwer zugänglich. Nicht jeder konnte sie nutzen, Laborarbeitsplätze gab es schließlich nicht für jeden.

Dann gab es im Hauptgebäude im Flügel auf der 2. Etage so einen Bereich, der top secret war. Dort befand sich die Informatiksektion, Informationsverarbeitung hieß das damals. Die hatten Rechner, von denen niemand offiziell etwas wissen durfte. Wir aus der Branche ahnten natürlich, dass das VAX-Rechner² von Digital Equipment sein mussten, die damals auf der CoCom-Embargo-Liste standen.³ Mit Hilfe der von Alexander Schalck-Golodkowski geleiteten KoKo

² Siehe: http://en.wikipedia.org/wiki/Digital_Equipment_Corporation#VAX (06.02.2011)

³ CoCom (Coordinating Committee on Multilateral Export Controls; dt.: Koordinationsausschuss für mehrseitige Ausfuhrkontrollen; vorher: Coordinating Committee for East West Trade

gelang es immer wieder, das Embargo zu unterlaufen.⁴ So kamen in die DDR Rechner, die eigentlich hier nicht her gehörten. Das wurde geheim gehalten. Unsere Kleinrechner in der DDR – die KF4200 – waren eigentlich Nachbauten der VAX-Rechner. VAX-Rechner standen damals in fast allen Hochschulen, aber wir durften gar nicht fragen, ob wir sie nicht einmal ansehen und nutzen könnten.

In der Organisation kam es in der späten DDR-Zeit noch zu einer Änderung. Das Rechenzentrum avancierte am 1. Januar 1984 zu einer eigenständigen Sektion der Informationsverarbeitung (Abbildung 14). Dem Zuwachs an Aufgaben wurde damit Rechnung getragen. Im Zuge der Hochschülerneuerung nach 1990 wurde daraus wieder das Rechenzentrum (Abbildung 15).



Abbildung 14
Gründung der Sektion Informationsverarbeitung 1984

Policy), gegründet 1949, erstellte Embargolisten für Güter, die den sozialistischen Staaten technische militärisch nutzbare Innovationen hätten vermitteln könne. Computer gehörten dazu. <http://de.wikipedia.org/wiki/CoCom> (06.02.2011)

⁴ Alexander Schalck-Golodkowski, geboren 1932, leitete die Stelle 1966 gegründete Stelle für Kommerzielle Koordinierung *KoKo*, welche die wirtschaftlichen Interessen der DDR frei von rechtlichen Bindungen wahrzunehmen hatte. <http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/SchalckGolodkowskiAlexander/>

weise in der Statistik zwei nachempfundene selbstgeschriebene Programme, und mit einem Mal war die ganze Fülle da.

Eine Hochschule muss die neueste Technologie nutzen – ganz vorne an. Wir hatten erst einmal nichts und mussten total neu aufbauen. Das war wirklich eine große Herausforderung, aber zugleich eine Riesenchance. Es war wirklich eine ganz tolle Zeit, auch im Rückblick. Aber es war nicht einfach, weil die Mitarbeiter alle sich in relativ kurzer Zeit mit neuer Technologie vertraut machen mussten, neue Systeme kennen lernen, und das auf allen Gebieten. Es gab bei uns zum Beispiel keine Netze, das war für uns ganz neu, aber die sollten schon gleich da sein. Es war wirklich eine große Chance und zugleich unser Ziel, möglichst auf höchstem Niveau anzufangen und nicht abgelegte Sachen zu übernehmen. Es war eine ganz neue Welt, es gab neue Zentralcomputer, Personalcomputer, es gab neue Dienste, Anwendungen. Wir mussten die Datenkommunikation aufbauen.

Hinzu kam die personelle Erneuerung 1992. Im Rechenzentrum sind etwa gut die Hälfte der Mitarbeiter entlassen worden. Wir hatten nachher nicht einmal mehr die Hälfte. Schlimm war, dass Kollegen weggingen, die nicht schlecht waren oder keine Ahnung hatten oder politisch nicht mehr tragbar waren, sondern es waren keine Stellen mehr da. Zugleich war es für unseren Bereich eine Bereinigung der Personalstruktur, weil ganze Berufsgruppen mit einmal nicht mehr gebraucht wurden. Die Operatoren brauchte man jetzt nicht mehr, weil wir jetzt Dialog-Arbeitsmöglichkeiten hatten. Die Datenerfasser brauchten wir nicht mehr. Die so genannten „Hardware-Schrauber“ und Techniker brauchten wir zwar immer noch, aber es fiel weniger Arbeit für sie an.

Für die Betroffenen war es natürlich eine ganz schlimme Zeit, sich nach der Wende neu zu orientieren. Sie waren nicht schlecht ausgebildet und hatten immer fleißig im System der drei Schichten gearbeitet. Sie fielen mit einem Mal ins Bodenlose. Das war bestimmt eine schmerzhaft Erfahrung.

Zu Anfang der neunziger Jahre bekamen wir Hilfe von westdeutschen Hochschulen; einige haben uns wirklich sehr intensiv unterstützt. Innerhalb der Wissenschafts-Community gab es Stiftungen, die geholfen haben. Wir erhielten im Allgemeinen hervorragende Unterstützung, aber es gab auch einige Geschenke, die wir lieber nicht gehabt hätten. Eine große Hilfe leistete der Verein des deutschen Forschungsnetzes, die mit einem Sofortprogramm die ostdeutschen Hochschulen an das deutsche Forschungsnetz angebunden haben. Das war ein zweijähriges Programm und nannte sich ERWIN – erweitertes Wissenschaftsnetz –, an das wir 1991 mit einer Bandbreite von 9,6 kb pro Sekunde angeschlossen wurden. Überlegen Sie mal, was Sie jetzt derzeit zu Hause haben. Schrittweise wurde diese Leistung erhöht, aber man muss auch sehen, dass der Bedarf in der Hochschule noch nicht groß war. Es gab noch kein Netz und wenig Rechner, die überhaupt ans Netz hätten gehen können. ERWIN brachte den Anschluss bestimmter Server an das Wissenschaftsnetz mit einem so genannten X25 Netz. Nur ein paar Haupt-

standorte hatten einen Zugang zu diesem Netz. Das Netz wurde später ausgebaut. Wir haben 1996 ein Landesnetz gebaut. So kam es, dass wir von Rostock aus auch heute noch für die Anbindung aller Hochschulen des Landes an das Wissenschaftsnetz verantwortlich sind, das heißt wir bekommen vom Land die Mittel, um diese Anbindung zentral von Rostock aus zu organisieren.

In dieser Zeit musste die Netzinfrastruktur in der Hochschule erst einmal aufgebaut werden. Das war ein Millionenprojekt, mit dem wir 1995 anfangen, unser Datennetz zu bauen. Es wurden ungefähr 70 Kilometer Lichtwellenleiter zu 21 Standorten gelegt, weil die Universität leider über die ganze Stadt verteilt ist. Die Gebäudekomplexe wurden angeschlossen und es ging hinein bis zu den Arbeitsplätzen. Dieses physikalische Rückgrat bildet die Basis für unser Datennetz und wird es auch noch für einige Zeit sein. Wir hatten die Chance ein erstklassiges Netz aufzubauen, das noch lange den Anforderungen der Forschung und der Lehre stand hält. Viele der anderen Hochschulen, die ein paar Jahre vorher Datenleitungen verlegt hatten, konnten nicht mehr die nun erforderlich Bandbreite bringen. Da waren wir mit einem Mal auf Platz eins.

Vom Jahre 2000 an war der Schwerpunkt für uns, den Zugang zu dem Netzwerk weiter auszubauen. Es sind dann fast alle Räume und Arbeitsplätze ans Netz gekommen. Wir haben die Studentenwohnheime integriert, die direkt im Uninetz sind. Noch im Jahr 2000 haben wir ein flächendeckendes WLAN installiert. Das war die erste flächendeckende Installation in ganz Deutschland, nicht nur in den Hochschulen sondern überhaupt. Das haben wir damals zusammen mit der Informatik, mit Professor Tavangarian,⁵ gemacht; das war fast schon ein verrücktes Projekt und machte ganz viel Spaß. Wir sagten uns: „Die Technik ist soweit.“ Die Firmen warteten darauf. Nirgends gab es den Nachweis, dass das überhaupt flächendeckend funktionieren kann. Im Prinzip hat uns die erste Installation die Firma fast geschenkt. Dann ist daraus ein viel beachtetes Projekt geworden, was wirklich selten passiert. Wir erhielten vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen Anruf mit der Bitte, das Rostocker Projekt kennen zu lernen, weil dafür ein Förderungsprojekt aufgelegt werden sollte. Das war wirklich ein ganz großer Erfolg und hat Rostock auch in dieser Branche einen ganz guten Platz verschafft. Ich kann mich noch an die ersten Tage erinnern, da hatten wir hundert Anrufe pro Tag – auch von Firmen – mit der Frage, ob das funktioniert und ob man jetzt die Leitungen nicht mehr brauche. Das war spannend.

Zur Netzinfrastruktur gehört auch, dass wir ungefähr ab 2000 Daten- und Sprachintegration vorgenommen haben. Früher gab es die Telefonanlage der Universität auf einem eigenen Telefonnetz. Als wir unser Datennetz gelegt hatten, fragten wir uns, warum wir noch das Telefonnetz warten und finanzieren sollten.

⁵ Prof. Dr. Djamshid Tavangarian: Catalogus Professorum Rostochiensium:
http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002173

Das kann ja auch über Lichtwellenleiter laufen. Wir haben dann die Telefonie auf Lichtwellenleiter umgelegt und die Zuständigkeit dafür vom Dezernat Bau übernommen. Mittlerweile haben wir alles auf *Voice over IP* – VoIP – umgestellt, das heißt herkömmliche Telefonanlagen gibt es nicht mehr. Telefonie wird wie eine Datenübertragung betrieben. Da gibt es jetzt keinen Unterschied mehr.

Für die Anbindung der Universität nach außen mit ERWIN folgten die Netze B-WIN, seit 2000 G-WIN und X-WIN.



Abbildung 16
Die Universität Rostock im Deutschen Forschungsnetz ERWIN, B-WIN, G-WIN, X-WIN
Der Kernnetz-knoten für G-WIN befindet sich in Rostock

Wir in Rostock sind in das so genannte Kernnetz eingebunden, das heißt wir betreiben für das deutsche Forschungsnetz einen Kernnetz-Knoten. Daran sind wir dreifach angebunden. Wenn irgendwo eine Leitung ausfällt, haben wir noch zwei andere Möglichkeiten der Verbindung, und von diesem Kernnetz-Knoten werden dann die anderen wissenschaftlichen Einrichtungen erreicht, beispielsweise in Rostock die HMT oder die Fachhochschulen in Neubrandenburg oder Wismar oder auch Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut. Die sind alle an diesem Netz und werden von uns vom Rechenzentrum in Rostock aus versorgt. Dieses Wissenschaftsnetz ist wiederum eingebunden in ein europäisches Wissenschaftsnetz und hat dann Verbindung weltweit nach Amerika, Japan und andere Länder.

Es ist auch interessant, wie sich die Bandbreite und das Datenvolumen über die Zeit entwickelt haben (Abbildung 17): von 1991 bis 2009 von 9,5 Kilobyte Bandbreite auf 3 Gigabyte pro Sekunde. Man sieht auch, warum die Bandbreite erhöht werden musste. Das Datenvolumen steigt und steigt, es stagniert nicht. Laut Prognosen könnte man angeblich nicht immer mehr Daten übertragen, aber das bewahrheitet sich nicht. Wir werden in diesem Jahr über 400 Terabyte aus der Universität übertragen. Es muss immer weiter gehen. Im Augenblick sind wir dabei unser Netz auszubauen. Unser Backbone wird auf 10 Gigabit pro Sekunde aufgerüstet. Wir erstellen redundante Anbindungen, so dass auch innerhalb der Universität das Netz ausfallsicher zur Verfügung steht. Vergleiche ich 1990 mit heute, wäre es undenkbar, wenn einmal eine Minute das Netz nicht geht, dann wären viele Dienste nicht mehr greifbar und alle Telefone würden klingeln. Wir versuchen die Hochverfügbarkeit zu erreichen.

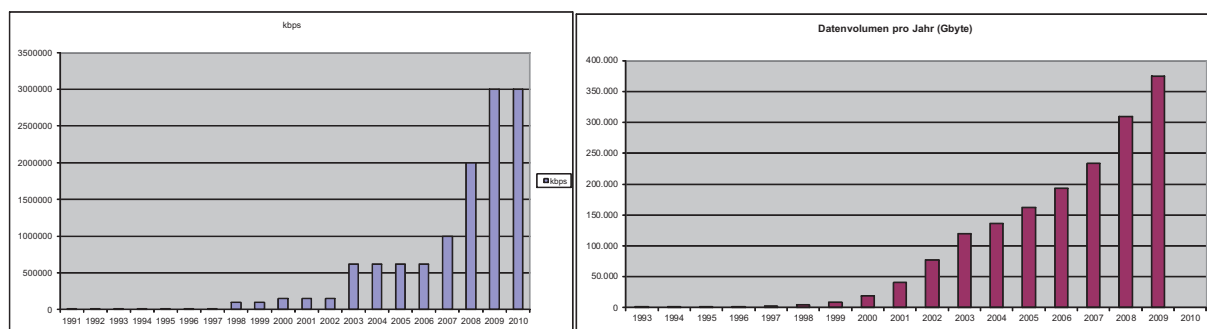


Abbildung 17

Links: Entwicklung der Bandbreite 1991-2010: von 9,6 kbps auf 3.000.000 kbps
 Rechts: Entwicklung des Datenvolumens 1993-2009: von 8 GByte auf 380 TByte

Noch einmal blicke ich auf das Jahr 1990 zurück. Wir hatten einige PC's in der Universität stehen, Laptops gab es nicht. Weder ein Mitarbeiter noch ein Student hatte einen eigenen Rechner, aber man wollte in der Forschung wie in der

Lehre anfangen die neue Technik zu nutzen. Daher richteten wir PC-Pools ein. Da gab es eine sehr wertvolle Hilfe der VW-Stiftung, ebenso von Siemens-Nixdorf, die neue PC's spendierten, mit denen wir die ersten Pools ganz schnell aufbauen konnten. Seit 1993 konnten wir am Computer-Investitions-Programm – CIP – teilnehmen, das durch das Hochschulbau-Förderungs-Gesetz – HBFG – finanziert wurde. In diesem Rahmen konnten wir Großgeräte und Ausbildungs-Pools beantragen. Seit mehreren Jahren bestehen diese Pools, selber betreiben wir 45 Arbeitsplätze, die man rund um die Uhr nutzen kann. In den Fakultäten verteilt gibt es noch 19 Pools mit etwa 500 Arbeitsplätzen. Sie werden hauptsächlich für Lehrveranstaltungen genutzt, stehen aber auch für freies Üben zur Verfügung. Das geht in letzter Zeit zurück, weil fast jeder einen eigenen Laptop hat. Aber wenn man abends in die Pools geht, sieht man doch einige Leute dort sitzen, weil sie Spezialsoftware nutzen, die man gar nicht auf dem eigenen Rechner haben kann. Die Pools haben also gegen alle Prognosen noch ihre Berechtigung und werden auch in der Lehre noch benötigt.



Abbildung 18
PC-Pool im Rechenzentrum um 2004

Vom Rechenzentrum aus verwalten wir zentral die Nutzerkonten. Das werden sie gemerkt haben. Wenn Sie in verschiedenen Pools arbeiten, können Sie sich immer mit Ihrem Nutzerkennzeichen anmelden. Wir stellen zentral die Ressourcen bereit wie Speicherplatz, Terminalserver und Lizenzerwerb. Das muss in den Fakultäten nicht mehr gemacht werden. Die Beschaffung über das CIP gibt es nicht mehr; seit 2008 ist das aus Haushaltsmitteln zu finanzieren. Das ist jetzt in den Haushalt der Universität fest eingestellt.

Nun gehe ich auf die zentrale Rechentechnik ein. Es gibt viele Rechenzentren in den Hochschulen, die gar nicht mehr rechnen, die gar keine Großrechner mehr haben, sondern alle die Dienste, die ein Rechenzentrum sonst so hat. In unserem Rechenzentrum wird aber noch gerechnet. In den anderen Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern ist da nicht der Fall. Wer in Greifswald von der Physik oder aus Stralsund mit technischer Orientierung Rechenbedarf hat, führt Hochleistungsrechnungen bei uns aus. Einige Sachen kann man zwar auf dem eigenen Rechner oder einer Workstation machen, aber wenn man dann mehr Rechentechnik benötigt, kommt man zu uns. Wir haben 1990 mit einer Convex C120 angefangen. Das war ein Geschenk der Firma Convex und hat uns sehr viel geholfen, weil es der erste Rechner auf gehobenem technischen Niveau war mit einem vernünftigen Unix-System, auf dem wir wirklich rechnen und unsere Leute für die Zukunft ausbilden konnten. IBM hatte uns ein Geschenk gemacht, das wir nicht ablehnen konnten, welches aber nie produktiv genutzt wurde. Das waren die alten Mainframes, die wir überhaupt nicht mehr einführen wollten. Die wurden zwar bei uns aufgestellt, aber wir haben sie nie genutzt. Das ist ein Beispiel für ein Geschenk, das nicht sonderlich gut war.

Zunächst haben wir einen Workstation-Pool betrieben und dann kam eine Cray T3E. Das war in der Zeit wirklich der Hochleistungsrechner überhaupt, der weltweit in den Top 500 vorne mit dabei war. Da hatten wir eine sehr gute Installation. Vom Jahr 2000 an hatten wir eine Sun Fire. Ich habe hier aufgezeichnet, wie sich das entwickelt hat im Bereich der Hauptspeicher und Gigaflops. Es gibt eine Top-500-Liste, in der die 500 schnellsten Rechner der Welt oder größten Rechner der Welt geführt werden. Wenn man ungefähr 15 Jahre zurückguckt, was da Top 1 war, das ist jetzt auf einem Laptop! Diese Leistung haben Sie jetzt auf einem Laptop.

Im Augenblick betreiben wir sogenannte Cluster. Da sieht man so gut wie nichts mehr, nur Schränke mit Einschüben, dick gepackt. Diese Cluster sind vom Preis-Leistungs-Verhältnis das Beste. Es gibt viele Wissenschaftler, die Simulationsrechnungen machen müssen, die Physik zum Beispiel oder die Chemie, also verschiedenste Bereiche. Im Augenblick haben wir ein Konzept entwickelt, dass wir zentral Rechner bereit stellen, dass aber die Fakultäten ihre Mittel in Knoten investieren können, so dass bei uns diese Schränke mit ihren Knoten gefüllt werden. Wir stellen die Infrastruktur bereit. Dann erhält etwa der Sonderfor-

schungsbereich Physik Geld über ihre Projekte. Damit kaufen sie sich Knoten und stecken die in die Schränke. Dadurch bekommen sie viele Knoten für ihr Geld, weil sie die Infrastruktur nicht bezahlen müssen. Wir betreiben das für sie, aber im Augenblick sind wir wieder soweit, dass unser Rechnerraum nichts mehr aufnehmen kann. Platzmäßig würde es vielleicht noch gehen, aber wir können nicht mehr Strom aufnehmen und die Klimaanlage schafft es nicht mehr. Als zusätzlicher Bedarf ist hier zum Beispiel zu sehen: ein geplantes HPC-Cluster für 600.000 Euro. Das ist aus einem Bereich des Maschinenbaus. Sie haben einen Großgeräteantrag gestellt. Diese Geräte werden wir dann betreiben. Der Antrag ist schon ein Jahr genehmigt. Wir müssen jetzt warten, dass wir endlich in unseren neuen Rechnerraum reinkönnen, um diese Rechner betreiben zu können. Wenn wir jetzt umziehen, werden wir sechs solcher vollbestückten Schränke aufstellen, um dann diesen nächsten Schritt zu machen.

Unsere zentrale Rechentechnik sieht bisher schon groß aus, aber es gibt Wissenschaftler, denen das nicht ausreicht. Um bestimmte Modelle rechnen zu können, brauchen sie ein Stück mehr Rechenkapazität. Dafür gibt es den norddeutschen Verbund für Hoch- und Höchstleistungsrechnen, in dem sich sechs Länder, die fünf Nordländer und Berlin, zusammengetan haben. Sie finanzieren zusammen einen Hochleistungsrechner, den wir nutzen können. Das ist für alle wunderbar, weil es die Ressourcen gut bündelt. Tatsächlich gibt es sogar eine Versorgungspyramide für Hochleistungsrechner in Deutschland. Das hier sind unsere Cluster, HPC Server, die in unserem Rechnerraum stehen. Dann haben wir den HLRN-Verbund zur Verfügung (Abbildung 19). Darüber gibt es noch das Gauss-Centre, in dem dann wirklich der deutsche Hochleistungsrechner betrieben wird. Was dort an Rechenleistung zur Verfügung steht, ist schon enorm.

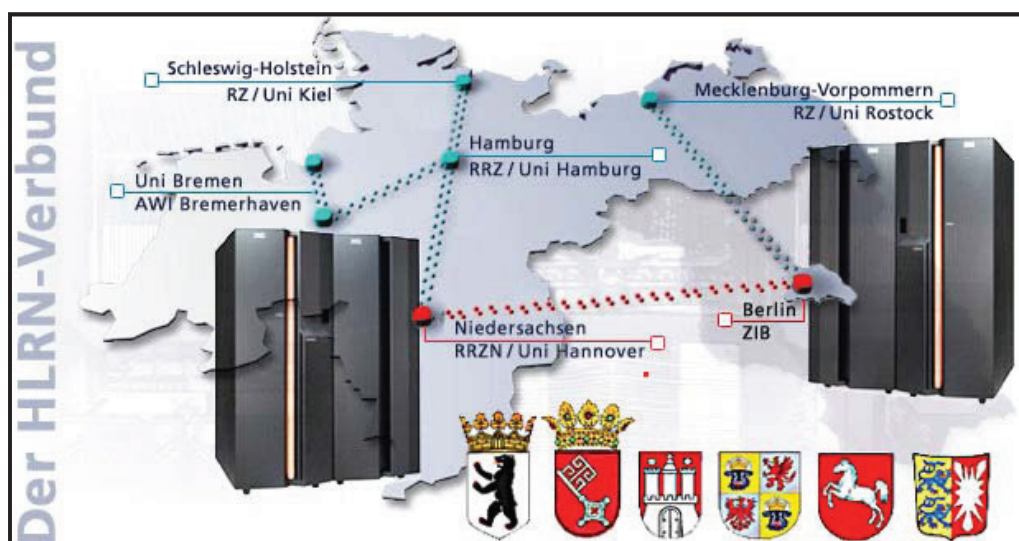


Abbildung 19
Der HLRN-Verbund

Seit 1990 kamen viele verschiedene Dienste hinzu. Wenn man nur einen zentralen Rechner hat, braucht man zunächst keine Dienste, aber sobald ein Netz vorhanden ist, muss man viele Dienste aufbauen, damit alles laufen kann. Das Netz ermöglicht es überhaupt erst, bestimmte Dienste nutzen zu können, beispielsweise einen Backupdienst: es gibt einen uniweiten Backupdienst, mit dem alle Fakultäten und Einrichtungen ihre Datensicherung vornehmen können. Wir haben 1991 damit angefangen und 1999 das System erneuert, da stellten wir 21 Terrabyte bereit. Im Jahr 2009 haben wir ein neues System aufgebaut, bei dem im Augenblick 450 Terrabyte zur Verfügung stehen, das aber noch ausbaufähig ist. Man muss immer den Bedarf berechnen. Eine Verzehnfachung des Datenvolumens in fünf Jahren ist ein Richtwert, der immer ungefähr hinkommt. Die Rechenzentren unserer Hochschulen arbeiten seit vielen Jahren sehr gut zusammen, das ist Hilfe zur Selbsthilfe. Beim Backup legen wir beispielsweise eine Zweitkopie in Greifswald ab, die Greifswalder eine Zweitkopie bei uns. Die Fachhochschulen, die nicht viele Ressourcen haben, können wir auch mit aufnehmen, sodass wir von der Sicherheit her, ohne mehr Geld auszugeben, auch örtlich getrennt die Daten aufbewahren können.

Was den gesamten Speicherbereich betrifft, hatten die einzelnen Server früher jeweils ihnen zugeordnete Festplatten. Wenn nun ein Dienst mehr Kapazität benötigte, mussten wir komplett neue Server anschaffen, denn mehr Festplatten waren nicht mehr unterzubringen. Seit 2000 haben wir begonnen Speicherplatz zusammenzufassen, und zwar im so genannten Network Attached Storage – NAS – und später im Storage Area Network – SAN. Das bedeutet man stellt die Festplatten getrennt auf und ordnet sie den verschiedenen Rechnern zu. Sie befinden sich in einem Schrank, einem so genannten Shelf-Disk-Array mit zwei Terabyte Speicherplatz, der dann an die einzelnen Rechner verteilt wird.

Über Server werden zahlreiche Dienste betrieben, etwa Mail und Web, sowie viele andere (Abbildung 20). Dort wurde zum Anfang ebenfalls in der Art und Weise gearbeitet, dass man für jeden Dienst einzelne Rechner einsetzte. Inzwischen werden virtuelle Rechner aufgebaut, die seit 2006 Dienste zusammenfassen. Es gibt jetzt so genannte Blade Frames, große Schränke, in die man wie in eine Art Schubfach Rechner hineinschiebt. Diese enthalten mehrere Prozessoren, während der Speicher aus dem Speicher-Pool bereit gestellt wird. Will man einen neuen Rechner aufbauen, kauft man einen solchen Einschub und kann darauf mehrere Server installieren. Damit ist man sehr flexibel und hat eine hohe Ausfallsicherheit.

Zusätzlich haben wir ein Failover Cluster installiert. Wenn ein Rechner ausfällt, wird dieser automatisch durch einen anderen Rechner kompensiert. Man kann die defekte Einheit problemlos austauschen oder reparieren, ohne dass der Endanwender etwas bemerkt.

Server und Dienste

- E-Mail-Dienst und zentraler Kalenderserver
Aufbau 1991, Erweiterung/Erneuerung alle 4 Jahre
> 20.000 Mailboxen, Mailinglisten, Spamabwehr, ...
- Gophersystem, Webserver
Statisches HTML, CMS Typo3 (95 Templates, ca 250 Redakteure)
- Groupwareserver sharepoint
- News-, FTP-Server
- Nameserver
- Einwahlserver (Zugang über Telefon), VPN-Server
- Softwareserver, Terminalserver, Lizenzserver
- Datenbankserver für diverse Anwendungen, zentrale Bilddatenbank
- Sicherheitssysteme Virenschanner, Firewall, IDS, ...
- Zutrittskontrollsystem
- Zentrale Nutzerverwaltung
-

Abbildung 20
Server und Dienste des Rechenzentrums 2010

Wir haben jetzt auch angefangen ein erweiterbares Blade-System aufzubauen, und zwar als Angebot für die Fakultäten oder Projekte, weil es sehr stark nachgefragt wird. Wenn man für ein Projekt Rechenkapazität benötigt, muss nicht ein Rechner gekauft werden, der dann unter den Tisch gestellt wird, sondern man kann im Rechenzentrum einfach auf so einem Einschub einen Server bekommen. Einen solchen Server übernehmen wir entweder im Wege des „Housing“ oder des „Hosting“; bei ersterem sorgen wir nur dafür, dass die Klimaanlage läuft und eine unterbrechungsfreie Stromversorgung sichergestellt wird, bei letzterem übernehmen wir die Administration komplett.

Man sieht, dass bei uns immer viel in Bewegung ist. Da kommt mit Hinblick auf die Technologie kaum Langeweile auf. Ungefähr alle vier Jahre müssen wir damit rechnen, dass die Systeme zu erneuern sind, weil die Anforderungen steigen.

Auch im Bereich des Multi-Media haben wir seit 1996 eine ganze Reihe von Diensten aufgebaut. Im Rechenzentrum stehen Hochleistungsgeräte zum Scannen, Drucken und Plotten. Wir stellen Videostreaming bereit, ebenso Liveübertragung von Mehrpunkt-Video-Konferenzen. Es gibt bei uns eine Multimedia-Werkstatt und ein Aufnahmestudio.

Wir haben auch ein Identity-Management eingeführt. Dies ist eine sehr gute Voraussetzung für die Dienste, die im Campusmanagement angeboten werden. Früher musste man sich überall anmelden. Heutzutage gilt: wenn Studierende immatrikuliert sind, wird uns das automatisch über Nacht gesendet und wir verteilen sogleich die notwendigen Berechtigungen, zum Beispiel für die Bibliothek und den e-Mail-Zugang. Alle Berechtigungen werden automatisch eingetragen.

Wir arbeiten auch eng mit der Universitätsbibliothek zusammen. Die für die UB erforderliche Rechentechnik, etwa für den Katalog, steht bei uns im Rechneraum. Gemeinsam erarbeiten wir zusammen die Digitale Bibliothek.

In den Forschungsbereichen wird die Nachhaltigkeit der Sicherung von Forschungsergebnissen immer mehr zum Thema. Wir müssen die Infrastruktur dafür bereitstellen. Zwar hören sich 450 Terabyte recht viel an, jedoch entstehen zum Beispiel bei der Digitalisierung von Karten riesige Datenmengen, so dass dort ein paar Terrabyte nichts sind. Wir betreuen auch das Wossidlo-Projekt. Wenn dort die Merktzettel Richard Wossidlos eingescannt sind, werden nachher mindestens 6-12 Terabyte Speicherplatz nötig sein.

Wir betreiben an der Universität auch Lehr- und Lernsysteme. Das Datenbank-basierte Vorlesungsverzeichnis haben wir bereits sehr lange. Seit 2003 haben wir Lehr-Lernmanagementsysteme aufgebaut, etwa ILIAS und Lecturnity.

Im Verlauf der Jahre sind wir mit der Übernahme weiterer Aufgaben gewachsen. So wurde die Verwaltungsdatenverarbeitung von uns übernommen. Diese war vorher gesondert. In der Verwaltung gab es eine Gruppe, die sich um die Datenverarbeitung in der Verwaltung kümmerte. Das ist jedoch nicht mehr zeitgemäß, weil mit Zunahme der Online-Funktionalitäten, etwa bei der Zulassung, sich die Verwaltung nicht mehr auf den eigenen Bereich beschränken konnte. Deswegen war es sinnvoll, diese Aufgaben ins Rechenzentrum zu integrieren.

Unser Ziel ist der Aufbau eines integrierten Campus-Managements, also eine durchgängige IT-Unterstützung aller Prozesse in Lehre, Studium, Forschung und Verwaltung. Was heißt integriertes Campusmanagement-System aus Sicht des Studenten? Das ist der gesamte Bereich des Studiums mit folgenden Teilen: das Vorlesungsverzeichnis, das gerade auf HIS-LSF umgestellt wird; die Online-Bewerbung, die schon vollständig online abläuft. Zulassung, Exmatrikulation, werden bereits online vorgenommen. Weitere Bereiche sind die Studienplanung, das Lehrmanagementsystem, die Prüfungsorganisation, die Betreuung der Alumni. Sie können ihre Belege selbst ausdrucken. Sie können eigene Daten selbst verändern. Wir prüfen Prozesse, inwieweit diese durch IT unterstützt werden können.

Das Gleiche für die Lehrenden. Dort wird geprüft, welche Unterstützung sie in Forschung und Lehre benötigen. Die Wissenschaftler haben andere Anforderungen als die Mitarbeiter in der Verwaltung. Kaum etwas wird ohne IT-Unterstützung in Zukunft laufen.

Eine weitere Aufgabe des Rechenzentrums ist die Beratung, Schulung und Unterstützung der Nutzer. Wenn man beispielsweise als Doktorand anfängt und mit ANSYS – das ist ein Simulationsprogramm – arbeiten möchte, braucht er dafür Unterstützung. Dafür müssen Mitarbeiter da sein.

Es ist ein langer und mühsamer Weg, den wir da vor uns haben. Das ist übrigens nicht nur ein technisches Problem, sondern vor allem ein organisatorisches im Hinblick auf Prozessoptimierung. Das entsprechend zu gestalten ist in der Regel der schwierigere Teil.



Abbildung 21
Rechenzentrum Altbau 2010

In diesen Baracken sitzen wir jetzt noch (Abbildung 21). Aber ein neues Haus ist im Bau. So wird unser neues Haus aussehen (Abbildung 22).



Abbildung 22
Rechenzentrum Neubau 2011

Das Haus wird von der Informatik, dem Medienzentrum und dem Rechenzentrum bezogen. Dann wird es jedoch kein getrenntes Medien- und Rechenzentrum geben, weil wir fusionieren wollen. Eine enge Zusammenarbeit gibt es bereits. Medienbearbeitung ohne IT-Technik geht nicht und umgekehrt. Wir heißen dann vermutlich IT- und Medienzentrum.

Wir freuen uns auf unser neues Haus, nicht nur im Hinblick auf die Mitarbeiter, damit sie gute Arbeitsbedingungen haben. Das gilt auch für die IT-Technik, damit diese vernünftige Bedingungen erhält. Wir werden ganz moderne Rechnerräume haben, wo Luft- und Wasserkühlung möglich ist. Wir werden genug Platz haben. Wir werden eine gesicherte ordentliche Stromversorgung haben, ebenso in verschiedene Brandabschnitte getrennte Bereiche. Wir freuen uns auf die sehr guten äußeren Bedingungen für unsere aktuellen und zukünftigen Aufgaben. Das Gebäude mit seinem Atrium wird auch an sich sehr schön sein.

Ein Zitat möchte ich ans Ende stellen. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir vom Rechenzentrum immer etwa Gutes dazu beizutragen haben.

Ein Problem wird nicht im Computer gelöst,
sondern in irgendeinem Kopf.
Die ganze Apparatur dient nur dazu,
diesen Kopf so weit zu drehen,
dass er die Dinge richtig und vollständig sieht.

(Charles Kettering)

Diskussion

Hilde Michael:

Wie viel Personal haben Sie und wie schaffen Sie damit die ständig wachsenden Aufgaben?

Christa Radloff:

Wir sind 39 Vollzeitäquivalente, vollbeschäftigte Mitarbeiter. Seit der Wende, als wir schon im Personalbestand halbiert wurden, ist es so, dass mit dem gleichen Personal immer mehr Aufgaben erledigt werden müssen. Wir wurden in den letzten Jahren von Stellenkürzungen ausgenommen, wo das auch anerkannt wurde, aber es gab nie Personalzuwachs. Das heißt also, wir müssen immer sehen, dass wir optimieren können oder wir müssen sehen, dass wir irgendetwas automatisiert bekommen, damit wir die neuen Aufgaben angehen können. Irgendwo muss es auch Routine werden. In einigen Bereichen geht es zu machen, aber bei dem, was vor uns liegt, wird es schwierig werden, insbesondere beim Campus-Management. Da stehen wir vor der Aufgabe, ein ganz neues System einzuführen, und da werden wir nicht durchhalten können. Da werden wir zumindest für die Einführungszeit temporär personelle Verstärkung benötigen, aber sonst ist es grundsätzlich unser Ansatz, mit dem Team auszukommen und zu sehen, wie wir das verteilen können. Es bleibt uns auch nichts anderes übrig. Bei der nächsten Personaleinsparungsrunde sind wir auch nicht ausgenommen. Da müssen wir auch noch Stellen abliefern.

Gregor Dehmel:

Nach Ihren Ausführungen kann man ja jetzt davon ausgehen, dass das Rechenzentrum keine Personalkürzungen hatte. Kann das Rechenzentrum externe Dienstleistungen übernehmen, um wieder Geld in die Universitätskasse zu bringen?

Christa Radloff:

Das funktioniert nicht. Wir sind nicht marktwirtschaftlich aufgestellt, können nicht am Markt agieren, und das ist auch nicht unser Ziel. Unser Ziel ist die Unterstützung von Forschung und Lehre, danach ist das Rechenzentrum ausgerichtet. Es gibt auf dem Markt Anbieter für viele Sachen; die aber brauchen keine speziellen Dienste. Es geht anders herum, dass wir schon überlegen, ob wir nicht gewisse Dienste hinausgeben können, die wir selber nicht mehr betreiben wollen. Da müssen wir sehen, ob es schon Angebote gibt, mit denen wir zurande kommen. Es laufen schon Kooperationen, wie ich es am Beispiel des Backup erklärt habe, also dass die eine Hochschule für die andere etwas mitmacht. Das läuft schon teilweise, aber Sie kennen vielleicht dieses Hyper-Cloud Computing. Da sehe ich vielleicht eine Chance, dass man das ganze Blech nicht mehr selber betreiben

muss. Vielleicht stehen dann irgendwelche riesigen Fabriken mit Rechnern neben einem Wasserfall, wo der Strom leicht ökologisch vertretbar zu erzeugen ist. Warum sollen die nicht da stehen, wenn wir gute Netze haben. Soweit sind wir noch nicht, aber ich kann mir gut vorstellen, dass es solche Anlagen geben und wir uns mehr auf die Dienste konzentrieren könnten.

Ralf Orthmann:

Zwei Fragen habe ich, eine historische und eine aktuelle: In den achtziger Jahren hat die DDR ihren eigenen Megachip entwickelt. Hat das Rechenzentrum der Universität Rostock davon profitieren können? Können von Ihrer Seite Verbesserungen bei StudIP gemacht werden?

Christa Radloff:

Zum ersten: von dieser Kampagne zum Megachip hatten wir gar nichts. Zum zweiten: bei StudIP sind Verbesserungen geplant. Unser Problem ist dabei folgendes im Campus-Management: wir haben viele isolierte Systeme, die aber zusammenarbeiten sollen. Wir versuchen das über Schnittstellen hinzubekommen, aber da hakt es an vielen Enden, so dass wir häufig Kompromisse eingehen müssen. Wir wünschen uns einige Funktionalitäten anders, aber das ist im Augenblick nicht erreichbar. Langfristig ist geplant, wenn wir an das integrierte Campus-Management denken, dass ein Lern-Management darin eingebaut ist. Wenn es kleine Dinge sind – StudIP hat eine eigene Mail-Adresse – können Sie sich immer gern dorthin wenden. Das wird auch wirklich ernst genommen, und ich kann Sie nur auffordern, das auch zu nutzen Ihre Wünsche dahin zu schicken.

Harold Fanning:

Was geschieht, wenn ein Student oder anderer Nutzer sich über das Uni-Netz unerlaubt Daten oder Programme beschafft?

Christa Radloff:

Das beschäftigt uns eigentlich viel zu viel. Wenn Computer-Missbrauch aus der Universität kommt mit der Adresse 139.30..., dann landet das auf meinem Tisch. Das sind zum Teil auch unschöne Dinge, da ist das Downloaden noch das kleinere Übel, aber es gibt da auch automatisierte Tools, die Firmen einrichten oder diejenigen, die Urheberrechte vertreten. Dann bekommen wir die Meldung, von dann bis dann hat eine Ihrer IP-Adressen diesen oder jenen Film gezogen, das ist illegal. Wir müssen in gewisser Weise angemessen reagieren. Zunächst passiert nichts, aber wir gehen dem nach. Das beschäftigt uns personell viel zu viel. Aufwand und Nutzen stehen da in keinem Verhältnis. Zunächst sprechen wir mit den Betroffenen, sie werden dann für eine gewisse Zeit gesperrt. Wir hatten auch schon Wie-

derholungsfälle, wo es um Software ging, da mussten wir die Sache an den Justitiar weitergeben. Es ist ein großes Thema für uns.

Harold Fanning:

An den Universitäten in den USA gibt es Probleme im Netz durch die neuen iPads. Wie ist es hier bei uns?

Christa Radloff:

Nein, das ist bei uns noch kein Problem, aber grundsätzlich besteht es, weil die Apple-Technik iPod, iPad und Ähnliches eigene Protokolle führen, die das Dreifache an Speicher gegenüber herkömmlichen Protokollen benötigen. Daher sind die Netze dort so überlastet, wenn diese Technik im großen Stil eingeführt wird. Eine Universität in den USA hatte beispielsweise an alle Studis iPads verteilt, und da ist das Netz zusammengebrochen. Wir überwachen im Augenblick das WLAN-Netz und prüfen, ob wir es punktuell noch erweitern müssen. Jetzt haben wir eine zentrale Lösung, die mit unseren Anfängen nicht mehr zu vergleichen ist. Aber wir kümmern uns um das Thema. Selber leite ich einen Arbeitskreis Netzdienste, und wir wollen dieses Thema im Rahmen des deutschen Forschungsnetzes angehen, weil das Problem kommen wird. Verbote wirken nur kurzfristig, damit im Netz überhaupt wieder etwas geht. Aber man kann es nicht ignorieren und einfach sagen: „Die Bösen wollen wir hier nicht im Netz haben.“

Stephan Lembke:

Meine erste Frage bezieht sich auf die Überlastung des Uni-Netzes. Liegt das an den Downloads? Meine zweite Frage betrifft die Speicherung der Daten von Nutzern des Uni-Netzes. Sind es zwei Wochen?

Christa Radloff:

Mit den Downloads war das anfangs ganz schlimm. Das betrifft hauptsächlich die Studentenwohnheime. Da haben wir den Anschluss bewusst klein gehalten, um das nicht so einfach zu machen, um das ein bisschen einzudämmen. Technisch hatten wir eine größere Anbindung, als wir zugelassen haben. Wir wollten es nicht verbieten, nicht abklemmen, sondern wir haben es damals durch die Bandbreite geregelt.

Zur zweiten Frage: was die Gesetzeslage betrifft, ist es für uns relativ schwierig geworden, weil wir so etwas wie ein Kommunikationsanbieter sind. Da gibt es die unterschiedlichsten Gesetze, etwa das Telekommunikationsgesetz, die irgendwie auf uns zutreffen, Datenschutz. Danach richten wir uns. Im deutschen Forschungsnetz gibt es eine für uns sehr hilfreiche Einrichtung, eine Stelle „Recht“, die wir alle zusammen finanzieren und die sich auf das Kommunikationsrecht spezialisiert. Diese Stelle stellt uns Handlungsanweisungen für die

Umsetzung zur Verfügung. Die Speicherung der personenbezogenen Daten ist zulässig, solange man sie braucht, um den technischen Betrieb der Systeme zu garantieren. Man muss ja wissen, wenn ein Fehler passiert, wie und wo er entstanden ist. Beim Einloggen gilt die Regel: sieben Tage Speicherung. Wir haben diese Daten sieben Tage auf. Wenn ich beispielsweise eine Anfrage der Staatsanwaltschaft bekomme: an einem bestimmten Tag, in der Zeit von bis, hat eine IP-Adresse etwas getan, wer ist der Nutzer. Wenn das über sieben Tage zurückliegt, kann ich das Fax gleich zurückschicken mit der Bemerkung: „Daten sind nicht mehr vorhanden.“ Wenn die mal ganz schnell sind, was eigentlich nie passiert, dann geht es über den Justitiar, denn ich möchte, dass es rechtmäßig zugeht. Den Namen geben wir dann auch nur an den Justitiar weiter. Länger speichern wir nicht, und wir wollen das auch nicht.

Stefanie Rittmann:

Als in der Wendezeit die Fülle von Technik kam, wie haben Sie sich da gefühlt? Die Technik war weiter, aber jahrelang hatten sie keinen Zugang.

Christa Radloff:

Wir wussten schon, wo wir standen. In der Wissenschafts-Community gibt es immer wissenschaftliche Zusammenarbeit. Selber habe ich bis zur Promotion in der Computergrafik gearbeitet. Die Computergrafik besteht in Rostock seit 1969, und von dort gab es schon immer internationale Beziehungen. Dadurch wusste man auch, wo man steht. Wir haben die Wende wirklich als Chance gesehen. Wir haben uns nicht klein gefühlt, vielmehr waren wir sicher, dass wir jetzt auch alles Neue machen können.

Eric Brodowski:

Mich würde interessieren, ob Sie schon einmal ein ernsthaftes Problem mit Hackern hatten?

Christa Radloff:

Ja. Der ganze Bereich Sicherheit nimmt sehr viel Zeit in Anspruch. Als Administrator versucht man die zentralen Systeme so sicher wie möglich zu gestalten. Richtige Hackerangriffe hatten wir noch nicht. Aus dem eigenen Haus hatten wir mal einen Eingriff. Das war ein Mathematik-Student, den kannten wir auch schon, der auf ein System draufgekommen ist und dann eine Nachricht hinterließ. Aber große Probleme hatten wir noch nicht, etwa dass wir Rechner platt machen mussten oder dass Daten weg waren. Eine ganz schöne Herausforderung ist es in jedem Fall. Wir sind ja ein offenes Netz, wir können uns ja nicht wie eine Verwaltung einigeln und eine Firewall herumziehen. Es soll ja jeder Student hineinkommen, jeder Mitarbeiter möchte, selbst wenn er in Japan ist, hier in seiner gewohnten

Umgebung arbeiten können, das heißt wir müssen ein offenes Netz berteiben, wir müssen auch die Server in diesem offenen Netz haben, und da muss man sich überlegen, wie man diese Rechner schützt. Es werden zum Beispiel extra Subnetze gebildet. Das ist schon ziemlich kompliziert. Trotzdem kann einem das mal passieren. Das sind ja auch manchmal im Betriebssystem Lücken. Wir machen, was wir können. Bisher hatten wir Erfolg.

Anne Lüder:

Mich würde interessieren, ob Sie heute noch von dem Wissen Ihres Studiums zehren können und wie Sie es schaffen immer up to date zu bleiben.

Christa Radloff:

Ich habe ja Mathematik studiert. Von Nutzen ist das analytische Herangehen. Es ist sehr wichtig, dass man Dinge sich erstmal richtig ansehen kann um zu sehen, wo der eigentliche Kern liegt und das dann zu analysieren. Das habe ich aus meinem Studium mitgenommen und das ist ganz wertvoll für meine jetzige Aufgabe. Immer up to date zu sein können Sie ja nicht alleine, also Sie müssen eine gute Mannschaft haben. Die haben wir wirklich bei uns. Wir haben in allen Bereichen ein paar Leute sitzen, die immer wissen, was vorne an ist, und das ist auch ganz wichtig. Sie haben zwar ein Organigramm des Rechenzentrums gesehen, wir arbeiten aber eigentlich nicht so. Das ist eigentlich nur von Bedeutung, wenn zum Beispiel einer einen Urlaubsschein schreibt, dann hat er einen Abteilungsleiter. Ansonsten, wenn es neue Dinge gibt, dann gucke ich immer, wen wir dabei brauchen, und dann bilden wir Dienstgruppen, die so lange bestehen, wie das Thema bearbeitet wird. Da sind dann die Leute dabei, die von dem Thema Ahnung haben, bis das Problem behoben ist. Und so muss man das letztendlich machen. Alleine würde man das überhaupt nicht schaffen.

Nico Leschinski:

Ich habe zwei Fragen. Eine ganz praktische zu der IP-Speicherung. Dass es im Wohnheim möglich ist, ist gar keine Frage, aber mich würde interessieren, loggen Sie mit, wenn ich mich oben in der Bibliothek anmelde? Ist dann komplett gespeichert der und der hat sich um die und die Uhrzeit angemeldet?

Christa Radloff:

Nein. Bei uns wird nur die IP-Adresse gespeichert. Von welchem Rechner die Adresse kommt wird gespeichert, nicht wer daran gesessen hat. Das wird nicht bei uns gespeichert. Das heißt es wird zwar nicht direkt gespeichert, wir können aber nachgucken, wer sich da angemeldet hat. Also das Nutzerkennzeichen auf einer IP-Adresse zu einer bestimmten Zeit. Was der da gemacht hat, ist aber nicht klar.

Nico Leschinski:

Und das bekommen Sie auch nicht mehr raus?

Christa Radloff:

Ja, das wird von den Systemen geloggt.

Nico Leschinski:

Meine zweite Frage. Sie geben doch sicherlich viel für Lizenzgebühren aus, wenn man sich die Rechnerpools anguckt, Windows und so weiter. Gibt es da Bestrebungen oder Überlegungen dort eventuell auf Open Source basierende Software umzustellen?

Christa Radloff:

Software-Lizenzen sind eine Aufgabe des Rechenzentrums. Wir kümmern uns um die Softwarebeschaffung und schließen Campuslizenzen und Landeslizenzen für Forschung und Lehre ab, damit es bezahlbar wird. Wir setzen auch Open Source ein, aber das ist nicht immer billiger. Man muss bedenken, dass man bei vielen Open Source-Systemen selber dafür sorgen muss, dass diese weiterentwickelt werden. Dafür muss ich mehr Personal einsetzen, als wenn ich ein System benutze, das sich automatisch updatet und weiterentwickelt. Wir gucken uns das immer an, ob es Open Source-Lösungen gibt und entscheiden dann immer, was das wirtschaftlichere ist. Es ist nicht immer das Billigere, was in dem Augenblick nichts kostet.

Angela Hartwig:

Wir haben nun viel über Möglichkeiten gesprochen, was möglich ist, was möglich sein wird. Ich bin Archivarin und für mich ist natürlich wichtig zu erfahren, was tatsächlich daraus was wird. Wir haben uns vorgenommen, alle digitalen Daten seit den 1950er Jahren digital zu archivieren. Da sehe ich ein großes Problem, eine Chance, aber auch ein Problem für die Zukunft. Da haben wir wenig geschafft. Ich sehe da noch eine ganze Menge Lücken, die in den nächsten Jahren auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Es wird uns Ressourcen und auch Personal kosten, diese Dinge der Nachwelt zu erhalten.

Christa Radloff:

Auf dem Gebiet der Digitalisierung besonders von alten, wertvollen Schriften und Bildern sind noch Projekte an der Universität nötig. Es besteht ein Unterschied zwischen Langzeitarchivierung und -aufbewahrung. Das Thema Langzeitarchivierung im digitalen Bereich ist Gegenstand bestehender Forschungsprojekte, um offene Fragen zu klären. Was gehört alles zu einer digitalen Archivierung und wie wird es möglich sein, in 500 Jahren noch ein pdf-Dokument zu lesen, das in der

heutigen Zeit erstellt wird. Daher maßen wir uns nicht an eine Langzeitarchivierung durchzuführen, sondern wir sprechen von Langzeitaufbewahrung. Wir sorgen dafür, dass unsere digitalisierten Daten immer mit den entsprechenden Programmen gelesen werden können, auch wenn ein neues System zum Einsatz kommt. Aber das Problem der Langzeitarchivierung ist im Moment wissenschaftlich noch nicht gelöst.

Kersten Krüger:

Zum Thema Langzeitarchivierung wurde vor einigen Jahren die Vorstellung erörtert, alle Daten grundsätzlich nur als ASCII-Files abzulegen, die dann wieder lesbar gemacht werden können. Aber das setzt voraus, dass immer eine Software vorhanden sein muss, mit der die Signalketten gelesen und interpretiert werden können. Das Hauptproblem bei der Langzeitarchivierung sehe ich in der Lesbarkeit der digitalen Daten in der Zukunft. Papyrus hält seit vielen tausend Jahren und braucht keinen Strom, um gelesen zu werden. Bei unserer Rechentechnik sind wir immer auf Strom angewiesen. Ein anderes Problem besteht darin, wie diese Menge von digital überlieferten Daten auf Dauer gesichert werden kann.

Christa Radloff:

Das ist in der Tat ein Problem. Der Vorschlag mit ASCII ist für den Bereich der Speicherung reiner Informationen ist zwar eine Lösung, damit diese nicht verloren gehen. Aber für den Komplex der Sicherung von Bildern und Videos reicht dies nicht aus.

Kersten Krüger:

Es bleibt also das offene Problem der Langzeitarchivierung. Wir bedanken uns für die sehr eindrucksvolle Darstellung bei der Leiterin des Rechenzentrums, Frau Radloff. Ich kann mir eine wissenschaftliche und auch unwissenschaftliche Arbeit ohne Rechnerunterstützung schon gar nicht mehr vorstellen. Insoweit hat die Technik in den vergangenen Jahrzehnten das berufliche und private Leben fast revolutioniert. Wir bedanken uns und schließen die Sitzung.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1, S. 388

Organigramm des Rechenzentrums 2010

Abbildung 2, S. 389

Gründung des Rechenzentrums der Universität Rostock 1964

Abbildung 3, S. 391

Umfangreiche Baumaßnahmen im Hauptgebäude für die zentrale Rechenanlage ZRA1
Oktober 1964

Abbildung 4, S. 391

ZRA1 1964

Abbildung 5, S. 392

Locherraum mit Lochkartenstanzern

Abbildung 6, S. 392

Links: Programmier-Formular, Ausschnitt aus einem längeren Programm

Rechts: Ausschnitt aus dem Ausdruck der Ergebnisse einer statistischen Berechnung

Abbildung 7, S. 393

Analogrechner MEDA 80 T aus Prag 1967

Ostsee-Zeitung vom 16.12.1967

Abbildung 8, S. 394

Bericht über die Ausstattung des Rechenzentrum 1965

Abbildung 9, S. 395

Bau einer Leichtbauhalle in Eigenleistung 1971

Abbildung 10, S. 395

Installation der EDVA R300

Abbildung 11, S. 396

Rechnerraum mit R 300 um 1975

Abbildung 12, S. 397

Lochkarte 1973

Abbildung 13, S. 397

ESER: Einheitliches System der elektronischen Rechentechnik 1982

EC1056: Leistungsfähigstes Modell der sozialistischen Staatengemeinschaft

Abbildung 14, S. 399

Gründung der Sektion Informationsverarbeitung 1984

Abbildung 15, S. 400

Organigramm des Rechenzentrums 1991

Abbildung 16, S. 403

Die Universität Rostock im Deutschen Forschungsnetz: ERWIN, B-WIN, G-WIN, X-WIN
Der Kernnetzknotten für G-WIN befindet sich in Rostock

Abbildung 17, S. 404

Links: Entwicklung der Bandbreite 1991-2010: von 9,6 kbps auf 3.000.000 kbps
Rechts: Entwicklung des Datenvolumens 1993-2009: von 8 GByte auf 380 TByte

Abbildung 18, S. 405

PC-Pool im Rechenzentrum um 2004

Abbildung 19, S. 407

Der HLRN-Verbund

Abbildung 20, S. 409

Server und Dienste des Rechenzentrums 2010

Abbildung 21, S. 411

Rechenzentrum Altbau 2010

Abbildung 22, S. 412

Rechenzentrum Neubau 2011

Alle Abbildungen: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Volle, Peter

Lebenslauf



akademischer Titel: Dr. iur, MBAX

Tätigkeit in Rostock: Dezernent des Dezernats 1 (Akademische Angelegenheiten)
Datenschutzbeauftragter der Universität Rostock

Lebensdaten: geboren am 18.06.1966 in Bochum

Konfession: Ev.

Vater: Dr. Klaus Volle

Mutter: Ingeborg Volle

Kurzbiografie:

1985 Abitur
 1986-1987 SaZ-2 im integrierten Dienst der NATO in Mons/Belgien
 1987-1988 Physik-Studium (Konstanz)
 1988-1993 Studium der Rechtswissenschaft (Konstanz), Tätigkeiten als
 Wissenschaftliche Hilfskraft u.a. bei Prof. Maurer, Aushilfs-
 tätigkeit in Anwaltskanzlei, freier Mitarbeiter des NJW-CoR
 1993-1996 Rechtsreferendariat (Kassel)
 1996-1997 Rechtsanwalt (Kassel)
 1998-heute Universität Rostock, Ref. 1.1
 2002 zeitweise Abordnung in die Position des Kanzlers der HMT
 2003-heute nebenamtliches Mitglied des Justizprüfungsamtes
 2008-heute Geschäftsführer der Wissenschaftsstiftung M-V gGmbH
 2008-2009 berufsbegleitendes MBA-Studium in Frankf./O
 2009 Promotion
 2009-heute ständige Vertretung der Dezernatsleiterin D1

Akademische Abschlüsse:

1993	1. Juristisches Staatsexamen
1996	2. Juristisches Staatsexamen
2009	Promotion
2009	MBA

Ehrungen:

2009	Preis des Rektors für für Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre
------	--

Werke (Auswahl):

Datenschutz als Drittwirkungsproblem: Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten beim Customer Relationship Management; Dissertation 2009

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugengespräch mit Dr. Peter Volle am 30. April 2010

Transkription und Protokoll:

Gina Brzezinski, Katharina Reibe, Anne Koevel, Sophie Primke

Kersten Krüger:

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie begrüßen, vor allem unseren Gast, Herrn Dr. Peter Volle, Justitiar der Universität und für alle Rechtsfragen zuständig. Vielleicht ist er der heimliche oder unheimliche Rektor – denn gegen das Recht geht ja gar nichts. Nun möchte ich Herrn Volle das Wort geben.

Peter Volle:

Ich freue mich, dass ich bei Ihnen sein darf und hoffe, Sie hegen nicht die Befürchtung, dass der Jurist nicht so viel Interessantes zu berichten hat, weil ja unser Metier gemeinhin als etwas trocken gilt. Da möchte ich Sie eines Besseren belehren.

Es geht in diesem Vortrag ja nicht vordergründig um autobiografische Informationen, aber es mag für sie interessant sein zu erfahren, welchen Hintergrund ich habe (*verweist auf Curriculum Vitae*) und welche Aufgaben ich über meine "hauptamtliche" Funktion als Justitiar der Universität wahrnehme:

Gegenwärtig vertrete ich Frau Börner,¹ die im Augenblick als amtierende Kanzlerin voraussichtlich bis zum Ende ihrer Dienstzeit im Kanzleramt bleiben wird.

Ich bin Mitglied des Justizprüfungsamtes. Das heißt, ich kann bei juristischen Staatsprüfungen mit prüfen. Daher kenne ich das akademische Fach Jura auch aus der Perspektive des Prüfers.

Außerdem bin ich Geschäftsführer der *Wissenschaftsstiftung MV gGmbH*, das ist eine Einrichtung, die Startkapital für Ausgründungen bereitstellt (oder bereitgestellt hat). Die Gründung der Stiftung beruht auf einem inzwischen abgeschlossenen Projekt, in dem EU-Mittel mit privatem Geld gedoppelt wurden, um damit Unternehmensausgründungen aus Hochschulen zu finanzieren.

Des Weiteren möchte ich etwas über die Verwaltungsstrukturen sagen, in denen ich tätig bin.

¹ Dagmar Börner, amtierende Kanzlerin. *Catalogus Cancellariorum Academiae Rostochiensis*: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_staff_000000000009. Siehe auch Ihren Bericht in diesem Band, S. 80-97.

Das Dezernat 1 ist für alle akademischen Angelegenheiten zuständig und umfasst folgende Referate:

- 1.1 Recht
- 1.2 Akademische Selbstverwaltung – das betreut im Wesentlichen die Gremien, Wahlen, dort befindet sich auch die zentrale Promotionsstelle –,
- 1.3 Forschung und Wissenstransfer
- 1.4 Allgemeine Studienberatung und Careers Service - einschließlich Studierendenwerbung und Gründerbüro, schließlich
- 1.5 Studentensekretariat.

Die Referate 1.4 und 1.5 sind Reste des ehemaligen Dezernats für Studium und Lehre, zu dem früher auch die Weiterbildung gehörte. Dieser Bereich liegt jetzt im Zentrum für Qualitätssicherung (ZQS)² beim Rektorat. Diese Geschäftsverteilung ist eher historisch denn nach sachlichen oder logischen Kriterien entstanden.

Das Justitiariat, das ich leite, gehört also zum Dezernat 1. Jede klassische Verwaltung kennt Abteilungen für Haushalt, Personal und Liegenschaften, also die so genannte "Intendanzverwaltung". Die Aufgaben des Dezernats 1 für akademische Angelegenheiten sind dagegen spezifisch für eine Universität. Hier haben wir mit Forschung und Studierendenbetreuung zu tun, damit bewegen wir uns auf politischem Grund, und auf rechtlichem sowieso.

Das Justitiariat hat vor allem eine ganze Menge rein fachlicher Aufgaben. Es wird aber auch immer wieder herangezogen, wenn es um die Fragen geht: "Was darf man?" und "Was geht nicht?" Deswegen spielen wir bei "Machtfragen" innerhalb der Universität manchmal eine gewisse Rolle, wenn verschiedene Seiten versuchen, das Justitiariat auf die eigene Seite zu ziehen. Sehr viele Auseinandersetzungen werden mit vermeintlich rechtlichen Argumenten geführt, wenn es in Wirklichkeit um ganz andere Interessen geht. Das ist eine "politische Aufladung" dieser juristischen Funktion.

Unser Justitiariat ist klein, aber stellentechnisch sehr hochwertig ausgestattet. Der Kanzler betrachtet es als eine Art von Kompetenzzentrum.

Das Justitiariat hat eine lange Liste von Aufgaben. Es ist eine heterogene Aufgabenvielfalt, die nicht immer einen klaren eindeutigen Hochschulbezug hat. Diese Bandbreite erlaubt keine Spezialisierung, wie sie viele Anwälte und jeder Dezernent eines Dezernats in der Intendanzverwaltung hat. Das ist eine Chance, weil es den Job ein bisschen weniger langweilig macht. Aber es besteht dadurch auch die Gefahr, dass wir kaum in der Lage sind, die Rechtsgebiete, die wir beherrschen müssen, richtig tief zu verinnerlichen.

² Zum Zentrum für Qualitätssicherung siehe: <http://www.zqs.uni-rostock.de/>.

Wir sind zum Beispiel für rechtliche Fragen bei Prüfungsangelegenheiten, speziell für Prüfungswidersprüche zuständig. Das heißt also, soweit bei Prüfungen rechtliche Fragen betroffen sind, laufen sie bei uns auf.

Ganz wichtig sind aktuell die Hochschülerfindungen und im Zusammenhang damit Schutzrechte wie Patente. Das ist gegenwärtig mein "Hobby".

Hinzu kommt das Vergaberecht, das sind Ausschreibungen, also das gesamte Beschaffungswesen der Universität im weitesten Sinne. Darunter fällt also auch alles, was die Ausschreibung von Dienstleistungen angeht.

Ich bin Datenschutzbeauftragter. Das darf ich eigentlich gar nicht so laut sagen, denn die Ressourcenzuweisung für die Ausübung dieses Amtes ist bisher exakt Null. Ich kann damit nur reagieren, wenn Datenschutzrechte verletzt worden sind, also salopp gesagt: wenn eine Sache wirklich vor den Baum gegangen ist. Um präventiv im Datenschutzbereich tätig zu werden, habe ich weder Arbeitszeit noch irgendwelche zusätzlichen Personalressourcen. Meine Bestellung wirkt damit mehr wie ein Feigenblatt, weil jede Behörde einen Datenschutzbeauftragten benötigt.

Weiterhin sind wir im Justitiariat für die gesamte Prozessführung der Universität zuständig. Wenn also irgend jemand die Universität verklagt – in Prüfungsrechtstreitigkeiten könnten Sie das sein –, werden Sie mich auf der Seite der Universität finden. Der Bereich der Prozessführung umfasst aber nicht nur Prüfungsrechtstreitigkeiten, sondern auch Arbeitsrechtssachen und Zulassungstreitigkeiten. Hin und wieder gibt es auch mal einen Konkurrentenstreit in Berufungsverfahren.

Weiterhin bearbeiten wir Vertragsschlüsse, im Wesentlichen im Forschungsbereich. Das Verträgeschließen stellt gewissermaßen unser Grundgeschäft dar. Das ist täglich von uns zu bearbeiten. Wir haben manchmal pro Tag zwei bis drei Forschungsverträge aus dem Bereich der Drittmittelforschung, die wir zu prüfen haben. Dabei müssen wir immer aufpassen, dass die Interessen der Universität richtig dargestellt sind und wir von unseren Industriepartnern nicht über den Tisch gezogen werden.

Zu unserem Aufgabenfeld gehört auch die Bearbeitung von universitären Ordnungen. Damit befinden wir uns tief im politischen Geschehen der Universität, denn die universitären Ordnungen stellen das dar, was die Universität zusammenhält. Die Universität ist eine autonome Körperschaft. Sie verwaltet sich selbst und legt ihre Spielregeln selber fest. Diese Spielregeln sind die Ordnungen. Sie sind der äußere Ausdruck von allem, was irgendwie an der Universität geregelt wird.

Gegenwärtig ist wieder eine Stellungnahme im Gesetzgebungsverfahren aktuell. Wir haben im Augenblick eine Novelle des Landeshochschulgesetzes vorliegen und sind sehr intensiv in die Erstellung der Stellungnahmen der Universität dazu einbezogen. Das Landeshochschulgesetz ist die Grundlage auch unserer eigenen Satzungen, ist also der Rahmen, in dem wir eigene Gestaltungs-

möglichkeiten haben. Das Landeshochschulgesetz ist deshalb auch sehr wichtig für uns, wenn es um Fragen bezüglich der Hochschulentwicklung und der Hochschulplanung geht. Das Gesetz macht auch detaillierte Vorgaben für Prüfungsordnungen und trifft Aussagen zur Personalstruktur. Es ist folglich von großer Bedeutung für uns, dass wir bei der Gestaltung des Hochschulgesetzes Mitspracherechte wahrnehmen.

Allgemeine Beratungsfunktionen übe ich ebenfalls aus. Wer eine rechtliche Frage hat, greift zum Telefonhörer, ruft mich deshalb an und möchte schnellstmöglich eine Antwort. Studentische Prorektoren tun das manchmal mit besonderer Vorliebe (nicht wahr, Herr Marski?). Das ist bisweilen problematisch, weil sich komplexe Fragen nicht immer ad hoc beantworten lassen.

Zu den Zulassungstreitigkeiten möchte ich auch noch etwas sagen. Das ist ein Phänomen, das eigentlich nur die Zahn- und Humanmedizin betrifft, ansonsten nur noch einige wenige zulassungsbeschränkte Studiengänge im Lehramtsbereich, aber da ist die Klagefreudigkeit nicht so hoch. Zulassungstreitigkeiten treten hauptsächlich bei den Medizinern auf. Das steht im Zusammenhang mit dem Kapazitätsrecht. Da geht es dann zum Beispiel um die Frage, ab welcher Durchschnittsnote eine Universität keine weiteren Studenten in einem Fach mehr annehmen kann, und wann sie einen Numerus Clausus (NC) braucht.

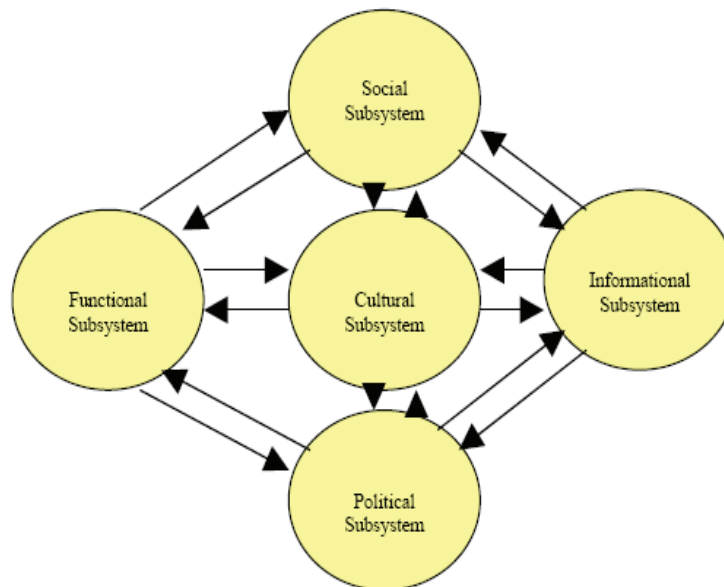
Die Bearbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen geschieht arbeitsteilig mit dem ZQS. Hier ist der juristische Teil des Geschehens auf unserer Seite. Das heißt, wir prüfen, ob die Studien- und Prüfungsordnungen daraufhin, ob sie in sich logisch und konsistent sind und ob sie den allgemeinen rechtlichen Vorgaben genügen. Wir prüfen die Ordnungen aber in der Regel nicht inhaltlich, vor allem nicht darauf hin, ob sie studierbar sind. Für die dafür erforderlichen Stundenberechnungen und die Modulbeschreibungen ist das ZQS zuständig.

Die Angelegenheiten der Studierendenschaft stehen nicht so sehr im Vordergrund unserer Aufgaben. Wir beraten die Studierendenschaft, wenn sie wegen rechtlicher Dinge bei uns anfragt. Da der Rektor eine Aufsichtspflicht gegenüber der Studierendenschaft hat, zieht der Rektor im Rahmen seiner Aufsichtsbefugnisse und in Rechtsfragen der Studierendenschaft auch unseren Rat hinzu.

Sofern wir verwaltungsförmlich handeln, gibt es von der Universität Bescheide, und wenn ein Bescheid von seinem Adressaten als fehlerhaft angesehen wird, kann er dagegen Widerspruch einlegen. Diese bearbeiten wir auch.

Zusätzlich nehmen wir auch noch Sonderaufgaben wahr, auf die ich nicht im Einzelnen eingehe.

Unser Referat bewegt sich, wie gesagt, in einem politisch aufgeladenen Gebiet. Wenn man wissen will, wie eine Universität "tickt", wenn man verstehen will, warum irgend etwas nicht so funktioniert, wie es eigentlich soll, dann hilft eine Analyse der Organisation. Man muss also versuchen zu verstehen, was da eigentlich passiert.



Das, was sie hier als Folie sehen (ich habe die aus einem anderen Vortrag entnommen, deswegen ist sie auf Englisch, aber ich denke es ist klar, was gemeint ist), kann man in der Organisationslehre lernen. Diese Darstellung basiert auf der Systemtheorie. Jede Organisation kann als System verstanden werden. Die Universität ist ein offenes System. Offen heißt in diesem Zusammenhang, dass es mit seiner Umwelt interagiert. Wenn man verstehen will, wie Konfliktsituationen entstehen, wie sich etwa das Verhältnis des Kanzlers zur übrigen Hochschulleitung gestaltet oder welche Bedeutung die Gremien an der Universität haben, dann braucht man dafür einen analytischen Ansatz, am besten funktioniert meines Erachtens der Ansatz der Systemtheorie. Man kann jedes System als ein einigermaßen stabiles Gleichgewicht verschiedener Subsysteme verstehen.

Dabei gibt es so etwas wie ein funktionales Subsystem. Es agiert nach einem Regelwerk, das festlegt, wer welche Kompetenzen hat, wer was machen darf und wer welche Aufgabe hat. Fragen wie: „In welchem Verhältnis stehen die Befugnisse des Rektors zu denen des Kanzlers?“, oder „In welchem Verhältnis stehen die Befugnisse eines Referatsleiters zu seinem Dezernenten oder zu benachbarten Dezernaten?“, sind in solchen Regelwerken – etwa einer Geschäftsordnung – geregelt. Solche Regeln leiten sich vor allem aus dem Gesetz ab. Die Funktionen der einzelnen Funktionsträger sind auf der ersten Ebene im Landeshochschulgesetz festgelegt, auf der zweiten in der Grundordnung der Universität und einen Schritt tiefer in Umsetzungsentscheidungen der Universität.

Neben diesem formalen, funktionalen Subsystem gibt es eine ganze Reihe weiterer Subsysteme, die teilweise ganz anderen Gesetzen gehorchen als das funktionale Subsystem. Beschreibt das Organigramm bestimmte Machverhältnisse der Über- und Unterordnung, dann gibt es zum Beispiel ein kulturelles oder ein

politisches Subsystem, in welchem möglicherweise Entscheidungsprozesse ganz anders laufen. Spannend wird das immer dann, wenn diese Subsysteme miteinander in Konflikt geraten.

Das eben Gesagte möchte ich an einem Beispiel erläutern. Wenn Sie die Bedeutung des Konzils und die Bedeutung des Senats, also der großen Gremien, verstehen wollen, dann müssen Sie ihre Entwicklung in der Nachwendezeit betrachten. Damals hatte sich die Funktion der großen Gremien – über Runde Tische, über kollektive Beteiligung vieler Mitglieder der Universität – an ganz grundlegenden Entscheidungen der Universität in einer existentiell wichtigen Phase der Selbstfindung der Universität Rostock selbst definiert. So ist es im kollektiven Gedächtnis der Universität haften geblieben. Das beschreibt so etwas wie das kulturelle Subsystem an der Universität, das zunächst auch mit dem funktionalen Subsystem übereinstimmte, weil die Satzungen und Ordnungen dieses Selbstverständnis der Universität im Hinblick auf die Funktion der Gremien abbildeten. 2002 kam der Gesetzgeber mit einem neuen Landeshochschulgesetz und stärkte darin die Verantwortung der Hochschulleitung. Was erreichte er damit? Er brachte damit auf den ersten Blick das Gleichgewicht im Verhältnis dieser beiden Subsysteme durcheinander, da durch das neue Gesetz die Funktion der Gremien geschwächt und die der Hochschulleitung auf der Ebene des funktionalen Subsystems gestärkt wurde; hier gab es also einen Konflikt zwischen dem funktionalen und dem kulturellen Subsystem. Was passierte? Die Beharrungskräfte des Systems versuchten, das alte Gleichgewicht im Gesamtsystem beizubehalten. Das Gleichgewicht erwies sich hier zunächst als stabil. Obgleich das Landeshochschulgesetz nach der Novelle von 2002 dem Rektor auf ein Mal viele Kompetenzen zuwies und den Gremien nur wenige beließ, unternahm die Universität alle Anstrengungen, die Grundordnung und ihre Satzungen so auszugestalten, dass der alte Zustand erhalten werden konnte; in der Wechselwirkung zwischen kulturellem und funktionalem Subsystem erfolgte also ein Abgleich, der zu einer möglichst geringen Störung des Gleichgewichts im Gesamtsystem führte. Die Gremien behielten – entgegen den gesetzlichen Vorgaben – eine große faktische Macht, weil ein Grundverständnis basisdemokratischer Entscheidungsprozesse wesentliches Merkmal des kulturellen Subsystems der Universität Rostock ist und sich das im Wechselspiel der Subsysteme eben auf das Gesamtsystem auswirkt. Das gilt im Grunde bis heute.

Es gibt noch andere Subsysteme, etwa das politische Subsystem. „Politisch“ meint in diesem Kontext nicht „der Politik zugehörig“, sondern es hat mit der tatsächlichen Macht zu tun. Wer hat denn tatsächlich Macht? Man könnte zum Beispiel annehmen, dass ich als Justitiar viel Macht besäße, wenn ich – ungeachtet der Tatsache, dass ich hier entsprechend dem funktionalen Subsystem auf der dritten oder vierten Hierarchieebene stehe – juristische Einschätzungen treffen könnte, die letztlich sogar den Rektor in seinen Entscheidungsbefugnissen be-

schränken. Faktisch reicht meine „Macht“ so weit natürlich nicht – es ist ja auch nicht meine Macht, um die es da geht, sondern um ein den Entscheidungsbefugnissen des Rektors übergeordnetes Recht, für das ich allenfalls eine Art fachliche Interpretationshoheit beanspruchen kann, aber es wäre ein Beispiel dafür, wie eben auch das politische und das funktionale Subsystem miteinander in Kollision geraten können.

Immer wenn jemand versucht, dieses ganze Gleichgewicht – ausgehend von einem der Subsysteme – aus dem Tritt zu bringen, dann erzeugt das Gegenkräfte. Dieses Prinzip muss man wirklich verstehen, wenn man eine Erklärung dafür sucht, warum viele Sachen an der Universität anders laufen als vorgesehen. Wir beobachten in ganz vielen Entscheidungen, die auf der funktionalen Ebene gründlich erdacht wurden, dass sie in der Umsetzung am Widerstand anderer Subsysteme scheitern.

Daraus ergibt sich ein Problem, denn die Erkenntnis, die man aus einem solchen Modell ziehen muss, lautet, dass sich so ohne weiteres nichts bewegt, wenn das Gesamtsystem seine Balance immer im Ursprungszustand zu erhalten sucht. Je stabiler ein System als solches ist, desto größer sind natürlich auch die Beharrungskräfte in Bezug auf den Status quo. Das lässt sich im Rückblick auf die vergangenen Amtsperioden der Rektorate sehr schön nachvollziehen. Es hat ja den einen oder anderen Versuch gegeben, dieses Gleichgewicht zu ändern, aber das gelang meistens nicht. Große Beharrungskräfte sind nicht leicht zu überwinden.

Die wohl wichtigste Einflussgröße für das Gesamtsystem „Universität Rostock“ ist der jeweils amtierende Rektor, da er (aus der Perspektive des funktionalen Subsystems) Entscheidungsbefugnisse hat, die sich immer auf das Gesamtsystem auswirken können. Wenn ich jetzt chronologisch über die Entwicklung meines Aufgabenbereichs berichte, dann muss ich immer zuerst auf den jeweils amtierenden Rektor eingehen, weil seine Amtsführung für mich auch immer den Rahmen bildet, in dem ich meine Aufgaben erfüllen muss; ein Rektor, der das Gesamtgleichgewicht wenig stört, erzeugt weniger Konflikte innerhalb der Universität, das bedeutet dann auch, dass das Justitiariat weniger in interne Konfliktbewältigungen einbezogen wird. Wenn aber das Gesamtgleichgewicht erheblich gestört wird, gibt es Arbeit für Juristen.

Seit 1998 arbeite ich an der Universität Rostock, als ich hier anfang, war Herr Maeß³ noch im Amt, anschließend übernahm Herr Wildenhein⁴ das Amt des

³ Prof. Dr. Gerhard Maeß: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:

<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/138263507>.

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten*. Hrsg. v. Kersten Krüger. Band 1. Rostock 2007, S. 44-77.

⁴ Prof. Dr. Günther Wildenhein: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:

<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/138274371>.

Rektors der Universität. Die rechtliche Ausrichtung der Hochschulleitung ist als „Rektorverfassung“ zu beschreiben, damit wurden auf Grundlage der Grundordnung die meisten Funktionen der Hochschulleitung in den alleinigen Entscheidungsbereich des Rektors verlagert. Diese zu Zeiten des Rektorats Maëß auf Grundlage einer entsprechenden Ermächtigung im Landeshochschulgesetz geschaffene Leitungsform diente vor allem zur Beschränkung der Macht des Kanzlers, der als von Gesetzes wegen „geborenes“ Mitglied des Rektorats an allen Entscheidungen eines als Kollegialorgan funktionierenden Rektorats hätte beteiligt werden müssen. Faktisch hat aber – entgegen der Grundordnung – das Rektorat unter Ausschluss des Kanzlers die Entscheidungen als Kollegialorgan getroffen. Das Rektorat pflegte eine „kollektivistische“ Herangehensweise bei Entscheidungen; Gremienentscheidungen hatten immer sehr großes Gewicht. Es war in der Hochschulleitung akzeptiert, dass Gremien große Macht und das Konzil ganz besondere Bedeutung hatten.

Somit gab es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem funktionalen und dem kulturellen Subsystem. Die Hochschulleitung hat sich meines Erachtens selbst nicht als Innovator, sondern als Traditionspfleger verstanden und dementsprechend die „alten“ Werte aufrecht gehalten. Ich will das nicht bewerten, festzuhalten bleibt, dass es in dieser Zeit wenige Veränderungen gab.

Aus Sicht des Justitiars war dieses die letzte Phase der Nachwendezeit. Die rechtlichen Probleme lagen im Wesentlichen im Bereich des Arbeitsrechts. Zum Beispiel gab es Entfristungsklagen von wissenschaftlichen Mitarbeitern. Das Problem bestand darin, dass eine Vielzahl von Mitarbeitern in der DDR-Zeit in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen an der Universität arbeitete. Nach der Wiedervereinigung konnte allerdings nur ein Teil der Mitarbeiter unbefristet weiterbeschäftigt werden. Für viele hat es eine Art gleitenden Übergang in die Arbeitslosigkeit gegeben. Nach der Wende sollte es – entsprechend der Personalstruktur einer Hochschule nach westdeutschem Muster – mehr Qualifikandenstellen geben. Diese Stellen waren so ausgelegt, dass man auf der Stelle promovieren oder habilitieren konnte, anschließend aber die Universität wieder verlassen musste. Viele dieser Qualifikandenstellen wurden zunächst zweckentfremdet, um Mitarbeiter, die zu DDR-Zeiten auf unbefristeten Stellen beschäftigt waren, eine Zeit lang weiter zu beschäftigen. Als ich meine Arbeit an der Universität Rostock aufnahm, war der Zeitpunkt erreicht, zu dem diese Beschäftigungsverhältnisse letztmalig befristet verlängert wurden. Wir haben uns vor dem Arbeitsgericht, teilweise bis zum Bundesarbeitsgericht um die Frage gestritten, ob diese Befri-

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Hrsg. v. Kersten Krüger. Band 1. Rostock 2007, S. 78-104.

stung wirksam war. Letztlich hat die Universität diese Rechtsstreitigkeiten gewonnen.

Ein weiteres Beispiel für eine typische Wende-Problematik sind die InVorG-Verfahren. Die Universität war nach dem Grundbuch der Eigentümer verschiedener Liegenschaften, die von unrechtmäßig enteigneten Alteigentümern beansprucht wurden. „InVorG“ ist eine Abkürzung für „Investitionsvorrangsgesetz“. Grundsätzlich gilt bei unrechtmäßiger Enteignung: Rückgabe vor Entschädigung. Wenn ich aber auf einem Grundstück, das einem Alteigentümer zugeordnet wurde, Investitionen getätigt und Arbeitsplätze geschaffen habe, wird dieser Grundsatz umgekehrt. Dann kann man das Grundstück behalten und muss statt dessen Wertersatz gegenüber dem Alteigentümer leisten. Das Gebäude, in dem wir uns hier befinden – Schwaansche Straße 3, Altertumswissenschaften – ist einer dieser Fälle. Es ist das ehemalige Logenhaus der Loge „Zu den Drei Sternen“. Diese Sache hatte ich zu bearbeiten. Das war kompliziert, denn hier handelte es sich um eine unter Zwang vorgenommene Eigentumsübertragung aus der nationalsozialistischen Zeit. Das gesamte Verfahren lief nach dem „InVorG“. Wir haben den InVorG-Prozess mit einem Vergleich beendet. Damit wurde uns dieses Gebäude zuerkannt und wir durften es behalten. Jedoch mussten wir Wertersatz leisten. Für dieses Geld hat sich die Loge in der Johannes-Straße ein neues Haus gekauft. Ein anderes Beispiel ist der „Kohlelagerplatz“ in der Südstadt. Das ist das Gelände, auf dem heute die Biologie steht.

Zum Schluss habe ich für die Universität noch einen Brunnen auf einem vormals von der Universität genutzten Gelände in Pruchten verkauft. Wesentlich mehr war es nicht.

Es gab noch letzte Nachwirkungen der Stasi-Belastung einiger ehemaliger Mitarbeiter der Universität Rostock. Es ist zu bemerken, dass es die Arbeit der Ehrenkommission gegeben hat. Dazu wird Herr Peters sicherlich Genaueres berichten können.⁵ Schon lange bevor ich hier anfing, hat es ein Aussortieren der Stasi-belasteten Mitarbeiter der Universität gegeben. Als ich hierher kam, war das an sich kein Problem mehr, aber ein einzelner Fall ist seit 2002 vor Gericht anhängig, in dem es bislang zu keinem Urteil kam. Es handelt sich um den Fall eines Wissenschaftlers, der aus einer Leitungsfunktion degradiert wurde, weil er ein informeller Mitarbeiter (IM) der Stasi gewesen war. Er versuchte später, den Titel eines außerordentlichen Professors zu erlangen, nachdem seine arbeitsrechtliche Situation geklärt war. Doch den dazu notwendigen Status als Privatdozent hatte er nicht. Die betroffene Fakultät hat unter Verweis auf seine Stasi-Vergangenheit sein Anliegen abgelehnt.

Häufig kam es zu arbeitsrechtlichen Entfristungstreitigkeiten aus dem akademischen Mittelbau wegen fehlerhafter Befristung der Anstellung. Das ist ein

⁵ Siehe seinen Zeitzeugenbericht in diesem Band, S. 13-52.

„technisches“ Problem der Vertragsgestaltung und der Beachtung von Befristungshöchstgrenzen. Daraufhin ist die gesamte Befristungsthematik in Augenschein genommen worden. Als wir die ersten Prozesse verloren hatten, bekam dies einen gewissen Vorbildcharakter, viele versuchten dann ihr Glück mit solchen Klagen, aber irgendwann war die Fehlerquelle beseitigt.

Dann gab es noch eine Vielzahl von Eingruppierungsklagen von Lehrkräften für besondere Aufgaben. Dabei ging dabei immer um die Frage, ob die Zuordnung zu einer Tarifgruppe rechtens war.

Ein weiterer Bereich, mit dem wir uns beschäftigen, ist das Prüfungsrecht. Als ich hier in Rostock meine Tätigkeit begann, habe ich einige Prüfungsrechtstreitigkeiten vor Gericht geführt und leider verloren. Ich habe diese Prozesse deshalb verloren, weil die Prüfungsausschüsse Fehlentscheidungen getroffen hatten. Daraufhin habe ich die Entscheidungspraxis der Prüfungsausschüsse etwas genauer betrachtet und festgestellt, dass die Neigung zu Fehlentscheidungen viel schlimmer war, als ich zunächst angenommen hatte. Ich arbeitete die Empfehlung aus, dass zwischen Prüfungsausschuss und Verwaltungsgericht noch eine Instanz gestellt werden soll, die eine rechtliche Überprüfung von Prüfungsentscheidungen im Widerspruchsverfahren vornimmt. Das ist jetzt der von mir ins Leben gerufene Widerspruchsausschuss in Prüfungsangelegenheiten, dessen Geschäfte ich führe. Er hat die Aufgabe, Entscheidungen des Prüfungsausschusses zu kontrollieren und rechtliche Korrekturen vorzunehmen. Dieses hat ein in beide Richtungen segensreiche Wirkung erzielt. In Richtung der Prüfungsausschüsse übt der Widerspruchsausschuss eine gewisse „belehrende“ Funktion aus. Mit dem Druck der korrigierten Entscheidungen aus den Prüfungsausschüssen kam es zu einer Verbesserung der Entscheidungspraxis der Prüfungsausschüsse in Prüfungsangelegenheiten. Damit hat sich zugleich die Erfolgsquote bei Prüfungsstreitigkeiten vor Gericht ganz erheblich erhöht. Durch die Regelung zum Widerspruchsverfahren wird sichergestellt, dass ein Jurist in die Prüfungsstreitigkeit Einsicht nimmt und gegebenenfalls Korrekturen veranlasst.

Sie werden sich erinnern, dass das Klinikum früher eine unselbstständige Teileinheit der Universität war. Dieser Status soll in Zukunft möglicherweise wieder hergestellt werden, nachdem das Klinikum zwischenzeitlich gegenüber der Universität als Anstalt des öffentlichen Rechts selbstständig wurde. In Zeiten des Rektorats der Rektoren Maeß und Wildenhein war das noch nicht der Fall. Das bedeutete, wir waren als Justitiariat die Rechtsvertreter und die Prozessvertreter der gesamten Universität, also auch des Klinikums. Die Klinikumsverwaltung ist sehr viel größer als die der Universität und hat eine erheblich größere Anzahl von Mitarbeitern, wodurch die statistische Wahrscheinlichkeit, von Mitarbeitern verklagt zu werden, natürlich auch höher ist. In meiner Anfangszeit hier haben wir massenhaft Arbeitsrechtsstreitigkeiten aus dem Klinikum verhandelt. Hierbei

handelte es sich um die klassischen Arbeitsrechtsprobleme, wie zum Beispiel Kündigungen, Abmahnungen, auch mal um Missbrauch von Drogen.

Ein weiteres rechtliches Thema aus dem Klinikum war die Schließung der Küche und die externe Auftragsvergabe für die Speiseversorgung. Rechtlich gesehen war das eine schwierige Sache. Das Klinikum versuchte, die eigene Küche zu schließen und eine Speiseversorgung von außen aufzubauen. Dabei wurde „versehentlich“ ein Betriebsübergang vorgenommen. „Betriebsübergang“ ist ein Rechtsbegriff; ein Betriebsübergang hat bestimmte Folgen für die Mitarbeiter. Wir konnten während des Verfahrens verfolgen, dass sich im Bereich der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im Bereich des Arbeitsrechtes einiges veränderte. Die Auftragsvergabe an einen externen Bieter war vergaberechtlich sehr interessant, auch hier gab es einen Rechtsstreit, den wir übrigens gewonnen haben.

Kommen wir auf die hochschulpolitischen Fragestellungen zu sprechen, die in der Amtszeit des Rektors Wildenhain relevant waren und damit auch wichtige Rahmenbedingungen für meine Arbeit waren.

Der nach einer negativen Bewertung durch den Wissenschaftsrat gerade erst geschlossene Studiengang Zahnmedizin wurde – sehr unterstützt durch das persönliche Engagement von Prof. Wildenhain – wiedereröffnet. Dieses ging einher mit der Schließung des Bauingenieurwesens, das nicht über die erforderliche kritische Masse für eine Weiterführung verfügte. An dieser Entwicklung waren wir Juristen ganz am Rande beteiligt. Es gab dabei einige Entscheidungen, die rechtliche Relevanz hatten. Insbesondere betraf das die Wiedererrichtung der Zahnmedizin, denn das Bildungsministerium hatte dafür weitreichende rechtliche Bedingungen gestellt. Wir haben die Entwürfe vertraglicher Vereinbarungen geprüft, die die Konzepte für die Entwicklung der Zahnmedizin enthielten. Dieses möchte ich hier jedoch nicht weiter ausführen.

Die erste große LHG-Novellierung kam 2002. Mit Hilfe der eingangs erwähnten Systemtheorie werde ich Ihnen nachher deren praktische Auswirkungen in den nachfolgenden Amtsperioden der Rektoren Wendel und Strothotte näher bringen, aber ich greife vor.

2002 ist – von der Universität Rostock zunächst weitgehend unbemerkt – in der gesetzlichen Regelung ein Paradigmenwechsel vonstatten gegangen. Dieser führte nach dem Willen des Gesetzgebers weg von einer paritätisch-basisdemokratisch aufgestellten Universität zu einer stärker hierarchisch strukturierten Hochschule, die einer starken Leitung unterstand. Das habe ich weiter oben bereits erwähnt. Für die Hochschulentwicklung gab es erstmals das neue Instrument der „Zielvereinbarung“ mit dem Bildungsministerium. Wenn man sich nicht rechtzeitig um die Erstellung von Plänen für die eigenen strategischen Ziele kümmerte, kam eine „Zielvorgabe“ aus Schwerin. Das ist später passiert, als durch eine Zielvorgabe der Staatsexamensstudiengang Jura geschlossen wurde. Die Uni-

versität hat das bis heute nicht verstanden. Wenn Sie in den Entwicklungsplan der Universität Rostock schauen, dann wird Ihnen auffallen, dass es für Strukturentscheidungen kaum strategische Begründungen gibt.

Was sind Zielvereinbarungen? Mit dem Entwicklungsplan definiert eine Hochschule allgemeine strategische Ziele. Diese können aber nicht sehr stark differenziert werden. Zielvereinbarungen dienen dazu, die strategischen Ziele einer Hochschule im Einzelnen zu untersetzen und ihre Verwirklichung zu steuern. Das heißt, die Universität bestimmt mit dem Entwicklungsplan ein Ziel, und mit Hilfe von Zielvereinbarungen wird mit dem Bildungsministerium vereinbart, welche Ausstattung dafür gewährt und welche finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Das funktioniert allerdings in dieser Form hier bis heute noch nicht. Denn der Entwicklungsplan wird durch die Gremien beschlossen, und durch die Gremienbeschlüsse müssen – entsprechend der Entscheidungskultur der Universität Rostock – viele Meinungen vertreten werden. Darum ist der Entwicklungsplan der Universität Rostock ein ziemlich dickes Buch geworden, in dem jeder vorkommt und seine Ziele artikuliert. Das Buch enthält aber keine strategischen Ziele für die Zukunft der Universität, zumindest keine klar erkennbaren, sondern im Wesentlichen beschreibt es den Status quo der Universität und bittet darum, diesen so zu erhalten. Auf dieser Grundlage kann aber mangels strategischer Zielvorstellungen eine Zielvereinbarung nicht geschlossen werden. Auch dadurch entstand der Konflikt, dem wir entgegneten, als es um die Zukunft der Juristischen Fakultät ging. Das geschah dann in der Amtsperiode von Rektor Wendel.⁶

Rektor Wendel, der dem Rektor Wildenhain im Amt nachfolgte, hatte durchaus verstanden, dass der Hochschulleiter seit 2002 von Gesetzes wegen mehr Macht besitzt, als er bisher hatte. Aber ich denke, er war sich als gewiefter Taktiker der Beharrungskräfte an der Universität Rostock sehr wohl bewusst; er ahnte wohl, dass ein Konflikt zwischen der ihm von Gesetzes wegen gegebenen Macht und dem Selbstverständnis der Gremien bestand. Er versuche deshalb einen Leitungsstil zu finden, der einerseits seinem Führungsanspruch zuträglich war, andererseits den Gremien eine Rolle zuerkannte, die der Entscheidungskultur der Universität entsprach. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Rektoraten, die faktisch als Kollegialorgane (teilweise unter Ausschluss des Kanzlers) agierten, konkretisierte Prof. Wendel nach der Gesetzesänderung die Regelungen zu den Funktionen der Mitglieder der Hochschulleitung, noch immer auf Grundlage einer nur geringfügig geänderten Rektorverfassung; das übrige Rektorat hatte formell in

⁶ Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:

<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/132524244>.

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung*. Zeitzeugen berichten. Hrsg. v. Kersten Krüger. Band 2. Rostock 2008, S. 7-34.

Bezug auf Entscheidungen des Rektors nur noch beratende Funktion. Rektor Wendel hatte einen ganz eigenen persönlichen Stil, Repräsentation war immer ein sehr wichtiger Teil seines Amtsverständnisses. Einen weiteren Machtpol innerhalb der Universität konnte er nicht dulden, was zu Dauerkonflikten mit dem – gleichfalls machtbewussten – Kanzler führte.

Sein Rektorat hat die Arbeit der Justitiare in ganz erheblichem Maße beeinflusst. Der Justitiar hatte die Politik des Rektors zu vertreten, er arbeitete aber zugleich vor allem dem Kanzler zu. Als der Konflikt zwischen Kanzler und Rektor eskalierte, befand ich mich als Justitiar eher auf Seiten des Kanzlers. In diesem Fall bewegten wir Justitiare uns auf vermintem Gebiet und haben uns in dieser Zeit ausgesprochen unwohl gefühlt. Wir wurden permanent in die Konflikte zwischen Rektor und Kanzler hineingezogen.

Ich komme zu den Änderungen in meinem Aufgabengebiet, die zeitlich in das Rektorat von Prof. Wendel gefallen sind:

Die rechtliche Verselbstständigung des Klinikums führte in dieser Zeit dazu, dass wir viele Aufgaben abgeben konnten. Da das Klinikum eine große Menge von Rechtsstreitigkeiten hatte, musste das Klinikum vor Gericht häufig vertreten werden. Nach der Verselbstständigung wurde im Klinikum eine eigenständige Rechtsabteilung eröffnet und wir waren schlagartig 90 Prozent unserer Arbeitsrechtsfälle los. Dieses kam uns sehr gelegen, denn auch ohne das Klinikum hatten wir genug zu tun. Seither spielt das Arbeitsrecht, das zuvor unser Tagesgeschäft darstellte, bei uns viel seltener eine Rolle.

Statt dessen erlebten wir eine explosionsartige Zunahme von Zulassungstreitigkeiten zum Medizinstudium. Unter den Medizinbewerbern hatte sich ein Trick zur Zulassung herumgesprochen: Die Bewerber behaupteten, dass die Berechnungen der Zulassungskapazitäten falsch seien, so dass tatsächlich noch Kapazität für sie „frei“ wäre. Diese Berechnungen sind außerordentlich kompliziert. Sie sind, wenn man genau genug hinsieht, immer irgendwo falsch, was bedeutet, dass jeder, der klagt, damit auch eine Chance hat, einen Studienplatz zu „gewinnen“. Anfänglich klagten 20 bis 30 Bewerber, die anschließend irgendwo noch unterzubringen waren. Wenn jedoch 1.200 Menschen die Universität wegen der angeblich fehlerhaften Kapazitätsberechnung verklagen und gewinnen, können trotzdem nicht alle 1.200 zugelassen werden. Es muss dann gelöst werden und das Gericht hat über die tatsächliche Kapazität, also die Zahl der „freien“ Plätze, zu entscheiden. Da wir diese Massen von Klageverfahren nicht mehr selbst handhaben konnten, haben wir die Angelegenheit an ein Anwaltsbüro abgegeben.

Ein weiterer Bereich, mit dem ich mich beschäftige, ist das Vergaberecht. Es ist ein spannendes Thema, das uns bis zum heutigen Tage begleitet. Im Jahr 2000 wurde das Gesetz über die Wettbewerbsbeschränkungen durch die Umsetzung einer EU-Richtlinie geändert. Bis zu dem Zeitpunkt hatte man gegen Vergabeentscheidungen öffentlicher Einrichtungen keinen primären Rechtsschutz. „Primärer“

Rechtsschutz bedeutet, dass man verlangen kann, den Zuschlag für Aufträge der Universität zu bekommen, wenn man das günstigste Angebot abgegeben hat. Zuvor gab es nur sekundären Rechtsschutz, das heißt man konnte allenfalls Schadenersatz verlangen, wenn die Entscheidung über eine Vergabe fehlerhaft war. Da dies an sehr hohe Beweisschwierigkeiten geknüpft war, gab es solche Streitigkeiten kaum. Im Jahr 2000 wurde das EU-Recht durchgesetzt, dass oberhalb bestimmter Schwellenwerte – damals 200.000 ECU – Ausschreibungen auch primären Rechtsschutz bekamen. So konnte die Vergabekammer eine Zuschlagsentscheidung wieder aufheben. Damit wurde das Risiko für die Auftragsvergabe aus Sicht des Auftraggebers erheblich erhöht. Aufgrund dieser neuen Rechtslage mussten wir dann einen Vergaberechtsstreit über zwei Instanzen führen. Dabei ging es um einen Auftrag zur Management-Unterstützung für das Klinikum. Nach dem Ausscheiden des damaligen Verwaltungsdirektors hatte sich das Klinikum entschieden die Verwaltung an eine externe Firma zu vergeben. Die Vergabe dieses Platzes haben wir mit Hilfe eines Verfahrens nach den Maßgaben des neuen GWB rechtmäßig ausgeschrieben. Ein großer Klinikbetreiber, die Firma SANA, sollte einen Manager entsenden. Umgehend wurden wir verklagt und verloren diesen Prozess in der ersten Instanz, gewannen ihn aber in der zweiten.

Die Verwertung von Erfindungen war am Anfang meiner Tätigkeit kein Thema, hat dann aber sukzessive ganz entscheidende Bedeutung gewonnen. Die Änderung des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen und der damit verbundene Wegfall des Hochschullehrerprivilegs hatten dazu geführt, dass Professoren ihre Erfindungen nicht mehr selbst verwerten durften. Die Universität kann jetzt alle Rechte an den Erfindungen von Hochschullehrern in Anspruch nehmen und verwerten. Wenn die Verwertung erfolgreich ist, stehen den Hochschullehrern 30 Prozent des Erlöses zu. Auf dieser Änderung bauen Strukturen auf, die zahlreiche Leute beschäftigen. Da ist vor allem der Verwertungsverbund zu nennen, dessen Geschäfte ich inzwischen führe. Dieser Verbund koordiniert das Verwertungsgeschäft der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern. Aufgrund der Verwertung von Erfindungen hat sich ein völlig neuer Geschäftszweig entwickelt. Jetzt sind die Hochschulen in der Lage, ihre Ergebnisse im Transferbereich selber zu vermarkten. Zu DDR-Zeiten gab es diese Möglichkeit schon einmal, jedoch mit anderen Mechanismen, die die Erfindungen auf den Markt gebracht haben. Für die Vermarktung musste im Land eine neue Institution geschaffen werden, das ist die Patentverwertungsagentur (PVA).

Lassen Sie mich auf die wichtigsten hochschulpolitischen Themen zu Zeiten des Rektorats Wendel eingehen.

Vom Land kam 2004 die erste Einsparvorgabe. Die Universität wurde verpflichtet, Stellen einzusparen. Allein die Verwaltung musste ca. 40 Stellen abgeben. Bei einer kleinen Verwaltung ist das eine Menge. Die Universität musste insgesamt eine dreistellige Zahl von Stellen abgeben. Das löste innerhalb der

Universität große Verteilungskämpfe aus, an denen auch wir beteiligt waren. Es gab zunächst keine strategischen Grundentscheidungen der Universität, die vor dem Hintergrund der Einsparvorgabe eine klare Aufgabenpriorisierung im akademischen Bereich ermöglicht hätten. Rektor Wendel wollte dann, wenn ich mich recht erinnere, zunächst die Juristische Fakultät zur Disposition stellen, stieß allerdings auf erbitterten Widerstand der Betroffenen. Zwischenzeitlich änderte er dann wohl seine Entscheidung und arbeitete auf eine Abwicklung der Wirtschaftswissenschaften hin, hielt aber – wiederum nach Protesten der Betroffenen – auch diese Entscheidung nicht aufrecht und entschied, insgesamt von Schließungsplänen Abstand zu nehmen. Da das Land aber – angeblich zur Vermeidung von Doppelungen im Studienangebot innerhalb des Landes – die Schließung des Staatsexamensstudiengangs Jura wünschte, erteilte es eine Zielvorgabe. Damit sollte das Fach zwangsweise geschlossen werden. Das Land berief sich dabei darauf, dass ja auch die Universität selbst bereits die Schließung der juristischen Fakultät in Betracht gezogen hätte. Die Universität erhob zunächst Klage gegen die Zielvorgabe. Rektor Wendel verlor über diese Auseinandersetzungen den Rückhalt im Konzil und wurde in der folgenden Amtsperiode des Rektors nicht wiedergewählt.

Danach es kam es unter Rektor Strothotte,⁷ der aus pragmatischen Gründen – er wollte den Konflikt mit dem Bildungsministerium schnellstmöglich beenden, um den Rücken für andere Ziele der Strukturentwicklung frei zu halten – die Abwicklung des Staatsexamensstudiengangs Jura befürwortete, zu einem Vergleich mit dem Ministerium. Zwar sind noch einige Verfahren zur Schließung des Staatsexamensstudiengangs Jura anhängig, aber die Kläger dieser Verfahren haben keine Chance.

Rektor Strothotte hat sich zwar in vielerlei Hinsicht übernommen, aber er hat die Universität Rostock aus ihrem Schönheitsschlaf geweckt und ein paar innovative Ansätze eingebracht. Er war wohl der erste Rektor der jüngeren Vergangenheit, dem es – zumindest teilweise – gelungen ist, aufgrund eines anderen, stärker an seiner formalen Funktion orientierten Selbstverständnisses mit so viel Wucht auf das Gesamtsystem Universität Rostock einzuwirken, dass es sich nach einer Phase der Instabilität in einem neuen, anderen Gleichgewichtszustand wiederfand. Das war ein sehr dynamischer Prozess, der einige nachhaltige Änderungen gebracht hat. Erstmals gab es etwas wie ein strategisches Management und den Versuch einer klaren Profilierung der Universität Rostock. Die Interdisziplinäre Fakultät (INF) und die Profillinien sind im Wesentlichen seine Schöpfung.

⁷ Prof. Dr. Thomas Strothotte: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/11584113X>.

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung*. Zeitzeugen berichten. Hrsg. v. Kersten Krüger. Band 3. Rostock 2009, S. 38-79.

Die Universität wäre nie aus sich heraus auf diese Ideen gekommen. Vorher hatte sie 14 Forschungsschwerpunkte und kein klar definiertes Profil.

Die Umsetzung fiel hingegen nicht leicht. Rektor Strothotte, dem als Externem jede Sozialisierung an der Universität Rostock fehlte, ignorierte das kulturelle und das politische Subsystem der Universität und „fremdelte“ mit dem Gesamtsystem. Er hatte keine Probleme damit, einerseits die Hochschulleitung nach den vielen Jahren einer Rektorverfassung formal in ein echtes Kollegialorgan umzubilden, was ihn aber andererseits letztlich nicht davon abhielt, alle ihm wichtigen Entscheidungen nach vertraulicher Beratung mit Interessenträgern allein und außerhalb aller formalen Entscheidungsstrukturen zu treffen; die Gremien konnten das nur noch „abnicken“. Man konnte beobachten, wie die Beharrungskräfte der Universität sich sammelten. Rektor Strothotte achtete sehr stark auf Exzellenz, auf Spitzenleistung. Er verfolgte im Grunde immer einen elitären Ansatz, viele mächtige Gruppen der Universität, deren Meinung Strothotte ignorierte, dagegen eher einen egalitären. Darüber entstanden Konflikte, die auch meine Arbeit als Justitiar spannend machten. Am Ende markiert aber die vorzeitige Demission von Rektor Strothotte wohl doch ein Scheitern.

Meine Aufgaben haben sich in dieser Zeit entsprechend geändert. Die innovativen Strukturänderungen (INF, Profillinien) mussten in Hochschulsatzungen umgesetzt werden. Für die neuen Strukturen musste eine geeignete Rechtsform gefunden werden.

Die – im Gegensatz zum bisherigen Selbstverständnis der Universität – durch Rektor Strothotte extrem verstärkte Wirtschaftsorientierung brachte neue Kooperationsformen mit Industrieunternehmen hervor (zum Beispiel Vertrag mit der Firma WILO); da Rektor Strothotte sogar Vertragsdetails selbst mit Industriepartnern auszuhandeln pflegte, blieb uns Justitiaren nur der Versuch, diese dann in eine einigermaßen nachvollziehbare rechtliche Form zu bringen.

Der jetzt amtierende Rektor Schareck⁸ ist ein Mann des Ausgleichs und führt jetzt alles in friedlicheres Fahrwasser, ohne dass die innovativen Ansätze aus der Zeit von Rektor Strothotte grundsätzlich in Frage gestellt werden. Das scheint mir ein guter Weg zu sein. Rektor Schareck bewegt sich wieder stärker auf die Kultur der Universität zu, ist aber auf der anderen Seite auch in der Lage, eigene Ansätze durchzusetzen. Von daher gehe ich davon aus, dass wir mit ihm eine gute Zeit haben werden.

Meine Arbeitsaufgaben haben sich in letzter Zeit wieder deutlich verändert: Ich habe die kommissarische Dezernatsleitung des Dezernats 1 bis zu einer end-

⁸ Prof. Dr. Wolfgang Schareck: Catalogus Professorum Rostochiensium:

<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/137016328>

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Hrsg. v. Kersten Krüger. Band 3. Rostock 2009, S. 80-109.

gültigen Entscheidung über die Nachbesetzung der Dezernentenstelle übernommen, das heißt bis Frau Börner aus dem Dienst ausscheidet.

Dadurch bin ich auch in den Prozess der Umstrukturierung der Verwaltung und des Dezernats 1 – stärkere Prozessorientierung in der Strukturbildung und bessere Integration von Einzelmaßnahmen in die Prozesse – eng eingebunden.

Ich erarbeite integrative Ansätze für den Wissenstransfer (Gründungsunterstützung, Verwertung, Kompetenzvermittlung) und bin verantwortlich für die Antragstellungen in den Bereichen der Verwertungsförderung und des EXIST IV-Wettbewerbs.

Aktuelles rechtliches Thema ist im Bereich des Prüfungsrechts der Fall mehrerer fehlgeschlagener Promotionen aus dem Bereich der WSF.

Aus dem Bereich der Hochschulpolitik: die anstehende LHG-Novellierung und die Konsequenzen aus dem EU-Gemeinschaftsrahmen, das ist vor allem die Anpassung der Overhead-Sätze bei der Kalkulation von Kosten der Drittmittelforschung.

Diskussion

Kersten Krüger:

Vielen Dank für Ihren offenen und erfrischenden Einblick in die Abteilung Recht. Ich möchte die Aussprache eröffnen.

Hilde Michael:

Es ist ja aktuell so, dass wir viele Studenten oder Promovenden aus europäischen oder nicht-europäischen Ländern haben. Werden Sie da beansprucht und auf welcher Rechtsebene?

Peter Volle:

Eigentlich gar nicht so sehr. Das Thema berührt uns nur an der Stelle, wo wir Zulassungsvoraussetzungen oder Zugangsvoraussetzungen für die Zulassung zum Studium juristisch zu prüfen haben. Das ist sonst eher ein Problem des Studentensekretariats oder des akademischen Auslandsamts. Es gibt gesetzliche Vorgaben zur Sprache, etwa dass für die deutschsprachigen Studiengänge die Anforderung gestellt wird, dass die Bewerber Deutsch sprechen können. Das wird geprüft. Insofern hat es auch etwas Rechtliches. Dann geht es auch immer wieder um die Frage der Anerkennung von anderenorts erbrachten Prüfungsleistungen. Wir haben einige zulassungsbeschränkte Studiengänge, und erstmals im Masterbereich auch qualitative Zugangsvoraussetzungen. Es kommt immer darauf an, in welcher Phase des Studiums Sie sich befinden. Da es sich meistens um höhere Fachsemester handelt, geht es um die Anrechnung von Prüfungsleistungen aus dem Studium, welche sie mitgebracht haben. Das sind aber prüfungsrechtliche Fragen, und

Prüfungen sind dezentral in den Prüfungsämtern der Fakultäten organisiert. Daher sind wir bei Fragen der Zulassung zum Master erst im Fall von Widersprüchen als Widerspruchsstelle mit dem Widerspruchsausschuss beteiligt. Einen solchen Fall gab es einmal bei der Medizinischen Biotechnologie wegen der Anerkennung eines chinesischen Abschlusses. Ansonsten besteht bei solchen Anrechnungsfragen eine Arbeitsteilung zwischen den Prüfungsausschüssen und dem Akademischen Auslandsamt.

Axel Büssem:

Das Thema Universitätsrecht hat ja in der Geschichte ein eine große Rolle gespielt, bis hin zur eigenen Gerichtsbarkeit der Universität. Ist davon in der modernen Verwaltung noch etwas übrig geblieben? Gibt es noch irgendwelche Sonderregelungen gibt, etwa im Disziplinarrecht?

Peter Volle:

Wir haben keine Disziplinarbefugnisse mehr, wir haben keine eigene Gerichtsbarkeit mehr, aber wir haben Satzungsautonomie. Wir haben einen bestimmten rechtlichen Rahmen durch das Landeshochschulgesetz, früher auch durch das Hochschulrahmengesetz, im Bereich der Lehre sind es unter anderem die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK). Diese Rahmenbedingungen lassen noch einen relativ breiten Raum für die Ausgestaltung eigenen Rechts. Das gilt für Prüfungsordnungen, oder etwa Promotionsordnungen, für die Struktur einer Fakultät oder die Befugnisse des Dekans innerhalb einer Fakultät. Sowohl Strukturfragen als auch Fragen des Prüfungsrechts können dann durch eigene Entscheidungen der Universität, durch autonome Entscheidungen gestaltet werden. Sie unterliegen zwar einer Rechtsaufsicht, damit sie zum umgebenden Recht passen. Doch im Prinzip sind wir hier frei.

Axel Büssem:

Die Diskussion um Plagiatsfälle ist wieder aufgekommen. Darf die Universität Sanktionen verhängen, wenn jemand einen Verstoß gegen die gute wissenschaftliche Praxis begeht?

Peter Volle:

Das ist ein interessantes Thema. Es gibt Grundsätze der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur guten wissenschaftlichen Praxis, zum Beispiel das Prinzip der Autorennennung, dass nur der über einem Aufsatz stehen darf, der ihn wirklich geschrieben hat, ebenso alles, was die wissenschaftliche Lauterkeit betrifft, etwa das Verbot des Plagiats, das Verbot irgendwelche Ergebnisse zu fälschen und Ähnliches. Diese Regeln der guten wissenschaftlichen Praxis sind bei uns umgesetzt durch eine Satzung, die bei Missachtung zu Sanktionen führt.

Aber wir können natürlich niemanden bestrafen. Doch können wir auf der Grundlage von Promotionsordnungen Titel aberkennen. Ebenso können wir bei Verstößen gegen die gute wissenschaftliche Praxis Verlage darauf hinweisen, dass ein bestimmtes Werk Plagiate beinhaltet. Aber das ist keine Strafe im eigentlichen Sinne, sondern ist mehr eine Möglichkeit der Schadensbegrenzung. Wir haben eine eingeschränkte Sanktionsmöglichkeit im Prüfungsbereich bei Verstößen gegen bestimmte prüfungsrechtliche Regeln. Die neueren Typen der Prüfungsordnungen sehen vor, dass in besonders schweren Fällen das Plagiat mit dem Verlust des Prüfungsanspruchs geahndet werden kann. Das ist meines Wissens die einzige Möglichkeit Sanktionen zu verhängen.

Harold Fanning

Sie sind derzeit Datenschutzbeauftragter. Ist das eher so „alibimäßig“? Mussten sie als Datenschutzbeauftragter schon tätig werden, und wenn ja, in welchen Bereichen?

Peter Volle:

Natürlich bin ich bereits in verschiedensten Kontexten tätig geworden. Es gibt den Fall, dass im wissenschaftlichen Bereich Erhebungen von personenbezogenen Daten vorgenommen werden. Das kommt vor, wenn Sozialstudien gemacht werden. Häufig finanziert sich das nicht von selbst, sondern wird von irgendwelchen Drittmittelgebern bezahlt. Dort ist es üblicherweise so, dass die Bewilligungsbestimmungen für die Zuwendung die Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten vorsehen. Er muss seine Zustimmung geben, damit das Verfahren bei der Datenverarbeitung ordnungsgemäß ablaufen kann.

Wir sind natürlich auch in dem klassischen Sinne als Datenschutzbeauftragte gefragt, wenn jemand sich tatsächlich in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt sieht. Ich will niemanden zu nahe treten, aber meine persönliche Erfahrung ist, dass Beschwerdefälle oft einen anderen Hintergrund haben als den, dass sich wirklich jemand in seinem Persönlichkeitsrecht verletzt gefühlt hat. Dafür habe ich ein krasses Beispiel. Ein Wissenschaftler wollte die verschiedenen Typen von Sickergruben mit einer Entnahme von Abwasserproben aus einer Kleingartenanlage testen. Dafür war es erforderlich zu erfassen, wem die betroffenen Parzellen inklusive Sickergrube gehörten. Einer der Kleingärtner fühlte sich jedoch in seinem Persönlichkeitsrecht durch die Erhebung seiner personenbezogenen Daten im Kontext mit seiner Sickergrube verletzt. Das war allerdings nicht sein wahres Interesse. Das Problem war, dass der Forscher eine Vereinbarung mit dem Vereinsvorsitzenden der Kleingartenanlage getroffen hatte, ohne die einzelnen Kleingärtner vorher zu befragen. Einer von ihnen fühlte sich schlicht und einfach beleidigt und wollte seinem Vereinsvorsitzenden eins auswischen. Es ging also gar nicht um eine ernsthafte Persönlichkeitsrechtsverletzung. Eigentlich war es

lächerlich. Es sind schließlich keine besonders sensiblen personenbezogenen Daten, wem eine Klärgrube gehört.

Ernsthafter sind Archivanfragen. Das Archivrecht ist ja im weitesten Sinne auch Datenschutzrecht. Das Archiv ist eine sehr große Sammlung mit vielen personenbezogenen Daten, auch von sehr heiklen personenbezogenen Daten. Wenn man sich nur anschaut, durch welche politischen Gegebenheiten sich diese Universität bewegt hat, wird das klar. Man muss hier immer abwägen, wer Zugang zu welchen personenbezogenen Informationen haben darf. Da ein Archiv auch ein Informationsmedium ist, dürfen wir keine Zensur ausüben. Es gibt jedoch unter bestimmten Umständen Vorrang der Interessen des Betroffenen.

Videoanlagen sind ein weiteres Thema. Wir hatten ein oder zwei Mal das Problem, dass Leute sich zu Unrecht gefilmt sahen. Es gibt wegen der hohen Diebstahlgefahr bei uns Videoüberwachung in einigen PC-Pools sowie an einer Stelle der UB aufgrund von Diebstahl- und Vandalismusgefahr. Das ist datenschutzrechtlich alles relativ unproblematisch, aber wir müssen natürlich klären, wer die Informationen auswerten darf. Im UB-Bereich kommt erschwerend hinzu, dass es sich um ein Kamerasystem handelt, mit dem ständig das Bild auf einen Mitarbeiterarbeitsplatz ausgegeben wird.

Nico Leschinski:

Sie hatten vorhin erwähnt, dass es Phasen gab – gemeint ist hier die Zeit der Wende –, in denen es schwierig war, befristete Arbeitsplätze in unbefristete umzuwandeln. Sie meinten, Sie hätten sich da mit Ihrer Argumentation durchgesetzt. Als Nichtjurist würde mich interessieren, wie diese Argumentationsketten ausgesehen haben. Meine zweite Frage: Es gab mal einen Dozenten, der Probleme mit der Einhaltung der Bibliotheksvorschriften hatte. Inwieweit waren Sie in Ihrer Funktion und mit Ihrer Abteilung in diesen Fall involviert?

Peter Volle:

Mit diesem Fall waren wir nicht betraut, das war im Wesentlichen Aufgabe des Personaldezernats. Weil es sich aber nicht um einen „Dozenten“, sondern um einen Professor handelte, ist die Verantwortung an dieser Stelle an das Ministerium gefallen. Es ist dann ein Disziplinarverfahren gegen den Betroffenen eingeleitet worden, mit dem ich aber auch nichts zu tun hatte. Unser Referat war nur an der Koordination des Informationsflusses zwischen der Staatsanwaltschaft und den Landesstellen beteiligt. Wenn wir nicht nachgefragt hätten, dann hätten wir überhaupt nicht gewusst, was da passiert ist. Einzelheiten haben wir mehr oder weniger aus der Zeitung erfahren. Es gibt Regeln und Richtlinien, die aussagen, dass, wenn öffentlichen Stellen durch Straftaten betroffen sind – gerade wenn Beamte Straftaten begehen –, die Strafverfolgungsbehörden verpflichtet sind, die betroffenen Behörden zu informieren. Das ist weder in diesem noch in einem

weiteren, ganz interessanten Fall geschehen, bei dem es sich um gekaufte Dokortitel oder die Einbeziehung von Promotionsvermittlern handelt. Da hat die Staatsanwaltschaft in der Kölner Presse verbreitet, dass die Uni Rostock derartige Fälle hätte. Wir wussten aber von keinem einzigen, weil uns keiner etwas davon gesagt hat.

Ralf Orthmann:

Hat es denn solche Fälle wirklich gegeben?

Peter Volle:

Dazu kann ich mich jetzt nicht äußern. Nur so viel dazu: es hat Fälle solcher Promotionen gegeben, ich werde Ihnen aber nicht sagen, um wen es da geht. Es handelt sich um grenzwertige Fälle. Einmal geht es um einen bereits ausgeschiedenen Wissenschaftler, bei dem wir nicht wissen, was er wirklich gemacht hat. In einem weiteren Zweifelsfall ist gar nicht klar, ob dieser sich überhaupt im strafbaren Bereich bewegt hat. Es wäre also verfehlt anzunehmen, dass hier in ganz großem Umfang Promotionsvermittler eingeschaltet wurden. Die Zahl der Fälle ist sehr klein und aus unserer Einschätzung sind diese, wie gesagt, soweit wir darüber Bescheid wissen, als grenzwertig zu bezeichnen. Wir können überhaupt keinen einzigen Fall vorweisen, bei dem wir disziplinarrechtlich relevante Amtspflichtverletzungen feststellen könnten.

Kersten Krüger:

Bitte gehen Sie noch auf die erste Frage von Nico Leschinski ein, die die befristeten und die unbefristeten Arbeitsverträgen betraf.

Peter Volle:

Entfristungsklagen sind arbeitsrechtlich das, was am meisten vorkommt. Da gibt es die unterschiedlichsten Gründe. Sie haben jetzt auf den speziellen Fall dieser Nach-Wende-Problematik angesprochen, also der Mitarbeiter, die zu DDR-Zeiten immer unbefristet beschäftigt waren und die dann bei der Überführung in die neue Personalstruktur mit befristeten Arbeitsverträgen weiterbeschäftigt wurden. Das ist im Grunde eine relativ einfache Argumentation, um die es sich hierbei handelt: wir haben gesagt, die neue Personalstruktur, in die der oder die Betroffene überführt wurde, sieht eben Qualifikations- und keine Dauerstellen vor. Würden diese Stellen nicht frei werden, gäbe es keine Habilitationen mehr, denn sämtliche Habilitandenstellen würden von Mitarbeitern besetzt werden, die wegen fortgesetzter Dauerbeschäftigungsverhältnisse die Stellen blockieren würden. Das hat auch eine formale Komponente, da diese Stellen hinsichtlich bestimmter Funktionen und Fristen ja auch im Gesetz beschrieben sind. Das war zweifelhaft, weil natürlich allgemein der Kündigungsschutz einen hohen Rang hat. Aber ich denke,

die Tatsache an sich, dass es einen Personalübergang vom alten auf das neue System in rechtlicher Hinsicht gegeben hat, war nicht mehr strittig. Es ging dann in den Einzelfällen, wenn ich mich richtig erinnere, um die Frage, ob die Stelleninhaber tatsächlich entsprechend diesen Qualifikationsstellen eingesetzt wurden. Mussten sie Daueraufgaben wahrnehmen und hatten keine Chance sich – entsprechend der Stellenbestimmung – zu qualifizieren, konnten sie unbefristete Beschäftigung verlangen. Der Streitgegenstand war mithin, welche Tätigkeit sie tatsächlich ausübten und ob diese mit der Bestimmung dieser Stellen nach dem neuen Personalkonzept übereinstimmte.

Ralf Orthmann:

Meine Frage bezieht sich auf Plagiatsproblematik, ob es so etwas auch an der Universität Rostock gegeben hat?

Peter Volle:

Ja, natürlich hat es so etwas gegeben. Das Problem mit den Plagiaten ist, dass wir bisher sehr schlecht aufgestellt sind, um solche zu finden. Es gab erbitterte Diskussionen auch mit dem ehemaligen studentischen Prorektor Saalfeld, welche Mittel man einsetzen könnte. Es gibt eine Fraktion, die dafür sehr gerne technische Mittel einsetzen würde. Es gibt dafür eine Software, die in einigen Fällen gut funktioniert, in anderen Fällen weniger. Ich bin kein großer Fan davon. In der Regel ist es so, dass man aus anderen Gründen Verdacht schöpft, dass die Arbeit nicht ganz in Ordnung sein könnte. Sie haben einen Studierenden mit Migrationshintergrund, der schlecht Deutsch spricht und auf einmal einen perfekten Text auf Deutsch fehlerfrei zu Papier bringt, der aber vorher schriftliche Arbeiten abgegeben hat, die seinem sonstigen sprachlichen Niveau entsprachen. Das fällt dann schon auf, da gucken die Leute dann auch mal genauer nach. Wenn man einen solchen Verdacht hat, reicht in der Regel schon Google aus, um Plagiate zu finden. Wir haben Fälle dieser Art gehabt. Ich habe im Augenblick zwei Plagiatsfälle vor Gericht, einer davon ist besonders tragisch. Es handelt sich in diesem Fall um eine Studierende, tatsächlich mit Migrationshintergrund, die zuerst mit einer über weite Stellen plagiierten Diplomarbeit einen Diplomabschluss erreicht hat. Auf Grundlage dieses Diplomabschlusses hat sie bei uns dann auch noch angefangen zu promovieren. Als sie ihre Dissertation vorgelegt hat, ist das Plagiat in der Promotion aufgefallen, da hat sie genauso gearbeitet. Darauf hat man sich die Diplomarbeit nochmal angeguckt und festgestellt, dass die Diplomarbeit ebenfalls in wesentlichen Teilen abgeschrieben war, mit der Folge, dass also jetzt nicht nur ihr Abschluss aberkannt wird, sondern damit praktisch auch ihre ganze Promotionsarbeit, soweit sie einen eigenen Wert hatte, entwertet wird. Aber das geht halt nicht, da muss man sich schon an die Spielregeln halten.

Kersten Krüger:

Sie sprachen von persönlichen Befindlichkeiten als ausschlaggebend für gewisse Entscheidungen, Sie sprachen auch von Machtfragen und dann ist für mich die Fragen an einen Justitiar, welche Rolle dann das Recht für die Struktur und die Entscheidungen in einer Universität spielt?

Peter Volle:

Das kommt darauf an. Wir haben auch schon die Erfahrung gemacht, dass bestimmte Entscheidungen aus der Hochschulleitung gegen fachliche Stellungnahmen aus dem Justitiariat getroffen wurden, das heißt, da bricht dann eben schon die Macht das Recht, um es überspitzt auszudrücken.

Kersten Krüger:

Natürlich nicht in letzter Instanz?

Peter Volle:

Aktuell haben wir solche Konflikte nicht. Ich versuche mich an so einen Fall zu erinnern. Ich denke zum Beispiel an eine Auseinandersetzung um eine Mitarbeiterstelle. Da gab es rechtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Rektor und dem Kanzler. Rechtlich ging es wohl darum, ob man einen eigentlich ausfristeten Mitarbeiter nochmal befristet weiterbeschäftigen könnte. Wenn man dann einen Arbeitsvertrag abschließt, begründet man damit ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis. Wenn man dann dem Rektor sagt, er solle keinen Arbeitsvertrag mit diesem Mitarbeiter unterschreiben, weil er damit ein permanentes Beschäftigungsverhältnis begründet, für das keine Stelle da ist, dann ist die gegenteilige Entscheidung des Rektors zumindest vor dem haushaltsrechtlichen Hintergrund rechtlich zweifelhaft.

In solchen Sachen geht es auch immer um Kompetenzkonflikte. Auf Kompetenzfragen gibt es meistens eine rechtliche Antwort. Ob sie irgendwelche Konsequenzen in der Umsetzung hat, hängt dann von den Machtgegebenheiten ab. Es gibt immer auf alles eine rechtliche Antwort, aber die spielt in der Praxis bisweilen keine so große Rolle. Es gibt fast für jede Strukturfrage, für jede Machtfrage irgendwo auch einen rechtlichen Zugang zu der Thematik. Wenn die rechtliche Antwort irgendeiner Seite nützt, dann wird sie natürlich ins Feld geführt, aber am Schluss kommt es dann trotzdem darauf an, wer sich durchsetzt.

Ralf Orthmann:

Das heißt also, jede Seite biegt sich das Recht so hin, wie sie es braucht.

Peter Volle:

Das kann man so nicht sagen. Wir hatten Rektoren mit einem sehr hohen Macht-

anspruch, die das Recht bisweilen eigenwillig interpretiert haben. Das ist nicht der Regelfall. In der Regel sind wir Justitiare in rechtlich relevante Entscheidungen einbezogen. Ich setze mich gegen jeden Prüfungsausschuss durch; ich setze meine Rechtsauffassung auch gegen jeden Dekan durch, solange ich zur Durchsetzung meiner Position noch das Wohlwollen des Rektors oder mindestens des Kanzlers habe. Die echten Konflikte um Rechtsfragen entstehen eigentlich nur im Verhältnis zur Hochschulleitung, und das vor allem vor dem Hintergrund von Konflikten zwischen Kanzler und Rektor, die wir aber momentan gottseidank nicht haben.

Gina Brzezinski:

Sie haben sehr ausführlich die Aufgaben des Dezernats geschildert, Ihr persönlicher Werdegang ist nach meinem Empfinden etwas zu kurz gekommen. Können Sie dazu noch etwas sagen?

Peter Volle:

Was den Bildungshintergrund angeht: ich wollte immer Journalist werden. Da habe ich aber sehr früh erkannt, das ich damit kein Geld verdienen konnte, aber ich bin in der Schulzeit immer für die Lokalzeitung herumgerannt. Nach der Bundeswehrzeit wollte ich unbedingt Physiker werden und habe dann drei Semester Physik studiert. Die drei Semester Physik waren, glaube ich, der wertvollste Beitrag zu meiner juristischen Ausbildung, den ich hatte, weil man da, anders als im Jurastudium, strukturiertes Denken lernt. Dann habe ich meine juristische Ausbildung sehr kurz gehalten, ich bin nur sporadisch in der Universität gewesen, habe deswegen einen eher schlechten Abschluss gemacht. Das hing aber auch damit zusammen, dass ich die ganze Zeit in einer Anwaltskanzlei gearbeitet habe, weil ich unbedingt Anwalt werden wollte. Das hat sich nachher bewährt. Ich habe die Universitätsausbildung immer für schlecht gehalten, weil sie nicht praxisorientiert war. Als ich aus der Universität ins Referendariat kam, bin ich an allen anderen vorbeigezogen, weil ich Praxiserfahrung hatte. Ich habe dann eine Weile als Anwalt gearbeitet, bin aber zu der Erkenntnis gelangt, dass man als Anwalt von allen Seiten angeschmiert wird, vom Gegner natürlich, aber auch vom Gericht und auch vom eigenen Mandanten. Das hat mir keinen Spaß gemacht. Dann habe ich gedacht, ich versuche es lieber mit einem Job, wo ich nur einen Mandanten habe, den ich dann gut kenne und einschätzen kann. Meine jetzige Stelle ist für mich ein Traumberuf – auch deswegen, weil die Tätigkeit so unjuristisch ist. Es ist jeden Tag etwas anderes zu tun. Forschungsverträge ähneln sich zwar irgendwann, aber die anderen Sachen sind immer wieder spannend: Befindlichkeiten in der Verwaltung, die Strukturen der Universität, die Fragen der Hochschulleitung. Wenn der neue Kanzler kommt, werde ich intensiv mit ihm zusammenarbeiten müssen, das ist dann wieder etwas Neues.

Axel Büsser:

Meine Frage bezieht sich auf das Hausrecht. Inwiefern kann man einem Studenten Hausverbot erteilen und kann er sich dagegen wehren?

Peter Volle:

Das Hausrecht ist ja im Kern kein öffentliches Recht, es ist im Grunde das Recht des Eigentümers, eine Beeinträchtigung seines Eigentums abzuwehren. Das ist bei einer Behörde ein bisschen komplizierter, weil die Behörde bestimmte Nutzungsregeln vorsieht. An der Universität gibt es eine Hausordnung. Die sieht vor, dass Sie hier im Hörsaal nicht essen und nicht rauchen dürfen und wenn sie das tun, dann darf der Dozent Sie rauswerfen, genauer: das darf erst einmal nur der Rektor als Träger des Hausrechts, wobei er das Recht jeweils auf die Verantwortlichen der Veranstaltungen delegiert hat. Das hat im Wesentlichen eine Ordnungsfunktion, die dazu dient, dass der ordnungsgemäße Betrieb aufrecht erhalten werden kann. Natürlich haben Sie die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, das ist ein Rechtsakt wie jeder andere. Ich kann jetzt nicht genau sagen, ob man das als Verwaltungsakt qualifizieren muss, gegen den man Widerspruch einlegen kann, oder ob das ein Realakt ist. Natürlich können sie sich dagegen wehren, aber ich habe bisher keinen einzigen Fall gehabt. Wir hatten, glaube ich, einmal einen oder zwei Fälle, als sich Neonazis in Geschichtsveranstaltungen einbrachten. Wenn Neonazis in den Veranstaltungen sitzen und diese sprengen wollen, wenn sich jemand mit dem Thema des Antisemitismus beschäftigt, dann wäre das ein Fall für das Hausrecht. Aber es gilt, dass es grundsätzlich keine „missliebigen“ Leute gibt. Zunächst sind alle Studierenden vor dem Gesetz gleich. Solange sie die Veranstaltung nicht stören, besteht kein Ansatzpunkt für das Hausrecht. Jemanden von vornherein aus Gesinnungsgründen auszuschließen, halte ich für ausgesprochen problematisch, selbst wenn einem die Gesinnung selber nicht nahe liegt. Das heißt, solange solche Teilnehmer nicht stören, kann man sich allenfalls über sie ärgern. Es wird dann grenzwertig, wenn sie anfangen, sich in die Diskussionen einzubringen und diese Diskussion eben nicht mehr sachlich fundiert ist, sondern eigentlich dazu dient, die Ordnung zu stören. In dem Moment kommen die Dozenten in Entscheidungsnot zu sagen, was ein Ordnungsverstoß ist, den sie mit dem Hausrecht ahnden können und was Meinungsfreiheit ist, die sie tolerieren müssen.

Nicole Preuß:

Wie sieht in diesem Fall die Beweislage aus? Wie geht es weiter, wenn das vor Gericht geht?

Peter Volle:

Also ich kann da wirklich nur spekulieren, weil in meiner Praxis – in den zwölf Jahren, die ich hier arbeite – so etwas nie vor Gericht gegangen ist. Wir haben, um

jetzt die Neonazi-Fälle anzusprechen, ganz wüste Drohungen einer rechtslastigen Rechtsanwaltskanzlei auf dem Tisch gehabt, die wir ignoriert haben. Da ist dann auch nichts weiter passiert. Was die Beweislastfrage angeht, das unterscheidet sich von keinem anderen Rechtsproblem. Sie haben aber eine Menge Leute im Raum sitzen und es gilt, dass der Zeugenbeweis nach wie vor der am besten anerkannte Beweis ist. Das kann man zwar aus beweispsychologischen Gründen in Frage stellen, und aus meiner Sicht ist jeder Sachbeweis besser als ein Zeugenbeweis. Aber der Zeuge genießt ein sehr hohes Ansehen vor Gericht. Bei Beweisproblemen wird es immer auf die umgebenden Zeugen hören, freilich unter Beachtung der Glaubwürdigkeitskriterien. Wenn es um eine größere Veranstaltung geht, dann gibt es meistens schon Konsens darüber, was da gesagt wurde.

Kersten Krüger:

Es kommt noch eine letzte Frage von mir zum Recht. Ich möchte nicht stehen lassen, dass das Recht – so ist es ja in der Auffassung des Marxismus – nur ein Instrument der Herrschenden oder der Macht sei. Recht habe ich – vielleicht etwas romantisch – als ein Mittel der Konfliktlösung durch Recht statt durch Gewalt verstanden. Können Sie da zustimmen?

Peter Volle:

Nein, das ist romantisch. Das Recht spielt da eine ganz untergeordnete Rolle. Es ist ja auch so, dass an die Stelle rechtsförmlicher Verfahren immer mehr Mediationsverfahren treten, und das hat einen guten Grund. Sie erreichen mit dem Recht immer nur eine Brechstangenentscheidung, die den Konflikt ja nicht löst, sondern den Sieg im Konflikt einer Seite zuweist und die andere Seite zum Verlierer macht. Es ist aber für jede im Konflikt zu entscheidende Rechtsfrage immer die beste Lösung, einen Ausgleich zu finden, bei der beide Seiten das Gesicht wahren können und den beide Seiten akzeptieren. Das ist das Ziel einer Mediation, und das ist das Wesen eines Vergleichs. Jedes Gericht wird tausendmal lieber versuchen, Ihnen einen Vergleich anzudrehen als einen Rechtsstreit zu entscheiden. Das Recht ist da nur eine Notbremse. Am Schluss kriegen Sie mit dem Recht natürlich eine Klärung, aber das hat wenig mit Macht zu tun. Es sollte einfach darum gehen, eine praktikable Lösung zu finden, und die meisten Fragen, die man bei Konflikten zu entscheiden hat, sind keine Rechtsfragen. Beantwortet das Ihre Frage?

Kersten Krüger:

Ja, ich finde, das ist ein gutes Schlusswort, dass wir statt der Brechstange die Mediation brauchen und dass das angemessen ist. Wir dürfen uns bedanken beim Referenten, bei allen, die teilgenommen, und bei allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Wir schließen die Sitzung und gehen bereichert nach Hause.

Grimmel, Margitta



Lebenslauf

akademischer Titel: Diplom-Chemikerin

Tätigkeit in Rostock: Referatsleiterin Studentensekretariat

Struktureinheit: Dezernat Akademische Angelegenheiten, Verwaltung
Referat Studentensekretariat

Lebensdaten: geboren am 08. Juli 1953 in Graal-Müritz

Kurzbiografie: Abitur 1972 in Rostock
1972 – 1976 Studium der Chemie an der Universität Rostock
1976 Abschluss als Diplom-Chemikerin
1976 Mitarbeiterin im Direktorat für
Studienangelegenheiten der Universität Rostock
1992 Referatsleiterin Studentensekretariat

Weiterbildung: 1991-1993 weiterbildendes Studium zur Qualifikation von Verwaltungskräften an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung in Bremen

Hobbys: Literatur
Pferdesport

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugengespräch mit Margitta Grimmel am 28. Mai 2010

Protokollantin und Protokollanten:

Gregor Dehmel, Laura Köpsel, Peter Voss, André Weber

Kersten Krüger:

Wir begrüßen Frau Margitta Grimmel, die Leiterin des Studentensekretariats und damit eine mächtige Frau, die bei der Verteilung von Studienplätzen ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Liebe Frau Grimmel, sie sind uns sehr willkommen und haben das Wort.

Margitta Grimmel:

Sehr geehrter Herr Prof. Krüger, liebe Studentinnen und Studenten, sehr geehrte Anwesende, vielen Dank für die Möglichkeit hier als Zeitzeugin auftreten zu dürfen, um Ihnen aus meinem Erleben heraus über die Entwicklung in der Studentenverwaltung zu berichten. Ich wurde 1953 in Graal-Müritz als ältestes Kind von fünf Kindern geboren. Mein Vater arbeitete als Kranschlosser, meine Mutter erlernte den Beruf einer Damenschneiderin. Meine beiden Schwestern und meine beiden Brüder wurden im Zeitraum von 1954 bis 1963, also in einer relativ kurzen Zeitspanne, geboren.

Da mein Vater, um seine große Familie zu ernähren, täglich 10 bis 12 Stunden arbeitete, lag die Erziehung der Kinder zum größten Teil in den Händen meiner Mutter. Frühzeitig hat mich meine Mutter zu Haushalts- und Betreuungspflichten gegenüber meiner jüngeren Geschwister herangezogen, da sie mit zunächst drei eng aufeinander folgenden Kindern ständig überlastet war. Mit sieben Jahren hat meine Mutter mir die Betreuung meiner jüngsten Schwester – sie war damals sieben Monate alt – auferlegt, um durch eigene Berufstätigkeit die finanzielle Situation unserer Familie aufzubessern. Ich habe also frühzeitig gelernt und wurde so erzogen, die Pflichten zu erfüllen, die man mir auferlegte. Als ich meine Mutter in diesem Jahr zum Muttertag besucht habe, sagte sie zurückblickend voller Stolz, dass alle ihre Kinder ordentlich erzogen wurden, denn aus jedem ist ja etwas geworden.

Nach Beendigung der 8. Klasse wurde ich an die erweiterte Oberschule delegiert – das ist das heutige Goethegymnasium –, die ich 1972 mit dem Abitur abgeschlossen habe. Auf die Frage meiner Eltern und der Lehrer in der Schule, welchen Beruf ich später wählen möchte, sollte es einer sein, in dem man fleißig und zielstrebig arbeitet, aber ohne viel reden zu müssen. Im Studium der Chemie

sah ich meine Vorstellungen verwirklicht. Ich bewarb mich für ein Chemiestudium und wurde zugelassen.

Im Jahr 1972 begann ich an der Sektion Chemie der damaligen Wilhelm-Pieck-Universität Rostock mein Studium mit der Verpflichtung, dass ich nach Beendigung des Studiums arbeitsmäßig dorthin gehen müsse, wo ich gebraucht würde. Diese Verpflichtungserklärung war Bestandteil der Bewerbungsunterlagen und gehörte zur Strategie der damaligen Regierungspolitik. Sie sehen hier ein Bild der Alten Chemie am „Glatten Aal“ (Abbildung 1), wo ich das Chemiestudium abgeschlossen habe. Vor ungefähr zwei Jahren ist dieses Gebäude abgerissen worden. Momentan haben wir dort einen leeren Platz, der auf eine Bebauung wartet. Mit dem Erhalt des Zeugnisses habe ich Anfang Juli 1976 das Chemiestudium mit dem Diplom abgeschlossen.



Abbildung 1

Das Institut für Chemie am Glatten Aal 2007

Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Im Jahr 1976 habe ich geheiratet. Da mein Mann gesundheitlich eingeschränkt war, wurde ich von der Verpflichtung, jeden Arbeitsort zu akzeptieren, befreit und erhielt die Genehmigung mir auch selbst eine Arbeitsstelle zu suchen. Über 30 Bewerbungen hatte ich zur damaligen Zeit abgegeben, ohne Erfolg. Ich war sehr deprimiert. Ende August 1976 erhielt ich dann das Angebot als Mitarbeiterin in

der Abteilung Zulassung und Absolventen des Direktorates für Studienangelegenheiten der Universität Rostock tätig zu sein. Aus lauter Angst und Panik habe ich zugesagt. Es war nicht das Tätigkeitsfeld was ich mir erträumt habe.

Am 1. September 1976 begann ich meine Tätigkeit im Direktorat für Studienangelegenheiten, das sich im Palais am Universitätsplatz befand (Abbildung 2). Das Rektorat war in der oberen Etage dieses Gebäudes angesiedelt. Rechts unten war die Poststelle. Links unten waren Räume der UB. Im Mittelbereich saß rechts der Direktor der UB und gegenüber waren die Räume, die zum Barocksaal führten. Dort befand sich die Garderobe, wenn Veranstaltungen waren. Mein Arbeitsvertrag war mit 43,75 Stunden ausgewiesen und ich erhielt ein Bruttogehalt von 780 Mark, ausgezahlt 560 Mark. Mein Bruder als gelernter Schiffbauschlosser verdiente auf der Werft das Dreifache. Der lachte nur über mich als Studierende.



Abbildung 2
Palais am Universitätsplatz 2010
Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Das Direktorat für Studienangelegenheiten bestand aus folgenden Abteilungen: Abteilung Zulassung und Absolventen, Abteilung Studieninhalte und Studienorganisation, Abteilung Studentische Betreuung, Abteilung Fernstudium und Weiterbildung, Abteilung Studentenwohnheime sowie die Film- und Bildstelle.

In der Abteilung Zulassung und Absolventen übernahm ich zunächst die Betreuung des Forschungsstudiums. Das Forschungsstudium hatte das Ziel, innerhalb von drei Jahren den akademischen Grad „Doktor eines Wissenschaftszweiges“ zu erwerben. Jeder Forschungsstudent erhielt ein Stipendium in Höhe von 500 Mark. Hatte er entsprechende wissenschaftliche und gesellschaftliche Leistungen vorzuweisen, konnte ihm ein Leitungsstipendium in Höhe von 100 oder 150 Mark noch dazu gewährt werden. Während seines Studiums hatte der Forschungsstudent zwei Wochenstunden Lehrtätigkeit in seinem Fachgebiet durchzuführen. Er musste eine marxistisch-leninistische Aus- und Weiterbildung sowie eine Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Fremdsprachen absolvieren.

Nach einem Jahr kam zu meiner Arbeitsaufgabe die Betreuung der Aspiranten, die aus dem Direktorat für Kader und Qualifizierung herausgelöst wurden, hinzu. Die Aspirantur war eine Form der Qualifizierung für Kader aus der sozialistischen Praxis. Ziel war ebenfalls die Erlangung des akademischen Grades „Doktor eines Wissenschaftszweiges“. Es gab hier zwei Formen der Aspirantur, die planmäßige und die außerplanmäßige Aspirantur. In der planmäßigen Aspirantur ruhte das Arbeitsverhältnis in der Regel für die Dauer von drei Jahren. Der Aspirant erhielt 80 Prozent seines Nettoverdienstes während dieser Zeit. Die außerplanmäßige Aspirantur dauerte vier Jahre. Unter Beibehaltung des vollen Gehaltes wurden diese Aspiranten 70 Arbeitstage im Jahr freigestellt.

Nach und nach erhielt ich weitere Aufgaben, wie die Betreuung der damaligen mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektionen, der Sektion Tierproduktion und der Sozialistischen Betriebswirtschaft von der Zulassung bis zur Absolventenvermittlung. Die Teilnahme an den jährlichen Sitzungen der betreffenden Sektionen zur Vergabe von Leistungsstipendien gehörte ebenfalls zu meinem Arbeitsgebiet. Meine Aufgabe war es, die namentliche Aufstellung mit der zu zahlenden Stipendienhöhe an die Stipendienabteilung weiterzuleiten. Neben dem Grundstipendium, das jeder Student unabhängig vom Einkommen seiner Eltern erhielt – das waren 200 Mark zur damaligen Zeit –, konnte er sich zusätzlich ein Leitungsstipendium in Höhe von 150, 100 und 60 Mark erarbeiten. Hierfür gab es natürlich Vorbedingungen. Das Grundstipendium wurde erhöht um 100 Mark für männliche Studenten, die zuvor drei Jahre Armeedienst geleistet hatten, um 80 Mark für Studenten, die nach der Berufsausbildung mindestens drei Jahre als Facharbeiter gearbeitet hatten, um 60 Mark für Studenten, die für ein Kind oder

mehrere Kinder erziehungsberechtigt waren, dazu für jedes Kind monatlich 60 Mark.

Zur Förderung von Studentinnen mit Kind, von Leistungssportlern und begabten Studenten wurden in den Sektionen individuelle Sonderstudienpläne erarbeitet, die dann zur Überwachung der Einhaltung und zur Ablage in die Studentenakten kamen.

Die Absolventenvermittlung selbst wurde in den Sektionen durchgeführt. Die Abteilung Zulassung und Absolventen erhielt vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen die entsprechenden Stellenangebote, die unsererseits an die Sektionen weitergeleitet wurden. Dort gab es Verantwortliche, die die Vermittlung durchführten. Bei auftretenden Schwierigkeiten – seien es persönliche, familiäre oder gesundheitliche – fanden beim Direktor für Studienangelegenheiten Gespräche statt, die entweder damit endeten, dass eine freie Bewerbung auf dem Arbeitsmarkt genehmigt wurde oder mit Hilfe des Ministeriums zusätzliche Stellen geschaffen wurden.

Im Jahr 1978 wurden meine Tochter und 1983 mein Sohn geboren. 1985 übernahm ich die Leitung der Abteilung Zulassungen und Absolventen. Mit der Wende 1989/90 wurde das Direktorat für Studienangelegenheiten zum Dezernat Studium und Lehre umstrukturiert. Aus der Abteilung Zulassungen und Absolventen wurden das Studentensekretariat und die Allgemeine Studienberatung. Die Abteilung Studieninhalte und Studienorganisation wurde komplett aufgelöst. Im neuen Dezernat gab es dafür nur eine Mitarbeiterin für Grundsatzfragen. Aus heutiger Sicht muss ich sagen, dass das viel zu wenig war. Dort musste schließlich alles, was Studienpläne und Prüfungsordnungen betrifft, geprüft und übermittelt werden. Geblieben ist die Abteilung Fernstudium/Weiterbildung. Die Abteilung Studentische Betreuung und Studentische Wohnheime wurden mit der Gründung des Studentenwerkes Rostock dort angesiedelt. Die Film- und Bildstelle wurde eigenständig und zum heutigen Medienzentrum aufgebaut.

Um uns auf die Veränderungen in der Studentenverwaltung einstellen und diese aufbauen zu können, absolvierte ich gemeinsam mit einer Kollegin 1990 ein zweiwöchiges Praktikum an der Universität in Kiel. Von dort brachten wir viele Anregungen und Vorgaben für das nun einsetzende Formularwesen mit. Mit dem Einigungsvertrag im August 1990 wurden für die Studierenden gezielte Festlegungen getroffen, die ihnen die Weiterführung ihres angefangenen Studiums ermöglichten. So konnten zum Beispiel Medizinstudenten ihr Studium nach den bisherigen Vorschriften fortsetzen, sofern dies bis zum 31. Dezember 1998 geschah. Studierende, die im September 1991 ein Medizinstudium begonnen hatten, schlossen den vorklinischen Abschnitt nach den bislang geltenden Vorschriften ab, sofern sie das Physikum bis zum 31. Dezember 1994 bestanden. Sie setzten dann, das war zweigeteilt, den klinischen Teil nach der neuen Approbationsordnung fort.

Studierende in den Lehramtsstudiengängen mussten ihr Studium in der Regel um zwei Semester verlängern. Bei denjenigen, die ein gesellschaftliches Fach wie etwa Geschichte gewählt hatten, war die Verlängerung der Studienzeit um vier Semester festgelegt. Einige Medizinstudenten aus den alten Bundesländern, die den Prüfungsanspruch entsprechend der Approbationsordnung verloren hatten, nutzen die Gunst der Stunde. Sie bewarben sich bei uns für den Einstieg ins höhere Fachsemester, wurden unter Anerkennung ihrer bisherigen Scheine nach der alten Prüfungsordnung zugelassen und konnten das Studium der Medizin beenden, was sie in den alten Bundesländern niemals hätten tun können.

Von 1991 bis 1993 habe ich ein weiterbildendes Studium zur Qualifizierung von Verwaltungsfachkräften an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Bremen absolviert. Dort hatten wir die Fächer: Allgemeines Verwaltungsrecht, Öffentliches Recht, Bürgerliches Recht, Haushaltsrecht und Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre. Auch diese Weiterbildung schloss mit einem zweiwöchigen Praktikum ab, diesmal nicht in Kiel, sondern an der Universität Bremen. Im Nachhinein muss ich sagen, dass die Kolleginnen, die uns damals in Kiel und in Bremen betreut haben, sehr offen sowie hilfsbereit waren. Aus ihrer jahrelangen Erfahrung schöpfend, gaben sie uns viele Tipps und Anregungen, wie wir vieles besser machen konnten.

1992 war für mich ein sehr schwieriges und trauriges Jahr. Im Februar 1992 starb mein Mann, im März erfolgte meine Begutachtung durch die Ehrenkommission und ich musste mich wieder, wie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung auch, neu bewerben. Im Dezember 1992 unterschrieb ich den Arbeitsvertrag als Leiterin des Studentensekretariates.

In der Zeit von 1990 bis 1991 sind im damaligen Bezirk Rostock und auch Schwerin Hochschuleinrichtungen aufgelöst worden. Wir übernahmen die Studenten der Pädagogischen Hochschule Güstrow, die komplett wegfiel, Studenten des Institutes für Lehrerbildung in Rostock – dort erfolgte die Ausbildung der Grundschullehrer –, Studenten des Institutes für Musik und Theater, der Ingenieurhochschule für Seefahrt in Warnemünde mit Ausnahme der Studierenden in der Schiffsführung. Diese Studenten sind dann der Fachhochschule Wismar angegliedert worden. Von Wismar haben wir Studenten der Fachrichtungen Elektrotechnik, Maschinenbau und Bauingenieurwesen übernommen.

Das Dezernat Studium und Lehre wurde 2004 aufgelöst. Das Studentensekretariat und die Allgemeine Studienberatung kamen an das damalige Dezernat Recht, Akademische Selbstverwaltung, Forschung/Transfer, dem heutigem Dezernat Akademische Angelegenheiten. 2006 sind wir in die Parkstraße 6 (Abbildung 3) gezogen, wo wir auch gegenwärtig zu finden sind. Wenn das Hauptgebäude fertig saniert ist und das Rektorat von der Ulmenstraße ins Hauptgebäude zieht, sollen das Studentensekretariat und die allgemeine Studienberatung als eine Art Studenten-Service-Center in der Ulmenstraße aufgebaut werden.



Abbildung 3

Parkstraße 6

Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Nun möchte ich über die Entwicklung in einigen ausgewählten Verwaltungsprozessen sprechen. Im ersten Teil soll es um das Gebiet der Zulassung gehen. Zu DDR-Zeiten erfolgte die Bewerbung mit dem Zeugnis der 11. Klasse im Oktober des Jahres. Es war nur eine Bewerbung mit einem eventuellen Zweitwunsch an der Bewerberhochschule möglich. An jeder Sektion wurden durch eine Arbeitsgruppe Vorentscheidungen auf der Grundlage der Leistungen in fachspezifischen Fächern und unter Beachtung der sozialen Einstufung des Bewerbers getroffen. Für jede Studienrichtung wurde festgelegt, welche Schulfächer für ihre Studenten relevant waren und nach diesen Schulfächer wurden dann gezielt die Bewerbungen ausgesucht. Die sozialen Einstufungen wurden von den Mitarbeiterinnen der Abteilung Zulassungen und Absolventen vorgenommen. Dafür gab es vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen entsprechende Vorgaben und Hinweise, wo welche Berufsgruppen einzuordnen waren. So wurden zum Beispiel in der Kategorie 1 Arbeiterkinder, Offiziere, Mitarbeiter im Staatsapparat und Funktionäre der Partei zusammengefasst, in der Kategorie 2 Bauern – dahinter verbargen sich auch Angehörige von LPG-, also auch studierte Leute. Angestellte wurden in der Kategorie 3, Private unter 4 und Intellektuelle unter Kategorie 5 aufgeführt. Die Kategorie 6 beinhaltete die Pastorenkinder, die Kategorie 7 Sonstige. In der

Kategorie 8 befanden sich Produktionsarbeiter. Es wurden auch diejenigen, die einen Facharbeiter erlernt hatten, nach der eigenen Entwicklung betrachtet. In der Regel wurden diese unter Arbeiter eingestuft.

Die Vorentscheidungen wurden dann durch den Vorsitzenden der zentralen Zulassungskommission, den Direktor für Studienangelegenheiten, bestätigt oder gegebenenfalls korrigiert. Für jede Fachrichtung erhielten wir Planvorgaben vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Für ein Lehramtsstudium konnte man sich nur für feststehende Kombinationen bewerben. Die Vorgabe von konkreten Kombinationen bot den Vorteil, dass die Studienpläne beider Fächer abgestimmt und demzufolge gut studierbar waren. Da hatten wir keine Probleme, dass die Studierenden das zeitlich nicht schafften, sondern alles lief ordentlich durch. Bewerber, die Armeedienst leisten mussten, erhielten für das Jahr ihrer Entlassung eine Zulassung. Dies traf ebenfalls für Bewerber zu, die ein einjähriges Vorpraktikum absolvieren mussten, vorwiegend im ingenieurwissenschaftlichen Bereich, in der Medizin und Zahnmedizin.

Bewerbungen für den Diplomlehrer für Sonderschulen erfolgten über eine Delegation durch den Bezirksschulrat. Jeder Bezirk hatte für diesen Studiengang ein vorgeschriebenes Kontingent und nur innerhalb dieser Vorgabe konnte eine Zulassung erfolgen. Hintergrund war die Absicherung des beruflichen Einsatzes in den jeweiligen Bezirken, denn Sonderschulen gab es zur damaligen Zeit nicht sehr viele. Die Zulassungen oder Ablehnungen wurden dann auf Sammel Listen geschrieben und an die jeweiligen Schulen verschickt. Über die Schule erhielt der Bewerber im Januar seinen Bescheid und die Information über die Zulassung oder Ablehnung. Die oder der Betroffene hatte nie etwas Schriftliches in der Hand, so wie es heute mit Zulassungs- oder Ablehnungsbescheiden ist, sondern bekam nur Informationen von Sammel Listen über die Lehrer.

Mit den abgelehnten Bewerbern wurden dann im März Umlenkungsgespräche geführt, und zwar auf der Grundlage nicht besetzter Studienplätze. Wir bekamen vom Ministerium eine Auflistung über Studienplätze, die im März noch frei waren. Diese Listen wurden den Schulen übergeben und dort konnten sich Bewerber, falls Interesse bestand, dafür melden und sich bewerben.

Seit 1991 erfolgt die Bewerbung – so wie Sie es kennen – mit dem Abiturzeugnis. Mehrfachbewerbungen sind möglich. Die Entscheidung wurde nun nach Abiturnote und Wartezeit im Studententensekretariat getroffen. Wartezeit sind die Halbjahre zwischen Abitur und Studienaufnahme. Mit diesen Bezeichnungen mussten sich die Studienbewerber und ihre Eltern auch auseinander setzen. So erhielten wir damals zahlreiche Anrufe wie zum Beispiel: „Mein Sohn hat eine Zulassung nach Wartezeit – wie lange muss er denn noch warten?“ Zur damaligen Zeit hatten wir zwei Studiengänge, deren Plätze im örtlichen Verfahren vergeben wurden. Es waren die Studiengänge Wirtschaftsingenieurwesen sowie Landeskultur und Umweltschutz mit insgesamt 400 Studienplätzen. Die Studienplätze in

Medizin, Zahnmedizin, Biologie, Rechtswissenschaft, Informatik und Betriebswirtschaftslehre wurden durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)¹ vergeben. Über das ZVS-Verfahren haben viele Bewerber aus den alten Bundesländern eine Zulassung für die Universität Rostock erhalten, ohne dass sie sich für den Standort Rostock beworben hatten. Sie können sich vorstellen, dass zur damaligen Zeit das Telefon bei uns nicht stillstand. Man sah auf der Karte und war entsetzt darüber, wo Rostock liegt, im Osten, fast sogar in Sibirien. So fragte uns unter anderem eine Mutter, ob es in Rostock auch Busse und Straßenbahnen gebe. Man kannte den Ort Rostock nicht.

Von Wintersemester zu Wintersemester nahm die Zahl der zulassungsbeschränkten Studienfächer und Studiengänge zu. Zum Wintersemester 2009/2010 hatten wir 27 Studiengänge/Studienfächer, die einer örtlichen Zulassungsbeschränkung mit über 8.000 Bewerbungen unterlagen. Dementsprechend sah es bei uns aus und ich möchte an dieser Stelle meine Hochachtung an meine Kolleginnen ausdrücken, die trotzdem den Überblick nicht verloren haben, denn jede einzelne Bewerbung musste registriert werden, der Name und weitere Merkmale mussten erfasst werden. Zurückblickend kann ich sagen, dass relativ wenige Bewerbungen verloren gingen. Natürlich kam es das eine oder andere Mal vor, dass einzelne Bewerbungen nicht mehr aufgetaucht sind, aber diese haben wir dann später zwischen Akten wiedergefunden. Leider passiert so etwas bei solch großer Masse an Bewerbungen. Natürlich war es uns auch unangenehm, gerade wenn Besucher zu uns kamen und die dann diesen Zustand sahen. Sie konnten dann nicht so recht glauben, dass unter diesen Bedingungen ein ordentliches Zulassungsgeschäft möglich sei (Abbildung 4). Aber dennoch funktionierte es.

Seit 1993 arbeiten wir mit dem elektronischen Zulassungsprogramm der HIS-GmbH. Die Daten hatten wir damals noch selbst eingeben und jede Bewerbung prüfen müssen. Durch zahlreiche Überstunden und den Einsatz von studentischen Hilfskräften konnte das Bewerbungs- und Zulassungsverfahren bewältigt werden. Heute erledigen die Bewerber die Dateneingabe selbst durch die Online-Bewerbung und es werden nur noch die Bewerbungsunterlagen kontrolliert, die zu einer Zulassung geführt haben.

Nach dem Erhalt der Zulassung erfolgte die Immatrikulation. Diese war zu DDR-Zeiten und fast über zehn Jahre nach der Vereinigung persönlich vorzunehmen. Den Studenten standen zwar geordnet nach Fachrichtung mehrere Tage zur Verfügung, sie kamen aber in der Regel an den beiden ersten Tagen. Hinweise unsererseits, dass auch noch zum Ende der Woche immatrikuliert wird, hatten wenig Erfolg. Lange Warteschlangen und Wartezeiten waren vorprogrammiert (Abbildungen 5 und 6).

¹ Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, siehe <http://www2.zvs.de/>.



Abbildung 4
Büro des Studentensekretariats 1992
Foto: Margitta Grimmel



Abbildungen 5 und 6
Schlangen vor dem Immatrikulationsbüro 1986
Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Wohnheim der TH.
Wismar, 2400
Anschrift am Schulort
Schulstr. 15
Rethwisch, 2561
Anschrift am Wohnort – polizeilich gemeldet

Veränderung der Wohnanschrift

Wismar 01.09.89
Ort den

i. A. *P. Bach*

Unterschrift des Rektors bzw.
Direktors der Bildungseinrichtung

520 21 VV Spätsch. g. Aa 310 88 DDR 3267 I 20 B 731

Deutsche Demokratische Republik

Studentenausweis

Technische Hochschule
Wismar

Name der Bildungseinrichtung

T d M

Sektion:
Abteilung:

M 89b

Seminargruppe:

Studien-Nr.:

D	Fe	A	pS	Fo	pA	aA	T	G	E	V
X										

Wohnheim **23B**
204A

Name: [redacted]
Vorname: [redacted]
geb. am: [redacted]
PA-Nr.:

[Signature]
Unterschrift des Inhabers

Dieser Ausweis gilt bis zum

28.02.93

Siegel

Unterschrift

Dieser Ausweis berechtigt zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung für Schülerfahrkarten bzw. Schülerzeitkarten bei Erfüllung der Tarifbedingungen der Deutschen Reichsbahn.

von **Wismar**
Bahnhof am Schulort

nach **Bad Doberan**
Bahnhof am Wohnort

Der Inhaber ist Studierender
im **Direktstudium***
in **Wismar**
Schulort

und besucht zusätzlich Lehrveranstaltungen*
in **entfällt**
2. Schulort

– im Fernstudium*
in **entfällt**
Schulort

und besucht das Konsultationszentrum*
in **entfällt**

* Nichtzutreffendes streichen

Abbildung 7
Studentenausweis 1989-1993
Foto: Margitta Grimmel

Die persönliche Immatrikulation wurde dann durch eine schriftliche abgelöst. Heute erfolgt die Immatrikulation online, das heißt wenn alles in Ordnung ist und die Unterlagen ordentlich vorliegen, sieht man den Studenten im Studentensekretariat nicht mehr.

Der Studentenausweis war vor der Vereinigung einheitlich für alle Hochschulen der DDR und für die gesamte Studiendauer gültig. Bei Studienabbruch und Beendigung wurde dieser ungültig gestempelt. Bei Studienzeitverlängerung erhielt er eine entsprechende Verlängerung (Abbildung 7).

Mit der Wende fiel der einheitliche Studentenausweis weg. Wir mussten in kurzer Zeit einen neuen gestalten. Dies geschah mit Hilfe der Universität Kiel. In Anlehnung an die dortige Mustervorgabe ist unser Ausweis entstanden. Im Laufe der Zeit erfolgten Anpassungen durch die Einführung des Semestertickets und durch Entwicklungsphasen im elektronischen Datenprogramm. Die Ausweise mussten nunmehr semesterweise erstellt und ausgegeben werden.

In der Anfangsphase wurden die Ausweise im Studentensekretariat gedruckt, gefaltet und alphabetisch für die Abholung durch den Studenten aufbereitet. Wir hatten damit gut über eine Woche zu tun. Auf der Abbildung 8 präsentieren meine Kolleginnen voller Stolz, dass sie es in einer kürzeren Zeit geschafft haben, alle Studentenausweise zu falten und zu sortieren. Sie können sich sicherlich gut vorstellen, wie lang die Schlangen waren, als die Studenten sich den Ausweis abholen mussten.

Mit Versendung der Ausweise wurde dieser Zustand abgeschafft. Für uns jedoch kam das Eintüten in die Briefumschläge hinzu. Das gab es vorher nicht, da die Studierenden sich die Ausweise persönlich abholten. Heute übernimmt dieses Geschäft eine Druckerei, das heißt wir geben elektronisch die Studentendaten an die Druckerei, dort erfolgt die Beschriftung der Vordrucke, die Ausweise werden dort kuvertiert und zur Post gegeben.

Zur Rückmeldung ist Folgendes zu sagen. Vor 1990 kannten wir kein Rückmeldeverfahren. Ab 1991 mussten sich die Studenten mit diesem Rückmeldeformular semesterweise zurückmelden (Abbildung 9). Sie füllten es aus, klebten den Nachweis der Krankenkassen und den Beleg über die Einzahlung Semestergebühr auf, unterschrieben es und gaben es im Studentensekretariat ab. Sie können sich sicherlich unschwer vorstellen, wie viel Arbeitszeit und wie viel Wartezeit dies gekostet hat. Erst mit der Änderung der studentischen Krankenversicherungsordnung und mit der Wertung der Einzahlung der Semestergebühren als Willenserklärung für Rückmeldung konnte das Rückmeldeverfahren bundesweit wesentlich vereinfacht werden.



Abbildung 8

Die Studentenausweise sind sortiert! 1995

Von links nach rechts: Erika Böckmann, Gabriele Klabunde,
Sabine Mann, Katrin Gröning, im Vordergrund: Almut Reisinger

Foto: Privatarhiv Margitta Grimmel

UNIVERSITÄT



ROSTOCK

Zentrale Verwaltung - Dezernat 3 Studium und Lehre - Studentensekretariat - Universitätsplatz 5
18051 Rostock - Tel.: (0381) 498 1249 oder (0381) 498 1250

**Rückmeldung zum Wintersemester 19...../.....
Sommersemester 19.....**

Einschreibnummer:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Name:

Vorname: Geburtsdatum:

Semesteranschrift:
(hier bitte aktuelle Anschrift angeben) Straße, Nummer, event. Zusatz (PF u.ä.)

PLZ

Ort

Datum / Unterschrift

Rückmeldetermin für das Wintersemester: 01.06. bis 01.07.
Rückmeldetermin für das Sommersemester: 01.01. bis 01.02.

Achtung: Hier bitte die Belege (Einzahlungsbeleg und Krankenkassennachweis) aufkleben !

Bei der Überweisung des Semesterbeitrages bitte unbedingt den Verwendungszweck und die Einschreibnummer angeben !

Quittung über die Einzahlung des
Semesterbeitrages (50,- DM)

Nachweis über die bestehende
Krankenversicherung bzw.
Befreiungserklärung

BfG-Bank AG (Filiale Rostock - Am Ziegenmarkt)

Konto-Nr.: 13 32 93 31 00

Bankleitzahl: 130 101 11

Verwendungszweck: Sommersemester 19....

Verwendungszweck: Wintersemester 19.... /

151

Abbildung 9
Rückmeldeforumular 1991
Privatarchiv Margitta Grimmel

Der Krankenkassennachweis wird nunmehr zu Beginn des Studiums vorgelegt, und nach der Exmatrikulation wird die Krankenkasse durch das Studentensekretariat informiert, dass Sie nicht mehr Studierende der Universität Rostock sind. Im Gegenzug dazu hat aber das Wanderverhalten der Studenten von Krankenkasse zu Krankenkasse innerhalb des Studiums zugenommen. Wenn ein Student seine Krankenkasse wechselt, das heißt bei der alten Krankenkasse aus dem Vertrag austritt, bekommen wir die entsprechenden Informationen von der Krankenkasse. Wir müssen dann den Studenten informieren, dass er uns den neuen Nachweis zu bringen hat. Solange er dies nicht getan hat, darf er für das nächste Semester nicht zurückgemeldet werden. Das heißt, es wird automatisch eine Rückmeldesperre gesetzt. Erst wenn der Student den Nachweis bringt, erfolgt die Löschung der Sperre und er kann zurückgemeldet werden.

Nach meiner Erfahrung im Laufe meiner Dienstjahre kann man hier deutlich sehen, dass, sobald sich Arbeitsgänge vereinfachen, neue Prozesse in Gang kommen, die dann wieder einer vermehrten Bearbeitung bedürfen.

Nun komme ich zur Studentenregistrierung. Ein elektronisches System in der Studentenregistrierung gab es vor der Wende nicht. Wir hatten früher ein Karteikartensystem, in das sich jeder Student bei der Immatrikulation eintragen musste. Auf dieser Karteikarte wurden dann von den Mitarbeiterinnen alle Veränderungen im Studienverlauf manuell festgehalten (Abbildung 12). Diese Karteikarten standen für alle Studenten im Schalterraum. Wir haben sehr lange nach der Wende, bis gegen Ende der 90er Jahre mit dem Karteikartensystem parallel zu der elektronischen Erfassung gearbeitet, weil wir uns in der Anfangsphase nicht sicher sein konnten, ob das elektronische System standhält. Wir haben dem nicht getraut, aber es zeigte sich, dass wir immer weniger auf dieses Karteikartensystem zurückgreifen mussten. Ende der 90er Jahre konnten wir es dann schließlich vollkommen aufgeben. In der Übergangszeit seit 1990 erhielten wir von der Universität Halle – zu DDR-Zeiten waren Halle und Rostock Partnereinrichtungen, da sie von der Größe und vom Studienangebot relativ gleich waren – beim Aufbau einer elektronischen Studentendatenverwaltung Unterstützung. Der dortige Administrator hatte uns sein selbstentwickeltes Programm zur Verfügung gestellt. Zur Installation, welche ungefähr eine Woche dauerte, reiste er mit seinem fünfjährigen Sohn an, was dazu führte, dass ich eine Kollegin über diese Zeit zur Kinderbetreuung abstellen musste. Seit dem Wintersemester 1992 arbeiten wir auf Beschluss des Kultusministeriums einheitlich an allen Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit den Programmen der HIS-GmbH. Dieses Programm wird ständig weiterentwickelt, es wird an Entwicklungen und Neuerungen im Studienverlauf angepasst.

3576/54

In Blockschrift

Name [redacted] Vorname [redacted]

geb. [redacted] Partei SED

Geburtsort [redacted] Organisation FDJ, DSF
FDGB

Mag. Gesch. S.F.S
Fachrichtung ~~GEID~~ - Studienjahr 1989/90 2

Heimatanschrift [redacted]

[redacted]

Rostocker Anschrift [redacted]

[redacted]

NF Nr. u. Frühgesch. A.F.S
NF Klass. Arch. A.F.S
Bemerkungen

SS 93 (3)

WS 95/96 (1) gemündl.

Zu SS 99
WS 99/2000 7

CG 37/86/38

Abbildung 10
 Studenten-Karteikarte 1989-2000
 Universitätsarchiv Rostock

Abschließend folgen noch zwei Punkte, zum Einen die Studentenakten und zum Anderen das Studienbuch. Zu DDR-Zeiten hatten wir eine einheitliche, geschlossene Studentenakte. Dort kam alles hinein, was über den Studenten angefertigt oder an Formularen abgegeben wurde, von der Immatrikulation, über Sonderstudienpläne, Fachrichtungswechsel – die es auch zu DDR-Zeiten schon gab –, die Exmatrikulation und am Ende des Studiums, wenn es dann erfolgreich abgeschlossen war, wurde die Prüfungsakte hinzugelegt. Es war ein ganz geschlossenes System. Leider ist dies mit der Wende nicht mehr so praktiziert worden. Wir führen bei uns im Studentensekretariat nur eine Studienakte, die die Einschreibung dokumentiert. Wegen Rationalisierung und Effektivierung ordnen wir nicht alle Prozesse ein, wie Beurlaubung oder Rückmeldung oder wenn die Krankenkasse gewechselt wird. Hierfür besitzen wir Aktenordner nach Sachgebieten. Dieses Prinzip der Ablage geht einfach schneller. Man ist gezwungen, die Arbeitsabläufe so effektiv zu gestalten, dass die gestiegene Zahl der Studierenden mit dem gleichen Personal bewältigt werden kann. Wir haben mit sechs Mitarbeiterinnen und 6.000 Studenten angefangen, es sind gegenwärtig immer noch sechs Mitarbeiterinnen, haben aber 15.000 Studenten. Man ist gezwungen bestimmte Prozesse, die man für gut erachtet hat, wie zum Beispiel diese geschlossenen Akten, abzukürzen bzw. zu verändern, da die Arbeit in der alten Weise nicht mehr zu bewältigen ist. Die Prüfungsakten selbst, die dann in den Prüfungsämtern erstellt werden, sind separat geführt. Es erfolgt keine Zusammenführung mehr. In späteren Zeiten, wenn nachzuweisen ist, dass man zu einer bestimmten Zeit studiert hat, oder wenn ein Zeugnis verlorengegangen ist, findet man die Nachweise in getrennten Akten. Anfragen für die Rentenbestätigung, von wann bis wann studiert wurde, beantworten wir. Bei uns sind die Studentendaten elektronisch erfasst. Bei den Studierenden aus DDR-Zeiten muss manuell nachgeschaut werden, da müssen im Universitätsarchiv die Akten manuell herausgesucht werden.

Ein Studienbuch gab es zu DDR-Zeiten einheitlich für alle Hochschulen. In diesem Studienbuch wurden die Prüfungsnoten eingetragen und durch den Hochschullehrer unterschrieben. Das Studienbuch haben wir dann mit der Wende in Analogie zur Universität Kiel gestaltet. Wir haben ungefähr drei bis vier Jahre nach der Wende dieses Studienbuch weitergeführt. Danach wurde in der Verwaltung durch eine Firma die Effektivität von Arbeitsprozessen überprüft. Die Mitarbeiter haben sich jeden einzelnen Arbeitsschritt angeschaut und es wurde die Entscheidung getroffen, das Studienbuch aus Kostengründen abzuschaffen. Es gibt an den Hochschulen der Bundesrepublik noch Universitäten, die diese Tradition fortführen und weiterhin ein Studienbuch führen. Nach Abschaffung des Studienbuchs müssen die Studierenden ihre Studienleistungen und Scheine selber dokumentieren und aufbewahren. Nun bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt und gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Diskussion

Stefan Lembke:

Gab es bei Ihnen bei der Prüfung durch die Ehrenkommission irgendwelche Beanstandungen?

Margitta Grimmel:

Nein, dann wäre ich nicht hier. Genau wie Herr Tesche, Dezernent für Personal und Personalentwicklung gesagt hat, die Ehrenkommission hat geprüft, ob schuldhaftes Verhalten vorliegt und das war bei mir nicht der Fall. Ansonsten hätte ich dieses hochsensible Geschäft nicht weiterführen dürfen.

Hilde Michael:

Sie erwähnten die Aktenführung der Studierenden und nannten in diesem Zusammenhang unter anderem den Begriff „Sonderstudienpläne“. Können Sie kurz erläutern, was es damit auf sich hatte?

Margitta Grimmel:

Die Sonderstudienpläne wurden, wie bereits erwähnt, für Studierende mit Kind und Leistungssportlern erstellt. Hier wurde individuell mit der Studentin oder dem Studenten beraten, wie das Studium unter Berücksichtigung der familiären und sportlichen Belastung geschafft werden kann, wie viel Zeit für welche Lehrveranstaltungen in jedem Studienjahr zur Verfügung steht. Wenn ein Kind krank wurde – Sachen, die man nicht vorprogrammieren kann – ist die oder der Betroffene sofort zum Seminargruppenberater gegangen, um gemeinsam über den weiteren Studienverlauf zu beraten. Generell wurden die Studierenden in Seminargruppen eingeteilt, die je einen Umfang von ungefähr 20- 25 Studierende umfasste. Zu jeder Seminargruppe gehörte ein Seminargruppenberater. Wenn Schwierigkeiten auftraten, ist man sofort zu ihm gegangen und hat sein Anliegen oder seine Probleme geschildert. Auch Änderungen, die den Sonderstudienplan betreffen, konnten auf diesem Wege gemeinsam mit den Studierenden vorgenommen werden. Von Studienjahr zu Studienjahr wurde konkret festgelegt, welche Veranstaltung die- oder derjenige besuchen musste oder sollte. Zum Ende des Studienjahres wurde geprüft, inwieweit das Ziel erreicht wurde und welche Maßnahmen fortführend ergriffen werden müssten. Man sieht, dass dieser Sonderstudienplan individuell auf die entsprechende Situation der Betroffenen abgestimmt war. Es wurden keine Abstriche gemacht, was den Inhalt der Ausbildung betrifft. Die geforderten Prüfungen musste derjenige ablegen, jedoch unter anderen Bedingungen.

Hilde Michael:

Welche Möglichkeiten hatte man in der DDR, wenn man einen Studienort zugewiesen bekam, dennoch vielleicht anstatt Rostock in Berlin zu studieren? Gab es die Möglichkeit überhaupt?

Margitta Grimmel:

Nein, diese Möglichkeit gab es nicht. Die Bewerbung erfolgte an einer Hochschule. Wurde man angenommen, war ein Wechsel nicht möglich. Wenn man von einer Hochschule die Zulassung bekommen hatte, wurde das Studium an dieser Hochschule begonnen. Nach ein bis zwei Studienjahren bestand die Möglichkeit zu wechseln, dennoch waren Hochschulwechsel im Gegensatz zu heute sehr selten. Wenn überhaupt, war es ein Drittel von dem, was heute praktiziert wird. Die Bewerbungsunterlagen beinhalteten den Bewerbungsantrag, einen Lebenslauf, eine Beurteilung der Schule und eine beglaubigte Kopie des Zeugnisses der elften Klasse. Die Bewerber erhielten außerdem eine Bewerbungskarte, dies war eine Lochkarte, mit der man elektronisch auf einem Zentralrechner erfasst wurde. Dieser Zentralrechner stand in Magdeburg. Natürlich wurde es sofort bemerkt, wenn sich vielleicht jemand doppelt beworben hatte.

Wenn das der Fall war, ging die Information an die Hochschulen und es musste ein Gespräch mit dem Bewerber geführt werden, welche der Bewerbungen aufrecht erhalten und welche zurückgezogen werden sollte. Der Bewerber musste sich entscheiden, ob er sich lieber in Rostock oder beispielsweise in Leipzig bewirbt.

Gregor Dehmel:

Ich habe eine Frage zu den politisch beeinflussten Exmatrikulationsverfahren zu DDR-Zeiten. Gab es da irgendwelche Weisungen von der Parteiführung oder anderen Instanzen, die dazu geführt haben, dass ein Student, obwohl er exmatrikuliert hätte werden müssen, sein Studium weiter fortführen konnte?

Margitta Grimmel:

Ich will es nicht leugnen. Es gab sicherlich solche Weisungen, aber diese gingen dann immer beim Direktor für Studienangelegenheiten ein. Wenn Exmatrikulationen besprochen wurden, war es unsere Aufgabe die entsprechenden Studienunterlagen aus dem Archiv herauszusuchen. Diese wurden dem Direktor für Studienangelegenheiten vorgelegt und nachdem eine Entscheidung getroffen war, von uns wieder abgeholt. Ja, so etwas gab es.

Tina Hüffner:

Zum einen habe ich eine Frage zu Ihrem privaten Lebenslauf. Sie sagten, sie haben Chemie studiert. Warum haben Sie nicht später versucht, wieder in das chemische Fach hineinzufinden?

Margitta Grimmel:

Das war natürlich schwierig. Sie kennen ja die Lage hier in Rostock. Ich hatte versucht anzudeuten, dass mein Mann gesundheitlich sehr angeschlagen war und er dadurch nicht mit in die Chemieindustrie gehen konnte. Das Düngemittelwerk war das einzige Werk, welches hier in Rostock, genauer: im Randgebiet Rostocks, lag. Es wurde etwa am Anfang der 1980er Jahre aufgebaut. Und wenn Sie dann eine so lange Zeit, etwa 8 Jahre, aus dem Stoff 'raus sind, ist es natürlich schwierig, dort wieder Anschluss zu finden. Ich habe es einmal versucht und eine Absage bekommen. Weitere Versuche habe ich nicht mehr unternommen. Absagen habe ich genug in meinem Leben erhalten.

Tina Hüffner:

Inwieweit hatte die Staatssicherheit eigentlich Zugriff auf die ganzen Studententakten und alles was an Daten über die einzelnen Studenten vorhanden war?

Margitta Grimmel:

Ich denke, sie haben die Informationen und Daten von anderen Seiten bekommen. Wenn Sachen anlagen, wurde von einem bestimmten Mitarbeiter die Unterlagen aus dem Archiv geholt, in dem wir unsere Akten aufbewahrt haben, und diese wurden dann beim Direktor abgegeben. Ich selbst hatte nie Kontakt mit Mitarbeitern der Staatssicherheit. Dafür waren wir auch zu klein. Der Kontakt erfolgte über den Direktor für Studienangelegenheiten.

Tina Hüffner:

Was war, wenn bestimmte Bewerbungen in die Universität reinkamen? Wurden diese dann aus politischen Gründen nicht zugelassen?

Margitta Grimmel:

Nein. Ich denke, dass schon im Vorfeld gewusst wurde, wer sich an welcher Hochschule bewerben wollte, so dass schon an der Schule bestimmte Vorentscheidungen getroffen wurden. Sie haben ihre Leute gekannt, auf denen ein spezielles Auge geworfen wurde.

Stephan Lembke:

Mussten Studenten in der DDR SED-Mitglieder sein?

Margitta Grimmel:
Nein, das war nicht der Fall.

Stephan Lembke:
Gingen die Bewerbungen für die Universitäten über eine Zentrale?

Margitta Grimmel:
Ja, jeder Bewerber bekam für seine Bewerbung eine „Lochkarte“ die elektronisch im Zentralrechner, der sich in Magdeburg befand, verarbeitet wurde. Alle Bewerbungen wurden dort registriert.

Stephan Lembke:
Es war also keine Voraussetzung Parteimitglied zu sein, um studieren zu können?

Margitta Grimmel:
Nein, das war es nicht.

Axel Büssem:
Sie hatten die verschiedenen Kategorien von Bewerbern aufgezählt. Sie sprachen unter anderem von Arbeiterherkunft, Intelligenz und der Familienherkunft. Gab es für diese Bewerber auch die jeweiligen Kontingente?

Margitta Grimmel:
Nein, das gab es nicht.

Axel Büssem:
Wenn es keine Kontingente gab, wofür gab es dann diese Einteilung? Und wenn dieser Bewerber dann nicht angenommen wurde, weil er der falschen Kategorie zugehörte, hat er das dann irgendwann erfahren?

Margitta Grimmel:
Nein, das hat er nicht erfahren. Die Zulassungsordnung zu DDR-Zeiten bestimmte, dass nach Leistung auszuwählen ist, bei gleichem Leistungsstand erhielten Arbeiter- und Bauernkinder den Vorrang. Die DDR war schließlich ein Arbeiter- und Bauernstaat. Deshalb waren diese vorrangig auszuwählen. Bei der Vorauswahl wurden schon gezielt die Arbeiterkinder, also die nach der Kategorie 8 herausgesucht. Da wurden schon in Bezug auf die spätere Bewertung ein paar Abstriche gemacht, so dass ein reines Arbeiterkind eher zugelassen wurde, wenn eine Differenzierung von 0,1 oder 0,2 vorhanden war. Das Arbeiterkind mit 2,6 oder 2,7 wurde gegenüber einem Bewerber mit 2,5 eher zugelassen. Begründung

waren die familiären Verhältnisse. Damals ließ man lieber das Arbeiterkind mit 2,7 zu.

Axel Büssem:

Aber wenn es keine Kontingente gab, wofür gab es denn diese verschiedenen Gruppen? Warum wurden beispielsweise Pastorenkinder extra aufgeführt? Das muss doch einen Grund gehabt haben.

Margitta Grimmel:

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Darüber hatten wir uns zur damaligen Zeit keine Gedanken gemacht.

Nico Leschinski:

Fand die Selektion nicht eigentlich schon früher durch die beschränkte Zulassung zur EOS statt?

Margitta Grimmel:

Ja. Schon bei der Delegierung zur EOS fanden Selektierungen statt. Man musste einen Antrag stellen, der dann in der Schule beraten wurde. Mit Zustimmung der Schule wurden die Schülerin oder der Schüler zur EOS delegiert. In der 11. Klasse erfolgten Gespräche mit den Lehrern, die versuchten die Schüler in bestimmte Studienrichtungen zu lenken. Dadurch kam es schon im Vorfeld zu einer zielgerichteten Lenkung bei der Studienwahl. An den Schulen gab es Lehrer, die konkret für die Studienbewerbungen verantwortlich waren.

Nico Leschinski:

Wenn Sie die Immatrikulationsregeln in der DDR mit heute in Bezug auf das Chaos durch die ganzen Mehrfachbewerbungen an den Universitäten, die häufigen Studienabbrüche oder Studienfachwechsler vergleichen, fällt Ihnen da ein Unterschied auf? Denn das war in der DDR doch nicht so gegeben. Was sehen Sie für eine Perspektive? Was könnte man von den alten Strukturen übernehmen?

Margitta Grimmel:

Positiv wäre – das versuchte ich bereits anzudeuten –, dass bei der Lehramtsausbildung konkrete Kombinationen vorgegeben werden sollten, damit ein ordnungsgemäßes Studium ermöglicht wird. Bisher springen viele Lehramtsstudenten zwischen den Fächern hin und her. Ich sehe jedes Jahr, dass Studienanfänger, gerade im geisteswissenschaftlichen Bereich, nicht genau wissen, wo sie hingehen sollen, welche Lehrveranstaltungen sie belegen müssen und wie sie Lehrveranstaltungen zeitlich einordnen können. Sie wirken oft ziemlich ratlos. Durch eine feste Vorgabe würde es das Studium für die Studenten erleichtern. Sicherlich ist es schwierig

im ersten Anlauf den richtigen Studiengang zu finden und viele Studenten wollen erst einmal in einen Studiengang hineinschauen, gerade weil der Zugang für zulassungsfreie Studiengänge relativ einfach ist. Studiert diesen dann erst einmal für ein bis zwei Semester und überlegt, ob dieses Fach das richtige ist oder ob man sich für ein anderes entscheiden sollte. So etwas war zu DDR-Zeiten nicht möglich. Damals bekam man eine Richtung vorgegeben, mit der man sich arrangierte. Ich kann das natürlich nur von meiner Seite aus berichten. Wenn man in einem solchen System groß geworden ist, erfolgte natürlich eine entsprechende Prägung. Nach der Kinderkrippe kam ich in den Kindergarten. In die Schule wurde ich in eine Richtung gelenkt. Dadurch kam ich gar nicht auf den Gedanken, auch mal zu sagen: „Nein, das will ich nicht. Ich möchte lieber dieses oder jenes tun. Ich hatte ja nur diesen engen Rahmen. Ich sagte mir: „Das ist so, und jetzt zieh ich das durch und mache das.“ Das hatten die meisten befolgt und das Studium zu Ende gebracht. Ob sie damit glücklich waren und ob sie damit motiviert waren, sei erst einmal dahin gestellt. Heute wird ausprobiert. Manchmal sind es schon fünf bis sechs Fachrichtungswechsel. Vielleicht ist es auch nur eine Möglichkeit, den Studentenstatus mit den entsprechenden Vergünstigungen zu behalten. Die gesetzlichen Regelungen lassen dieses Verhalten zu.

Hilde Michael:

Sie erwähnten die Problematik bei Medizinstudenten, die aus den alten Bundesländern nach Rostock gekommen sind, um hier weiter zu studieren. Könnten Sie das Problem noch einmal vertiefend erläutern?

Margitta Grimmel:

Wir hatten 1989/90 viele Anfragen von Medizinstudenten, die hier ihr Studium zu Ende bringen wollten. Wir hatten damals noch keine Kennung von den rechtlichen Regelungen in den alten Bundesländern, weder von einer Approbationsordnung, noch vom Verlust des Prüfungsanspruchs, der eintritt, wenn Prüfungen mehrfach nicht bestanden wurden. Woher sollten wir das auch wissen? Die Studenten sind zur Medizinischen Fakultät gegangen, haben dort einfach ihre erfolgreichen Scheine vorgelegt und gefragt, welche anerkannt werden. Diese wurden von den Hochschullehrern eingeschätzt nach den für uns gültigen Bestimmungen eingestuft. War das der Fall, durften die Studenten sich für das höhere Fachsemester bewerben und das Studium in dem entsprechenden Fachsemester fortsetzen. Erst im Nachhinein, nachdem die Studenten schon einige Zeit bei uns waren, und man vertrauter mit den neuen Regularien der Medizinausbildungen war, musste man erkennen, dass bestimmte Zulassungsentscheidungen nicht hätten getroffen werden dürfen. Aber dann war es bereits zu spät. Das werden Sie bei einem Systemwechsel immer haben.

Hilde Michael:

Ich habe noch eine Frage, die in eine andere Richtung geht. Sie kennen noch das Stipendiensystem vor einigen Jahren. Sie erwähnten auch dieses Zusatzstipendium mit 60, 100 und 150 Mark. Nach welchen Kriterien wurden diese vergeben? Wie oft wirkt denn diese Abstufung?

Margitta Grimmel:

So genau habe ich mir die Stipendienordnung in Vorbereitung dieses Vortrages nicht angesehen., aber aus meinem Wissen heraus wurden die Leistung des vergangenen Studienjahres herangezogen und natürlich geprüft, inwieweit der Student gesellschaftlich aktiv war. Aufgrund dieser Tatsache wurde dann das Leistungsstipendium vergeben. Wenn jemand in der Fakultät – zu DDR-Zeiten als Sektion bezeichnet – sehr gute Leistung erbracht hatte, dieser aber im gesellschaftlichen Bereich weniger aktiv war, hat er eine Stufe niedriger oder – auch das kam vor – kein Leistungsstipendium bekommen.

Gregor Dehmel:

Wie ist es dann, wenn derjenige gesellschaftlich in Sportvereinen, beispielsweise als Leistungssportler aktiv war?

Margitta Grimmel:

Ich meinte damit die FDJ-Arbeit. Sportliche Aktivitäten wurden weniger betrachtet. Auch die Gesellschaft für Sport und Technik (GST)² gehörte nicht dazu. Die gesellschaftlichen Aktivitäten wurden in erster Linie auf der Grundlage der FDJ-Arbeit bewertet, je nachdem wie aktiv sie oder er in der FDJ-Gruppe auftrat.

Stefanie Rittmann:

Ich habe eine Frage bezüglich der Schüler, die nicht in die Vorauswahl für das Studium gekommen sind. Gab es unter diesen vielleicht Ihnen bekannte Einzelschicksale, die vielleicht zu Ihnen gekommen sind und ihr Anliegen bei Ihnen vorgebracht haben?

Margitta Grimmel:

Die Schüler, die zu mir kamen, waren in der Regel abgelehnte Medizinstudenten. Wir haben uns die Beweggründe angehört, mussten aber sagen, dass wir nichts tun können. Wir informierten lediglich darüber, dass sie nur die Möglichkeit besitzen – auch schon zu DDR-Zeiten – gegen den Ablehnungsbescheid Widerspruch einzulegen. Die Widerspruchskommission hat dann über die eingereichten Wider-

² Paramilitärische Organisation der DDR, gegründet 1952, aufgelöst 1990. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaft_für_Sport_und_Technik (19.05.2011).

sprüche entschieden.. Dazu reisten auch die Eltern mit ihren Kindern an. Der damalige Prorektor war Vorsitzender der Widerspruchskommission. Weitere Mitglieder waren Vertreter der Medizinischen Fakultät. Dann wurde von dem betreffenden Studienbewerber, oft auch von den Eltern, dargelegt, warum sie oder er für dieses Studium geeignet sei. Zu 90 Prozent wurden die Widersprüche abgewiesen. Es kam aber auch vor, dass Bewerber während dieses Widerspruchsverfahrens noch zugelassen wurden.

Stefanie Rittmann:

Wissen Sie denn, ob es diesen Studenten möglich war, ihr Studium zu beenden?

Margitta Grimmel:

Nein, das wurde dann nicht weiter verfolgt. Denn sehen Sie, bei uns werden Tausende von Studierende verwaltet und die Erfüllung der täglichen Arbeitsaufgaben ist so vielschichtig, dass kaum Zeit für so etwas war. Sicherlich hat man auch mal bei der Immatrikulationen indirekt beobachtet, wer noch zugelassen wurde, doch der weitere Studienverlauf wurde in der Regel nicht verfolgt. Es kamen ja wieder neue Studenten nach. Wie bereits gesagt, wurden bei denjenigen, die abgelehnt worden sind, die Umlenkungsgespräche geführt. Manche haben sich noch für einen Studienplatz entschieden, andere machten eine Berufsausbildung oder bewarben sich im nächsten Jahr neu.

Axel Büssem:

Sind diese Wiederbewerbungen, von denen Sie eben gesprochen haben, nur an derselben Universität möglich gewesen, oder konnte man sich auch an anderen Hochschulen bewerben?

Margitta Grimmel:

Ja, man konnte sich auch an anderen Universitäten bewerben.

Axel Büssem:

Ich habe noch eine Frage zu dem damaligen Zulassungssystem. Auf ihrem Schreibtisch wurden ja durch die Vorgaben, die Sie nicht beeinflussen konnten, wirklich Schicksale entschieden. Dadurch wurden auch Menschen ihrer möglichen Zukunft beraubt, weil diese vielleicht aus einem falschen Elternhaus stammten. Kamen nach der Wende auch Beschäftigte oder Studenten auf Sie zu, um mit Ihnen über dieses Thema zu sprechen?

Margitta Grimmel:

Ich habe damals nach den gesetzlichen Vorgaben gearbeitet, genau wie ich es auch heute tue. Heute werden keine sozialen Einstufungen vorgenommen. Es gibt

auch heute noch Studieninteressierte, die zu uns kommen, weil sie mit ihrem Leistungsdurchschnitt keine Zulassung bekommen konnten, aber ihre Berufswünsche trotzdem erfüllen möchten. Entweder orientieren wir auf eine Neubewerbung oder verweisen auf das Nachrückverfahren. Durch Rückgaben von Studienplätzen kann es passieren, dass kurzfristig wieder Plätze frei werden, so dass doch noch die Möglichkeit der Studienaufnahme besteht. Viele erhalten – bedingt durch Mehrfachbewerbungen – auch noch an anderen Hochschulen kurzfristig eine Zulassung und der belegte Studienplatz wird kurz vor Studienbeginn zurückgegeben. Das Zulassungsverfahren ist somit ständig in Bewegung. Wenn innerhalb von drei Wochen nach Vorlesungsbeginn wieder Studienplätze frei werden, kann dann noch eine Zulassung erfolgen.

Gregor Dehmel:

Haben Sie einen vergleichenden Überblick über die Anzahl der Studenten, die in der DDR und heute ihr Studium erfolgreich beendet haben?

Margitta Grimmel:

Die Prozentzahl lag zu DDR-Zeiten wesentlich höher. Sie bewegte sich zwischen 85 und 90 Prozent. Heute ist es von Fachrichtung zu Fachrichtung verschieden. Bei Informatikern liegt die Erfolgsquote ungefähr bei 50 bis 60 Prozent, also relativ niedrig, weil es ein sehr anspruchsvolles Studium ist. In der Medizin, ein sehr stark nachgefragter Studiengang, liegt die Erfolgsquote nur bei 60 bis 70 Prozent. Es brechen eine Reihe von Studierenden das Studium ab, weil sie die große Menge an Lernstoff nicht bewältigen können. Darunter sind auch sehr gute Studenten mit einem Abiturdurchschnitt von 1,0. Eine 1,0 ist nicht immer eine 1,0. Hier gibt es von Schule zu Schule Unterschiede. Es sind teilweise auch Gefälligkeitsentscheidungen, die zu einem solchen Abiturergebnis geführt haben. Die Schüler gehen von den Schulen mit einem gutem Durchschnitt ab, erhalten einen heiß begehrten Studienplatz, doch den Anforderungen des Studiums sind sie nicht gewachsen. Wenn wir so etwas sehen, ist das natürlich immer sehr bitter. Wir sehen aber auch Studenten, die durch ihre Berufsausbildung und Dienstzeiten in der Bundeswehr in ihrer Persönlichkeitsentwicklung sehr gereift sind und trotz eines Durchschnitts von vielleicht 3,0 ein Studium beginnen und es erfolgreich beenden. Sie wissen, was sie wollen und setzen alles daran, das Studium erfolgreich zu beenden. Der Erfolg ist bei diesen Studenten enorm hoch.

Kersten Krüger:

Ich habe eine Frage bezüglich der jüngsten Gegenwart. Es gibt Fächer, die zulassungsfrei sind. Das ist in der Regel in der Philosophischen Fakultät der Fall. Aber bezüglich der zulassungsbeschränkten Fächer erwähnten Sie die ZVS und, abgelöst von diesem Zentralverfahren, die lokalen, von der Universität getragenen

Zulassungsprozeduren. Könnten Sie den Unterschied noch einmal herausstellen und die heutige Tendenz verdeutlichen? Das scheint mit als Information für die Zukunft sehr wichtig zu sein. Wenn wir hier alle sitzen, geht uns das persönlich vielleicht nichts an, aber für die Universität ist es sehr wichtig, wer über die zulassungsbeschränkten, also sehr begehrten Studienfächer entscheidet.

Margitta Grimmel:

Die ZVS ist vor vielen Jahren in den alten Bundesländern im Zuge der Mehrfachbewerbungen und der überhohen Zahl von Bewerbungen an den Hochschulen für ganz bestimmte Studiengänge entstanden. Dies traf vor allem für die Medizin, Zahnmedizin, Biologie, Betriebswirtschaftslehre, Informatik und Rechtswissenschaft zu. Das waren bundesweit die lukrativsten Fächer, die zu einem erhöhten Bewerberandrang führten. Die Hochschulen konnten den Bewerberandrang nicht mehr bewältigen. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen wurde gegründet. Die Vergabe der Studienplätze erfolgte nach den Kriterien der Durchschnittsnote und der Wartezeit. Die einzelnen Bundesländer hatten sich durch einen Staatsvertrag verpflichtet, die betreffenden Studiengänge durch die ZVS vergeben zu lassen. Im Laufe der Zeit kam es immer wieder zu Diskussionen, über den Sinn und Zweck dieser Vergabestelle, da Bewerber oft Zulassungen für Hochschulen erhielten, für die sie sich nicht beworben hatten. Zunehmend haben auch Hochschullehrer der Universitäten den Wunsch geäußert, die Studienbewerber selbst auswählen zu wollen und nicht durch eine Zentralstelle zugewiesen zu bekommen. Auf der Ebene der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz wurde durch Veränderungen der Auswahlkriterien dem entsprochen. Gegenwärtig werden 20 Prozent der Studienplätze nach der Durchschnittsnote, 20 Prozent nach Wartezeit von der ZVS vergeben, die übrigen 60 Prozent der Plätze von den Hochschulen. Die Hochschulen haben dafür eigene Auswahlkriterien entwickelt, zum Beispiel Vorlage eines Facharbeiterzeugnisses, Ableistung von Praktika oder Durchführung von persönlichen Auswahlgesprächen.

Die Hochschule wählt aus und teilt der ZVS mit, welche Bewerber im Rahmen des Hochschulauswahlverfahrens zulassen werden sollen. Im Auftrag der Hochschule werden dann von der ZVS die entsprechenden Bescheide verschickt. Die Universität Rostock hat sich dafür entschieden, dass alle Bewerber in die Vorauswahl kommen, die nicht schlechter als 2,3 sind und die Rostock an erster bis dritter Stelle als Studienort genannt haben. Die Medizinische Fakultät hat jährlich zum Sommer zwei bis drei Tausend Studienbewerbungen, die diese Anforderungen erfüllen, verfügt aber nur über etwa 100 Plätze. Zum Wintersemester werden jährlich etwa 204 bis 210 Plätze in dieser Fachrichtung vergeben. Die Zulassungszahlen variieren, da die Zahlen kapazitätsrechtlich jährlich neu berechnet werden.

Im örtlichen Zulassungsverfahren sind Studiengänge aufgelistet, die es bundesweit nicht so oft gibt, das heißt, es sind Studiengänge, die es teilweise nur an der betreffenden Hochschule gibt und hier die Nachfrage groß ist. Studiengänge mit geringerer Nachfrage sind zulassungsfrei. Es hat sich beispielsweise in den letzten zehn Jahren gezeigt, dass Bewerbungen für die Rechtswissenschaft bundesweit zurückgingen. Dieser Studiengang wurde dann aus dem zentralen Vergabeverfahren herausgenommen. Ähnlich war es mit der Betriebswirtschaftslehre und der Informatik. Häufig kam es vor, dass sich die Bewerber an den entsprechenden Hochschulen mehrfach beworben hatten. Durch die Mehrfachbewerbung kommt es an den Hochschulen zu einer Überlast im Zulassungsverfahren. Die Hochschulen wissen nicht wie viele Bewerbungen der einzelne Studienbewerber abgeschickt hat, für welche Hochschule er sich letztendlich entscheidet. Da kann es passieren, dass begehrte Studienplätze frei bleiben. Durch die Einrichtung einer Servicestelle und damit durch eine Veränderung im Bewerbungsverfahren wird nunmehr versucht, die Mehrfachbewerbung zu koordinieren. Die ZVS heißt ab 1. Mai nicht mehr ZVS, sondern *Hochschulstart*.³ Die ZVS an sich gibt es dann nicht mehr. Die Bundesländer haben dafür einen Staatsvertrag abgeschlossen, wodurch die Hochschulen ihre örtlich zulassungsbeschränkten Studiengänge direkt über *Hochschulstart* laufen lassen können. Hier erfolgt dann im Dialog mit dem Bewerber ein Abgleich seiner Mehrfachbewerbungen.

Kersten Krüger:

Wer entscheidet über die zulassungsbeschränkten Fächer?

Margitta Grimmel:

Im örtlichen Zulassungsverfahren sind immer die Studiengänge enthalten, die es bundesweit von der Anzahl her nicht gibt. Wenn in zulassungsfreien Studiengängen über einen längeren Zeitraum die Studienanfängerzahl die Studienplatzkapazität übersteigt, entscheidet die Hochschulleitung für das darauffolgende Wintersemester über eine mögliche Zulassungsbeschränkung. Es hat sich in der Entwicklung der letzten zehn Jahre gezeigt, dass das Interesse für die Rechtswissenschaft immer weiter zurückgingen. Es erfolgte keine Auswahl mehr sondern eine Verteilung der Bewerber an die entsprechenden Hochschulen. Es machte keinen Sinn mehr, die Vergabe der Studienplätze für diesen Studiengang über die ZVS laufen zu lassen. Er wurde daher aus dem ZVS-Verfahren herausgenommen, genauso die Studiengänge Betriebswirtschaftslehre und die Informatik. Zukünftig sollen auf Wunsch der Hochschulen alle Bewerbungen für die örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen über Hochschulstart abgewickelt werden. Der Bewerber kann dann bis zu zwölf Studienwünsche äußern und durch eine Reihung

³ <http://www.hochschulstart.de/>

seine Studienortswünsche angeben. Erhält er bei seiner ersten Wunschuniversität eine Zulassung wird er aus der Bewerberliste der weiteren Hochschulen herausgenommen. Weitere Bewerber können so schneller nachrücken. Das ist, wie wir hoffen, ein schnelleres Verfahren. Es wird ungefähr 2011 zu realisieren sein. Welche Studiengänge der Universität Rostock in dieses Verfahren gehen, weiß ich nicht. Schwierigkeiten dürfte es bei den Bachelor-Studiengängen der Philosophischen Fakultät und bei den Lehrämtern geben, da technisch die Vergabe von zwei zulassungsbeschränkten Studienfächern innerhalb eines Studienganges noch nicht gelöst ist.

Stephan Lembke:

Wie können Sie Planungssicherheit schaffen, wenn Studenten sich an einer Universität bewerben, den Studienplatz bekommen, dann aber nicht für diesen Studienplatz antreten?

Margitta Grimmel:

Das ist eine gute Frage. Wir haben für die Rückgabe von Studienplätzen unsere Erfahrungswerte, aber die können von Jahr zu Jahr schwanken. Ich weiß nicht, wo sich der einzelne Bewerber beworben hat und wie viele Bewerbungen er abgegeben hat und ob die Universität Rostock seine Wunschhochschule ist. Mittlerweile hat sich herauskristallisiert, dass wir bei einer Kapazität von beispielsweise 100 Plätzen in den Wirtschaftswissenschaften das Drei- bis Vierfache zulassen, immer in der Hoffnung, dass nicht alle kommen. Bislang ging unsere Rechnung auf.

Stephan Lembke:

Gab es denn einmal die Situation, dass Sie 100 Plätze zur Verfügung hatten, die Leute sich mehrfach darauf beworben hatten und sie nachher im Endeffekt die Plätze nicht voll bekommen haben?

Margitta Grimmel:

Ja, solange wir noch Bewerbungen haben, werden wir entsprechende Nachrückverfahren durchführen. Aber je mehr Nachrückverfahren durchgeführt werden, desto weniger werden Plätze angenommen und umso schlechtere Kandidaten kommen zum Studium. Es bleiben meist nur die übrig, die woanders auch keine Zulassung erhalten haben. Ich bin gehalten, die Plätze auszulasten. Im letzten Jahr haben wir bei den Lehramtstudiengängen, das Drei- bis Vierfache überbucht. Das führte dazu, dass wir im Lehramt für Haupt- und Realschule mit Englisch als Pflichtfach über die Zulassungszahl hinaus mehr Studienanfänger hatten. Seitens des Instituts für Anglistik erfolgten Beschwerden. Es ist nicht immer einfach das Annahmeverhalten der Bewerber einzuschätzen. In all den Jahren sind die Zulassungszahl-

vorgaben in der Regel nahezu erfüllt worden. Manchmal blieben zwei bis drei Plätze übrig. Wenn die Zeit dann so weit fortgeschritten ist, dass ein Einstieg in das Studium nicht mehr sinnvoll ist – Richtwert vier Wochen nach Vorlesungsbeginn –, bleiben diese frei. Wir rücken dann nicht mehr nach.

Eine Überbelegung der Studienplätze hatten wir einmal in der Medizin. Wir mussten 30 Studienanfänger mehr aufnehmen, bedingt durch den Umstand, dass das Annahmeverhalten durch die Schließung der Vorklinik an der Humboldt-Universität recht gut war und unsererseits dieses schlecht vorhersehbar war. In der Medizinischen Fakultät setzte eine Protestwelle ein. Herr Professor Wree⁴ sagte mir zwei Jahre später, dass es gar nicht so schlecht gewesen sei, denn in den höheren Fachsemestern brauchten keine weiteren Studenten von anderen Hochschulen aufgenommen zu werden. Es ist schwierig, Jahr für Jahr die entsprechenden Überbuchungsfaktoren festzulegen. Die Fakultäten selbst übernehmen dafür keine Verantwortung. Würde ich auf die Fakultäten hören, wären die Studienplätze im ersten Anlauf noch nicht mal zu einem Drittel gefüllt.

Tina Hüffner:

Was passiert, wenn der Extremfall eintritt und von den vier Mal überbuchten Plätzen kommen drei Mal?

Margitta Grimmel:

Dann hat die Universität ein Problem. Es müssen alle ausgebildet werden. Die Fakultäten müssen sich geeignete Maßnahmen überlegen, wie sie es hin bekommen, entweder durch Schichten oder abendliche Sonderveranstaltungen.

Tina Hüffner:

Wir merken es ja so schon, wenn 100 Leute auf 70 Stühlen sitzen, gerade zu Semesterbeginn, wenn die Erstsemester kommen.

Margitta Grimmel:

Das liegt in unserer Verantwortung, dass wir eine entsprechende Überbuchung hinbekommen. Aber wenn der Extremfall eintritt, haben alle ein Recht auf ihren Studienplatz. Ich kann die Zulassung nicht entziehen. Die Studiensituation ist dann katastrophal.

⁴ Prof. Dr. Andreas Wree: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/136643280>.

Gregor Dehmel:

Herr Vetter⁵ hat über das Marketing der Universität Rostock im Ausland berichtet. Wie wird mit den Studienbewerbungen von Auslandsstudenten verfahren? Gibt es Abstufungen, dass sie nicht dem NC unterliegen?

Margitta Grimmel:

Für zulassungsbeschränkte Fächer ist gesetzlich festgehalten, dass acht Prozent der Studienplätze für ausländische Studienbewerbungen zur Verfügung stehen. Diese Plätze werden im Vorfeld abgezogen. Nur im Rahmen dieser Kapazität werden ausländische Bewerbungen geprüft und zugelassen. Wenn dort ein Überangebot herrscht, meist in Medizin oder Zahnmedizin – dann wird nach Leistung ausgewählt. Für die Bewertung der ausländischen Leistungen gibt es die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen in Bonn. Für jedes Land stehen entsprechende Bewertungsrichtlinien zur Verfügung. Diese können auch vom Studienbewerber eingesehen unter dem „Informationssystem zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse“⁶ eingesehen werden. Hier kann jeder ausländische Student oder auch jeder Deutsche – denn es gehen auch zunehmend Deutsche ins Ausland und machen dort ihr Abitur – sehen, wie die Schulausbildung aus dem eigenen Land anerkannt wird und ob man sich mit dieser Ausbildung gleich immatrikulieren kann oder gegebenenfalls ein Studienkolleg besucht werden muss. Ansonsten erfolgt die Auswahl nach den Leistungen. Die Zulassungsordnung sagt auch aus, dass darüber hinaus ausländische Studenten zugelassen werden können, die durch Partnerschaftsvereinbarungen an die Universität kommen sollen

Die Ausländerzahl ist seit Jahren nicht gravierend gestiegen, sie bewegte sich um die 800-900 Studierende. Wir haben enorm viele Bewerbungen für den Masterstudiengang *Computational Engineering* aus Indien und Pakistan. Mit diesen Zulassungen ist meine Kollegin das ganze Jahr beschäftigt. Hier gibt es Probleme mit den Einreisevisa, von 200 Zulassungen kommen vielleicht 20. Ein großer Teil der ausländischen Bewerbungen kommt aus dem arabischen Raum und aus der Türkei. Die Bewerbungen aus dem osteuropäischen Raum sind rückläufig, ebenso aus China. Anfang 1996/97 gab es eine Flut von chinesischen Bewerbungen. Nicht alle konnten wir zeitnah bearbeiten. Der Ansturm hat gegenwärtig nachgelassen. Es setzte bei den chinesischen Bewerbern eine Ernüchterung ein. Viele chinesische Studenten kamen mit unserem Ausbildungssystem nicht zurecht. Das Studium wurde trotz Bemühungen der Prüfungsämter abgebrochen. Zu mir kamen einige Studenten in die Sprechstunde und baten um Hilfe. Ein Zurück in das

⁵ Dr. Ulrich Vetter, siehe seinen Zeitzeugenbericht in diesem Band, S. 144-171.

⁶ Informationssystem zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse:
<http://www.anabin.de/>.

Heimatland ohne Studienerfolg gab es nicht. Die Eltern hatten viel Geld in das Studium ihres Kindes investiert, sie würden damit vor ihren Eltern das Gesicht verlieren. Durch eine entsprechende Beratung versuchten wir zu helfen. Einige haben sich nicht getraut ohne Erfolg nach Hause zu fahren. Sie verdienten sich ihren Lebensunterhalt in Chinarestaurants. So was ist traurig.

Tina Hüffner:

Haben Sie eine Vermutung, woran es liegen könnte, dass Studenten aus dem asiatischen Raum sehr oft ihr Studium nicht erfolgreich beenden?

Margitta Grimmel:

Es ist unter anderem ein sprachliches Problem. Vielleicht sind die Anforderungen höher als in dem betreffenden Land. Chinesische Bewerber können nur zu uns kommen, wenn sie Studienzeiten aus ihrem Land nachgewiesen haben. Mit dem Schulzeugnis ist eine Studienaufnahme bei uns nicht möglich. Es gibt in China eine hohe Anzahl verschiedener Studieneinrichtungen, die vom Inhalt und vom Niveau her unterschiedlich sind. Absolventen der 211er Einrichtungen – Eliteeinrichtungen in China – können bei uns sofort ein Studium aufnehmen. Daneben gibt es auch Juniorcolleges. Bewerber dieser Einrichtung brechen bei uns ein. Sie absolvieren in China ein dreijähriges Studium und wenn sie zu uns kommen, ist das nicht einmal eine Hochschulreife. Mit der Bewerbungsflut tauchten in Deutschland vermehrt Zeugnisfälschungen auf. Erst mit der Einrichtung einer akademischen Prüfstelle in Peking konnte dieses Problem unterbunden werden. Jeder chinesische Studienbewerber musste nunmehr neben seinen Bewerbungsunterlagen eine Bestätigung dieser Prüfstelle vorlegen, die die Echtheit seiner Zeugnisse und das Vorhandensein von deutschen Sprachkenntnissen bestätigte. Die Bestätigung der akademischen Prüfstelle enthielten auch Angaben zum Hochschulzugang. Nach der Einführung dieser Prüfstelle sind die Bewerbungen zurückgegangen. Die Qualität der Bewerbungen hat sich verbessert. Momentan wird eine akademische Prüfstelle in Vietnam eingerichtet.

Tina Hüffner:

Gab es auch schon bei deutschen Studenten Fälschungen des Abiturzeugnisses?

Margitta Grimmel:

Ja, aber nicht in dem Umfang. Beworben wird sich mit einer beglaubigten Kopie des Abiturzeugnisses. Welche Beglaubigungen von uns anerkannt werden, steht im Internet. Mit der immer weiter fortschreitenden Technik ist eine Fälschung kaum feststellbar. Ich gehe davon aus, dass wir auch Studienbewerber mit gefälschten Unterlagen eingeschrieben haben. Da uns nur eine sehr begrenzte Zeit für die Prüfung der Unterlagen zur Verfügung steht, werden nur die Bewer-

bungen geprüft, die eine Zulassung erhalten. Früher haben wir alle Bewerbungen geprüft. Jeweils ab 1. Juni gingen die Unterlagen bei uns ein, Abitur wurde um den 10. Juli absolviert. Der Hauptschwung der Bewerbungen kam mit Bewerbungsschluss am 15. Juli. Anfang August mussten wir schon die Bescheide abschicken. Da gab es sehr viele Überstunden, und da kann es passieren, dass Fälschungen durchrutschen. Ich hatte vor zwei Monaten Kontakt mit *UniAssist* in Berlin, das ist eine Vereinigung von mittlerweile 40 Hochschulen, die im Vorfeld die Bewerbungsunterlagen von ausländischen Studienbewerbern prüfen. Ausländische Bewerber für die entsprechenden Hochschulen reichen ihre Unterlagen bei *UniAssist* ein, es erfolgt eine Prüfung. Wenn die Unterlagen in Ordnung sind, werden sie an die Hochschulen geschickt. Ich brauche dann nichts mehr zu prüfen, sondern kann die Auswahl durchführen. Selbst diese versierten Mitarbeiter, die die Zeugnisse aus den einzelnen Ländern kennen, können Fälschungen nicht verhindern.

Julia Harder:

Ich habe eine praktische Frage. Warum sind unsere Studentenausweise aus Papier?

Margitta Grimmel:

Das Thema wollte ich gar nicht anschneiden. Das Chipkartensystem wurde in den letzten 20 Jahren ein paar Mal in der Hochschulleitung beraten. Es wurden wiederholt Arbeitsgruppen gegründet unter Federführung des Rechenzentrums, da das Chipkartensystem ein EDV-gesteuertes System ist. Wir sind dafür keine Fachleute. Herr Professor Strothotte,⁷ hatte sich das Thema auf die Agenda geschrieben. Die Zeit geht ins Land und es wird von Jahr zu Jahr stiller um das Chipkartensystem. Sie haben gemerkt, dass wir viele online-Dienste ins Netz gestellt haben. Sie können Ihre Studienbescheinigung selbst ausdrucken, Sie können Anschriften ändern, Sie können die Geldbewegung ihrer Rückmeldung zum Wintersemester ab 1. Juni einsehen, eine Rundmail ist unterwegs, ob das Geld eingezahlt worden ist, ob es verbucht ist, ob Sie den richtigen Beitrag eingezahlt haben. Es wird jetzt alles vermehrt über das Internet laufen. Natürlich ist ein Papierausweis nicht schön, das gebe ich ehrlich zu. Der hält nicht mal ein Semester. Um die Chipkarte einzuführen, fehlt mir die Entscheidungsgewalt. Das ist eine Sache der Hochschulleitung.

⁷ Prof. Dr. Thomas Strothotte: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/11584113X>.

Kersten Krüger:

Ich habe jetzt noch eine oder zwei Abschlussfragen. Wir haben ein hohes Maß an individueller Dramatik vorgeführt bekommen. Ein Studienplatz, ein erfolgreicher Studienabschluss, ist eine Entscheidung für das zukünftige Leben und damit von hoher Bedeutung. Jetzt sprechen wir über Chipkarten, es wird dann aber Ausweise auf Papier nicht mehr geben. Meine Frage gilt der Überlieferung. Es wird alles zunehmend elektronisch, und während wir früher noch Studentenakten hatten – unsere Archivarin sitzt hier –, können wir über die älteren Studenten wissenschaftlich arbeiten, über die neuen offensichtlich nicht. Haben Sie irgendeine Idee oder Lösung? Danach habe ich noch eine Abschlussbemerkung.

Angela Hartwig:

Die Zusammenführung der Studentenakten, wie sie bis 1993 möglich war, geht jetzt nicht mehr und dieses Problem steht im Archiv jetzt vor uns. Wir versuchen zwar diese Akten zusammenzuführen. Aber von denjenigen, die nicht an der Universität geprüft werden, haben wir irgendwann gar nichts mehr. Das werden die Lehrerprüfungsämter, die medizinischen Einrichtungen selber aufbewahren.

Margitta Grimmel:

Die ersten 15 Jahre nach der Wende hat jedes Prüfungsamt etwas Eigenes gemacht, seien es Karteikarten oder ein selbstgestricktes EDV-Programm. Seit dem Wintersemester 2009/2010 arbeiten viele Prüfungsämter mit dem HIS-Prüfungssystem. Diese Zwischenzeit wird immer problematisch bleiben. Mit unserem Studentenverwaltungsprogramm können Auskünfte zu Studienzeiten ab Wintersemester 1992 schnell erfolgen.

Kersten Krüger:

Weil die Zeit fast abgelaufen ist, habe ich noch eine Schlussbemerkung und einen Wunsch. Der Wunsch betrifft die neue elektronische Rückmeldung, dass dort auch die Zustimmungserklärung hineinkommt, in der jeder Student erklärt einverstanden zu sein, dass er in unseren Matrikel-Katalog kommt, den wir ins Netz stellen wollen. Die Schlussbemerkung ist ein Lob an uns alle. Sie merken, wie wichtig die mündliche Geschichtsüberlieferung ist. Ohne Frau Grimmel wüssten wir nichts über das, was in den elektronischen Daten noch unter Datenschutz steht und bei Stromausfall alles gelöscht ist. Wir wissen, dass die Dramatik der Einzelschicksale, die heute zur Sprache gekommen sind, ist eine ganz wichtige Dokumentation unserer Universitätsrealität, unseres Universitätsalltages ist. Damit möchte ich Sie verabschieden. Wir danken Frau Grimmel und allen Anwesenden. Die Sitzung ist geschlossen.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1, S. 453

Das Institut für Chemie am Glatten Aal 2007

Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Abbildung 2, S. 454

Palais am Universitätsplatz 2010

Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Abbildung 3, S. 458

Parkstraße 6

Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Abbildung 4, S. 461

Büro des Studentensekretariats 1992

Foto: Margitta Grimmel

Abbildungen 5 und 6, S. 462

Schlangen vor dem Immatrikulationsbüro 1986

Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Abbildung 7, S. 463

Studentenausweis 1989-1993

Foto: Margitta Grimmel

Abbildung 8, S. 465

Die Studentenausweise sind sortiert! 1995

Von links nach rechts: Erika Böckmann, Gabriele Klabunde, Sabine Mann, Katrin Gröning, im
Vordergrund: Almut Reisgies

Foto: Privatarchiv Margitta Grimmel

Abbildung 9, S. 466

Rückmeldeforumular 1991

Privatarchiv Margitta Grimmel

Abbildung 10, S. 468

Studenten-Karteikarte 1989-2000

Universitätsarchiv Rostock

Nörenberg, Anne-Katrin

Lebenslauf



Akademischer Titel: Dipl.-Lehrerin

Tätigkeit: Referatsleiterin Allgemeine Studienberatung & Careers Service,
Studienberaterin

Struktureinheit: Dezernat Akademische Angelegenheiten, Verwaltung

Arbeitsschwerpunkt: Allgemeine Studienberatung

Lebensdaten: geboren am 19.12.1960 in Potsdam
Abitur 1979 in Potsdam
1979 – 1983 Lehramtsstudium an der Universität Rostock
1983 – Abschluss als Diplom-Lehrerin für Deutsch und Englisch
1983 – 1986 Lehrerin an Rostocker Schulen
1986 Mitarbeiterin im Direktorat für Studienangelegenheiten der Universität
Rostock
1992 – Referatsleiterin Allgemeine Studienberatung

Weiterbildungen:
Kontaktstudium „Humanistische Psychologie“ an der Universität Hamburg
Weiterbildendes Fernstudium „Angewandte Gesundheitswissenschaften“ an der
FH Lüneburg
Kontinuierliche Teilnahme an Fachtagungen der Studienberater der BRD

Veröffentlichungen:
Studienführer „Sprach- und Literaturwissenschaften“, Lexika-Verlag 1995

Hobbys: Musik, Malerei, Literatur

Zeitzeugengespräch mit Anne-Katrin Nörenberg am 19. November 2010

Transkription und Protokoll: Sarah Bruder, Sandra Ringelhan, Michael Sasse, Juliane Scholz

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Gast, Frau Anne-Katrin Nörenberg. Sie ist im Dezernat Akademische Angelegenheiten im Referat 1.4 die Leiterein für „Allgemeine Studienberatung & Careers Service“. Sie ist sicher die beste Kennerin der Ausbildungsmöglichkeiten unserer Universität und von daher für uns eine begehrte Gesprächspartnerin. Liebe Frau Nörenberg, Sie haben das Wort.

Anne-Katrin Nörenberg:

Liebe Studentinnen und Studenten, ich möchte mich im Vorfeld schon mal ganz herzlich bedanken, dass ich hier diese Möglichkeit erhalte, Ihnen aus meinem eigenen biographischen Erleben und aus der Erfahrung des Werdens und Wirkens hier an der Universität zu berichten. Es ist für mich ein recht langer Rückblick, denn ich habe an der Universität Rostock zu DDR-Zeiten studiert und dann in der Wendezeit die Veränderungen erlebt. Ich kann inzwischen auf eine fast 30-jährige Arbeitszeit zurückblicken. Insofern bin ich, wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen, Zeitzeugin an der Schnittstelle zwischen eigenem biographischem Erleben und den objektiven historischen Veränderungen.

Meinen Bericht habe ich wie folgt eingeteilt. Er beginnt mit meinen Erinnerungen an die Zeit zwischen 1979 und 1989. Dann möchte ich zu den großen tiefgreifenden Veränderungen der Wendezeit und gleichzeitig der Aufbauzeit kommen, das ist die Spanne zwischen 1990 und 1994. Schließlich möchte ich auf die Studienberatung eingehen, wie sie sich von den Anfängen her entwickelt hat und wie sie sich heute darstellt.

In meinen Erinnerungen möchte ich zunächst noch ein Stück weiter zurückgehen. Ich bin in Potsdam geboren und aufgewachsen, habe dort – in der geschichtsträchtigen preußischen Metropole – meine Kindheit und Jugend verbracht. Am damaligen Humboldt-Gymnasium, zur DDR-Zeit eine Erweiterte Oberschule (EOS), legte ich 1979 mein Abitur ab. Nach einiger Überlegung, was ich denn studieren könnte, entschied ich mich für ein Lehramtsstudium für die Fächer Deutsch und Englisch und bewarb mich dafür in Rostock. Der Prozess der Bewerbung war ja zu DDR-Zeiten völlig anders als heute. Damals konnte man sich nicht eigenständig an einer Hochschule bewerben. Vielmehr war es üblich, seine Be-

werbungsunterlagen zusammenzustellen und diese bei der Schulleitung, beim Direktor, abzugeben. Dieser gab dann die Bewerbung an die jeweilige Wunschhochschule weiter, an die man gerne gehen wollte. Meine Wunschhochschule war damals die Universität Rostock – wahrscheinlich deshalb, weil ich positive Erlebnisse mit der Ostseeküste verband. Ich verbrachte als Kind mehrere Male mit meinen Eltern dort Urlaub und war auch innerhalb von Ferienlageraufenthalten an der Ostseeküste. Meine Unterlagen gingen also über meinen Schulleiter an die Universität Rostock, damals noch Wilhelm-Pieck-Universität genannt (Wilhelm Pieck, der erste Präsident der DDR). Ich hatte das Glück, dass ich sofort einen Studienplatz in meiner gewünschten Fächerkombination bekam. Die Kombinationen im Lehramt waren damals noch vorgegeben – es gab bei weitem nicht so eine Vielfalt an Kombinationsoptionen. Überhaupt durfte man grundsätzlich auch nur eine einzige Bewerbung für ein Studium einreichen. Mehrfachbewerbungen waren nicht erlaubt. Wenn man Pech hatte und keinen Studienplatz bekam, sah es ziemlich düster aus.

Hier in Rostock konnte ich mein Studium 1979 beginnen. Das Lehramtsstudium, welches damals noch mit dem Diplom endete, war anders als heute – sowohl in der Struktur als auch im Inhalt. Es dauerte vier Jahre und hatte neben dem Studium der beiden Fachinhalte einen großen gesellschaftswissenschaftlichen Anteil. Grundsätzlich waren Ausbildungsinhalte zu DDR-Zeiten ja stark ideologisiert. Nach einem alten Studienführer aus der Zeit der Wilhelm-Pieck-Universität war unabhängig vom Studium der Fächer die Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus (ML) für alle Studierenden verbindlich, und zwar in einem sage und schreibe dreieinhalbjährigen Studium der Grundlagen des historischen und dialektischen Materialismus. So steht im Studienführer der damaligen Zeit – ich lese mal kurz vor:

Das grundlegende Ziel dieses Teiles des Studiums ist es, allen künftigen Absolventen die nötigen Erkenntnisse und Überzeugungen von der historischen Mission der Arbeiterklasse und von der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des weiterführenden Übergangs, zur zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation zu vermitteln.

Wenn ich das heute, mit über 30 Jahren Abstand, lese, beschleicht mich ein merkwürdiges Gefühl, denn was aus der zweiten Phase geworden ist, wissen wir ja alle. Typisch für die damalige Studentenzeit war auch die Teilnahme am so genannten „Studentensommer“. Bevor mein Studium im Herbst 1979 losging, habe ich bereits einen mehrwöchigen „Arbeitseinsatz in der gesellschaftlichen Produktion“ geleistet. Das war für mich konkret der VEB (Volkseigener Betrieb) Fleischkombinat Berlin-Weißensee. Da traf ich auf eine Vielzahl der zukünftigen Lehramtsstudentinnen und –studenten der Universität Rostock, die mit mir ab

Herbst dann das Studium beginnen sollten. Wir arbeiteten gemeinsam mehrere Wochen in der Produktion. Das hatte den Vorteil, dass wir uns bereits vor Aufnahme des Studiums kennen lernen konnten. So freundete ich mich in dieser Zeit mit zwei Mädchen an, mit denen ich dann ins Rostocker Studentenwohnheim zog.

Später setzte sich der „Einsatz in der gesellschaftlichen Produktion“ damit fort, dass man zu Beginn des Studiums – bevor der eigentliche Lehrbetrieb losging – in den Ernteeinsatz musste. Das waren drei Wochen aktiver Arbeit in der Landwirtschaft. Ich war damals in der Kartoffelernte in Schwartow (Nähe Boizenburg) eingesetzt. Da standen wir auf der so genannten Kombine, einer Kartoffelvollerntemaschine, und mussten am sogenannten „Verlesetisch“ die Steine und „schlechten“ Kartoffeln aussortieren.

Während der Zeit des Ernteeinsatzes habe ich auch meinen damaligen Mann kennen gelernt, der übrigens hier, wie Sie auch, Geschichte studierte, genauer: Deutsch und Geschichte für das Lehramt.

Die starke Ideologisierung des Studiums zeigte sich u.a. auch noch darin, dass alle Studierenden nach dem 1. Studienjahr für fünf Wochen entweder ins ZV-Lager (Zivilverteidigungslager für die Mädchen) gingen oder militärischen Dienst (für die Jungen) leisten mussten. Ich selbst war von September bis Anfang Oktober in Tarnewitz (wieder bei Boltenhagen) – einem großen Gelände mit vielen Baracken (heute würde man Bungalows sagen). Diese stehen heute nicht mehr. Auch wenn ich noch genau weiß, dass der ganze Aufenthalt dort mit militärischen Übungen und Zeremonien gefüllt war, der Umgangston Befehlscharakter hatte und ich mir einen äußerst hartnäckigen Infekt (wahrscheinlich aufgrund der oft nassen „Militärklamotten“) zuzog, habe ich dennoch auch gute Erinnerungen an diese Zeit: Ich war den ganzen Tag an der frischen Luft und viel in Bewegung, wir hatten viel Spaß (weil wir vieles mit Humor betrachtet haben) und wir befanden uns in einer schönen Landschaft – Kiefernwald und Ostseestrand.

Abweichend vom heutigen Studienverlauf war die Teilnahme am Sportunterricht zu meiner Studienzeit obligatorisch, unabhängig von der gewählten Studienrichtung. Auch wenn es damals noch nicht ganz so viele Sportkurse gab wie heute, so war das Angebot doch bereits reichhaltig und ich selbst habe auch stets gern Sport getrieben.

Das Lehramtsstudium dauerte insgesamt vier Jahre – das letzte halbe Jahr war für das so genannte große Schulpraktikum vorgesehen. Da war ich für ein halbes Jahr in Rostock-Lichtenhagen und -Lütten Klein an verschiedenen Schulen tätig. Noch bevor ich meine Diplomarbeit begann, hatte ich mich intensiver mit der deutschen Sprache, den orthographischen Problemen in Vergangenheit und Gegenwart und der Person Konrad Duden beschäftigt. Es lag deshalb nahe, dass

ich meine Diplomarbeit (unter der Leitung von Professor Dieter Nerius¹) zum Thema „Die Entwicklung des Orthographischen Wörterbuches in der Zeit von 1880 bis 1910“ schrieb.

Etwa die Hälfte meines Studiums habe ich als Mutter mit Kind absolviert. Ein Studium mit Kind verlief damals anders als heute. Die ganze soziale Absicherung war zu DDR-Zeiten anders. Ich erinnere mich, dass man damals nur ganze zehn (DDR-)Mark für einen Wohnheimplatz pro Monat zahlte und dass die Krankenversicherung unentgeltlich war. Wenn man während des Studiums, was nicht selten war, ein Kind bekam – so wie ich zu Beginn des zweiten Studienjahres –, wurde dafür gesorgt, dass man schnell weiterstudieren konnte. Mein Sohn wurde Ende Oktober 1981 geboren, im Januar darauf setzte ich mein Studium bereits fort. Dann wurde ich im Wohnheim in der Albert-Einstein-Straße untergebracht; zunächst alleine, später ist es uns gelungen, als kleine Familie zu dritt ein kleines Zimmer(chen) zu beziehen. Da alle existenziellen Dinge, wie Wohnen, Lebensmittel usw. sehr günstig waren, wir sogar noch etwas „Leistungsstipendium“ erhielten und mein Mann im Studentenkeller jobbte, kamen wir gut über die Runden.

Nach dem Studium suchte ich einen Arbeitsplatz. Das heißt, zu suchen brauchte ich nicht, denn zu DDR-Zeiten waren eigenständige Bewerbungen eher die Ausnahme. Vielmehr hatte die Universität im damaligen „Direktorat für Studienangelegenheiten“ eine feste Einrichtung dafür – die „Absolventenvermittlung“. Diese war zwar an der Universität verortet, jedoch sehr zentralistisch vom Staat gesteuert. Von dort bekam jeder Absolvent einen bestimmten Arbeitsplatz zugewiesen. Wenn ich es recht erinnere, sollte ich damals nach Wittstock (liegt etwa mittig zwischen Rostock und meiner Heimatstadt Potsdam.) Aber da bin ich letztlich doch nicht gelandet, weil mein Mann hier im Fach Geschichte eine „Aspirantur“ (heute würde man sagen: Promotionsstipendium) bekam und promovierte. Daher wurden wir gemeinsam in Rostock eingesetzt und ich ging als junge Lehrerin in eine Schule in das Neubaugebiet Lichtenhagen, wo ich zwei Jahre arbeitete. Später war ich noch für ein Jahr an einer Schule in Brinckmannsdorf, dann musste ich mich 1986 aus gesundheitlichen Gründen beruflich neu orientieren, weil ich in meiner Lehrtätigkeit mehrmals starke Probleme mit meiner Stimme bekam. Ich hatte wiederholt Kehlkopfentzündungen und konnte für Wochen kaum sprechen. Als Lehrerin unterstand ich der Abteilung Volksbildung – mit Sitz im heutigen Rathaus – und sie „sorgte“ für mich, indem sie mir einen Arbeitsplatz im Direktorat für Studienangelegenheiten der Universität Rostock anbot. Also ich selber musste gar nicht irgendwie aktiv werden. Das Direktorat für Studienangelegenheiten war für die formellen Belange der Studierenden zuständig

¹ Prof. Dr. Dieter Nerius: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/119265621>.

– analog zum heutigen Studentensekretariat. Mir übertrug man in dieser Zeit u.a. die Betreuung der damaligen „Sektion“ (so hießen die Struktureinheiten zu DDR-Zeit) Sprach- und Literaturwissenschaften, was mir ganz entgegen kam, schließlich hatte ich ja an dieser Sektion studiert. Die Sektion war zu jener Zeit im Gebäude des heutigen „Rostocker Hofes“ (jetzt Hotel) untergebracht – der Lesesaal für die Geisteswissenschaftler befand sich genau dort, wo heute die Leute ihren Einkaufsbummel beginnen. Neben der formellen Bearbeitung typischer studentischer Anliegen war ich auch für die Bearbeitung der Bewerbungen und Zulassungen neuer Studierender zuständig. Über dieses Thema hat ja bereits Frau Grimmel berichtet.² Es wurden Zulassungskommissionen an der Universität gegründet. Ihnen gehörten neben den Vertretern des Direktorats für Studienangelegenheiten auch Vertreter der FDJ, der Parteien und Betriebe an. Die Bewerber um Studienplätze hatten ihre Unterlagen unter anderem mit einer Gesamteinschätzung der Persönlichkeit durch die Schule einzureichen. Bei der Prüfung wurden auch die soziale Herkunft und die gesellschaftlichen Aktivitäten berücksichtigt. Hierfür gab es bestimmte Kategorien. Als oberstes Gebot galt die vorrangige Förderung von Kindern aus der Arbeiterschaft.

Das Direktorat befand sich zu dieser Zeit im Gebäude des „Neuen Palais“ – da wo heute die Theologische Fakultät ist. Wir arbeiteten noch „manuell“, vieles wurde handschriftlich vorbereitet, die offiziellen Schreiben mit Schreibmaschine und Tippex gefertigt und mit „sozialistischem Gruß“ beendet.

Mit abgelehnten Bewerberinnen und Bewerbern mussten wir sogenannte „Umlenkungsgespräche“ führen. Diese sollten wir für solche Studiengänge gewinnen, wo der „gesellschaftliche Bedarf“ besonders groß war – was natürlich ein schwieriger und aus heutiger Sicht auch sehr fragwürdiger Auftrag war. Wie sollte ein junger Mensch, der eigentlich gerne Medizin studieren wollte, sich z.B. plötzlich auf „Verfahrenstechnik“ umentscheiden?

Im Herbst 1989 begann der große Zusammenbruch oder die Wende, die natürlich an der Universität Rostock nicht vorbeiging. Das ganze Hochschulsystem brach eigentlich zusammen. Im Prozess der Hochschulerneuerung änderte sich die gesamte Struktur der Universität, die Bezeichnung von Referaten, Dezernaten, ebenso die Aufgabenprofile. Aus dem Direktorat für Studienangelegenheiten wurde das Dezernat für Studium und Lehre. Die neu zu besetzenden Stellen wurden ausgeschrieben. Wir mussten uns alle erstmalig bewerben. Auch ich habe mich beworben, und zwar auf die Stelle des Referatsleiters „Allgemeine Studienberatung“ – *Careers-Service* gab es damals noch nicht.

Schon zu DDR-Zeiten hatte ich als ehemalige Lehrerin die Aufgabe, an Schulen zu fahren und Vorträge zum Studienangebot der Universität Rostock zu halten. Eine institutionalisierte Studienberatung gab es jedoch noch nicht. Aber

² Margitta Grimmel, siehe ihren Zeitzeugenbericht in diesem Band, S.451-487.

wenn junge Leute, öfter auch mit Eltern, ins Direktorat kamen und Informationen zum Thema Studienbewerbung, zur Studienaufnahme, zu Inhalten erbat, haben wir sie natürlich beraten. Bei meinen Besuchen in den Schulen machte es mir Freude, mit jungen Leuten in Kontakt zu kommen und die Universität zu re-präsentieren. So lag es nahe, dass ich mich 1992 für die Stelle der Studienberatung beworben habe.

An der Universität wurden die Strukturen neu geformt. Aus den Sektionen wurden Fakultäten. Einige Studiengänge wurden „abgewickelt“, wie zum Beispiel die Lateinamerikawissenschaften. Neue kamen hinzu, wie die Rechtswissenschaften mit einer eigenen Fakultät. In den Wirtschaftswissenschaften wandelte sich die sozialistische Betriebswirtschaft in die Volks- und Betriebswirtschaft der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft. Tiefgreifende personelle Veränderungen waren ebenso kennzeichnend wie die Erfordernis, sich mit dem Hochschul- und Bildungssystem der BRD zu beschäftigen.

Studien- und Prüfungsordnungen mussten neu geschrieben und Informationsmaterialien zu den Studiengängen erarbeitet werden. Die Unsicherheit und Desorientierung der jungen Leute in Bezug auf berufliche Wege war sehr groß und die Nachfrage im Hinblick auf Beratung und Information wuchs enorm – das Aufgabenfeld der Studienberatung formierte sich.

In dieser Zeit habe ich begonnen, die Studienberatung der Universität Rostock aufzubauen – natürlich gemeinsam mit meinen Mitstreiterinnen im Team und mit einer dem Thema sehr zugewandten Dezernentin. Zunächst mussten wir uns selbst erst einmal in dieses neue System hineindenken – schließlich hatten wir bislang in einer völlig anderen Gesellschaftsideologie gelebt. Da war es äußerst hilfreich, dass wir von Anfang an Unterstützung von einigen westdeutschen Hochschulen hatten. Für meinen Bereich der Studienberatung waren es in der Anfangsphase vor allem die Universitäten Bremen und Oldenburg – dort gab es seit Jahren (etwa seit Anfang der 70er Jahre) institutionalisierte Studienberatungsstellen. So konnte ich zum Beispiel für mehrere Wochen an den Studienberatungsstellen der Universitäten Bremen und Oldenburg hospitieren, wurde zu Fachtagungen eingeladen und knüpfte enge Kooperationsbeziehungen, die noch lange in die folgenden Jahre wirkten. Auch bei persönlichen Besuchen haben wir manchmal bis in die Nacht zusammen gegessen und über die gesellschaftlichen Veränderungen, über Bildung im Allgemeinen und über das Hochschulsystem der Bundesrepublik diskutiert. Natürlich gab es auch eine große Neugier der westdeutschen Studienberater im Hinblick auf unsere Erfahrungen in der DDR – so kann ich mich an meine erste Studienberatertagung 1990 in Mainz erinnern, bei der ich ausführlich im Podium über die Bildungssituation und die Vergabe von Studienplätzen in der DDR berichten sollte.

Umgekehrt habe ich 1990 hier in Rostock eine erste Tagung für ostdeutsche Studienberater organisiert, zu der auch Referenten aus den westdeutschen Hoch-

schulen kamen. Da haben wir das Aufgabenprofil von Studienberatung und überhaupt den Beratungsbegriff in seiner Komplexität beleuchtet. Unsere Fragen lauteten: „Was ist eigentlich Beratung? Was ist Kern von Beratung? Worum geht es, wenn junge Leute zu uns kommen?“ Wir mussten erst einmal ein Leitbild für uns entwickeln.

Das Referat „Allgemeine Studienberatung“ ist heute noch so ausgestattet, wie es damals ausgeschrieben wurde, bis auf die Stelle des *Careers-Service*, die (als feste Haushaltsstelle) erst 2001 hinzukam (nach mehrjähriger Projektphase). Von Anfang an waren zwei halbe Stellen mit dabei, so genannte „Clearing-Mitarbeiter-Stellen“. Dieser Begriff hat seinen Ursprung in der Gründungszeit der Institutionalisierung von Studienberatungsstellen und bedeutet so viel wie Klärung, Vorab-Klärung von Anliegen. Diese Aufgabe nehmen heute meine zwei Mitarbeiterinnen wahr, die über den persönlichen Kontakt zu Studieninteressierten und Studierenden hinaus jedoch weitaus mehr Aufgaben haben. Zum Glück haben wir zusätzlich noch studentische Mitarbeiter, die wir ganz stark in den Informationsprozess und in die Öffentlichkeitsarbeit einbeziehen. Mit den aus dem Haushalt zur Verfügung stehenden Stellen ist Rostock, verglichen mit anderen Studienberatungsstellen, leider bundesweit am dürfzigsten ausgestattet. Nach einer Empfehlung der Hochschul-Rektoren-Konferenz (HRK) soll es auf 3.000 – 5.000 Studenten an einer Hochschule eine Studienberaterstelle geben. In Rostock haben wir derzeit rund 15.000 Studenten und nur eine aus dem Haushalt finanzierte Stelle als (Allgemeine) Studienberaterin.

Das Referat Allgemeine Studienberatung & Careers Service ist Teil der Verwaltung und gehört zum Dezernat für Akademische Angelegenheiten. An anderen Hochschulen sind Studienberatungsstellen z.T. auch zentrale Einrichtungen, direkt dem Hochschulpräsidenten oder dem Rektor unterstellt. Die direkte Unterstellung zur Hochschulleitung halte ich persönlich inzwischen durchaus für sinnvoll, weil dies eine engere Kommunikation zwischen Studienberatung und Hochschulleitung ermöglichen könnte.

Studienberatung ist heute fester Bestandteil des Landeshochschulgesetzes. Hier zitiere ich einen Auszug aus dem Jahre 2002, die Bestimmung galt aber sinngemäß schon seit dem Anfang der neunziger Jahre.

Landeshochschulgesetz M.-V., 2002

§ 34 Studienberatung

Die Hochschule unterrichtet Studierende, Studienbewerberinnen und Studienbewerber über die Studienmöglichkeiten und über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums (allgemeine Studienberatung). Sie gewährleistet darüber hinaus die Beratung von Studierenden zur Erleichterung des Übergangs in das Berufsleben. Während des gesamten Studiums unterstützt sie die Studierenden

durch eine studienbegleitende fachliche Beratung (Studienfachberatung). Sie orientiert sich bis zum Ende des ersten Jahres des Studiums sowie nach Ablauf der Regelstudienzeit über den bisherigen Studienverlauf, informiert die Studierenden und führt gegebenenfalls eine Studienberatung durch; die Studierenden sind zur Teilnahme an einer solchen Beratung verpflichtet. Die Hochschule wirkt bei der Studienberatung insbesondere mit den für die Berufsberatung und den für die staatlichen Prüfungen zuständigen Stellen zusammen.

Studienberatung ist Bestandteil und verpflichtende Aufgabe der Universität. Es geht darum, Studierende, Studienbewerber und auch Absolventen zu allen studienrelevanten Fragen zu beraten. Bei Studieninteressierten – diese machen einen Großteil unserer Klientel aus – geht es vor allem darum, über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Studiums zu informieren und zu helfen, die eigenen Stärken und Fähigkeiten im Verhältnis zu den realen Anforderungen eines Studiums zu beleuchten, damit eine solide Studienentscheidung getroffen werden kann. Auch während des Studiums ist es unsere Aufgabe, die Studierenden zu begleiten, Wege der Studiengestaltung und der Kompetenzentwicklung aufzuzeigen und bei Problemen und Konflikten im Studienverlauf zu helfen. Hierbei spielt auch die Studienfachberatung in den Fakultäten eine große Rolle. Sie hilft den Studierenden bei studienorganisatorischen Problemen, bei Schwerpunktsetzungen, bei der Wahl von Vertiefungsrichtungen und bei der Planung und Organisation von praktischen Erfahrungen.

Im Landeshochschulgesetz ist ebenfalls formuliert, dass sich die Hochschule auch um die Studierenden beim Übergang auf den Arbeitsmarkt „kümmern“ soll. Dieser Teil wird durch den *Careers-Service* übernommen, die hierfür zuständige Beraterin ist Frau Anja Klütsch. Neben der persönlichen Beratung organisiert Frau Klütsch Veranstaltungen zur Berufsorientierung, ergreift Maßnahmen zur Kompetenzförderung der Studierenden und knüpft aktiv Unternehmenskontakte. Seit einiger Zeit ist auch das Thema „Gründung“ aktuell. So laufen derzeit eine Reihe von Projekten, in denen die Beratung, die Begleitung und Förderung von Gründungsaktivitäten im Mittelpunkt stehen.

Zusammenfassend hier noch mal die Klientel, mit der wir es im Referat Allgemeine Studienberatung & Careers Service zu tun haben:

- Studieninteressierte (insbesondere Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe)
- Studierende (der Universität Rostock, aber auch anderer Hochschulen)
- Absolventen (der Universität Rostock; im Zuge der Etablierung der Masterstudiengänge aber auch Absolventen anderer Hochschulen).

Zur Gruppe der Studieninteressierten gehören auch solche, die bereits einen Beruf ausüben, etwas älter sind und sich zu einem späteren Zeitpunkt überlegt haben, ein Studium aufzunehmen. So nimmt die Zahl derer zu, die über die sogenannte Zugangsprüfung ein Studium an der Universität Rostock beginnen wollen. Damit ist der Zugang ohne Abitur gemeint, der durch eine sogenannte Zugangsprüfung und inzwischen auch über eine Reihe von Sonderregelungen (zum Beispiel für Techniker und Meister) für einen bestimmten Studiengang erreicht werden kann.

Die zweite große Gruppe sind die Studierenden selber, angefangen von der Studieneingangsphase bis hin zum Übergang auf den Arbeitsmarkt. Sie haben unterschiedliche Anliegen: u.a. Studiengangswechsel, Studienabbruch und Suche nach Alternativen, Hochschulwechsel, Wechsel der Fächerkombination. Nicht selten sind es auch persönliche Probleme und Krisen, die im Studienverlauf eine Beratung notwendig machen. So kann man allgemein einschätzen, dass Prüfungsängste, Depressionen oder Probleme, die im Zusammenhang mit Drogen stehen, zunehmen. Zwar beschäftigt das Studentenwerk Rostock mit wenigen Stunden einen Psychologen, dies reicht jedoch als diesbezügliches Beratungsangebot meines Erachtens nicht aus. Die Universität sollte sich überlegen, ob hierfür nicht eigenes Personal eingestellt werden kann.

Zur Gruppe der Absolventen zählen die, die unmittelbar vor ihrem Abschluss stehen oder diesen gerade gemacht haben und auch solche, die vor längerer Zeit einen akademischen Abschluss erworben haben und jetzt ein weiteres Studium oder eine Weiterbildung anstreben. Neben der Vielzahl der neu konzipierten Masterstudienangebote verfügt die Universität Rostock über eine Vielzahl an Weiterbildungsangeboten und attraktiven Fernstudien.

Für die Organisation und Entwicklung dieser Bildungsangebote ist das Zentrum für Qualitätssicherung in Studium und Weiterbildung (ZQS) zuständig.

Das Aufgabenfeld der Allgemeinen Studienberatung gliedert sich in vier wesentliche Bereiche: Der erste **Bereich** ist der der **persönlichen Information und Beratung**, der zweite Bereich umfasst die **Erarbeitung, Aktualisierung und Pflege von Informationsmaterialien und studienrelevanten Angaben im Internet**, das dritte große Feld der Aufgaben sind das **Veranstaltungsmanagement**, die **Öffentlichkeitsarbeit und die Studierendenwerbung** für die Universität und als viertes Gebiet kommt die **Pflege und der Ausbau von Netzwerken** hinzu.

Zum ersten Punkt der Information und Beratung möchte ich Näheres ausführen. Zu DDR-Zeiten gab es nach meiner Erinnerung nicht mehr als hundert Studiengänge. Wenn ich heute auf die Datenbank „Hochschulkompass“ schaue, sehe ich fast 16.000 Studienoptionen. Das ist eine geradezu erschlagende Zahl, die zeigt, dass es die jungen Leute nicht gerade einfach haben, die richtige Entscheidung in Sachen Studium zu treffen. Doch Studienberatung kann helfen, zu einer diesbezüglichen Entscheidung zu kommen.

Zahl der Studienoptionen unglaublich hoch! (laut „Hochschulkompass“)

- Bundesweit etwa 16.000 Studiengänge
- Davon mehr als 9.300 grundständige Studiengänge (die zum ersten akademischen Abschluss führen); ca. 6.500 weiterführende Studiengänge (Master)

Auch die Zahl der unterschiedlichen Abschlüsse ist im Zuge des Bologna-Reformprozesses gestiegen. Zwar sind die ehemaligen Diplomstudiengänge durch reformierte, neu strukturierte Bachelor- und Masterstudiengänge ersetzt worden, dennoch existieren bundesweit zum Teil noch immer Diplomabschlüsse und für bestimmte Studiengänge auch Staatsexamen – so an der Universität Rostock z.B. noch für die Lehramter und die medizinischen Studiengänge.

Der Wunsch nach Orientierung und die Möglichkeit (sowie Notwendigkeit), aus der Fülle der pluralistischen Angebote die *eine* Entscheidung für sich zu treffen, weckt das Bedürfnis nach Beratung und gibt ihr zugleich die Chance, an einem bestimmten Punkt des Lebenslaufes eine Funktion der kommunikativen Begleitung auszuüben. Dabei wird der Berater einerseits zum Zeugen und Analytisten der aktuellen Befindlichkeit des Ratsuchenden, andererseits hat er die dankbare Aufgabe, in der persönlichen Interaktion die Entscheidungen des Ratsuchenden zu unterstützen, zu forcieren oder auch in Frage zu stellen.

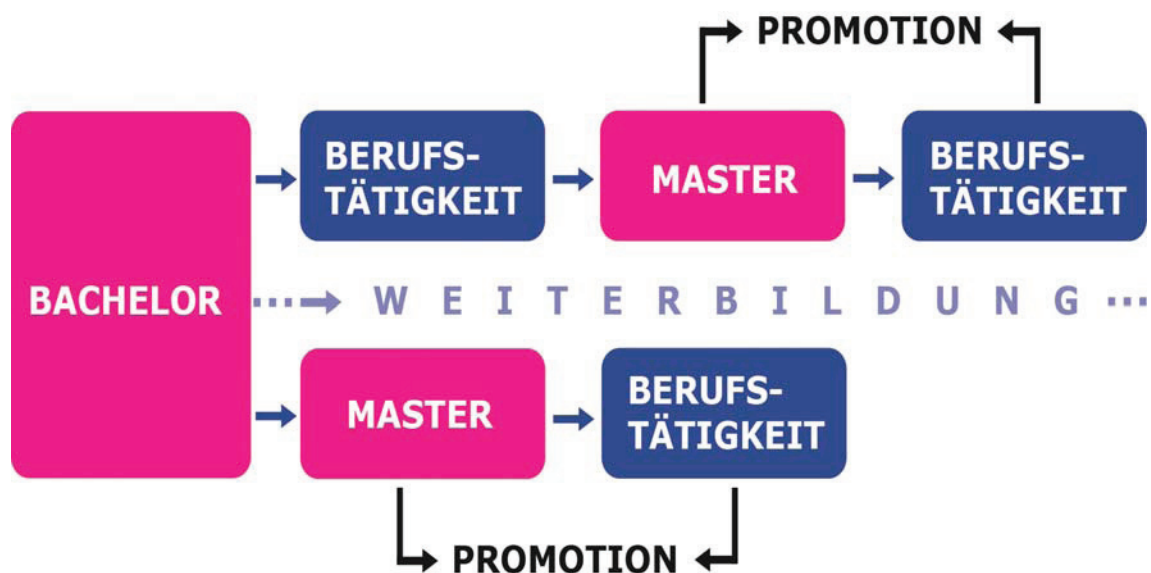


Abbildung 1
Hochschule – Arbeitswelt
Grafik: Allgemeine Studienberatung

Die Abbildung 1 zeigt das heutige System zwischen Hochschule und Arbeitswelt, wie vielschichtig es geworden ist. Beratung zielt nicht nur auf den erstmaligen Entscheidungsprozess für ein Studium nach Erwerb des Abiturs, sondern weiterhin auf die lebenslange Phase der Fort- und Weiterbildung, die heute immer häufiger werdenden Neuorientierungen im Lebensverlauf. Zu DDR-Zeiten bekam man nach einem Abschluss eine Arbeitsstelle und verharrte dort mehr oder weniger ein Leben lang. Diese Zeiten sind in der Gänze vorbei. Heute landen ja viele Hochschulabsolventen zunächst auf befristeten Stellen oder auf Teilzeitstellen und müssen sich immer wieder im Laufe ihres Lebens neu qualifizieren, neu bewerben, eben neu orientieren. Dies bringt einerseits viele neue persönliche Chancen mit sich, bedeutet aber auch oftmals ein Loslösen von bisherigen Gewohnheiten, Umgebungen und sozialem Netzwerk.

Somit hat die heute viel geforderte Flexibilität auch ihre „Schattenseiten“. In dem Abwägen dieser unterschiedlichen Aspekte wird Beratung – die gestützte Reflexion – immer wichtiger. Bezüglich des Beratungsbegriffes gibt es unterschiedliche Definitionen – doch es gibt einen übereinstimmenden Bedeutungskern. Danach ist Beratung eine Kommunikationsform, in der der Berater in eine helfende Beziehung zum Klienten tritt, um seine Desorientierung und Belastung in einen aktiven Lernprozess zu verwandeln, in dessen Ergebnis der Klient seine eigene Handlungskompetenz schließlich verbessert. Drücken wir das nicht so abstrakt aus, sondern konkret auf das Thema Studienberatung bezogen. Wenn also zum Beispiel eine Schülerin zu mir in die Beratung kommt, weil sie noch so gar keinen Ansatz für sich spürt, in welche Richtung ein Studium für sie gehen kann, dann ist das ihre Situation der Desorientierung und meine Aufgabe ist es, ihr Hilfestellung zu geben, und zwar durch gezielte Fragestellungen, die dazu führen, dass sie selber für sich erkennen kann, wo ihre Stärken und Schwächen liegen, welche Werteorientierungen und Zielsetzungen für sie im Leben vorherrschen und so weiter. Ich merke immer wieder, dass es vielen jungen Menschen sehr schwer fällt, genau diese Art der Reflexion zu vollziehen. Nicht selten erlebe ich, dass junge Leute zunächst gar nicht darauf antworten können, sondern dass es einer gezielten Hilfestellung bedarf um festzustellen, wo sich im bisherigen Lebensverlauf Stärken, Fähigkeiten und Interessen herausgebildet haben, wo eigene Werte liegen, um dann Ansätze für die Orientierung zu geben. Das heißt nicht, dass man dem Ratsuchenden die Entscheidung abnimmt, sondern es geht letztlich um Hilfe zur Selbsthilfe. Das möchte man in der Studienberatung geben. Es ist nicht Anliegen, für einen jungen Menschen Entscheidungen zu treffen. Vielmehr geht es darum, Hilfestellungen zur Verbesserung der eigenen Handlungskompetenz zu geben.

Ein wichtiger Grundsatz von Beratung ist die *Freiwilligkeit*. Jeder hat schließlich selbst zu entscheiden, ob er eine Beratung in Anspruch nehmen möchte oder nicht. Ein wichtiges weiteres Prinzip ist die *Anonymität*, das heißt wir sind

nur dem Ratsuchenden gegenüber verpflichtet. Wenn Studierende zu uns kommen, werden wir weder den Fakultäten, den jeweiligen Studienbüros oder den Prüfungsämtern melden, wer bei uns in der Beratung war und welche Probleme die- oder derjenige hatte. Rücksprachen mit den Fächern nehmen wir natürlich immer dann, wenn es dem Beratungsprozess und dem Anliegen des Ratsuchenden dienlich ist.

Ein wichtiger weiterer Beratungsgrundsatz ist die *Transparenz*. In einem Gespräch ist es sehr wichtig, sich darüber zu verständigen, was man im Gespräch erreichen will und wo das Gespräch hinführen soll. Beratung erfordert außerdem eine ausgeprägte *Empathie* dem Ratsuchenden gegenüber. Empathie zeigen heißt, sich in die Situation des Gesprächspartners hinein zu versetzen. Man beschreibt dies bildlich, indem man sagt: „Habe den Mut, das Haus deines Ratsuchenden zu betreten.“ Empathie aufbringen heißt auch, mein Gegenüber völlig unabhängig von der sozialen Herkunft zu akzeptieren, vorbehaltlos gegenüber seiner speziellen Lebenssituation und seinem äußeren Erscheinungsbild zu sein. Unerlässlich für Beratung ist die Fähigkeit zum aktiven Zuhören. Wer selbst am liebsten redet, sollte von einer Beratungstätigkeit eher Abstand nehmen.

Bei aller Zuwendung zum Ratsuchenden ist es natürlich dennoch wichtig, die eigene Echtheit, die *Authentizität*, zu wahren, das heißt ich bin immer noch ich, ich habe meine eigene Persönlichkeit sowie meine Empfindungen und Wahrnehmungen und sollte mich nicht verstellen. Ich darf auch Dinge kund tun, die ich im Verlaufe eines Gespräches spüre, etwa aufgekommene Widersprüche, Konflikte oder Ähnliches.

Beratung hat auch immer damit zu tun, beim Ratsuchenden die so genannten *Ressourcen* aufzuspüren. Ressourcenorientierung ist ein ganz wichtiger Begriff in der Beratung überhaupt. Was heißt das? Jeder von Ihnen hat bestimmte materielle, soziale und persönliche, ganz individuelle Ressourcen. Zu den materiellen Ressourcen zählt die persönliche Situation in Sachen: Wie leben Sie? Wo sind Sie untergebracht? Wie ist ihre finanzielle Situation? Das sind Punkte, die für den Studienverlauf und -erfolg im Einzelnen auch ausschlaggebend sein können. Dann geht es um die soziale Situation: Wie sind Sie am Hochschulort eingebunden? Haben Sie Freunde? Fühlen Sie sich in ihrer Studierendengruppe, im engeren und weiteren Sinne, wohl? Haben Sie familiären Rückhalt? Erleben Sie Zuwendung, von wem auch immer? Das sind alles Dinge und Faktoren, die Ressourcen ausmachen. Dann gibt es auch die persönlichen Ressourcen und Kompetenzen: Wie sind ihre Kommunikationsfähigkeiten entwickelt? Sind Sie jemand, der von Bewältigungsoptimismus geprägt ist, oder jemand, der sehr schnell bei Krisen und Konflikten in Desorientierung und Pessimismus verfällt? Wie gehen Sie mit Risiken und Krisen um? Haben Sie persönliche Visionen für ihr Leben? Das sind alles Dinge, die jeden einzelnen von Ihnen kennzeichnen und gewisse Ressourcen ausmachen. Genau darauf kommt es in der Beratung an. Ich arbeite dabei immer

gerne mit dem schönen Bild: „Das Glas ist halb voll und nicht halb leer.“ Das Bündel all dieser Ressourcen, die jeder von Ihnen mitbringt, sollte in der Beratung stets Beachtung finden. Das sind Ihre Schätze, die Sie in sich tragen, die es gilt zu erhalten und natürlich möglichst auszubauen.

Beratung und Information laufen innerhalb der Allgemeinen Studienberatung nicht nur im persönlichen Gespräch ab, wir haben ganzjährig auch sehr viele telefonische Kontakte und Kontakte per E-Mail. „Stoßzeiten“ sind die Monate, in denen die Bewerbungen eingehen, also Juni – Juli. In dieser Phase hatten wir im letzten Jahr beispielsweise allein ca. 700 Anfragen nur über E-Mail.

Die Kommunikation mit Studieninteressierten geschieht natürlich nicht nur während der Sprechzeiten, sondern auch innerhalb von Veranstaltungen an Schulen oder auf Messen. Jedes Jahr werden wir auch zu Vorträgen in die Arbeitsagenturen oder zu anderen Bildungsträgern eingeladen, um dort das Studienangebot der Universität Rostock oder ganz bestimmte Studienfelder vorzustellen. Für das letztere engagieren sich auch sehr viele Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer aus den Fakultäten.

Ein weiteres kontinuierliches Arbeitsfeld ist die Erarbeitung von Informationsmaterialien. Beispiele hierfür sind die Flyer zu den Studiengängen, die Broschüre „Überblick Studienangebot der Universität Rostock“ sowie die „Lehramtsbroschüre“. Veränderungen sind, was Studiengänge betrifft, eigentlich ständig im Gang. Nicht selten ist es so, dass in dem Moment, wo wir ein Druckerzeugnis fertig haben, sich schon wieder irgend etwas geändert hat, sei es, dass ein bestimmter Studiengang nicht mehr angeboten wird, dass sich der Abschluss geändert hat oder neue Studiengänge hinzukommen. In der letzten Zeit war es in diesem Zusammenhang auch unsere Aufgabe, das neue Corporate Design der Universität auf unsere gedruckten Materialien – beispielsweise die Kurzflyer zu den Studiengängen – zu übertragen.

Ganz wichtig sind der Aufbau und die Pflege von Internetseiten. Das Internet ist heute die wichtigste Quelle in Sachen Recherche von Studienoptionen. Auch Sie haben dieses Medium sicher häufig genutzt. Im Rahmen mehrmaliger Befragungen von Studienanfängerinnen und Studienanfängern konnten wir ermitteln, dass ca. 80 Prozent aller Studienanfänger das Internet als wesentlichste Informations- und Recherchequelle in Anspruch nehmen. Insofern ist es für die Uni Rostock äußerst wichtig, die Studiengänge in diesem Medium transparent und übersichtlich darzustellen. Dabei geht es nicht mehr nur darum, sachlich gut und richtig zu informieren, es ist auch unser Ziel, die Informationen attraktiv zu „verpacken“. Dabei spielen die Nutzung von Bildmaterialien und die „neuen Medien“ (wie Podcasts, Blogs usw.) eine große Rolle. Dieses gesamte Feld ist heute ein großes Thema und eine ständige „Baustelle“, die von uns, aber auch von vielen anderen Mitstreitern an der Universität, bearbeitet wird.

Über die Darstellung auf den Internetseiten der Universität Rostock hinaus ist es ebenfalls wichtig, die Studiengangsinformationen auch in andere Datenbanken einzupflegen. Ein Beispiel hierfür ist der „Hochschulkompass“, eine von der Hochschul-Rektoren-Konferenz initiierte bundesweite Datenbank zu allen Studienoptionen in Deutschland.⁴ Dort ist die Universität Rostock auch vertreten und muss ständig aktuell mit gültigen Verlinkungen zu den Fakultäten, zu den Institutsseiten und weiteren Stellen präsent sein.

Veranstaltungen zur Studienberatung organisieren wir kontinuierlich. Einige dieser Veranstaltungen finden an der Universität Rostock statt, andere an den Schulen/Gymnasien. Zu den größten Informationsveranstaltungen der Universität Rostock gehört der Hochschulinformationstag, der einmal im Jahr im April stattfindet. Hierfür laden wir die Studieninteressierten aus Mecklenburg-Vorpommern ein, aber auch die Abiturienten aus den angrenzenden Bundesländern, insbesondere die aus Brandenburg, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Natürlich kommen ganzjährig Schülergruppen zu uns an die Uni, um in die Lebenswelt Hochschule einzutauchen, einfach mal Lehrveranstaltungen zu besuchen und das Mensaessen zu probieren. Bei der Organisation dieser „Schnuppertage“ helfen uns tatkräftig seit Jahren engagierte Studierende der Universität. Mit dem Projekt „Auf-nach-Rostock“ ist es uns gelungen, eine Kommunikation auf Augenhöhe zwischen Schülern und Studenten zu ermöglichen.

Außerdem fahren wir seit Jahren auf verschiedene Bildungs- bzw. Schülerinformationsmessen. Beispielhaft sei hier die Messe „EINSTIEG Abi“ genannt – die größte deutsche Schülerinformationsmesse. Gemeinsam mit den anderen Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern präsentieren wir auf dieser Messe in den Städten Hamburg, Berlin und Köln das Studienangebot der Universität Rostock.

Durch das seit 2008 in der Allgemeinen Studienberatung angesiedelte Projekt „Studierendenwerbung“, mit dem auch personelle Verstärkung in das Team der Allgemeinen Studienberatung kam, konnten wir inzwischen den Radius unserer Aktivitäten erweitern und sind auf vielen weiteren Messen unterwegs und an vielen Gymnasien mit Schülerinnen und Schülern im Gespräch – so vor allem in den Bundesländern Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die aktuelle Studienanfängerstatistik belegt den Erfolg dieses Projektes, das sich das Ziel gesetzt hat, dem Rückgang der Schülerzahlen wirksam zu begegnen.

⁴ Hochschulkompass: <http://www.hochschulkompass.de/>.



Abbildung 2

Stand der Allgemeinen Studienberatung
auf Hochschulinformationstagen und Bildungsmessen
Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Für die Arbeit der Allgemeinen Studienberatung ist die Zusammenarbeit in Netzwerken ganz wichtig – Studienberatung wäre für sich allein betrachtet eine Insel, die losgelöst gar nicht existieren könnte. Beratung lebt immer von der Interaktion zwischen Partnern. Zu den Partnern innerhalb der Universität zählt zuallererst die **Studienfachberatung**. In allen Instituten der Universität sind Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer kompetente Ansprechpartner für die begleitende fachliche Beratung der Studierenden während des Studiums. Auch Studieninteressierte werden durch sie informiert, an den Fakultäten vor Ort oder auch auf Veranstaltungen an der Universität, an den Schulen, auf Messen oder im Rahmen von Veranstaltungen bei Arbeitsagenturen. Für unsere Beratungskompetenz ist es ganz wichtig, dass wir einen engen Kontakt zu ihnen haben, weil sie unmittelbar mit der Lehre verbunden sind und die Entwicklungen in ihren Fächern besser kennen.

Ein weiterer wichtiger Kooperationspartner ist das Studentensekretariat. Von „außen“ werden wir manchmal „in einen Topf“ geworfen, Studentensekretariat und Studienberatung. Wir sitzen ja gleichermaßen in der Parkstraße 6, haben

identische Sprechzeiten und haben es größtenteils mit der gleichen Klientel zu tun. Nicht selten stehen hinter solchen Anliegen, wie Zahlung des Semesterbeitrags, Beurlaubung, Rückmeldung oder Exmatrikulation noch weitere komplexe Probleme, für die dann an uns verwiesen wird.

Das Akademische Auslandsamt⁵ ist ein weiterer wichtiger Kooperationspartner für uns. Denn Studienberatung ohne Kenntnis von Möglichkeiten eines Teilstudiums im Ausland oder eines Praktikums – also des Erfahrungsschatzes der Internationalisierung – wäre nicht gut. Ebenso ist die enge Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Lehrerbildung (ZLB) für uns von Bedeutung, weil dort die Kollegen sitzen, die ganz eng mit der Reform der Lehramtsstudiengänge verbunden sind. So werden sich in naher Zukunft konkrete Veränderungen in Bezug auf die Dauer der Regelstudienzeit, die Zeit des Vorbereitungsdienstes und des Umfangs der praktischen Anteile im Lehramt durchsetzen. Auch wird es dazu kommen, innerhalb der Lehrämter sonderpädagogische Anteile zu integrieren. Den realen Lehrpersonalbedarf gilt es, stärker zu berücksichtigen. Und außerdem wird wohl das Lehramt für Berufliche Schulen wieder von der Universität angeboten werden. Enge Zusammenarbeit gibt es mit Schulen, Bildungsträgern, Arbeitsagenturen und Messgesellschaften. Für die sozialen Belange ist das Studentenwerk Rostock als wichtiger Kooperationspartner zuständig, insbesondere für die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög), für das Wohnen und die Sozialberatung.

Seit einiger Zeit sind in meinem Referat neue Projekte angesiedelt. Eines davon ist das bereits erwähnte Projekt der „Studierendenwerbung“. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sowie des zunehmenden Wettbewerbs der Hochschulen untereinander werden auch in Zukunft diese Aktivitäten der Universität an Bedeutung zunehmen. Allein zwischen 1991 und 2010 hat sich die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern (siehe Schulstatistik M.-V.) etwa halbiert, was wiederum Auswirkungen auf die Studierendenzahlen an der Universität Rostock erwarten ließ. Von den Studierenden der Universität Rostock kommen noch immer etwa 55 Prozent – früher 60 Prozent – von Schulen aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Zahl der aus anderen Bundesländern stammenden Studierenden wächst. Denn die Schülerzahlen im westlichen Teil Deutschlands entwickeln sich anders. Dort werden die Universitäten von Studieninteressierten geradezu überrannt und nicht alle Bewerber können mit Studienplätzen versorgt werden. Dann werden die ostdeutschen Hochschulen, gerne auch Rostock, als Alternative gewählt. Einige unserer Studiengänge sind nicht voll besetzt. Das betrifft vor allem die Ingenieurwissenschaften, Studiengänge wie Maschinenbau, Informatik und Elektrotechnik – zum Teil auch die Natur-

⁵ Siehe hierzu den Zeitzeugenbericht von Frau Dr. Dagmar Ronnecker in diesem Band, S. 172-194.

wissenschaften, etwa die Mathematik, Chemie und Physik; in den Biowissenschaften sieht es anders aus. Wir versuchen bei der Studierendenwerbung diese Bereiche besonders zu bewerben und dort nach außen diese Studiengänge möglichst attraktiv darzustellen und sie gut für Informationen aufzubereiten. Wir nennen das Feld der Mathematik, Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften den „MINT“-Bereich. In der Berufsorientierung heißt es: „Die MINT-Berufe sollen gefördert werden“, weil es gerade diese Absolventen sind, die später Innovationen in die Gesellschaft tragen.

Ein zweites Projekt ist unter dem Begriff „Gründungsaktivitäten“ zusammengefasst. Es gibt in der Parkstraße 6 ein Gründerbüro. Dort sind Projektmitarbeiter tätig, die sich damit befassen, die Idee der Gründung von Unternehmen auch bei Studierenden und Mitarbeitern zu aktivieren. Es wird natürlich auch gerne gesehen, wenn schon im oder aus dem Studium heraus innovative Ideen zur Gründung, zum Selbstständigwerden entwickelt werden. Auch in der Lehre soll der Gründungsgedanke weiter verankert werden. Schon jetzt gehört die Universität Rostock zu den gründungsfreundlichsten Hochschulen in Deutschland.

Abschließend möchte ich einen Ausblick bzw. ein paar persönliche Visionen formulieren, wie sich Studienberatung in Zukunft verändern und entwickeln könnte/sollte. Zum einen meine ich, dass die Allgemeine Studienberatung an der Uni Rostock mehr eine Rückmeldefunktion zu den Bereichen Studium und Lehre bekommen sollte, das heißt unsere Erfahrungen aus der Beratung der Studieninteressierten und Studierenden sollten in den akademischen Gremien stärker berücksichtigt werden. Die Studierenden kommen schließlich mit ihren konkreten Problemen zu uns, die auch etwas darüber aussagen, wie Studium und Lehre qualitativ laufen. Diese Informationen sollten stärker für den universitären Veränderungsprozess nutzbar gemacht werden.

Zweifellos ist die Studierendenwerbung eine wichtige und zugleich dauerhafte Aufgabe. Man sollte aber aufpassen: Studienberatung und Studierendenwerbung sind nicht dasselbe. Beratung richtet immer den Blick auf den Einzelnen und seine individuellen Interessen, Werbung hat hingegen eine andere, übergeordnete Funktion und berücksichtigt die Interessen der Universität als Ganzes.

Für die Verortung unseres Referates ist es mein persönlicher Wunsch, dass in Zukunft alle wichtigen Stellen, die mit Studienberatung, Studieninformation und anderen Service-Angelegenheiten befasst sind, an einem Ort vereint werden. In einem *Service-Center* sollten dann alle Einrichtungen zentral erreichbar sein. Auch das Akademische Auslandsamt und das Studentenwerk wären sinnvoller Weise dort integriert. Das Gebäude in der Parkstraße 6 könnte aus meiner Sicht das Gebäude sein, das dieses Service Center beherbergt, natürlich müssten bauliche Veränderungen vollzogen und Sanierungsarbeiten geleistet werden, damit sich Mitarbeiter und Besucher gleichermaßen wohlfühlen.

Damit möchte ich meine Ausführungen schließen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie im Laufe ihres Studiums ein Stück weiter auf dem Weg nach „Oben ankommen“ – Sie kennen ja den Slogan der Universität. Jeder von Ihnen wird irgendwann auch Zeitzeuge sein, weil jeder eine individuelle Biographie hat und diese mit den gesellschaftlichen Veränderungen ständig parallel läuft. Vielleicht werden Sie auch irgendwann gefragt zu ihren persönlichen Erfahrungen, zu welchen Geschehnissen auch immer. Ich wünsche Ihnen für ihr Studium alles Gute und noch einmal vielen Dank, dass ich heute zu Ihnen sprechen durfte.

Diskussion

Kersten Krüger:

Wir danken unserer Referentin für ihre beeindruckenden Ausführungen und eröffnen die Aussprache.

Juliane Scholz:

Es geht mir noch einmal um die Zugangsprüfungen, das heißt nach der Berufsausbildung und dreijähriger Berufstätigkeit die Möglichkeit zum Zugang zur Universität zu haben. Ist das fachgebunden oder kann ich entscheiden, Lehrerin zu werden, selbst wenn ich Feinmechanikerin gelernt habe? Oder muss man sich an den Fächern entsprechend dem Beruf orientieren?

Anne-Katrin Nörenberg:

Ja, es ist fachgebunden. In der Zugangsprüfungsverordnung steht, dass man nach einer Ausbildung eine mindestens dreijährige berufspraktische Erfahrung haben muss und der angestrebte Studiengang in einem fachlichen Zusammenhang zum bisherigen Werdegang stehen soll. Das heißt zum Beispiel, wenn ich Maschinenbauer gelernt habe, dann kann ich Maschinenbau studieren oder wenn ich gelernte Zahnarzthelferin bin, dann kann ich Medizin studieren.

Juliane Scholz:

Ist mein Schulabschluss von Bedeutung? Wenn ich vorher einen Hauptschulabschluss hatte, ist der durch den Beruf theoretisch ein Realschulabschluss geworden?

Anne-Katrin Nörenberg:

Der Schulabschluss ist gleichgültig. Die Voraussetzungen sind ein Berufsabschluss, eine mindestens dreijährige berufspraktische Erfahrung und der fachliche Zusammenhang zwischen Berufsabschluss, beruflicher Tätigkeit und angestrebtem Studiengang.

Kersten Krüger:

Aber der fachliche Zusammenhang ist interpretationsfähig. Ich war lange genug Vorsitzender einer solchen Kommission; wir waren da großzügig.

Anne-Katrin Nörenberg:

Das ist richtig und in Zweifelsfällen sollte man es immer versuchen. Es ist auch gar nicht eine enge Eins-zu-Eins-Korrelation zwischen Studiengang und dem Abschluss eines Berufs gegeben. Das ist eine wichtige Ergänzung, also in Zweifelsfällen sollte man Flexibilität einfordern. Jede Fakultät hat Verantwortliche für die Zugangsprüfung, die sich mit dem persönlichen Werdegang des Bewerbers wohlwollend auseinandersetzen.

Juliane Scholz:

Dann habe ich noch eine Frage: Gibt es irgendwelche Sonderregelungen zum Fachabitur? Wir hatten letztes ein Problem mit dem Fachabitur. Jemand hatte danach eine Ausbildung gemacht und ein Jahr in seinem Beruf gearbeitet. Es war nicht möglich damit an die Universität zu gelangen. Ist das Fachabitur dem Abitur nicht gleichgestellt?

Anne-Katrin Nörenberg:

Fachabitur heißt oftmals, dass die Leute eine Fachhochschulreife haben, dieser Begriff wird manchmal ein bisschen ambivalent benutzt. Fachhochschulreife heißt, dass man wirklich an einer Fachhochschule studieren muss.

Juliane Scholz:

Das klingt für mich unsinnig. Im Prinzip haben diejenigen, die das Fachabitur haben, ja schon eine Art Vorlauf. Diejenigen, die ein normales Abitur haben, werden einfach so zugelassen. Das widerspricht mir in der Logik. Maschinenbau ist zum Beispiel unterbesetzt, kann man da nicht Sonderregelungen festlegen?“

Anne-Katrin Nörenberg:

Das wird zukünftig gelockert. Auch für diejenigen, die zum Beispiel berufstätig sind und bereits eine Meisterprüfung absolviert haben. Da sind Dinge im Gange, dass man das aufweicht und weitet. Das würde ich persönlich auch für sinnvoll erachten.

Steffen Eggebrecht:

Aus welchen Gründen kommen überhaupt Studieninteressierte auf die Universität, Rostock? Was gibt es da für Gründe?“

Anne-Katrin Nörenberg:

Es gibt sicherlich intrinsische Gründe, die eng mit der eigenen Zuneigung, was immer der Fall sein sollte, zum gewählten Studienfach und mit dem Interesse für ein bestimmtes Studium zusammenhängen. Entscheide ich mich für ein Studium, suche ich nach einem fach- und interessenbezogenen Studiengang, und das trifft im gewissen Maße immer zu. Bei den Gründen, die sonst für Rostock sprechen, ist es so, dass wir eine Volluniversität sind. Volluniversität heißt, dass wir fast alle wesentlichen Wissenschaftsgebiete anbieten, dennoch aber keine Massenuniversität sind. Wie gesagt, die Zahl der 15.000 Studierenden spiegelt das wider. Schaut man sich dagegen Berlin, die Freie Universität, oder München an, da geht es auf die 30-40.000 Studierende zu. Das heißt, wir haben diese Anonymität nicht, wir haben in vielen unserer Studienrichtungen noch ein sehr günstiges Betreuungsverhältnis zwischen den Lehrenden und den Studierenden. Dann hat Rostock eine ungemeine Attraktivität, was das Umfeld angeht. Nicht umsonst heißt es „Studieren am Meer“, das ist einfach ein Trumpf, den die Universität hat. Das haben wir den Befragungen entnehmen können, insbesondere der Bewerber, die aus den alten Bundesländern kommen, wie zum Beispiel aus Nordrhein-Westfalen. Da gibt es zum Teil Erfahrungen aus Urlaubsreisen. Die schwärmen von der wunderschönen Umgebung hier. Dann gibt es weitere Aspekte. Bestimmte Studiengänge schneiden in den Rankings sehr gut ab. Ich möchte Beispiele nennen: Elektrotechnik, aber auch Informatik. Physik steht auf Platz eins im Ranking. Es gibt sicher auch viele Studieninteressierte, die noch nie auf ein Ranking geachtet haben, aber die Zahl derer, die diese Angaben berücksichtigen, nimmt zu.

Nicole Preuß:

Kann man sagen, dass sich bis 2020 auch die Zahl der Lehrerstellen halbieren wird? Können Sie schon bei der Beratung sagen, welche Fächerkombinationen sich für einen späteren Arbeitsplatz anbieten? Eine solche Information hat mir damals gefehlt, als ich nach dem Abitur zur Universität kam und dachte: „Was mache ich denn jetzt?“ Es wurde mir nichts richtig gesagt. Selbst wenn man es nie genau vorhersagen kann, möchte man wissen, dass man nicht nur studiert um zu studieren oder weil es Spaß macht, sondern man möchte auch sehen, wo man danach bleibt. Welche Materialien gibt es denn dazu?

Anne-Katrin Nörenberg:

Zum Bedarf an künftigen Lehrern gibt es momentan ganz gute Zahlen, die nicht von uns, sondern durch das Bildungsministerium erstellt wurden. Man weiß, wann Lehrer in Rente gehen, welche Abschlüsse tätige Lehrer haben und wo Bedarfe sind. Auch aufgrund der Schülerentwicklungszahlen kennt man die künftigen Bedarfe. Auf Anhieb kann ich sagen, dass im gymnasialen Bereich eklatanter Mangel an Musiklehrern herrscht, eklatanter Mangel in Kunst und Gestaltung und

an Informatik. Es werden also so genannte Mangelfächer oder Bedarfsfächer deklariert. Nur ich sage immer, in der Beratung nützt das doch nur sehr am Rande, weil ich nicht danach entscheide, ob ein Fach ein Mangelfach ist, wenn ich nicht von mir aus die Zuneigung zu einem bestimmten Fach habe. Ich persönlich hätte nie – ich habe Geisteswissenschaften studiert – Informatik studieren können, auch wenn es hundert Mal geheißen hätte, da werden Leute gebraucht. Man kann solche Bedarfsprognosen in die Entscheidung einbeziehen, aber es bleibt in der Berufsentscheidung schwierig. Selbst Prognosen von Instituten für den Arbeitsmarkt sind nicht sicher. Wir erleben, wie schnelllebig der Arbeitsmarkt ist, wie schnell gesellschaftlicher Wandel passiert. Es ist eigentlich kaum noch möglich, verlässliche Prognosen für den Zeitraum von fünf bis sechs Jahren zu erstellen.

Elisabeth Schube:

Wie erfolgreich ist denn die Werbung in den anderen Bundesländern und warum werben Sie nicht in allen Bundesländern? Also ich komme aus einem Bundesland, das nicht speziell genannt wurde.

Anne-Katrin Nörenberg:

Woher kommen Sie?

Elisabeth Schube:

Aus Jena in Thüringen.

Anne-Katrin Nörenberg:

Zum einen schreibt der Hochschulpakt vor, dass die Werbung vornehmlich in den alten Bundesländern stattfinden soll, weil die Situation in den ostdeutschen Bundesländern ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern ist. Das hängt mit der Geburtentwicklung seit 1990 zusammen. Wir haben die Auflage, für die Gelder, die wir für das Projekt bekommen, speziell in den alten Bundesländern zu werben. Auch haben wir im Rahmen des Projektes nur geringfügig unser Personal aufstocken können – selbst wenn noch andere Mitstreiter hinzukämen, könnten wir nicht flächendeckend arbeiten. Wir mussten also Schwerpunktregionen festlegen und haben die Orte danach gewählt, wo aus Erfahrung in der zurückliegenden Zeit besonders viele Studieninteressierte aus den alten Bundesländern schon für ein Studium hier in Mecklenburg-Vorpommern sensibilisiert sind. Das sind die aus den angrenzenden Bundesländern, also Schleswig Holstein, Bremen, Niedersachsen und verstärkt Nordrhein Westfalen.

Elisabeth Schube:

Wie erfolgreich ist das denn?

Anne-Katrin Nörenberg:

Das ist erfolgreich. Wie ich vorhin schon sagte, hatten wir in den Jahren zuvor immer über 60 Prozent der Studienanfänger aus Mecklenburg-Vorpommern. Es sind jetzt nur noch knapp über 50 Prozent, dafür ist der andere Anteil größer geworden. Das ist aus der Studierendenstatistik ersichtlich.

Elisabeth Schube:

Ist das nur wegen der Werbung so erfolgreich oder schließen die dann auch alle erfolgreich ab, also prozentual gesehen?

Anne-Katrin Nörenberg:

Ob alle erfolgreich abschließen – ganz sicher nicht. Es gibt in vielen Studiengängen hohe Abbruchzahlen, insbesondere in den ingenieurwissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Studiengängen. Aber auf jeden Fall ist einzuschätzen, dass der Wunsch nach Rostock zu kommen, dass die Mobilität seitens der Westdeutschen angewachsen ist. Da gibt es noch eine interessante Zahl, beispielsweise fangen 20 Prozent aller Studienanfänger, die hier in Mecklenburg-Vorpommern Abitur gemacht haben, im Westen ein Studium an. Dagegen gingen lange nur 4 Prozent der westdeutschen Abiturienten in ein ostdeutsches Bundesland zum Studieren. Das ist ein eklatanter Unterschied. Die Wanderungsbewegung zwischen Ost und West ist sehr verschieden, und da können wir etwas nachholen. Für die Universität Rostock haben wir jetzt innerhalb der letzten zwei Jahre eine wachsende Tendenz herauslesen können, vor allem in den Bundesländern, in denen wir auch verstärkt geworben haben.

Nicole Preuß:

Da stellt sich doch die Frage nach den Studiengebühren. Es ist ja bekannt, dass da Studiengebühren erhoben werden.

Anne-Katrin Nörenberg:

Das ist mit ein Grund, warum Westdeutsche auch gerne, das hätte ich vorhin noch als Pluspunkt sagen können, ein Studium in Mecklenburg-Vorpommern aufnehmen, natürlich.

Kersten Krüger:

Am Begriff des *Careers Service* habe ich mich ab und zu gestoßen, weil ja von diesen beiden Wörtern der Eindruck erweckt wird, als seien sie eine Vermittlungsstelle für hochkarätige Karrieren. Also nicht „Oben ankommen“, sondern „Oben angekommen“, und ich glaube, das ist gerade nicht der Fall. Können Sie noch etwas zum *Careers Service* sagen? In den Geisteswissenschaften haben wir ein echtes Informationsproblem. Wir wissen gar nicht, wo unsere Absolventen blei-

ben, und wir wissen auch gar nicht, wo die Studienabbrecher bleiben. Das heißt, wenn wir in einigen Fächern, ich muss diese nicht nennen, von 90 Prozent Studienabbrechern ausgehen, empfinde ich das für dieses Fach eigentlich als ein Armutszeugnis. Das dürfte eigentlich nicht sein, aber wir wissen nichts darüber, weil Nachfragen dem Datenschutz unterliegen. Haben sie irgendwelche Rückmeldungen, was aus den Absolventen wird? Also das wäre Gegenstand eines *Careers Service*, dass man weiß, wohin die Absolventen kommen, so dass man zumindest eine Information geben kann, welches Studium chancenreich ist.

Anne-Katrin Nörenberg:

Die kontinuierliche Verfolgung des Verbleibs unserer Absolventen ist in der Tat eine äußerst sinnvolle und notwendige Aufgabe. Das ZQS (Zentrum für Qualitätssicherung in Studium und Weiterbildung) führt derartige Verbleibsstudien durch. Aus diesen Befragungen wird ersichtlich, wohin unsere Absolventen gehen, welche Übergangsproblematiken sie zu bewältigen hatten und wie sie das Studium im Hinblick auf die Anforderungen im Beruf vorbereitet hat. Frau Klütsch vom *Careers Service* erfüllt in der Tat keinen Vermittlungsdienst, ihre vordergründige Aufgabe und Stärke sieht sie in der Beratung und Begleitung der Studierenden im Sinne von Kompetenzförderung. Sie führt Workshops und Seminare durch, in denen Unternehmenskontakte hergestellt werden, in denen Bewerbungsprozesse und Modalitäten erläutert und Bewerberprofile besprochen werden. Sie macht auch über den Zeitraum des Bewerbungsverlaufes ein so genanntes *Coaching*, in dem sie im Kontakt mit dem Absolventen bleibt, der gerade in der aktuellen Bewerbungsphase ist. Sie organisiert Absolventenmessen an der Universität und gibt Unternehmen die Chance, sich hier vor Ort zu präsentieren. Damit sollen Kompetenzen, die über das eigene Fach hinausgehen, gestärkt werden. Wenn man Unternehmen oder Absolventen befragt, was neben der engen Fachqualifikation noch wichtig ist, dann sind es diese außerfachlichen oder übergreifenden Fähigkeiten, die man unter dem Begriff der Schlüsselkompetenzen zusammenfasst. Das trifft für alle Studierenden zu, unabhängig vom studierten Fach. Präsentationstechniken, Rhetorik, Teamfähigkeit und Sozialkompetenzen, dafür gibt es eine ganze Reihe von Angeboten auch während des Studiums.

Für die Geisteswissenschaften war der Arbeitsmarkt schon immer schwierig, weil ein geisteswissenschaftliches Studium nicht in einen bestimmten Beruf führt. Das ist ja gerade das Spezifische der Geisteswissenschaften, dass man sozusagen generalistische Fähigkeiten erwirbt, die für verschiedene Tätigkeitsfelder qualifizieren.

Kersten Krüger:

Da möchte ich ergänzen. Was Sie Schlüsselkompetenzen nennen, haben wir – aber ich gestehe vergeblich – versucht, in die neuen BA- und MA-Studiengänge

hineinzubringen. Das habe ich an der Philosophischen Fakultät nach einem Gespräch mit der Agentur für Arbeit versucht, in dem mir die Leute, die sehr kompetent waren, sagten: „Sie schicken uns Absolventen, die nicht einmal einen Computer bedienen können, gleichgültig welches Fach sie studiert haben. Die können nicht einmal eine Bewerbung schreiben.“ Warum konnten wir das nicht in die Studiengänge integrieren? Das liegt an den Fächern, die sich weigerten eine berufsorientierende, sagen wir einmal, Lerneinheit zu schaffen. Wir haben ja bereits interdisziplinäre Studien, wir haben die Vermittlungskompetenzen bei uns in den Studiengängen der Geschichtswissenschaft. Das haben wir damals absichtlich mit hineingeschrieben, um die Studiengänge für solche Kompetenzen zu öffnen. Da denke ich, sind Sie als zentrale Einrichtung der Universität wahrscheinlich überfordert. Das von den Fächern zu leisten. Das Geschichtsstudium kann selbstverständlich einen größeren Praxisbezug herstellen, nur wenn Sie das mit Fachkollegen besprechen, dann antworten sie: „Kommt überhaupt nicht in Frage, kommt niemals.“ Deswegen ist das ein Teil der Studienreform, den ich für versäumt halte. Nun ist hier nicht die Stelle zu jammern, sondern zu fragen: „Was sagen Sie dazu aus der Sicht von *Careers Service*?“

Anne-Katrin Nörenberg:

Dass dieses ist der Lehre passieren muss, davon bin ich überzeugt und auch davon, dass das noch zu wenig passiert. Aber das kann ein *Careers Service* mit einer Stelle überhaupt nicht leisten. Das muss mit dem Studium verknüpft werden, der Praxisanteil sowieso. In vielen Studiengängen passiert dies noch viel zu wenig. Ich erlebe immer wieder, dass Studierende, die kurz vor ihrem Bachelorabschluss stehen oder auch noch den weiterführenden Studiengang gemacht haben, nicht einmal ein längeres Praktikum irgendwo außerhalb der Universität absolviert haben. Da schüttelte ich innerlich den Kopf. Die haben noch nicht verstanden, was für den Berufseinstieg wichtig ist und welche Fähigkeiten man sich dazu holen muss. Da das Studium nicht alles vorgibt, was für die Berufswelt wichtig ist, muss man selbst aktiv werden – ohne Praxiskompetenz geht nichts.

Angela Hartwig:

Praktika sind enorm wichtig. Sie haben berichtet, dass das auch zu DDR Zeiten wichtig war. Sicherlich hat man uns damals auf die Felder geschickt und in Betriebe gesteckt. Aber das führte ja auch dazu, dass wir einen Blick für andere Sachen bekamen, sich nämlich einmal damit auseinanderzusetzen, wie Rüben geerntet oder Kartoffeln eingepflanzt werden. Aber wenn ich die Studierenden hier sehe, die ein Praktikum in einem Archiv oder in einem Museum machen, aber eben nur 14 Tage, dann halte ich das für viel zu wenig. Wir mussten über zwei Monate ein Praktikum in einem Museum machen, das war langwierig und aufwändig. Aber das Studium läuft heute so, dass die Studierenden in der vorlesungsfreien Zeit

Arbeiten schreiben und sich für Prüfungen vorbereiten müssen. Da ist gar kein Freiraum für ein längeres Praktikum. Aber den muss man schaffen. Wenn man nicht während des Studiums ein langfristiges Praktikum machen muss, dann weiß man nicht, wo es hingehet. Ohne berufsorientierendes Praktikum, weiß ich für mein weiterführendes Studium nicht, welches Berufsbild für mich passt.

Anne-Katrin Nörenberg:

Richtig, das ist unbedingt nötig. Praxiserfahrung ist das A und O.

Angela Hartwig:

Sowohl In- als auch Auslandserfahrungen.

Anne-Katrin Nörenberg:

Man merkt, was man wirklich gut kann und möchte, und man merkt aber auch manchmal das Gegenteil. Auch diese negativen Erfahrungen sind wichtig. Für sich festzustellen, ob ich lieber jemand bin, der alleine für sich arbeiten will, oder jemand, der sozial und kommunikativ ist, der auf andere zugeht, das ist enorm wichtig. Es gibt so unterschiedliche Erfahrungen dabei.

Angela Hartwig:

Es nicht nur wichtig, dass die Studenten innerhalb von sechs Semestern einen Abschluss machen, sondern die Praxis gehört auch mit hinein.

Julia Neumann:

Mich würde mal interessieren, gerade weil Sie die Probleme jetzt ansprechen, ob sie es eventuell für sinnvoll erachten, dass die Freiwilligkeit einer Beratung ein Stück weit weggenommen wird und man festlegt, ein Abiturient sollte oder müsse vor seinem Studium ein Beratungsgespräch führen und vielleicht auch in der Mitte des Studiums. Wie stehen Sie dazu?“

Anne-Katrin Nörenberg:

Das ist ein interessanter Gedanke, der durchaus schon an einigen Hochschulen aufgegriffen wird, die verbindliche studienbegleitende Beratung. Auf jeden Fall hat das auch positive Aspekte, wenn man fordert, Studierende müssten einmal bewusst dahin gelenkt werden zu reflektieren, wie der bisherige Studienverlauf war, welches die weiteren Ziele und Visionen sind und was zur Verwirklichung nottut. Genau das sind meine Erfahrungen als Beraterin, das passiert zu wenig. Viele Studierende laufen im Studium ihr Programm ab, ohne sich wirklich frühzeitig auf die wichtigen Nebenfelder zu begeben und für einen gelungen Übergang vorzusorgen. Vorgegebene Beratung muss nicht automatisch etwas Negatives be-

deuten. Wenn diese dazu beiträgt, den biographischen Prozess bewusst zu gestalten, dann kann das eigentlich nur gewinnbringend sein.“

Julia Neumann:

Aber das ist für Rostock nicht geplant?

Anne-Katrin Nörenberg:

Das ist derzeit so nicht geplant, wengleich auch immer mal wieder diskutiert. Ich weiß, dass einige Fachberatungen dies allerdings schon sehr nahelegen, beispielsweise innerhalb der Wahl von Vertiefungsrichtungen. Da kann es manchmal sehr sinnvoll sein, so etwas bewusst mit jemandem zu besprechen, der kompetent ist. In zahlreichen Studiengängen gibt es ja viele Spezialisierungsmöglichkeiten, die wiederum ganz unterschiedliche Einmündungen auch in spätere Arbeitsfelder nach sich ziehen. In der Schule hat man seit einiger Zeit das Unterrichtsfach Berufsorientierung aufgegriffen, was sicherlich auch sinnvoll ist. Dass Schülerinnen und Schüler sich schon ganz bewusst, auch in der gymnasialen Oberstufe, mit diesem Thema auseinandersetzen, und lernen bewusst über die eigene Person zu reflektieren, ist zu begrüßen.

Kersten Krüger:

Vielleicht noch dieses eine Schlusswort: Die Beratung ist nicht nur eine Bringschuld der Beratenden, sie ist vor allem eine Holschuld der Studierenden. Das heißt, Sie müssen zu uns kommen. Kommen Sie nicht zu mir, dann kenne ich Ihre Probleme nicht und kann Ihnen keinen Rat geben. Ihnen nachlaufen möchte ich nicht. Wenn wir das tun, dann sind wir in einem anderen System, das wollen wir nicht. Wir danken unserem Gast, Frau Nörenberg, für ihre kompetente und zugleich sensible Rückschau auf Vergangenheit und Gegenwart der Studienberatung, ebenso danken wir allen Diskutanten und allen Anwesenden. Bereichert an Wissen und Verständnis schließen wir die Sitzung.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1, S. 498

Hochschule – Arbeitswelt

Grafik: Allgemeine Studienberatung

Abbildung 2, S. 503

Stand der Allgemeinen Studienberatung

auf Hochschulinformationstagen und Bildungsmessen

Foto: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Keßler, Ursula

Lebenslauf



<i>akademischer Titel:</i>	Dipl. Ing.oec	
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1974-1978	Referentin für Haushaltsangelegenheiten
	1978-1991	Verantwortl. für Haushaltsplanung
	1991-1993	Stellv. Dezernentin Haushaltsangelegenheiten
	1993 -	Dezernentin für Haushaltsangelegenheiten
<i>Fakultät:</i>	Zentrale Universitätsverwaltung	

<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 03.03.1952 in Rostock, verheiratet, 3 Kinder	
<i>Konfession:</i>	Evang.-luth.	
<i>Vater:</i>	Hans-Georg Sachse, technischer Kaufmann	
<i>Mutter:</i>	Irma Sachse, kaufmännische Angestellte	
<i>Kurzbiographie:</i>	1970	Abitur an der 1. EOS Rostock
	1970-1974	Studium der sozialistischen Betriebswirtschaft an der Universität Rostock
	Ab 1974	Tätigkeit in der Finanzverwaltung der Universität Rostock

<i>Akademische Abschlüsse:</i>	Dipl. Ing.oec	
<i>Akademische Selbstverwaltung:</i>	Mitglied des 1. Außerordentlichen Konzils 1990 bis 1992 Mitglied des Akademischen Senats 2006 bis 2012	

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugenbericht von Ursula Keßler am 4. Juni 2010

Transkription und Protokoll:

Urte Herdegen, Alexander Kuszel, Julia Neumann, Sophia Thurow

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Gast, Frau Ursula Keßler, die Haushaltschefin unserer Universität – wie Sie sich denken können, eine sehr mächtige Frau. Liebe Frau Keßler, Sie sind uns sehr willkommen und haben das Wort.

Ursula Keßler:

Ich bedanke mich sehr für diese Einladung, obwohl ich zugeben muss, dass ich mich eine Weile gesträubt habe. Auch wenn die Arbeit mit den Finanzen sehr wichtig ist, habe ich sie als nicht so spannend für ein Zeitzeugenseminar empfunden. Aber ich habe mich überzeugen lassen und ich bin der Einladung hierher gefolgt.

Ich bin im Jahre 1952 – mein Alter müssen Sie selber ausrechnen – in Rostock geboren, bin hier zur Schule gegangen und wechselte mit 14 Jahren an die Erweiterte Oberschule (EOS). Dort legte ich mein Abitur ab und begann im Anschluss ein Studium der Betriebswirtschaftslehre. Der Studiengang hieß zu DDR-Zeiten noch „Sozialistische Betriebswirtschaft“. Während des Studiums haben wir an der Universität viel gelernt, auch ein bisschen über den Kapitalismus. Als Grundlage diente uns Karl Marx, das war alles gut verständlich und auch logisch. Mit der sozialistischen Wirtschaftsführung hingegen war das ein bisschen schwieriger! Das „Warum“ haben wir aber erst später begriffen. Nach meinem Studium begann ich meine berufliche Tätigkeit an der Universität Rostock in der damaligen Abteilung Finanzen. Dort arbeitete ich zuerst als Referentin für Haushaltsangelegenheiten. Das war eine tolle Position, weil man sich fachlich ausprobieren konnte aber keine Leitungsverantwortung hatte. Für die Untergebenen oder für die Mitarbeiter waren andere zuständig.

Nach der Wende wurde ich Stellvertretende Leiterin der dann umbenannten Abteilung von „Finanzen“ in „Dezernat Haushalt“. Nach den Übernahmeverfahren arbeitete ich weiterhin als Stellvertretende Leiterin, da meiner damaligen Chefin und auch vielen anderen – relativ freundlich aber dennoch mit Nachdruck – geraten worden war die Möglichkeiten des vorgezogenen Ruhestandes zu nutzen.

Es dauerte eine Weile, bis sich die Universität entschlossen hatte die Stelle wieder neu auszuschreiben und zu besetzen. Ich habe mich dann, eigentlich etwas zögerlich, für die ausgeschriebene Position als Abteilungsleiterin beworben. Ein Grund dafür war wahrscheinlich die erstrebenswerte Leitungsverantwortung, denn es ist ja doch etwas anderes, wenn man der Chef der Abteilung ist. Einen anderen Grund gaben die Mitkonkurrenten aus dem eigenen Haus und die Bewerber aus den alten Bundesländern. Ich dachte mir, dass ich besser sei als diese. Schließlich fasste ich den Entschluss zur Bewerbung nicht nur für mich, sondern auch für meine Kollegen, weil es bestimmt besser sei, mich zumindest um diese Stelle zu bemühen. Das hat ja dann auch geklappt. Seitdem stehe ich dem Dezernat Haushalt vor. Der Verantwortungsbereich erstreckt sich auf die Finanzen der Universität mit Ausnahme der Medizinischen Fakultät und des Klinikums.

Wenn man gefragt wird, ob man über den Haushalt und das Geld der Universität unter dem Thema „Universität Rostock in Geschichte und Gegenwart“ reden will, dann ist man natürlich auch unweigerlich in der Wendegeschichte. Das spiegelt sich auch ein bisschen in meinem Vortrag wieder, denn auch die Verwaltung der Universität und die Mitarbeiter der Verwaltung sind Beteiligte dieser Zeit gewesen. In mehr oder minder starkem Maß hat man sich mit eingebracht. Wir sind ja nicht nur Angestellte in unserer Abteilung, sondern wir sind auch Mitglieder einer Statusgruppe des „nichtwissenschaftlichen Personals“ oder der „weiteren Mitarbeiter“, wie sie heute heißt und in dem Sinne sind auch wir gefragt gewesen.

Im Vorfeld auf diese Veranstaltung habe ich mir überlegt, unter welchem Thema ich referieren soll. Zu den Finanzen soll ich was sagen, das war klar und dann habe ich gedacht: „Wie benennst du das?“ Ich bemerkte, dass man sich überall scheut den Begriff DDR in den Mund zu nehmen aber es war die Haushaltsführung in der DDR und in der BRD und darum wählte ich das Thema: „Die Haushaltsführung in der DDR und im vereinigten Deutschland.“

Ich beginne mit der Wendezeit, weil mich das in der Vorbereitung auf diese Veranstaltung am meisten beschäftigt hat. Ein Grund war, dass wir bis dahin eigentlich immer nur die Finanzen abgewickelt haben – so ordentlich wie es sich gehörte – hinzu kamen dann aber plötzlich auch ganz viele andere Anfragen, weil wir uns auch an die veränderten Bedingungen anpassen mussten. Der Prozess des Beitritts ist so schnell gelaufen, dass man mit vielen Dingen überhaupt nicht hinterherkam. Der andere Punkt war der, dass wir sehr hohe Anforderungen zu erfüllen hatten, weil sich auf einmal die neue Universitätsleitung, also die gewählten Vertreter, auch für Sachen interessierten, mit denen sie vorher nicht viel zu tun hatten.

Ein Rektor der alten Zeiten hatte seinen großen Stab an Mitarbeitern. Dieser hatte auch eine ganz andere Basis, als diejenigen, die nach der Wende kamen, als diese alten Strukturen weggebrochen waren oder nicht mehr richtig funktionierten.

Es wurde also immer viel gefragt, und viel davon war Handarbeit. Gleichzeitig engagierten sich viele Mitglieder der Verwaltung auch in den Gremien, etwa im Außerordentlichen Konzil, das damals noch tagelang diskutierte. Auch ich beteiligte mich an Gremien. Das war irgendwie großartig, und ich hatte das Gefühl, dass man richtig mitgestalten kann. In der Zeit vorher war die Abgrenzung doch sehr groß. Da ging bestenfalls die Abteilungsleiterin in die Dienstberatung zum Verwaltungsdirektor und der saß dann beim Rektor. In der Zeit vor der Wende waren wir von Mitgestaltung doch weit entfernt.

Ein weiterer Punkt, der hinzukam, war die Unsicherheit für die Mitarbeiter. Allen war bewusst, dass der Stellenabbau sicher ganz schnell gehen und sich die Arbeitsaufgaben und die Strukturen verändern würden, nicht nur in der Universität, sondern eben auch in der Verwaltung. Das Personaldezernat, damals Abteilung „Direktorat Personalangelegenheiten“, und auch unsere Abteilung mussten unheimlich viel Zahlenmaterial, gegliedert nach Fakultäten und Fachbereichen liefern, wobei die Fakultäten in der täglichen Arbeit keine große Rolle spielten, während die Fachbereiche selbstständig organisierte Einheiten auch verwaltungsmäßig bildeten.

Ein weiterer sehr schnell ergangener Beschluss betraf die Auflösung der Pädagogischen Hochschule in Güstrow, der Ingenieurhochschule sowie der Seefahrtsschule Warnemünde-Wustrow, letztere eine sehr stolze Einrichtung, mit einer langen Tradition. Den Mitarbeitern ist die Auflösung sehr schwer gefallen, denn sie mussten sich einerseits in die Fachhochschule Wismar oder andererseits hier in die Universität Rostock eingliedern. Das war schon ein erheblicher Bruch für die Bediensteten in den jeweiligen Einrichtungen.

Bis zu diesem Zeitpunkt war auch der Bereich Medizin – das heißt die Medizinische Fakultät und das Klinikum – mit der Universität insgesamt verbunden. Früher gab es in der Beziehung früher keinen Unterschied, auch wirtschaftlich nicht. Doch kam es nun zur Trennung. Zur Universität gehörten bis dahin ebenfalls die Bereiche Mensen und Studentenwohnheime. Sie wurden ebenfalls ganz normal in unserem Finanzhaushalt mit ihren Einnahmen und Ausgaben sowie der Bautätigkeit verwaltet. Dies änderte sich dann durch Gründung des Studentenwerks auch. Ebenso mussten wir Aufgaben an die Landeseinrichtungen abgeben. Mit der Gründung der neuen Bundesländer sind auch sehr viele Strukturen aus den alten Bundesländern übernommen worden und dadurch gelangten Aufgaben, die vorher die Hochschulen selbst ausführten, an die Landeseinrichtungen. Das Bestreben eine Hochschule für Musik und Theater zu gründen, war sehr früh da. Bevor die HMT jedoch zu einer eigenen Einrichtung aufstieg, wurde sie als Institut bei uns geführt und eben auch mit verwaltet. Es gab auch Verschiebungen innerhalb der Universität, das heißt in der Verwaltung der Fakultäten. Die genannten Beispiele waren die stärksten Veränderungen, die uns betrafen.

Die personellen Auswirkungen möchte ich nur ganz kurz streifen und am Haushaltsdezernat darstellen. Wir waren bis 1989 32 Mitarbeiter. Zu uns gehörten das Haushaltsreferat, also die reine Finanzabwicklung im Sachmittelbereich und der Investitionen einschließlich der Drittmittel – das sind Gelder, die für die Forschung von Dritten eingeworben werden, und diese gab es auch schon zu DDR-Zeiten. Zusätzlich gehörte zu unseren Aufgaben die Buchhaltung, eine ganz selbstständige Einrichtung, wie in einem Betrieb. Die Gehaltsstelle war ebenfalls dem Haushaltsdezernat angegliedert. Dort wurden die Bezüge und Gehälter der Mitarbeiter abgerechnet, während die Rechenarbeiten – wie heute auch – extern durchgeführt wurden. Dafür gab es in jedem DDR-Bezirk eine zentrale Gehaltsstelle, die für alle öffentlichen Einrichtungen die Gehälter EDV-mäßig berechnete. In diesem Punkt waren wir auch zu DDR-Zeiten nicht rückständig.

Im Jahr 1990 waren wir dann nur noch 22 Mitarbeiter, bestehend aus dem Haushalt einschließlich Drittmittel, und der Buchhaltung. Die Gehaltsstelle gehörte von da an zum Personaldezernat.

Durch das Übernahmeverfahren 1992 wurden auch die Verwaltungsstrukturen neu festgelegt. Wir bestanden dann aus drei Referaten: Haushalt, Drittmittel und einer kleinen Gruppe von 3 Mitarbeitern, die mit Planung und Statistik beschäftigt waren. Das Referat Planung und Statistik war früher eine eigene Abteilung, die mit knapp zehn Leuten besetzt war. Wir mussten die Reisekostenabrechnung an das Personaldezernat und die Aufgaben der Buchhaltung zum Teil an die Landeskasse abgeben. Des Weiteren wurden wir von der Führung unseres Bankkontos „befreit“, welches von da an das Land freundlicherweise für uns übernommen hat. Das ist bis heute immer noch so. Die Medizinische Fakultät und das Klinikum wurden völlig von der Universität getrennt. Diese beiden Einrichtungen arbeiten inzwischen unter ganz anderen organisatorischen Strukturen.

Jetzt sind wir 20 Mitarbeiter. Wir haben die Planung und Statistik eingetauscht gegen die Beschaffungsstelle. Das Land hat sich später einiger Aufgaben entledigt und gab sie wieder an die Universität zurück. Bloß wurde dabei vergessen, uns die Personalstellen dafür wieder bereitzustellen.

An dieser Stelle möchte ich auch sagen, dass man sich im gesamten Verlauf dieser Umstrukturierung auch oft als Objekt empfunden hat. Das galt vor allen Dingen für die einfachen Mitarbeiter, also für unsere Sachbearbeiter. Das fing damit an, dass man eine Erklärung bezüglich einer Stasi-Tätigkeit abgeben musste. Es gab eine Erklärung der Ehrenkommission und man musste einen Antrag auf Übernahme als „nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter“ auf die eigene Stelle stellen. Erwähnen möchte ich aber auch, dass man die Möglichkeit bekam sich auf bis zu drei Stellen zu bewerben. Dies geschah mit einem Formblatt, also nicht so wie Sie es heute tun würden, wenn sie sich irgendwo bewerben. Dennoch war es aber eine Zeit großer Verunsicherung für alle Mitarbeiter. Ich selbst war in einer dieser Übernahmekommissionen für das „nichtwissenschaftliche Personal“ tätig. Das

war eine ganz schön harte Zeit, weil man gesehen hat, dass manche Leute und auch Eheleute, die nicht übernommen wurden, nirgendwo mehr untergekommen sind, gerade im Bereich der einfachen Angestellten und der Arbeiter. Zusammenfassend kann ich sagen, dass der Sommer 1992 eine sehr harte Zeit war.

Zusätzlich mussten wir auch eine Verzichtserklärung unterschreiben, in der man sich damit einverstanden erklärte, dass man die Stelle anzunehmen habe, wenn auch bei niedriger Bewertung. Wirklich zufrieden war man erst dann, wenn der Bescheid der Gauck-Behörde kam und offiziell bestätigt wurde, was man von sich selber ohnehin wusste. Dennoch war man sich der Informationsströme nie sicher. Für mich selber war ich ganz froh, aber es war eine Zeit, in dem sich ein Teil der Mitarbeiter irgendwie diskriminiert fühlte, während ein anderer Teil sagte: „Das muss alles sein, wir wollen das sauber haben“. Es war zudem die Zeit, in der man sich am stärksten politisch engagierte.

Daneben lief die praktische Arbeit weiter. Sie begann schon vor dem Beitritt und vor der Währungsunion am 01.07.1990 mit der Ablösung von Rechtsvorschriften. Da in Deutschland in solchen Dingen immer Ordnung herrscht, wie ich eingangs schon sagte, wurde der Wechsel der Vorschriften auch umgesetzt. Es gab bei uns in der DDR ein Gesetz über die Grundsätze der Finanzordnung. Das hieß damals „Staatshaushaltsordnung und Kassenordnung“. Wir führten dann Gesetze ein, die so ähnlich klangen und sich auch so ähnlich lasen wie die entsprechenden bundesdeutschen Rechtsvorschriften: „Finanzordnung, Haushaltsgrundsatzgesetz und Gesetz über die Haushaltsordnung der Republik“. Wir haben, kurz vor der Währungsunion, ein Gesetz über den Rechnungshof verfasst, das dann die staatlichen Finanzrevisionen ersetzte. Von denen kann ich nur sagen, dass sie genauso pingelig wie der Rechnungshof waren. Alles was man über diese Einrichtung der Finanzkontrolle erzählt, ist wahr – die sind wirklich so. Zusätzlich gab es eine Verordnung über die gesellschaftliche Verantwortung, über die Vollmachten und über die Pflichten des Leiters für die Haushaltswirtschaft in staatlichen Einrichtungen. In dieser Verordnung wurden die Aufgaben genau fixiert, die dieser Mensch hatte, der in den Universitäten und in vielen anderen Einrichtungen der Leiter der Abteilung Finanzen war. Das war analog zu den heutigen Aufgaben des Beauftragten für den Haushalt, wie diese in der Bundeshaushaltsordnung sowie den entsprechenden Landeshaushaltsordnungen geregelt sind. Diese Funktion ist heute Sache des Kanzlers. Das war und ist eine Zwitterstellung: auf einer Art ist man Leiter der Finanzen, auf der anderen Seite staatlicher Kontrolleur, der auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften achtet.

Mit der Errichtung der Länder und dem Aufbau der Länderverwaltung entstanden externe Einrichtungen, die wir vorher nicht hatten: die Landeskassen, das Landesbesoldungsamt und die Landesbauämter. Diese drei Ämter lösten unsere Selbstständigkeit auf. Fortan mussten wir diesen Einrichtungen zuarbeiten.

Selber bin ich Haushälter, also jemand, der einen eigenen Monatsabschluss und Jahresabschluss durchführt, bei dem am Jahresanfang und am Ende eine Zahl steht, die mit dem Kontoauszug übereinstimmen muss. Diese Aufgabe hat mir immer sehr viel Spaß gemacht. Diese Aufgaben werden jetzt vom Land wahrgenommen. Das Landesbesoldungsamt übernahm die Aufgaben unserer zentralen Gehaltsstelle. Die Landesbauämter nehmen die Hochbaumaßnahmen und alle Baumaßnahmen für die Landesdienststellen wahr. Demzufolge haben wir aus unseren Bauabteilungen viele Mitarbeiter von der Universität dorthin abgegeben. Die Errichtung der Studentenwerke hatte zur Folge, dass wir die Abteilung Mensen und Studentenwohnheime inklusive der Mitarbeiter dort hin übertrugen. Auch heute arbeiten dort noch Mitarbeiter, die früher an der Universität waren. Dadurch ist eine gewisse Verbundenheit bestehen geblieben.

Die Eingliederung der Hochschulen von Güstrow und Warnemünde-Wustrow hatte zur Folge, dass alle Leitungsstellen doppelt vorhanden waren. Es gab zwei Leiter beziehungsweise Abteilungsleiter für die Haushaltswirtschaft und Drittmittel. Entsprechend groß war der „run“ auf die Stellen im Übernahmeverfahren, und dabei fanden viele ehemalige Kollegen aus der Abteilung aus Güstrow und Warnemünde hier in Rostock keine neue Arbeitsstelle. Mit den Mitarbeitern, die aus Warnemünde in unsere Abteilung übernommen wurden, sind wir ein guter Mix geworden. Manchmal hatten wir später Mühe uns zu erinnern, ob dieser oder jener aus Warnemünde kam.

Das spannendste Thema für uns war die Umstellung unserer EDV. Als ich 1974 an der Universität anfang, gab es in Rostock bereits EDV-Technik. So lief beispielsweise die Buchhaltung über den einzigen großen Rechner, den die Universität hatte. Alle Hochschulen der ehemaligen DDR hatten ein einheitliches Programm, mit dem gearbeitet wurde. Dieses ist an der Universität in Halle entwickelt und gepflegt worden. Alle Hochschulen in der DDR hatten einheitliche Verschlüsselungen beziehungsweise Signierschlüssel für die Fachbereiche der Hochschulen. Hinter diesen Schlüsseln standen die Kostenarten unter denen die Ein- und Ausgaben verbucht wurden. Das spannendste in dieser Umstellungszeit war, dass die bundesdeutsche Systematik, die wir dann ab 01.01.1991 einführen mussten, andere Schlüssel vorsah und wir die alten auf die neuen anpassen mussten. Da war Kreativität gefordert, denn wir konnten unser Programm nicht gleich wegwerfen, weil wir nicht sofort ein neues bekamen. Wir mussten also unsere alten Systematik für die Berichterstattung umschreiben.

Wir durften auch, weil die Landeszentralkasse noch gar nicht arbeiten konnte, unser Bankkonto noch das Jahr behalten, mussten aber die Buchungen per Hand eingeben, die dann in die neue Systematik der Landeszentralkasse übertragen wurden. Die Bank bekam die zu tätigen Zahlungen auf einer Diskette, das Internet gab es noch nicht. Wir haben dann uns sehr schnell ein neues

EDV-System angeschafft, und zwar das von der HIS,¹ dem Hochschulinformationssystem. Diese Gesellschaft entwickelt vor allen Dingen Software für Hochschulen, und mit ihr sind wir heute immer noch im Geschäft. In allen Bereichen, wie auch in der Personalverwaltung, wenden die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern diese Systeme an.

Den Haushalt einer Hochschule und im Grunde alle öffentlichen Einrichtungen kann man grob in Einnahmen und Ausgaben gliedern. Man unterteilt sie weiter in Kostenarten also beispielsweise Personalausgaben, Strom, Gas, Wasser, die Bewirtschaftungskosten, Reisekosten, Aufträge am Dritte, Investitionen. Die nächste Gliederungsebene ist die der Einrichtungen, das heißt der Fakultäten und der Fachbereiche. Heute gliedern wir bis auf die Professuren herunter. Wir haben in der Verwaltung Kostenstellen, wir haben die Bibliothek. Die Einrichtungen haben Kostenstellen. Für unsere Arbeit brauchen wir einerseits einen Kontenrahmen, in dem diese Kostenstellen aufgeführt sind, andererseits einen Haushaltplan, in dem das Geld aufgeführt ist, das wir haben, welches wir dann den Einrichtungen und Kostenarten zuweisen .

Aus der älteren Zeit habe ich hier zwei Haushaltspläne für die Universität Rostock mitgebracht: von 1975 und 1984 (Anhang 1). Der von 1975 ist noch relativ dünn, da sind die Unterlagen, die wir für den Haushaltsplan hatten, alle noch mit der Hand oder der Maschine gemacht. Der von 1984 ist dann schon etwas dicker, denn dort sind bereits EDV-Ausdrucke mit enthalten, nach denen sich unsere Planzahlen aufgliederten. Vorweg zeige ich einen Kontenrahmen aus dem Jahr 1985/86 (Anlage 2) und die Abschnitte sowie Kostenstellen der Universitätsfinanzen (Anlage 3). Darin war die Haushaltssystematik dargestellt. Diese hatte jeder Sachbearbeiter in den Einrichtungen und Fachbereichen. Da standen dann die Titel, und die Kapitel. Die Kapitel sind die oberen Kategorien, davon hatten wir vier. Dazu gehörten alle, die mit Forschung zu tun hatten. Es gab Forschungsfinanzierungen durch die so genannten nicht zahlenden Auftraggeber. Das war Vater Staat. Diese Finanzmittel waren jedoch themengebunden. Sodann gab es die Industrie als zahlenden Auftraggeber.

Wichtig war damals die Produktionsabteilung, sie sorgte für den wissenschaftlichen Gerätebau an der Universität und war sozusagen die „do-it-yourself“-Abteilung, wenn ein Gerät nicht gekauft oder anderswo hergestellt werden konnte. Dafür hatten wir dann unsere Leute.

Die geisteswissenschaftliche Forschung war unter der gesellschaftswissenschaftliche Forschung zusammengefasst. Dazu gehörten mithin die Bereiche wie Geschichte oder Sprachen. Es gab auch die wissenschaftlich-ökonomische Zusammenarbeit mit dem Ausland. Das galt in der ganzen Republik.

¹ Siehe: <http://www.his.de/> 27.03.2011.

Der Hauptabschnitt in unserem Haushalt war der vom Staat finanzierte, also alles das, was in der 512 ist. Es ist eine etwas ungewöhnliche Verwendung der Ziffern. Den Oberbegriff bildet die Ziffer 512, während 01 und 02 untergeordnete Punkte sind. Das größte Kapitel war die Universität selber. Sie sehen, dass die Universität eine Ingenieurschule mit betreute. Das war an Universitäten üblich. Ingenieurschulen waren zwar selbstständig, aber organisatorisch in die Universität eingebunden, weil es als verwaltungsmäßig einfach effizienter galt. Zudem waren es meistens kleine Einrichtungen.

Für die Sonderausbildung der Studierenden – das hatte etwas mit der vormilitärischen Ausbildung der männlichen Studierenden zu tun – gab es eigene Haushaltsmittel; die wurden auch getrennt ausgewiesen und abgerechnet. Weiterbildung, die heute auch wieder ein großes Thema darstellt, wurde auch damals schon als eigenes Kapitel behandelt. Die Sektion Informationsverarbeitung – die Fächer hießen damals Sektionen – wurde so ernst genommen, dass sie ein eigenes Kapitel erhielt. Jede einzelne Mittelzuweisung unterlag der Kontrolle und dem Schutz durch den Staat. Da konnte man nicht einfach das Geld nutzen, wie man wollte, und beispielsweise den Philosophen oder Mathematikern frei etwas geben.

Internate, Mensen, wissenschaftliche Beziehungen zum Ausland hatten eigene Einnahmen. Bei letzteren wurden vorwiegend die Reisekosten abgerechnet von den wenigen Menschen, die reisen durften. Sommerschulen waren eine wichtige Einnahmequelle, beispielsweise die internationale Sommerschule für Deutsch. Kliniken, Institute wie auch die Zivilverteidigung hatten eigene Kapitel. Hier sind nur die Oberbegriffe zusammengefasst.

Jetzt zeige ich ihnen die erste Seite des Haushaltsplans von 1975 (Anhang 1). Das ist das erste Blatt aus diesem Buch mit den Vorgaben, die die Hochschule als staatliche Planaufgabe erhielt. Die staatliche Auflage wurde kurz „Stal“ genannt und spiegelt die Einnahmen und Ausgaben wider im Mark der DDR, ein Tausender mit einer Dezimale, also denken Sie sich die Nullen dazu. Es sind schon Millionenbeträge, wenn da steht: Ausgaben zusammen 135 Millionen. Sie sehen hier auch eindeutig, dass in der 512 – also im Hochschulbereich – und in der 520 – in der Medizin – der größte Anteil lag.

Diese Übersichten wurden immer mal wieder verändert, so wie das Bedürfnis des Staates der Informationen es vorgab. Im Jahr 1984 (Anhang 1) sah es dann schon so aus, dass die Einnahmen zusammengefasst wurden und die Ausgaben etwas mehr Unterpositionen bekamen. Sie sehen, das Mittelvolumen hat sich in zehn Jahren dann doch auch von 135 auf 197 Millionen entwickelt. Außerdem haben sich ebenfalls die Einkommen entwickelt.

Nach 1990 waren dann die Hochschuleinrichtungen des jeweiligen Bundeslandes Landesdienststellen, das heißt nachgeordnete Einrichtungen des Bildungsministeriums von Mecklenburg-Vorpommern. Der Haushaltsplan ist nicht mehr der der Universität Rostock, sondern der des Bildungsministeriums. In diesem

Haushaltsplan ist jetzt nur noch der Zuschuss des Landes an die Universität abgebildet ohne Medizin. In einem gesonderten Kapitel ist der Zuschuss an die Medizinische Fakultät ausgewiesen, die auch einen Zuschuss für bestimmte Teile des Klinikums enthält, die nicht durch die Krankenkassen finanziert werden. Ansonsten finanziert sich das Klinikum durch die Einnahmen von den Krankenkassen und privat Versicherten.

Uns fließen auch noch andere Mittel zu, die über ein anderes zentrales Kapitel des Bildungsministeriums kommen. Auch die Finanzierung der Bauvorhaben fließt aus anderen Töpfen, die ich hier nicht abbilde. So sieht ein Haushaltsplan von innen aus, und er hat heute, was einen Fortschritt darstellt, eine höhere Flexibilisierung und eine Entwicklung zu einem globalen Haushalt. Er enthält nicht mehr so viele Finanzdaten, sondern auch Leistungsdaten der Universitäten, also Angaben wie Studierende oder Absolventen, Zahl der Promotionen, Zahl der Sonderforschungsbereiche, das Drittmittelvolumen, welches woanders für die Forschung eingeworben wird. Schließlich werden die Zuschusszahlen zum laufenden Betrieb ausgewiesen, insgesamt 82 Millionen für die Ausbildung. Investitionen werden immer noch getrennt angegeben. Zusätzlich gibt es einen Wirtschaftsplan, der diesen Zuschuss untersetzt in Einnahmen oder Erträge und in Ausgaben. In den Ausgaben sind die Personalaufwendungen der große Posten; die Sachaufwendungen sind relativ grob gegliedert. Das ist auch ausreichend, da wir eine fast vollständige Deckungsfähigkeit haben, das heißt wir können die Gelder zwischen den Positionen verschieben. Was wir mit dem Geld machen dürfen, steht in den so genannten Bewirtschaftungsgrundsätzen hier auf der linken Seite.

Dort steht auch, dass wir Restgelder in das neue Jahr übertragen dürfen. Von 1990 bis 2002/2004 war es nicht erlaubt, etwas mit in das neue Jahr zu übernehmen. Da uns nun das Geld mit dieser kostenartenspezifischen Untergliederung in einer Summe zugewiesen wird, ist die Verteilung der Mittel – damit ist der Teil ohne Medizin gemeint – eine Angelegenheit der Universität. Nach dem Landeshochschulgesetz obliegt die Verteilung der Ressourcen dem Rektor oder dem Rektorat. Die Verteilung des Geldes, also des Zuschusses von 82 Millionen in diesem Jahr wird bei uns im Haushaltsdezernat vorbereitet. Das Personaldezernat wirkt insoweit mit, als es die erforderliche Summe angibt, um das vorhandene Personal zu finanzieren. Unser Vorschlag für den Haushalt geht dann an die Senatskommission für den Haushalt, in der diese Mittelverteilung diskutiert und als Vorschlag beschlossen wird. Dieser Verteilungsvorschlag wird dann von Rektor/at und Kanzler erörtert, wobei der Rektor zustimmt oder Änderungen vorgibt. Dann ist die Stellungnahme des Akademischen Senats einzuholen, der nach dem Landeshochschulgesetz diese Verteilung mit einer Zweidrittelmehrheit verändern kann. Insofern ist es immer gut, wenn die Senatskommission sich vorher damit beschäftigt und ihre Zustimmung gegeben hat.

Im einzelnen stellt sich die Mittelverteilung wie folgt dar. Wir haben unseren Wirtschaftsplan in der dritten Spalte mit 84 Millionen für das Jahr 2008. Einen Teil der Mittel bekommen wir, wie erwähnt, leistungsbezogen vom Land, die nach bestimmten Parametern vergeben werden. Hinzu kommen Mittel aus der Rücklage, die wir in die Verteilung des nächsten Jahres mit einbeziehen. Auf der Ausgabenseite versorgen wir zunächst die zentralen Bereiche, voran den Personalbereich, das ist ein großer Teil mit 67 Millionen, so dass von 84 Millionen nicht wirklich sehr viel übrig bleibt. Dann kommt ein großer Posten, den wir für die Bewirtschaftung brauchen wie Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Straßen- und Gebäudereinigung sowie Bewachung mit 7 Millionen Euro, mittlerweile sogar 7,5 Millionen dank der Preisentwicklung. Schließlich haben wir auch noch die Sachkosten, die der Selbsterhaltung der Verwaltung dienen – was auch nicht ganz unwichtig ist – Papier, Bleistift oder Rechentechnik.

Der Rest des Geldes geht in Lehre und Forschung also in die dezentrale Bewirtschaftung entsprechend unserem Plan der Mittelverteilung. Es sind aus etlichen Töpfen nur 11 Millionen, die dort hineinfließen, weil Personalkosten bei uns nicht dezentral bewirtschaftet, sondern – budgetiert durch das Personaldezernat auf Grund der vorhandenen Stellen und des Personals – zentral abgerechnet werden. Diese 11 Millionen müssen auch für die Universitätsbibliothek, für das Rechenzentrum, für das Medien- und das Sprachenzentrum ausreichen sowie für besondere Aufgaben, die die Universität erledigen muss. Dazu gehören zwei Wissenschaftsverbände – der für Umwelt und der für Informations- und Kommunikationstechnik. Evaluation und Akkreditierung der Lehre kosten viel Geld, vor allem für die Agenturen und die Begehung der Fächer. Eine weitere Aufgabe, welche die Universität schon seit vielen Jahren wahrnimmt, ist die Hochschuldidaktik mit didaktischen Angeboten für das Lehrpersonal. Eine selbst gesuchte Aufgabe ist die Universitätsgeschichte mit 36.000 Euro. Einen Teil der Mittel halten wir als Reserve vor, und zwar für den Ersatz infolge von Diebstählen, unsachgemäßer Behandlung von Medientechnik, was etwas traurig ist.

Wir brauchen viel Geld, um bei Berufungen Professoren ihre Arbeitsbereiche einigermaßen wunschgemäß auszustatten, denn sonst kommen sie nicht. Die Wünsche und der beschriebene Bedarf sind in der Regel höher als das, was wir hier bieten können. Was dann übrig bleibt, also 3,8 Millionen, wird von uns an die Fakultäten verteilt, indem wir die Summe teilen. Einen Teil, etwa die Hälfte, verteilen wir nach Parametern wie Studierendenäquivalente, Wissenschaftlerstellen und eingeworbene Drittmittel. Diesen Schlüssel haben wir über viele Jahre angewendet. Mittlerweile wird er auch noch mit einem leistungsbezogenen Koeffizienten gewichtet, der aus dem Vergleich mit anderen Hochschulen im Nordverbund der norddeutschen Länder gewonnen wird. Diese Vergleiche erfolgen alle zwei Jahre. Das alleine reicht noch nicht, wir müssen einen Teil des Geldes nach dem Bestand an Geräten und Ausstattung verteilen. Sie können einen Physiker

nicht so billig erhalten wie einen Philosophen. Wissenschaftliche Geräte müssen ersetzt werden, Rechentechnik ebenfalls, die Rechentechnik möglichst schnell, wenn es geht, denn es gibt immer wieder Weiterentwicklungen, und irgendwann auch Mobiliar. Aus diesen Daten haben wir dann einen kombinierten Verteilungsschlüssel ermittelt. Dabei berücksichtigen wir, dass Fächer einen unterschiedlichen Mittelbedarf haben. Daraus ergeben sich diese Gewichtungen von 1,0 bis 2,25. Darüber kann man streiten und argumentieren, dass die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer noch viel mehr Geld brauchen, aber dann würden andere Fakultäten – wie die Philosophische Fakultät – ganz schön ärmlich aussehen.

Investitionen berechnen wir noch ein wenig anders. Das will ich hier nicht näher erläutern, weil Investitionen Beschaffungen mit einem Einzelwert ab 5.000 Euro betreffen. Da fallen gleich etliche Fakultäten heraus.

Die Mittel für studentische Hilfskräfte – ein wichtiger Posten auch in Ihrem Leben – werden wieder anders berechnet. Sie werden zur Hälfte nach Studierendenäquivalenten und zur anderen Hälfte nach Professuren aufgeteilt. Diese Aufteilung ist zustande gekommen, weil Hilfskräfte einerseits dem Professor zuarbeiten, andererseits auch in der Lehre eingesetzt werden. Mit diesem Schlüssel dem sind wir bis jetzt ganz gut gefahren.

Aus allen diesen Berechnungen ziehen wir die Daten zusammen und bilden dann eine Summe. Die Universität diskutiert gerade darüber, wie sie leistungsbezogen Mittel verteilt und hat ein Berechnungsmodell entwickelt, das sich kurz "LOM" (Leistungsorientierte Mittelverteilung) nennt. Bei diesem Modell wird ein Vergleich der Fächer untereinander zu anderen Hochschulen hergestellt. Unsere frühere Mittelverteilung war eher bestandsorientiert, aber auch der Bestand muss finanziert werden. Deswegen wurde aus beiden Berechnungen im Jahr 2008 ein Mittelwert gebildet, 2009 galt nur noch die "LOM", 2010 im Prinzip auch. Jede Berechnung mit einem Leistungsindikator braucht jedoch Basisdaten, und das sind immer noch unsere alten Berechnungen. Das heißt, es gibt auf die bestandsorientierte Verteilung Auf- oder Abschläge, je nach dem wie ein Fach im Wettbewerb steht. Unser Hauptproblem in der Mittelverteilung ist dabei: belohnt man gute Leistungen, bestraft man automatisch weniger gute, weil der "Topf" oben zu ist. Wir haben nicht irgendwo mehr Geld, sodass wir belohnen könnten ohne andere abzustrafen. Das ist der Nachteil dabei.

Schließlich komme ich zum Grundhaushalt. Alles was in der Zentrale benötigt wird, müssen wir auch in der Zentrale den einzelnen Einrichtungen, wie dem Dezernat Technik, dem Personaldezernat, unserem IT-Referat, der Pressestelle und dem Rektor zuweisen. Diese Übersicht ist für uns jedoch eher ein Arbeitsblatt, an dem sich die Verteilungsvorgänge darstellen lassen.

Nun kann ich noch einmal zeigen, wie sich Einnahmen und Ausgaben von 1994 bis 2009 entwickelt haben. Wir haben mit ungefähr 16 Millionen Einnahmen

angefangen, davon kommen 14 bis 15 Millionen aus der Forschung und aus Drittmitteln. Von dieser Ausgangsgröße haben wir uns auf 29 Millionen entwickelt, wie gesagt immer ohne Medizin. Davon sind 25 Millionen Drittmittel, der Rest sind andere Einnahmen, die wir sonst auch haben. Unser Ausgabevolumen ist von knapp unter 80 Millionen Euro auf 121 Millionen im Jahr 2009 angewachsen. Das Anwachsen der Ausgaben hat natürlich damit zu tun, dass die Einnahmen gestiegen sind. Eingeworbenes Geld muss ja für die entsprechende Aufgaben ausgegeben werden. Auch der staatliche Zuschuss. Der staatliche Zuschuss ist auch gewachsen .

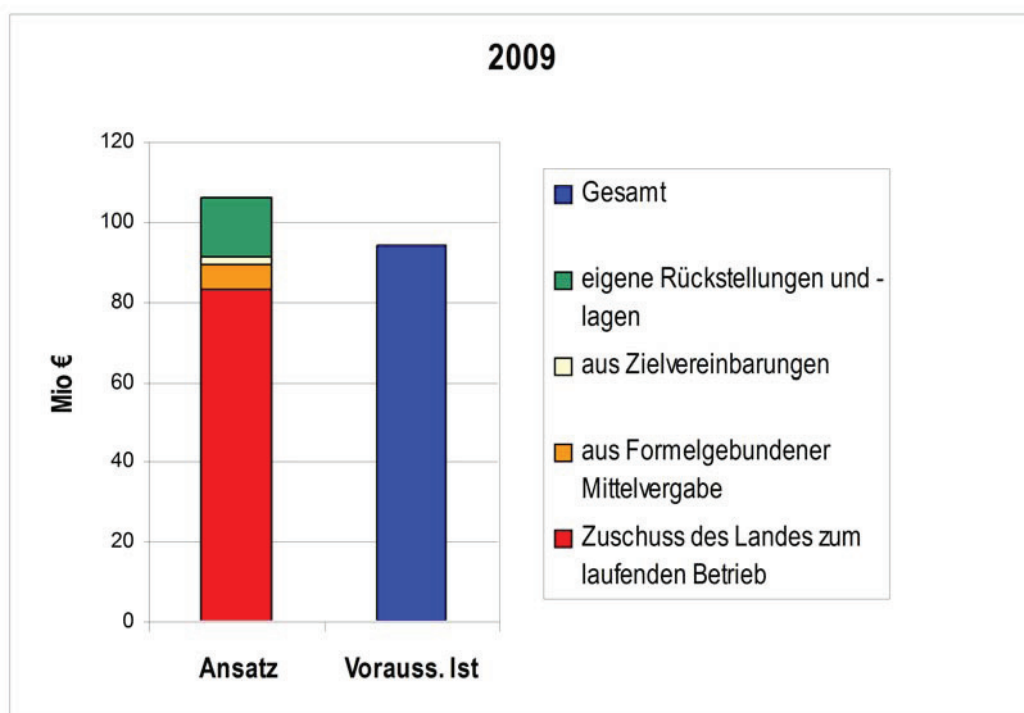


Abbildung 1
Haushalt 2009 Einnahmen

Diskussion

Hilde Michael:

Sie haben in ihrem Vortrag schon angerissen, dass Sie dieses System der DDR-Kodierung hatten und dann das der West-Kodierung übernommen haben. Wer half ihnen und ihrem Kollegium sich in das neue System hineinzufinden und wie lange hatten sie dafür?

Ursula Keßler:

Wir hatten eine Arbeitshilfe. Es gab ein Zentralinstitut, das sich mit Hochschulverwaltung beschäftigte. Von dort erhielten wir eine Tabelle, in der beispielsweise

stand: der bundesdeutsche Titel 512 oder 511 entspricht in der alten Systematik 3020 und so fort. Das war eine grobe Liste. Da wir jedoch in der uns vorgegebenen Systematik im Prinzip in diesen Titeln immer nur in den ersten Stellen festgelegt waren, konnten wir darunter nach Bedarf tiefer gliedern. So haben wir uns eine Brücke gebaut. Damit haben wir dann gearbeitet. Meine erste Kladde sah wirklich ganz klasse aus, da war der alte Plan dann auseinander geschnitten, aufgeklebt und dann das neue daneben geschrieben.

Sonst konnte man sich nur belesen und Kontakte zu den alten Bundesländern herstellen. In unserem Fall war das die Uni Kiel. Wir waren dann mit ein paar Kollegen 14 Tage in Kiel. Das Land Schleswig-Holstein war so freundlich und hat das bezahlt, sodass ich 14 Tage in der dortigen Haushaltsabteilung war.

Das Umschreiben der Systematik war arbeitsintensiv, aber es ging ganz gut. Die Haushaltsführung in der DDR und in der BRD hatten schließlich die gleichen Wurzeln in der „Reichshaushaltsordnung“. Wenn man sich die Dokumente anguckt, kann man feststellen, dass diese inhaltlich nicht sehr stark voneinander abweichen. Es gibt im Grunde ein Ziel, die Mittelverwaltung von öffentlichen Geldern muss transparent und sie muss kontrollierbar sein. Deswegen haben wir immer mit der Kameralistik gearbeitet. Der Landtag muss immer prüfen können, ob das Geld für den vorgesehenen Zweck genutzt wurde.

Ralf Orthmann:

Ich habe zwei Fragen. Warum wurde nach der Wende die wirtschaftliche Trennung vom Bereich Medizin vollzogen? Auch würde ich gern mehr über das Rechnungswesen in der DDR erfahren. Wer hat Mittel zugewiesen und wie ging dies vonstatten? Wie hat man bestimmte Sachen beantragt und gab es dabei Schwierigkeiten?

Ursula Keßler:

Warum die Medizin so sehr getrennt wurde, kann ich nicht richtig beantworten. Ich würde mal ganz vorsichtig sagen, weil es im Westen auch so war. Hinzu kommt, dass die Klinika immer wie ein Wirtschaftsbetrieb arbeiten müssen, sie arbeiten, soweit ich weiß, nach dem Handelsgesetzbuch. Sie haben andere Systematiken und sie unterliegen einer anderen Prüfung. In unserem Landeshochschulgesetz ist es so geregelt, dass die Verwaltung der medizinischen Fakultät durch das Klinikum, das in Rostock und Greifswald als Anstalt des öffentlichen Rechts organisiert ist, diese als Auftragsangelegenheit mit verwaltet. Ansonsten meine ich, dass die Fakultät auch zur Universität gehört und demzufolge eigentlich bei uns verwaltet werden müsste. Aber die medizinische Fakultät hat wohl geglaubt, dass sie im Klinikum mehr Freiheit hätte.

Nun komme ich nun zum Haushalt in der DDR. Die Universitäten, Technischen Hochschulen und Einrichtungen dieser Art unterstanden dem Ministerium

für Hoch- und Fachschulwesen, wobei eigentlich fast jedes Ministerium auch eigene Hochschulen oder Fachschulen hatte. Diese waren sehr zahlreich. Allerdings dürfen Sie diese Fachschulen nicht mit den heutigen Fachhochschulen gleichsetzen. Die Absolventen dieser Fachschulen mussten sich sehr darum kümmern, über bestimmte Verfahren die Anerkennung in westdeutsche Bildungsabschlüsse zu kriegen. Dies war dann wichtig, wenn mal als Arbeitnehmer mobiler werden musste.

Für die Finanzen gab es ein Planungsverfahren, das heißt die Hochschule erstellte im voraus einen Planentwurf nach ihren Wünschen. Das war sehr formalisiert und betraf alle Bereiche, nicht nur die Finanzen im engeren Sinn, sondern auch Personal. Die Einzelpläne wurden dann einem Prorektor eingereicht. Den Planentwurf musste man ein Dreiviertel Jahr vorher einreichen, und diese Planvorschläge mussten alle Sektionsdirektoren – im Studentakt über mehrere Tage verteilt – bei einem Gremium des Rektorats verteidigen. Sie mussten sagen: „Wir brauchen so und so viel Geld dafür, wir wollen dieses Labor ausbauen, die Versuchsfläche vergrößern oder intensiv an einem bestimmten Thema, im Bereich der Grundlagenforschung, forschen.“ Die positive Rückantwort war dann eine staatliche Auflage. Ich hoffe, dass sie im Archiv nicht nur als Thermokopie liegt. Das ist nämlich wie mit den Kassenzetteln, die man nach einiger Zeit nicht mehr lesen kann. Die Zahlen der Thermokopien kann man dann auch nicht mehr lesen. In der staatlichen Auflage waren alle verfügbaren Mittel in einem Raster finanziell zugeteilt. Diese Aufteilung habe ich Ihnen an dem Deckblatt gezeigt.

Dann gab es aber noch das Instrument der Planfortschreibung, denn irgendwie musste die Planerfüllung gesichert werden. Man musste den Plan dem „Ist“ anpassen, gelernte DDR-Bürger kennen das. Das heißt man konnte zusätzliche Mittel beantragen. Diese beantragte man einmal im Jahr, so zum Ende des Sommers, wenn man merkte, wo es zusätzlicher Mittel bedurfte. Man hatte damit relativ viel Erfolg, wenn die Begründung einigermaßen plausibel war. Das steht im Gegensatz zu den Zeiten nach der Wende. Wenn man da zusätzliche Mittel brauchte, war das sehr aufwändig zu begründen. Insofern ging es uns vor der Wende besser. Bewilligte Mittel wurden ebenfalls innerbetrieblich verteilt und das „Soll“, welches die einzelne Fakultät oder die einzelne Sektion kriegte, war dann aber auch die einzige Kostenstelle die Sektion. Es gab keine weitere Unterteilung. Die Sektionen kriegten dann ihre Mittel zugewiesen und mussten damit wirtschaften. Die Auszahlungen wurden bei uns in der Zentrale gebucht. Aber die Einrichtungen haben im Rahmen der Vorgaben über die Auszahlungen selbst entschieden.

Ralf Orthmann:

Wurde die Mittelverteilung durch den Rektor vorgenommen?

Ursula Keßler:

Es war im Prinzip so: Wenn die staatliche Auflage niedriger war als das, was man beantragt hatte, was durchaus vorkam, dann wurde eine Entscheidungsvorbereitung darüber getroffen, wie die Mittel zu verteilen sind. Diese Entscheidung wurde dann von oben bestätigt und dann so in unser Buchungssystem übernommen. Jede Einrichtung hatte einen Ökonomen, der die Vorgaben erfüllte. Insofern ist Haushaltsdisziplin nie ein Problem gewesen, jeder wusste wie das funktioniert.

Nico Leschinski:

Ich habe zwei Fragen. Zum einen: Sie haben gesagt, dass Sie sozialistische Betriebswirtschaftslehre studiert haben. Mich würde interessieren, worin sie die grundlegenden Unterschiede zur heutigen BWL sehen. Ich könnte mir vorstellen, dass Marketing eventuell keine große Rolle gespielt hat, aber dafür andere Funktionen. Welchen Unterschied gibt es da? Zum anderen würde ich gern wissen, ob es Schwierigkeiten bei der Anerkennung ihres Studiums gab.

Ursula Keßler:

Die zweite Frage zuerst, nein Schwierigkeiten gab es nicht. Das ist zentral gelaufen. Die Abschlüsse der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft sind durchweg als Hochschulabschlüsse anerkannt worden.

Ihre erste Frage ist ein bisschen schwieriger. Ich habe damals von 1970 bis 1974 studiert. Die heutige BWL habe ich nicht mehr studiert, das habe ich meiner Tochter überlassen. Die wollte das unbedingt. Außerdem bin ich nie in der Industrie tätig gewesen. Ich bin gleich in die öffentliche Verwaltung gegangen und demzufolge habe ich da keine großen Unterschiede empfunden. Wir hatten ja im Studium nicht nur Theorie, sondern auch sehr praxisnahe Fächer, wie beispielsweise Materialwirtschaft, Produktionswirtschaft, Lagerhaltung, Finanzbuchhaltung und anderes. Auch damals erstellte man schon T-Konten. Auch bei Statistik und Kostenrechnung sehe ich keine gravierenden Unterschiede. Ich glaube wichtiger ist die Vermittlung von Fähigkeiten, nicht nur einfach die Aneignung von Wissen, sondern dieses Handwerkszeug um analytisch zu arbeiten und sich selbst etwas einfallen zu lassen. Ganz ketzerisch würde ich sagen, dass die vier Grundrechenarten und ein gesunder Menschenverstand ausreichen. Das weiter gehende Wissen ist zudem so im Hintergrund vorhanden, dass ich das nicht mehr merke.

Änne Harms:

Sie haben vorhin gesagt, dass auch leistungsbezogen Mittel verteilt werden. Wie stark liegt die Gewichtung darauf, was als „würdig“ empfunden wird. Spielen die Evaluationen, die ja auch an der Philosophischen Fakultät durchgeführt werden, dabei eine Rolle?

Ursula Keßler:

Die Schwierigkeit bei leistungsorientierter Mittelverteilung ist natürlich, dass man in solchen Rechenmodellen immer Zahlen braucht und dass weiche Faktoren ganz schwer unterzubringen sind. Insofern gehen Evaluationsergebnisse derzeit nicht ein. Es gibt einmal die Mittelverteilung von der Landesebene zu den Hochschulen, da gehen hälftig Forschungsdaten und hälftig Parameter aus der Lehre ein. Mittlerweile verteilen wir 18 Millionen an alle fünf Hochschulen, die Hochschule für Musik und Theater ist da ausgenommen, die passt in kein System. Das ist eine Menge Geld, nämlich 10% des Landeszuschusses. Dabei gehen solche Parameter ein wie Studierende in den ersten vier Semestern, es gehen die Absolventenzahlen ein, dann gibt es einen Gleichstellungs-, das heißt Frauen- bzw. Männerparameter und auch die Anzahl der ausländischen Studierenden wird berücksichtigt. Die wesentlichen Parameter sind jedoch Studierende und Absolventen. In der Forschung haben wir sehr wenige Parameter, leider nur die Drittmittelausgaben und die Anzahl der Promotionen. Dieser Faktor funktioniert jedoch nur zwischen Rostock und Greifswald, da die Fachhochschulen zumindest zur Zeit noch kein Promotionsrecht haben. Die Drittmittelzahlen sind jedoch insofern schwierig, weil Hochschulen unterschiedliche Profile haben und Fächer unterschiedliche Möglichkeiten besitzen Drittmittel einzuwerben. Wünschenswert wäre noch ein Parameter wie die Anzahl der Publikationen. Aber da ist offensichtlich in den Fächern die Art und Weise, wie die Publikationen gezählt und gewertet werden, sehr unterschiedlich. Demzufolge fehlt uns dieser Faktor noch in dem Modell zwischen Land und Hochschulen. Das Modell ist jetzt gerade durch die HIS evaluiert worden und wir sind im Moment noch in der Auswertung dieser Evaluation mit dem Ministerium. Innerhalb der Hochschule sind ähnliche Parameter vorhanden. Allerdings verteilen wir nur bis auf die Fakultätsebene. Das bietet der Fakultät die Möglichkeit intern die Parameter, die sie für wichtig hält, mit in die Anwendung zu bringen. Wenn eine Fakultät sagt, wir nehmen von dem Geld 20 Prozent und gucken uns die Evaluationsergebnisse an und sagen dann, da und da muss Geld investiert werden, dann ist das die Sache der Fakultät. Diese Kompetenz besitzt der Dekan durch das Landeshochschulgesetz. Wobei bei der Mittelverteilung auch immer beachtet werden muss, dass die Guten einerseits belohnt werden können, die Schlechten dadurch jedoch nicht besser werden. Das ist die Gratwanderung, die man dabei beachten muss. Das ist jedoch nicht mehr mein Geschäft.

Kersten Krüger:

Welche Gestaltungsmöglichkeit hat die Universität über den Haushalt noch? Wenn die Personalkosten schon 60,70 oder 80% der notwendigen Ausgaben abdecken, wo gibt es da noch etwas zu bewegen, sodass wir nicht, sozusagen festgefroren oder versteinert da sitzen und keine Möglichkeit haben etwas zu

entwickeln. Oder gibt es diese Gestaltungsmöglichkeiten doch und wenn ja, welche?

Ursula Keßler:

Die Universität, also die Hochschulleitung, hat im Rahmen des jährlichen Haushalts eigentlich relativ wenige Gestaltungsmöglichkeiten. Es sei denn, sie sagt, ganz vorn zieh ich mir jetzt erst einmal zwei Millionen raus. Oder sie sagt – das tut sie natürlich nicht – wenn das Land mir das Geld lässt und ich noch ein Fach zumache, dann habe ich aus diesem Geld etwas, womit ich andere Fächer stärken kann, wo ich einen Gestaltungsspielraum habe. Aber wir bekommen keinen Gestaltungsspielraum durch zusätzliche Mittel von außen. Denn auch das, was jetzt, wie eben beschrieben, formelgebunden verteilt wird, ist den Hochschulen vorher erst einmal abgezogen worden.

Kersten Krüger:

Wie soll ich das verstehen?

Ursula Keßler:

Es gibt einen Betrag, der ist festgeschrieben, der heißt Hochschulfinanzkorridor, mit einem gewissen Aufwuchs, darin sind alle Mittel für alle Hochschulen enthalten. Dann zieht das Ministerium etwas vor die Klammer und verteilt das leistungsbezogen entweder nach diesen Parametern oder einen Teil dann auch auf der Basis von den Zielvereinbarungen. Dasselbe könnte ja die Hochschulleitung auch machen, indem sie sagt, sie zieht etwas vor die Klammer und verteilt es nach anderen Gesichtspunkten, als nach diesen Parametern. Wir haben einen kleinen Vorteil zur Zeit, wir haben über etliche Jahre eine hohe Rücklage angespart, sie ist ja auch immer wieder im Gespräch. Sie ist eigentlich nicht zielbewusst angespart worden, sondern einfach zustande gekommen, weil wir beispielsweise den Personalsektor mit zu viel Geld ausgestattet hatten oder es auch im Vollzug nicht so gut gelaufen ist, wenn eine Professur später besetzt wird, das spart immer gleich ein paar Zehner ein, sodass man dadurch dann ein paar Sachen machen kann, so dass jetzt das Baudezernat viel Geld in Bauunterhaltung stecken kann, in die Parkstrasse zum Beispiel.

Kersten Krüger:

Aus der Rücklage?

Ursula Keßler:

Aus der Rücklage. Aber wir müssen die Rücklage auch ausgeben. Wenn ich Finanzministerin wäre, dann würde ich aber schon gucken, wieso die Hochschulen jedes Jahr diese Beträge aufwachsen lassen und dass das nicht ausgegeben wird.

Also der Gestaltungsspielraum liegt eigentlich nur im Bereich des uns zugewiesenen.

Julia Harder:

Hab ich das jetzt so verstanden, dass der Staat die Differenzen zwischen Einnahmen und Ausgaben zahlt.

Ursula Keßler:

Nein umgekehrt. Der Staat sagt, ich zahle dir so und so viel.

Julia Harder:

Und dann müssen sie so und so viel noch einnehmen, damit sie die Ausgaben decken können?

Ursula Keßler:

Ja. Unsere Haupteinnahme sind ja die Drittmittel und da kann jeder Professor, der in der Forschung aktiv ist, von der DFG oder vom Bundesministerium für Forschung oder von der Industrie, so viel Geld einwerben, dass er damit seine Ausgaben decken kann. Das heißt, mit dem staatlichen Zuschuss decken wir die regulären Ausgaben ab. Wir haben ein paar Einnahmen aufgrund der Gebührenordnung. Wenn Sie sich zu spät zurückmelden, die zehn Euro, die Sie dann bezahlen müssen – wofür wir Ihnen aber nur verspätet die Bescheinigungen schicken – oder für zu spät zurückgegebene Bücher, das wird ja auch sanktioniert, und noch ein paar Gebührentatbestände, da haben wir ein paar Einnahmen, die wir dann auch für andere Sachen einsetzen können.

Julia Harder:

Und wenn zum Beispiel Patente von Studenten angemeldet werden, bekommt dann die Universität das Geld dafür, wenn das verkauft wird?

Kersten Krüger:

Nein.

Ursula Keßler:

Da bin ich mir nicht ganz sicher. Von den Studenten nicht, bei den Professoren, da ist das schon ein bisschen anders, weil Professoren abhängig beschäftigt sind – klingt nicht gut, aber es ist ja so nach dem Arbeitsrecht. Da geht das nach den Regelungen der Arbeitnehmererfindungen, aber das ist ein ganz eigenes Thema. Die Einnahmen, die wir dort haben, decken im Moment noch nicht die Ausgaben, die wir für die Patentanmeldung, die Patentrecherche, den Patentanwalt und was

dazu kommt, haben. Es ist etwas, was sich entwickelt, aber das ist, glaube ich, noch nicht auf dem richtigen Weg.

Julia Neumann:

Also, wenn zum Beispiel die Philosophische Fakultät Einnahmen hat, dann fließen diese nicht wieder automatisch in die Philosophische Fakultät, die kommen dann in einen großen Topf?

Ursula Keßler:

Nein, wenn die Philosophische Fakultät ein Drittmittelprojekt einwirbt, dann wird dieses Projekt zwar im Universitätshaushalt verwaltet, aber es bekommt eine eigene Projektnummer und aus diesem Konto werden die Kosten des Projekts bezahlt. Bei den meisten Drittmittelgebern ist es so, dass es sehr strenge Bewirtschaftungsrichtlinien gibt, gerade bei den öffentlichen Geldgebern, und dass das, was übrig geblieben ist, zurückgezahlt werden muss. Wenn sie aus der Industrie ein Projekt haben und mit Ihrem Auftraggeber einen Preis vereinbart haben, den sie natürlich kalkulatorische begründen müssen, dann muss die Universität davon Gemeinkosten einnehmen, die müssen dabei mit berücksichtigt werden, und sie müssen auch einen Gewinn kalkulieren. Aus diesen Gemeinkosten bleibt dann die Hälfte für die Fakultät übrig und die Hälfte geht in den zentralen Haushalt. Das ist dann eine kleine Einnahmequelle, die sich auch entwickelt, weil wir seit diesem Jahr gezwungen sind volle Gemeinkosten zu kalkulieren, damit wir nicht den Wettbewerb verzerren. Es könnte ja sein, dass nicht nur Sie diesen Auftrag erledigen können, sondern auch irgendein anderes Forschungsinstitut, das auf dem freien Markt aktiv ist. Projektgeld wird immer projektbezogen bewirtschaftet.

Kersten Krüger:

Darf ich eine Zusatzfrage zu diesen Gemeinkosten stellen: Ich habe sie als Drittmittelleinwerber – und da bin ich zu meinen Zeiten ja auch Drittmittelmillionär geworden – immer als gemeine Kosten empfunden, weil wir immer 15% für die Verwaltung abführen mussten, die wir dann für die Forschung nicht hatten. Wenn jetzt die wirklichen Kosten kalkuliert werden, wird es ja noch weniger. Wie kommen diese Gemeinkosten, also der Teil eines Drittmittelprojekts, den die Verwaltung für ihre Tätigkeit einbehält und der Forschung an anderer Stelle zur Verfügung stellt, zustande und wie werden sie begründet?

Ursula Keßler:

Gemeinkosten liegen zwischen 27 und 50 Prozent, je nach Fakultät auf die Personalkosten. Wir haben als Bezugsbasis die Personalkosten herangezogen und in die Gemeinkosten fließen alle Ausgaben, die die Universität in den Vorkostenstellen hat, und das sind nicht nur die der Verwaltung, sondern dazu gehören die Biblio-

thek, das Rechenzentrum und so weiter. Festgelegt ist das in dem EU-Gemeinschaftsrahmen, der uns vorschreibt, dass wir nicht die Wirtschaft quer subventionieren, dass also staatliche Zuschüsse über günstige Preise an Wirtschaftsunternehmen weitergegeben werden. Das andere ist der Aspekt des Wettbewerbs, Mitarbeiter der Ingenieurwissenschaften sagen natürlich auch, dass dies eigentlich richtig ist. Denn jemand, der eine eigene Firma gegründet hat, geht daran zugrunde, wenn die Uni mit niedrigen Gemeinkosten Preise unterbietet. Das bestätigen die Professoren der Ingenieurwissenschaften indirekt, indem Sie sagen, wenn wir höhere Gemeinkosten nehmen, bekommen wir keine Aufträge mehr, das heißt aber, wir sind nicht so gut, wir kriegen die Aufträge nur, weil wir so einen günstigen Preis machen. Das war jetzt die böse Auslegung von mir.

Kersten Krüger:

Aber in den Geisteswissenschaften liegen die Dinge anders. Wenn sie als Ingenieurwissenschaftler ein Patent entwickeln, dass sich vermarkten und vielleicht kapitalintensiv auswerten lässt. Wenn ich also im Mittelalter Geschichte forsche – ich weiß nicht, wen ich damit auf dem Markt beglücken kann, es ist also etwas ganz anderes. Unsere Projekte im Drittmittelbereich der Geisteswissenschaften sind eben nicht marktfähig, im Sinne eines kurz- oder mittelfristig zu erwartenden, privatwirtschaftlichen Gewinns. Das ist der Unterschied und deswegen bin ich mit diesen Gemeinkosten eben nicht zufrieden.

Ursula Keßler:

Das glaube ich Ihnen gerne, deswegen schützen wir uns, indem wir uns hinter einem Wirtschaftsprüfer verstecken und sagen: „Dieses schwierige Projekt gucken Sie sich bitte mal an, müssen wir das darunter behandeln oder ist es Forschung und nicht Auftragsforschung?“ Das ist ein ganz schwerer Weg, aber die EU-Regeln sind sehr streng und vor allen Dingen auch die Sanktionen, die sie androhen. Deswegen haben sie jetzt alle mit uns so viele Schwierigkeiten in der Forschung.

Hilde Michael:

Sie rissen vorhin in Ihrem Vortrag auch an, wenn Professoren berufen werden, bringen sie erst einmal ihre Gehaltsvorstellungen mit. Wie sieht das Einigungsverfahren aus? Bei Ihnen klang an, dass das wohl häufig sehr schwer geht. Wer ist an dieser Entscheidung beteiligt, sind Sie das Zünglein an der Waage?

Ursula Keßler:

Nein, ganz bestimmt nicht. Ich glaube das Zünglein an der Waage ist doch in erster Linie die Entscheidung über die Zusagen, die die Universität in Sachen der Besoldung machen kann. Deswegen kann ich mich zu dem Berufungsverfahren auch nur ganz vorsichtig äußern. Das Berufungsverfahren führt der Kanzler im

Auftrag des Rektors mit der oder dem Berufenen. Wenn der Ruf an die oder den Ersten des Berufsliste erteilt worden ist, schreiben sie oder er der Universität natürlich gerne, was sie möchten. Es geht um die und die Vergütung, um so und so viele Räume. Sie brauchen zwei unbefristete Mitarbeiterstellen, die möglichst gerade frei sind, weil sie Leute mitbringen wollen, und sie möchten dann auch noch zwei Doktorandenstellen und studentische Hilfskräfte haben, dazu Geräte, einen extra Schlag für die Bibliothek und vielleicht mehr Reisemittel als üblich. Das ergibt eine ganze Liste. Mein Teil ist eigentlich nur der Bereich der Geräte und Investitionen. Das Personaldezernat sagt, bei Vergütung sei nach allen gesetzlichen Bestimmungen das und das möglich. Das Dezernat Technik sagt, Räume sind vorhanden, die können wir nochmal malern; das und das geht und das und das geht nicht. Genauso sagt auch der Dekan an, was geht. Wenn das ein richtig gutes Verfahren ist, dann hat sich die oder der Berufene auch schon vor Ort informiert und weiß eigentlich, was geht. Man merkt aus diesen Aufstellungen, dass sie oder er die Räume kennt und weiß, welche Mitarbeiter da sind und welche Stellen demnächst zur Verfügung stehen oder wie lange sie noch besetzt sind. Dann wird darüber verhandelt – einerseits über die Gehaltsvorstellungen, die Ergebnisse sehe ich nicht, ich bekomme nur den Teil des Protokolls, das mich angeht. Wir haben vor vielen Jahren für die Sachmittel die Regelung eingeführt, dass aus dem zentralen Topf zwei Drittel kommen und die Fakultät ein Drittel geben muss. Sonst würde die Fakultät jeden Wunsch unterstützen, weil es ja auch die Ausstattung der Fakultät verbessert. So läuft das.

Kersten Krüger:

Zur Frage des Züngleins an der Waage: Letzten Endes ist es eine Frage der gegenseitigen – wir können es auch nennen – Erpressung. Das heißt also, dass der Kanzler zu den Forderungen ja oder nein sagt, das ist ein Hin und Her. Man einigt sich oder wenn nicht, dann kommt er eben nicht und benutzt das für Bleibe-Verhandlungen.

Nico Leschinski:

Sie haben von zusätzlichen Einnahmen gesprochen. Mich würde interessieren, wie hoch diese sind? Wie vermeidbare Gebühren, im Sinne von Studenten, die nicht in der Lage sind die Bücher rechtzeitig abzugeben. Haben Sie da eine Vorstellung, dass ich abschätzen kann, wie hoch mein Anteil daran ist?

Ursula Keßler:

Ich weiß ja nicht wie säumig Sie sind.

Nico Leschinski:

Nein, ich meine die Gesamtsumme haben Sie jetzt nicht?

Ursula Keßler:

Es ist fünfstellig, es ist wenig. Das sind ein paar zehntausend Euro, die über diese Gebühren reinkommen. Für verspätete Rückmeldungen sind das, glaube ich, nur 3.000 Euro, aber das sind dann auch 300, die geschlafen und den Termin nicht eingehalten haben. Es ist aus Ihrer Sicht nicht sehr viel, es ist eben keine Einnahmequelle, die für die Universität sprudelt.

Anne Lüder:

Gibt es neue Wege, die Universität gehen möchte um neue Gelder zu beziehen? Gibt es da Projekte oder neue Geldgeber, die man vielleicht erschließen kann?

Ursula Keßler:

Es gibt natürlich Einnahmemöglichkeiten, über die man nachdenken kann. Es wird sehr viel über Sponsoring geredet. Aber in einer wirtschaftsschwachen Region und in einer Region, in der Sponsoring keine Tradition hat, ist das natürlich ganz schwer. Ich glaube, jeder, der einmal eine wissenschaftliche Veranstaltung vorbereitet hat und da klingeln geht, weiß, dass es schwer ist. Wir haben natürlich Spenden und wir haben im Jahr Spenden von mehreren hunderttausend Euro, aber das verteilt sich dann eben auch auf die gesamte Universität. Es gibt Überlegungen, dass man Werbung in der Uni zulässt und darüber dann etwas verdient, also „Vorlesung wurde gehalten, mit freundlicher Unterstützung von...“ Es sind relativ wenige Möglichkeiten, und wenn man jetzt die letzten Tage gehört hat, was in anderen Bundesländern für Überlegungen zum Sparen angestellt werden – und es ist nötig, dass die öffentlichen Haushalte sparen – dann sollten wir uns keinen Illusionen hingeben, dass wir aus der öffentlichen Hand in unsere Hand mehr Geld bekommen. Es ist wirklich die Frage der privaten Wirtschaft, wo vielleicht was herkommen könnte. Insofern sehe ich auch das nationale Stipendienprogramm, das durch die Hochschule durch Einwerbung von privaten Mitteln, kofinanziert werden soll, als äußerst problematisch an. Wir haben hier keine Mäzene, die sagen, für einen Studenten zahle ich jeden Monat das dazu.

Ralf Orthmann:

Unter Drittmitteln kann ich mir kaum etwas vorstellen. Wie läuft das ab, was macht man da ganz konkret?

Ursula Keßler:

Es gibt erst einmal Einrichtungen, die dafür geschaffen sind, Gelder zu bewilligen, die für Drittmittelprojekte zur Verfügung stehen. Das ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft, weitgehend finanziert vom das macht das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Auch andere Ministerien haben Forschungsmittel. Dann gibt es Stiftungen wie etwa die Bundesumweltstiftung oder

private Stiftungen wie die Volkswagen-Stiftung oder andere. Sie geben Geld für Forschungsprojekte. Sie sind häufig mit großem Anteil oder vollständig mit öffentlichen Geldern aus dem Bundeshaushalt ausgestattet. Die EU gibt Geld für Forschung, nicht zu vergessen. Die Stiftungen legen entweder Programme auf und geben an, in welcher Richtung die Förderung läuft. Das wird hier durch das Referat Forschung bekannt gemacht. Jeder, der forscht, sucht nach Förderung – das ist heute mit dem Internet einfach geworden. Der Forscher schreibt einen Antrag, je nach Geldgeber mehr oder weniger aufwändig. Es wird immer aufwändiger, weil Prüfung und Vergabe immer kritischer werden. Ist ein Antrag erfolgreich, dann kommt das Geld meistens in Raten und ermöglicht so die Forschungen. Ein Wissenschaftler muss schon wissen, woher er Drittmittelgeld bekommen kann. Das ist in den Naturwissenschaften eher die DFG, in den technisch-ingenieurwissenschaftlichen Fächern eher das BMBF.

Ralf Orthmann:

Wer gibt dann die Mittel für die Geisteswissenschaften?

Kersten Krüger:

Da ist auch im Wesentlichen die DFG, dann haben wir die Stiftungen: Thyssen, Gerda Henkel, Robert Bosch. Es gibt also private Stiftungen mit geisteswissenschaftlichen Ausrichtungen, und die legen in der Tat Themenbereiche fest, in deren Korridor man sich bewegen kann. Ich darf Ihnen auch eine Auftragsforschung nennen, die wir hier bearbeitet haben, wo ich als Projektleiter tätig war. Das war „125 Jahre Sparkasse Rostock“, finanziert von der die Ostsee-Sparkasse (OSPA), als sie einen Chef hatte, der geisteswissenschaftlich interessiert war. Da war es dann eine Güterabwägung: fördert die OSPA mehr Sportveranstaltungen oder die Bearbeitung und Darstellung der eigenen Geschichte. Das war eine echte Auftragsarbeit, da konnte ich einen Mitarbeiter zwei Jahre beschäftigen. Sie können sich vorstellen, dass das ganz schön teuer ist, wenn man die Personalkosten rechnet, anders, als wenn ein Professor das als Hobby nebenher schreibt und sagt: „Naja, ich nehme mal 10.000 dafür und dann bin ich auch zufrieden.“ Ein solches Projekt ist typisch geisteswissenschaftlich, bloß damit können Sie auf dem Markt wenig anfangen. Wir müssen auch für geisteswissenschaftliche Forschung Drittmittel einwerben, das ist richtig. Aber ich darf Ihnen, fast polemisch, am Schluss sagen: „Forschung ist eine öffentliche Aufgabe und gehört öffentlich finanziert!“ Wenn die öffentlichen Finanzen dafür nicht langen, ist nicht Sparen angesagt, sondern Verbesserung der öffentlichen Einnahmen. Das sage ich als alter Finanzhistoriker, mahne dabei aber gleich mittelalterlichen Grundsatz an: „Der Reiche helfe dem Armen.“

Das nehme ich als ein Schlusswort, da die Zeit auch abgelaufen ist, aber ich glaube die Haushälterin Frau Keßler und ich sind uns bestimmt an dieser Stelle einig.

Ursula Keßler:

Auf jeden Fall. Für mich ist die Universität kein Unternehmen.

Kersten Krüger:

Nein, kein privatwirtschaftlich-kapitalistisches Unternehmen, mit Kostenminimierung und Profitmaximierung. Das können andere machen. Wir danken unserem Gast, Frau Keßler, allen Teilnehmenden und Diskutanten. Die Sitzung ist geschlossen.

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1, S. 540

Haushalt der Universität Rostock 1975 und 1984

Anlage 2, S. 542

Kostenstellen bis 1989

Anlage 3, S. 547

Kontenrahmen der Universität Rostock 1986

Alle Anlagen Universität Rostock Dezernat Haushalt / Universitätsarchiv

Haushaltsplan 1975 - Zusammenstellung nach Abschnitten -

Angaben in TM mit 1 Dezimalstelle

Abschnitt	Einnahmen zusammen	Ausgaben zusammen	Davon						Darunter	
			Investitionen	Lohnfonds	Sonstige Ausgaben	Honorare	Stipendien	Werterhaltung		
									4	5
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
410	-	11.190,3	-	5.176,5	6.013,8	26,7	-	-	-	-
420	2.368,8	1.958,1	-	809,7	1.148,4	3,3	-	-	-	-
421										
431	323,6	1.935,2	-	1.519,2	416,0	18,0	-	-	-	-
435										
440	45,2	62,5	-	-	62,5	6,0	-	-	-	-
512	2.340,0	57.211,5	4.300,0	20.804,5	32.107,0	814,3	12.903,1	2.696,0		
513										
520	960,0	62.546,3	4.200,0	27.804,3	30.542,0	40,0	-	2.900,0		
522	-	7,0	-	-	7,0	-	-	-	-	-
541										
542										
560	-	55,0	-	-	55,0	-	-	-	-	-
710										
720										
721	-	412,0	-	106,8	305,2	3,0	-	4,0		
Insgesamt	6.037,6	135.377,9	8.500,0	56.221,0	70.656,9	911,3	12.903,1	5.600,0		

Angaben in TM mit 1 Dezimalstelle

Haushaltsplan 1984 – Zusammenstellung nach Abschnitten –

Abschnitt	Einnahmen		Ausg. ohne Invest.		Davon:				Sonstige	Investitionen
	Zusammen	400	Zusammen	780	Werterhaltung	Lohnfonds	Entsch. u. Präm.	Darunter		
Planpos.		400		780	630	640	650 u. 660	Stipendien	670, 680, 700	602
410	-	-	17.247,4	-	-	8.086,3	1.343,5	-	7.817,6	-
420	6.924,6	-	4.037,8	-	-	1.380,9	273,9	-	2.383,0	-
421	-	-	158,5	-	-	-	3,2	-	155,3	-
431	942,7	-	3.349,5	-	-	2.768,4	388,2	-	192,9	-
435	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
440	161,4	-	213,6	-	-	-	9,6	-	204,0	-
512	5.700,0	-	77.020,4	3.995,0	-	30.147,4	25.055,6	19.620,0	10.278,7	1.282,0
520	1.750,0	-	95.583,4	4.100,0	-	41.360,0	6.078,6	775,0	29.426,4	7.314,0
522	-	-	11,0	-	-	-	11,0	-	-	-
540	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
560	-	-	68,0	-	-	-	-	-	-	68,0
710	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
721	-	-	109,5	5,0	-	56,0	11,2	-	31,7	5,6
750	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
753	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
754	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
755	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	15.478,7	-	197.799,1	8.100,0	83.799,0	33.174,8	20.395,0	50.489,6	13.639,7	8.596,0

Abschnitte - Übersicht

Abschnitt Bezeichnung

410	Finanzierung naturwissensch.-techn. Forschung für Auftraggeber gemäß § 15, Abs. 3 der FVO (nichtzahlende AG)
420	Finanzierung naturwissensch.-techn. Forschung für Auftraggeber gemäß § 15, Abs. 1 der FVO (zahlende AG)
421	Produktionsabteilungen
430	Finanzierung gesellschaftswissensch. Forschung
440	Wissensch.-techn. und ökonom. Zusammenarbeit mit dem Ausland
512	Universitäten und Hochschulen
520	Universitätskliniken und med. Institute
522	Zusätzl. jährl. Vergütung Sozialwesen
570	Sportarbeit
721	Zivilverteidigung
844	Vortrag übertragbarer Mittel (Prämien-, Kultur- und Sozialfonds, Studentenfonds)
850 04	Unselbständige Stiftungen

Kostenstellenübersicht

Kostenstellen beim Kapitel 51201- Universität

Kapitel	Bezeichnung
01100	Sektion Mathematik
02100	Sektion Physik
03100	Sektion Chemie
04100	Sektion Biologie
11300	Sektion Landtechnik
11400	Sektion Schiffstechnik
14200	Sektion Technische Elektronik
31200	Materielle Sicherstellung der Med.-Studenten
33100	Sektion Meliorationswesen u. Pflanzenproduktion
34100	Sektion Tierproduktion
42100	Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft
42500	Industrie-Institut
52100	Sektion Marxismus-Leninismus
52150	SML / Philosophie (nur AK)
52160	SML / Politische Ökonomie (nur AK)
52170	SML / Wissenschaftlicher Kommunismus (nur AK)
52180	SML / Geschichte der Arbeiterbewegung (nur AK)
52190	SML / Spezialgebiete (nur AK)
54100	Sektion Geschichte
58200	Sektion Lateinamerika-Wissenschaften
65100	Sektion Pädagogik und Psychologie
66100	Sektion Sportwissenschaft

- 69100 Sektion Theologie
- 70100 Sektion Sprach- u. Literaturwissenschaft
- 70500 Institut für Fremdsprachen
- 80002 Abteilung Fernstudium
- 91000 Rektorat (einschl. Beauftragter für Sicherheit und Geheimnisschutz, Büro des Wissenschaftlichen Rates)
- 92100 Prorektorat 1. Prorektor (einschl. Büro des 1. Prorektors mit Archiv, VS-Stelle und Informationsbeauftragter, Sicherheitsinspektion, Technische Revision, Wohnungswesen, Pressestelle, Justitiar, DNU, Exportbeauftragter, Maritimes Consulting Centre)
- 92200 Prorektorat für Gesellschaftswissenschaften (einschließlich Wissenschaft u. Technik)
- 93000 Direktor für Studienangelegenheiten
- 93001 Abt. Lehrmethodik
- 93300 Direktorat Forschung
- 93400 Direktorat für Internationale Beziehungen (einschl. Ausländerstudium in der DDR)
- 93500 Direktorat für Kader und Qualifizierung (einschl. Abt. Berufsausbildung und Qualifiz.)
- 94100 Universitätsbibliothek
- 94102 Hochschulfilm- und Bildstelle
- 94900 Abt. Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit
- 95000 Verwaltungsdirektorat (einschl. Hauptenergetiker und SERO-Beauftragter)
- 95100 Direktorat für Ökonomie (einschl. Abteilungen Arbeitsökonomie, Planung und Statistik, Finanzen; gesellschaftliche Organisationen)

- 95103 Gebäudeversorgung
- 95105 Kraftfahrzeugtechnik
- 95106 Allgemeine Verwaltung
- 95200 Direktorat Technik
- 95304 Betriebspoliklinik

Kostenstellen beim Kapitel 51203 – Ingenieurschule für Schiffbautechnik

- 95200 Direktorat Technik
- 99400 Ingenieurschule für Schiffbautechnik

Kostenstellen beim Kapitel 51205

- 42200 Institut für Sozialistische Wirtschaftsführung
- 93002 Sprachintensivausbildung
- 93003 Weiterbildung für Dritte
- 95200 Direktorat Technik

Kostenstellen beim Kapitel 51207 – Sektion Informationsverarbeitung

- 01500 Sektion Informationsverarbeitung
- 95200 Direktorat Technik

Kostenstellen beim Kapitel 51211 - Internate

- 94300 Internate
- 94400 Direktorat Wirtschafts- und Sozialwesen

94401 Kinderferienlager „Claus Störtebeker“ Pruchten
(Gehalt)

94402 Gästeunterkunft

95200 Direktorat Technik

Kostenstellen beim Kapitel 51213 - Mensen

94200 Mensen

94201 Betriebsgaststätte

94202 Milchbar

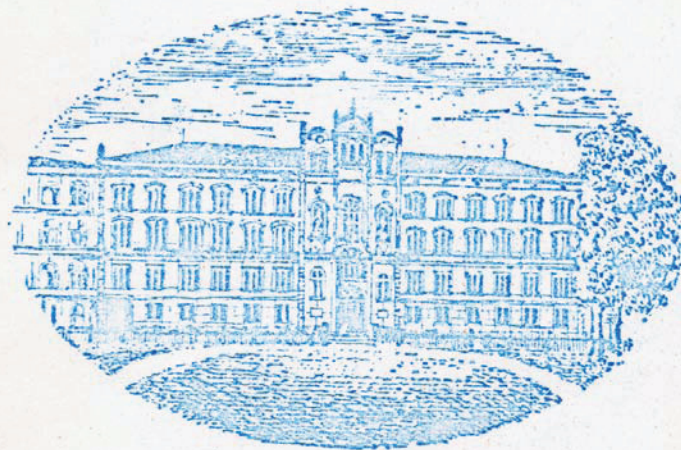
94203 Kalte Küche

94204 Pausenversorgung

95200 Direktorat Technik

WILHELM - PIECK - UNIVERSITÄT ROSTOCK

Kontenrahmen



Nur für den Dienstgebrauch

K o n t e n r a h m e n
für die Planung, Buchführung und Abrechnung
des Haushaltsplanes ab 01. Januar 1986
an der Wilhelm-Pieck-Universität

Herausgegeben durch das
Direktorat für Ökonomie
- Abteilung Finanzen -
auf der Grundlage des
Mindestsachkontenrahmens
des MHP vom 01. 03. 1985

Rostock, 22. November 1985

Böttcher, Knut

Lebenslauf



<i>akademischer Titel:</i>	Dr. Ing.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1977-1985 Hochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow Laborleiter 1986-1991 Hochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow Technischer Direktor 1991 - Universität Rostock Dezernent Technik, Bau, Liegenschaften
<i>Fakultät:</i>	1977-1985 Fakultät für Schiffbautechnologie
<i>Institut:</i>	Fertigungstechnik/Fertigungsprozessgestaltung
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	1977-1985 Fügetechnik, Schweißen und Schneiden unter Wasser

<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 05.04.1952 in Altenkirchen/Rügen
<i>Vater:</i>	Dr. Günter Böttcher, Lehrer
<i>Mutter:</i>	Christel Böttcher, Lehrerin
<i>Kurzbiografie:</i>	1959-1969 Polytechnische Oberschule Neukloster, Putbus 1969-1972 Lehre Maschinenbauer, Abitur, Volkswerft Stralsund 1972-1976 Fachlehrer, Berufsschule Neptunwerft Rostock 1977-1985 Leitender Laboringenieur an der Hochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow mit Schwerpunkt Fügetechnik und Forschung auf dem Gebiet des Schweißens und Schneidens unter Wasser (Grundlagen und Anwendungsforschung)

1986-1991	Wechsel in die Verwaltung der Hochschule für Seefahrt als Direktor für Technik mit Zuständigkeit Bau, Liegenschaften, Fuhrpark, Materialwirtschaft
1991	Wechsel zur Universität Rostock
2001	Dezernent für Technik, Bau, Liegenschaften

Akademische Abschlüsse: Dipl.-Ing.
Promotion zum Dr. Ing.

Funktionen: 1. bzw. 2. Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Technischer Abteilungen an wissenschaftlichen Hochschulen

Mitglied des Arbeitskreises Nutzung und Bedarf der HIS GmbH

Werke (Auswahl): Joecks, Konrad ; Böttcher, Knut: Beitrag zum Plasmaschneiden unter Wasser für den Einsatz in Kernreaktoren. Warnemünde/Wustrow, Ingenieurhochsch., Diss. A, 1984.

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugengespräch mit Dr. Knut Böttcher am 11. Juni 2010

Protokoll und Transkription:

Henrik Babanov, Julia Mahncke, Stefanie Rittmann, Anne Voß

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Gast, Herrn Dr. Knut Böttcher, den Chef des Dezernates Technik, Bau, Liegenschaften unserer Universität. Scherzhaft nenne ich ihn bisweilen unseren Baulöwen, und eine Löwenarbeit hat er in der baulichen Erneuerung der Universitätsgebäude bestimmt geleistet. Lieber Herr Böttcher, Sie haben das Wort.

Knut Böttcher:

Herzlichen Dank an Herrn Krüger, der das Zeitzeugenseminar ins Leben gerufen hat, und auch einen herzlichen Dank an Sie, die Sie hier zuhören wollen. Denn es geschieht eher selten, dass ich vor so einer größeren Gruppe ganz junger Leute spreche. Die Leute, die im Bau- und Planungsgeschäft tätig sind, haben zumindest ihr Studium beendet und tragen zum großen Teil graues Haar. So ist unsere demografische Struktur.

Ich möchte, bevor ich thematisch beginne, nur eine Bemerkung machen. Wenn ich den Begriff „Zeitzeugenseminar“ höre, dann bin ich schon ein Stück weit von Ehrfurcht ergriffen. Die Universität ist 600 Jahre alt, und ich bin jetzt noch nicht mal 20 Jahre an ihr tätig und schon Zeitzeuge. Aber ich bin sicher in einer interessanten Zeit an der Universität tätig gewesen. Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre war es besonders aufregend, während sich mittlerweile – ich will nicht sagen Gleichförmigkeit – aber doch mehr Routine in den Planungsprozessen einstellt. Das sind Prozesse, die sehr viel Geld kosten und teilweise viel Geduld benötigen.

Nur vor einigen Minuten hatte ich gerade eine Diskussion über Zielkonflikte beim Bau. Die Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik bekommt einen Forschungsneubau, durch den eine Freifläche von 300 Quadratmetern „verloren“ geht, auf der jetzt noch die Autos der Universitätsmitarbeiter stehen dürfen. Der Verlust des Parkplatzes sorgt für erhebliche Aufregung und Unmut. Dann frage ich mich aber, wie ein Kompromiss aussehen soll. Was ist wichtiger, die gewohnten Stellplätze fürs Auto zu behalten oder bessere Arbeits- und Forschungsbedingungen mit neuen Laboren zu gewinnen? Alles zusammen kann nicht erreicht werden. Für mich heißt das: wenn bessere Bedingungen geschaffen werden sollen, müssen alte Gewohnheiten und auch zum Teil Bequemlichkeiten aufge-

geben werden. Das ist mein Arbeitskreis, in dem ich mich seit circa 20 Jahren befinde, in welchem ich meine Aufgaben zu lösen und Kompromisse zu finden habe.

Den Vortrag möchte ich unterteilen. Zunächst werde ich etwas über meinen persönlichen und beruflichen Werdegang sagen. Dann möchte ich das Tätigkeitsfeld meines Verantwortungsbereiches vorstellen und abschließend einen Einblick in die Geschichte und Gegenwart der baulichen Veränderungen der Universität geben.

Als Studierende sind Sie nur wenige Jahre an der Universität, hören von Umzugsplanungen und erleben teilweise ihre Umsetzung. Bau- und Umzugsplanungen aber laufen über längere Zeiträume. Daher ist es besonders interessant, im Rückblick schon einen Zeitraum von 20 Jahren betrachten zu können.

Mein Name ist Knut Böttcher und ich wurde am 05.04.1952 geboren und bin somit vor kurzem 58 Jahre alt geworden, seit 1972 glücklich verheiratet und habe zwei Kinder. Meine Tochter hat an der Universität Rostock studiert. Mein Sohn lernte einen handwerklichen Beruf und ist nun Meister. Beide sind hier in der Region tätig.

Ich durchlief den normalen schulischen Werdegang eines DDR-Bürgers und absolvierte die 10. Klasse an der polytechnischen Oberschule. Danach begann ich eine Lehrausbildung als Maschinenbauer auf der Stralsunder Volkswerft. Mit dieser Lehrausbildung verband sich die Reifeprüfung. Dem folgte ein Studium an der Seefahrtsschule Warnemünde-Wustrow, die heute mit dem Fachbereich Seefahrt der Fachhochschule Wismar angehört. Das Studium wurde als Diplomingenieur abgeschlossen.

Nach dem für mich interessanten Ingenieurstudium fasste ich den Entschluss, mich als Berufsschullehrer zu bewerben. Im Speziellen unterrichtete ich Maschinenbauer, Schweißer und ähnliche Gruppen unter anderem in den Fächern Fachkunde, Werkstofftechnik, Fachzeichnen. Doch nach einem Jahr musste ich feststellen, dass Unterrichten nicht ganz das war, was ich wollte, und kehrte als leitender Labor-Ingenieur in meine alte Studienstätte nach Warnemünde zurück. Dort hatte ich zunächst Verantwortung für das Schweißlabor mit drei Mitarbeitern. Dieses Labor war Teil eines Instituts, zu dem auch die Werkstoffkunde und die Fertigungsprozessgestaltung gehörten. Im Laufe der Zeit gliederten sich dem einen Labor weitere an.

In den Jahren von 1977 bis 1984 arbeitete ich neben der Haupttätigkeit mit einem sehr praxisbezogenen Thema in der Anwendungsforschung an meiner Dissertation. Dabei ging es um den sicheren Einsatz thermischer Trennverfahren bei der Revision von Hauptkomponenten eines Kernkraftwerks. Der Prototyp der entwickelten Technik und die Anwendungstechnologie fand seinen Einsatz im Kernkraftwerk in Rheinsberg.

Alle sieben bis achte Jahre musste dort eine Revision, das heißt eine Überprüfung des Reaktordruckgefäßes, durchgeführt werden. Bei dieser Revision wurde im Reaktordruckgefäß unter Wasser das sogenannte thermische Schild nach dem thermischen Trennen entfernt. Für diesen Vorgang haben wir in unserem Arbeitsbereich Technologien entwickelt. Dieses „Wir“ war eine kleine, aber feine Forschungsgruppe, eine kleine Leuchte in der DDR, eine kleine Leuchte in Warnemünde, die Technologien zum Arbeiten unter Wasser entwickelte.

Heute gibt es weiter entwickelte Verfahren. So lesen wir aktuell in der Presse, dass deutsche Spezialisten aus dem Kernkraftwerk Greifswald in Sibirien die Kernreaktoren ausgemusteter Atom-U-Boote der ehemaligen Sowjetunion zerlegen.

Das war damals nicht absehbar und ich suchte nach der Promotion nach neuen Herausforderungen. In der technischen Verwaltung sah ich ein geeignetes Feld der Weiterentwicklung. Als Direktor für Technik der Seefahrtsschule Warnemünde-Wustrow erhielt ich die Verantwortung für die bisherigen Laborbereiche in Gänze, für die Instandhaltung der Gebäude und die Neubauten sowie für Beschaffung. Diese Zeit als Direktor reichte bis über die Wende hinaus.

Dann gab es, wie Sie alle wissen, das eine oder andere Personalproblem in öffentlichen Einrichtungen mit Entlassungen und Neubesetzungen. Als an der Universität Rostock die Stelle des Direktors – später betitelt als Dezernent – für Technik, Bau und Liegenschaften neu ausgeschrieben wurde, bewarb ich mich. Durch eine große Auswahlkommission – das kannte ich bisher nicht – wurde die Stelle dann vergeben. Professor Kiesow,¹ der inzwischen verstorben ist, aber zu Wendezeiten ein sehr engagierter Prorektor war, und andere, deren Namen ich nicht mehr präsent habe, unterzogen mich im Auswahlgespräch einer eingehenden Prüfung. Nach einiger Zeit erhielt ich die Zusage, diese Stelle besetzen zu dürfen.

Am 15. August 1991 trat ich den Dienst an der Universität an. Wie sah es damals aus? Im Grunde fanden sich jene Strukturen, die auch schon vor der Wende bestanden. Jedoch hießen die Direktorate nun Dezernate, was keinen großen Unterschied ausmachte, und der frühere Verwaltungsdirektor wurde jetzt als Kanzler bezeichnet. Das waren Begriffe, die aus den alten Bundesländern als erstes übernommen wurden. Dadurch hatte sich aber in der Sache nichts geändert. Es folgten viele Gespräche mit Verwaltungsangehörigen. Dabei wurde deutlich, dass es viele Stellen der allgemeinen und technischen Verwaltung nicht mehr geben würde.

Die technische Verwaltung war zuvor mit großen Bauhöfen kombiniert, das heißt, an der Universität waren schätzungsweise 60 bis 70 Bauhandwerker angestellt. Sie haben gemalert, gemauert, geputzt, gefliest – also in Eigenregie alle

¹ Prof. Ernst-Rüdiger Kiesow: Catalogus Professorum Rostochiensium: <http://cpr.uni-rostock.de/pnd/105174580>.

Gebäude der Universität in Stand gehalten und sogar neue, kleinere errichtet, die mit ihren Flachdächern sicher den „Charme“ der DDR hatten, jedoch im Inneren im Vergleich für Lehre und Forschung Arbeitsbedingungen auf gutem Niveau boten.

In dieser Zeit, also kurz nach der Wende, gab es dann sehr viele Kontakte zu den Universitäten und Hochschulen der alten Bundesländer. Sie hatten seit den frühen 70er Jahren eine Arbeitsgemeinschaft der technischen Abteilungen der wissenschaftlichen Hochschulen eingerichtet, zu denen wir nun eingeladen wurden. Ich erinnere mich besonders an das erste Treffen der Ost- und Westleute der technischen Verwaltungen in Berlin im Jahr 1991. Der Erfahrungsaustausch, der dort stattfand, war einfach toll. Mit diesen Gesprächen bekamen wir auch die innere Sicherheit wieder, dass es mit uns, der technischen Verwaltung an der Universität, nicht zu Ende ist. Man muss ehrlich sein und sagen, dass sich zwischenzeitlich viele Mitarbeiter und Leistungsträger abgesetzt hatten. Diese hatten sich nun in der freien Wirtschaft Arbeitsplätze gesucht, sich auch selbstständig gemacht oder waren in die alten Bundesländer gegangen. Das vollzog sich gleich in den ersten Wochen nach der Wende, als die Möglichkeit dazu bestand.

Anfänglich hatte ich Ähnliches vor, denn ich wollte in meine Wissenschaftsstrecke zurück und bewarb mich in einem Ingenieurbüro in Frankfurt am Main. Die Zusage kam, und eigentlich stand somit alles fest. Doch als wir dann in die neue Heimat reisten, um zu sehen, wie es meiner Familie mit den noch kleinen Kindern dort gehen würde, mussten wir feststellen, dass wir uns dort im Taunus nicht wohlfühlen konnten. Dieses Moderne und Sterile stand zu sehr im Kontrast zu unserer bisherigen Heimat mit ihren kleinen Schmuddelecken. Ich glaube noch heute, dass diese Entscheidung die richtige war. Zudem sieht es hier in Rostock inzwischen besser aus als in Frankfurt am Main. Auch die Schmuddelecken sind fast gänzlich verschwunden.

Was haben wir nun dann hier in der technischen Verwaltung getan? Wir haben aus den Erfahrungen der alten Bundesländer, kombiniert mit unseren eigenen, geschöpft! Organisieren war unsere Stärke, denn wir hatten zuvor immer sehr begrenzte Möglichkeiten an der Universität und auch in meinen vorherigen Einrichtungen, aus denen heraus wir aber durchaus viel geschaffen haben.

In der Folgezeit überarbeiteten wir die Strukturen und überlegten, wie wir die neuen und alten Aufgaben am besten bewältigen könnten. Wir entwickelten eine neue Struktur. Dabei sind Teilbereiche aus der Universität aus- und in die Landesbauämter eingegliedert worden. Dies geschah 1991. Es war ein sehr wichtiges Jahr und es betraf alle Abteilungen. Es war das Jahr der Übernahmeverfahren. Denn diese neu entwickelten Strukturen mussten mit Personal besetzt werden. In diesem Verfahren prüfte eine Gruppe von Juroren die fachliche Qualifizierung. Weil eine Vielzahl von zuvor existierenden Stellen gestrichen worden waren, bewarb sich auf eine zu besetzende Stelle durchaus mehr als ein Bewerber. Damit eine Teil-

nahme am Übernahmeverfahren möglich war, musste man jedoch zuvor das Ehrenkommissionsverfahren abgeschlossen haben, das heißt die Vergangenheit wurde dahingehend überprüft, ob Stasi-Kontakte und IM-Tätigkeiten nachgewiesen werden konnten. Das war wirklich eine ganz schwierige Zeit, auch für mich, der aus Warnemünde kam und dort das Ehrenverfahren schon über sich hatte ergehen lassen, ohne welches man mich an der Universität auch nicht eingestellt hätte.

So saß ich da als Neuer und hatte nun selbst mit drei weiteren meiner Mitarbeiter die Entscheidungen zu treffen, wer auf die noch zu besetzenden Stellen kommt. Dabei erlebte ich persönliche Enttäuschungen. Einige Bewerber, die bereits zuvor an der Universität gearbeitet hatten und von sich und ihrer Qualifikation durchaus überzeugt waren, mussten am nächsten Morgen gehen. Sie waren teilweise 40-50 Jahre alt und hatten von nun an keine Erwerbstätigkeit mehr. Somit war dieses Übernahmeverfahren eine schwierige Phase am Anfang meiner Tätigkeit hier an der Universität. Dennoch hatten wir zunächst noch ziemlich viele Leute an Bord.

Im Jahr 1995 folgte eine von der Universität und dem Bildungsministerium selbst geforderte Organisationsuntersuchung durch Universitäts-Externe. Das mag daher rühren, dass man seinem eigenen Bereich manchmal am wenigsten traut. Die Firma Mummert & Partner hat daraufhin die gesamte Verwaltung der Universität, auch die der Fakultäten, also nicht nur meinen Bereich, untersucht. Zum Schluss wurde festgestellt, wie wir uns zukünftig strukturieren sollten. Dem sind wir gefolgt und haben schwache Bereiche ausgegliedert – *outsourcing* nennt man das heute. Das betraf beispielsweise die Reinigungskräfte. Diesen Bereich vergeben wir heute fremd an Reinigungsfirmen. Das hätten wir übrigens auch allein ohne Mummert & Partner machen können. Die Anzahl der Hausmeister ist nicht reduziert worden, aber ihre Bereiche haben sich wesentlich vergrößert. Zudem, das war damals eine wichtige Aufgabe, haben wir zusammen mit dem Rechenzentrum beschlossen, Bereiche der Kommunikation wie Netzwerk, Computer und Telefonie an sie abzugeben. Diese gehörten zuvor mit zu uns.

Darauf folgte von 2002 bis 2010 ein stufenweiser Stellenabbau auf Grundlage einer Stellenreduzierungskonzeption. Im Jahre 2002 hatten wir noch 82 Stellen, heute acht Jahre später nur noch 67 Stellen. Für 2017 ist weiterhin ein Abbau auf 55 Stellen geplant. Das machen wir nicht alles ganz freiwillig, denn wir sind der Meinung, dass mit mehr Stellen auch mehr geleistet werden kann, dass einfach mehr herauskommt. Aber das Land, und das lesen Sie auch jeden Tag in der Zeitung, hat ein Programm, das es umsetzen will. Die Verwaltung, der öffentliche Dienst ist zu teuer, deswegen gibt es harte Regularien, in welchen Zeiträumen, welche Einsparungen erreicht werden müssen. Ich befürchte, dass dieses auch noch nach 2017 weitergehen wird. Ich weiß nicht, wohin es führt. Aber ich bin überzeugt, dass wir auch im Jahr 2017 mit insgesamt 55 Personen noch immer

unsere Aufgaben als Dienstleister für Sie in guter Qualität zu erfüllen haben (siehe Abbildung 1). Ob das bei den vielen zusätzlichen Aufgaben gelingen kann, wird die Zukunft zeigen. Die 55 Personen beinhalten den Dezernenten, die geschäftsführende Assistentin und die 4 Referate: Projektplanung und -koordination (5 Stellen), Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung (18 Stellen), Betriebstechnik (27 Stellen), Technische Sicherheit und Umweltschutz (3 Stellen).

An dieser Stelle möchte ich nochmals gesagt haben: „Wir fühlen uns als Dienstleister für Sie.“ Das sollen Sie wissen und auch in den verschiedensten Situationen beherzigen. Also schreiben Sie mir eine Mail, in der beispielsweise stehen kann: „Bei uns vor der Fakultät liegt noch der Splitt aus dem Winter und es wäre schön, wenn Sie das bereinigen könnten.“ Leider funktionierte das manchmal nicht gut, und ich bekomme erst auf diversen Veranstaltungen der Universität zu hören: „Dies und jenes wird nicht gemacht!“ Ich möchte Sie ermutigen, denn wir sind wirklich für Sie und die Universität da. Mit den Jahren schleicht sich auch bei uns eine gewisse Betriebsblindheit ein und wir sehen nicht mehr alle zu erledigenden Aufgaben. Wenn Sie uns aber eine kleine Nachricht schicken, können Sie sicher sein, dass die Aufgabe, wenn nicht mehr heute, aber morgen erledigt wird.

Was sind also unsere Aufgaben an der Universität? In den 90er Jahren starteten wir mit ungefähr 200 Objekten, die über die ganze Stadt verteilt waren. Als Herr Prof. Krüger an unsere Universität kam, hatte er sein Büro am Wilhelm-Külz-Platz 4. Er war der Meinung, dass die Unterbringung zwar nicht besonders gut sei, aber dass es viel wichtiger sei, die Situation der Bibliotheken durch Konzentration der Standorte zu verbessern. Es sei schlecht, dass jedes noch so kleine Institut an den verschiedensten Orten der Stadt eine eigene kleine Bibliothek habe und hüte. Studierende der Geschichte müssten von der einen Ecke der Stadt in die andere reisen, nur weil heute Arbeit mit dem 30-jährigen Krieg und morgen mit der attischen Demokratie anstehe. Obendrein sei Literatur kaum zu bekommen, weil die unterschiedlichen Öffnungszeiten mit den Seminaren kollidierten. Das war eines der größten Probleme, das nur behoben werden konnte, wenn man diese kleinen Bibliotheken zu einer großen vereinte.

Wir hatten viele unwirtschaftliche Standorte über die ganze Stadt verteilt. Diese Situation erwuchs in dieser Form nach 1945, als viele Wohnvillen zu Universitätsgebäuden umfunktioniert wurden. Die waren zum Wohnen, aber nicht für wissenschaftliches Arbeiten geeignet. Nur für die Philosophen haben sich diese Orte vielleicht als nützlich erwiesen, da sie dort ihre kleine anheimelnde Atmosphäre finden konnten, aber die Chemie muss leider heute noch teilweise in einer ehemaligen Wohnvilla ihre Instrumente unterbringen und diese Räumlichkeiten sind dafür nicht sonderlich geeignet. So etwas muss und wird sich bald ändern.

Dezernat Technik, Bau, Liegenschaften

● Organigramm:

Stellenbestand 2010: 67,0 VK

2017: 55,0 VK

¹⁾ Dispatcherdienst inbegriffen

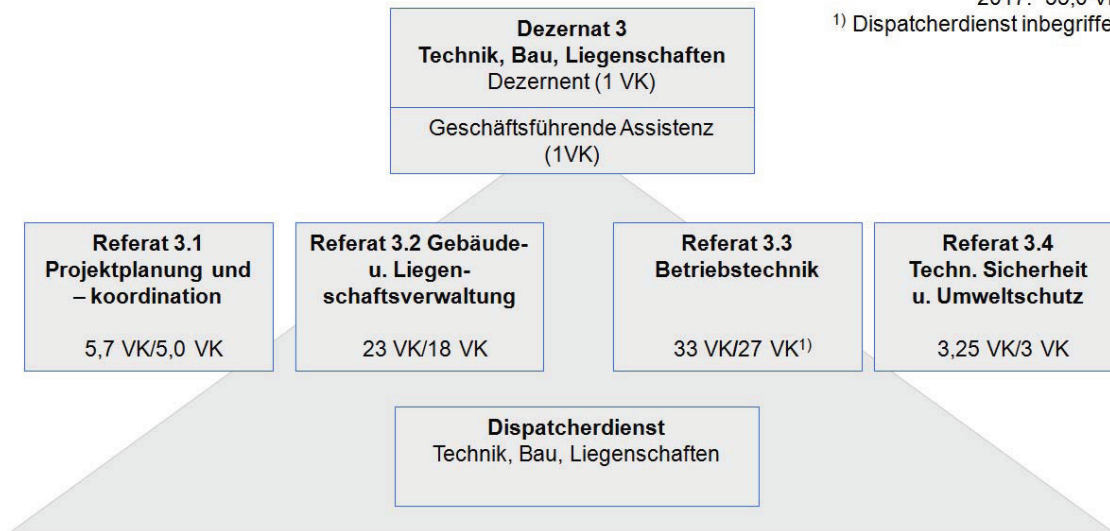


Abbildung 1

Organigramm des Dezernats Technik, Bau, Liegenschaften

Ziel: Konzentration auf Großstandorte

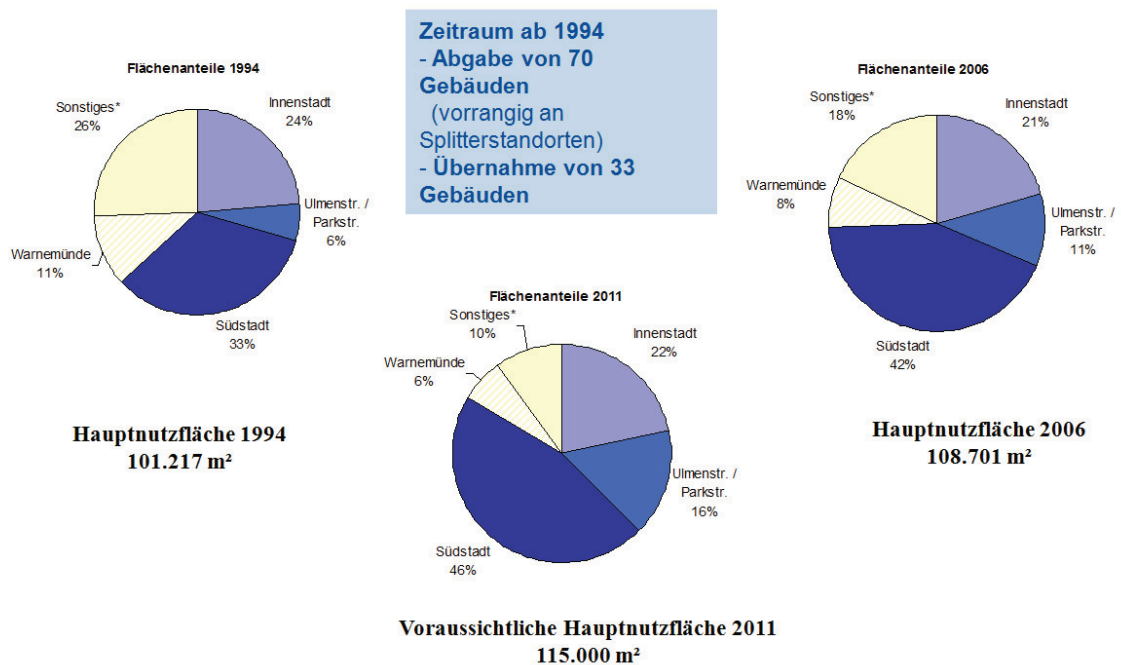


Abbildung 2

Konzentration der Standorte 1994-2011 Farben: Innenstadt hellblau
 Ulmenstraße/Parkstraße mittelblau, Südstadt dunkelblau, Warnemünde weiß, Sonstige gelb

Der Gebäudebestand war zu Beginn unserer Arbeit schlecht und somit grundinstandsetzungspflichtig. Heute müssten Sie in manche Orte von Tschechien fahren, um sich zurückversetzen zu können und zu sehen, wie es damals tatsächlich hier aussah. Wenn ich das so drastisch formuliere, ist es nicht ohne Grund. Vor Kurzem war ich in Tschechien. Prag hat sich phantastisch entwickelt, jedoch sehen alle anderen Orte so aus wie früher in der DDR. Denn die Tschechen haben den Großen Bruder – die alten Bundesländer – nicht, der mit massiven Geldmitteln hier tatsächlich eingestiegen ist. Die technischen Gebäudeausrüstungen waren veraltet. Es war wirklich schon ein historischer Gebäudebestand, und die Struktur entsprach nicht den nutzungsspezifischen Anforderungen.

Das Ziel, das wir uns spätestens 1991 mit den ersten umfassenden Planungen gesetzt hatten, war, vier Großstandorte zu schaffen, an denen die Universität konzentriert werden sollte. Das war erstens der Universitätsplatz für die Philosophie, die Theologie, die Universitätsleitung und Teile der Verwaltung; zweitens die Ulmen- und Parkstraße für Teile der Philosophischen Fakultät, für die Juristen und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Als dritter Standort soll in der Schillingallee das Klinikum untergebracht werden. Der größte und vierte Universitätsstandort soll in der Südstadt entstehen. Hier sollen die mathematischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen, die ingenieurwissenschaftlichen und agrar- und umweltwissenschaftlichen Fakultäten sowie die zentralen Betriebseinheiten wie Bibliothek und Mensa beherbergt werden (siehe Abbildung 2).

Auf dem Weg zu diesem Ziel befinden wir uns noch. Der Fortschritt kann statistisch ausgedrückt werden. In der Südstadt verzeichnen wir seit 1994 beispielsweise eine Erhöhung des Anteils von 33 %, der bis ins Jahr 2011 auf 46 % ansteigen wird. Die Innenstadt konnte wegen ihren vielen, aber kleinen Wohnvillen und Baracken nicht so schnell im prozentualen Fortschritt wachsen, dennoch hat sich auch hier schon viel getan. Deutlicher in Zahlen wird der Standortausbau in anderen Teilen der Stadt, wobei die Flächen der Kleinstandorte schrumpften und die der Großstandorte zunahm. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Großstandorte allmählich zu dem werden, was sie sein sollen. Denn das Ziel ist es, dass Sie immer mehr die Chance erhalten, Ihr Studium so effizient wie nur möglich zu gestalten. Kurze Wege, verringerte Wechselzeiten zwischen den Räumen der Seminare und Vorlesungen sollen Ihnen das Studium erleichtern.

Auf die Größe der Nutzflächen der Universität weise ich besonders hin. Es sind 170.000 Quadratmeter, das entspricht ungefähr – wenn man von einem Einfamilienhaus mit 120 Quadratmetern ausgeht, 1.400 Häusern. Es ist mithin eine stattliche Stadt, welche die Universität flächenmäßig darstellt. Alle Gebäude müssen beheizt, mit Elektrizität versorgt, bewässert, entwässert und gereinigt werden. Alle anderen Dinge, die in der Universität stattfinden müssen, sind abzusichern.

Die Zahl der Studierenden ist auf über 15.000 angewachsen, das hätte vor zehn Jahren kein Mensch geglaubt. Damals hatten wir rund 8.000 Studierende. Auch jetzt reicht der Platz noch aus. Vor zehn Jahren meinten wir, die Universität sei viel zu klein, es fehlten Seminarräume und Hörsäle. Aber selbst bei der doppelten Studentenzahl ist das Drama nicht so groß, dass wir am Sonntag Vorlesungen halten müssen. Es ist schon eine seltene Ausnahme, wenn wegen fehlender Hörsäle am Sonnabend Vorlesungen gehalten werden müssten. Schon am Freitagnachmittag ist in der Universität kaum etwas los. Die Aussage, wir hätten zu wenig Flächen, muss man immer durch die Brille unserer Ansprüche sehen. Wollen wir nur von Montagmittag bis Donnerstag Lehrveranstaltungen halten oder gehört es sich für Lehrende wie Lernende, von Montag früh bis Freitag abends aktiv zu sein?

Das Gesamtbudget, das ich in meinem Bereich zu verantworten habe, beläuft sich 7,5 Millionen Euro; zum Vergleich: die Universität verfügt jährlich insgesamt über ungefähr 100 Millionen. Unsere 7,5 Millionen werden zum Beispiel für das Gebäudemanagement, Wärme, Licht, Sauberkeit, Reparaturen und anderes verwendet. Investitionen für Neubauten sind darin nicht enthalten, deren Kosten kommen hinzu.

Die Standorte der Universität möchte ich einzeln vorstellen. Auf der Abbildung 3 sehen Sie die Großstandorte der Universität: erstens Innenstadt, zweitens Ulmenstraße mit Parkstraße; der dritte Großstandort ist das Klinikum in der Schillingallee und der vierte die Südstadt mit der Bibliothek, der Mensa sowie den Naturwissenschaften. Des Weiteren befinden sich dort die Ingenieurwissenschaften mit Maschinenbau und Elektrotechnik sowie Informatik, dazu die Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät.

Die Übersicht beginnt hier in der Innenstadt. Wir befinden uns heute in der Schwaanschen Straße 3. Das Haus ist der Philosophischen Fakultät zugeordnet und das soll auch so bleiben. Für die Philosophische Fakultät wird es in den nächsten drei bis fünf Jahren noch bedeutende Verbesserungen geben. Sie – die Philosophen – haben bisher noch nicht viel vom Neubau und der Sanierung. Denn Ihr Hochhaus in der August-Bebel-Straße 28 mit zehn Geschossen hat zwar den Charme eines Bürohochhauses – es war ja das MfS-Bürohochhaus –, aber es entspricht nicht den Vorstellungen einer wissenschaftlichen Bibliothek. Gewiss kann man in diesen kleinteiligen Räumen, wenn man sein Buch findet, gut studieren, aber es ist eben kein Gebäude für die Philosophie, wo man Philosophie und Kreativität freien Lauf lassen kann. Die Philosophische Fakultät wird, wenn die Physik in ihren Neubau in der Südstadt zieht, das frühere Haus der Physik als ihr Hauptgebäude erhalten. Es steht hier auf dem Hof, ist von außen schon saniert und wird innen ab 2013 entsprechend hergerichtet. Da zieht Ihre Fakultät frühestens 2014 ein (Abbildung 4).

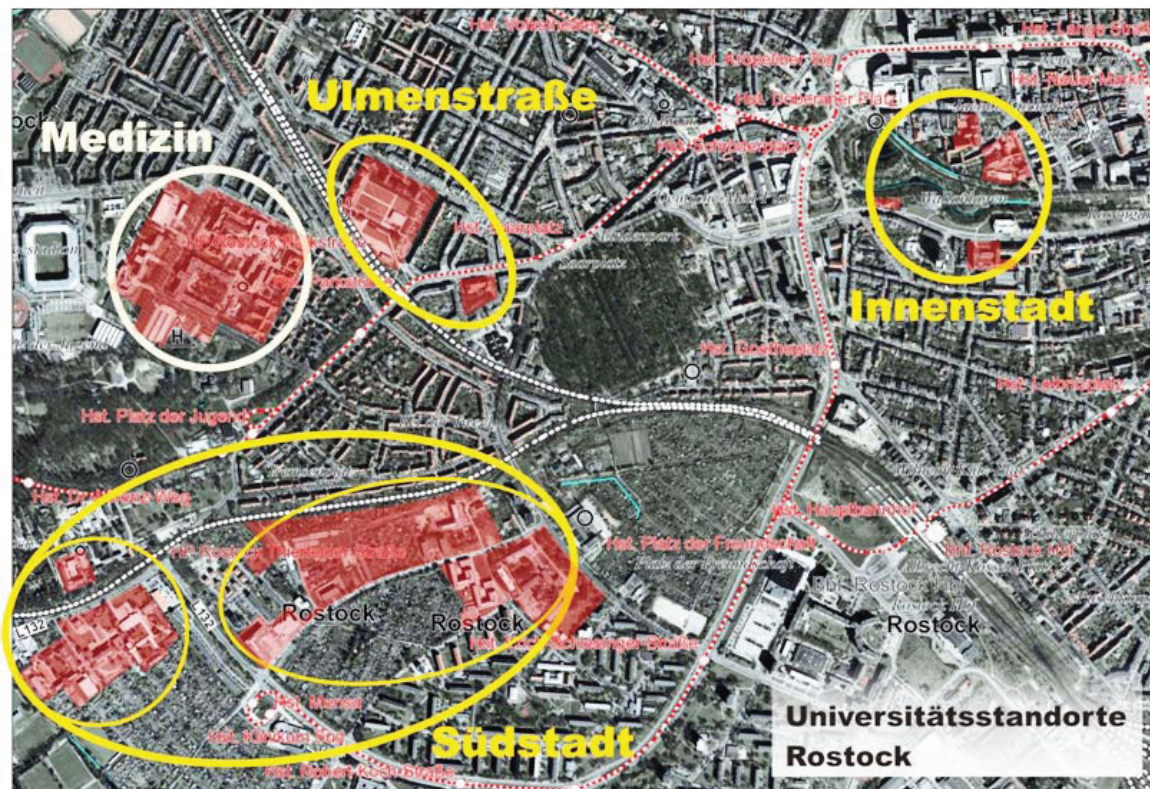


Abbildung 3
Standorte der Universität Rostock



Abbildung 4
Gebäude der Physik vor der Sanierung (links) und danach (rechts)

Das Hauptgebäude der Universität ist von außen seit 15 Jahren schön, von innen aber noch nicht saniert. Aber nun ist es mit dem Land gelungen, die Gesamtsanierung zu sichern. Auf der Abbildung 5 sehen wir das Bild von außen vor und nach der Wiederherstellung der Fassade durch polnische Restauratoren nach der Wende. Jetzt ist das Hauptgebäude in großen Teilen entkernt. Die Philosophische Fakultät erhält in dem Bereich, wo früher die Mathematik saß, also im linken Flügel – er heißt das „Neue Museum“, weil es einmal als Museum projektiert und auch gebaut worden ist – Hörsäle und Seminarräume. Die Fertigstellung des Hauptgebäudes ist für 2012 vorgesehen.

Das vielleicht interessanteste Gebäude ist das Michaeliskloster, wo die Bibliothek für Geschichte jetzt untergebracht ist. Wie auf der Abbildung 6 (oben) sah es nach der Wende aus. Der Sparkassencontainer davor ist ein sicherer Beweis, dass das Bild aus der Zeit nach der Wende stammt. Da blühten ja überall Containerbauten auf. Der Container wurde mit Genehmigung der Universität für eine bestimmte Zeit aufgestellt. Im Michaeliskloster befand sich seit 1946 eine Sporthalle, nachdem die Universität die Ruine übernommen hatte, außerdem ein Lager für die Registratur der Verwaltung. Seit der Sanierung sieht es heute anders aus (Abbildung 6 unten). Ich glaube da ist etwas Vernünftiges, auch Schönes geschaffen worden. Das war ein Sprung nach vorn. Damit begann die Konzentration der Bibliotheken. Die Bibliothek der Geisteswissenschaften wurde im zehngeschossigen Hochhaus in der August-Bebel-Straße 28 konzentriert. Dort wurden nach der Wende durch den „Runden Tisch“ zwei Etagen der Hautklinik, der Rest der Universität zugeteilt. Die dezentralen Institutsbibliotheken kamen zunächst in drei Etagen des Zehngeschossers, während die Universitätsbibliothek mit ihren zentralen Diensten aus dem Rostocker Hof – einem ehemaligen Hotel – mit geradezu abenteuerlichen Arbeitsverhältnissen in einen – hässlichen will ich jetzt nicht sagen – Funktionscontainer umzog.

Das Nachbargebäude der Schwaanschen Straße 3, die Nummer 2, zeigte sich vor zehn Jahren mit seinem rückwärtige Anbau wie auf der Abbildung 7 oben. Auch dieses Gebäude war einmal ein Hotel, heute hat hier die Universitätsverwaltung ihren Sitz. Seit den 30er Jahren waren Studentenschaften dort untergebracht, und nach dem Krieg wurde es Verwaltungsgebäude. Durch die Sanierung und den neuen Anbau bekam die Verwaltung ein adäquates Gebäude.

Zum Universitätsplatz zeige ich in der Abbildung 8 (oben) eine Montage. Weil die Sparkasse den kleinen Platz vor dem Michaeliskloster hatte, wollte die Commerzbank unbedingt auf den Universitätsplatz. Dort befand sich ein Baulücke, in die auf der Montage der Container der Commerzbank diagonal eingestellt ist. In Wirklichkeit stand er frontal darin. Die Universität hatte die Errichtung unter der Bedingung gestattet, dass dieser Bankcontainer nach fünf Jahren der Universität gehört und sie ihn beliebig nutzen könnte; was dann für die Bibliothek erfolgte. Die Hoffnung, der Container sei nach fünf Jahren noch sehr gut, trog.



Abbildung 5
Hauptgebäude der Universität vor Wiederherstellung der Fassade (oben) und danach (unten)



Abbildung 6
Michaeliskloster: Fachbibliothek Geschichte vor (oben) und nach (unten) der Sanierung



Abbildung 7
Schwaansche Straße 2: Rückwärtiger Anbau vor (oben) der Erneuerung und danach (unten)



Abbildung 8
Universitätsplatz mit Commerzbank-Container (Montage oben) und Baulücke (unten)

Es regnete von oben durch, Heizung und Lüftung funktionierten nicht mehr richtig. Es war eben ein Interimbau, ein Container. Inzwischen musste er weg, und darüber sind wir froh, auch wenn dadurch jetzt wieder eine Baulücke (Abbildung 8 unten) entstanden ist; sie sinnvoll zu schließen planen wir gerade.

Der nächste Standort ist die Ulmenstraße. In der Ulmenstraße haben wir Kasernen übernommen, in denen russische Truppen und ein Teil der Volksmarine der DDR untergebracht waren. Unser damaliger Kanzler, Joachim Wittern,² hatte sich intensiv darum bemüht diesen Standort für die Universität als Ganzes zu erhalten. Da gab es viele Widerstände. Es ist dann gelungen, dass wir die Russenkaserne mit vielen Nebengebäuden als erstes erhielten. Bei einer Besichtigung dieser Kasernen fanden wir alles in Ordnung: kein Taubenkot auf den Dachböden, Ordnung in den Zimmern und Sauberkeit im ganzen Objekt. Das Gebäude machte einen guten ersten Eindruck, sodass wir annahmen, dass wir nach Abzug der Soldaten sofort interimistisch mit der Universität einziehen könnten. Nach der Räumung gut vier Wochen später fanden wir keine Sanitärobjekte mehr, keine Lampen, kein Linoleum, keine Fliese mehr an der Wand. Alles war abtransportiert. Man musste dafür Verständnis haben, denn in Russland war der Mangel groß. Für uns war es möglicherweise der Vorteil, dass eine interimistische Nutzung nicht möglich war. Provisorien halten meistens am längsten. Nun konnte das Gebäude relativ schnell entkernt und für die wirtschafts- sozialwissenschaftliche Fakultät ertüchtigt werden (Abbildung 9).

Aus Gebäuden, welche die Universität aufgab – unter anderem in der Schröderstraße und am Vogelsang –, zogen die verstreuten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in dieses stattliche, hervorragend sanierte Universitätsgebäude in der Ulmenstraße 69. Das Sprachenzentrum, früher in einer Villa in der Richard-Wagner-Straße untergebracht, kam ebenfalls hierher. Auf dem Hof, dem ehemaligen Exerzierplatz, wurde das Audimax neu gebaut. Daneben entsteht ein weiterer Hörsaalneubau mit zwei Hörsälen mit 250 und 300 Plätzen.

In der Ulmenstraße sind auch Teile der Verwaltung untergebracht. Mein eigener Bereich arbeitete bis vor fünf Jahren in der Südstadt in einer Baracke. Es war die Baustelleneinrichtung für die Universitätsbauten in der Südstadt in den 50er Jahren. Nach unserem Auszug in 2002 kamen interimistisch noch Arbeitsplätze des Rechenzentrums, der Informatik und die Fachschaft Biologie hinein. Leider! Jetzt ist die Baracke inzwischen abgerissen. Übrigens hatte mein Bereich noch vor der Baracke in der Südstadt seinen Sitz in einer Baracke gegenüber dem Landgericht und führte früher den anspruchsvollen Titel „Bauabteilung beim Ministerium für Volksbildung der DDR“. Nun zogen wir also in ein Gebäude auf dem Gebiet der Ulmenstraße 69. Aus einer Baracke in ein Haus – das war ein

² Kanzler Joachim Wittern: *Catalogus Cancellariorum Academiae Rostochiensis*: <http://cpr.uni-rostock.de/pnd/13830811X>



Abbildung 9
Ulmenstraße 69: Haus 1 (oben), Auditorium Maximum (Mitte), Häuser 4, 5 und 6 (unten)

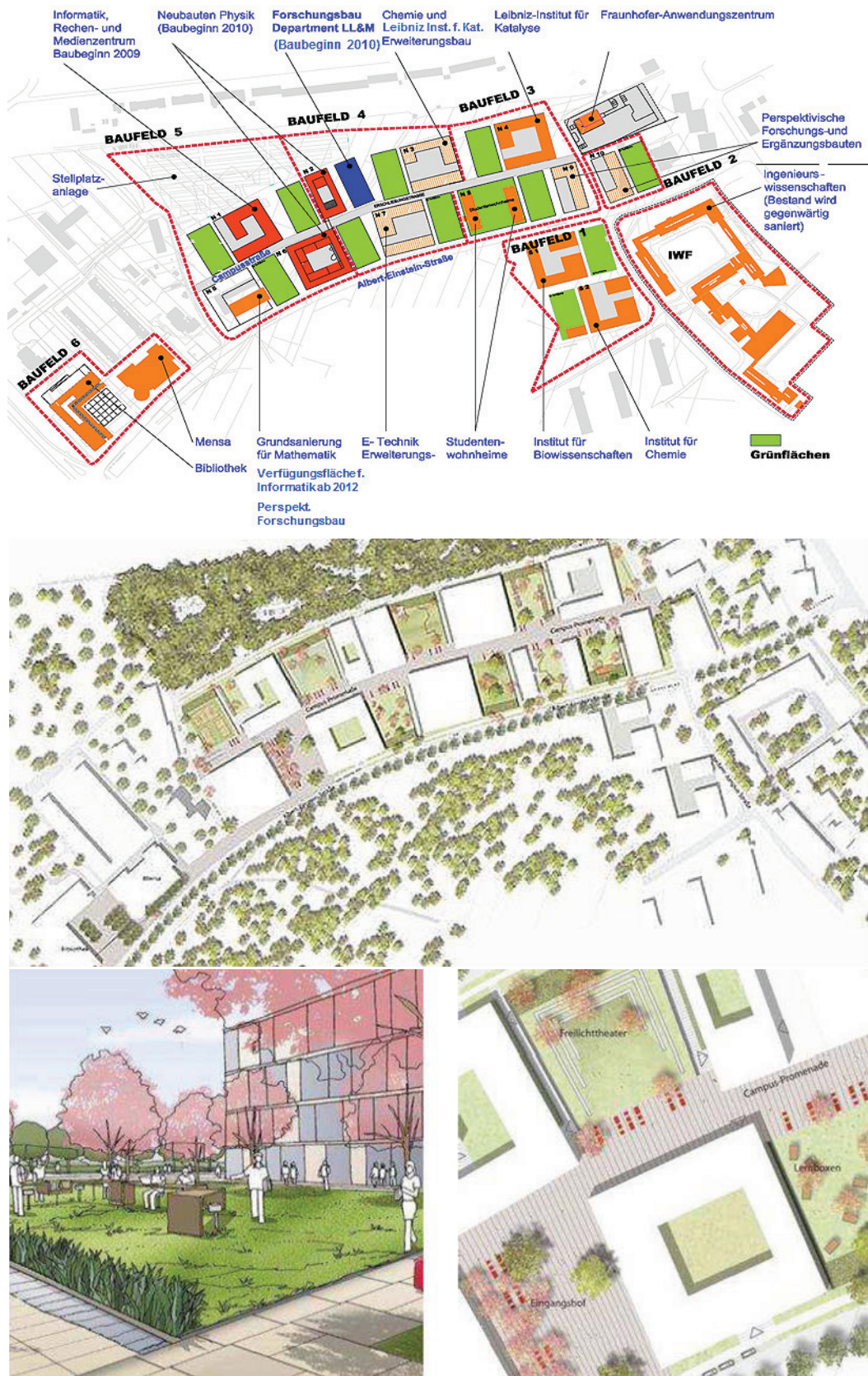


Abbildung 10 Standort Südstadt: Gesamtplan (oben), Grünplan (Mitte), Innenhöfe (unten)

Highlight. Darauf bin ich wirklich immer noch stolz und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlen sich sehr wohl. Es stärkt die Motivation, in der Universität weiter gerne das zu tun, was von uns erwartet wird.

Wir gehen jetzt an den Großstandort Südstadt, der größte Standort; an die Tortendiagramme (Abbildung 2) sei erinnert. In der Südstadt haben wir hier die Ingenieurwissenschaften, es sind Bestandsgebäude, errichtet in den 50er Jahren als Schiffbautechnische Fakultät. Die Abbildung 10 (oben) zeigt den Bestand und den gesamten Bereich. Links (Baufeld 6) oben ist die Bibliothek neu entstanden, daneben die Mensa, die übrigens in vielen Rankings erste Plätze erreicht. Im Bau Feld 5 entsteht jetzt gerade der Neubau des Rechenzentrums mit dem Medienzentrum und der Informatik. Daneben wird in diesem Jahr noch der symbolische Spatenstich für die Neubauten der Physik erfolgen. Daneben im Bau Feld 4 wird ein Forschungsbau errichtet, vom Bund finanziert und eingeworben von der Universität aus dem Forschungsexzellenz-Programm. Physik, Chemie, Medizin hatten in einem Gemeinschaftskonzept zur Profillinie „Leben, Licht und Materie (Life, Light and Matter)“ mit Erfolg den Förderungsantrag gestellt. Baubeginn soll noch in diesem Jahr, symbolisch im Dezember sein. Im Bau Feld 3 stehen bereits das Leibniz-Institut für Katalyse sowie Studentenwohnheime, im Bau Feld 2 die Gebäude der Ingenieurwissenschaften; letztere werden gerade saniert. Im Bau Feld 1 befinden sich die Neubauten für die Biowissenschaften und die Chemie.

Zu den Gebäuden entwickelt sich ein urbanes Umfeld. Die Studierenden sollen sich wohlfühlen. Häuser und Labore sind nur eine Seite der Planung, die andere betrifft die familiengerechte Hochschule unter anderem mit ansprechender Freizeitgestaltung. Die Abbildung 10 (Mitte) weist in den Bau Feldern und dazwischen Grünfelder aus. Ein Grünfeld soll zum Beispiel so umgestaltet werden, dass man es im Winter bei Frost fluten kann. Dann entsteht eine Eisfläche zum Schlittschuhlaufen. Es soll eine Kletterwand geben für diejenigen, die hier überschüssige Energie während der Pausen verausgaben wollen. Vorgesehen ist auch einen Art Amphitheater, wo man studentische Veranstaltungen, Filmvorführungen oder sonstige Darstellungen machen kann. Erstmals ist für diesen Bereich eine ganzheitliche Planung gelungen. Es geht um mehr als nur um den Bau und – wie hin und wieder – eine „Verlegenheitsbegrünung“. Wir möchten Möglichkeiten schaffen, wo die Studierenden oder auch andere sich in der Pausenzeit bei schönem Wetter draußen hinsetzen können und vielleicht das eine oder andere Buch lesen oder im Freien studieren. Wir betrachten es als wichtigen weichen Standortfaktor, der Studierende veranlasst, nach Rostock zu kommen.

Es wird auch eine große Stellplatzanlage für PKW geben. Sie ist laut Vorschrift gefordert. Das führt derzeit schon zu Protesten, weil sich hier viele Kleingärten befanden, die zwar jetzt schon alle abgerissen sind, aber man befürchtet, dass dort nach Realisierung „Blech und Gestank“ vorherrschen und nichts mehr Grün ist. Unsere Reaktion darauf ist, dass pro vier Stellplätze ein Baum gepflanzt

wird. Das ist auch gesetzlich vorgeschrieben. Ganz große Bäume können wir nicht pflanzen, aber nach einiger Zeit wird dieses eine grüne Oase.

Auf einzelne Komplexe möchte ich noch eingehen. Auf der Abbildung 11 (oben) sehen Sie die alte Mensa. Die kennen sie nicht mehr. Es war auch ein schöner Bau, hatte aber diverse Probleme, weshalb sie abgerissen werden musste. Ursprünglich sollte sie umgenutzt werden zur Bibliothek mit Mensa. Flächenmäßig wäre es gegangen, nicht aber baulich. In der Mitte zeigt die Abbildung 11 die neue Mensa, darunter die neue Universitätsbibliothek. Eigentlich wollten wir für die Universität am Eingang der Südstadt ein besonderes Zeichen setzen. Es sollte ein weithin sichtbares Kommunikationszentrum entstehen, wo die Studierenden sich wohlfühlen, studieren und lesen können, wo sie essen und weitere Dienstleistungen zum Beispiel des Studentenwerks erhalten können. Das war nicht durchzusetzen, weil im öffentlichen Bereich das Geld immer endlich ist. Es gelten Jahreshaushalte. Im entsprechenden Jahreshaushalt war zunächst nur die Mensa mit 17 Millionen D-Mark, also rund 8,5 Millionen Euro enthalten. Da war nur der Bau der Mensa möglich. Unser überzeugende Plan eines Gesamtkonzepts aus Mensa und Bibliothek ließ sich daher nicht durchsetzen – bitter und traurig. Die Kritik eines Architekten, der später an der Planung der Bibliothek beteiligt war und die Mensa sah, traf den Kern: „Wer hat denn dieses kleine Kasperletheater da gemacht?“ In der Tat passen Bibliothek und neue Mensa städtebaulich nicht gut zusammen, das ist jetzt ein Kompromiss. Beide Einrichtungen erfreuen sich aber großer Beliebtheit und intensiver Nutzung.

Die Chemie finden wir auf der Abbildung 12 (oben). Die alte Chemie in der Rostocker Innenstadt ist inzwischen abgerissen. Das Bild zeigt den Hinterhof der alten Chemie im Zentrum der Stadt hinter dem Michaeliskloster. Darauf stand ein weiteres Laborgebäude. Es musste schon Anfang der 90er Jahre baupolizeilich gesperrt werden. In der Südstadt sind dann die ersten Neubauten für die Chemie und Biologie errichtet worden.

Die Biologie (Abbildung 13) hatte in der Vergangenheit unter anderem zwei Baracken, die obere war ein Hörsaal in der Bergstraße beim Doberaner Platz, wo jetzt das Internationale Begegnungszentrum steht. Der dortige Nothörsaal war nach dem Krieg errichtet worden und erfreute sich bis 1993/1994 einer guten Nutzung, bis er für den Neubau des Internationale Begegnungszentrums abgerissen wurde. Die untere Baracke (Abbildung 13 Mitte) befand sich in der Doberaner Straße hinter dem alten Botanischen Institut. Darin war ein Laborkomplex der Biowissenschaften untergebracht. Alle diese ursprünglichen Nutzungen sind nun inzwischen auch schon zehn Jahre in der Südstadt und wir sind schon wieder bei der Sanierung. Das Dach der Neubauten ist leider sehr schlecht ausgeführt worden und die Nutzer haben neben ihren hochwertigen Geräten einen Eimer stehen, um herabtropfendes Wasser aufzufangen. Es ist nicht nur eitel Sonnenschein in der Neubauezeit.



Abbildung 11
Alte Mensa (oben), Neue Mensa (Mitte), Universitätsbibliothek BB1 (unten)

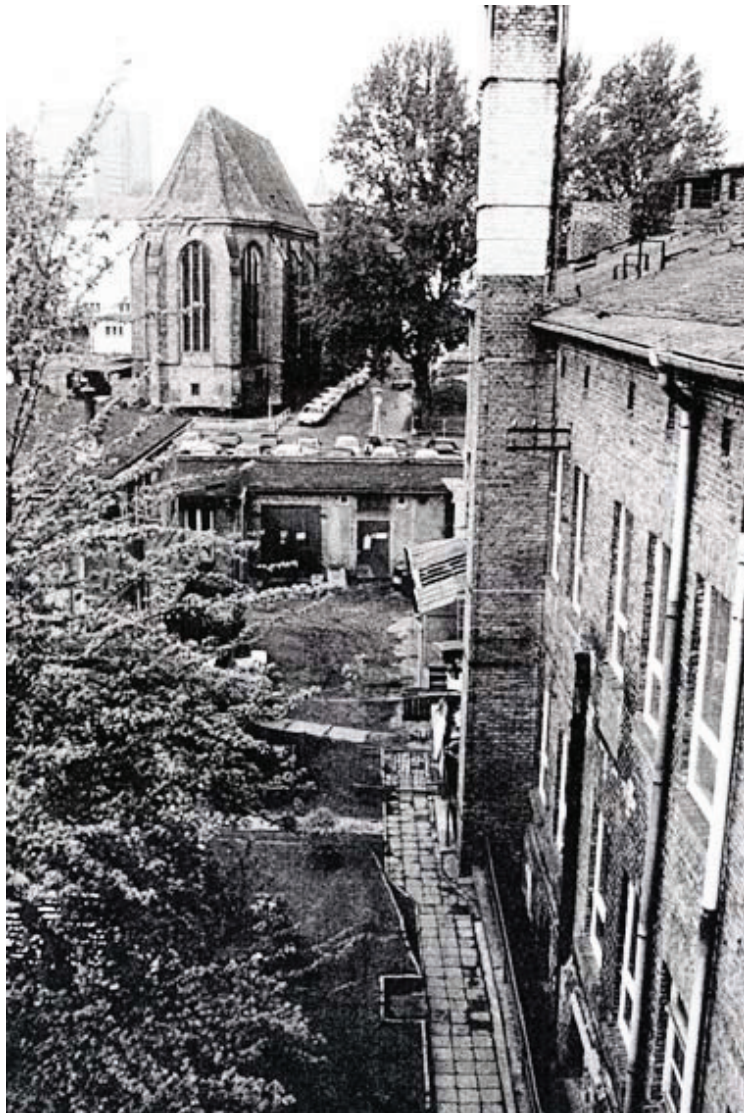


Abbildung 12
Institut für Chemie am Glatten Aal (oben) und in der Südstadt (unten)

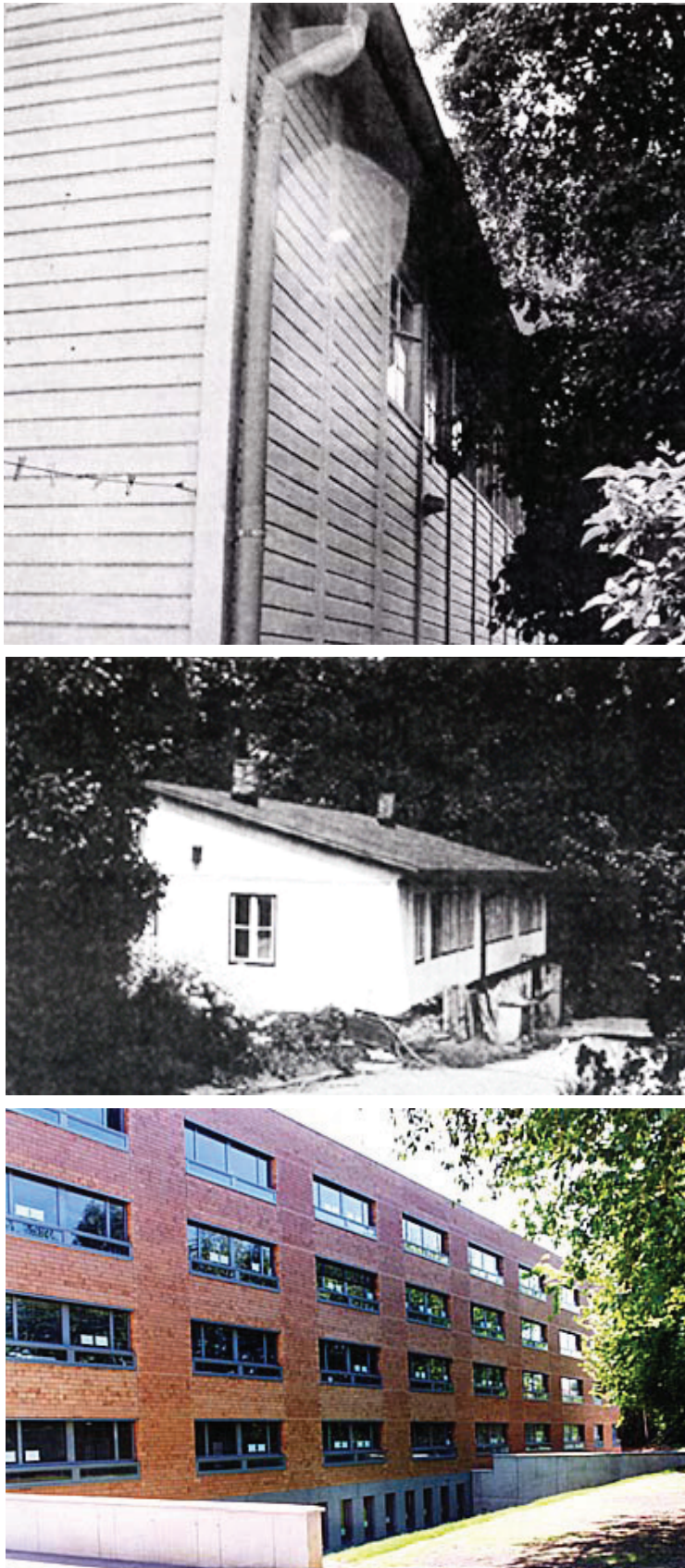


Abbildung 13
Biowissenschaften in der Bergstraße (oben), Doberaner Straße (Mitte) und in der Südstadt



Abbildung 14
Institut für homogene Katalyse



Abbildung 15
Neubau Institut für Informatik und Rechenzentrum



Abbildung 16
Physiklaborgebäude Computersimulation (Gerber Architekten)



Abbildung 17
Forschungsneubau der MSF Computersimulation

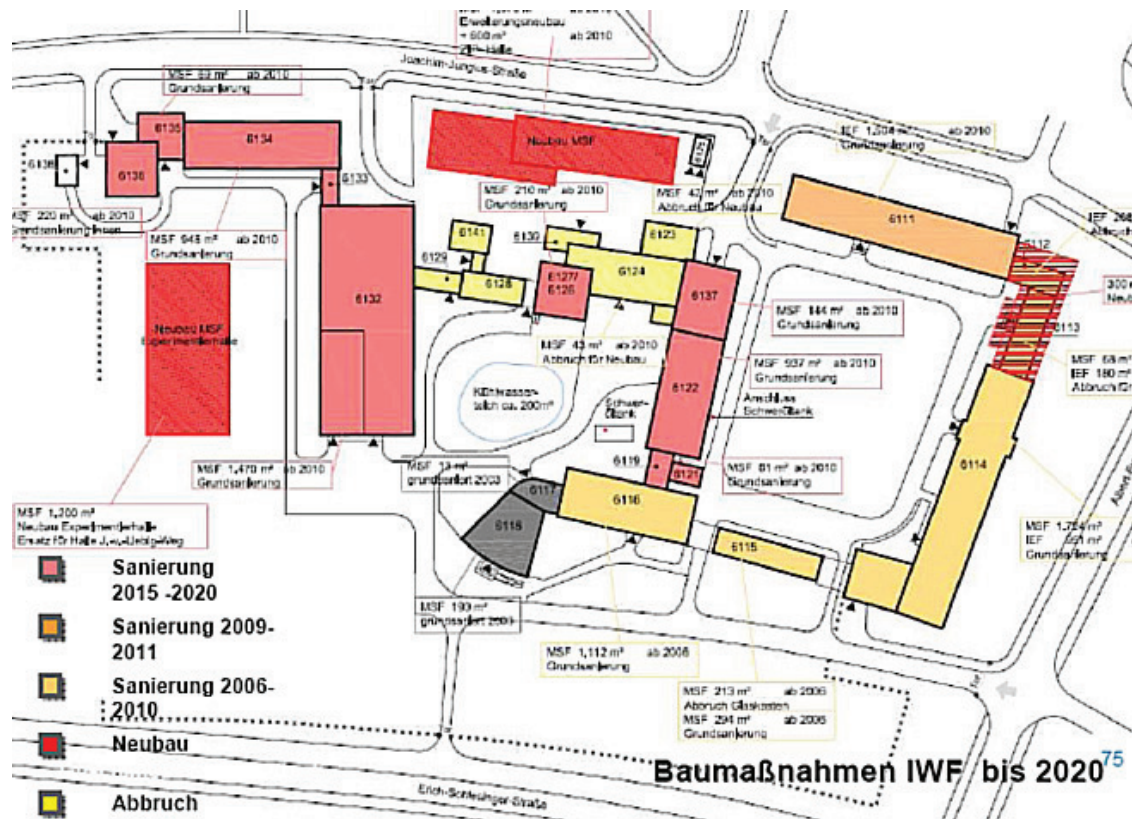


Abbildung 18
Baumaßnahmen in den Ingenieurwissenschaften

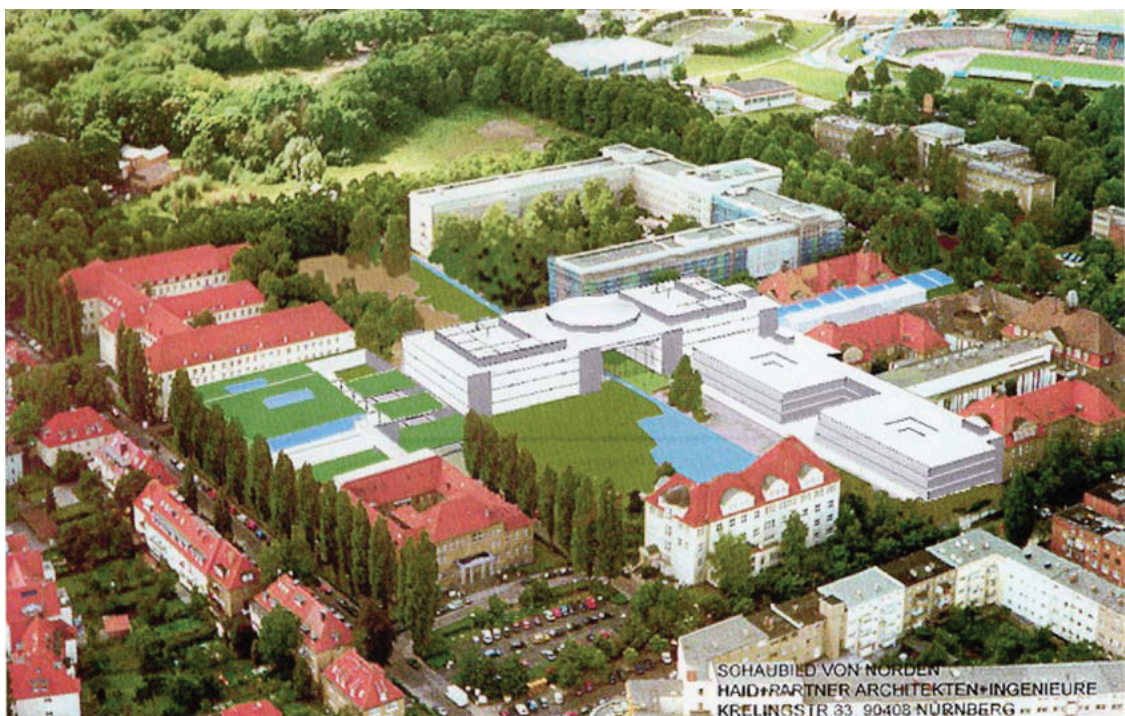


Abbildung 19
Medizinische Fakultät Klinikum mit Neubauplanungen

Aber die Bauten in der Südstadt gehen voran. Das Gebäude des Katalyse Instituts zeigt die Abbildung 14, den Rohbau des Rechenzentrums die Abbildung 15. Am Ende dieses Jahres soll der Bau in Betrieb genommen werden. Der symbolische Spatenstich für das Physiklaborgebäude soll im Dezember stattfinden. Eine Computersimulation der Physik stellt die Abbildung 16 dar. Dieses Laborgebäude wird mit einer Brücke mit dem Lehrgebäude der Physik verbunden sein. Sicher wird es ein weiteres architektonisches Highlight in der Südstadt.

In der Albert-Einstein-Straße 2 (MSF, IEF) wird in diesem Jahr ebenfalls gebaut. Am 30. Juni findet hier die Grundsteinlegung für einen Forschungsneubau der MSF statt (Abbildung 17). Die Forschungsflächen im Maschinenbau sind tatsächlich defizitär. In 2011 soll der Neubau fertig sein. In diesem Bereich wird weiterhin viel gebaut, wie die Abbildung 18 ausweist. Ein Neubau für die Elektrotechnik entsteht, wo sich früher eine Trafostation für den ganzen Komplex befand. Dächer und Fassaden sind im gesamten Bereich überwiegend saniert.

Wenn wir über den Südring weitergehen, gelangen wir zur Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät, dem zweiten großen Standort in der Südstadt. Auch dort wird ein Forschungsneubau errichtet. Baubeginn soll im nächsten Jahr sein. Die Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät richtet sich gerade speziell auf die Tierforschung aus, für die der Forschungsneubau bestimmt ist.

Als Abbildung 19 zeige ich Ihnen das Klinikum unserer Universität. Auch dort ist sehr viel passiert. In die Medizin ist seit der Wende die gleiche Menge Geld geflossen wie in den Hochschulbereich. Insgesamt hat die Universität seitdem 500 Millionen Euro erhalten und bis 2020 stellen wir uns vor, das Gleiche noch einmal zu bekommen. In der Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir im vergangenen Jahr ganz großes Glück gehabt, denn die Krise gab Anlass zum Konjunkturprogramm. Wir haben daher massiv Geld in die Universität bekommen. Davon bauen wir zum Beispiel den Hörsaal in der Ulmenstraße, davon bauen wir die Forschungsflächen für den Maschinenbau, davon wird in der Medizin saniert; es werden Hörsäle erneuert.

Diskussion

Kersten Krüger:

Das war eine echte Löwentour mit vielen guten Beuten und Bauten. Hiermit eröffne ich die Aussprache.

Hilde Michael:

Wie sah die Zusammenarbeit zwischen den Ost- und Westuniversitäten aus? Gab es für Sie bautechnisch Neues und wie sah die Kommunikation aus?

Knut Böttcher:

Gebaut wird überall ähnlich. Die Technologien waren vielleicht etwas unterschiedlich. Wir sind, das muss ich so sagen, von unseren Altbundesländerkollegen mit offenen Armen empfangen worden. Wir haben Rundreisen nach Bremen, nach Oldenburg unternommen, und in Berlin waren wir in der Technischen und in der Freien Universität. Da hat es wirklich einen intensiven Austausch gegeben, breit angelegt. Das führte dazu, dass wir mit einer gewissen Sicherheit ausgestattet worden sind, um hier neu zu beginnen und uns zu sagen, dass wir in der Universität richtig liegen und uns nicht ins Abseits begeben. Es ist ein lohnendes Arbeiten in der Universität. Also es gab eine gute Zusammenarbeit. Viele Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern kamen hierher. In der Dezentenrunde hier in der Universität sind meine Kollegin Keßler³ und ich die beiden Ostdezernenten. Die anderen sind aus den Altbundesländern eingeflogen und haben die Erfahrung der Altbundesländer mitgebracht.

In den Technikbereichen bei uns haben wir niemanden aus den Altbundesländern. Wir holten uns dort die fehlenden Erfahrungen, gehen wieder zurück und machen hier das Beste daraus. Inzwischen muss man eingestehen – das merken wir auf Tagungen etwa der Arbeitsgemeinschaft Technischer Abteilungen –, dass die Ausstattung der Ostuniversitäten inzwischen teilweise besser ist als die einiger Westuniversitäten, selbst wenn es in Rostock teilweise auch noch weiße oder graue Flecken gibt. Die besonders rasche positive Entwicklung hier nimmt der eine oder der andere in den westlichen Ländern auch negativ wahr. Sie freuen sich, wenn man dafür auch etwas Verständnis aufbringt. Fahren Sie einmal in die alten Bundesländer, gucken Sie sich die Straßen an. Die Straßen, die dort nicht gemacht sind, sind unsere Chemiegebäude oder Biologiegebäude, das sage ich als einer, der dem Osten verbunden ist.

Ralf Ortmann:

Wie war es in der DDR: welche baulichen Maßnahmen wurden durchgeführt, um Behinderten das Studieren an der Universität zu ermöglichen? Sie haben viele Bauprojekte vorgestellt. Welche Maßnahmen werden heute und in der Zukunft getroffen, um die Universität behindertengerecht zu gestalten?

Knut Böttcher:

Ich fange mit der zweiten Frage an. Es gibt das Baugesetz der Bundesrepublik Deutschland und auch die Bauverordnung des Landes Mecklenburg Vorpommern. Sie schreiben für Behinderte barrierefreies Bauen vor. Das wird in jedem Einzelfall und in den Neubauplanungen auch durchgesetzt. Es gibt Einzelfallprüfungen bei bestehenden Gebäuden, die denkmalgeschützt sind, wo mit dem Nutzer

³ Ursula Keßler; siehe ihren Bericht in diesem Band, S. 515-548.

gemeinsam, dem Denkmalschutz und der Baugenehmigungsbehörde darüber verhandelt wird. Brauchen wir 100 % Behindertengerechtigkeit oder können wir bestimmte Bereiche, etwa das Obergeschoss ausklammern? Das wird im Detail entschieden. Das trifft für uns bei einigen Gebäuden auch zu, und ich kann sagen, wir sind beim behindertengerechten Bauen auf dem richtigen Weg. Wir haben Barrierefreiheit in den Neubauten, im Hörsaal der Biowissenschaften und der Chemie, selbstverständlich in der Mensa, selbstverständlich in der Bibliothek, also in allen Neubauten. In den Altbauten, in den sanierten Altbauten sind wir dabei dafür etwas zu tun. In der Ulmenstraße ist Haus 1 komplett behindertengerecht, im Haus 3 haben wir zunächst nur das erste Obergeschoss übergangsweise so erschlossen. In diesem Jahr beginnt aber noch die Errichtung eines Aufzuges, so dass auch hier alle Geschosse rollstuhlgerecht eingerichtet sein werden. Es geht ja aber nicht nur um die Rollstuhlgerechtigkeit, es gibt auch zum Beispiel Schwerhörigkeit, Sehbehinderung und anderes. Dafür gibt es zum Beispiel im Hörsaal des Audimax und auch in der Bibliothek entsprechende Arbeitsplätze, wo sich die Betroffenen mit entsprechende Technik versorgen können, um Nebengeräusche auszuschalten. Das Gleiche gilt für Leseplätze für Sehbehinderte. Die Verwaltung muss dafür sorgen, dass da eine Maschine für Blindenschrift vorhanden ist, also eine Blindenschreibmaschine oder Entsprechendes nach heutigem Standard. Das Gesetz gilt nicht nur für Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer, sondern für alle Arten von Behinderungen. Da gibt es die unterschiedlichsten Facetten.

In der DDR war das vom Prinzip her ähnlich, aber es wurde, weil es immer mehr gekostet hat, noch etwas weniger durchgesetzt.

Stephan Lembke:

Sie haben zugegeben, dass die Philosophische Fakultät bei den Bauarbeiten zu kurz gekommen ist. Wie wird entschieden, welches Gebäude für eine Sanierung ausgewählt wird? Spielt dabei das wirtschaftliche Interesse eine Rolle und kommt auch Geld von der Wirtschaft?

Knut Böttcher:

Grundsätzlich entscheiden an der Universität die Universitätsleitung und der Senat in Planungsrunden. Denn der Haushalt wird ja lange im Voraus geplant. Dort werden die Haushaltsanmeldungen nach verschiedenen Aspekten priorisiert, zum Beispiel nach den schlechtesten Verhältnissen in den Naturwissenschaften. Das hat in den 90er Jahren dazu geführt, dass die Chemie und die Biowissenschaften neue Gebäude bekommen mussten. Das war einfach die Priorität. Die Physik sollte damals auch an der Reihe sein, aber das Geld war alle. Die Fächer der Philosophischen Fakultät waren aus dem ganz schlimmen Rostocker Hof in ein neues Gebäude – Ende der 80er Jahre als Stasihochhaus gebaut – umgezogen und hinreichend mit Flächen ausgestattet. Das war wirklich ein Sprung nach vorne

vom Hotel Rostocker Hof in das Stasihochhaus. Damit waren diese Fächer zunächst einmal arbeitsfähig. Die Biologen und die Chemiker waren in Baracken, baufälligen Gebäuden und einer ehemaligen Hebammenanstalt untergebracht. Die waren nicht mehr arbeitsfähig aus Gründen der technischen Sicherheit, des Brand-schutzes und des Arbeitsschutzes. So wurden die Prioritäten gefunden.

Das ist das Eine und als Zweites kommt eine Eigendynamik hinzu. Jetzt zum Beispiel bekommt die Physik den Neubau, geplant schon 1995. Das heutige Physikgebäude, das der Philosophischen Fakultät schon vor 15 Jahren gewidmet wurde, wird in 2013 für die Philosophie frei. Das sind Abhängigkeiten. Wir hätten ja zwischendurch nicht auf der grünen Wiese etwa am Schutower Kreuz eine Philosophie neu bauen können. Dann spätestens hätten die Lehramtskandidaten geklagt, dass sie zu ihren Praktika und Übungen zwischen Südstadt, Schutower Kreuz oder Warnemünde hätten pendeln müssen. Das Wollen und die Wünsche der Universität stehen dem finanziell Machbaren des Landes gegenüber. Zur Frage nach dem Geld der Wirtschaft kann ich sagen: in der Zeit, seit der ich an der Universität bin, erlebten wir viele Versprechen, zum Beispiel eine Millionen-spende für neue Fassaden. Erhalten haben wir diese nie. Auch noch nie 100.000 oder 80.000, auch keine Gebäude.

Allerdings gibt es eine Ausnahme. Wir hatten einen Mäzen, der leider inzwischen verstorben ist, das war Herr Friedrich Harms.⁴ Er war Ehrensenator der Universität, der aus den alten Bundesländern kam. Er war beruflich Rapszüchter, der seine Millionen durch fleißiges Arbeiten in den 50er und 60er Jahren gemacht hatte und der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns helfen wollte, insbesondere auch der Universität Rostock mit der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät. Friedrich Harms hat uns einen Forschungsstall gestiftet. Die genauen Kosten kann ich nicht nennen, aber es waren etwa 2 Millionen Mark. Der Stall steht in Dummerstorf, leider nicht bei der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät. Außerdem stiftete er uns ein Studentenwohnheim für die Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät. Das ist der einzige Fall, wo richtig Geld gekommen ist. Was Sie vielleicht mit Ihrer Frage auch ansprechen, die *Public Private Partnership*, in den Medien PPP genannt, die beinhaltet, dass die öffentliche Hand mit ihren Interessen und dringenden Bedarfen und die Wirtschaft mit Geld zusammenfinden. Das ist auch nicht unproblematisch. Die Finanzministerin von Mecklenburg-Vorpommern hat da eine ganz klare Trennungslinie gezogen, die auch ich akzeptiere.

Es entstehen damit ein Schattenhaushalt und eine zusätzliche Verschuldung. PPP heißt zwar Partnerschaft, aber die Risiken übernimmt vor allem die öffentliche Hand und der Partner verdient damit regelmäßig hohe Zinsen. Die Finanz-

⁴ Vgl. Friedrich- und Irmgard Harms-Stiftung:
<https://www.uni-rostock.de/universitaet/stiftungen-und-foerderer/> .

ministerin hat die Devise ausgegeben, dass wir nur das bauen, was wir über staatliche Kredite finanzieren können. Öffentliche Kredite sind am zinsgünstigsten, wir brauchen da keine privaten Hände. Es gibt einige wenige Ausnahmen in Deutschland, wo Universitätsbauten inzwischen durch PPP realisiert werden. Andere Bundesländer, andere Regelungen – im Föderalismus ist das möglich. Vorsicht ist jedoch geboten, und ich glaube, die Entwicklung an den Börsen und Finanzmärkten insgesamt zeigt auch, das es richtig war, dass sich unser Bundesland dort nicht aus dem Fenster gelehnt hat. Es gibt viele Kommunen, die sich unglücklich auf die nächsten Jahrzehnte verschuldeten und ihre Stadtwerke in die USA verkauft haben, sie zurück mieten und Unsummen dafür bezahlen. Also zur Wirtschaft sagen wir ja, übermäßiges Sponsoring haben wir jedoch kaum zu erwarten. Selbstlos sind ganz, ganz wenige Menschen dieser Welt.

Henning Rohrmann:

Was steht denn in den nächsten Jahren konkret an mit Gebäuden für die Philosophische Fakultät? Was kann man erwarten?

Knut Böttcher :

Konkret steht an, dass ab 2013 das Physikgebäude im Inneren saniert und für die Philosophen angepasst wird. Es wird renoviert und die Sanitäreanlagen werden erneuert. An der einen oder anderen Stelle lässt sich der Raumzuschnitt noch etwas verändern, freilich nur minimal, denn auch dieses Gebäude ist ein Denkmal. Wenn die Philosophische Fakultät dort einzieht, werden im Zehngeschosser der August-Bebel-Straße 28 wieder einige Stockwerke frei, wo interimistisch Bücher hineinkommen. Das beginnt 2013 und wird 2014, spätestens 2015 in Nutzung genommen. Das Universitätshauptgebäude mit dem Seminarflügel wird 2012 fertig, das ist der Philosophischen Fakultät am Innenstadtstandort gewidmet. Da finden dann ihre Seminare statt, die jetzt teilweise in dem „fantastischen“ Hörsaal in der Hautklinik oder in der Radiologie abgehalten werden.

Das ist das zweite Ziel und das dritte, wirklich ganz starke Ziel, ist der Bibliotheksneubau hier am Innenstadtstandort. Das hatte unser letzter Rektor, Thomas Strothotte,⁵ energisch mit dem Spruch zu fördern versucht: „Dafür werden wir Fremdmittel finden!“ Herr Strothotte ist uns abhanden gekommen. Die Fremdmittel sind auch nicht da.

Wichtig ist aber zunächst, wenn die Lehrbereiche – also Büro und Seminarbereiche – aus der August Bebel Straße heraus sind und dort die Bibliothek weitere Flächen erhält, dann können wir auch noch einige Jahre warten, bis wir die Neubaubibliothek hier in diesem Zentrum errichten. Denn der Weg zur

⁵ Prof. Dr. Thomas Strothotte: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/11584113X> .

August-Bebel-Straße ist nicht zu weit, und wenn man dort die benötigten Bücher findet, kann man bestimmt studieren.

Anne Lüder:

Ich habe eine Frage zum Gebäude der alten Physik. Es gibt Gerüchte, dass es gar nicht in gutem Zustand ist. Wird es abgerissen? Muss dann ein neues Haus gebaut werden?

Knut Böttcher:

Gerüchte gibt es immer und die gehen immer ganz hoch. Gewiss gibt es Probleme in diesem Gebäude. Das Haus ist von außen saniert worden, aber im Umfeld sind nach der Wende so viele Baumaßnahmen durchgeführt worden wie der Rostocker Hof und der Umbau der Kröpeliner Straße. Dabei wurde das Grundwasser abgesenkt, was zu massiver Rissbildung führte.

Abgerissen werden sollte das Gebäude nie. Im letzten Jahr wurden – bei laufendem Betrieb – Rissanierung und Fundamentverfestigung in der Physik vorgenommen. Das Haus ist nun sicher und von innen sogar attraktiv. Die Physik hat keinen Schaden. Gehen sie dort hinein! Dort haben wir Sonderforschungsbereiche verteidigen müssen und da kommen Gäste aus der internationalen Forschung oder der Hochschulpolitik. Das Haus hat die Atmosphäre eines Universitätsgebäudes. Da werden sie sich als Philosophen später auch, glaube ich, sehr wohl fühlen.

Kersten Krüger

Zur Rolle der Philosophischen Fakultät möchte ich bemerken, dass wir die billigsten Studienplätze haben. Bei uns ist jedes Buch ein Arbeitsplatz. Die Zuschüsse an die Universität richten sich nach den Zahlen der Studierenden, und da ist die Philosophische Fakultät sozusagen die Lokomotive, die mit ihren billigen Studienplätzen die Ressourcen anzieht, die dann aber in die Naturwissenschaften fließen. Diese haben aber teurere Ausbildungsplätze, und so lange sich dieses Land diese naturwissenschaftlichen Bereiche leistet und auch leistungsfähig halten will, ist diese Schieflage nicht zu vermeiden. Zum Hochhaus darf ich Folgende sagen: Sie werden nicht von mir verlangen, dass ich es schlecht finde, schließlich habe ich diese Gesamtbibliothek für die Geisteswissenschaften zusammen mit dem damaligen Bibliotheksdirektor Hoffmann⁶ erfunden. Auch finde ich es richtig, dass die Bibliothek in diesem Gebäude von unten nach oben hochwächst. Selber kann ich da sehr gut arbeiten. Es gibt schönere Bibliotheken, aber praktisch ist auch diese.

Aber ich habe eine ganz andere Frage an Herrn Böttcher. Das bezieht sich auch auf das Gebäude. Sie haben in ihrem Etat eine Riesensumme für Energie. Es

⁶ Dr. Peter Hoffmann, siehe seinen Bericht in diesem Band, S. 515-548.

ist ja wohl richtig, dass die Universität die Energie, die sie verbraucht, auch bezahlen muss. Energieverschwendung habe ich nie begriffen und frage, ob Ihr Dezernat Spielraum hat in der Weise, dass die Sanierung der Fassade in der August Bebel Straße 28 durch 20 Zentimeter Styropor in drei Jahren die Baukosten durch Einsparung an Energie einbringen würde. Rektor Wendel hatte es vor einigen Jahren mit ersparten Personalmitteln geschafft, neue Fenster einsetzen zu lassen, worauf die Energiekosten um 30 %, glaube ich, gesunken sind. Gibt es von ihrem Dezernat dafür Spielräume oder sind Sie in solchen Zwängen, dass eine solche Fassade über zwanzig Jahre unsaniert die Hitze nach außen strahlen kann. Das wird immer teurer.

Knut Böttcher:

Unser Dezernat hat immer Ideen. Diese Ideen gingen in die Richtung, dass wir die Fassade auch schon hätten isolieren können. Diese Ideen sind durch die Hochschulleitung, unter Hinweis, dass wir kein Geld verschwenden sollten, abgewiesen worden. Lieber sollten wir die fünf Millionen Euro Fassadensanierungskosten für den Neubau der Innenstadtbibliothek verwenden. Originalton Rektor Strothotte: „Böttcher, streichen!“ Böttcher musste streichen und Strothotte versprach: „Ich bringe zu den fünf Millionen noch den Rest dazu.“ Der Rest sind aber noch 20 Millionen, und Herr Strothotte ist uns abhanden gekommen. Das heißt, die Isolierung der Fassade war unser festes Ziel. Schauen sie sich doch die Fensterbretter an. Die Fensterbretter sind so ausgelegt, dass dort die Styroporfassade als Komplettisolierung davor kommt. Also darüber muss man in den nächsten Monaten mit den Haushaltsplanungen nachdenken. Denn wir wissen noch nicht, wie lang sich die Sache mit der neuen Bibliothek in der Innenstadt wirklich hinzieht. Wenn die Bibliothek, wie Sie sagen, funktioniert und dort bis 2020 bleibt, dann ist es selbstverständlich, dass die Fassade gemacht wird. Gerade heute haben wir – der Zufall will es – eine Maßnahme zur Erneuerung der Wärmeübertragungsstation in dem Gebäude unterschrieben. Das ist eine die Energieeffizienz steigernde Maßnahme, die gerade genehmigt wurde. Mit derartigen Maßnahmen kann man einiges bewegen.

Anne Lüder:

Auf dem Bild der Baumaßnahmen an der Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät sah es so aus, als ob der ST-Club den Baumaßnahmen zum Opfer fallen würde. Stimmt das?

Knut Böttcher:

Sie sprechen eine wichtige Sache an. Sie haben Recht, er soll 2012 weg. Der Chef des Clubs kam zu uns, und mit ihm haben wir immer gern zusammengearbeitet. Er ist mit uns in die Stadtverwaltung gegangen, um Ersatzmöglichkeiten zu finden.

Den Club wollen wir ja als weichen Standortfaktor dort haben. Die benötigten Flächen kosten viel Geld und da stellt sich die Frage, ob der Club das bezahlen kann. Der Chef meinte ja, und so vereinbarten wir gemeinsam, ein alternatives Grundstück in der Nähe der Fakultät zu finden. Da sind wir jetzt auf dem Weg. Der Club wird sich neu orientieren müssen und zwar gegenüber den Studentenwohnheimen in der Erich-Schlesinger-Straße. Das ist das gute Beispiel. Es macht Spaß mit diesem Club zusammenzuarbeiten.

Ralf Ortmann:

Noch einmal zur Physik: Ist das Gebäude behindertengerecht?

Knut Böttcher:

Behindertengerechtigkeit wird mit der Sanierung gesichert. Es gab ja in der Universität einen Problemfall, als wir die Chemie gebaut hatten. Wir wurden kritisiert, weil es keine Laborplätze für Rollstuhlfahrer gebe. Beim Bau der Chemie haben wir die Nutzer gefragt, ob es solche Studierende gibt und erhielten zur Antwort, dem sei nicht so, schon aus gesetzlichen Gründen nicht. Jetzt erfahre ich, dass es behinderte Chemielehrer gibt, die dort ausgebildet werden müssen. Das hat uns damals keiner gesagt. Die Chemie ist ja trotzdem zu 100 Prozent behindertengerecht erschlossen. Aber einen Chemielaborplatz für Rollstuhlfahrer kenne ich nicht, und den haben wir wahrscheinlich auch nicht.

Das Gebäude der Physik muss behindertengerecht erschlossen werden. Es ist eine günstige Konstellation, dass auf dem Hof das Bibliotheksgebäude errichtet wird und dann dort eine gemeinsame Erschließung möglich ist. Die Bibliothek ist in allen Stockwerken entsprechend erschlossen, und von dort werden über Brücken oder einen direkten Anbau alle Ebenen der Physik erreicht. So sind die heutigen Überlegungen.

Henning Rohrmann:

Ist die Physik überhaupt groß genug um die ganze Philosophische Fakultät dort unterzubringen?

Knut Böttcher:

Nein, das ist sie nicht, aber 1.700 Quadratmeter Hauptnutzfläche sind vorhanden. Sie haben in der August-Bebel-Straße 28 ohne die Bibliothek 900 Quadratmeter plus Zwischenbau und ein paar Splitterflächen in der Stadt. Die Vorlesungs- und Seminarräume werden Sie im Hauptgebäude der Universität am Universitätsplatz haben. In der heutigen Physik sind schwerpunktmäßig Büros vorgesehen, deswegen muss dort im Raumzuschnitt noch etwas geändert werden für Büroräume der Wissenschaftler, Nichtwissenschaftler und für weitere Arbeitsplätze. Insgesamt reicht das nicht aber immer noch nicht aus, da liegen Sie richtig. Ein Teil der

Philosophischen Fakultät geht in die Ulmenstraße, als geschlossene Einheit in das Gebäude, wo im Moment das Rektorat und die Altertumsbibliothek untergebracht sind. Es gibt da verschiedene Interessenlagen, aber die Fakultät muss entscheiden, wer wohin geht, und dann wird es so gemacht.

Kersten Krüger:

Wer bleibt im „Stasi-Knast“?

Knut Böttcher:

Der Standort Hermannstraße 34 bleibt.

Karoline Joswig:

Was geschieht mit der Pädagogik?

Knut Böttcher:

Das Ziel war, dass die Grundschulpädagogik als erstes ab 2012 in die Ulmenstraße einzieht und dort unter anderem auch Werkräume eingerichtet bekommt. Das ist auch der Stand, den ich noch habe. Inzwischen wollen nun aber auch die Altertumswissenschaftler dort hinein. Den Bedarf für die Erziehungswissenschaften haben wir in einem Raumprogramm aufgelistet: für Büros, Labore und Weiteres. Der derzeitige Raumbestand der Grundschulpädagogik ist sehr überschaubar. Die Erfahrungen zeigen, dass bei Standortverlagerung wesentlich mehr Fläche gewünscht wird. Das ist so, wenn ein Bereich sich entwickelt und die Möglichkeit erhält sich zu erweitern. Das Raumprogramm der Erziehungswissenschaften ist in der Tat sehr umfangreich, so dass wir noch nicht am Ende unserer gemeinsamen Überlegung sind.

Kersten Krüger:

Wir haben nachvollziehen können, dass Bauen spannend und schön ist. Herr Böttcher fällt dadurch auf, dass er ab und zu recht barsch Antragsteller in die Realität zurückführen kann. Es ist heilsam, wenn man aus den Luftschlössern in die Realität zurückgerufen wird. In diesem Spannungsbogen zwischen dem Erwünschten und der Realität sitzt immer die Geldkatze, die unkt: „Awer dat möt ja wöll betalt wern. Aber es muss bezahlt werden.“ Insoweit können wir heute sowohl mit Erkenntnisgewinn in der Realität und mit Gewinn an Teilhabe von Zukunftsplanung aus dem Seminar gehen. Dass Herr Böttcher uns einen sehr guten Einblick gegeben hat, dafür haben wir Anlass uns zu bedanken und damit schließen wir die Sitzung.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1, S. 557

Organigramm des Dezernats Technik, Bau, Liegenschaften

Abbildung 2, S. 557

Konzentration der Standorte 1994-2011

Abbildung 3, S. 560

Standorte der Universität Rostock

Abbildung 4, S. 560

Gebäude der Physik vor der Sanierung und danach

Abbildung 5, S. 562

Hauptgebäude der Universität vor Wiederherstellung der Fassade und danach

Abbildung 6, S. 563

Michaeliskloster: Fachbibliothek Geschichte vor (oben) und nach (unten) der Sanierung

Abbildung 7, S. 564

Schwaansche Straße 2: Rückwärtiger Anbau vor (oben) der Erneuerung und danach (unten)

Abbildung 8, S. 565

Universitätsplatz mit Commerzbank-Container (Montage oben) und Baulücke (unten)

Abbildung 9, S. 567

Ulmenstraße 69: Haus 1 (oben), Auditorium Maximum (Mitte), Häuser 4, 5 und 6 (unten)

Abbildung 10, S. 568

Standort Südstadt: Gesamtplan (oben), Grünplan (Mitte), Innenhöfe (unten)

Abbildung 11, S. 571

Alte Mensa (oben), Neue Mensa (Mitte), Universitätsbibliothek BB1 (unten)

Abbildung 12, S. 572

Institut für Chemie am Glatten Aal (oben) und in der Südstadt (unten)

Abbildung 13, S. 573

Biowissenschaften in der Bergstraße (oben), Doberaner Straße (Mitte) und in der Südstadt

Abbildung 14, S. 574

Institut für homogene Katalyse

Abbildung 15, S. 574

Neubau Institut für Informatik und Rechenzentrum

Abbildung 16, S. 575

Physiklaborgebäude Computersimulation (Gerber Architekten)

Abbildung 17, S. 575

Forschungsneubau der MSF Computersimulation

Abbildung 18, S. 576

Baumaßnahmen der Ingenieurwissenschaften

Abbildung 19, S. 576

Medizinische Fakultät Klinikum mit Neubauplanungen

Tesche, Andreas

Lebenslauf



Tätigkeit in Rostock: Jan. 1992-Juni 1992 Leiter des Dezernates für Recht und akademische
Angelegenheiten an der Universität Rostock
seit Juli 1992 Leiter des Personaldezernates an der Universität Rostock
mit Ernennung zum Regierungsdirektor
seit März 2009 Ständiger Vertreter der Kanzlerin / des Kanzlers

*Lehr- und
Forschungsgebiete:* Lehrbeauftragter an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung,
Polizei und Rechtspflege in den Fächern "Verwaltungsrecht" und "Recht
des öffentlichen Dienstes" sowie für die „Führungskräftequalifizierung“
(1990 - 1992 in Braunschweig, seit 1994 in Güstrow)

Lebensdaten: geboren 02.12.1958 in Braunschweig

Konfession: evangelisch-lutherisch

Vater: Günter Tesche, Arbeiter

Mutter: Christine Tesche, Bankangestellte (gestorben 1984)

Kurzbiografie:

1965-1968	Grundschule in Salzgitter-Steterburg
1968-1977	Gymnasium Martino-Katharineum in Braunschweig
1977-1978	Wehrdienst in Verden/Aller
1978-1983	Studium der Rechtswissenschaft sowie der Sozialwissen- schaften und Literaturwissenschaften an der Universität Göttingen
Juni-Sept. 1981	Auslandsaufenthalt am University College Dublin/ Irland: Seminare über das anglo-irische Rechtssystem und zur irischen Literatur des 20. Jahrhunderts, Schwer- punkt: James Joyce
1984 - 1986	Referendariat im Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg

- Febr.-April 1986 Auslandswahlstation in der Rechtsanwaltskanzlei
„Cairns, Slane, Fitzgerald & Partners“ in Auckland/ Neu-
seeland
- März-April 1987 Assessor bei der UBS Unternehmensberatung GmbH
in
Oldenburg (Schwerpunkt: Wirtschaftsrecht)
- Mai 1987-Juli 1989 Assessor beim Landkreis Osterode am Harz
(Schwerpunkt: Baurecht und Bautechnik)
- Aug. 1989-Dez. 1991 Justiziar bei der Stadt Wolfsburg
(Schwerpunkt: Personalrecht incl. Disziplinarrecht)

Akademische Abschlüsse:

- Nov. 1983 Erste juristische Staatsprüfung
Dez. 1986 Zweite juristische Staatsprüfung

<i>Funktionen:</i>	1992-1994	Verantwortliche Leitung des personellen Erneuerungsprozesses an der Universität Rostock (Übernahme- und Kündigungsverfahren)
	seit 1994	Vorsitzender des Sportvereins "Hochschulsportgemeinschaft Universität Rostock e.V.", ca. 1600 Mitglieder
	seit 1996	Leiter der Arbeitsgruppe für soziale Probleme am Arbeitsplatz - ASPA / URgesund
	seit 1999	Prüfer beim Ministerium für Justiz Mecklenburg-Vorpommern für das juristische Staatsexamen
	seit 2004	Verantwortliche Durchführung der strukturellen Veränderungsprozesse im Rahmen des Landeskonzeptes 2004- 2017
	seit 2007	Projektleiter „URgesund – nachhaltiges Gesundheitsmanagement“
	seit 2009	Projektleiter „audit familienfreundliche Hochschule“
	seit 2010	Vorstandsmitglied der Uwe Johnson-Gesellschaft

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugengespräch mit Andreas Tesche am 21. Mai 2010

Protokollantinnen:

Lisa Adam, Alena Bode, Nina Happ, Christina Lakomy, Maria Pietz

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Gast, Herrn Andreas Tesche. Er ist Dezernent des Dezernats Personal und Personalentwicklung, also der Personalchef der Universität und damit ein mächtiger Mann. Sie sind uns sehr willkommen und haben das Wort.

Andreas Tesche:

Sie werden sich sicherlich im Lauf der heutigen Sitzung davon überzeugen, was Macht oder was Personal bedeutet. Sehr geehrter Herr Professor Krüger, liebe Mitglieder dieser Universität. Ich danke Ihnen für die Einladung zur aktiven Teilnahme an diesem Zeitzeugenseminar, auch wenn die Beschäftigung mit meiner Vergangenheit, besonders an dieser Universität neben vielen erfreulichen und bewegenden Momenten auch ein paar immer noch schmerzende Narben hervorbringt. Mein Thema lautet: Personal – oder ins Englische übertragen: human resources. Das ist eine der wenigen Übertragungen vom Deutschen ins Englische, bei der der englische Begriff, die englische Bedeutung etwas umfangreicher ist als die deutsche. In diesem betriebswirtschaftlich geprägten Bereich, mit dem ich mich beschäftige und in dem ich mich bewege, ist der englische Begriff aus meiner Sicht umfassender und vielleicht auch tiefer.

Beide Sprachen, die englische und die deutsche haben mein bisheriges Leben entscheidend geprägt. Ich kann Ihnen heute nur Streiflichter einer Entwicklung präsentieren, mittels einer kleinen Montagetechnik hoffe ich dennoch, dass bei Ihnen intensive und vollständige Bilder und Eindrücke entstehen. Die zwei entscheidenden Fragen, die ich heute für Sie beantworten möchte, lauten erstens: „Warum bin ich (immer noch) an einer Ostuniversität?“, und zweitens: „Wie kam es zu einer aktuellen Personalstruktur an dieser Universität Rostock und welche zukünftigen Entwicklungen sind erkennbar?“

Wenn ich mich versuche zu erinnern, dann bewerte ich auch wieder die Vergangenheit, nun im Nachhinein natürlich. Für mich ist weder das Leben noch die Zeit eine Zahlengerade, sondern eine Fläche, auf der alles gleichzeitig vorhanden ist: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Die Zukunft ist längst schon da, die Gegenwart sowieso und die Vergangenheit noch immer. Gibt es ein Lebensmotto? Kann man damit einen Teil eines Lebensweges beschreiben, anschaulich werden lassen? Sind es die „Mutmaßungen über Jakob“, der Roman der beiden Deutsch-

lands?¹ Uwe Johnson als Autor hat diese Etikettierung nicht gemocht. Dieser Roman aus dem Jahre 1959, meinem gefühlten Geburtsjahr, beginnt mit dem eindrucksvollen, bedrohlichen, einfühlsamen, apodiktischem und alles andere beiseite schiebenden Satz: „Aber Jakob ist immer quer über die Gleise gegangen.“ Auch ich bin oft quer gegangen und mache dies auch heute noch, auch als Personalchef, gern.

Zur derzeitigen Position: Ich bin Personalleiter der Universität Rostock seit dem 1. Juli 1992, verantwortlich für mehr als 2.000 Beschäftigte, ohne die Medizinische Fakultät, 1.478 Haushaltsstellen – stetig fallend, wir haben 1992 angefangen bei 1.900 – und einem derzeit jährlichen Personalkostenvolumen, ich spreche lieber von Personalinvestitionen, weil es Investitionen in Menschen sind, von etwa 74 Millionen Euro, ohne Drittmittel. Wenn Sie das Angebot für unsere Kunden, für unsere Beschäftigten – das ist ja die Aufgabe einer Personalabteilung, also das Portfolio im aktuellen betriebswirtschaftlichen Bereich – betrachten, dann haben wir Einstellungen, Beförderungen, Fortbildungen, Glückwünsche zum Dienstjubiläum oder zu Geburtstagen, wohlwollende Zeugnisse, dienstliche Beurteilungen, Beurlaubungen, Sonderurlaub, Elternzeit und mehr. Aber wir haben auch im Angebot: Abmahnungen, Missbilligungen, Disziplinarverfahren, Entlassungen, Kündigungen. Damit geht eine Verantwortung einher für Menschen und die Finanzausstattung, also für das Humankapital oder für das Sozialkapital und für die finanziellen Ressourcen. Deswegen liegen die Kernaufgaben einer Personalabteilung in der Mitarbeiterbetreuung, also Beschaffung, Einsatz, Bindung und Freisetzung – so wie es euphemistisch und schrecklich heißt – von Mitarbeitern, in der Entwicklung von Mitarbeitern – also Berufsausbildung sowie Weiterbildung –, in der Mitarbeiterförderung, aber auch in Querschnittsfunktionen: der Mitarbeiterführung durch die Vorgesetzten, einer Führungskultur durch alle Statusgruppen, der Personalstrategie, der Arbeitsgestaltung, der Personalorganisation und des Personalcontrollings. Zusammengefasst eigentlich in der alles entscheidenden Frage: „Sind die Beschäftigten in dieser Universität wirklich Mittelpunkt oder sind sie nur Mittel(.)?“

Wo kam ich her und warum bin ich hier? Was war der Anfang? War ich der Junge, der am 2. Dezember 1958 in Braunschweig geboren wurde, der in Salzgitte, etwa in der Mitte zwischen den heutigen Atommülllagerstätten Salzbergwerk Asse und dem Schacht Konrad aufgewachsen ist, dessen Vater Arbeiter, dessen Mutter Angestellte in einer Bank war, also einer Mischehe, keiner reinen Arbeiterherkunft, für die DDR etwas schwieriger für ein Studium, dessen Eltern dann aber eine Kneipe übernahmen, Waldschlösschen genannt, die Muttermilch also quasi mit Warsteiner Bier ergänzt wurde, und der stundenlang durch den an-

¹ Johnson, Uwe: Mutmaßungen über Jakob. 1. Aufl. Frankfurt am Main 1959. 4. Aufl. Frankfurt am Main 1993.

grenzenden Wald streifte ohne Grenzen zu kennen, bis auf die Ostgrenze, die ihm etwas merkwürdig vorkam, weil er da nicht rüber kam und für ihn die wahren Abenteuer im Kopf waren. Es war also eine Jugend im deutsch-deutschen Grenzland, so wie es einmal ein Schriftsteller, Hans Pleschinski² nämlich, beschrieben hat, fast des gleichen Jahrganges: „Man lebt die ersten fünf, sechs Jahre seines Lebens und weiß gar nicht welcher Nationalität man ist. Das bleibt dann aber meistens nicht so.



Abbildung 1
Reklamemarke um 1959

Deutschland kam als schwarzer Hund auf mich zu, er schnappte merkwürdiger Weise nach einem Stück Koks. Der schwarze Hundekopf auf rotem Blech tauchte immer wieder an den Straßenrändern auf. Ich weiß nicht, in welchem Moment ich hörte, dass diese Schilder keine finstere Werbung für Hundefutter waren. Der dargestellte Tierkopf mit aufgerissenem Maul meinte West- und Ostdeutschland, mit dem polnischen Pommern und Schlesien, und wonach dann dieses schwarze Abbild rein geographisch schnappte war Ostpreußen. Unter diesem Umriss, Deutschland in den Grenzen von 1937, standen die beiden Wörter: Dreigeteilt – Niemals.³ Das war offensichtlich eine Mahngrafik einer westdeutschen Bundesbehörde, vielleicht vom Kuratorium Unteilbares Deutschland in Auftrag gegeben. Die DDR bedeutete immer allerlei für mich, ja, bisweilen war ich durch sie mit einer Art Ostsucht infiziert.“ Das soweit zu der Ostsucht, der ich auch unterlag, ich komme noch dazu, weil das eine Auswirkung darauf hat, warum ich auch hier bin.

Der zweite Punkt ist die kirchliche Jugendarbeit. Da war ich also auf jeden Fall dabei, ich kann mich sehr gut daran erinnern. Kirchliche Jugendarbeit in der evangelischen Kirche mit Austestung der Grenzen, welche Möglichkeiten bestehen, einen Gottesdienst mit einer Rockband einzurichten, einen normalen Gottesdienst, der damit in den 70er Jahren bereichert worden ist. Wir haben ihn organisiert, auch gut durchgeführt. Für den Pastor gab es keine weiteren Möglichkeiten, jedenfalls er sah sie nicht, dieses so unkonventionell weiterzuführen. Er wollte Bischof werden.

² Hans Pleschinski, Schriftsteller, geboren 1956.

Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Pleschinski (01.04.2011). Vgl.: Pleschinski, Hans: Ostsucht. Eine Jugend im deutsch-deutschen Grenzland. München 1993.

³ Quelle: http://www.reklamemarken.eu/assets/images/3_geteilt_niemals.jpg (01.04.2011).

Danach kam ein erster wichtiger Einschnitt in meinem Leben 1981, mitten im Studium der Rechtswissenschaften, Sozialwissenschaften und Literaturwissenschaften in Göttingen. Im Sommersemester 1981 lebte und studierte ich in Dublin, Irland. Der Grund für diesen Ort war mein Buch aller Bücher: der „Ulysses“ von James Joyce.⁴ So lebte ich in der Stadt des „Ulysses“ auf den Spuren dieses Romans, der einen Tag im Jahr 1904, den 16. Juni, im Leben eines Durchschnittsmenschen beschrieb, so detailliert, dass man Dublin selbst nach eine Katastrophe, einer vollständigen Zerstörung, aufgrund dieses Romans hätte wieder aufbauen können – ein schönes Bonmot, aber Dublin ist darin wirklich sehr detailliert beschrieben. Aber es waren aktuelle Bezüge, neue Bezüge, die sich in diesem Roman 1981 jedenfalls widerspiegelten und auch Ausrichtungen auf die Situation in Deutschland hatten. Irland, das geteilte Land, mit einer für beiden Seiten allerdings offenen Grenze, der Hungerstreik der IRA-Häftlinge⁵ in Belfast, also die Wiederholung des deutschen Herbstes? Die Angst vor dem Terror, vor dem Krieg beherrschte die Menschen in der Republik Irland, also im Süden. Durch den Streik im öffentlichen Nahverkehr war ich zu Fuß, per Fahrrad, per Daumen in unzähligen Autos mit interessanten Menschen und deren Geschichten und Ansichten in Dublin unterwegs. Dann kam die Teilnahme an einem der ersten ökumenischen Gottesdienste in Dublin – als Protestant mit irischen Freunden, alles Katholiken. „History repeats itself with a difference,“ so steht es im „Ulysses“, Geschichte wiederholt sich.

Bei dem italienischen Geschichtsschreiber Giovanni Battista Vico in seiner *Scienza Nuova*⁶ geschieht es in vier wiederkehrenden Zyklen, die jeweils durch einen Donnerschlag freigesetzt werden und dann in einen *ricorso* münden, also dem Ende, das wieder zum Anfang führt. Dann ist es der Donner, der die Menschen dazu bringt ihre gesellschaftlichen Organisationsformen zu verändern. Für mich war Dublin 1981 mein erster persönlicher Donnerschlag in meinem Leben und auch in meinem beruflichen Leben. Dokumentiert auch an dem Textstück von

⁴ James Joyce, Schriftsteller 1881-1941, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/James_Joyce (01.04.2011). Joyce, James; Ulysses [1922]. New York 1992. Joyce, James: Ulysses. Übers. v. Hans Wollschläger. [3. Aufl.] Frankfurt am Main 2005.

⁵ Irish Republican Army (IRA), bestand 1919-1969, paramilitärische irisch-republikanische Organisation mit dem Ziel der Unabhängigkeit ganz Irlands von Großbritannien. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Irish_Republican_Army (01.04.2011).

⁶ Giovanni Battista („Giambattista“) Vico, Geschichts- und Rechtsphilosoph 1668-1744, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Giambattista_Vico (01.04.2011). Vico, Giambattista: Principj di scienza nuova d'intorno alla commune natura delle nazioni. 3. Aufl. Neapel 1744. Vico, Giambattista: Prinzipien einer neuen Wissenschaft über die gemeinsame Natur der Völker. Hamburg 1990.

James Joyce „commodius vicus of recirculation“, ein Zitat aus *Finnegans Wake*,⁷ dem größten Geheimbuch, dem schwierigsten Buch aller Zeiten, unübersetzbar in andere Sprachen. Es bedeutet vielleicht: „Bring uns auf einen komödienhaften / kommoden Zirkel wieder zurück.“ Das Buch endet mit dem schönen Wort „the“, also es beginnt wieder am Anfang und es weist, das ist ganz wichtig, hier auf eine Szene hin, in der über die Erziehungsmethoden der katholischen Kirche in Irland und die Beziehung Gott – Religion diskutiert wird.

Ein zweiter Punkt war ein zweiter kleiner Donnerschlag, ein kleiner Reflex in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Damals fand die größte friedliche Demonstration – Teilnehmer über 300.000 – im Bonner Hofgarten statt, es ging um den NATO-Doppelbeschluss der Nachrüstung mit Raketen, es ging um die Situation zwischen den jeweiligen Militärpakten und es ging auch um die Teilnahme an der Konfrontation der Machtblöcke. War es vielleicht schon eine der ersten gesamtdeutschen Demonstrationen? Es nahmen neben Heinrich Böll auch einige DDR-Bürgerrechtler teil. Die DDR, Sie wissen es, war einem kulturellen Verfall anheimgefallen, nachdem Biermann⁸ ausgebürgert worden ist. Das war auch in der alten Bundesrepublik bemerkbar.

Ein weiterer Donnerschlag war der 9. November 1989. Hier sehen Sie das entscheidende Bild, das um 18:52 Uhr, 40 Sekunden, im DDR-Fernsehen kam.⁹ Ich habe das DDR-Fernsehen geguckt und DDR-Rundfunk gehört. Auch das gehörte zu meiner Ostsucht. Meine Eltern waren damals etwas irritiert, als ich sagte, wir brauchten einen neuen Umwechsler. Wir wollten von Pal auf Secam, um auch das DDR Fernsehen in Farbe zu sehen. Also, ich habe es aktuell gesehen und auch gehört: die entscheidenden Worte von Schabowski¹⁰ auf der Pressekonferenz der SED. Es ging um den Reisegesetzentwurf. Auf die Frage, wann das in Kraft trete, blätterte er in seinen Papieren und sagte, so steht es im Protokoll: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... unverzüglich in Kraft.“ Die Pressekonferenz war um 19:00 und 54 Sekunden zu Ende. Was ich dann machte war, klar, ich schaltete auf das ZDF und wartete, aber es passierte nichts. Man hatte es im ZDF verschlafen. Die haben ja auch offensichtlich das DDR-Fernsehen geguckt. In den

⁷ Joyce, James: *Finnegan's wake* [1927]. Reprinted. London 2000 (Penguin classics). Joyce, James: *Finnegans wake*. Deutsch. Übers. v. Klaus Reichert; Fritz Senn. Frankfurt am Main 2004. Joyce, James: *Finnegans Wehg*. Übers. v. Dieter H. Stündel. Frankfurt am Main 2006. Vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Finnegans_Wake (01.04.2011).

⁸ Karl Wolf Biermann, Lyriker und Liedermacher, geboren 1936. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Wolf_Biermann (01.04.2011).

⁹ Quelle (01.04.2011): http://1989.dra.de/uploads/tx_templavoila/Der_Mauerfall_IDNR_45440_Schabowski.JPG

¹⁰ Günter Schabowski, geboren 1929, 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Günter_Schabowski (01.04.2011).

ARD-Nachrichten war ich dann beruhigt, da habe ich die richtige Pressekonferenz gesehen, also in der ARD Tagesschau um 20:00 Uhr wurde sie dann gebracht. Es war bezeichnend, obgleich das DDR-Fernsehen laufend mitgeschnitten wurde – auch für dokumentarische Zwecke –, dass die Sprache unterschiedlich war und offensichtlich einige ZDF Reporter die DDR-Sprache nicht verstanden hatten. Sie lebten im Westen offenbar auch in einem Tal der Ahnungslosen. Das gab es nicht nur in Dresden, sondern auch umgekehrt, nämlich bei denen, die so weit von der Grenze waren, dass sie diese Aussage nicht verstehen konnten.



Abbildung 2

Pressekonferenz 9. November 1989¹¹

Günter Schabowski: Reisefreiheit: „Ab sofort, unverzüglich!“

Danach kam der nächste entscheidende Donnerschlag in meinem Leben und auch in meiner beruflichen Laufbahn, nämlich der Wechsel Silvester 1991 an die Universität Rostock und damit die Entscheidung für die Universität Rostock und gegen ein besoldungsmäßig gleichlautendes Angebot der Fachhochschule Braunschweig. Für die Bewerbung und damit für die Teilnahme überhaupt am Bewerbungsverfahren habe ich zwei Wochen gebraucht – intensive Diskussionen in der Familie, um überhaupt eine Bewerbung abzugeben, weil sie schon ernsthaft sein sollte. Zwar hatte ich einige Kenntnisse, aber trotzdem, es war ein fremdes Land,

¹¹ Quelle: http://www.dra.de/aktuell/video/schabowski_pressekonferenz.html

es war eine fremde Sprache für mich. Aber ich habe mich für Rostock entschieden. Der Anruf des damaligen Kanzlers Schäfer¹² kam am – es war noch ein Feiertag – Buß- und Betttag nachmittags und ich habe ihm gesagt, ich brauche jetzt nur noch eine halbe Stunde und nach einer halben Stunde habe ich ihn angerufen und das Angebot angenommen. Er war erstaunt darüber, dass ich so kurze Zeit dafür brauchte, aber es war klar – meine Entscheidung war vorher schon gefallen, nämlich als ich die Bewerbung abgab.

Welches waren die zentralen Aufgaben und was war die entsprechende Ausrichtung, die uns auch heute noch an dieser Universität beschäftigt? Das Erste war der Aufbau einer neuen Zentralverwaltung. Es gab zwar eine, es gab die DDR-Verwaltung, trotzdem brauchte man einen neuen Aufbau in Ausrichtung auf die westdeutschen Universitäten – also Thema Beitritt. Es war keine Vereinigung, sondern ein Beitritt, auch im Hochschulbereich, das heißt eine Ausrichtung auf westdeutsche Grundlagen mit der Folge einer völligen Umorientierung auch im Verwaltungsbereich, und das alles bei laufendem Betrieb. Das gilt ja auch für die anderen Bereiche. Was heißt bei laufendem Betrieb? Wir konnten nicht schließen, wie man eine Brücke schließt, um zu sagen, jetzt werde die Brücke renoviert, sondern die Studenten waren da, die Mitarbeiter waren da, ebenso die Aufgaben, und die mussten weitergeführt werden. Es galt also praktisch im laufenden Betrieb eine Umorganisation einer Verwaltung vorzunehmen, eine völlige Neuausrichtung – auch der zentralen Verwaltung.

Da gab es einen engeren Kreis, leider einen westlichen engeren Kreis, das waren der damalige Kanzler Schäfer, der Dezernent für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Herr Köhn (der kürzlich verstorben ist), und ich. Wir bildeten ein Dreierteam in enger Beratung, leider alle aus dem westlichen Bereich. Wir arbeiteten mit den vorhandenen und auch bewährten, sehr guten Verwaltungsleuten aus der Universität Rostock zusammen, die längere Zeit schon da waren. Der Aufbau war Mitte 1992 in etwa abgeschlossen, für mich persönlich bedrückend, aber das ließ sich wahrscheinlich nicht ändern: Der Kanzler, der mich geholt hatte, dem ich dann auch zugesagt hatte, verließ das Boot, also das Schiff Universität Rostock zum Ende des Jahres 1992.

Was waren die Aufgaben? Ich bin zunächst erst einmal Dezernent für akademische Angelegenheiten und Rechtsangelegenheiten gewesen, also das heutige Dezernat 1, wenn man es so sieht. Sechs Monate habe ich das gemacht und ich bin dann vom Kanzler gebeten worden, die Aufgaben eines Personalleiters zu übernehmen, weil der damalige Personalleiter, aus dem Osten stammend, keine Akzeptanz gefunden hatte, weder bei den Personalräten noch bei den anderen Gremien – man stellte immer die Frage, belastet oder nicht belastet und weil ge-

¹² Johann Peter Schäfer, Kanzler der Universität Rostock 1991-1993, siehe: <http://cpr.uni-rostock.de/nav?path=left.browse.kanzler>.

waltige Aufgaben vor uns lagen, wurde diese Situation unerträglich. Deswegen hatte mich Kanzler Schäfer gebeten, diese Aufgabe zu übernehmen, und das geschah dann zum 1. Juli 1992. Die Aufgabe der personellen Erneuerung – auch wieder bei laufendem Betrieb –, also die Schaffung einer neuen Personalstruktur war das Ziel. Professoren waren vorher natürlich auch da und wissenschaftliche Mitarbeiter, allerdings in einem ganz anderen Kontext, nämlich viel mehr unbefristete wissenschaftliche Mitarbeiter als befristete. Die Vorgabe des Wissenschaftsrates lautete: zwei Drittel befristete und nur ein Drittel unbefristete Mitarbeiter. Hinzu kamen die Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter. Alle sollten möglichst „Unbelasteter / Unbelastete Mitarbeiter“ sein. Dieses Verfahren lief in drei Teilen ab und war von der Theorie her so vorgesehen, dass man im Laufe der Jahre auch abgestuft die entsprechenden Ergebnisse haben wollte: 1. Ehrenverfahren, 2. Übernahmeverfahren und dann 3. das Kündigungsverfahren. Zum Ehrenverfahren hat Herr Dr. Peters schon einiges gesagt.¹³

Im Ehrenverfahren muss man vor der Ehrenkommission seine politische Verbindung, die Staatsnähe und auch die Nähe zum Ministerium für Staatssicherheit, MfS, darlegen. Dann wurde vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, kurz Gauck-Behörde genannt, ein Bescheid eingeholt. Erst nach Eintreffen des Gauck-Bescheides sollte das Übernahmeverfahren kommen, also die praktische Bewerbung auf die Stellen, die noch vorhanden waren, alternativ möglichst wenige Kündigungsverfahren. Dieses Ziel war nicht zu erreichen, weil 1992 im Lauf der Ehrenverfahren mit Einholung der Gauck-Bescheide schon das Übernahmeverfahren beginnen musste, sodass sich das alles überlappte. Zum Ehrenverfahren gebe ich einen Hinweis mit einem Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 15. Mai 1992, welches das Klima sehr gut darstellte und auch unsere Position an dieser Universität. Unser damaliger Rektor Maeß¹⁴ führte aus: „Die Ehrenkommissionen stehen vor kaum lösbaren Aufgaben. Nicht Gesinnung darf be- oder verurteilt werden, sondern schuldhaftes Verhalten. Glaubwürdig sind die Verfahren nur, wenn für die Hochschullehrer die gleichen Maßstäbe gelten wie für die Ministerpräsidenten in den Landeshauptstädten und für die wissenschaftlichen Mitarbeiter dieselbe Elle angelegt wird wie an Bundesminister in Bonn.“ Das war ein Hinweis auf aktuelle Fälle aus verschiedenen politischen Parteien aus der damaligen Zeit.

¹³ Siehe seinen Zeitzeugenbericht in diesem Band, S. 11-77.

¹⁴ Prof. Dr. Gerhard Maeß: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/138263507>.

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1.* Hrsg. v. Kersten Krüger Rostock 2007, S. 44-77.

Das Übernahmeverfahren, das sich eigentlich anschließen sollte – und deswegen habe ich den Job dann übernehmen wollen und auch müssen – gab einen Rahmen für eine rigide Sparpolitik des Landes vor, nichts Neues – Geschichte wiederholt sich. Der Hochschulentwicklungsplan von 1991 für die Universität Rostock sah noch vor, die beiden Universitäten des Landes zu Volluniversitäten auszubauen. Ein Jahr später, 1992, besagte der Hochschulentwicklungsplan dann, die Hochschulen des Landes lebensfähig zu erhalten. Das leitete eine Talfahrt der Universität Rostock ein. In der personellen Entwicklung hieß das: drastische Kürzungen am Personal und am Fächerangebot.

Das Verfahren lief wie folgt: Ausschreibung aller Stellen, auf die sich alle Beschäftigten bewerben sollten. Auf eine Stelle kamen dann mindestens zwei oder drei Bewerber, unterschiedlich nach den Statusgruppen. Es waren also viel weniger Stellen da als Bewerber. Meine spezielle Aufgabe war die Organisation, natürlich auch eine entsprechende Beratung. Die Übernahmekommission hatte dann die Bewerbungen zu bewerten, auch unter Einbeziehung der zukünftigen Fachvorgesetzten. Man musste ja sehen, dass man diejenigen übernahm, die auch in den entsprechenden Bereich hineinpassten. Das alles war mit einem immensen Zeitaufwand verbunden. Die Übernahmerrichtlinie des Landes trat erst im 1. Juni 1992 in Kraft. Die Kündigungen sollten, ja mussten aufgrund des Stellenplanes des Hochschulentwicklungsplanes bis zum 30. September 1992 ausgesprochen werden. Wir hatten also vier Monate Zeit, um die Bewerbungsverfahren für über 3.000 Beschäftigte – ohne Medizin, sonst wären es noch mehr gewesen – zu organisieren, ebenso die Kündigungsverfahren.

Die Kündigungsverfahren, oder die Vorbereitung und die Umsetzung der Kündigungsverfahren, liefen im Juli des Jahres 1992 an, also im Hochsommer. Es war ein heißer Sommer, einer der schönsten Sommer – für uns in der Personalabteilung jedoch nicht, wir haben ja gearbeitet, auch am Wochenende. Dabei hatten wir zweierlei zu machen: zunächst wegen Mitarbeit bei der Staatssicherheit oder wegen Nichtbedarfs zu kündigen. Laufend kamen die Ergebnisse aus den Ehrenverfahren und die Gauck-Bescheide, die zum Teil zu den so genannten personenbedingten oder manchmal auch verhaltensbedingten Kündigungen führten, das heißt wegen des Verschweigens der IM-Tätigkeit. Das waren immer Einzelfallprüfungen mit der Frage nach Gerechtigkeit. Alle Beschäftigten mussten eine Erklärung zu ihrer Überprüfung und zur arbeitsrechtlichen Qualität abliefern. Der Ausgangspunkt einer Kündigungsentscheidung war immer eine Einzelfallprüfung, um herauszufinden, wie der Umfang der MfS-Tätigkeit war und was im Einzelnen verschwiegen wurde. Entscheidend war, ob der Bewerber vor seiner Einstellung oder Versetzung seine MfS-Tätigkeit gegenüber dem Arbeitgeber vollständig offenbart hatte. War er danach eingestellt worden, gab es nur geringe rechtliche Möglichkeiten für eine Kündigung oder Entlassung, auch bei Bestätigung der MfS-Tätigkeit für außerdienstliche Kontakte. Wer aufgrund eines freien

Willensentschlusses oder ohne entschuldigenden Zwang eine Verpflichtung zur Mitarbeit mit der Staatsicherheit abgegeben hatte und dieses verschwiegen, galt in der Regel als persönlich für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst nicht geeignet. So lauteten die Hinweise unseres damaligen Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern aufgrund des Stasiunterlagengesetzes. Die Frage der arbeitsrechtlichen Qualität der MfS-Tätigkeit ist gewiss schwierig zu bewerten.

Wir kommen dann zum weiteren, zu dem zweiten Teil der Aufgabe: den betrieblichen Kündigungen – leider ein arbeitsrechtlicher Begriff, aber ein heftig diskutierter Begriff – wegen mangelnden Bedarfs. Das sind die betriebsbedingten Kündigungen des Arbeitsrechts. An den Zahlen ist ersichtlich, was das für diese Universität, für ihre Menschen und ihre Beschäftigten bedeutete: 3.122 (alles ohne Medizin) waren wir Silvester 1991, als ich kam, und davon blieben zwei Jahre später, am 31. Dezember 1993, noch 1.957 Beschäftigte übrig inklusive der Zentralen Verwaltung. Die Übernahme von 164 Professoren, 450 wissenschaftlichen Mitarbeitern, 950 nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern erfolgte dann bis zum 3. Oktober 1992 und die Kündigungen, es betraf jetzt nicht nur die Kündigungen mangels Bedarfs, waren bis zum gleichen Zeitpunkt ausgesprochen.

Wir in der Personalabteilung haben im Jahr 1992 knapp 700 Kündigungen vorbereitet, organisiert und umgesetzt – in einem Jahr! Wichtig in dieser Situation war natürlich die Motivation der Beschäftigten in der Personalabteilung, die diese – ich nenne es mal drastisch – Drecksarbeit umsetzen mussten. Das war unsere Arbeit, das hieß Wochenendarbeit, ich habe es schon gesagt, im Hochsommer. Für mich bedeutete das, absolutes Vertrauen in die Beschäftigten zu haben, die alle aus dem Osten waren, die fast alle – bis auf meine Sekretärin – älter waren als ich. Zugleich hatte ich trotzdem das Arbeitsklima in der Abteilung zu erhalten. Hinzu kam natürlich, das ist auch klar, ein permanentes Misstrauen aller übrigen Beschäftigten gegenüber den Mitarbeitern in der Personalabteilung, die hier in der DDR groß geworden waren. Das war die Situation 1992 für die Personalabteilung.

Wie war die Situation insgesamt? Ost-West, es war immer noch ein zerrissenes Land, es ging um die wirtschaftliche Existenz, es ging um die Existenz von Menschen hier an der Universität Rostock und deswegen titelte auch die „Zeit“ vom 1. Mai 1992 einen Bericht über den Rektor dieser Universität Rostock: „Im Kampf mit der Wessi-Camarilla.“ Camarilla, spanisch Kämmerchen, bedeutet eine Hofpartei, die den Herrscher beeinflusst, ohne Verantwortung zu tragen. Es war kein wörtliches Zitat von unserem damaligen Rektor – er hatte es auch gleich dementiert – es war eine Überschrift, die von der „Zeit“ über ein sehr differenziertes und auch detailliertes Interview mit dem Rektor gesetzt worden war, aber diese Überschrift diente nicht zur weiteren Beruhigung. Ein weiterer Punkt ist zu erwähnen. In einer Sitzung des Akademischen Senates 1992 distanzierten sich Mitglieder der Hochschulleitung von den Übernahmeschreibern, der Aufforderung zur Bewerbung und dem jeweiligen Ergebnis (Unterschrift immer Tesche), und von

den Kündigungsschreiben (Entwurf Tesche, Unterschrift Rektor und Kanzler) mit den Worten „Westschreiben“. Das Protokoll verzeichnete daraufhin allgemeines Gelächter.

Ein weiterer, für mich noch wichtigerer Punkt war: Zum ersten Geburtstag, meinem ersten Geburtstag hier in Rostock im Dezember 1992, haben mir die Beschäftigten der Personalabteilung eine Geburtstagskarte mit den Worten „Zum ersten Geburtstag im neuen Amt, größerer Verantwortung, neuen Problemen, neuen Mitstreitern und als Neu-Ossi unter gelernten DDR’lern im Abenteuerland Mecklenburg-Vorpommern. Für die Zukunft alles Gute“ überreicht. Das Abenteuerland ist geblieben, die enge Verbindung sicherlich auch, aber sie war nie wieder so eng, wie sie es in dieser Zeit war. Es war das Problem des Vertrauens von Hochschulmitgliedern, die natürlich auch selbst um ihre eigene Existenz fürchten mussten, in eine handelnde Personalabteilung, die diese arbeitsrechtlichen Aufgaben hatte.

Zudem gab es nicht unberechtigte Hinweise auf direkte Verbindungen des damaligen „Direktorates für Kader und Qualifizierung“, so hieß es, in die Stasi-Zentrale hier in Rostock. Wir fanden noch eine Telefonleitung, die direkt dahin führte, und es gibt Dokumente, nachgewiesen in dem Buch „Staatssicherheit in Rostock“,¹⁵ die klar darauf hinweisen, dass einer meiner Vorgängerinnen aus dem „Direktorat für Kader und Qualifizierung“ aufgefordert worden war, auch noch in der ersten Zeit, das heißt im November 1989, angesichts der angespannten innenpolitischen Lage in der DDR, alle Unterlagen zu vernichten, aus denen Rückschlüsse auf das MfS abgeleitet werden könnten. Die damalige Personalleiterin dieser Universität wurde außerdem aufgefordert, alle Kaderakten aus dem Hochschulbereich, die sich im MfS befanden, wieder zurückzuführen. Es war eine direkte Anweisung, die nach unseren Feststellungen auch durchgeführt wurde. Die DDR-Verwaltung war ja teilweise hervorragend organisiert und hinterließ viele Duplikate, die trotz Aktenvernichtung noch in der MfS-Zentrale vorhanden waren.

Ein besonderes Beispiel möchte ich noch erwähnen. Wir haben, ich glaube, es war erst 1998/1999, den wirklich härtesten und umfangreichsten Fall der Stasiverstrickung aufgedeckt, und zwar in der Philosophischen Fakultät. Der Fall einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin, die in einem erheblichen Umfang persönliche Berichte über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Universität abgegeben hatte, konnte erst zehn Jahre nach der Wende beurteilt werden. Das führte dann sofort zur außerordentlichen Kündigung, die auch von den Arbeitsgerichten bestätigt wurde.

Was waren die Folgen, vielleicht auch persönliche Folgen meiner Tätigkeit? Im Jahr 1994 bin ich HSG-Vorsitzender geworden, eines Sportvereins der Uni-

¹⁵ Ammer, Thomas: Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991.

versität, der ehemaligen Betriebssportgemeinschaft. Da hatte ich diejenigen als Mitglieder im Sportverein, denen ich kurz zuvor gekündigt hatte – betriebsbedingt, auch personenbedingt, auch Stasimitarbeiter. Beziehungen zwischen Sport und Politik waren logischerweise in der DDR in dem System sehr, sehr eng, und trotzdem hat man mich zum Vorsitzenden des Sportvereins gemacht. Unter Sportlern gab es vielleicht damit nicht die großen Probleme, was für mich überraschend war.

Flankiert wurde diese Entwicklung der personellen Erneuerung durch die Tätigkeit in einer so genannten Rehabilitierungskommission von 1992 bis 1996. Die Arbeit der Rehabilitierungskommission – darin war ich der einzige Wessi, aber ich war ja schon Neu-Ossi – bestand darin, Anträge auf Rehabilitierung unter Zugrundelegung des zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes zu bewerten und den Betroffenen Unterstützung beim Versuch auf Wiedergutmachung bei einem Amt für Rehabilitierung, das in Schwerin ansässig war, zu gewähren. Die erste Beratung war also die praktische Umsetzung, aber auch vielleicht der Versuch politisch motivierte Entscheidungen der DDR-Zeit zu bereinigen oder jedenfalls abzumildern, die in der Regel den normalen beruflichen Werdegang erschwert, völlig blockiert und behindert oder zum Abbruch der Ausbildung geführt hatten. Das war überwiegend – so der Abschlussbericht – weitgehend erfolglos. Wir haben bei drei Betroffenen zumindest ein persönliches Schreiben des Rektors erreicht, in dem eine Rehabilitierung ausgesprochen worden ist, damit der Betreffende anderswo Ansprüche stellen konnte. Aber im Abschlussbericht wird es ganz deutlich: wir waren uns alle schmerzlich bewusst, dass diesen Bemühungen in Hinblick auf eine praktische Wiedergutmachung äußerst enge Grenzen gesetzt waren. Immerhin haben wir in einigen Fällen die Umwandlung eines befristeten Arbeitsverhältnisses in eine unbefristete Beschäftigung erreicht. Wiedereinstellungen waren so gut wie ausgeschlossen und selbst in einem besonders krassen Unrechtsfall blieb dann eben nur der Antrag beim „Amt für Rehabilitierung und Wiedergutmachung“ in Schwerin. Hinzu kam, und das führte auch zum Ende dieser Rehabilitierungskommission – ich bin als Erster ausgetreten –, dass wir den Eindruck hatten, der Wille zur praktischen Wiedergutmachung war an unserer Universität nicht mehr deutlich ausgeprägt. Der geforderten Gesamtsolidarität innerhalb dieser Universität waren enge Grenzen gesetzt und es war klar, dass sich die Beschäftigten der Universität mit anderen Fragen beschäftigten als mit den mutmaßlichen oder nachweisbaren Tätern. Wir merkten, oder ich merkte jedenfalls – auch angesichts anderer Gerichtsverfahren –, dass das Land eine andere Verfahrensweise hatte als wir an dieser Universität. Es bevorzugte Vergleiche mit hochrangigen Ministerialbeamten, die ebenfalls belastet waren, sodass einige von uns in dieser Tätigkeit 1996 keinen Sinn mehr sahen und deswegen den Rücktritt erklärten. Dann ist die Rehabilitierungskommission auch aufgelöst worden.

Einen weiteren Einschnitt in meinem Leben brachte der Bundestagswahlkampf 1998, nicht in meiner beruflichen, sondern politischen Tätigkeit. Ich bin zusammen mit Joschka Fischer¹⁶ – damals war er noch nicht Außenminister, sondern Fraktionsvorsitzender für Bündnis 90/Die Grünen – im August 1998 in Warnemünde gelaufen. Lieber wäre ich einen Marathon mit ihm gelaufen, aber das war nicht möglich, weil ich noch nicht fit genug war. Er war besser. Damals war ich Direktkandidat für den Bundestag im Wahlkreis Rostock. Es waren Prof. Dr. Wolfgang Methling¹⁷ für die PDS, Frau Dr. Christine Lucyga für die SPD, Prof. Dr. Günther Krause von der Fachhochschule Wismar – ehemaliger Verkehrsminister, für die CDU und ich für Bündnis 90/Die Grünen. Es war kein Ost-West-Wettkampf oder -Wahlkampf mehr, sondern – so die „Ostsee-Zeitung“ (OZ) vom 11. September 1998: „Die Kandidaten diskutierten sachlich und fair miteinander. Das liegt vielleicht daran, dass sie miteinander schon einige Gesprächsrunden absolviert haben.“

Auf Bundesebene habe ich als Teilnehmer des Grünen Bundeskongresses dann für die rot-grüne Koalition gestimmt, und für die Hochschulpolitik hat es eine wichtige Reform gebracht: die Juniorprofessur. Über die andere rot-grüne Politik können Sie besser eine eigene Bilanz ziehen, ich bin da sicherlich parteiisch. Die Juniorprofessur brachte an den Hochschulen eine erhebliche Verbesserung für Nachwuchswissenschaftler. Zwar war sie meines Erachtens kein reines Erfolgsmodell, aber ein wichtiger Weg, der uns weiter vorangebracht hat. Wenn wir bessere Ressourcen gehabt hätten, hätte man das vielleicht auch noch weiter ausbauen können.

Abschließend gebe ich einen Überblick über die Universität Rostock im 21. Jahrhundert, sicherlich durch meine Brille etwas geprägt. Geschichte wiederholt sich. Wir haben strukturelle Einsparungen, wir haben einen erheblichen Stellenabbau vor uns. Nach dem Landeskonzept 2004 bis 2017 verlieren wir weitere 20 Prozent der Haushaltstellen. Das sind knapp 300 Normstellen, pro Stelle 60.000 Euro im Jahr. Das bedeutet, dass diese Universität von einer mittelgroßen zu einer kleinen, allenfalls zu einer größeren kleinen Universität umgewandelt wird. Wir werden, so die Prognose, 2017 noch 1.200 Haushaltsstellen haben. Der Ausgangspunkt 1992 waren 1.979 Stellen. Das Ergebnis der dramatischen Entwicklung in den letzten 18 Jahren und der zukünftigen festgelegten Einsparungen.

Erforderlich ist nun eine strategische Personalentwicklung, mit der wir versuchen, diesen Weg, den wir für das Land mitgehen müssen, zu bewerkstelligen. Das heißt: nicht durch Kündigungen, sondern durch Umstrukturierungen.

¹⁶ Joseph Martin Fischer, geboren 1948, Politiker, 1998-2005 Außenminister, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Joschka_Fischer.

¹⁷ Prof. Dr. Wolfgang Methling: Catalogus Professorum Rostochiensium: <http://cpr.uni-rostock.de/pnd/142035602>.

Deswegen müssen wir für diejenigen, die bleiben und die Arbeit von anderen mit übernehmen müssen, verstärkt Vorsorge treffen. Dazu gehört auch das Gesundheitsprojekt „URgesund - nachhaltiges Gesundheitsmanagement“, und damit meine ich nicht nur die körperliche, sondern vielmehr die geistige Gesundheit. Führungskräfte haben einen direkten Einfluss auf die Gesundheit ihrer Mitarbeiter. Das steckt auch in diesem Projekt, also mehr Führungskultur. Führungsverhalten soll die „familienfreundlichen Hochschule“ im Blick haben, wie es unser Rektor, Prof. Schareck,¹⁸ ausdrückte.

Wenn wir die Situation der Universität Rostock im Personalbereich zusammenfassen, haben wir eine Verlagerung von den Belangen der Gesamtinteressen zu den Belangen der einzelnen Disziplinen, vielleicht sogar zu den eigenen Professuren festzustellen. Soziologen haben die Universität einmal ein System von Unverantwortlichkeiten genannt. Dem kann man nur gegensteuern, indem eine Universitätsleitung, die Aussicht auf Erfolg haben will, die Struktur der Verantwortungsfreiheit überwindet, also die Funktionsträger in die Gesamtinteressen der Universität mit einbezieht, ihnen Verantwortung nicht nur gibt, sondern sie auch auffordert, sie wahrzunehmen. Wenn wir schon den Mangel verwalten müssen, dann müssen wir diese Verwaltung des Mangels auch als Chance für Handlungsfreiheiten und Autonomie nutzen. Wichtig ist dabei, dass die Beteiligung aller den Erfolg aller bedeutet. Gemeint sind Erfolge im Wissenschaftsbereich, die man mit der Administration gemeinsam erreicht und die man durch symbolische Anerkennung auch dokumentiert. Das ist mein Verständnis einer unternehmerischen Hochschule, also nicht nur im betriebswirtschaftlichen Sinne, sondern einer wirklich handelnden, unternehmenden Hochschule in akademischer Freiheit, was ebenso wichtig ist.

Nun komme ich zum Ende und auch vielleicht wieder zum Anfang, zum *ricorso*, wenn man es danach weiterbetrachtet. Die „Uwe-Johnson-Gesellschaft“ ist 2010 gegründet worden. Es ist ja auch wieder der Anfang. Sie erinnern sich an die Zeile: „Aber Jakob ist immer quer über die Gleise gegangen.“ Den Leuten gefiel es, Uwe Johnson einen Mecklenburger zu nennen, als sei dies ein verlässliches Kennzeichen. Er selbst hat einmal gesagt, dass er für jede Geschichte die passende Form sucht. Hier und heute habe ich für Sie zur Geschichte die passende Präsentation gesucht und sie vielleicht auch teilweise gefunden. Ich hoffe, ich habe Ihnen als Zeitzeuge einiges zur weiteren Diskussion, zur weiteren Bearbeitung, zur weiteren kritischen Auseinandersetzung freigelegt. Die Erinnerung

¹⁸ Prof. Dr. Wolfgang Schareck: *Catalogus Professorum Rostochiensium*:

<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/137016328>.

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschülerneuerung*. Zeitzeugen berichten. Teil 3. Hrsg. v. Kersten Krüger Rostock 2009, S. 80-109.

widerspricht auch dem Gedächtnis und das Gedächtnis will oft auch dann streitlustig Recht haben. Grass¹⁹ hat das einmal in seinem Buch mit einer Zwiebel verglichen und deswegen möchte auch bei mir eine Zwiebel gehäutet werden,²⁰ nämlich die Erinnerung, um etwas freizulegen, was allerdings selten eindeutig ist. Ein paar Häute meiner Zwiebel, die auch mit der Universität verbunden ist, habe ich Ihnen vielleicht aufzeigen können – mit den Worten des Mecklenburgers Uwe Johnson aus dem Roman „Jahrestage“:²¹

„ – Die Katze Erinnerung, wie du sagst.

– Ja. Unabhängig, unbestechlich, ungehorsam.

Und doch ein wohltuender Gesell, wenn sie sich zeigt, selbst wenn sie sich unerreichbar hält.“

Dankeschön!

Diskussion

Kersten Krüger:

Wir dürfen uns bedanken. Das war sehr eindrucksvoll. Wir eröffnen jetzt die Aussprache.

Hilde Michael:

Ich hoffe, dass ich die Frage stellen darf. Wie geht man persönlich damit um, dem Personal zu kündigen?

Andreas Tesche:

Sie dürfen jede Frage stellen. Es gibt zwei Typen von Personalmanagern: Die einen schlafen gut, die anderen schlafen schlecht. In den 90er Jahren habe ich schlecht geschlafen und jetzt schlafe ich nicht besser, aber anders. Vielleicht das als Einführung, es ist immer bedrückend, jederzeit. Es hängt vom Charakter jedes Einzelnen ab, aber es ist bei Ärzten ja genauso, wenn sie mit Patienten zu tun haben, dann muss man einen gewissen Abstand haben, aber das nehme ich für mich als Typ, als Personalmanager, nicht in Ansatz, sondern der Abstand kann nicht da sein. Man ist immer sehr dicht dran, an allen Problemen, die auch persönlicher Natur sind. Das sind nicht nur Kündigungen. Wir hatten einem schwer

¹⁹ Günter Grass, Schriftsteller, geboren 1927, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Günter_Grass (03.04.2011).

²⁰ Grass, Günter: Beim Häuten der Zwiebel. München 2008.

²¹ Johnson, Uwe: Jahrestage. Aus dem Leben von Gesine Cresspahl. Frankfurt am Main 1970.

Krebskranken eine Kündigung zugestellt, ohne von der Krankheit zu wissen. Da kam die Familie und sagte: „Wie kann man so etwas machen?“ Wir hatten es zwar nicht gewusst, aber trotzdem habe ich das als Fehler gesehen. Dies nenne ich als Beispiel.

Gregor Dehmel:

Zwei Fragen, also erst mal zur Ostsucht: Die haben Sie nur so angeschnitten, aber bitte erläutern Sie das noch einmal etwas näher, wie die zustande gekommen ist. Und die zweite Frage, Sie haben ja sehr nüchtern über die Geschehnisse von 1992 hier erzählt und da möchte ich wissen, inwieweit Ihnen da in den ersten Monaten und Jahren hier an der Universität wirklich Steine in den Weg gelegt wurden oder ist Ihnen der Weg geebnet worden?

Andreas Tesche:

Zur Ostsucht habe ich versucht, sie Ihnen ein bisschen anzudeuten, gewiss recht kurz. Es war das Streben nach unbegrenzter Freiheit mit wahren Abenteuern im Kopf. Die Grenze hielt mich in Bann, die ich nicht überwinden konnte, weil ich keine Verwandten und keine Bekannten in der DDR hatte. Dahinter lag der Osten, theoretisch erreichbar, wenn man finanzielle Möglichkeiten hatte, und die hatten wir nicht. Ich konnte überall hin, nur zu einer Seite nicht. Es war in meiner Entwicklung jedenfalls immer ein Punkt zu fragen, warum diese Grenze besteht. Als Kind, wenn man als Sechs-, Siebenjähriger das erste Mal die Grenze sieht – an der Ostseeküste war es wohl –, kann man das nicht begreifen. Es hieß, da sei die Grenze, aber Grenzen sind für mich da, um sie zu überwinden.

Da ich sie nicht körperlich überwinden konnte, wollte ich sie zumindest versuchen, sie mit den Medien zu überwinden, die mir im Gegensatz dazu zugänglich waren. Das war das DDR-Fernsehen, das war auch der DDR-Rundfunk, also DT64.²² Man war natürlich ein Exot, wenn man in seinen Freundeskreisen von der Drushba-Trasse sprach²³ und zu hören bekam: „Was ist das denn jetzt?“ Aber es war nicht nur die gute Musik, sondern eben auch die Neugier und „Neugier“ ist ein schönes Wort, weil da eine „Gier“ drinsteckt, die Neugier auf die Jugend in der DDR, wie sie lebte, was sie hörte, was da abging. Wenn man sehr häufig hinhört – gewiss aus der Westerfahrung – dann kommt es zu dieser Ostsucht. Da konnte ich schon erkennen, was Propaganda war und was tatsächlich dahinter steckte. Darüber gingen dann Diskussionen – damals wie heute –, wie das Pri-

²² DT64, Jugendprogramm des DDR-Rundfunks, siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/DT64> (03.04.2011).

²³ Trasse der Erdölleitung „Freundschaft“, siehe: [PERLINKhttp://de.wikipedia.org/wiki/Druschba-Trasse](http://de.wikipedia.org/wiki/Druschba-Trasse)<http://de.wikipedia.org/wiki/Druschba-Trasse> (03.04.2011).

vateleben, das wirkliche Leben sich in der DDR gestaltete. Das war die Ostsucht. Beim Schriftsteller Hans Pleschinski war es genau das Gleiche, der lebte in Celle, weil etwas entfernt von der Grenze.

Die Neugier führte bei mir zu diesem umfangreichen Medienkonsum. Die Neugier habe ich mir erhalten. Hierher kam ich, wie ich nach Irland gegangen bin oder nach Neuseeland: fremdes Land, fremde Kultur und fremde Sprache. Das hat mir hier geholfen, auch am Anfang, und dann leite ich mal über in die Geschehnisse 1992. Erst einmal war ich jung, nämlich 33. Das war schon sehr gut. Man erwartete nicht, dass ich gleich wieder weggehen würde – oder die berufliche Karriere sofort im Ruhestand ausklingen lasse. Von vielen erhielt ich mehr als ein bisschen Anerkennung, die ich auch spürte, weil ich nicht der typische Verwaltungsbeamte war, der mit 50 herkommt und spätestens mit 60 wieder geht, aber karrieremäßig aufsteigt. Als weiteren Punkt will ich nennen – wie ich das im Bewerbungsverfahren erwähnte, dass ich mich für Rostock entschied, gegen die Fachhochschule Braunschweig mit einer gleichbesoldeten Funktion. Ich habe hier nicht Karriere gemacht. Noch immer bin ich Personaldezernent, ich habe hier finanziell nichts gewonnen. Aber ich habe viele Erfahrungen gewonnen; und die gab mir die Universität, da bin ich allen Beschäftigten natürlich dankbar. Hinzu kam, dass ich den Einstieg auch über den Sportbereich fand, zunächst als Tennis- und Fußballspieler in der HSG, aber später dann als ihr Vorsitzender. Es entwickelten sich darüber hinaus sehr persönliche Kontakte. Daraus ergab sich das Problem, den Bekannten und Verwandten im Westen zu erklären, was hier los ist – ich pendelte ja am Anfang noch. Allmählich merkte ich, dass die Distanz zum Westen hin größer wurde, weil die dort nicht nachvollziehen konnten, was hier geschah. Ähnlich war es beim Mauerfall gewesen, dass viele im Westen einfach nicht verstehen konnten, was es neben der Freiheit bedeutete, dass die Grenze nicht mehr da war.

Viele, so auch Verwandte und Bekannte von mir, hatten nicht begriffen, dass natürlich neben Glücksmomenten auch mehr Verantwortung kommt, wenn man von einem Tag zum anderen ein größeres Volk wird. Ich persönlich begann mit der Anpassung gleich 1992 und bin sehr bald mit meiner Frau zusammen umgezogen. Anzügliche Hinweise, die immer wieder kamen, Kanzler Schäfer pendelte ja noch zwischen Münster und Rostock – solche Hinweise kamen nicht mehr in meine Richtung. Vielmehr war ich als „Neuossi“ durch die Personalabteilung akzeptiert. Später hielten mich viele, die aus dem Westen neu kamen, für einen „Ossi“. Sie staunten über einen Juristen, einen Diplomjuristen der DDR wahrscheinlich, dabei habe ich die bundesdeutschen Staatsexamina.

Für mich war das Überraschende die Offenheit der Menschen, auch der Beschäftigten, trotz der amtlichen Maßnahmen. Selbst im Sportverein sagten einige, sie hätten es nicht persönlich genommen. Mein Name stand zwar unter den Kündigungsschreiben, aber ich hätte eben nur die Arbeit gemacht, die ich als

Beamter dieses Landes zu machen hatte. Anfeindungen, die ich bereits zitiert hatte, gingen in eine etwas andere Richtung, und zwar gegen diejenigen, die pendelten, die nicht richtig hier waren, sondern vielleicht nur ein paar Lehrveranstaltungen machten und dann wieder abreisten.

Ralf Orthmann:

Meine erste Frage betrifft die Arbeit der Ehrenkommission und die Prüfung in diesem Zusammenhang. Sie haben davon gesprochen, dass gekündigt wurde, wenn der Betroffene seine Mitarbeit beim MFS verschwiegen hatte. Wenn er sie offen gelegt hatte, wurde er dann nicht gekündigt?

Andreas Tesche:

Es galt das Prinzip der Einzelfallprüfung. Wenn er die Tätigkeit offen gelegt hatte, dann musste das Ausmaß der Tätigkeit nicht nur vollständig dargelegt sein, sondern auch bewertet werden. Arbeitsrechtlich ist es so, dass das Arbeitsverhältnis, beziehungsweise die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses als Grund für eine Kündigung unzumutbar sein muss. Je länger so etwas zurückliegt, desto mehr schmilzt diese Unzumutbarkeit. Das heißt also, eine Verfehlung, die länger zurück liegt, selbst wenn sie sehr schwer ist, wirkt nicht mehr so stark auf das Arbeitsverhältnis. Das war natürlich das Problem bei denjenigen, die Berichte abgeliefert hatten, mit denen Menschen geschadet wurde, wenn wir dieses erst relativ spät aufgedeckt haben. Wenn sie angegeben haben, dass sie für das MFS tätig waren und in welchem Ausmaß, dann gab es gleich auch die aktuelle Sanktion. Das war das Schwierige an der Überprüfung der Zumutbarkeit. Im Jahr 1992 war die Bewertung einfacher, weil ein Verschweigen aktuell war. Das war Vertrauensmissbrauch, wenn ein Beschäftigter diese Erklärung wahrheitswidrig unterzeichnet hatte und damit der Vertrauensmissbrauch gegenüber dem Arbeitgeber sofort festgestellt werden konnte.

Selber musste ich auch durch das Ehrenverfahren mit Gauck-Bescheid und habe dann auch alle, die aus dem Westen kamen, davon überzeugt, sich auch überprüfen zu lassen. Die Geschichte hat mir Recht gegeben. Das war also diese Zweiteilung zwischen den Zumutbarkeitskriterien einerseits – die Frage der aktiven Tätigkeit für das MfS, welches Ausmaß diese hatte (dort sind sicherlich auch Fehler passiert) – und dem Verschweigen andererseits. Die schwierige Gerechtigkeitsfrage konnte dazu führen, dass beispielsweise derjenige seinen Arbeitsplatz behielt, der persönlich Berichte abgegeben hatte, dieses aber angegeben hatte, wir aber denjenigen kündigten, die zum Beispiel „nur“ eine Wohnung der Stasi zur Verfügung gestellt, dieses jedoch verschwiegen hatte. Diese schwierigen Fälle haben mich ebenso belastet wie die anderen Funktionsträger, die mit den Einzelfallprüfungen befasst waren.

Ralf Orthmann:

Meine zweite Frage bezieht sich auch auf das Thema Kündigung. Ganz allgemein, Sie haben einer ganzen Menge Leute kündigen müssen und der Personalabbau wird auch, wie Sie gesagt haben, zukünftig bis zum Jahr 2017 fortgesetzt werden. Hier drängt sich der Eindruck auf, dass wahllos gespart wird, also dass die Uni irgendwo vor die Hunde geht.

Andreas Tesche:

Zum ersten möchte ich sagen, es ist ein Stellenabbau, den wir jetzt haben, kein Personalabbau. Ich hasse dieses Wort sowieso. Man baut Kohle ab, man baut keine Menschen ab. Es sind Kündigungen, diese sind drastisch genug, aber das ist leider der allgemeine Sprachgebrauch. Es sind Stellen und das heißt zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen müssen wir Umstrukturierungsmaßnahmen vornehmen. Das bedeutet eben, dass es keine Kündigungen gibt, sondern dass die Beschäftigten die Arbeit von anderen mit übernehmen müssen oder dass Studiengänge geschlossen werden. Das machen wir ja leider bereits seit 1995, Studiengänge zu schließen oder auslaufen zu lassen und die dort Beschäftigten dann mit anderen Tätigkeiten zu versehen. Was das Totsparen angeht, diesbezüglich müssen wir alle versuchen, die Entwicklung zwar nicht zurückzudrehen, aber so zu begleiten, dass es nicht passiert; dass es die Universität Rostock weiterhin in diesem Lande gibt oder – wenn es das Land vielleicht nicht mehr gibt, die Universität Rostock immer noch existiert. Das ist das Entscheidende. Die Angriffe sind aktuell da, das wissen Sie ja. Der Ministerpräsident von Hessen hat nur das gesagt, was alle anderen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten natürlich auch in der Überlegung haben, sie müssen sparen und da wird es wahrscheinlich keine Tabus geben. Wenn es eine weitere Einsparwelle gibt, also zusätzlich zu der, die wir jetzt haben, dann kann es diese Universität Rostock nicht mehr geben, das ist richtig. Das kann sie nicht überleben, dann nicht mehr. Wir haben jetzt noch einige Einsparungsmaßnahmen vor uns, aber danach ist die Universität Rostock ohnehin keine Volluniversität mehr, es wird dann kaum noch Studiengänge geben, die wirklich adäquat ausgestattet werden können.

Axel Büssem:

Meine Frage geht noch einmal zur Wendezeit zurück, Thema Personalabbau. Wer durfte bleiben, wer musste gehen? Zur Ehrenkommission und ihren Ergebnissen: würden Sie rückblickend sagen, dass das Ganze insgesamt gerecht zugegangen ist, jetzt mit 20 Jahren Abstand? Zum Thema Rehabilitationskommission: können Sie uns vielleicht anonymisiert Fälle von Personen schildern, die rehabilitiert worden sind oder hätten rehabilitiert werden müssen, bei denen es nachher doch nicht geklappt hat?

Andreas Tesche:

Verfahren und Gerechtigkeit: es gibt kein völlig gerechtes Verfahren. Rückblickend verliefen aus meiner Sicht die Aufarbeitung und die Bewältigung im Ganzen überwiegend positiv. Trotzdem gab es zu viele Einzelfehler, vereinzelte Falscheinschätzungen, sowohl in dem Bereich der Ehrenkommission als auch im Bereich der arbeitsrechtlichen Zumutbarkeitsregeln. Ich hatte Ihnen vorhin über einen Fall berichtet, bei dem eine Wohnung zur Verfügung gestellt worden ist, dieser Person ist, glaube ich, 1994 gekündigt worden. 1996 hätten wir ihn allerdings nicht mehr gekündigt, weil die Entwicklung sehr rasant verlief, auch hinsichtlich der Frage DDR-Unrecht, und da galt dieser Verstoß 1996, zwei Jahre später, nicht mehr als ganz so schwerwiegend wie 1994. Das ist das Problem der Gerechtigkeit, diese zeitliche Schiene mit einzubeziehen, die uns in einigen Punkten sehr schnell zum Handeln veranlasste, was richtig war hinsichtlich der neuen Struktur. Was diesen Punkt angeht, waren wir vielen anderen voraus, aber hinsichtlich der Ehrenverfahren und auch der Gauck-Bescheide hätte es sicherlich manchmal etwas mehr Zeit und Abstand bedurft. Wir waren alle irgendwie in die Entscheidungen verwickelt, der Rektor, der Kanzler und auch die Fachvorgesetzten hatten das zu beurteilen. Es gab auch viele Fachvorgesetzte, die sagten, der Beschuldigte habe eine gute wissenschaftliche Qualifikation oder sei ein guter nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter, könnten wir ihn nicht doch noch retten? Es gab viele Petitionen, auch Schreiben einzelner Institute an den Rektor, um zu sagen, dass das in der DDR-Zeit Geschehene zwar sehr schwerwiegend gewesen sei, aber man wolle die Person dennoch behalten. Problematisch war die Veränderung der Maßstäbe, eben deshalb habe ich die Rehabilitierungskommission verlassen. Wenn wir das im Nachhinein bemerkten, konnten wir die anderen Fälle ja nicht mehr zurücknehmen. Das war das Problem der Gerechtigkeit.

Bei der Rehabilitierungskommission waren sicherlich die schwerwiegendsten Fälle, dass wissenschaftliche Mitarbeiter, die eigentlich zur Professur anstanden und diese in der DDR-Zeit nach fachlichen Gesichtspunkten auch hätten bekommen müssen, nicht Professor wurden. Gründe dafür waren, dass sie nicht in der SED waren und weil sie nicht zum Reisekader gehörten und so weiter. Eigentlich hätte man 1992 versuchen müssen, diese Benachteiligung auszugleichen. Einige sind dann als Hochschulprofessoren übergeleitet worden, konnten aber nicht übernommen werden, weil zu wenig Stellen vorhanden waren. Einige sind gar nicht übergeleitet worden, bei denen die fachliche Qualifikation umstritten blieb, auch wenn sie in der DDR-Zeit nur aus politischen Gründen so negativ beurteilt waren. Bei der wissenschaftlichen Karriere, beim Übergang vom wissenschaftlichen Mitarbeiter zum Professor oder zur Professorin waren das die entscheidendsten Fragen.

Nico Leschinski:

Sie hatten ja das Problem der Personalkosten schon einmal zitiert. Meine Frage geht auch in diese Richtung. Wie ist es allgemein mit der Bezahlung? Ihnen sind per Gesetz doch recht enge Rahmen gesteckt. Sie können nicht viel unternehmen, nicht frei entscheiden, wie viel Gehalt Sie bezahlen. Wie gehen Sie denn mit Problemen um, dass, das ist jetzt meine Mutmaßung, in bestimmten Bereichen, denkbar Wirtschaftswissenschaften oder Ingenieurwissenschaften, für Wissenschaftler höhere Gehälter bezahlt werden müssen als in anderen Wissenschaften. Welche Handlungsmöglichkeiten haben Sie, da zu steuern oder einzugreifen? Oder sagen Sie, es gibt für alle das Gleiche, das muss reichen.

Andreas Tesche:

Bei der W-Besoldung haben wir die Möglichkeiten so genannte Berufungszulagen zu zahlen, das heißt zum normalen Grundgehalt W2 oder W3 kommen Berufungszulagen hinzu, und diese können wir an der jeweilige Marktsituation orientieren. Vom Grundsatz her ist das eigentlich eine sehr flexible Handhabungsweise, allerdings liegt das Problem darin, dass die W-Besoldung kostenneutral eingeführt worden ist. Also wir haben nicht mehr, als wir vorher für die C-Besoldung hatten. Das bedeutet, dass wir auch Professorinnen und Professoren haben müssen, die eben „nur“ das Grundgehalt und ein bisschen Aufstockung bekommen, aber nicht die hohen Zulagen, die man beispielsweise braucht, um jemanden aus der Industrie zu bekommen, sonst wären wir ja auch nicht wettbewerbsfähig. Das ist ein Versuch, eine Annäherung nicht an die Westgehälter oder an die Industriegehälter zu erreichen, sondern den Marktgesichtspunkten dadurch Rechnung zu tragen, dass, um jemanden zu gewinnen, dieser keine zu großen Verluste haben sollte im Vergleich zum Industriegehalt. Deswegen werden zum Beispiel in diesen Bereichen höhere Berufungszulagen gezahlt als in vielen geisteswissenschaftlichen Bereichen, in denen die Industrie und die Marktsituation nicht so sehr im Vordergrund stehen. Also es ist eine Flexibilität zu handeln, aber leider natürlich nur im Rahmen des Budgets der Professoren. Bei den anderen Mitarbeitern haben wir das nicht, dort sind wir auf die Gehälter angewiesen, die wir jetzt zahlen können und müssen. Leistungszulagen gibt es erst dann, wenn besonderer Leistungen da sind. Das ist übrigens nur ganz wenig und das ist im Tarifvertrag der Länder für die Tarifbeschäftigten auch nicht richtig durchgesetzt worden. Im Professorenbereich handelt es sich um eine Privilegierung, die aber auch erforderlich ist. Das Problem liegt darin, dass die Grundgehälter W zu niedrig sind, eindeutig zu niedrig auch im Vergleich zum Lehrerbereich. Einen Hochschullehrer mit Grundgehalt bezahlt man zur Zeit nicht viel höher als einen Lehrer. Das kann also nicht der Unterschied sein, wenn man sich auf die Qualität der Ausbildung ausrichtet. Das haben bisher jedenfalls die Bundesländer nicht anders geregelt. Wir weichen auch noch von anderen Bundesländern ab. Wir haben praktisch auch noch einen Wettbewerb

zwischen den Bundesländern. Die Föderalismusreform hat dazu geführt, dass wir keine einheitliche Besoldung mehr in den Bundesländern haben, das heißt nicht nur im Lehrerbereich, sondern auch im Hochschullehrerbereich ist es so, dass wir um die besten Köpfe konkurrieren, eben auch mit finanzstärkeren Ländern und dort verlieren wir dann oft, weil in Mecklenburg-Vorpommern die Finanzausstattung nicht so hoch ist wie in den anderen Bundesländern.

Gregor Dehmel:

Sie sind Beamter des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Inwieweit kann man sich als Beamter des Landes zugleich als Teil der Universität Rostock fühlen? Wie groß ist der Zwiespalt oder wie oft tritt der Zwiespalt zu Tage, beispielsweise bezüglich des Stellenabbaus? Als Teil der Universität zerreißt es Ihnen das Herz, aber sie müssen ja rigoros den Rotstift ansetzen. Dass Sie da nicht im Rotstiftwahn die Stellen streichen, das haben Sie uns schon dargelegt. Inwieweit nimmt Sie das mit und was ist Ihre Motivation zur Änderung der Lage oder inwieweit können Sie da einwirken?

Andreas Tesche:

Ich bin Beamter des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Beruflich habe ich bei einer Unternehmensberatung angefangen und war dort zunächst tätig. Dann war ich Angestellter im öffentlichen Dienst und bin nach einigen Jahren in der Stadt Wolfsburg verbeamtet worden, weil sie eine Beamtenplanstelle hatten und sagten, sie müssten das auch so umsetzen. Da habe ich gesagt: „Ja, wenn es denn sein muss.“ Ich wollte es aber nicht unbedingt. Die Entwicklung hat mir auch Recht gegeben. Als Angestellter verdient man ein bisschen mehr als ein Beamter.

Damals war ich, das war einfacher, bei der Stadt Wolfsburg städtischer Beamter, das heißt, ich hatte die Interessen der Stadt klar zu vertreten. Als Landesbeamter bedeutet es aber, nicht nur die Gesetze und die Entscheidungen des Landes mitzutragen, sondern sie natürlich auch für die jeweilige Institution so umzusetzen und so zu transportieren an das Land, dass man auch falsche Entscheidungen kritisieren kann. Das heißt also, ich habe keinen Maulkorb, auch als Beamter des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht. Das sehen einige Politiker etwas anders, aber die haben eben dadurch Probleme, weil sie den Beamtenstatus etwas falsch einschätzen. Als Beamter habe ich als eine der wichtigsten Pflichten, die Vorgesetzten zu beraten. Die Vorgesetzten sind für mich nicht nur hier an der Universität Rostock der Rektor und der Kanzler, sondern auch der Minister, also der Bildungsminister und in diese Richtung gehen meine Aktivitäten dann auch, mich einzubringen und kritische Fragen nicht nur zu stellen, sondern auch Vorschläge zu machen, die von der Hochschulleitung dann weitergetragen werden.

Ich habe jetzt vier Rektoren beraten, auch Professor Wendel,²⁴ der sehr aktiv gegenüber der Landesregierung aufgetreten ist. Auch Professor Maeß ist sehr aktiv aufgetreten, wir haben vorhin ein Zitat von ihm gehört. Sie sind deswegen teilweise gerüffelt, aber nie disziplinarrechtlich belangt worden. Sie konnten es auch nicht, weil sie ihre beamtenrechtliche Pflicht wahrgenommen haben. So sehe ich das auch. Ich wäre lieber Beamter der Universität Rostock, aber dann müsste ich nach Nordrhein-Westfalen gehen, da wurden andere hochschulpolitische, für die Universitäten autonomere Regeln getroffen. Die werden wir, nachdem ich die Ministerialbürokratie 18 Jahre kenne, in den nächsten zehn Jahren nicht haben, was bedauerlich ist, aber ich fühle mich trotzdem mehr als Mitglied dieser Universität. Das Beamtenverhältnis besteht zum Land, das ist klar.

Änne Harms:

Meine erste Frage betrifft die Wende. Sie haben vorhin angesprochen, dass die DDR der BRD beigetreten ist, also dass es eine Wiedervereinigung, aber keine Vereinigung gab. Dazu würde ich gern Ihre Meinung hören.

Andreas Tesche:

Da muss ich versuchen mich zu erinnern, wie ich es aufgenommen habe. Ich will vielleicht auch persönlich sagen: neben der Freude über den Fall der Grenze, die ich ja auch miterlebt habe, war ich nicht sehr froh über die politischen Formen, die sich dann entwickelten, auch im Nachhinein nicht. In der kleinen westdeutschen Bundesrepublik – mit Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und allen Möglichkeiten – habe ich mich sehr wohlfühlt, trotz der Ostsucht. Als ich dann in der Nähe von Magdeburg, in Haldensleben, als Berater tätig war, dachte ich wie viele, dass der Prozess der Vereinigung von zwei deutschen Staaten durchaus langsamer und etwas anders von statten gehen sollte, als es mit dem Beitritt geschah. Zwar war der Einigungsvertrag mit allen Regeln durch das Grundgesetz im rechtlichen Bereich klar festgelegt, aber ich bin ja nicht nur Jurist, sondern man hat auch seine Gefühle, und die haben mir da einfach gesagt „Nein“. Es war sicherlich rechtlich der beste Weg, aber moralisch vielleicht nur der zweitbeste. Das war das Entscheidende. Deswegen sprach ich auch vorhin von der Verantwortung. Die Assimilierung von 16 Millionen Beschäftigten und Einwohnern geht nicht so einfach. Ich will es nicht so hart sagen, aber ich glaube, Klaus Schlesinger²⁵ hat einmal

²⁴ Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel: *Catalogus Professorum Rostochiensium*: <http://cpr.uni-rostock.de/pnd/132524244>. Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung*. Zeitzeugen berichten. Teil 2. Hrsg. v. Kersten Krüger Rostock 2008, S. 7-34.

²⁵ Klaus Schlesinger, Schriftsteller, 1937-2001, siehe: <http://www.klaus-schlesinger.de/> und http://de.wikipedia.org/wiki/Klaus_Schlesinger (04.04.2011).

gesagt: „Das war keine Hochzeit, sondern da ist eher der Tatbestand der Vergewaltigung in der Ehe erfüllt.“ So hart will ich es nicht sagen, aber es steckt auch einiges dahinter von dem Gefühl derjenigen, die hier aufgewachsen sind, hier ihre Erfahrungen gesammelt haben und dieses dann miterlebt haben. Unabhängig von wirtschaftlichen Voraussetzungen wie Währungseinheit und anderem, das meine ich jetzt gar nicht, sondern ich meine eher das „Zusammenwachsen“, wie es Willy Brandt²⁶ ausdrückte. Zum Zusammenwachsen gehört mehr. Da muss man dann einen rechtlichen Prozess, der vielleicht so erforderlich ist, in Anführungszeichen formuliert „Beitritt“, anders abfedern. Dafür war entweder keine Zeit, oder es waren nicht die richtigen Personen an der richtigen Stelle.

Änne Harms:

Die zweite Frage soll sich auf Ihre politische Tätigkeit bei den Grünen beziehen. Wie bringen Sie das beides unter einen Hut, dass Sie jetzt auch an der Uni sind und bei den Grünen? Wie beeinflusst das eine das andere?

Andreas Tesche:

Joschka Fischer hat mal gesagt, er sei kein „grüner“ Außenminister, sondern deutscher Außenminister. Das gilt auch für meine kleine Tätigkeit hier. Ich bin Personalchef dieser Universität und kein „grüner“ Personalchef. Aber trotzdem beeinflusst es natürlich, weil wir auch eine bestimmte Ausrichtung haben, im Rahmen von hochschulpolitischen Fragen, in der Ausrichtung des Umgangs miteinander. Ich bin auch, das ist vielleicht ganz wichtig, erst in die Partei eingetreten, als ich hier war, also nicht im Westen, auch wenn ich dort Wähler war und Trittin²⁷ in Göttingen kannte, wobei er da noch nicht bei den Grünen war, sondern bei dem „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ und Thomas Oppermann,²⁸ der jetzt parlamentarischer Geschäftsführer der SPD ist, der damals auch in der Basisgruppe Jura war, als ich studierte. Das war so eine Art Konkurrenz zum RCDS, dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten, einer Fachschaftsgruppe. Das hat mich natürlich mein ganzes Leben politisch beeinflusst und das beeinflusst mich auch hier mit entsprechenden Vorschlägen und auch der entsprechenden Ausrichtung. Das ist mein Grundverständnis, jetzt nicht unbedingt parteipolitisch grün, aber die Werterhaltung von menschlichen Ressourcen und die

²⁶ Willy Brandt, Sozialdemokrat, Politiker, 1913-1992, Bundeskanzler 1969-1974, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Willy_Brandt und <http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/BrandtWilly/index.html> (04.04.2011).

²⁷ Jürgen Trittin, geboren 1954, Politiker, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Jürgen_Trittin und <http://www.trittin.de/start/index.shtml?navanchor=1010000> (04.04.2011).

²⁸ Thomas Oppermann, geboren 1954, Politiker, siehe: <http://www.thomasoppermann.de/> und [http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Oppermann_\(Politiker\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Oppermann_(Politiker)) (04.04.2011).

Erhaltung der Umwelt insgesamt in Einklang zu bringen. Das ist schon ganz wichtig, den Ausgleich zu schaffen: Nachhaltigkeitsprinzip, als weiteres Stichwort.

Gregor Dehmel:

Hat Sie Ihr Heimatort in der Nähe des Atommüllrestlagers beeinflusst, zu den Grünen zu gehen?

Andreas Tesche:

Nein. Ich lebte bis zu meinem 18. Lebensjahr in Salzgitter. Das hat eher zu einer Auseinandersetzung mit meinem Vater geführt. Für mich ist die Atompolitik-Frage zwar wichtig, aber es war nicht die wichtigste Frage, politisch nicht die wichtigste Frage. Das Entscheidende für die Ausrichtung war die Richtung einer neuen Politik, damals jedenfalls, das waren die Friedensbewegung, die Erfahrungen in Irland, in Dublin, auch das Studium. Es war auch die Hausbesetzerszene in Göttingen. Das waren die entscheidenden Einflüsse für mich, politisch in diese Richtung zu gehen.

Anne Lüder:

Mich würde interessieren, inwieweit Sie Ihre Auslandsaufenthalte geprägt haben und ob Sie denken, dass Ihr Weg genauso verlaufen wäre, wenn Sie diese vielleicht nicht gemacht hätten?

Andreas Tesche:

Dublin war schon entscheidend, Auckland auch, aber Dublin sicherlich noch mehr. Beide haben dazu beigetragen, dass ich mein juristisches Staatsexamen bestanden habe, also dass ich durchgekommen bin. Ich hatte einmal das Ziel Arbeitsrichter zu werden, aber als ich es dann konnte, wollte ich nicht mehr. Das war ein berufliches Ziel. Von der Thematik war Jura nie mein Lieblingsfach und wird es auch nie sein. Das heißt, ich brauchte etwas anderes als Ausgleich. Und das war die Literatur, die Literaturwissenschaften besonders, also nicht nur die Soziologie, wo ich mit anderen Feldern in Berührung kam. Deswegen bin ich nach Dublin gegangen. Es war der „Ulysses“, es war James Joyce, die Beschäftigung mit ihm und die englische Sprache. Das war das Entscheidende. Ich habe da nicht nur an der Uni gelebt, sondern in einem Haus, in dem kein einziger Student wohnte. Es waren alles „normale“ Leute – in Anführungszeichen –, wo man also nicht nur den universitären Bereich erlebte, Menschen, die jeden Tag kämpfen mussten, die damals alle sehr arm waren. Jetzt ist es ja in Irland wieder so, nach einem kurzzeitigen Aufschwung. Kinderreiche Familien, katholisch geprägt, alles Themen, die wir heute ja noch haben, wenn man sich die Missbrauchsfälle, besonders in der katholischen Kirche, aber nicht nur da, anguckt. Das waren Erleb-

nisse, die mich geprägt haben, als ich aus meinem Studium heraus ins Ausland ging. Mit einer Außensicht von Irland auf das kontinentale Europa zu schauen, das hat mich beflügelt. Kurz danach begann die Prüfungsphase für das erste Staatsexamen und ich hatte den Vorsatz: „Ich will dadurch, ich muss dadurch.“ Ich habe es dann ja auch gepackt.

Beim Zweiten Staatsexamen war dann genau das Gleiche. Es war im Referendariat das Ziel, weit weg zu gehen. Es waren damals noch zweieinhalb Jahre Referendariat und ein halbes Jahr Prüfung, also drei Jahre Referendariat, insgesamt knapp fünf Jahre Studium und drei Jahre Referendariat. Das sind dann acht Jahre und dann kann es sein, dass man, wenn man zweimal durch das Staatsexamen fällt, ohne vernünftigen Abschluss dasteht. Der Auslandsaufenthalt war von den Stationen her nur noch von Februar bis April einzufügen, und deswegen war es Neuseeland. Da ich nicht winterverliebt bin, wollte ich in einen etwas wärmeren Bereich, und Neuseeland war am weitesten weg und dort war der Sommer. Neuseeland hat mich auch deswegen geprägt, weil ich zur Zeit Tschernobyls da war und praktisch die Berichterstattung über Tschernobyl in Neuseeland miterlebte und wirklich ein Grauen hatte, weil man sehr weit weg war. Ein Handy hatte ich nicht, das gab es noch nicht. Also musste ich mit Briefverkehr arbeiten, so dass sich die Briefe natürlich überschneiden und man dachte: „Das kann doch irgendwie nicht sein, was da passiert.“

Beruflich war ich an einer der größten Rechtsanwaltskanzleien in Auckland tätig und hatte eine sehr gute Sicht auf dieses kleine Europa von einem ganz anderen Kontinent aus. Deswegen hat mich beides so geprägt in dem Willen, durchzukommen und dann auch den beruflichen Weg weiter zu gehen. Die Sprachen (englisch und Maori) und ihre verschiedenen Kulturen prägten mich.

Sandy Hillman:

Ich habe ein Problem mit dem Wort „Humankapital“, weil es auch vor einigen Jahren zum „Unwort des Jahres“ gewählt worden ist. Sie jonglieren ja eigentlich sehr häufig mit dem Begriff. Mich würde ihre persönliche Definition des Wortes „Humankapital“ interessieren. Denn für mich ist es eigentlich eine absolute Entfremdung vom Individuum.

Andreas Tesche:

Ich habe wahrscheinlich die gleiche Definition oder die gleiche Ablehnung wie Sie. Ich muss ja mit diesen Begriffen jonglieren, wenn man auf der Ebene ist, sich mit Fachkollegen auszutauschen, oder auch in diese Richtung zu gehen. In dem Projekt „URgesund“ ist es auch so. Da verwenden wir jedenfalls, wenn wir in diesen Bereich hineingehen, den Begriff „Sozialkapital“. Da geht es um menschliche Beziehungen, gerade bei der Arbeit, ebenso um die Motivation von Beschäftigten, um eine gesunde Führungskultur, überhaupt um Führung. Bei der

Universität kann man das, glaube ich, ganz plastisch sagen. Wir haben eine Umfrage gemacht, auch bei Beschäftigten in einigen Fakultäten. Trotz hoher Wertschätzung der eigenen Arbeit und hoher Akzeptanz der Beschäftigung an einer Universität – weil man ein hohes Niveau hohen anspruchsvollen Arbeitens hat –, ist klar als großes Manko herausgekommen, dass das Feedback unzureichend ist. Eine Klage lautete: „Mein Professor ist in Singapur, ich kenne ihn gar nicht so richtig, nur von e-Mails und er kann mich doch gar nicht einschätzen“, eine andere bemängelte folgende Aussage: „Wir brauchen uns gar nicht zu unterhalten, Sie wissen doch, wie ich über Sie denke, wir sehen uns doch immer beim Kaffee.“ Es gibt also in einigen Fällen keine richtigen, intensiven Personalgespräche. Das ist beklagt worden und deswegen haben Sie insoweit Recht, wenn man mit diesen betriebswirtschaftlichen Begriffen arbeitet, klammert das gerade diese sozialen Beziehungen aus. Das ist das Gefährliche, wenn man allein auf solche Begriffe abstellt.

Nico Leschinski:

Meine Frage geht in die gleiche Richtung. Wir haben gerade den Humankapitalbegriff gesprochen. Wie sehen Sie das mit den Studentenprotesten, die wir ja auch letztes Jahr gemacht haben. Sitzen Sie da zwischen zwei Stühlen, sagen Sie sich: „Ich kann das voll verstehen, aber ich muss meine Zahlen durchbringen?“ Wie ist das für Sie?

Andreas Tesche:

Nein, da sitze ich überhaupt nicht zwischen zwei Stühlen. Erst mal ist es gut, wenn protestiert wird, aber diesen Begriff „Bildungsstreik“ kann man keinem Engländer erklären. Wenn man das in das Englische übersetzt, dann wird gefragt: „Was wird da bestreikt, wer wird da bestreikt?“ Aber der Protest, den Sie schildern, betrifft die Frage der Umgestaltung der Hochschulen. Das gesamte Hochschulwesen ist in den letzten 18 Jahren permanent verändert worden, eine Reform jagte die andere. Der Hinweis, dass Sie als Studenten das täglich erleiden und leider erleiden müssen, ist wichtig. Es geht um die Fragen der Ressourcen, der Ausstattung und auch der Qualität von Lehre. Sicher sind wir uns einig, dass der Bologna-Prozess nicht gescheitert, aber dringend reformbedürftig ist. Da geht es um die Grundbestandteile, also die Grundvoraussetzungen. Es geht nicht um Exzellenz, sondern es geht um die Grundbedürfnisse, das Basisvolumen abzudecken. Es ist der entscheidende Schritt, den Sie auch als Studenten gerade gegangen sind und auch noch weiter gehen, nämlich die politischen Entscheidungsträger daran zu erinnern, dass man mit zusätzlichen Mitteln und Maßnahmen, die alle befristet sind – ob nun Hochschulpaktmittel oder andere – keine Grundressource ersetzen kann. Im Gegenteil: mit zusätzlichen Mitteln auf der einen Seite und gleichzeitig mit Ressourceneinsparungen beim Grundbestand wird das gesamte

System gefährdet. Das ist für mich eine der Kernprobleme, die Sie und ich durch den Bologna-Prozess erleiden, dass man eine Umgestaltung des Studienbetriebes durchführt oder anstrebt, aber dann die Ressourcen nicht nur nicht beibehält, sondern sogar nach unten setzt. Basisressourcen sind unbefristete Stellen, mit Professoren und Hochschullehrern, damit hinreichend Lehre gewährleistet ist. Die Hochschulpaktmittel sind eigentlich nur für den zusätzlichen Bedarf bestimmt, aber sie decken jetzt praktisch den Grundbestand, die Grundbedürfnisse und die Grundausrüstung einer Universität ab. Und das ist der gefährliche Weg, den ich jetzt sehe, auch im Rahmen der sonstigen Einsparungen. Für den Exzellenzbereich ist der Bund zuständig – eine schöne Förderalismusreform! Da fühlt sich der Bund, weil er sonst keine anderen Möglichkeiten hat, praktisch als Aushängeschild und gibt jetzt für Lehre und Forschung in so genannte Exzellenzbereiche Geld, das die Empfänger wahrscheinlich brauchen können, aber nicht die notwendige Grundausrüstung ergänzen. Gleichzeitig kürzen die Bundesländer, hier in Mecklenburg-Vorpommern auch, die Grundausrüstung. Das passt nicht zusammen, das kann gar nicht zusammen passen. Deswegen war es auch für mich, nicht nur für die Hochschulrektoren, eine Alibiveranstaltung am 17. Mai 2010, als Frau Schavan²⁹ die Zwei-Millionen-Zusage für die Qualitätsoffensive in der Lehre und für Exzellenzprojekte machte. Insoweit kann man Koch³⁰ nur dankbar sein, dass er die Richtung angegeben hat. Er hat die Hochschulrektoren in Hessen geknebelt, um sie dazu zu bringen, die Einsparungen zu unterzeichnen, mit der Drohung: „Wenn ihr das nicht unterzeichnet, dann werden die Einsparungen noch größer, als sie jetzt auf dem Papier stehen.“ Dann haben sie alle unterzeichnet, auch diejenigen, die vorher argumentierten: „Das können wir gar nicht unterzeichnen, weil es die Grundausrüstung gefährdet.“ Selbst bekannte Universitäten wie die TU Darmstadt und die Uni Frankfurt, die sich zunächst geweigert hatten zu unterzeichnen, mussten es tun. Daher ist ihr Protest auch unser Protest, weil er genau in die gleiche Richtung geht.

Kersten Krüger:

Weil die Zeit abgelaufen ist, beenden wir die Aussprache. Wir danken unserem Gast. Der Ausblick, den er gegeben hat, gibt allen zu denken und vielleicht auch zu handeln, nicht nur zu beraten. Wir schließen die Sitzung mit Dank an alle Beteiligten.

²⁹ Prof. Dr. Annette Schavan, geboren 1955, Politikerin, 1995-2005 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, seit 2005 Bundesministerin für Bildung und Forschung, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Annette_Schavan und <http://www.bmbf.de/de/555.php> (04.04.2011).

³⁰ Roland Koch, geboren 1958, 1999-2010 Ministerpräsident des Landes Hessen, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Roland_Koch und <http://www.roland-koch.de/> (04.04.2011).

Spychala, Franz



Lebenslauf

akademischer Titel: Prof. Dr.- Ing.

Tätigkeit in Rostock: Wissenschaftlicher Assistent 1961 - 1968

Fakultät: Schiffbautechnische Fakultät

Institut: Institut für Strömungsmaschinen

Lehr- und Forschungsgebiete: Dampf- und Gasturbinen, Abgasturbolader Lehraufträge Dampfturbinen bzw. Kreiselverdichter, Gutachter für Promotionsverfahren auf dem Gebiet Kolbenmaschinen, Praxispartner für Forschungsvereinbarungen zwischen damaliger Sektion Schiffstechnik und DMR bzw. Kombinat Schiffbau (KSR) auf den Gebieten Verbrennungsmotoren bzw. Maschinenanlagen

Lebensdaten: Geboren am 14. April 1935 in Ketzin/Havel

Konfession: Evangelisch, später ohne

Vater: Richard Spychala, Eisenbahner

Mutter: Elsbeth Spychala, geb. Hinze , Hausfrau

Kurzbiografie: Grundschule 1941 -1945 Ketzin, 1946-1950 Rostock
 Oberschule 1950-1954 Rostock
 Studium Schiffsmaschinenbau Schiffbautechnische Fakultät 1954 -1959
 Konstrukteur VEB Dieselmotorenwerk Rostock (DMR) 1960-1961
 Wiss. Assistent Institut für Strömungsmaschinen 1961-1968
 Entwicklungs-Ingenieur, Abt.-Leiter, Haupt-Abt.-Leiter DMR 1968-1977

Entwicklungs-Ingenieur, Abteilungsleiter Maschinenbau Institut für Schiffbau 1978-1990
 Professor für Kolbenmaschinen/Energietechnik am Fachbereich Maschinenbau Fachhochschule Koblenz 1990 - 1999
 Im Ruhestand seit Ende Sommersemester 1999
 Arbeiten auf dem Gebiet Technikgeschichte, speziell Dieselmotorenwerk und Entwicklung von Schiffsantriebsanlagen,
 Arbeiten für das Schiffbau- und Schifffahrts-Museum Rostock,
 Mitarbeit im Verein Deutscher Ingenieure (VDI)

Akademische Abschlüsse:

Diplom als Dipl.- Ing. Dez. 1959
 Promotion zum Dr.- Ing. 1968

Ehrungen:

Auszeichnung mit der Medaille „Akademik Krylow“ des Leningrader Schiffbau-Instituts (LKI).

Werke (Auswahl):

Buch „Kolben, Pleuel und Losungen“ – Das Dieselmotorenwerk Rostock“ – Ein Beitrag zur Geschichte des Schiffsmaschinenbaus in Norddeutschland von 1945 – 1990, BS – Verlag Rostock 2006
 Vorträge: u.a.
 Geschichte der Entwicklung des Instituts für Schiffbau Rostock
 Entwicklung der Flugtriebwerke von Heinkel bis in die Gegenwart
 Antriebsanlagen für Unterwasserschiffe
 Entwicklung der Schiffsantriebsanlagen von 1850 bis 2000:
 – Kolbendampfmaschinen
 – Dampfturbinen
 – Dieselmotoren
 Stasi in die Produktion – Stasi in der Produktion –

Quellen: eigene Angaben

Zeitzeugengespräch mit Franz Spychala am 5. November 2010

Transkription und Protokoll:

Anne Rönspiess, Dennis Rönspiess, Christina Scholz, Friederike Zips.

Kersten Krüger:

Wir dürfen unseren Gast begrüßen, Herrn Professor Dr. Spychala, der als Zeitzeuge zu uns gekommen ist, und zwar deshalb, weil er einen äußerst interessanten Lebensweg erreicht hat. Er gehört in dieses Zeitzeugenseminar, weil er in den 1980er Jahren Aussicht auf eine Professur an unserer Universität hatte. Doch wusste die Staatssicherheit das zu verhindern. Er hat bereits ein zweibändiges Erinnerungswerk herausgebracht, auf das an dieser Stelle hingewiesen sei.¹ Lieber Herr Spychala, sie haben jetzt das Wort.

Franz Spychala:

Meine Damen und Herren, für mich geschah es einigermaßen überraschend, eine Einladung zu Ihrer Veranstaltung zu erhalten. Ich habe mich bereits im Internet informiert, wer hier bereits war. Wenn Sie mich dort einreihen ist das nicht schlecht für mich. Also schönen Dank und ich hoffe, dass ich Ihre Erwartungen auch erfüllen kann.

Der Anlass für diese Einladung und die Verbindung zu Herrn Krüger war, dass über die Presse ein Aufruf erging, als Zeitzeuge Verbindung zur Universität aufzunehmen. Ich bin Jahrgang 1935, also 75 Jahre alt und gehöre damit nicht mehr zu den allerjüngsten. Dabei habe ich einige Zeitzonen überdeckt, die andere vielleicht nicht so genau kennen. Noch zehn Jahre, und zwar von der Geburt an bis zum zehnten Lebensjahr, habe ich das Dritte Reich erlebt, dessen letztes Jahr einige Spuren hinterlassen hat. Dann durchlebte ich den realen Sozialismus von Anfang bis Ende, also von den Anfängen 1945 bis 1990, und habe anschließend knapp zehn Jahre im Westen unserer Heimat den realen marktwirtschaftlichen Kapitalismus erlebt. Den Wenderummel habe ich nicht mitgemacht, sondern ich bin weggegangen und habe zehn Jahre in Koblenz im Rheinland an der dortigen Hochschule² gelebt und gearbeitet. Auch das hat ziemlich gute Eindrücke hinterlassen. Nun bin ich seit einiger Zeit im Ruhestand, ich bin Rentner und versuche

¹ Spychala, Franz: Kolben, Pleuel und Losungen: das Dieselmotorenwerk Rostock. 2 Bde. Rostock.2006.

² Fachhochschule Koblenz, siehe: <http://www.fh-koblenz.de/>.

aus meinem Leben und aus meinen Erfahrungen etwas aufzuschreiben, unter Anderem das Buch über die Entwicklung des Dieselmotorenwerkes, in dem ich doch einige Jahre zugebracht hatte. Ich halte Vorträge zur Technik und zu historischen Fragen. Also ich habe mein Tun. Ein Punkt darin ist Ihr Seminar und deshalb bin ich auch gerne hier hergekommen.

Ich bin Rostocker seit Anfang 1946, kenne also die Geschichte der Stadt – bis auf die zehn Jahre in Koblenz – aus eigenem Erleben und bin sonst kaum längere Zeit weg gewesen. Zunächst erläutere ich meine Verbindung zur Universität. Ich habe hier elf Semester an der damaligen Schiffbautechnischen Fakultät studiert – von 1954 bis Ende 1959 – und habe mit dem Diplom in Schiffsmaschinenbau abgeschlossen. Dann war ich sechseinhalb Jahre Assistent an dieser Fakultät und schloss diese Tätigkeit 1968 mit meiner Promotion ab.³ Danach bekam ich noch hin und wieder einen Lehrauftrag und war auch später mit der damaligen Sektion Schiffstechnik durch vertragliche Zusammenarbeit vom Dieselmotorenwerk aus in der Forschung über Jahre verbunden. In dieser Zeit sollte ich einmal Direktor in der Universität werden – also kein Prorektor –, aber ein Direktor, das hat mir aber das Ministerium für Staatssicherheit nicht zugestanden. Außerdem hatte ich über viele Jahre persönliche Kontakte zur Universität. In der Koblenzer Zeit bin ich mit dortigen Studenten jedes Jahr nach Rostock gefahren, um ihnen die ehemalige DDR zu zeigen sowie die Stadt Rostock und das Umfeld. Jedes Jahr habe ich die Universität besucht, immer die Technische Fakultät, heute die Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik.⁴ Die Verbindungen zu dieser Fakultät bestehen auch heute noch teilweise, werden aber natürlich immer weniger.

Nun zur Autobiographie: Ich wurde am Palmsonntag, den 14. April 1935, geboren. Man sagt, das sei etwas Besonderes, aber das kann ich nicht nachempfinden. Der Geburtsort war das kleine Städtchen Ketzin an der Havel zwischen Potsdam und Brandenburg in der Provinz Mark Brandenburg. Mein Vater war Eisenbahner, meine Mutter Hausfrau. Von meinen Großeltern stammen drei Stämme aus der Mark. Das waren die Gromanns, eine Schmiedefamilie aus dem Dorf Zachow, die Hinzes, das waren Binnenschiffer und Fischer, und das waren Müllers, die ich nicht weiter identifizieren konnte, da es davon zu viele dieses Namens gibt und vom eigentlichen Zweig keiner mehr identifiziert werden kann. Der vierte Stamm waren die Spychalas. Interessanterweise stammten diese aus der Provinz Posen und waren durch die polnischen Teilungen zu preußische Untertanen geworden. Nach der Gründung des Kaiserreichs 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs strömten viele diese Leute ins Reich, etwa in das Ruhrgebiet.

³ Spychala, Franz: Untersuchung des Pumpverhaltens eines freifahrenden Abgasturboladers. Rostock Univ., Diss. A, 1968.

⁴ Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik, siehe:
<https://www.uni-rostock.de/fakultaeten/fakultaet-fuer-maschinenbau-und-schiffstechnik/>

Deshalb gibt es so viele polnische Nachkommen, beispielsweise bei den Fußballspielern. Andere Ziele dieser Ströme waren das Braunkohlegebiet um Leipzig und das Gebiet in und um Berlin. Meine Vorfahren blieben um Berlin hängen, nämlich in dem Städtchen Ketzin. Dort wurden Tonvorkommen entdeckt, was zum Aufbau von Ziegeleien führte. Mein Urgroßvater Rochus Spychala und mein Großvater Valentin haben also in der Ziegelei Ketzin fleißig Millionen von Ziegeln gestrichen, mit denen Berlin aufgebaut wurde. Das sind meine Wurzeln.

Wenn man so will, waren die Spychalas Migranten, aber, das muss man sagen, sie haben sich vom ersten Moment an voll integriert. Man hat mir erzählt, dass es keinen preußischeren Preußen gab als Valentin Spychala. Und ein bisschen habe ich davon mitbekommen, also für mich gelten solche Begriffe wie Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Disziplin, aber auch Selbstdisziplin, ohne die das Ganze nicht geht. Bisweilen benutze ich das Wort Disziplin und stoße bei Jugendlichen damit auf völliges Unverständnis.

Das Familienleben bei uns war sehr harmonisch. Mein Vater, der Eisenbahner war, wurde zunächst nicht als Soldat eingezogen, nicht bis 1945. Ketzin lag genau in der Einflugschneise aus dem Großraum Hannover im Anflug auf die Reichshauptstadt Berlin. Deshalb hörten wir Tag und Nacht die Bombenflugzeuge brummen und manchmal fiel aus ihnen etwas wie Bomben heraus oder manchmal wurde auch ein Flugzeug abgeschossen. Dann sind wir als Jungen dorthin geradelt und haben uns die Reste angesehen. Noch 1945 wurde mein Vater im Zuge der „Aktion Heldenklau“ im letzten Aufgebot in den Volkssturm geschickt und bis nach Grünberg an die Oder gefahren. Von da aus ist er dann zurückgelaufen und kam bis in den Kessel Halbe-Prieroß-Königs Wusterhausen, wo die letzte große Kesselschlacht südöstlich von Berlin stattfand. Dort hatte Hitler die 9. Armee in Stärke von 200.000 Mann konzentriert, ein kampfmüder, unorganisierter Haufen, unter Ihnen viele Volkssturmlaute. Das Hauptziel war weniger das Kämpfen um Berlin, sondern das Bestreben war, zu den Amerikanern durchzukommen. Der Kommandierende, General Busse,⁵ der später in der BRD wieder viel zu allem zu sagen hatte, kam dann mit ungefähr 25.000 Mann von den 200.000 zu den Amerikanern durch, während 120.000 in russische Gefangenschaft gerieten. Der Rest der Armee fiel in den Wäldern des Kessels. Zu Letzteren zählte leider auch Richard Spychala.

Am 24. April 1945 marschierte bei uns die Rote Armee ein. Ketzin liegt, nordwestlich von Potsdam. Ein Armeeflügel der Russen kam von Norden und ein Flügel kam von Süden. In Ketzin trafen sie sich, weshalb es dort einmal eine Bronzetafel zur Erinnerung gab, die in der Wendezeit jedoch entwendet wurde.

⁵ Theodor Busse (1897-1986) General der Infanterie im Zweiten Weltkrieg. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Busse.

Im Juni 1945, ein paar Wochen nach Kriegsende, bekamen wir Post. Es kam eine Karte von einer Frau aus Prieroß, mit dem Inhalt, dass sie die Unterlagen vom gefallenen Richard Spychala gefunden hätte. Meine Mutter sollte nun dorthin kommen, wenn sie ihn beerdigen wollte. Daraufhin ist meine Mutter im Sommer 1945 mit mir von Ketzin über Berlin und Königs Wusterhausen nach Prieroß gefahren, oft marschiert. Wir haben meinen Vater aus dem Wald geholt und ihn dann beerdigt. Das war ein Einschnitt im Leben, den man nicht vergisst. Das formt viele Einstellungen zu dem, was Krieg und Ähnliches ist. Mein Vater war so ordentlich, dass er alles, was er besaß, unter den Stahlhelm gelegt hatte, bevor er wohl an seiner Verwundung starb. Dort haben wir alles gefunden, darunter Briefe, die ich als zehnjähriger Junge an ihn geschrieben hatte. Diese Briefe habe ich noch heute. Das ist sicher nicht alltäglich.

Nun saßen wir da, meine Mutter mit meiner Schwester und mir. Die Familie war groß, aber jeder kümmerte sich um sich selbst, und wir wussten nicht weiter. Dann erfuhr sie, dass ihr jüngster Bruder schon aus der Kriegsgefangenschaft von den Engländern zurückgekommen war, weil Marinesoldaten in britischer Gefangenschaft relativ zeitig entlassen wurden. Auch hatte sie hier oben in Mecklenburg noch eine Schwester, und zwar auf dem Gut Hohen Luckow bei Satow. Dort war mein Onkel Oberschweitzer. Das Gut, es war im Besitz derer von Brocken und derer von Langen, wie an den Gutsgebäuden zu lesen war und ist, wurde nicht aufgesiedelt, da die Russen es zur eigenen Versorgung nutzten. Man lebte dort eigentlich nicht schlecht, und meine Mutter beschloss im Dezember 1945 dort hinzufahren. Es war eine abenteuerliche Reise für meinen Onkel, meine Mutter und mich, die von Ketzin über Nauen, Wittenberge, Ludwigslust, Schwerin, Wismar und Neubukow nach Hohen Luckow ging. Zum Schluss war es nur noch ein Fußweg über einen verschlammten Dezemberweg von Satow über Wokrent nach Hohen Luckow. Damit war mir, irgendwie auch trotz meiner erst zehn Lebensjahre, klar, dass Ketzin für mich passé war.

Mich ließ man dort. Ich besuchte dann die einklassige Dorfschule bei Lehrer Karl Ehlers. Das war ein Original. In dieser Klasse waren die 5. bis 8. Klasse versammelt. Links saßen die Mädchen und rechts die Jungen. In Jeder Klassensstufe je ein bis zwei Mädchen und Jungen, die alle fast das Gleiche taten. Da ich in der 5. Klasse war, musste ich da also mitmachen. Meine Mutter ist nach Rostock gezogen und hat wieder geheiratet, weil sie dachte, dass sie uns nur so durchbringen könnte. Mit dem Mann meiner Mutter konnte ich mich nie verstehen, deshalb lassen wir das beiseite. Ich wurde dann nach einem viertel Jahr auf dem Gut auch nach Rostock geholt. Nach meinen Erlebnissen auf dem Lande habe ich eine bestimmte Einstellung zum Niveau eines Gutsarbeiterlebens um diese Zeit gewonnen. Ich habe es kennen gelernt, und es war ja 1945 nicht anders als in den Vorjahren. Alle Räumlichkeiten des Gutes und alle Ställe hatten fließend Wasser, aber keine Käte der Landarbeiter des Gutes hatte fließend Wasser. Alle mussten

deshalb zu einer Pumpe am anderen Ende des Dorfes gehen, was gut 800 bis 1.000 Meter Fußweg waren, und mit der Trage und zwei daran befestigten Eimern das Wasser holen, das man im Haus und im Stall braucht. Dieses Bild hat sich bei mir eingepägt, nicht weil ich arbeiten und Wasser schleppen musste, aber ich habe nicht eingesehen, dass die Schweine und Kühe das Wasser aus der Leitung kriegen, während die Leute, wenn wir es brauchten, es immer erst holen gehen mussten.

Ich kam nach Rostock und ging in die „Vorstädtische Knabenschule“. Das ist das Gebäude am Doberaner Hof. Daran steht jetzt nur noch „Knabenschule“. Ich kam dort in die Außenstelle Seefahrtsschule, das ist jetzt so ein kleines, grau verputztes Gebäude am Eingang des Friedhofswegs. Das war einmal eine alte Seefahrtsschule, die der Schule zugeschlagen wurde. Später kam ich zur Borwinschule am Kabutzenhof. Wir gingen – das war ganz normal – zum Konfirmandenunterricht. Der Pastor kam in die Schule und teilte mit, wann und wo der Unterricht stattfinden würde. Die Jungpioniere haben uns damals nicht gestört.

Sonst ist eigentlich weiter nichts aus dieser Zeit zu berichten, außer dass ich Fischhändler und Schieber wurde. Das war auch interessant. Das Essen war knapp, besonders in der Stadt. Wir wohnten in der Bremer Straße nahe der Karl-Marx-Straße, wo die Häuser bereits 1935/36 für die Berufssoldaten der Kaserne in der Tschaikowskystraße gebaut worden waren und die durch das Kriegsgeschehen teilweise leer wurden, weshalb wir dort eine Wohnung fanden. Bei uns im Hause lebte eine Frau, die einen Bruder hatte, dem ein Kutter in Warnemünde gehörte. Dieser zweigte von seinem Ablieferungssoll an Fischen so viel wie möglich ab, und die Schwester holte die Fische dann in die Bremer Straße. Wir packten diese Ladung in einen alten Eimer und den in einen alten Rucksack, der schon drei Meilen gegen den Wind nach Fisch stank, danach kam das Ganze auf den Gepäckträger unseres Fahrrades. Damit musste dann einer von uns, meistens ich mit nachher elf, zwölf, dreizehn Jahren, einmal im Monat nach Hohen Luckow strampeln. In der Schule bekam ich einen Entschuldigungszettel, denn es war immer irgendetwas wie etwa eine kranke Oma oder eigene Krankheit und solche Dinge, um mein Fehlen wegen der Fischtour zu entschuldigen. Im Dorf hieß es dann, dass der Fischmann da ist. Dann gab es für zehn Heringe entweder ein halbes Pfund Butter oder zehn Eier oder soundso viel Speck oder Anderes. Dann packte ich die Sachen wieder ein und fuhr damit zurück. Davon behielten wir einen Anteil, ebenso die Nachbarin, und der Bruder mit dem Kutter bekam den Rest. Dann wohnte noch jemand im Haus, der ein Motorrad über den Krieg gerettet hatte. Er kam auch schnell aus der Gefangenschaft zurück und ging mit seinem Motorrad zur Landpolizei. Der sagte öfters: „Passt auf Leute, wenn ihr mit eurem Fisch heute fahrt, heute wird kontrolliert, aber dort und dort nicht.“ Der bekam auch noch immer etwas ab, und wir kamen damit alle gut über die Runden.

Im Jahr 1950 beendete ich die 8. Klasse, die damals Abschluss der so genannten Grundschule war. Wir machten noch eine Prüfung, die man sich fast wie ein kleines Abitur vorstellen kann, und bekamen eine Gesamtnote. Nun war die Frage, wie es weitergehen sollte. Nach den häuslichen Auffassungen sollte ich einen Beruf erlernen und dafür hinausgehen, also irgendwohin, möglichst gleich mit Unterkunft, zu einem Meister oder in ein Internat. Der Grund war das Geld. Der Mann meiner Mutter war Schuhmacher, der einen Stundenlohn von einer Mark verdiente. Bei 200 Stunden monatlicher Arbeitszeit brachte er also 200 Mark nach Hause, brutto, und das für vier Personen. Ein Lehrling bekam damals 30 bis 40 Mark im Monat, was an 200 Mark ein beachtlicher Anteil ist. Deshalb war die Idee eigentlich richtig, aber mir gefiel sie nicht, denn mein Lehrer sagte mir in der Schule: „Du machst Abitur! Du gehst zur Oberschule.“ Selbst mein Rektor setzte sich für mich ein und beide kamen zu mir nach Hause und bearbeiteten meine Leute. Sie gaben etwas bekannt, was keiner von uns vorher wusste. Es gab zu der Zeit Stipendien für Oberschüler. Man konnte 30, 45 oder sogar 60 Mark bekommen pro Monat, was sich im Vergleich zu 200 Mark stark auswirkte. Voraussetzung für den Erhalt überhaupt war eine weniger gute soziale Lage. Die Höhe ergab sich aus dem Notendurchschnitt des letzten Halbjahres, Anfangs vom Zeugnis der achten Klasse und dann nach jedem Halbjahr neu berechnet. Ohne mich loben zu wollen erwähne ich, dass ich von acht Halbjahren an der Oberschule sieben Mal 60 Mark bekommen habe. Einmal bin ich verrutscht, dann waren es nur noch 45 Mark. Das heißt, ich erhielt also mehr als ein Lehrlingsgeld und durfte deshalb zur Oberschule gehen. Das wäre mir ohne diese Regelungen der DDR nicht möglich gewesen. Daraus resultiert auch eine gewisse Dankbarkeit.

Die Große Stadtschule Rostock war meine Schule. Hier ging ich zur Oberschule und machte auch Abitur. In der Oberschule hatten wir außerhalb der Schule eigentlich wenig mit der DDR und mit politischer Einflussnahme zu tun. Das Einzige war, dass wir in die Freie Deutsche Jugend (FDJ) „eingetreten“ wurden. In der neunten Klasse kam ein Lehrer in den Klassenraum und sagte: „Was habe ich gehört? Ihr seid nicht alle in der FDJ? Wer von euch ist in der FDJ? Ihr drei nur und die anderen nicht? Moment!“ Dann kam er nach kurzer Zeit mit Zetteln wieder und sagte: „Die hole ich mir nächste Pause ausgefüllt wieder ab.“ Damit waren wir alle in der FDJ. Ich ging dann noch viel in einen Sportverein und spielte dort Handball. Das war noch Feldhandball auf grünem Gras an der frischen Luft und ist nicht mit dem Handball von heute zu vergleichen. Die Lehrer in der Stadtschule kamen mir teilweise vor wie aus der „Feuerzangenbowle“ entsprungen, aber das führt hier zu weit. Wer darüber mehr erfahren möchte, der kann nachle-

sen. In dem Buch „425 Jahre Große Stadtschule Rostock“⁶ habe ich unter der Überschrift „So lernten wir für das Leben – Erinnerungen an die Große Stadtschule Rostock 1951-1954“ darüber berichtet. Es gab natürlich auch andere Lehrer. Mein Klassenlehrer war Mitglied der SED und aktiver Christ. Er sagte, dass er das vereinbaren könne. Das hat mich irgendwie beeindruckt.

Dann kam die Frage nach einem Studien- oder Berufswunsch. Ich hatte in der Kriegszeit schon eine Begeisterung für alles gewonnen, was mit Flugzeugen zusammenhing. Ich war nicht dafür, Bomben zu werfen und Flugzeuge abzuschießen, aber das Flugzeug an sich als technisches Gerät interessierte mich. Aber wo sollte man um diese Zeit ein Flugzeug herkriegeln oder neu bauen? Mit einmal tauchte in Rostock an der Universität eine Technische Fakultät für Luftfahrtwesen auf, und zwar im Haus am Vogelsang, wo jetzt die Wohnungsgenossenschaft der früheren Warnow-Werft sitzt. Dort war später unsere Fachrichtung Schiffsmaschinenbau ebenfalls angesiedelt, davor aber die Technische Fakultät für Luftfahrtwesen. Aus meinem Sportverein war ein Sportsfreund dort Student und erzählte mir von dieser Fakultät. Daraufhin ging ich dort hin und musste nur das Schild lesen, um zu wissen, dass ich dort auch hingehen würde. Mich interessierten aber am Flugzeug nicht die Zelle und die Tragflügel, sondern die Antriebe. Doch es kam der 17. Juni 1953, und schon war die Fakultät verschwunden. Sie tauchte später in Dresden wieder auf, erst als Institut für Leichtbau, dann im großen Rahmen in der Fakultät für Flugzeugbau, bis dann der Flugzeugbau in der DDR völlig eingestellt wurde und die Fakultät wieder verschwand.

In diesem Haus am Vogelsang wurde danach die Fachrichtung Schiffsmaschinenbau der Schiffbautechnischen Fakultät eingerichtet. Dorthin ging ich, führte einige Gespräche, die mich bestärkten dieses Fach zu studieren. Im Jahr 1954 machte ich Abitur. Die anschließende Bewerbung wurde ohne weiteres akzeptiert, und dann studierte ich dort bis 1959 bis zum Diplom. Es war eigentlich, abgesehen von ein paar Kleinigkeiten, nichts Besonderes, was man in dieser Zeit außerhalb des Studiums von uns wollte. Ein bisschen Gesellschaft für Sport und Technik (GST):⁷ marschieren, mit dem Luftgewehr umgehen und Motorrad fahren auf dem alten Flugplatz von Heinkel, das waren die alten Rollbahnen in Marienehe. Da fanden die Übungen der GST statt. Dort erwarben wir Fahrerlaubnisse, und das machte auch Spaß. Außerdem hatte ich immer noch meinen Sport. Es gab keinerlei Angelegenheiten mit der SED, keiner wollte etwas von uns. So wurde ich dann Diplomingenieur.

⁶ 425 Jahre Große Stadtschule Rostock : Festschrift zum Schuljubiläum 2005; [1580-2005]. Hrsg. von Olaf Wild. Rostock 2005.

⁷ Gesellschaft für Sport und Technik (GST), vormilitärische Jugendorganisation in der DDR. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaft_für_Sport_und_Technik.

Doch ein Ereignis gab mir doch zu denken. Im Wintersemester 1957/58, ich war Hilfsassistent im Fach Technische Mechanik bei Prof. Geertz,⁸ wurde um ihn, der auch gleichzeitig Dekan der Schiffbautechnischen Fakultät war, eine politische Auseinandersetzung veranstaltet, ausgelöst durch eine Assistentin im Fach Marxismus-Leninismus mit dem Ergebnis der Suspendierung von Prof. Geertz und seiner Flucht in die Bundesrepublik. Die Unruhe unter der Studentenschaft war unübersehbar.

Viele Jahre später, im Jahr 2008, wurde aus Anlass des 100. Geburtstages von Prof. Geertz ein Symposium an der Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik veranstaltet, in dem ich auf Bitten seiner Tochter, Frau Geist, einen Beitrag brachte mit dem Thema „Ein Ingenieur und Hochschullehrer in der politischen Auseinandersetzung der 40er und 50er Jahre in der DDR – zum Andenken an Prof. Dr.- Ing. Arno Geertz“.

Mein letztes Praktikum hatte ich im Dieselmotorenwerk (DMR) absolviert. Der Abteilungsleiter fragte mich, ob ich da nicht einsteigen wolle. Ich hatte nichts Besseres, außer ich wäre weggezogen. Inzwischen war ich verheiratet, und weder meine Frau noch ich wollten aus Rostock fort, also blieben wir hier und ich ging in das Dieselmotorenwerk. Anfang Januar 1960 habe ich dann dort angefangen, ich kam als Konstrukteur in das Büro für Großdieselkonstruktion. Das Dieselmotorenwerk verfügte über drei Konstruktionsbüros, und zwar je eins für Klein-, Mittel- und Großmotoren. Die Großmotoren wurden auf Basis einer Lizenz der Firma MAN aus Augsburg gebaut. Die Arbeit schien nicht sehr ergiebig zu sein, da man hauptsächlich Lizenzunterlagen durchschaute und auf betriebliche Bedingungen anpasste. Ich muss Ihnen noch sagen, warum ein Betrieb eine Lizenz übernimmt. Warum macht er das nicht selbst? Dies geschieht aus drei Gründen:

Erstens spart die Lizenz Entwicklungszeit, Entstehungsrisiko und Entwicklungskosten. Denn das DMR hatte keine Erfahrungen mit diesen großen Motoren. Somit hätte mit einem weißen Stück Papier begonnen werden müssen. Es dauert Jahre, bis man etwas Eigenes hat und ob es dann funktioniert, steht auf einem anderen Blatt.

Zweites hat man mit der Lizenz ein Produkt, das der Kunde kennt. Nach dem Motto „Wo immer MAN dran steht, ist MAN drin“, den kauf ich also, und ob dann dazu auch noch DMR daran beteiligt ist, spielt weiter keine Rolle. Die Hauptsache ist, es steht MAN drauf.

Drittens, und das ist das Wichtigste: Der Betrieb MAN hatte ein weltweites Servicenetz. Dort konnte anschließend jeder Kunde mit dem Schiff hinfahren und Ersatzteile kaufen. Das DMR wäre gar nicht im Stande gewesen, nur annähernd so

⁸ Prof. Dr. Arno Geertz: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/138133123>.

viel Geld aufzubringen, um damit weltweit Stützpunkte einzurichten, um den Kunden die Möglichkeit zu geben sich mit Ersatzteilen zu versorgen.

Das waren ganz wichtige Gründe für den Kauf von Lizenzen. Doch sollten wir plötzlich etwas Eigenes machen, einen Großmotor selbst entwickeln und neben der Lizenzproduktion herstellen. Das sollte in Abstimmung mit den Polen geschehen, die, wie die Sowjets und noch andere Länder, jeweils andere Lizenzen in Anspruch nahmen. Danach trafen sich die Polen, Sowjets und die anderen und beschlossen: „Wir machen gemeinsam etwas und jeder nimmt eine Größe.“ Damit ging es los.

Doch solch eine Aufgabe in diese Abteilung zu geben, das war schon eine Besonderheit. Die personelle Besetzung bestand fast ausschließlich aus Fachschulingenieuren, einige noch von der Tätigkeit in den Heinkel-Flugzeugwerken der Kriegszeit her geprägt, die meisten waren junge Kollegen, die gerade von den Fachschulen in die Praxis entlassen wurden. Diplomingenieure wie ich und ein Studienkollege galten als selten und neu. Uns war ein Entwicklungsgedanke nicht fremd, doch die anderen kannten nur die Tätigkeit der Umarbeitung bereits fertiger Unterlagen. Und sie fürchteten um ihre Position, wenn sie bei der Entwicklung nicht mithalten konnten. Sicherheitshalber verbreiteten sie Skepsis hinsichtlich der Entwicklung, dann wäre ihre Stellung nicht gefährdet gewesen. Und nach einem halben Jahr war wirklich Schluss, die Entwicklung wurde eingestellt. Warum? Das habe ich bis heute nicht herausbekommen. Jedenfalls ging dann praktisch die einfache Arbeit wieder los. Und es herrschte wieder Freude und Zufriedenheit zwischen den Kollegen.

In dieser Zeit des Betriebes gab es natürlich politische Anforderungen. Mir standen folgende Optionen offen: Eintritt in die SED – von meiner Seite aus abgelehnt; Reserveoffiziere bei der Armee – von meiner Seite aus abgelehnt; jede andere Möglichkeit – von meiner Seite aus abgelehnt. Doch eines konnte ich nicht mehr ablehnen: den Luftschutz. Unter dem Thema der Zivilverteidigung galt es beispielsweise Luftschutzschulungen durchzuführen. Nachdem immer gesagt wurde, wie gefährlich die Atombomben sind, sollte ich praktisch zum Ausdruck bringen, diese Bomben seien nicht weiter gefährlich, außer, man stehe direkt darunter, wenn sie abgeworfen werden. Ich will es etwas übertreiben. Ich sagte also, dass ich solchen Unfug nicht erzählen werde; es gebe nur die Möglichkeit, die Folgen der Atombombe richtig in die Unterlagen zu schreiben, oder ich würde das Thema nicht erwähnen. Schon gab es den ersten Streit. Das Programm wurde dann auch eingestellt.

Weil ich den Betrieb angesprochen habe, möchte ich etwas über die Rolle des Betriebes im Sozialismus sagen. Es war natürlich eine Stätte, in der man arbeitete und einer Tätigkeit nachging, um ein Produkt fertig zu stellen und in der man sein Geld verdiente. Der Betrieb bedeutete aber viel mehr. Auf jeden Betrieb mag das nicht zutreffen, doch im Allgemeinen stimmte es.

Es begann damit, dass das Neugeborene eines Betriebsangehörigen in die Betriebskinderkrippe kam, danach in den Betriebskindergarten. Anschließend wurde das Kind eingeschult und bekam in seiner Klasse die Schulpatenschaft einer Patenbrigade des Betriebes seiner Eltern. Die Schule wurde Patenschule des gesamten Betriebes. Im Schulunterricht gab es die Fächer Unterrichtstag in der Produktion (das wurde UTP genannt) sowie Einführung in die sozialistische Produktion (ESP), die jeweils im Betrieb stattfanden. Dann ging das Kind in die Berufsausbildung, in die Betriebsberufsschule, Jungen absolvierten dort unter anderem die vormilitärische Ausbildung, waren Jungfacharbeiter und gingen anschließend zur Armee. Als Armeeingehörige wurden sie vom Betrieb betreut. Sie sollten sich der Werbung zum Zeitsoldaten (mindestens drei Jahre), die vom Betrieb aus zu erfolgen hatte, unterziehen. Wenn die jungen Männer wieder kamen, wurden sie mitunter zum Studium delegiert, eine derartige Zulassung zum Studium war sehr wichtig und half über Vieles hinweg. Die Fortbildung zum Meister oder eine andere Richtung in der Betriebsakademie waren ebenso möglich. Es bestand die Möglichkeit einer sozialistischen Eheschließung. Die jungen Leute erhielten über die Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaft des Betriebes eine Wohnung. Sie konnten im Betrieb einkaufen, Dienstleistungen wahrnehmen, zum Friseur gehen, zum Schuhmacher, zur Sparkasse und noch vieles mehr. Es bestand die Möglichkeit, über den Feriendienst der Gewerkschaft des Betriebes einen Ferienplatz zu erhalten. Die Kinder fuhren in ein betriebseigenes Ferienlager. Das Betriebsambulatorium oder die Betriebs-Poliklinik sorgten für die Gesundheit. Man bekam eine Kur, wenn es erforderlich war. Sport trieben Sie in der Betriebs-sportgemeinschaft. Ebenso wurde für Kultur, Theater, Bibliothek, Chor oder Laienspiel gesorgt. Veranstaltungen wurden organisiert. Die Mitarbeiter traten in die Gesellschaft für Sport und Technik ein, für die militärische Ausbildung in die Kampfgruppe, in das Reservistenkollektiv oder in die Zivilverteidigung. Das alles geschah im Rahmen des Betriebes. Selbst im Verkehrswesen waren sie tätig, denn es wurden ein Verkehrssicherheitsaktiv gebildet, Verkehrsschulungen durchgeführt. Sogar Durchsichten an Pkws im Sinne des TÜV sind vorgenommen worden. Die Regelung von Streit erfolgte in der ersten Instanz nicht vor der Justiz, sondern über die Konfliktkommission. Hatten die Arbeiterin oder der Arbeiter ein bestimmtes Alter erreicht, konnten sie der Veteranen-AGL beitreten und an Veteranenfeiern teilnehmen. Der Betrieb war demzufolge von der Wiege bis zur Bahre eine Einrichtung, in der jeder fortwährend aktiv werden konnte.

Im Jahr 1961 bekam ich das Angebot, als Assistent an die Fakultät zurückzugehen. Dabei stellte der 13. August 1961 ein entscheidendes Datum dar. Die Grenze war geschlossen, jeder konnte nicht mehr so, wie er wollte – die anderen jedoch jetzt erst recht. Plötzlich wurde ich mir der ganzen Tragweite bewusst. So hatte ich begriffen, dass ich langsam etwas älter geworden war, aber trotzdem noch immer formal Mitglied der FDJ. Ich sollte mit den Lehrlingen etwas unter-

nehmen, Fahrten und dergleichen. Es passte mir mit meinem Alter von 26 Jahren nicht, mich mit 15-16-jährigen Stiften herumzuärgern. Aus diesem Grund wollte ich aus der FDJ austreten, und zwar ganz offiziell, in Ehren verabschiedet werden. Das nahm man mir allerdings sehr übel und schickte mir eine äußerst negative Beurteilung hinterher. Damals war es üblich, dass man solche Beurteilungen nicht zu sehen bekam. Die landete auf dem Tisch des damaligen Prorektors für wissenschaftlichen Nachwuchs der Universität Rostock, Prof Luck.⁹ Auf Grund dessen lud er mich und meinen zukünftigen Chef zu einem Gespräch zu sich. Während dieser Unterhaltung eröffnete er mir sehr offen, was er davon halte, wenn Fachmänner, wie ich einer sei, sich dazu berufen fühlten, lediglich Fachleute zu sein, „... und Politik machen andere – das werden wir nicht dulden!“ donnerte er. „Aus der FDJ austreten, hat man so etwas schon gehört?“ Ich wurde trotzdem eingestellt, er rief mir allerdings noch nach: „Wir werden dich beobachten.“ Dieser Theaterdonner war mit Sicherheit dazu gedacht, den neuen Mitarbeitern, aber auch den Herren Professoren zu zeigen, dass nun ein neuer Wind zu wehen begonnen hatte. Von Beobachtungen bekam ich allerdings über die Jahre nichts mit. Für mich war es jedoch klar, dass mit dem 13. August ein Zeichen gesetzt wurde, dass es nun anders herum geht, denn es konnte niemand einfach ausweichen.

Was machte ein befristet eingestellter Assistent? Er musste sich neben Übungen und Seminaren auch um das Labor kümmern sowie noch viele andere Dinge tun, wie Studienarbeiten betreuen und Exkursionen durchführen. Und mir wurde bald klar, dass mein Institut unter der Leitung von Prof. Paul Jonas¹⁰ keine tragfähige Forschungskonzeption hatte. Das bedeutete, dass wir Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter keine Gebiete vorfanden, auf denen wir Themen für Dissertationen hätten gewinnen können. Also setzten wir Assistenten uns zusammen und überlegten, was zu tun sei. Es gab nur diese Möglichkeit, für die nächsten fünf, sechs, sieben Jahre zu bleiben und ein Thema zu bearbeiten oder aber wieder zu gehen und nichts erreicht zu haben. Das wiederum hätte für uns Jungingenieure bedeutet, dass wir im Betrieb den anderen mit sieben Jahren Verlust gegenüber stehen würden. Da blieb nur die Variante, sich selbst ein Thema zu suchen, den Institutsdirektor davon zu überzeugen und damit zu bestehen. So wurde es dann auch in die Tat umgesetzt. Selbst ist der Mann, diese Devise hatten wir uns im Laufe der Zeit angeeignet. Wir fanden sogar eine ganze Themengruppe für jeden von uns, wovon letztlich noch unser Vorgesetzter überzeugt werden musste. Er stimmte einer Aufgabe zu, die aus einem Gutachten hervorging, und 1968 war dann die Sache abgeschlossen.

⁹ Prof. Dr. Herbert Luck: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/142398144>.

¹⁰ Prof. Dr. Paul Jonas: Catalogus Professorum Rostochiensium:
<http://cpr.uni-rostock.de/pnd/140929126>.

Auch an der Fakultät gab es keine politischen Anforderungen. Zwar wurde im Rahmen des Kollektivs aller Mitarbeiter des Instituts Gewerkschaftsarbeit betrieben, doch es blieb dann bei gemeinsamen Ausflügen, Besuchen von Veranstaltungen oder Feiern. Weder in der Oberschule noch im Studium, abgesehen von dem ersten kurzen Abschnitt im Betrieb, oder an der Fakultät ging es politisch zu. Überall herrschte eigentlich eine relative Ruhe. Die ersten Anzeichen wurden mit der so genannten Dritten Hochschulreform von 1968 sichtbar. Ich musste noch ein paar erste statistische Ausarbeitungen machen und einige Stundenplanvarianten erarbeiten. Die für mich wichtigste Frage war: „Wohin werde ich nun gehen, wo werde ich nun arbeiten?“

Inzwischen herrschte in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft die Losung Ulbrichts vom neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL).¹¹ Kybernetik, Heuristik, EDV und Weiteres standen für den Slogan: Wissenschaft ist Produktivkraft. Auch wenn ich überhaupt keine Verbindung zu Ulbricht habe, lässt sich jedoch mein Verhältnis zu seinem ganzen Handeln in einem Zitat, das ich gelesen habe, zum Ausdruck bringen: „Es gibt verschiedene Ulbrichts.“ Genau das glaube ich auch. Er war ein Stalinist, aber er ließ sich auch überzeugen, dass dieses strenge Wirtschaftssystem, das die DDR analog zum sowjetischen in den ersten Jahren praktiziert hatte, nicht zum Erfolg führte. Daraufhin ließ er ein neues System erarbeiten, das die Russen schon allein auf der sprachlichen Ebene angeblich nicht verstanden. Der Widerspruch zwischen strikter Planwirtschaft und größeren Freiheiten für die Betriebe – letzteres Ziel des NÖSPL – war so dramatisch, dass sich der Vorsitzende der Plankommission und Verfechter des neuen Systems, Erich Apel, erschoss.¹² Mit diesem Selbstmord von Apel geriet die Sache anschließend aus dem Gleichgewicht. Aber Ulbricht blieb bei der Losung: „Überholen ohne einzuholen“. Natürlich kann man über dieses Motto spotten, durchdenkt man es sich jedoch genau, bedeutete es, einen qualitativen Sprung zu machen und nicht einer Sache hinterher zu laufen. Wenn man das so deutet, ergibt es einen Sinn. Die gesamte Wirtschaft sollte sich schlagartig ein gutes Stück nach vorne bewegen.

In dieser Zeit umfasste der Schiffbau der DDR alle See-Werften. Die Verwaltung, das zentrale Leitungsorgan VVB Schiffbau (Vereinigung Volkseigener Betriebe), hatte ihren Sitz in der Doberaner Straße, etwa in Höhe Straßenbahn-

¹¹ Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung, siehe: Bundeszentrale für politische Bildung (30.05.2011): http://www.bpb.de/publikationen/08848277605002510500926090697269,1,0,Die_DDR_in_den_sechziger_Jahren.html

¹² Erich Apel (1917-1965), SED-Funktionär, 1963-1965 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Apel (30.05.2011).

Haltestelle Kabutzenhof, auf der nördlichen Seite, wo nun ein Neubau steht. Dort stand früher ein gelblich-brauner Bau, vormals Möbeltischlerei Klinkmann, der dann zum VVB-Gebäude¹³ umgebaut wurde. In diesem Haus saß der Generaldirektor Alfred Dudszus,¹⁴ ein Mensch mit großem Potenzial, der stets Begeisterung erzeugen konnte. Ebenso war er ein Anhänger von Ulbrichts Thesen. Er erklärte, er werde das Neue Ökonomische System als Erster in einer VVB praktisch einführen. Dafür bekam Dudszus mit anderen den Nationalpreis. Der Schiffbau sollte nun seine Leistung um ein Vielfaches steigern. Alfred Dudszus veranlasste, dass das DMR und andere Maschinenbaubetriebe aus ihren Vereinigungen herausgelöst und in die VVB Schiffbau eingeordnet wurden. Somit konnte er auf direktem Wege auf diese Betriebe einwirken.

Walter Ulbricht kam jedes Jahr zur Ostseewoche nach Rostock und besuchte dabei auch stets die VVB Schiffbau und mindestens einen Betrieb der VVB. So präsentierte Dudszus ihm jährlich etwas Neues und bat dabei gleich um weitere Mittel. Zu dieser Zeit hatte der Schiffbau der DDR einen solchen Stand gegenüber der politischen Führung, dass Spötter das Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau (MSAB), zu dem der Schiffbau gehörte, gemäß der Abkürzung in „Ministerium für Schiffbau und andere Betriebe“ umbenannten.

Während dieser Zeit wurde ich fertig mit meiner Doktorarbeit und überlegte nun, in welchen Bereich ich gehen sollte. Man legte mir das DMR nahe, da es nicht nur Ziel war, die Produktion zu verdoppeln, sondern auch eine zweite Lizenz erworben wurde. Viele neue Stellen sollten entstehen. Diese Möglichkeit nutzte ich dann.

Ich wurde „Ingenieur für Erzeugnisforschung“ und ging meiner täglichen Beschäftigung nach, als sich eines Tages ein mir unbekannter Mann neben mich stellte und sagte: „Guten Tag, ich heiße Schmidt, ich bin hier der Parteisekretär in diesem Betrieb.“ Er schien mich jedoch zu kennen und sprach weiter: „Ich will dir Folgendes erzählen: Du kannst auf diesem Stuhl sitzen bleiben, dann bist du Spezialist, für interessante Aufgaben zuständig und die Sache hat sich. Wenn du aber mehr willst, mitentscheiden und mitberaten möchtest, dann musst du dich dazu bekennen, und zwar zu denen, die dazu berufen sind. Das sind wir. Also lass dir das durch den Kopf gehen.“ Das war mehr als ein Wink. Ich überlegte, was zu tun sei. Zu Hause wurde mir zugeraten und ehe ich mich's versah, wurde ich Mitglied der SED. Dies ging ganz einfach. Nun dachte ich, man könne dort auch wichtige Fragen diskutieren. Doch das stellte sich als ein Trugschluss heraus. Ich war Mitglied der Partei, um stramm zu stehen und Befehle auszuführen. Wenn

¹³ VVB: Vereinigung Volkseigener Betriebe; siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinigung_Volkseigener_Betriebe

¹⁴ Prof. Dr. Alfred Dudszus: Catalogus Professorum Rostochiensium: <http://cpr.uni-rostock.de/pnd/14153172X>.

alles nichts half, erhielt man einen Parteauftrag: „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei, das heißt, du hast überall so zu wirken.“ Mir wurde sehr deutlich klar gemacht, dass hier keine brisanten Fragen gestellt wurden; die könne man sich alleine beantworten. In der Partei galt es, Aufgaben zu lösen. Das war 1969. 1971 stand der neue Fünfjahresplan an. Somit gab es einen Parteitag, an dem sämtliche Parteigremien neu zur Wahl standen. So wurde ich Mitglied der Parteileitung des DMR. Ich wusste gar nicht, wie schnell so etwas geht. Das alles stand unter der Überschrift „Wissenschaft ist Produktivkraft“. Da eignete ich mich als promovierter Ingenieur natürlich besonders gut als Aushängeschild.

Die SED in der DDR war nicht üblicherweise eine Partei, wie wir sie heute kennen. Man sagt allgemein, fünf Prozent der Bevölkerung eines Landes sind politisch interessiert, also bei über 80 Millionen Bürger in der Bundesrepublik etwa vier Millionen, davon ist etwa die Hälfte politisch aktiv, also ein Mitglied einer Partei, Mitglied eines gewählten Gremiums, eines Parlaments, einer Gemeindevertretung usw. So ungefähr muss man sich die Relationen vorstellen. Die DDR hatte 17 Millionen Einwohner und davon waren 2,3 Millionen in der SED. Das heißt, jeder sechste Erwachsene war Mitglied dieser Partei. Mit einem üblichen Parteiensystem hat das also überhaupt nichts mehr zu tun. Nebenbei gesagt, das Dritte Reich zählte 60 Millionen Deutsche, davon insgesamt zehn Millionen Mitglied der NSDAP. Etwa fünf Millionen waren jeweils aktiv. Offenbar müssen solche Systeme ein Parteiregime aufbauen, um sozusagen flächendeckend die wichtigsten Positionen zu bestücken. So kann man direkt Einfluss ausüben. Damit zeigt sich, was das System mit diesen Werbemännern wollte, die zielgerichtet vorgingen. Es konnte auch nicht jeder zu beliebiger Zeit kommen und Mitglied in der SED werden wollen. Nein, einmal waren Frauen mit einem gewissen Bildungsgrad gefragt, dann wieder junge Ingenieure oder Wissenschaftler. So wurde zielgerichtet gearbeitet. Das war eine Erscheinung, die – ob man das als Einzelner wollte oder nicht – so ablief. Alle auf meiner Ebene Tätigen nahmen dies als selbstverständlich hin.

Als Mitglied der Parteileitung im DMR habe ich die Erfahrung gemacht, dass jede kleine Veränderung, vor allem personelle, über eine Vorlage in der Leitungsebene behandelt werden musste. Dort wurde entschieden. Der freie Wille eines Leiters war nicht gefragt. Das musste man schon beachten.

Die Arbeit, also die fachliche, die dann im DMR einsetzte, war die interessanteste, die ich eigentlich erlebt habe. Ich wurde Mitglied, dann nachher Leiter einer jungen Gruppe, welche Forschung und Entwicklung neu aufbauen sollte. Wir konnten uns auch bei der Personalauswahl hinsichtlich der Vorschläge zeitweilig in einem großzügigen Stellenplan frei entfalten. Als Aufgabe wurde uns aufgetragen, die Bedingungen zu ermitteln, um einen Motor selbst zu entwickeln und zu bauen, der über eine Leistung von 1.000 PS pro Zylinder verfügen sollte. Solche Aufgaben sind mit Entwurfsarbeit, Berechnungen, Versuchen, Neube-

rechnungen, Neuentwürfen und Diskussionen verbunden. Und wenn man dann noch junge, unverbrauchte Leute einstellen darf, ist das natürlich eine wunderschöne Sache. Ich wurde Reisekader, auch für das Nicht-Sozialistische-Wirtschaftsgebiet (NSW), erhielt wie üblich zwei Pässe, einen für die eine und einen für die andere Richtung. So kam ich um 1970 sogar mehrmals in den Genuss, das so genannte Nicht-Sozialistische-Wirtschaftsgebiet zu betreten, einmal zu einem großen Motorenkongress in Stockholm und einmal zu einer Veranstaltung in London, dazu zum neuen Lizenzgeber in die Schweiz. Ich schwebte in allen Sphären. Mir machte die Arbeit Spaß, ich wurde anerkannt, durfte mir die Welt anschauen, diskutieren und Absprachen treffen. Das war für mich einzigartig.

Dann kam jedoch plötzlich eine ganz andere Sache dazwischen. Ich erhielt die Information, am nächsten Morgen um 7.00 Uhr beim Generaldirektor im Zimmer zu erscheinen. Bis zu diesem Zeitpunkt wusste ich gar nicht, wie er aussieht, nur, wie er hieß und in etwa, wo er saß. Ich ging also dorthin, drei Leute saßen in seinem großen Zimmer. „Guten Tag, ich heiße Alfred,“ wurde ich empfangen. „Pass mal auf“, sagte er, „ich will dir etwas erzählen und du hörst gut zu. Dann frage ich dich.“ Anschließend hielt er einen zweistündigen Monolog und lief dabei immer um seinen großen Konferenztisch herum, an dem ich saß und ihn bei seinem Rundmarsch verfolgte. Er berichtete, dass zu dieser Zeit eine Technik im Kommen sei, die auf Grundlage des Wankelmotors entwickelt werden würde.¹⁵ Rotationskolbenmotor – das war die Devise. Mir war bekannt, dass Felix Wankel während der Nazizeit im Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum in Berlin-Adlershof tätig gewesen war und vergleichbare Geräte als Verdichter, als Gebläse entwickelt hatte und auf die Idee kam, daraus einen Motor zu entwickeln. Nach dem Krieg ging es los, es gab einen Automotor sowie einen für Motorräder. Auch NSU¹⁶ und die Japaner bauten welche. Selbst für den DDR-Automobilbau, unter anderem für den PKW „Trabant“ erwarb man eine Lizenz. Daher fuhren einige Trabanten auf der Autobahn mit Rotationskolbenmotoren. Alfred Dudszus wollte sich auf ähnliche Art an solch einer Entwicklung beteiligen. Er war inzwischen ganz von der Linie Ulbrichts und dem „Neuen Ökonomischen System“ überzeugt und sah hier den Anlass für einen Durchbruch zu neuen Lösungen. Aus diesem Grund veranlasste er, was das einzig Richtige war, eine Patentrecherche. Plötzlich nahm die Zahl der Patentanmeldungen auf diesem Gebiet auch für größere Anlagen zu, was ein untrügliches Zeichen für eine Bewegung auf diesem Gebiet darstellte.

¹⁵ Rotationskolbenmotor, benannt nach seinem Erfinder Felix Wankel. Siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wankelmotor> (30.05.2011).

¹⁶ NSU – Abkürzung für Neckarsulm, bis 1977 deutscher Fahrrad-, Motorrad-, Automobil- und Motorroller-Hersteller. Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/NSU_Motorenwerke (30.05.2011).

Nachdem der Generaldirektor seine Ausführungen beendet hatte, blieb er vor mir stehen und fragte mich: „Meinst du, es ist physikalisch richtig, was ich gesagt habe?“ Physikalisch richtig? Physikalisch kann ich auch etwas erläutern, womit ich zum Mond fliegen kann, doch deshalb kann ich das noch lange nicht in die Realität umsetzen. Die Frage hatte er also geschickt gestellt. Ich antwortete: „Physikalisch ist dem nichts entgegen zu setzen, aber ob das konstruktiv...“ „Das habe ich nicht gefragt!“ Somit war sein Vorhaben für ihn beschlossene Sache, ob er aber meine Meinung dazu wirklich noch brauchte, glaube ich nicht.

Er setzte eine Arbeitsgruppe von über 40 Leuten sofort ein, wovon sowohl der Standort DMR als auch alle Werft- und Betriebsdirektoren betroffen waren. Diese Gruppe wurde zur Ausführung verurteilt, man achtete streng auf die Sicherheitsbestimmungen. Wir bekamen Gitter vor die Tür und noch vieles andere. Anschließend kam er zu uns, hielt eine flammende Rede und setzte nun voraus, dass wir es schaffen. Dann, so meinte er, winken uns Genehmigungen für Häuserbauten, Autos außerhalb der Reihe, Gehaltserhöhungen, hohe Prämien, Intelligenzrenten. Das alles sei letztlich kein Problem. Alle waren davon begeistert und arbeiteten nunmehr unermüdlich. Ich bekam die Untergruppe „Arbeitsprozess“, also die inneren Prozesse, zugeteilt. Der innere Prozess muss zunächst in der Berechnung klären, dass die erforderliche Energieumsetzung unter den konstruktiven Bedingungen möglich ist und gewährleistet werden kann und sie muss klären, ob der Verbrennungsraum zwischen Wandung und bewegtem Kolben so dicht gestaltet werden kann, dass eine sinnvolle Konstruktion überhaupt möglich ist. Und das letztere wurde nichts, denn es gelang uns in unserer Gruppe selbst in der Theorie nicht, einen Nachweis zu führen, dass der Motor dicht zu bekommen sei.

Nach einigen Wochen musste ich zu meinem obersten Vorgesetzten und erklären: „Liebe Freunde, ich komme damit nicht zurecht – ich kriege das Ding nicht dicht.“ „Schreib das zusammen und gib das ab!“ lautete die kurze Antwort. Kurz danach fand 1971 der Parteitag statt. Aus Anlass von Parteitag waren immer Geheimausstellungen geplant, auf welchen den Genossen Delegierten bereits irgendetwas gezeigt wurde, was kein Anderer zu sehen bekam. Man ließ also schon Ansichtsmodelle von den Entwürfen bauen, die unsere Konstrukteure, unabhängig von unseren niederschmetternden Ergebnissen erarbeitet hatten. An diesen musste man zwar kurbeln oder sie wurden von einem kleinen Elektromotor betrieben, aber natürlich war das etwas Besonderes, denn dort bewegte sich etwas! Und jetzt kam Einer und sagte: „Das geht nicht.“ Der Absturz jedenfalls fiel dementsprechend aus. Plötzlich wurde alles eingestellt. Auf unsere ursprüngliche Aufgabe – Motorenentwicklung 1000 PS pro Zylinder – wurde, und das war auch wieder typisch Dudszus, draufgesattelt: „Ihr fertigt jetzt nicht einen Motor von 1.000 PS pro Zylinder, sondern 2.000 PS!“ Ich will das nicht weiter ausführen.

Das war eine Kurzschlussreaktion. Bald misslang auch dieses und damit war die ganze Angelegenheit der großen Entwicklung beendet.

Ulbricht wurde 1971 abgelöst – bekanntlich auf dem achten Parteitag – und die Honeckersche Linie lautete: „Schluss mit diesen Höhenflügen! Wir haben eine andere Aufgabe zu erledigen!“ Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war angesagt. In der Folgezeit „rollte vor mir eine ganze Reihe Köpfe“, das heißt es erfolgten Ablösungen von den Funktionen verschiedener Leiter. Dudszus machte man unter anderem auch diese Arbeitsgruppe zum Vorwurf, die ja einen Haufen Geld gekostet hatte – 40 Mann, ein halbes Jahr. Er hatte aber noch mehrere solcher Truppen für andere Aufgaben in Arbeit gebracht. Man machte ihm den Vorwurf der falschen Orientierung, und als Generaldirektor wurde er abgelöst. Allerdings zog er sich nicht auf den letzten Arbeitsplatz – irgendwo in einem Betrieb in die hinterste Ecke – zurück, sondern, da er inzwischen mit Hilfe vieler Genossen promoviert hatte, wurde er als Dr.- Ing. Dudszus Professor an der Schiffbautechnischen Fakultät. Dort machte er dann fast in demselben Stil weiter, jedoch hatte er auf die Industrie keinen direkten Einfluss mehr.

Mein Betriebsdirektor war plötzlich auch verschwunden. Mein Fachdirektor war ebenfalls weg. Im Entwicklungsbereich Dieselmotoren, in welchem ich Abteilungsleiter war, hatten wir zwei Hauptabteilungen – einmal für die Neuentwicklung, einmal für die Serienbetreuung – auch diese HA-Leiter waren fort. Der Nächste in der Kette wäre ich gewesen. Ich war aber noch da. Und das war natürlich für Einige, die den Entwicklungen immer skeptisch gegenüber gestanden hatten, suspekt, denn Spsychala gehörte ja zum inneren Kreis. Der war einmal in dieser Geheimberatung gewesen. Wieso ist der denn noch da? Die Anderen sind doch alle weg. Dazu kam: mein nun abgelöster Direktor sollte eigentlich zur SED-Bezirks-Parteischule gehen, um sich politisch zu stärken. Nun konnte man aber nicht jemanden zur Parteischule abordnen, den man gerade in die Wüste geschickt hatte. Den Platz abzumelden trauten sich die werten übergeordneten Genossen auch nicht. Also nahmen sie sich den Nächsten und demzufolge wurde ich gerufen: „Du gehst zur Parteischule!“ „Geh ich nicht!“ „Du gehst zur Parteischule!“ „Was bekomme ich denn dort an Geld?“ „Dort erhältst du ein Stipendium, halb so hoch wie dein Gehalt.“ „Aber nicht mit mir!“ „Ja, dann bekommst du noch eine Leistungsprämie und in dieser ist die zweite Hälfte drin.“ Was sollte ich da noch entgegenen? Ich ging also zehn Monate nach Lütten Klein in das „Rote Kloster“, in welchem jetzt das Finanzamt sitzt, und studierte den Marxismus/Leninismus. Zu mir selbst hatte ich gesagt: „Geh`mal hin, vielleicht kannst du dort deine Fragen stellen.“ Mit dieser Einstellung bin ich aber gehörig aufgelaufen.

Dort war es nämlich üblich, alles, was offiziell verkündet wurde, buchstabengetreu wiederzugeben. Die frühere Scholastik muss dagegen ein Kindergarten gewesen sein. Wenn man dies miterlebt, dann kann man sagen: „Ihr könnt mich mal!“ Man klappt dann (bildlich) „die Ohren herunter“ und pflichtet bei: „Machen

wir alles!” Man lebt dabei herrlich. Ich habe mich richtig erholt. Mit Müh und Not konnte ich verhindern, dass ich in das Goldene Buch der Bezirksleitung eingetragen wurde – als hervorragender Absolvent. Damit es nicht so weit kam, musste ich noch ein paar Dinge regeln und konnte diesem noch geradeso entgehen.

In meiner Abwesenheit vom Betrieb reichte einer der Informellen Mitarbeiter (IM), die um mich herum tätig waren und von denen ich bis dato nie etwas ahnte – auch später nicht – einen Bericht bei seinem Führungsoffizier ein, woraus ein so genannter Entstehungsbericht wurde. Die ganzen Einstellungen und Vorbehalte, die er mir gegenüber vertrat und all jenes, was sich bei ihm angesammelt hatte, mussten ihn dazu veranlasst haben. Aus dem Entstehungsbericht wurde dann ein Maßnahmenplan und aus dem Maßnahmenplan eine operative Personenkontrolle (OPK). Aufgrund dieser Tatsache stand ich fünf Jahre lang unter der ständigen Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit, ohne es natürlich erst einmal zu wissen oder es zunächst auch nur zu ahnen. Dreißig IM's aus allen Bereichen – unmittelbar bei mir am Tisch sitzend, aber auch im weiteren Umfeld tätig – hatten weiter nichts zu tun, als alles, was sie irgendwie über mich erwähnenswert fanden, aufzuschreiben und mitzuteilen. Wie dem Maßnahmenplan, den ich inzwischen besitze, zu entnehmen ist, erhielten die IM's von ihren Führungsoffizieren auch ganz gezielte Aufträge darüber, was sie bei mir herausfinden sollten.

Weil gerade die Begriffe IM's und MfS fielen, nehme ich einen Einschub vor. In welcher Form war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Betrieb? Das Ministerium für Staatssicherheit war in einem Betrieb wie folgt vertreten.

Zum ersten gab es ganz offizielle Personen, die dort tätig waren. Man kannte diese und wusste, wo sie saßen. Sie hatten sogar eine Nummer im Telefonverzeichnis: „MfS sowieso.“ Diese Mitarbeiter liefen zwar im Betrieb herum und hatten gewisse Aufgaben zu erledigen, aber sie störten nicht weiter. Einmal hießen sie mich: „Du sollst in die August-Bebel-Straße kommen. Der Genosse Sowieso will etwas wissen!” Dann musste man dort erscheinen. Oder sie sagten: „Der kommt einmal zu Dir.” Dann musste man sich eine Stunde Zeit nehmen. Die andere Seite waren die IM's. Das waren in der Regel Kollegen um Einen herum, mit denen man zum Teil täglich zu tun hatte. Das war eine entsprechende Anzahl von Personen, die sich verpflichtet hatten und nun beauftragt wurden, hoch konspirativ alles Mögliche zielgerichtet zu ermitteln. Diese IM's wussten in der Regel vielleicht nicht einmal, worauf das alles abzielte. Sie erhielten ihre Aufträge und führten diese aus.

Es wurden dafür oft linientreue Genossen gewonnen, aber auch unverfängliche Parteilose wurden oft und gerne angeworben. Weiterhin gab es eine Kategorie, die sozusagen von oben in den Betrieb eingesetzt wurde. Seiner Zeit bildete man nämlich Inspektionen bei Leitern bestimmter Funktionen, als so genannte Sicherheitsabteilungen. Beginnend beim Minister und Generaldirektor, hatte jeder Betriebsdirektor eine Inspektion oder einen Inspektionsleiter zur Seite. Diese

Inspektionsleiter waren nach offizieller Lesart Angehörige des Betriebes. Sie waren aber Offiziere im besonderen Einsatz (OibE). Sie waren Stasi-Offiziere, die neben den Betriebsdirektoren saßen und zu allen Vorgängen unmittelbaren Zugang hatten; also zu allen Postein- und -ausgängen; sie konnten an allen Beratungen teilnehmen sowie alle Schriftstücke einsehen. Dieses System sowie jenes der IM's von unten und dann noch, von den Seiten her, die Offiziellen, machten jeden Betrieb dreidimensional gläsern und durchsichtig in jeder Hinsicht. Ich habe in einer Ausarbeitung „Stasi in die Produktion – Stasi in der Produktion“ auf der Grundlage von Recherchen in der Stasi-Unterlagenbehörde über diese Zusammenhänge berichtet und in Vorträgen vor BStU-Außenstelle Rostock-Waldeck in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Rostock und im Rahmen von Lehrveranstaltungen an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg, Seminar Prof. Braun, darüber vorgetragen.

Warum machten die Stasi diesen Aufwand? Das war ganz einfach. Aus heutiger Sicht müssen Sie sich das MfS wie eine Zusammenfassung des Bundeskriminalamtes, des Amtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes vorstellen. Das heißt also Ermittlungsbehörde, Innengeheimdienst und Außengeheimdienst in Einem und das Ganze unter der Fahne „Schild und Schwert der Partei.“

Ich will nicht verkennen, dass es durchaus einmal Sabotage gegeben hat. Wenn man die heutige Literatur liest, findet man hierzu Beispiele. Und selbst sollte ich im Auftrag des Generaldirektors einige unerklärliche Vorgänge recherchieren. Vor Mielke waren die Minister für Staatssicherheit der Meinung, dass, wenn Sabotage auch nur in Anflügen zu erkennen ist, diese unschädlich zu machen sei. Mielke hingegen formulierte sinngemäß: „Nein, wir machen das ganz anders! Wir suchen nicht die Nadel im Heuhaufen, sondern wir legen über den Heuhaufen ein Netz und verhindern, dass durch dieses Netz irgendetwas in den Heuhaufen eindringt.“ Weil er dieses Netz spannte, brauchte er 100.000 hauptamtliche und 200.000 nebenamtliche Mitarbeiter (IM). Sein Titel „Armeegeneral“ kam nicht von ungefähr. Wer dreihunderttausend Mann befehligt, der hat mehr als eine Armee.

Hinzu kam noch Folgendes: Mielke erfand die Existenz der PID,¹⁷ der Politisch-Ideologischen Diversion. Zur Erklärung: der von außen einwirkende Gegner beeinflusst die DDR-Bevölkerung ideologisch und begeht Diversion. Die Bevölkerung ist dafür empfänglich, und nun gilt es diese Diversion zu verhindern, vor allen Dingen ihre Zentren ausfindig zu machen. Stets suchte Mielke die Zentrale für die PID, bloß fand er sie nie – es gab diese nämlich gar nicht. Folglich wurde unter anderem der „Rüstungskonzern MAN“ zu einem Zentrum für

¹⁷ Politisch-ideologische Diversion als Abweichung und Abkehr vom Sozialismus, siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Politisch-ideologische_Diversion (30.05.2011).

politisch-ideologische Diversion erklärt. Der MAN-Konzern hatte vertragliche Beziehungen mit dem DMR über die Lizenz, und das wiederum bedeutete, dass unsere vertraglichen Lizenzbeziehungen für die Staatssicherheit das Einfallstor des Kapitalismus in den Sozialismus darstellten. Durch viele Kräfte musste das Werk also regelrecht abgesichert und ideologisch dichtgemacht werden.

In diesen Hexenkessel bin ich freiwillig hinein gestiegen – das müssen Sie sich einmal vorstellen –, ohne es zu ahnen. Dass sich die Aufklärung, die Bspitzelung, das Misstrauen im Laufe der Zeit bemerkbar machten, ist wohl nachzuvollziehen, vor allem, wenn von fünf, sechs, sieben, acht Leuten, die laufend oder in Abständen bei einem am Tisch zur Beratung sitzen, mindestens die Hälfte IM's sind. Das Verhalten der Personen, die mich auskundschaften mussten, war mir gegenüber nicht mehr so wie früher – und das spürte man –, zwar nicht sofort, aber mit der Zeit bemerkte man, dass eine gewisse, nicht zu übersehende Distanz bestand.

Parallel zu meiner Arbeit auf dem Gebiet der Neuentwicklung von Motoren bestand die Hauptabteilung Serienbetreuung, die den Auftrag hatte, einen schon länger in Produktion befindlichen Motor zu modernisieren, seine Leistung zu steigern sowie ihn für eine Großserie von Fischereifahrzeugen herzurichten – ein Auftrag der Volkswerft Stralsund. Laut Programm „Fischerei-, Fang- und Verarbeitungsschiff Typ Atlantik-Supertrawler“ sollte unser Motor ZD 72/48 Hauptmaschine werden. Man sprach zunächst von der Lieferung von etwa 100 Schiffen dieses Typs, es wurden dann aber 201 Schiffe gebaut, und wir haben dementsprechend 201 Motoren geliefert. Das war eine beispiellose Schiffs- bzw. Motorenserie. Das Problem bestand nur darin, dass der Serienbau dieses Motors zu jener Zeit anlief, als meine früheren vorgesetzten Leiter fortwaren und ich von der Parteischule gerade wieder zurückkam. Die „Damaligen“ hatten gesagt: „Na ja, diese Weiterentwicklung. Dann überarbeiten wir eben fünf Baugruppen und dann hat sich das!“ Es kam völlig anders – ein Qualitätsproblem jagte das andere an diesem Motor, und das in laufender Serie. Wir mussten fast jede Baugruppe überprüfen und verbessern, ohne dass die Serie stecken blieb. Wir haben monatelang gearbeitet, ohne auf die Uhr zu sehen, und wir hatten Erfolg, das war natürlich eine hervorragende Leistung. Ich erhielt dann den Auftrag, aus zwei Hauptabteilungen nur noch eine zu machen und die vereinte Motorenentwicklung als Leiter zu übernehmen. Es war mein Ehrgeiz, diese Sache gewissenhaft durchzuführen, die laufende Serie nicht zu unterbrechen und trotzdem alle Qualitätsprobleme in den Griff zu kriegen. Nach vielem Hin und Her, auch mit Verhandlungen in Moskau, glückte das Vorhaben. Diese Jahre 1975/1976 waren belastend. Sie haben fürchterlich gezehrt. Aber durch sie habe ich auch viel an Erkenntnis gewonnen: wie gut man mit einigen Leuten arbeiten kann und mit anderen nicht. Diese Jahre bildeten gleichfalls die Hochzeit der gesamten Geschichte, was die Staatssicherheit anging.

Im Jahr 1977 war im Wesentlichen alles überwunden. Die Probleme waren gelöst, jedoch war ich wirklich entkräftet; heute würde man sagen, dass ich so etwas wie einen *Burn-out* hatte. Ich war leer. Es ging nicht mehr richtig. Ich hatte damals Beziehungen zum Prorektor der hiesigen Universität, zu Prof. Dr. Hans-Joachim Siedschlag,¹⁸ der gleichzeitig Leiter des Wissenschaftsbereiches Maschinenanlagen der Sektion Schiffstechnik war. Ich war inzwischen auch Vertreter des DMR im Sektionsrat der Sektion Schiffstechnik geworden. In einem Gespräch – ich weiß nicht mehr zu welchem Anlass – hatte ich nur gesagt: „Ach weißt du, eigentlich habe ich keine Lust mehr. Ich bin so leer gebrannt. Ich möchte einmal etwas anderes machen. Aber ihr habt ja sicherlich auch nichts Passendes. Bei euch kann man ja auch nicht einsteigen.“ Es dauerte nicht lange, da klingelte das Telefon: Sekretariat des Rektors. Professor Brauer¹⁹ bittet mich in das Rektorat zu kommen. Ich ging hin. Brauer sagte zu mir: „Ich habe gehört [...]. Wenn Sie Interesse haben, dann habe ich etwas für Sie. Wir suchen einen Direktor für Forschung.“ Dieser sollte alle Forschungsthemen übernehmen, kontrollieren, verfolgen, die finanziellen Mittel planen und abrechnen. Heute würden wir sagen „einem Controlling unterziehen“ und gleichzeitig sollte ich einen Lehrauftrag erhalten. Diese Tätigkeit wurde zwar bisher auch ausgeführt, aber nur jeweils von einem Professor im Nebenamt und für die Dauer eines Jahres. Der Rektor wollte eine Dauerlösung haben „Oh“, dachte ich, „das ist nicht verkehrt. Ja, das können wir machen. Das würde mir schon gefallen. Mit Forschungs- und Entwicklungsthemen kenne ich mich aus, allerdings von der Seite der Bearbeiter, nun soll ich die Seite wechseln und die Kontrolle übernehmen.“

Nun kam man aber früher aus einem Betrieb nicht ohne weiteres heraus, gerade in dieser Position als Hauptabteilungsleiter nicht. Man konnte nicht einfach gehen. Entweder wurde man hinausgeworfen, hinausgetragen oder weggelobt, möglicherweise delegiert. Aber dass ein Hauptabteilungsleiter äußerte, er wolle nicht mehr, er wolle weg, das war etwas Neues. So etwas gab es überhaupt noch nicht. So etwas habe ich mir geleistet. Großer Aufstand – aber nach vielem Hin und Her erhielt ich schließlich die Genehmigung, dass ich gehen durfte.

Es folgte der große Reinfall. Inzwischen musste die Universität diese Frage mit dem MfS abklären, und im Laufe einer solchen Untersuchung war jede Kaderveränderung aufgeschoben (Anlage 3). Ich hätte auf dem Stuhl bleiben können, aber eine Veränderung durfte, weil dann wieder andere IM's gebraucht würden,

¹⁸ Prof. Dr. Hans-Joachim Siedschlag: *Catalogus Professorum Rostochiensium*: <http://cpr.uni-rostock.de/pnd/14139241X>.

¹⁹ Prof. Dr. Wolfgang Brauer: *Catalogus Professorum Rostochiensium*: <http://cpr.uni-rostock.de/pnd/140815260>. Siehe auch seinen *Zeitzeugenbericht* in: *Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten*. Teil 3. Hrsg. v. Kersten Krüger. Rostock 2009, S. 7-37.

nicht sein. Bis hin zum Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen ging der Antrag noch Erfolg versprechend durch, bis ich einen kleinen Zettel bekam: „Nach Abstimmung mit besonderen Organen sehen wir uns leider gezwungen [...]“ Reumütig durfte ich wieder im Betrieb erscheinen. Jetzt drehten meine „Genossen“ den Spieß um und sagten: „Wer so weg will, aber dann nicht genommen wird [...]“ Der Betriebsdirektor ließ mir dann durch seinen Kaderdirektor erklären: „Weißt du was? Du bist für uns überqualifiziert.“ Haben Sie so etwas schon einmal erlebt? „Du bist für uns überqualifiziert. Wir haben für dich keine Verwendung.“ Ein promovierter Ingenieur, der gerade einen Qualitätsschwerpunkt gelöst hatte, war „überqualifiziert!“ Das war ein Rausschmiss erster Klasse, nichts anderes. Natürlich haben sie die Situation ausgenutzt. Nach dieser Angelegenheit wollten sie mich ohnehin nicht mehr. Zu mir selbst habe ich gesagt: „Ich habe ja noch mehrere Bekannte. Hier gibt es noch das Kombinat Seeverkehr- und Hafengewirtschaft und auch sonst kenne ich so manchen Betrieb.“ Sie werden es nicht glauben, ich bekam überall dieselbe ablehnende Antwort – das war natürlich durchgestellt.

So war ich ein sozialistischer Arbeitsloser. Man gestand mir zu: bis Jahresende durfte ich noch bleiben. Ich wusste nicht weiter, bis dann plötzlich unsere Kaderchefin, die eigentliche Personalleiterin, sagte: „Geh einmal zum Institut für Schiffbau!“ Das Institut für Schiffbau befand sich am Brink, Ecke Feldstraße. Es war eine Einrichtung des Schiffbaus für „Erzeugnis vorbereitende Problemstellungen“. Ich dachte: „Was sollst du eigentlich dort? Diese wollten dich nicht und jene wollten dich nicht, und ausgerechnet das Institut will?“ Doch beim Institut wurde ich tatsächlich angenommen und stieg dort ein. Hatte ich zunächst noch eine weniger befriedigende Arbeit ausgeführt, so fügten sich auch diese Dinge mit der Zeit und es ging nach und nach immer besser voran. Im Jahr 1979 wurden die VVB abgeschafft und die Kombinate gegründet. Infolgedessen wurde das Institut zum „Direktorat für Erzeugnisentwicklung des Kombines Schiffbau“. Inzwischen war Generaldirektor Walk Chef der Kombinateleitung geworden. Mit Dieter Walk hatte ich einen guten, einen wirklich guten und sachlichen Kontakt und zu ihm beste Verbindungen aufgebaut. Ich habe dort sehr gerne, viel und gut gearbeitet und wurde schließlich für alle Fragen des Motorenbaus aus der Sicht des Schiffbaus zuständig.

Inzwischen war die OPK, die Operative Personenkontrolle, abgeschlossen. Das ließ allerdings diesen seinerzeit als Auslöser wirkenden IM nicht ruhen. Er schrieb einen zweiten Bericht: „Nach Gesprächen mit habe ich erfahren, dass er (Spychala) den gesamten Motorenbau der DDR durcheinander bringt. Er desorganisiert den DDR-Motorenbau.“ Das könne er nicht zulassen! Das MfS nahm in gleicher Prozedur seine Ermittlungen wieder auf, beginnend mit einem Maßnahmenplan. Diesmal wurde aber zudem ein Operativer Vorgang (OV) veranlasst. Dieser ist eine Stufe höher als eine OPK und die Vorstufe eines Straf-

verfahrens. Der Vorwurf lautete: Falsche Entscheidungen, das heißt, Entscheidungen zu Ungunsten der DDR, Vertrauensmissbrauch und politische Unzuverlässigkeit. Vertrauensmissbrauch war ein Paragraph im Strafgesetzbuch der DDR. Dieser war ein Gummiparagraph ungefähr folgenden Inhalts: Wer aufgrund seiner Position das in ihn gesetzte Vertrauen dadurch missbraucht, dass er Entscheidungen zu Ungunsten der DDR fällt, wird mit – und so weiter. Wenigstens fünf Jahre Gefängnis, in Gemeinschaft mit anderen gehandelt – zehn Jahre waren dann zu erwarten. Wem kann ich nicht nachweisen, dass er einmal falsche Entscheidungen getroffen hat? Und was war davon zu Gunsten oder zu Ungunsten der DDR? Hatte Alfred Dudszus zugunsten der DDR entschieden? Und an diesem Gummiparagraphen konnte man natürlich alles Mögliche aufziehen. Es dauerte dann drei Jahre, bis sich wieder herausstellte, dass die Vorwürfe nicht haltbar waren.

Wie bereits erwähnt, hatte ich fachlich sehr interessante und dankbare Aufgaben zu erfüllen. Eine Abteilung hatte ich inzwischen auch wieder aufgebaut. Unter anderem arbeiteten wir an einem Projekt im Auftrag der DSR (Deutfracht/Seerederei Rostock). Für den Bau eines kleinen modernen Kühlschiffes sollten wir die Antriebsanlage auslegen und dimensionieren. Kühlschiffe kannten wir schon, doch wie die exakten Betriebsabläufe definiert waren, wann welche Leistung erforderlich war, das wusste niemand von uns genau. Ich habe diesbezüglich immer die Reedereileute befragt und diese haben entgegnet: „Nun hör endlich auf zu fragen! Steig auf ein Kühlschiff auf, fahr mit und studiere den Betrieb selbst!“ „Oh“, antwortete ich, „das hast du nicht umsonst gesagt.“ Inzwischen hatte ich meinen Pass wieder, denn die Aktion des MfS war zu Ende. So fuhr ich mit zwei Kollegen 1989 mit dem Kühlschiff MS „Gerhart Hauptmann“ von Rostock über den Nord-Ostseekanal, Britischen Kanal, Atlantik, Karibik, Panamakanal, Pazifik, nach Ecuador, fuhr in die Anden in die Stadt Quenca. Ich habe mir das alles mit Freuden angeschaut, unterwegs Bananen geladen und studiert, wie man die Betriebsabläufe gestalten muss. Das war eine schöne Zeit. Außerdem bin ich zur Garantieaufhebung eines Schiffes mit einem neuen Motor des DMR in Hamburg gewesen, weil der Reeder das unbedingt auf der Werft Blohm und Voss machen lassen wollte. Selbst dieses Unternehmen war mir später wieder gestattet. Hamburg habe ich mir zu Fuß erschlossen, zu Fuß durch den Alten Elbtunnel – das war ein Erlebnis.

Die politischen Ereignisse entwickelten sich nun langsam auf 1989 zu und es war zu erkennen, dass es allmählich den Berg hinunter ging, vor allen Dingen an der Situation unseres Instituts war es deutlich zu spüren. Das Institut wurde durch Umlagen der Betriebe finanziert, das heißt, diese mussten im Monat einen gewissen Betrag aufwenden, damit diese Institution bestand und in ihrem Interesse tätig war. Das Institut war kein eigener Betrieb. Dass es in dieser Form weiter gehen sollte, lehnten die Verantwortlichen ab und damit hieß es: „Liebe Freunde, sucht euch mal Arbeit, dann habt ihr welche!“

Wir haben dann viele Versuche unternommen, uns aus dieser Schlinge zu befreien. Ich wollte zuerst ein Ingenieurbüro eröffnen. Meine Kollegen in der Abteilung hatten gesagt: „Mache ein Ingenieurbüro auf!“ Aber ich hatte keinen Tisch, keinen Stuhl und keinen Raum. Es war Raumnot zur Wendezeit in Rostock! In Betrieben saß man zum Teil immer noch in Baracken und arbeitete. Ich hatte nichts, kein Telefon, kein Geld, nichts. Ein wenig Mut, aber der verließ uns dann doch und daraus wurde nichts.

Dann hatten wir Kontakte mit Westfirmen, die mehr oder weniger gut anließen, woraus dann jedoch nichts wurde. Entweder hatten die Partner unserer Seite zu hohe Erwartungen, was die Hilfe der Westseite anging, oder die Westpartner hatten zu hohe Erwartungen, was die Höhe des Absatzes an Produkten anging.

Wir hatten dann einen Partner gefunden auf dem Gebiet der betrieblichen oder örtlichen Energieversorgung. Der wollte meine Abteilung zu einer Filiale seines Unternehmens machen mit der Forderung, dann am Haus des Instituts eine entsprechende Tafel anzubringen. Das wollte man nicht zulassen. Man meinte immer noch, den Sozialismus vor dem gefräßigen Kapitalismus schützen zu müssen und den Sozialismus in den Kapitalismus hineinretten zu können. Ich habe dann alle solche Aktivitäten aufgegeben.

Dann habe ich einfach auf eine Annonce in einer Fachzeitschrift, in der Ausschreibungen veröffentlicht wurden, auf eine solche für eine Professur an der Fachhochschule Koblenz geantwortet. Ich habe mir gesagt: „Die Chance für dich beträgt vielleicht fünf Prozent, dass du darauf einen positiven Bescheid erhältst, doch meldest du dich nicht, kann daraus überhaupt nichts werden, denn die Leute in Koblenz kenne dich überhaupt nicht.“

Meine Familie lachte mich aus, als ich von meinem Schreiben erzählte, zu abwegig schien mein Ansinnen zu sein, ich lachte mit. Aber wie das Leben so spielt: Plötzlich bekam ich einen Anruf und erhielt kurz darauf ein Schreiben, dass ich zum Probevertrag kommen solle. Als nach dem Probevertrag vier Wochen vergangen waren, bekam ich einen Anruf, dass der Vertrag nun unterschriftsfähig vorliege. Man hatte sich aber beeilt. Wenn ich also immer noch Interesse hätte, sollte ich kurzfristig kommen und unterschreiben. Im Juli 1990 fuhr ich nach Koblenz, führte mit dem Präsidenten ein launiges Gespräch („... den Amtseid leisten Sie wohl nicht nach christlicher Art? Nun, dann stehen wir beide auf, geben uns die Hand und Sie Sprechen mir nach: Ja, das gelobe ich“) und somit war ich ab dem 1. September 1990, vor der deutschen Wiedervereinigung, Landesbediensteter im Bundesland Rheinland-Pfalz und habe dann zehn Jahre dort gearbeitet und gewirkt.

Ich habe die Fächerkombination Kolbenmaschinen/Energietechnik in der Lehre vertreten, ich habe gehaltvolle Diplomarbeiten in der Praxis und Laborarbeiten im Maschinenlabor betreut. Ich habe auch Gutachtertätigkeiten ausgeübt. Alles hat mir viel Spaß gemacht. Wir haben dort schön gelebt und gewohnt.

Meine Frau ist mitgekommen, wie es nicht anders zu erwarten war. Sie war Lehrerin von Beruf und hatte noch Arbeit, gab dann aber ihre Arbeit auf und kam mit. Nach vierzig Jahren Berufstätigkeit bin ich dann in den offiziellen Ruhestand getreten. Nachdem wir dreißig Jahre auf einem Fleck in Rostock in der Südstadt gelebt hatten, sind wir dann in zehn Jahren drei Mal umgezogen. Aber wir haben dann beschlossen noch einmal alles zusammen zu packen und wieder nach Rostock zu ziehen. Seitdem bin ich wieder hier und schreibe einiges auf, was aus meinem Leben vielleicht den einen oder anderen interessiert. Manches ist über mein Buch „Kolben, Pleuel und Losungen – Das Dieselmotorenwerk Rostock 1945 -1999“ schon ein wenig publik geworden, anderes noch nicht.

Mein Damen und Herren, das ist also ein Bericht eines Zeitzeugen über einige Jahre. Ich hoffe, dass ich damit Ihre Erwartungen erfüllen konnte. Wenn sie noch irgendwelche Bemerkungen haben, dann fragen sie ruhig. Ich bin gerne bereit, auf Ihre Fragen zu antworten. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

Diskussion

Kersten Krüger:

Vielen Dank, das war sehr aufregend. Bestimmt sind noch Fragen offen.

Hilde Michael:

Sie erwähnten während Ihres Vortrages, dass es mehrere Stufen gab, in denen das Ministerium für Staatssicherheit zugriff, und sie meinten, das nächste, was zugefallen hätte, sei die Anklage gewesen. Können Sie diese Struktur vielleicht noch einmal etwas deutlicher umreißen?

Franz Spsychala:

Wie gesagt, das Ganze geht immer auf einen Bericht zurück, den irgendein Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit seiner Behörde einreichte. Dieser war der Meinung, sein Gewissen lasse es nicht zu, dass der Spsychala in dieser Weise weiter mache. Es müsse jetzt aufgeklärt werden; es müsse klargestellt werden, was mit dem Mann los sei. Er verfasste also einen Bericht, entlastete, wie ich sage, positiv sein Gewissen, indem er sagte, dieser Mensch handele unmöglich im Sinne des Sozialismus. Man solle das näher untersuchen. Diesen Bericht reichte er dann handschriftlich ein, schließlich konnte kaum jemand Maschine schreiben oder hatte so etwas zur Verfügung. Das schöne an der Handschrift ist ja, dass man nachher in den Akten sehen kann, wer es gewesen ist. Denn wenn Sie zehn Jahre mit Leuten an einem Tisch gearbeitet haben, erkennen Sie ja die Handschriften, nicht wahr? Also reichte derjenige einen Bericht ein, in dem er seine Bemerkungen niederlegte und seine Bedenken äußerte. Wenn es in das Profil der Bezirks-

verwaltung der Staatssicherheit fiel, dass so etwas Wichtiges untersucht werden müsse, dann machte der nächste Bearbeiter daraus einen umfangreichen Maßnahmeplan. Dieser schlug vor, dass dieser Herr XY dort im Rahmen eines bestimmten Vorgangs aufgeklärt werden solle. Dieser Maßnahmeplan durchlief verschiedene Stufen, und wurde letztlich von irgendeinem (vermutlich) Oberst bestätigt – die hatten schließlich alle militärische Ränge. Wenn dieser Maßnahmeplan bestätigt wurde, bekam wiederum der eigentliche Führungsoffizier für die IM's Aufgaben aus dem Maßnahmeplan, gezielt bestimmte Sachverhalte aufzuklären. Das eine war eine OPK, eine Operative Personenkontrolle, die das gesamte Umfeld aufklären sollte. Danach wollte man festhalten, ob man mehr daraus machen wolle oder nicht. Die OPK hat zwar fünf Jahre gedauert und wurde sogar bis in die Bundesrepublik getragen, weil meine Frau über ihren Bruder Verwandte im Westen hatte. Dieser war noch vor 1961 in den Westen gegangen. Ich selber hatte keine Westverwandtschaft. Es wurde also auch noch so herum recherchiert. Die OPK führte zu nichts und endete mit dem Beschluss, die Sache zu archivieren und wegzulegen (Anlagen 1 und 2).

Die zweite Geschichte, der Spychala bringe den ganzen Motorenbau der DDR durcheinander, hat bei denjenigen die Glocken noch lauter schrillen lassen. „Wir hatten doch schon einmal eine OPK gehabt, dann haben wir wohl nicht richtig aufgepasst. Und nun machen wir gleich einen operativen Vorgang daraus.“ Wenn dieser im Sinne falscher Entscheidungen und politischer Unzuverlässigkeit zu einem Ergebnis im Sinne der MfS-Begrifflichkeit geführt hätte – dazu kamen noch unklare Kontakte zu MAN und verschiedene Dinge dieser Art –, wenn sich etwas davon bewahrheitet hätte, dann hätte das Ministerium für Staatssicherheit daraus beim Staatsanwalt ein Strafverfahren beantragt. Aber auch das hat sich nicht bestätigt. Alles wurde archiviert. Ich habe hier einmal einige Beispiele aus den MfS-Akten mitgebracht. Wie ich vorhin gesehen habe, ist dies nicht sehr deutlich zu erkennen. Hier ist noch einmal die Struktur zu sehen. Das war mein Erfassungsbogen für die operative Personenkontrolle. Das ist der Entstehungsbeginn. Das ist der Maßnahmeplan, auch alles handschriftlich, sehen Sie hier: Maßnahmeplan Abteilung 18, das war Wirtschaft, eine bestimmte OPK. Das ist der Abschlussbericht, dass die OPK beendet sei, und hier ist der handschriftliche Bericht des IM (Anlagen 4 und 5). Dieser enthielt eine Information, die zum zweiten Vorgang führte. Im Übersichtsbogen für die operative Personenkontrolle wurde noch angezogen: „Wird verfolgt im Sinne des Paragraphen 165 des Strafgesetzbuches.“ Eröffnungsbericht zu diesem operativen Vorgang dann wieder Verfügung der Archivierung. Wie gesagt, hätte sich einer dieser Punkte, die sie sich selbst sozusagen ins Visier genommen hätten, nur den Anflug erweckt, zutreffend zu sein, dann wäre diese Sache nicht fallengelassen worden, sondern wäre weitergegangen. Dann hätte ich mich vor irgendeinem Gericht wieder gefunden.

Paulina Sablowski:

Inwieweit war Ihre Familie in dieser schwierigen Zeit von Ihren beruflichen Problemen betroffen, insbesondere Ihre Frau als Lehrerin?“

Franz Spychala:

Die Familie war insofern betroffen, als sie in die ganze Aufklärung mit einbezogen wurde. Es wurde auch das Wohnumfeld aufgeklärt. Unsere Nachbarn haben uns dann berichtet – wir hatten ein sehr gutes Verhältnis im Haus – dass dort bestimmte Personen aufgetreten seien und Auskunft haben wollten. Das bedeutet, dass die Kinder – ich habe drei Kinder, die nachher langsam ins Erwachsenenalter kamen – davon nicht weiter betroffen wurden, aber meine Frau als Lehrerin in der Schule war voll mit einbezogen. Insgesamt wurde aufgeklärt, ob es familiäre Verbindungen gebe, die in diesem Sinne zu werten seien. Deshalb sagte ich ja, dass die Aufklärung über den Schwager bis in den Westen ging. Das bedeutet, dass der Bruder meiner Frau und dessen Verwandtschaft sowie wiederum die Verwandtschaft seiner Frau ausspioniert wurden. Es wurden also große Kreise gezogen, nur um heraus zu bekommen, ob es irgendwo eine Verbindung gebe, dass ich mit irgendwelchen Personen bei der MAN oder an anderer Stelle im Westen mit irgendeinem Zentrum der Diversionszentrale in Kontakt stünde.

Als sich all dies nach jahrelangen Ermittlungen als nicht vorhanden erwiesen hatte, wurde verfügt, die Sache abzuschließen und zu archivieren. Das Schlimme, was mich dabei ärgert, sind nicht die Fragen bestimmter Personen, wie es um mich stehe. Das hätte ich den Personen noch nicht einmal übel genommen. Aber als Mitglied der SED habe ich wenigstens erwartet, dass diejenigen zu mir gekommen wären, mich um ein Gespräch gebeten hätten und dass ich gebeten worden wäre, zu erzählen, was los sei, und sich dabei von Mann zu Mann in die Augen zu schauen. Aber so zu tun, als sei nichts los und mich dabei kräftig arbeiten zu lassen, und hinter deinem Rücken sind dreißig, vierzig, fünfzig Leute, die jeden Fußtritt aufzeichnen und jedes Wort, die jeden Zettel aus dem Papierkorb klauen. Man hat also abends meine Papierkörbe durchgesehen. Man ist in mein Büro eingebrochen und hat die Schränke durchwühlt. Es ist sagenhaft. Das nehme ich denjenigen natürlich besonders übel. Diese Personen tun natürlich heute alle so, als sei fast nichts gewesen. Von fünfzig IM's haben sich zwei gemeldet. Ich hatte denjenigen natürlich alles mitgeteilt. Ich habe diejenigen alle enttarnen lassen und habe dann den Zusammenhang zwischen Decknamen und Klarnamen gehabt. Ich habe jedem einen Abschnitt zugeschickt und dann einen typischen Bericht aus meiner Akte, die die Handschrift unwiderlegbar beinhaltet, beigelegt. Ich schrieb: „Hiermit siehst du, was ich weiß. Zur Vervollständigung deiner Akten gebe ich dir einmal bekannt, welcher Zusammenhang zwischen Decknamen und Klarnamen bestand.“ Die wussten also alle Bescheid. Daraufhin haben sich zwei gemeldet, schriftlich. Der eine schrieb nur, er entschuldige sich. Der andere

schrieb mir Riesenbriefe, wie schlimm das Leben war, wie schlecht es ihm ging und dass er darin einen Ausweg aus seiner Misere gesehen habe und so weiter (Anlagen 6 und 7). Ich konnte es nachher nicht mehr lesen. Niemand kam zu mir und bat mich, ihm einmal in Ruhe zuzuhören, um danach auseinander zu gehen. Nein, sie schauen weg. Hin und wieder treffe ich noch welche. Die können den Kopf gar nicht so weit wegrehen. So sieht es aus.

Steffen Eggebrecht:

Ich habe eine Frage zur Dritten Hochschulreform. Sie sagten vorhin, dass Sie einen gewissen Beitrag daran hatten. Wie sah dieser Beitrag aus und wie veränderte sich die Fakultät dadurch?

Franz Spsychala:

Mein Beitrag war ganz klein. Ich habe meine Arbeit im Dezember 1967 abgegeben und bin am 31. März 1968 aus der Fakultät ausgestiegen. Zu diesem Zeitpunkt begann die Hochschulreform ja erst richtig. Ich hatte in der Zwischenzeit vom Dezember 1967 bis zum März 1968 die gute Aufgabe, verschiedene Studienpläne zu entwerfen und neu zu gestalten, weil man das Studium nach neuen Gesichtspunkten gegenüber früher ordnen wollte. Ich musste also sozusagen neue Stundenpläne machen. Von Sektionsdirektoren und Wissenschaftsbereichen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede. Es waren die ersten Vorstufen. Ich weiß gar nicht, wann das richtig begonnen hat. Wie gesagt, ich kam nachher aus der Fakultät heraus, somit hat mich das nicht mehr allzu sehr berührt. Ich nahm am Rande wahr, dass die Fakultäten zu Sektionen wurden. Aber wie gesagt, einige Studienpläne und -entwürfe habe ich zusammengestellt. Aber daran war nichts weiter dabei.

Hilde Michael:

Wie erlebten Sie die Wiedervereinigung?

Franz Spsychala:

Für mich war eigentlich schon Ende 1989 klar, dass es unmittelbar auf die Vereinigung zulief. Das war mir völlig klar. Sonst hätte ich auch nie die Verbindungen zu Firmen im Westen aufgenommen. Ich wollte hier in Rostock die Filiale irgendeiner Firma eröffnen. Ohne Vereinigung wäre daraus sowieso nichts geworden. Dass das dann nicht funktioniert hat, war die andere Seite. Mein Weggehen und meine Verbindungen zur Fachhochschule Koblenz zielten ja auch schon darauf ab. Denn ich wollte ja nicht weggehen mit dem Gefühl, jetzt sei zunächst ein Interregnum und danach gehe die Grenze wieder zu. Ich wollte ja nicht unbedingt nur Bundesbürger werden.

Die Familie war ja hier, zumindest die Kinder. Ich war also vollkommen davon überzeugt, dass es zur Vereinigung kommen würde, gerade wenn man die Sache politisch ein wenig verfolgte. Wenn die so genannten Bürgerrechtler immer nur eine verbesserte DDR forderten, sagte ich: „Die müssen nicht ganz klar sein.“ Die DDR war ein Produkt der Sowjetunion, sie stand und fiel mit der Sowjetunion. Wenn ich siebzig bis achtzig Prozent meiner gesamten Wirtschaftskraft in diese Richtung schieben muss, dann bin ich doch von denjenigen in jeder Weise abhängig. Ich kann das nur aus der Sichtweise des Schiffbaus betrachten. Wir hatten fünf Seewerften. Ein Land mit 100.000 km² Fläche und sechzehn Millionen Einwohnern und einer Küste leistet sich nicht fünf Hochseewerften aus eigenem Antrieb für den Eigenbedarf und für einen gewissen Export! Aber wenn die große Sowjetunion dahinter steht, da haben fünf Hochseewerften überhaupt nicht ausgereicht. Wir haben insgesamt etwa 45 Schiffe im Jahr gebaut, aber die Sowjetunion wollten fünfzig Schiffe haben, 40 haben sie bekommen. So müssen Sie sich die Situation vorstellen. In dieser Phase kann ich nicht behaupten, die DDR stehe auf eigenen Füßen, das funktionierte überhaupt nicht mehr. Denn nach dem Krieg, nach den Zerstörungen und nach den Reparationen wurde die DDR in allen Bereichen so aufgebaut, wie die Sowjetunion sie brauchte. Das ganze Gerede von der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft ging zum einen Ohr hinein und zum anderen wieder hinaus. Das war doch Unsinn!

Welcher ähnliche Staat wie die DDR – auf die Werften habe ich mich schon bezogen – hat einen so riesigen Umfang des Schienenfahrzeugbaus? Warum hatten wir so viele Betriebe des Schienenfahrzeugbaus? In Bautzen, in Görlitz, in Ammendorf, in Dessau, in Halle und wo auch immer. So viele Eisenbahnwagen konnte kein Land gebrauchen. Der Sowjetunion reichte das aber nicht aus. Wir hatten fünf Kombinate für Werkzeugmaschinen und jedes Kombinat hatte zehn bis zwölf Betriebe. So viele Fräsmaschinen und Drehbänke hätten wir überhaupt nicht verbrauchen können, wenn die nicht in die Sowjetunion gegangen wären. Wie kann ein Staat mit einer solchen Struktur, die völlig an das System angepasst ist, eigenständig sein? Wer kann denn diese Schiffe und Maschinen auf dem westlichen Markt überhaupt gebrauchen? Das funktionierte doch überhaupt nicht! Und dazu kam noch die Qualität. Damit meine ich nicht, dass die Leute gepfuscht haben, sondern das, was die Sowjets wollten. Was die Sowjets wollten, konnte der Schiffbau der DDR noch nicht einmal der eigenen Reederei verkaufen. Wenn die Reederei ein Schiff abnehmen wollte, bekam sie es nicht. Es war nicht möglich. Wenn die Sowjets nun ein Schiff aus irgendeinem Grunde einmal nicht abnehmen, sollte die Reederei das Schiff übernehmen. Die Antwort lautete: „Das Schiff nehmen wir nicht! Das baut ihr um!“

Wir mussten für die Reederei ein völlig neues Projekt machen. Das, was die Sowjets führen, fuhr selbst die DDR nicht. Die Volkswerft Stralsund hat 201 Fischereifahrzeuge vom Supertrawler gebaut. Davon bekam das Fischkombinat,

glaube ich, fünf, auf Grundlage eines völlig neuen Projektes! Es hieß: „Dieses Schiff nehmen wir so nicht!“ Und der Westen tat es schon gar nicht. Natürlich haben wir Schiffe in den Westen verkauft, aber zu einer Qualität, die der Westen wollte. Da haben die Sowjets nur gestaunt, aber so etwas wollten sie überhaupt nicht. Wir haben einen Motor fünfzehn Jahre lang in Lizenz gebaut, das war uns schon selber peinlich. So langsam war das Gerät auch moralisch verschlissen, es gab Neuere. Die Sowjets lehnten ab: „Meine Genossen kennen den Motor und wissen damit umzugehen. Diesen Motor wollen wir haben.“ Und der Kunde ist König, also bekam er, was er wollte. Sie können diesen Motor aber nicht in den Westen verkaufen, dort lacht man Sie aus, wenn Sie damit kommen. Dort sagte man: „Vor fünfzehn Jahren hätte ich den Motor abgenommen, aber doch heute nicht mehr!“

Das alles waren Strukturmerkmale der DDR. Damit konnte man nicht einfach in den Westen gehen. Als in der Wendezeit aus dem Kombinat Schiffbau die DMS AG und aus den VEB's die GmbH's wurden, gab der Generaldirektor Schiffbau die Losung aus: „Wir bleiben zusammen! Die DMS AG mit 56.000 Beschäftigten und über dreißig Betrieben kann die Bundesrepublik gar nicht untergehen lassen.“ Pustekuchen – er hat sich dermaßen verrechnet. Die Wirtschaft der Bundesrepublik war nicht bereit, diesen Koloss in ihre Reihen aufzunehmen.

Er musste schon Ende 1990 die Segel streichen. Als dann nachher die anderen Chefs kamen, zerfiel diese DMS ja laufend. Ein Teil ging zum Bremer Vulkan, nachher zu Kværner, Stralsund an AG Möller. Ein Teil ging ganz heraus.

Ich möchte sagen, dass die DDR allein, das heißt ohne Sowjetunion und deren Markt nicht überlebensfähig war, und sie nur ein wenig zu polieren und durch die Bürgerechtler etwas aufzuhübschen, das war doch ein Hirngespinnst. Aber das sehen die ja heute noch nicht ein. Sie wollen das zum Teil ja heute noch. Da muss ich Honecker Recht geben: Kapitalismus und Sozialismus im eigentlichen Sinne sind unvereinbar, davon bin ich auch überzeugt. Wenn das eine nicht funktioniert, dann bleibt nur das andere übrig, aber konsequent. Dass dabei natürlich böse Sachen passiert sind, ist eine andere Frage. Aber so funktionierte das nicht und die Vereinigung musste konsequent so kommen, wie sie kam.

Den Tag der eigentlichen Vereinigung, den 3. Oktober 1990, habe ich am Deutschen Eck in Koblenz in einer riesigen Menschenmenge verbracht. Da sollte ein Feuerwerk stattfinden, und ich bekam den ganzen Abend lang nur ein einziges Bier. Das werde ich nicht vergessen, denn ich gehörte nicht zu den Cliques, die solche Ketten zu den Bierwagen bildeten und das Bier durchreichten. Ich konnte immer nur hinterher sehen, und mühsam erwischte ich einmal ein Glas Bier, und dann durfte ich wieder nach Hause gehen. Das war meine Einheitsfeier am 3. Oktober.

Kersten Krüger:

Belassen wir es bei diesem Glas Bier. Es war aber eine sehr deutliche Stellungnahme eines Technikers, eines Naturwissenschaftlers zu politischen Fragen. Erlauben Sie mir ein Schlusswort. Wir haben häufig die Frage gestellt, ob es beim Verhältnis von Marxismus-Leninismus und den Wissenschaftszweigen der Abteilung Sozial- und Geisteswissenschaften und der Abteilung Naturwissenschaften Unterschiede gab. Bisher wurden diese Unterschiede immer bestätigt. Aber es ist heute deutlich geworden, dass auch die Naturwissenschaften nicht ohne Marxismus-Leninismus auskamen, ebenso wenig die Institutionen, die dieses philosophische System in Politik und Realität umsetzten. Damit ist die Sitzung geschlossen, mit herzlichem Dank an den Referenten und allen, die als Diskutanten, als interessierte und bereicherte Zuhörer dabei waren.

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1, S. 651

Einschätzung OPK 32/74

Rostock 1976 September 21

Anlage 2, S. 660

Maßnahmeplan

Rostock 1976 September 27

Anlage 3, S. 663

Aktenvermerk zur Nichteinstellung an der Universität

Rostock 1977 Juli 6

Anlage 4, 665

Bericht IMV „Paul Heise“

Rostock 1977 September 21

Anlage 5, S. 668

Abschlussbericht OPK „Wanderer“

Rostock 1978 Mai 4

Anlage 6, S. 672

Entschuldigung IM Laco

Rostock 1995 November 19

Anlage 7, S. 674

Brief IM Rolf

Rostock 1995 Dezember 21

Einschätzung OPK 32/74
Rostock 1976 September 21
7 Blatt Papier
Kopie Privatarchiv Franz Spychala
Transkription und Reproduktion Kersten Krüger

Abteilung XVIII
AG 1

Rostock, den 21.9.76

Einschätzung
OPK 32/74

Dr. Spychala, Franz
14.4.35 in Ketzin/Havel
Hauptabteilungsleiter Dieselmotorenentwicklung
VEB DMR
Rostock, Josef-Herzfeld-Str. 16

Die OPK wurde am 22.5.74 eingeleitet,¹ da der Verdacht besteht, daß Dr. Sp seine Rechtspflichten verletzte, indem er durch nicht richtige Entscheidungen die Entwicklungs- und Versuchsarbeiten in der Motorenfertigung des VEB DMR beeinträchtigte und somit einen Schaden herbeiführte.

Als Ziel der OPK wurde bestimmt:

- Aufklärung der Persönlichkeit, Kontakte und Verbindungen – privat und dienstlich – zu Personen in und aus dem NSA [Nicht-sozialistischen Ausland]
- Herausarbeitung der Verantwortlichkeit des Sp. für die Entwicklungs- und Versuchsarbeiten in der Motorenfertigung. Wie und welcher Form wurden Rechtsverletzungen begangen?

- 2 -

Die OPK wurde im damaligen politisch-operativen Schwerpunktbereich entsprechend der Sicherungskonzeption für den Großdieselmotorenbau des Schiffbaus „Direktorat Forschung und Entwicklung des DMR“ entwickelt.

Von den Personen und Personengruppen dieses Bereiches gehen wesentliche Aktivitäten der Planung und Leitung der Forschung und Entwicklung und des

¹ Maßnahmeplan zur OPK: Verdacht gemäß § 165 des STGB vom 21.05.1974 (handschriftlich), Kopie Privatarchiv Franz Spychala.

Lizenzgeschehens mit kapit[alistischen] Unternehmen auf dem Gebiet des Großdieselmotorenbaus aus.

In der bisherigen Bearbeitung wurden die Bearbeitungsziele nicht erreicht. Zum Persönlichkeitsbild wurde ermittelt, daß Dr. Sp, stark karrieristisch veranlagt ist. Entscheidungen – auch fachlicher Art – fällt er im Interesse seines persönlichen Vorteils. Verantwortung versucht der auf andere abzuwälzen. Die politische Haltung des Dr. Sp. ist nicht geklärt, läßt auch vermuten, daß er auch hier im karrieristischen Bestreben eine progressive Haltung vorgibt.

[Sieben Zeilen geschwärzt.]

– 3 –

[Drei Zeilen geschwärzt.]

1974 erhielt Dr. Sp. einen PKW „Wartburg“ über Genex von seinem Schwiegervater. 1962 stand Dr. Sp. in brieflicher Verbingung zu [drei Zeilen geschwärzt.]

Dienstliche Kontakte des Dr. Sp, bestanden hauptsächlich zu Ölfirmen. Dr. Sp. erhielt diese Kontakte über den [drei Zeilen geschwärzt] (siehe Schemenplan).

Zur Verantwortlichekit des Dr. Sp. für verschiedene Fehlentscheidungen in der F + E des VEB DMR wurden keine Beweise erarbeitet. Durch verschiedene inoffizielle Quellen wird Dr. Sp. neben anderen [zwei Zeilen geschwärzt] verantwortlich für diese Fehlentscheidungen gemacht. Durch den [geschwärzt] Direktor [geschwärzt] wird Dr. Sp. in einer Befragung durch den [eineZeile geschwärzt] stark belastet im Hinblick auf Verwantwortlichkeit für diese Fehlentscheidungen.

Insgesamt wird die fachliche Fähigkeit des Dr. Sp. nicht hoch bewertet. Es ist weiterhin zu beachten, daß verschiedene Entscheidungen auch durch Forderungen

- 4 -

und Vorstellungen übergeordneter Instanzen beeinflußt wurden (VVB S, Ministerium). Z. B. Rot[atations]-Kolben-Motor-Entwicklung, Entwicklung von Dieselmotoren mit 1.000 bzw. 2.000 PS/Zyl. Dr. Sp., der in diesen Fällen mit zu den begeisterten Verfechtern solcher Vorhaben gehörte, sagt hierzu jetzt, daß er damals von diesen Aufgaben so begeistert war und begründet damit seine zu dieser Zeit fehlende kritische Haltung zu diesen Vorhaben.

- 5 -

Die Bearbeitung der OPK litt darunter, daß bisher kein IM zur direkten Bearbeitung des Dr. Sp. eingeführt werden konnte.

Indirekt, zur Einschätzung der Person und besonders zu den verschiedenen fach-

lichen Problemen konnten Informationen mehrerer IM genutzt werden. Diese IM waren zum Teil speziell zur OPK und zum Teil an anderen operativen Materialien angesetzt, die die Verantwortlichkeit anderer Personen untersuchten. Dieses ergibt sich auch aus der Entstehung dieser OPK im Zusammenhang mit den Vorgängen [geschwärzt] und [geschwärzt] u. a. Materialien [geschwärzt] gesehen werden muß.

Zu Dr. Sp. wurden im wesentlichen die IMV „Laco“,² „Paul Heise“ u. „Rolf“³ eingesetzt.

Beweise auf strafrechtlich relevante Handlungen des Dr. Sp. und eine eindeutige Klärung der Gründe der Fehlentscheidungen des Dr. Sp. wurden durch die IM nicht erarbeitet. Die Charakterisierung des Dr. Sp. ist eindeutig.

- 6 -

Durch die Abt. VIII wurden Ermittlungen im Wohngebiet geführt. Das Ergebnis der Ermittlungen ist operativ unwesentlich.

Überprüfungen in den Inf.-Speichern der Abteilungen VI und II gaben Hinweise bzw. bestätigten Verbindungen des Dr. Sp. in die BRD.

Die Abt. 26 wurde nicht eingesetzt.

Die Bearbeitung in einer OPK ist gerechtfertigt.

Die Zielstellung der Entwicklung zum OV ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegeben.

In der weiteren Bearbeitung besteht das Kontrollziel in:

- Präzisierung der Kontakte und Verbindungen
- Überprüfung der Mitverantwortlichkeit hinsichtlich der Qualitätsmängel am Motortyp ZD 72/48 speziell zum Problem Zylinderköpfe.

Zum Einsatz kommen folgende inoffizielle Kräfte

- IMV „Meier“, IMV „Funker“, IMV „Paul Heise“
- Zur Untersuchung wird der O.i.b.E. Weißenbacher mit eingesetzt.
Auf dieser Grundlage wird ein Maßnahmenplan erarbeitet.

[Unterschrift] 24.3.76

[Unterschrift]

² Siehe auch Anlage 6.

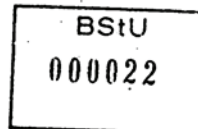
³ Siehe auch Anlage 7.

Abteilung XVIII
AG 1

Rostock, den 21.9.76

Einschätzung

OPK 32177



Dr. Spychala, Friedr.
144.35 in Rostock/Havel
Hauptabteilung für Dieselmotorenentwicklung
VEB DMR
Rostock, Josef-Herzfeld-Str. 16

Die OPK wurde am 22.5.74 eingeleitet, da der Verdacht besteht, daß Dr. Sp. seine Rechtspflichten verletzt indem er durch nicht richtige Entscheidungen die Entwicklungs- und Versuchsarbeiten in der Motorenfertigung des VEB DMR beeinträchtigte und somit einen Schaden herbeiführte.

Als Ziel der OPK wurde bestimmt:

- Aufklärung der Persönlichkeit, Kontakte und Verbindungen - privat und dienstlich - zu Personen in und aus dem USA
- Heransarbeitung der Verantwortlichkeit des Sp. für die Entwicklungs- und Versuchsarbeiten in der Motorenfertigung. Wie und in welcher Form wurden Rechtsverletzungen begangen?

BStU
000024

[REDACTED]

1974 erhielt Dr. Sp. einen PKW, Wartburg
über Genex von seinem Schwiegervater
1962 stand Dr. Sp. in briefliche
Verbindung zu [REDACTED]

Dienstliche Kontakte des Dr. Sp. bestanden
hauptsächlich zu Offizieren. Dr. Sp. erhielt
diese Kontakte über den [REDACTED]

[REDACTED] (siehe Schemenplan)

Zur Verantwortlichkeit des Dr. Sp. für
verschiedene Fehlentscheidungen in der
F+E [REDACTED] wurden keine Beweise
erbracht. Durch verschiedene inoffizielle
u. offizielle Quellen wird Dr. Sp. neben
anderen [REDACTED]

[REDACTED] verantwortlich für
diese Fehlentscheidungen genannt. Durch
den [REDACTED] Direktor [REDACTED]
wird Dr. Sp. in einer Befragung durch
den [REDACTED]

[REDACTED] stark belastet im Hinblick
auf Verantwortlichkeit für diese Fehlent-
scheidungen.

Insgesamt wird die fachliche Fähigkeit
des Dr. Sp. nicht hoch bewertet.

Es ist weiterhin zu beachten, daß verschiedene
Entscheidungen auch durch Forderungen

- 4 -

15

und Vorstellungen übergeordneter Instanzen
beeinflusst wurden (z.B. Ministerium).
z.B. Das Kolbenmotor-Entwicklung, Entwickl.
von Dieselmotoren mit 1000 bzw
2000 PS/zyl. Dr. Sp. der in diesen Fällen
mit zu den begeisterten Verfechtern solcher
Vorhaben gehörte. Er ist jetzt, daß
er damals von diesen Aufgeboten so begeistert
war und bestanden damit seine zu diese
Zeit fehlende kritische Haltung zu die-
sen Vorhaben.

KOPIE BSTU
KOPIE BSTU
KOPIE BSTU

BStU
000025

- 5 -

BStU

000026

Die Bearbeitung der OPK Litt darunter, daß bisher kein IM zur direkten Bearbeitung des Dr. Sp. eingeführt werden konnte.

Indirekt, zur Einschätzung der Person und besonders zu den verschiedenen fachlichen Problemen konnten Informationen mehrere IM genutzt werden. Diese IM gehen zum Teil speziell zur OPK und zum Teil an andere op. Materialien eingesetzt, die die Verantwortlichkeit anderer Personen untersuchen. Dieses ergibt sich auch aus der Entstehung dieser OPK im Zusammenhang mit den Vorgängen [REDACTED] und [REDACTED] u.a. Materialien [REDACTED] gesehen werden muß.

Zu Dr. Sp. wurden im wesentlichen die IMU "Laco", "Pant Heise" u. "Rolf" eingesetzt.

Beweis auf strafrechtlich relevante Handlungen des Dr. Sp. und eine eindeutige Klärung der Gründe der Fehlentscheidungen des Dr. Sp. wurden durch die IM nicht erbracht. Die Charakterisierung des Dr. Sp. ist eindeutig.

18

- 6 -

Durch die Blö. VII wurden Ermittlungen im Wohngebiet geführt. Das Ergebnis der Ermittlungen ist operativ unwesentlich.

Überprüfungen in den Inf.-Speichern der Abteilungen VI und II gaben Hinweise bzw. Kontaktpersonenverbindungen des Dr. Sp. in die BRD.

Die Blö. 26 wurde nicht eingereicht.

BSTU

000027

Die Bearbeitung in einer DPK ist gerechtfertigt.

Die Zielstellung der Entwicklung zum DU ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegeben.

In der weiteren Bearbeitung besteht das Kontrollziel in

- Präzisierung der Kontakte und Verbindungen
- Überprüfung der Mitverantwortlichkeit hinsichtlich der Qualitätsmängel am Motortyp 2D 22/48 speziell zum Problem Zylinderköpfe.

Zum Einsatz kommen folgende inoffizielle Kräfte

- IMV „Meier“, IMV „Furker“, IMV „Paul Meise“
- Zur Untersuchung wird der D.I.B.E. Waffensachse mit eingesetzt.

Auf dieser Grundlage wird ein Mapaschema erstellt.

Heppner, Otto

Waffen 24376

Maßnahmeplan

Rostock 1976 September 27

2 Blatt Papier

Kopie Privatarchiv Franz Spychala

Transkription und Reproduktion Kersten Krüger

Abteilung XVIII

Rostock, den 27.9.76

AG 1

Maßnahmeplan

1. Zur Präzisierung der Kontakte und Verbindungen des D. Sp. ins kapit[alistische] Ausland werden folgende Maßnahmen eingeleitet:
 - 1.1. Einsatz der IMV „Meier“, „Paul Heise“ und „Funker“ und des SB zu Ermittlungen, zu welchen Vertretern welcher Firmen hatte Dr. Sp. wann dienstliche Kontakte. Wo fanden diese Kontakte statt? Wie waren seine Verantwortlichkeit, Befugnisse und Aufgaben hierzu? Wie kam er diesen nach? Gibt es Hinweise auf unberechtigte Kontakte und auf Ausweitung der Kontakte ins private?
Termin für Aufgabenstellung: 15.11.76.
 - 1.2. Überprüfung [geschwärzt] Dr. Sp. [geschwärzt] und [geschwärzt] in den Inf.-Speichern der Abt. VI zur Ermittlung von Ein- und Ausreisen, bei denen Kontakte zu Dr. Sp. bestanden haben oder möglich waren.
Termin: 30.12.76.
2. Zur Klärung der Verantwortlichkeit des Dr. Sp. an den Qualitätsmängeln am ZD 72/48 – speziell Zyl.-Köpfe – sind die Ergebnisse der Befragungen der Abt. IX und der SB VVB S, DMR auszuwerten. Durch den Einsatz der IMV „Meier“, „Funker“, „Paul Heise“ sind die Angaben zu überprüfen u. zu ergänzen.
Termin (Durchführung der Befragung): 25.10.76.
Termin (Einsatz der IM): 30.10.76.
Die Aufträge für die IM werden schriftlich erarbeitet.
Termin: 25.10.76.
3. Zu den Ergebnissen der Maßnahmen unter 1. u. 2. werden Einschätzungen erarbeitet und davon ausgehend über weitere Bearbeitung entschieden.
Termin: 25.2.77.

Verantwortlich für die Durchführung der Maßnahmen: Oltn. Steppel.

[Unterschrift] 29.9.76.

[Namenskürzel] 14/10.76.

Steppel, Oltn.

20

Abteilung XVIII
AG 1

Rostock, den 27.9.76

Maßnahmeplan

BSU
000029

OPK 32174

1. Zur Präzisierung der Kontakte und Verbindungen des Dr. Sp. ins Kapit. Ausland werden folgende Maßnahmen eingeleitet:

1.1. Einsatz der MA „Neier“, „Paul Heise“ und „Frank“ und des SB zu Ermittlungen in welche Verbetern welcher Firmen hatte Dr. Sp. wann dienstliche Kontakte. Wo finden diese Kontakte statt? Woüber seine Verantwortlichkeiten, Befugnisse und Aufgaben hier. Wie kam er diesen nach? Gibt es Hinweise auf unberechtigte Kontakte und auf Ausweitung der Kontakte ins private?
Termin für Aufgabenstellungen: 15.10.76

1.2. Überprüfung [redacted] Dr. Sp. [redacted] und [redacted] in den Inf. - Speichern der Abt. VI zur Ermittlung von Ein- u. Ausreisen, bei denen Kontakte zu Dr. Sp. bestanden haben oder möglich waren
Termin: 30.12.76

BStU
000030

21

- 2 -

2. Zur Klärung der Verantwortlichkeit des Dr. Sp. an den Qualitätsmängeln am 20 72/48 = speziell Zyl.-Köpfe - sind die Ergebnisse der Befragungen der Abt. IX und der SB VDB 15 046 auszuwerten. Durch den Einsatz der "Hör", "Frank", "Paul Hase" sind die Befragungen zu überprüfen und zu ergänzen.
 Termin (Beendigung d. Befragung): 25.10.76
 Termin (Einsatz der IM): 30.10.76

Die Aufträge für die IM werden pflichterwartet.
 Termin: 25.10.76

3. In den Ergebnissen der Maßnahmen unter 1. u. 2. werden Einschätzungen erarbeitet und davon ausgehend über weitere Bearbeitung entschieden.
 Termin: 25.2.77

Verantwortlich für die Durchführung der Maßnahmen: Olm Steppel

~~Steppel~~ 29.9.76

Steppel
Olm.

14/10 76

Aktenvermerk zur Nichteinstellung an der Universität

Rostock 1977 Juli 6

1 Blatt Papier

Kopie Privatarchiv Franz Spsychala

Transkription und Reproduktion Kersten Krüger

Abteilug XVIII

Referat 1

Rostock, den 6.7.1977

Dr. Spsychala, Franz

Der [geschwärzt] informierte am 1.7.1977 über Angaben des Dr. Spsychala, Franz gegenüber dem [geschwärzt].

Danach waren dem Dr. Spsychala in den letzten Tagen vor dem 1.7.1977 durch Mitarbeiter der Kaderleitung der Universität Andeutungen gemacht worden, dass ihm die Funktion des Direktors für Forschung nicht übertragen werden kann. Am DMR würde das aber nicht liegen.

Und am 1.7.1977 vormittags ist vom Rektor der Universität [geschwärzt] folgendes mitgeteilt worden:

Die Universität zieht ihr Angebot, Dr. Spsychala als Forschungsdirektor einzustellen, zurück. Die Gründe könne er ihm nicht sagen. An der Universität, am VEB DMR und am Industriezweig Schiffbau liege es aber nicht.

Andere Organe hätten das veranlaßt.

[Unterschrift]
Steppel
Hauptmann

Abteilung XVIII
Referat 1

Rostock, d. 6. 7. 1977

BStU

000204

Dr. Spychala, Franz

Der [REDACTED] informierte am
1. 7. 1977 über Angaben des Dr. Spychala, Franz gegenüber
dem [REDACTED]

Danach waren dem Dr. Spychala in den letzten Tagen vor dem
1. 7. 1977 durch Mitarbeiter der Kaderleitung der Universität
Andeutungen gemacht worden, daß ihm die Funktion des Direktors
für Forschung an der Universität Rostock nicht übertragen wer-
den kann. Am DMR würde das aber nicht liegen.

Und am 1. 7. 1977 vormittags ist vom Rektor der Universität,
[REDACTED], folgendes mitgeteilt worden:

Die Universität zieht ihr Angebot, Dr. Spychala als Forschungs-
direktor einzustellen, zurück. Die Gründe könne er ihm nicht
sagen. An der Universität, am VEB DMR und am Industriezweig
Schiffbau liegt es aber nicht.

Andere Organe hätten das veranlaßt.

KOPIE BStU

[Handwritten Signature]
Stepper
Hauptmann

Bericht IMV „Paul Heise“
Rostock 1977 September 21
1 Blatt Papier
Kopie Privatarchiv Franz Spychala
Transkription und Reproduktion Kersten Krüger

Quelle: IMV „Paul Heise“
Angen. 21.9.77
Hptm. Steppel

Bericht

In einem persönlichen Gespräch am 12.9.77 informierte mich [geschwärzt] darüber, dass Dr. Spychala Angebote von der Universität Rostock, der Ingenieurhochschule Warnemünde und dem Institut für Schiffbau für eine baldige Arbeitsaufnahme hätte. Auf jeden Fall würde sich Dr. Spychala beim Wechsel aus dem DMR verbessern – der Weg zum Professor sei nicht aufzuhalten. [Geschwärzt] meint, Dr. Spychala würde für den Abgang aus dem DMR noch einmal dankbar sein. Dr. Spychala hat jetzt eine enge Verbindung zu [geschwärzt], letzterer spielt bei der Wahl des zukünftigen Arbeitsplatzes von Dr. Spychala eine große Rolle.

[Geschwärzt] ist von der beträchtlichen Meinungsänderung der [geschwärzt] über Dr. Spychala beunruhigt und verärgert. Während sie zu Beginn der Auseinandersetzungen mit Dr. Spychala (Mai-August 77) [geschwärzt] gegenüber äußerten, Dr. Spychala wäre ein Verräter am DMR und fragten, wie lange sich die APO die Verhaltensweise von Dr. Spychala noch gefallen lassen wolle und wann sie endlich den Zustand beenden wolle, werfen sie jetzt, d. h. nach der Auseinandersetzung in der Mitgliederversammlung Anfang September, den Genossen der APO „linken Radikalismus der Intelligenz“ vor.

[Geschwärzt] erklärt sich diesen Meinungswechsel aus dem Hinweis der Bezirksleitung, dass Dr. Spychala Nomenklaturkader der BL sei und der Angst der [geschwärzt] vor einer Kritik, mit Dr. Spychala einen falschen Genossen zur Bezirksparteischule geschickt zu haben. (Die Delegation erfolgte seinerzeit durch die ZPL gegen die Meinung der APO-Leitung). [Geschwärzt] vermutet, dass Dr. Spychala einen großen Gönner hat, da er in Watte gepackt wird.

In einem persönlichen Gespräch sprach [geschwärzt] zu mir auch vom „linken Radikalismus der Intelligenz“. Er sagte auch, er wäre der Mitgliederversammlung der APO 7, auf der die Auseinandersetzung mit Dr. Spychala erfolgte, ferngeblie-

ben, „um den Verlauf nicht zu beeinflussen.“ Dies Motiv erscheint im Zusammenhang mit dem oben Beschriebenen zweifelhaft.

Aus einer Bemerkung von [geschwärzt] am 20.9.77 konnte ich entnehmen, dass Dr. Spsychala bei der Universität beginnen würde. Die näheren Bedingungen werden dabei noch [eine Zeile geschwärzt] festgelegt.

Gez. „Paul Heise“

Maßnahmen: Bericht abschriftlich zur OPK 32/74

F. D. R. d. A.
Sch/11.11.77

Quelle: IMV "Paul Heise"
 daten.: 21. 9. 77
 Eptm. Steppel

BStU
 000222

B e r i c h t

Zu einem persönlichen Gespräch am 21. 9. 77 informierte mich [REDACTED] darüber, daß Dr. Spychala Angebote von der Universität Rostock, der Ingenieurhochschule Warnemünde und dem Institut für Schiffbau für eine baldige Wertsaufnahme hätte. Auf jeden Fall würde sich Dr. Spychala bei diesem Wechsel aus dem DMR verbessern - der Weg zum Professor sei nicht aufzuhalten. [REDACTED] meint, Dr. Spychala würde für den Abgang aus dem DMR noch einmal dankbar sein. Dr. Spychala hat jetzt eine enge Verbindung zu [REDACTED] [REDACTED] spielt bei der Wahl des zukünftigen Arbeitsplatzes von Dr. Spychala eine große Rolle.

[REDACTED] ist von der beträchtlichen Meinungsänderung der [REDACTED] über Dr. Spychala beunruhigt und verärgert. Während sie zu Beginn der Auseinandersetzungen mit Dr. Spychala (Mai-August 77) [REDACTED] gegenüber äußerten, Dr. Spychala wäre ein Verräter am DMR und fragten, wie lange sich die APO die Verhaltensweise von Dr. Spychala noch gefallen lassen wolle und wann sie endlich den Zustand beenden wolle, werden sie jetzt, d.h. nach der Auseinandersetzung in der Mitgliederversammlung Anfang September den Genossen der APO "linker Radikalismus der Intelligenz" vor-

[REDACTED] erklärt sich diesen Meinungswechsel aus dem Hinweis der Bezirksleitung, daß Dr. Spychala Nomenklaturkader der BL sei und der Angst der [REDACTED] vor einer Kritik, mit Dr. Spychala einen falschen Genossen zur Bezirksparteischule geschickt zu haben. (Die Delegierung erfolgte seinerzeit durch die ZPL gegen die Meinung der APO-Leitung) [REDACTED] vermutet, daß Dr. Spychala einen großen Gönner hat, da er so in Watte gepackt wird.

In einem persönlichen Gespräch sprach [REDACTED] zu mir auch vom "linken Radikalismus der Intelligenz". Er sagte auch, er wäre der Mitgliederversammlung der APO 7, auf der die Auseinandersetzung mit Dr. Spychala erfolgte, entgegen seiner Zusage dann ferngeblieben, "um den Verlauf nicht zu beeinflussen". Dies Motiv erscheint im Zusammenhang mit dem oben Beschriebenen zweifelhaft.

Aus einer Bemerkung von [REDACTED] am 20. 9. 77 konnte ich entnehmen, daß Dr. Spychala bei der Universität beginnen würde. Die näheren Bedingungen werden dabei noch [REDACTED] festgelegt.

gez. "Paul Heise"

Maßnahmen: Bericht abschriftlich zur OPK 32/74

F.d.R.d.S.
 Sch/11.11.77

Abschlussbericht OPK „Wanderer“

Rostock 1978 Mai 4

2 Blatt Papier

Kopie Privatarchiv Franz Spychala

Transkription und Reproduktion Kersten Krüger

Abteilung XVIII

Referat 1

Rostock, 4. Mai 1978

Abschlußbericht

OPK „Wanderer“ – Reg.-Nr. 32/74

Die OPK wurde am 22.5.1974 gegen

Dr. Spychala, Franz

14.4.1935 in Ketzin

Rostock, Josef-Herzfeld-Str. 16

eingeleitet.

Als damaliger Hauptabteilungsleiter Dieselmotorenentwicklung und Leiter der nichtstrukturellen „ZD-Leitgruppe“ [über Strukturgrenzen hinweg agierende Arbeitsgruppe] im VEB DMR stand Sp. Unter Verdacht der Verletzung seiner Rechtspflichten mit schädlichen Auswirkungen für die Entwicklungs- und Versuchsarbeiten in der Motorenfertigung des VEB DMR.

Der Verdacht war abgeleitet worden von der Verantwortung und damit verbundenen objektiven Möglichkeiten des Sp. zur schädigenden Beeinflussung der Motorenentwicklung einerseits und den aufgetretenen Mängeln speziell am Motor ZD 72/48 (Eigenentwicklung DMR) andererseits.

Im Zwischenbericht vom 3.5.1977 (Bl. 24-37 d. Akte) ist dargelegt, dass dieser Verdacht in der OPK nicht bestätigt wurde.

Durch verschiedene unrealen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die von übergeordneten Leitern und Institutionen angewiesen worden waren, war die Kapazität der Forschung und Entwicklung des DMR zu stark belastet. Das wirkte sich nachteilig auf die Qualität des ZD aus.

Sp. gehörte zu den Verfechtern dieser Vorhaben. Es konnte in keinem Fall nachgewiesen werden, dass er der Urheber oder Mitinitiator der erwähnten Vorhaben des „Höhenflugs“ war. Als bestätigt ist anzusehen, dass Sp. aus karrieristischen Gründen seinen damaligen Vorgesetzten zu Munde redete und dass er als Leiter nur geringe Qualitäten besitzt.

- 2 -

Eine Schuld im strafrechtlichen Sinne konnte dem Sp. damit nicht nachgewiesen werden.

Als operativ relevant wurde im erwähnten Zwischenbericht die Verbindungen des Sp. in die BRD, die Geschenksendungen aus der BRD, die er und seine Familie erhielt, und die Berührungspunkte dieser OPK zu SÜ „Seefahrer“ – 73/75 – gewertet.

Durch Nutzung des IM „Helga“ der KD Rostock konnten diese Punkte geklärt werden (Bl. 204 d. Akte).

Die Kontakte der [geschwärzt] aus der BRD [geschwärzt] des Sp. Zur Familie. [Geschwärzt], Rostock [geschwärzt]. Dass Sp. und [geschwärzt] trotzdem nicht privaten Kontakt pflegen, erscheint an beider Charakter zu liegen (Überheblichkeit/Kontaktarmut).

[Vier Zeilen geschwärzt]

Am 1.1.1978 nahm Sp. eine Tätigkeit im Institut für Schiffbau, Hauptabteilung Erzeugnisentwicklung (EM) auf.

Es wird vorgeschlagen, die OPK einzustellen und das Material zu archivieren.

[Sieben Zeilen geschwärzt]

Leiter des Referates

[Unterschrift]

Nehls

Major

[Unterschrift]

Steppel

Hauptmann

bestätigt:

Leiter der Abteilung

[Unterschrift]

Riedel

Oberstleutnant

Abteilung XVIII
Referat 1

Rostock, 4. Mai 1978

BS:U
000231

Abschlußbericht

OPK "Wanderer" -- Reg.-Nr. 32/74

Die OPK wurde am 22. 5. 1974 wegen

Dr. Spychala, Franz
.....

14. 4. 1935 in Ketzin
Rostock, Josef-Herzfeld-Str. 16

eingeleitet.

Als damaliger Hauptabteilungsleiter Dieselmotorenentwicklung und Leiter der nichtstrukturellen "ZD-Leitgruppe" im VEB DMR stand Sp. unter Verdacht der Verletzung seiner Rechtspflichten mit schädlichen Auswirkungen für die Entwicklungs- und Versuchsarbeiten in der Motorenfertigung des VEB DMR.

Der Verdacht war abgeleitet worden von der Verantwortung und damit verbundenen objektiven Möglichkeiten des Sp. zur schädigenden Beeinflussung der Motorenentwicklung einerseits und den aufgetretenen Mängeln speziell am Motor ZD 72/48 (Eigenentwicklung DMR) andererseits.

Im Zwischenbericht vom 3. 5. 77 (Bl. 24 - 37 d. Akte) ist dargelegt, daß dieser Verdacht in der OPK nicht bestätigt wurde.

Durch verschiedene un reale Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die von übergeordneten Leitern und Institutionen angewiesen worden waren, war die Kapazität der Forschung und Entwicklung des DMR zu stark belastet. Das wirkte sich nachteilig auf die Qualität der Konstruktion des ZD aus.

Sp. gehörte zu den Verfechtern dieser Vorhaben. Es konnte in keinem Fall nachgewiesen werden, daß der Urheber oder Mitinitiator der erwähnten Vorhaben des "Höhenfluges" war. Als bestätigt ist anzusehen, daß Sp. aus karrieristischen Gründen seinen damaligen Vorgesetzten zu Munde redete, und daß er als Leiter nur geringe Qualitäten besitzt.

BSU
000232

Eine Schuld im strafrechtlichen Sinn konnte dem Sp. damit nicht nachgewiesen werden.

Als operativ relevant wurde im erwähnten Zwischenbericht die Verbindungen des Sp. in die BRD, die Geschenksendungen aus der BRD, die er und seine Familie erhielt und die Berührungspunkte dieser OPK zur SU "Seefahrer" - 73/75 - genehmigt.

Durch Nutzung des IM "Helga" der KD Rostock konnten diese Punkte geklärt werden (Bl. 204 d. Akte).

Die Kontakte der aus der BRD des Sp. zur Familie, Rostock beruhen auf verwandtschaftlichen Verbindungen. Daß Sp. und trotzdem nicht privaten Kontakt pflegen, erscheint an beider Charaktere zu liegen (Überheblichkeit/Kontaktarmut).

[REDACTED]

Am 1. 1. 1978 nahm Sp. eine Tätigkeit im Institut für Schiffbau, Hauptabteilung Erzeugnisentwicklung (EM) auf.

Es wird vorgeschlagen, die OPK einzustellen und das Material zu archivieren.

[REDACTED]

Leiter des Referates

Nehls
Nehls
Major

Steppel
Steppel
Hauptmann

bestätigt:
Leiter der Abteilung

Riedel
Riedel
Oberstleutnant

Entschuldigung IM Laco 19.11.1995

Rostock 1995 November 19

1 Blatt Papier

Kopie Privatarchiv Franz Spychala

Transkription und Reproduktion Kersten Krüger

18059 Rostock

Rostock, d. 29.11.95

Herrn

Prof. Dr. F. Spychala

Werter Herr Prof. Dr. Spychala,

die in Ihrem Schreiben vom 23.11.1995 mir dargelegte Haltung ist verständlich und von mir auch so entgegengenommen. Ich möchte Sie in aller form um Entschuldigung für diese Entgleisung bitten.

Ich möchte vermeiden, weitere Worte zur Entschuldigung meinerseits anzuführen, da sie wohl kaum zur Entschärfung dieser Situation beitragen können.

Ich bitte Sie hiermit nochmals um Entschuldigung.

(IM Laco)

Rostock, d. 29. 11. 95

18059 Rostock

Herrn
Prof. Dr. F. Spychala

Wertes Herr Prof. Dr. Spychala,

die in Ihrem Schreiben vom 23. 11. 95 mit gegenüber
dargestellte Haltung ist verständlich und wird
von mir auch so entgegengenommen. Deshalb
möchte ich Sie in aller Form um Entschuldigung
für diese Entgleisung bitten.

Ich möchte vermeiden, weitere Worte zur Ent-
schuldigung meinerseits anzufügen, da Sie
wohl kaum zur Entschärfung dieser Situation
beitragen können.

Ich bitte Sie hiermit nochmals um Entschuldigung.

(FM Laco)

Brief IM Rolf 21.12.1995
Rostock 1995 Dezember 21
2 Blatt Papier
Privatarchiv Franz Spychala
Transkription und Reproduktion Kersten Krüger
Kürzel sind aufgelöst.

18069 Rostock
Herrn
Prof. Dr. Spychala

Rostock 12.12.95

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Spychalla [sic],

in Beantwortung Ihres Schreibens möchte ich hiermit zum Ausdruck bringen, daß ich Ihre Meinung über meine Person verstehen kann.

Es gibt für diese Dinge keine Entschuldigung, sie sind systembedingt und können nicht ungeschehen gemacht werden.

Ich bereue diese zutiefst. Im folgenden möchte ich Ihnen erklären, wie dies möglich war.

Schon in den 70er Jahren erhielt ich eine Einladung zur Betriebsleitung DMR zu kommen.

Man führte mich in ein gesondertes Büro und erklärte, daß man meine fachliche Unterstützung für das Ministerium des Innern benötige.

Ich habe damals noch ehrlich an den Sozialismus geglaubt, obwohl ich nicht in der SED war.

In meiner Blauäugigkeit und auch durch die sich anscheinend bietende Möglichkeit, mein Fachwissen einmal nützlicher anwenden zu können, erklärte ich mich einverstanden mitzuarbeiten.

Zuerst verlangte man von mir über Mängel in der Konstruktion, später über Mängel in der Leitungstätigkeit, dann gezielt über Verantwortliche zu berichten.

Langsam erkannte ich, daß mein Fachwissen nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Es folgten dann u. a.: Die Aufforderung, meine drei Söhne für den Dauerdienst in Elitetruppen zu gewinnen, man befragte mich über meine Schwester im Westen und ob sie bereit wäre mitzuarbeiten, man fragte auch mich, ob ich nicht im

Westen arbeiten wollte. Diese Befragung erweckte in mir zum ersten Mal Widerwillen.

Da sich dieses alles außerhalb der regulären Arbeitszeit abspielte und ich aufgrund meiner Tätigkeit als Dozent im Abendstudium wenig Zeit hatte, konnte ich meine Berichte nur oberflächlich abgeben. Ich berichtete oft nur das, was in der Fragestellung inhaltlich schon zu entnehmen war und der Stasi bereits bekannt war.

Man war mit mir unzufrieden, mißtrauisch, ich wurde des öfteren von zwei Genossen höheren Ranges verhört.

- In jener Zeit war ich psychisch fertig, daß [ich] mich schon mit Selbstmordgedanken trug, da ich ja keinen hatte, dem ich mich anvertrauen konnte.

Mein Selbstwertgefühl litt weiter durch:

- meine Absetzung als Gruppenleiter,
- die Aufforderung von EME mich als Konstrukteur bei der Mülabfuhr bereitzustellen (Kaderleitung),
- meine Versetzung zur EEB,
- daß ich nicht mehr als Konstrukteur arbeiten konnte, obwohl die Konstruktion mein Leben war.

Sehr geehrter Herr Professor,
ich habe keine kriminellen Handlungen begangen, sondern nur im Auftrag und im Sinne des DDR-Staates gehandelt. Dies werden Sie als ehemaliger SED-Genosse auch verstehen. Die in den Anlagen beigelegten Auszüge sind von fremder Hand modifiziert und entsprechend teilweise inhaltlich nicht meine Angaben. Einen großen Teil dieser Dinge konnte ich gar nicht wissen.

Selbst die mir gestellten Fragen lassen erkennen, daß man über alle diese Dinge bereits Bescheid wußte und [sie] höheren Leitungsebenen entstammten.

Aus oben genannten Gründen bitte ich Sie! Lassen Sie meine Familie aus dieser Sache heraus. Meine Frau leidet an schweren Depressionen. Meine Söhne sind durch Streßarbeit genug belastet und sie werden diese Dinge auch nicht verstehen.

Ich bitte Sie deshalb: Vergessen sie diesen Alptraum und verzeihen Sie mir, falls ich Ihnen persönlich ungewollt geschadet habe.

Fröhliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr und viel Erfolg in Ihrer weiteren Arbeit.

(IM Rolf)

18069 Portokt

Herrn Prof. Dr. Spychalla

Portokt 21.12.95

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Spychalla

In Beantwortg. Ihres Schb. möchte ich hiermit mein
Ausdruck bringen, daß ich Ihre Meinung über meine Per-
son verstehen kann.

Es gibt für diese Dinge keine Entschuldigung, sie sind
systembedingt und können nicht umgedreht gemacht
werden.

Ich bereue dies nicht.

Im folgenden möchte ich Ihnen erklären wie dies mög-
lich war.

Schon in den 70er Jahren erhielt ich eine Einladg.
zur Betriebsltg. DAK zu kommen.

Man führte mich in ein geschlossenes Büro und erklärte,
daß man meine fachl. Unterstütz. für das Ministerium
d. Innern benötige.

Ich habe damals noch ehrlich an den Sozialismus ge-
glaubt obwohl ich nicht in der SED war.

In meines Blauäugigkeit und auch durch die ich an-
scheinend sich bietende Möglichkeit, mein Fachwissen ein-
mal nützlich anwenden zu können, erklärte ich mich
einverstanden, mitzuarbeiten.

Man verlangte von mir über Mängel in der Konstruk-
tion, später über Mängel in der Fertigkeit, dann
genies über Verantwortliche zu berichten.

Langsam erkannte ich, daß mein Fachwissen nur eine
untergeordnete Rolle spielte.

Es folgte dann u.a.: Die Aufforderung, meine drei Söhne
für den Dienst in Elite Truppe zu gewinnen, man
befragte mich über meine Schwärze in Worten und ob sie
mich bereit wäre, mitzuarbeiten, man fragte auch mich
ob ich mich in Worten arbeiten wollte.
Diese Art der Befragung erweckte in mir zum ersten Mal
Widerwillen.

Da nice dies alles aufschalt des regulären Arbeitsort ab - spielte und ich aufgrund meine Tätigkeit als Dozent ein Abendstudium wenig Zeit hatte, konnte ich meine Berichte nur oberflächlich abgeben. Ich berichtete oft nur das, was in den Fragebogen, inhaltlich schon in entsprechenden Leitfaden und der Stammbaum bereits bekannt war.

Man war mit mir unzufrieden, mit Trauma, ich würde das öfteren von zwei Personen höheren Ranges verhört.

- In jene Zeit was ich psychisch so fertig, daß mich schon mit Selbstmordgedanken hing, da ich ja keinen hatte dem ich mich anvertrauen konnte.

Mein Selbstwertgeföhl litt weiter durch:

- meine Abseht. als hyp. - Str.
- die Antragsstellung n. EEE mich als Konstrukteur bei der Leitung abwickeln bereitstellen (Kadett.)
- meine Nervosität n. EEB
- daß ich nicht mehr als Konstrukteur arbeiten konnte, obwohl die Konstruktion mein Leben war.

Sich gelehrt Herr Prof.

Ich habe keine leninistischen Handly. begreifen, sondern nur mit Anfrage und im Sinne der DDR-Staates gelandest. Dies werde Sie als ehem. SED-Mitglied auch verstehen. Die in der Anlage beigefügten Anträge sind von nicht Hand modifiziert und entsprechen teilweise inhaltlich nicht meinen Angaben. Einen großen Teil dieser Dinge konnte ich gar nicht leisten.

Selbst die mir gestellten Fragen lassen erkennen, daß man überall diese Dinge bereits Bescheid wußte und höheren Leitungsebenen entstammen.

Mit o.g. hyp. bitte ich Sie!

Lassen Sie meine Familie aus dieser Sache heraus. Meine Frau leidet an schweren Depressionen, meine Söhne sind dieser Strafarbeit genug belastet und sie werde diese Dinge auch nicht verstehen.

Ich bitte Sie deshalb: Vergessen Sie diesen Trauma und verzeihen Sie mir, falls ich Ihnen persönlich ungewollt geschadet habe.

Fröhliche Weihnachten und eine gute Rützel
mit Neuen Jahren und viel Erfolg in Ihren weiteren
Arbeiten!

(FM Rolf)

ihren Geschäften an, und man konnte westdeutsche Zeitschriften kaufen! Auch in der Tschechoslowakei merkte man, wie eingeeengt man in der DDR lebte.

Jörn Wüstenberg:

Sie sagten, dass es an der Sektion Sekretäre gab, die von außen kamen und möglicherweise mit diesem Haus [der Staatssicherheit] in Verbindung standen. Wissen Sie darüber etwas? Haben Sie sich da eingeschränkt gefühlt? Wusste man – etwa unter der Hand – wer das ist?

Ursula Kantorczyk:

Es wurde getuschelt. Also, wir hatten einen sehr interessanten jungen Mann, der Sekretär des Sektionsdirektors wurde und aus der Sektion Betriebswirtschaft kam. Normalerweise arbeitete in einer derartigen Position ein Philologe – ein Germanist, ein Slawist oder ein Anglist. Da tauchte dieser Mann auf, über den wir uns wunderten. Eines Tages kündigte er eine Computereinführung für Mitarbeiter an. Wir kannten ja alle keinen Computer, und dann haben wir jeden Sonnabend bei ihm im Computerkurs gesessen. Der naheliegende Verdacht bestätigte sich nach der Wende nicht. Mit der Stasi hatte er nichts zu tun. Verdächtigungen waren kein Einzelfall an unserer Fakultät. Bis heute berührt es mich sehr, dass eine meiner Kolleginnen, mit der ich sehr eng zusammengearbeitet hatte, wirklich für die Stasi tätig war. Sie war in der Slawistik nicht die Einzige. Bei einigen hatten wir es vermutet, man wusste auch, dass die Ausübung höherer Funktionen mit der Weitergabe von Informationen an „andere Stellen“ verbunden war. Eingeschränkt fühlte ich mich nicht, allerdings wusste ich – zumindest glaubte ich zu wissen –, wem gegenüber ich meine Ansichten offen äußern konnte oder eben nicht.

Kolja Trieglaff:

Sie haben eine Bücherverbrennung an Ihrer Schule angesprochen. So etwas habe ich noch nicht gehört. Ich würde gern wissen, war das eine Aktion Ihrer Schule oder nur Ihrer Klasse, oder war das eine größer angelegte Sache?

Ursula Kantorczyk:

Es war offensichtlich die Initiative eines FDJ-Sekretärs. FDJ – das war die Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“, in die (fast) alle Schüler ab 14 Jahren eintraten. In meiner Klasse bekamen alle Schüler zwei Anträge: einen für die FDJ, und einen für die DSF. Dann hieß es: „Nun unterschreibt mal!“ – und wir alle waren Mitglieder beider Organisationen. In unserer Klasse gab es niemanden, der sich geweigert hätte. Von Bücherverbrennungen als allgemeine Aktion habe ich nichts gehört, ich weiß nur, dass sie an unserer Schule stattfand und dass es auch Schüler gab, die Bücher dazu mitbrachten. Ich vermute, dass dies eine eigene Initiative des FDJ-Sekretärs darstellte, der sich vielleicht hervortun wollte.

Register der Zeitzeuginnen, Zeitzeugen, Protokollantinnen und Protokollanten

- Adam, Lisa 80, 589
Babanov, Henrik 551
Bähker, Renate 335, 337
Bähr, Ulrike 172
Berg, Marie-Luise 172
Bode, Alena 589
Boelter, Claudia 367
Börner, Dagmar 80, 81
Böttcher, Knut 549, 551
Bringe, Tino 231
Bruder, Sarah 489
Brzezinski, Gina 425
Dehmel, Gregor 452
Ebert, Christian 337
Eggebrecht, Steffen 131, 143, 197
Fanning, Harold 231
Fietze, Juliane 145
Grimmel, Margitta 451, 452
Happ, Nina 589
Harder, Julia 100
Harms, Änne 387
Hausdorf, Sarah 287, 367
Henning-Kiehn, Anika 337
Herdegen, Urte 516
Hillmann, Sandy 145
Hoffmann, Peter 285, 287
Höhn, Katharina 80
Höhne Carolin 80
Joswig, Karoline 145, 172
Juch, Andreas 337
Jügel, Karl-Heinz 228, 231
Keßler, Ursula 515, 516
Kliewe, Steffen 287
Knackert, Paul 337
Koevel, Anne 425
Köpsel, Laura 452
Kröppelien, Martin 287
Krüger, Kersten 387
Kuszel, Alexander 516
Kutz, Karl-Heinz 98, 100
Laasch, Antje 80
Lakomy, Christina 589
Lembke, Stephan 13
Leschinski, Nico 387
Mahncke, Julia 551
Neumann, Julia 516
Nörenberg, Anne-Katrin 488, 489
Peters, Wolfgang 11, 13
Pietz, Maria 589
Primke, Sophie 425
Radloff, Christa 386, 387
Reibe, Katharina 425
Rieken, Nele 337
Ringelhan, Sandra 489
Rittmann, Stefanie 551
Ronnecker, Dagmar 171, 172
Rönspieß, Dennis 619
Rönspieß, Anne 619
Rübensam, Jörg 231
Ruttloff, Felix 100
Sablowski, Paulina 367
Sasse, Michael 489
Schlösser, Juliane 387
Scholz, Juliane 489
Scholz, Christina 619
Schreiber, Christoph 100
Schult, Olga 287
Spsychala, Franz 619, 619
Storch, Josephine 231
Tesche, Andreas 587, 589
Thurow, Sophia 516
Treisch, Christin 145
Vetter, Ulrich 144, 145
Volgmann, Arlett 387
Volle, Peter 423, 425
Voss, Peter 452
Voß, Anne 551
Weber, André 172, 452
Weinreich, Magdalena 387
Weiß, Henrike 387
Wiebeking, Pauline 367
Wingenfelder, Sarah 100
Zeidler, Isabel 13
Zepf, Robert 365, 367
Zips, Friederike 619

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte

Bisher erschienen und in Vorbereitung:

Band 1

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007.

Band 2

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008.

Band 3

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2009.

Band 4

Martin Buchsteiner und Antje Strahl
Zwischen Monarchie und Moderne. Die 500-Jahrfeier der Universität Rostock 1919. Rostock 2008.

Band 5

Kurt Ziegler
Zum 50-jährigen Bestehen der Tropenmedizin an der Universität Rostock. Rostock 2008.

Band 6

Jobst D. Herzig und Catharina Trost
Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2008.

Band 7

Anita Krätzner
Mauerbau und Wehrpflicht. Die politischen Diskussionen am Rostocker Germanistischen Institut in den Jahren 1961 und 1962. Rostock 2009.

Band 8

Tochter oder Schwester – die Universität Greifswald aus Rostocker Sicht. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2006/07.

Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.
Rostock 2010.

Band 9

Frauenstudium in Rostock. Berichte von und über Akademikerinnen.

Herausgegeben von Kersten Krüger.
Rostock 2010.

Band 10

Maik Landsmann

Die Universitätsparteilung der Universität Rostock von 1946 bis zur Vorbereitung der Volkswahlen der DDR 1954.

Herausgegeben von Kersten Krüger.
Rostock 2010.

Band 11

Juliane Deinert

Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich.

Rostock 2010.

Band 12

Wissen im Wandel – Disziplinengeschichte im 19. Jahrhundert. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2007/08.

Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.
Rostock 2011.

Band 13

Angela Hartwig

Das Gedächtnis der Universität. Das Universitätsarchiv Rostock von 1870 bis 1990.

Rostock 2010.

Band 14

Angela Hartwig und Bettina Kleinschmidt

Bestandsübersicht des Universitätsarchivs Rostock.

Rostock 2010.

Band 15

Universitätsgeschichte und Zeitzeugen. Die Verwaltung der Universität Rostock und Nachträge.

Herausgegeben von Kersten Krüger.

Rostock 2011.

Band 16

Frauen in der Wissenschaft.

Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.

Rostock 2011.

Band 17

Gert Haendler

Erlebte Kirchengeschichte.

Erinnerungen an Kirchen und Universitäten zwischen Sachsen und den Ostseeländern.

Herausgegeben von Hermann Michael Niemann und Heinrich Holze.

Rostock 2011.

Band 18

Wie schreibt man Rostocker Universitätsgeschichte?

Referate und Materialien der Tagung am 31. Januar 2010 in Rostock.

Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.

Rostock 2011.

